

Schöneberg auf dem Weg nach Berlin

Leben in Schöneberg / Friedenau 1933-1945

Alltag im Nationalsozialismus,
Gewaltherrschaft und
Widerstand



Vorwort

«Schöneberg – auf dem Weg nach Berlin», dieses Leitmotiv für die Beiträge des Bezirks Schöneberg zur 750-Jahr-Feier Berlins, – Beiträge, in denen aufgezeigt wurde, wie stadträumlich, sozial und politisch Schöneberg von Berlin beeinflusst und geprägt wurde –, hatte sich 1920 mit der Eingemeindung schon erfüllt, Schöneberg war ein Teil Berlins geworden. Und auch in diesem Teil Berlins hat der Nationalsozialismus ab 1933 viele Spuren hinterlassen. Spuren nicht nur in Stein und Worten, Spuren vor allen Dingen in Menschenschicksalen und in Opfern. Spuren, die aufzufinden und offenzulegen sich schon 1983 der Kulturarbeitskreis zur Aufgabe gemacht hat.

Die 1983 entstandene Publikation «Leben in Schöneberg-Friedenau 1933-45» war Ausgangspunkt für die Weiterarbeit und ist auch die Basis zu dieser Publikation. Aus der Vielzahl der Beiträge ist ein Bild entstanden von der Zeit des Nationalsozialismus in Schöneberg, das lange verschüttet war. Verschüttet, weil viele Spuren verlorengewandert waren, verschüttet aber auch, weil vieles verdrängt wurde. Nationalsozialismus in Schöneberg und Nationalsozialismus in Berlin, das war die schleichende Veränderung des privaten und des politischen Lebens, das war aber auch der brutale Zugriff auf die Stadt und auf ihre Menschen.

Keine historische Epoche hat uns nachhaltiger beeinflusst, unseren Umgang mit Geschichte grundlegender erschwert, Sprachlosigkeit zwischen den Generationen hervorgebracht, als diese Zeit.

Nach Jahrzehnten von Sprachlosigkeit ist ein neues Interesse entstanden, sich mit der jüngeren Vergangenheit auseinanderzusetzen. Und dieses Interesse hat viele Menschen im Kulturarbeitskreis zu gemeinsamer Arbeit vereint. Zeitzeugen, Betroffene und engagierte Jüngere, die sich aufgemacht haben, die Spuren der Vergangenheit in Schöneberg wieder zu entdecken, zu sichern und zusammenzuführen. Ein erstes Ergebnis im Jubiläumsjahr der Stadt war die Open-Air-Ausstellung zum Thema «Nationalsozialistische Gewaltherrschaft und Widerstand – NS-Zeit in Schöneberg». Diese Ausstellung hat viele Menschen mit der Zeit des Nationalsozialismus konfrontiert, häufig unvermittelt konfrontiert, denn im Kleistpark, einem Ort des Spazierengehens und der Erholung wurden steinerne Dokumente der NS-Zeit sichtbar gemacht und Fragen an und über diese Zeit gestellt. Fragen, die dann Anlass gaben für die Besucher, nachdenklich zu werden und häufig auch miteinander zu diskutieren.

Gleichzeitig mussten wir bei der Vorbereitung zu dieser Open-Air-Ausstellung bedauernd feststellen, wie wenig wir 42 Jahre nach Kriegsende wissen: «Über die Schwierigkeiten, eine Gedenktafel für die Opfer des Nationalsozialismus» und über die «Schwierigkeiten, den alltäglichen Widerstand zu beschreiben», so waren 2 Ausstellungsteile überschrieben. Und wir mussten feststellen, dass mit der Ausstellung und dieser Publikation die Forschungs- und Erinnerungsarbeit keineswegs

abgeschlossen ist, im Gegenteil: Die Fragestellungen haben sich erweitert, sind genauer und konkreter geworden. Gegenüber der ersten Publikation, in der überwiegend Zeitzeugen zu Wort kamen, sind Dokumente und Informationen hinzugekommen, die den Hintergrund beschreiben, auf dem viele Zeitzeugenberichte noch einmal neu verständlich werden: Wie äusserten sich die politischen und sozialen Auseinandersetzungen am Ende der Weimarer Republik konkret in unserem Bezirk, wie drückte sich das im Wahlverhalten aus, wie bereitete Goebbels mit der SA den «Sturm auf Berlin» schon lange vor 1933 vor und dann: Wie setzten sich die nationalsozialistischen Ideen in allen Lebensbereichen durch, nicht zuletzt auch im Rathaus bis hin in die alltägliche Verwaltungssprache und den zum normalen und legalen Verwaltungsvorgang gewordenen Terror, welches Denken manifestiert sich in den steinerne Zeugen, mit denen die Nazi-Architektur auch heute in unserer nächsten Umgebung präsent ist?

Umgekehrt suchen wir heute mühevoll die Spuren des lebendigen, kulturellen Lebens vor der Machtübernahme, Spuren der jüdischen Kultur, der Arbeiterkultur, der künstlerischen Avantgarde und den demokratischen Lebensformen der 20er Jahre, die sich zum Beispiel in Schulreformideen oder der sozialen Frauenbewegung niederschlagen haben.

Wir erinnern in dieser Publikation mit Kurzbiografien an über 60 Menschen, die in Schöneberg als Künstler, Intellektuelle und Sozialpolitiker einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Leben vor 1933 geleistet haben und die emigrieren mussten oder vertrieben und ermordet wurden. Wir erinnern an die, die als Kirchenvertreter oder als Aktive in politischen, später verbotenen Parteien und Organisationen oder als Einzelne die Idee des demokratischen und humanen Deutschland vertraten und dafür verfolgt, misshandelt und ermordet wurden. Sie mögen für die vielen Namenslosen stehen, die zum Beispiel aus dem Bayerischen Viertel in die Gefängnisse kamen oder am Arbeitsplatz versetzt und später im Krieg, an der Front «geopfert» wurden. Sie mögen stehen auch für die Zwangsarbeiter, die in Schöneberger Betrieben zu kriegswichtiger Rüstungsproduktion gezwungen, das Leid ihrer Völker verlängern mussten. Welche Auswirkungen Krieg und Kriegszerstörung in Schöneberg gehabt haben und welches Leid die Zivilbevölkerung erlebt hat, in der viele den «heimgekehrten Krieg» nicht überlebt haben, all diese Fragen müssten an anderer Stelle dargestellt werden.

Wir wollen mit diesem Erinnern noch einmal die Zeit des Nationalsozialismus für eine kritische Auseinandersetzung verfügbar machen. Eine kritische Auseinandersetzung, zu der wir in den letzten Jahrzehnten nicht fähig waren, vielleicht auch deshalb, weil sie zu einer ritualisierten Auseinandersetzung zwischen den Generationen verkommen war. Auf der einen Seite kritische, häufig auch moralisierende Fragen, auf der anderen Seite verlogene Rechtfertigungen. Am Ende

stand dann die gemeinsame Sprachlosigkeit. Aber die Frage nach der Schuld ist nur ein Teilaspekt bei der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland. Wichtiger als die Frage nach persönlicher Schuld ist die Frage, wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass aus einer noch jungen Demokratie ein brutaler Unrechtsstaat wurde, getragen oder zumindest ertragen von vielen Menschen. Wie konnte es dazu kommen, dass die Ausgliederung, Ausgrenzung und Aussonderung von Minderheiten alltäglich wurde und in dieser Alltäglichkeit auch akzeptiert. Diese Fragen können die Generationen nicht mehr nur aneinanderstellen, sie müssen sie gemeinsam stellen und beantworten. Denn diese Fragen und ihre Beantwortung verweisen in die Gegenwart und verweisen in die gemeinsame Zukunft. Nur wenn wir wirklich gemeinsam aus der Vergangenheit lernen, sind wir befähigt, unsere Demokratie zu entwickeln und zu bewahren. Unser Umgang mit Andersdenkenden, mit Minderheiten, die Neigung von vielen hin zu Gewalt und Intoleranz zeigen, dass wir noch viel Verständigungsarbeit vor uns haben. Es ist nicht nur der Neonazismus, der erkennen lässt, dass «der Schoss noch fruchtbar ist». Wenn unsere Aktivitäten zur 750-Jahr-Feier Berlins und wenn diese Publikation einen kleinen Beitrag zu einer nach vorne gerichteten Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte leisten können, haben sie eine wichtige Aufgabe erfüllt.

Wir danken allen Zeitzeugen, die sich seit 1982 die «Strapazen der Erinnerungsarbeit» nicht erspart haben, – wie Pfarrer Otto Peres es 1983 genannt hat – und den vielen jüngeren Mitarbeitern aus dem Kulturarbeitskreis für ihre detaillierte Forschungsarbeit. Wir danken auch Ottokar Luban, der als politisch verantwortlicher Stadtrat mit der 1. Ausstellung 1983 den entscheidenden Impuls für die öffentliche Auseinandersetzung mit diesem Teil der Bezirksgeschichte gegeben hat, und wir danken auch der BVV Schöneberg, die diese Arbeit seither unterstützend begleitet hat.

MICHAEL BARTHEL

Stellvertr. Bezirksbürgermeister und Beauftragter des Bezirks Schöneberg für die 750-Jahr-Feier

Schöneberg auf dem Weg nach Berlin

Leben in Schöneberg/Friedenau 1933-1945

Gisela Wenzel
mit Vera Breitwieser,
Gerlinde Böpplé,
Otto Edel,
Frauke Hansen,
Detlev Kehr,
Otto Pereis,
Theo Pinkus,
Petra Zwaka,
dem Schöneberger Kulturarbeitskreis
und anderen Autoren

Herausgeber:
Bezirksamt Schöneberg von Berlin
2. überarbeitete und erweiterte Ausgabe 1987
1. Auflage 1983

1. FRAUEN

Orte und Ereignisse	12
Einleitung (1987)	13
«... und das war eine Zeit, in der noch von vielen behauptet wurde, es ginge uns prima!» (1983)	14
<i>Lisa Fernkorn, Gabi Forcier, Petra Zwaka</i>	
Frau L erzählt... (1983)	19
<i>Arbeitsgruppe Sozialdemokratischer Frauen Schöneberg</i>	
Spuren der Erinnerung an Liane Berkowitz (1983).....	20
<i>Traute Rafalski</i>	
Hilde Radosch; der bürokratischen Kontrolle entgangen (1987).....	21
<i>Remgard Jäkl</i>	
Die ehemalige «Alice-Salomon-Schule», Wohlfahrtsschule des Pestalozzi-Fröbel-Hauses (1983)	21
<i>Rüdiger Baron, Rolf Landwehr</i>	

2. RASSISCHE VERFOLGUNG

Orte und Ereignisse	24
Einleitung (1987)	25
Synagogen in Schöneberg / Friedenau (1987).....	26
Das Bayerische Viertel – ein Spaziergang in die jüdische Geschichte (1987)	28
<i>Gundel Mattenklott</i>	
Wenn nur der Sperber nicht kommt (1983) Nachbemerkung (1987)	31
<i>Vera Breitwieser</i>	
Der 1. April 1933: Boykott jüdischer Geschäfte – Eine Bildserie (1987)	34
<i>Veronika Liebau</i>	
Judenverfolgung im Spiegel Schöneberger Polizeiberichte von 1941 -1945 (1983).....	36
<i>Siegfried Heimann</i>	
Das Bayerische Viertel – die «Jüdische Schweiz»: Etappen eines Vernichtungsprozesses (1983).....	39
<i>Birgit Menzel, Walter Süß</i>	

3. KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK

Orte und Ereignisse	46
Einleitung (1987)	47
Der SA-Sturm auf die Kunstschule in der Grunewaldstrasse (1983) ...	47
<i>Christine Fischer-Defoy</i>	
Georg Tappert als «Entarteter» Künstler verfehmt, Fresken im Rathaus Schöneberg, als «wahre deutsche Kunst» gefeiert (1987)	50
<i>Katharina Kaiser</i>	
Die «Scheidung der Geister» oder: «Frontarbeit am Leser». Die Volksbüchereien in Schöneberg (1983)	52
<i>Frauke Hansen</i>	
Paul Zech (1983)	56
<i>Gisela Wenzel</i>	
Die F-Route Zur Geschichte eines Fluchtweges (1987)	56
<i>Insa Eschebach</i>	
emigriert – vertrieben – ermordet – vergessen (?) Gedenktafeln in Schöneberg für Verfolgte des Nationalsozialismus und Stätten des Widerstands (1987) '	59
<i>Wilfried Löhken</i>	

4. SCHULE UND JUGEND

Orte und Ereignisse	62
Einleitung (1987).....	63
Erfahrungsbericht: Schüler befragen einen Zeitzeugen (1983).....	63
<i>Christiane Link</i>	
Ich ging 1940 in die Scharnhorst-Schule (heute: Riesengebirgs-Oberschule) (1983).....	64
<i>Eberhard Schönknecht</i>	
Die Königin-Luise-Schule in Friedenau, 1933-1940 (heute: Paul-Natorp-Oberschule) (1983)	66
<i>Thomas Hartmann</i>	
Von der Staatlichen Augusta-Schule zur Sophie-Scholl-Oberschule – 1933-1946(1987).....	70
<i>Bodo Förster</i>	
Das Werner-Siemens-Gymnasium – Erinnerungen an die Schulzeit im Dritten Reich (heute: Georg-von-Giesche-Schule) (1987).....	71
<i>Marcel Reich-Ranicki</i>	
Eines Tages fragte ich vergeblich nach ihm ... (1983)	72
<i>Ruth Wilke</i>	
Hitlerjugend – oder: Wie die Nazi-Ideologie im Alltag der Jugendlichen Fuss fasste (1987).....	73
<i>Andreas Sander</i>	
Bündische Jugend in der Kirche (1983).....	75
<i>Pfarrer Jürgen Boeckh</i>	
Beim Landhelfer-Einsatz (1983).....	77
<i>Johannes Bininda</i>	

5. KIRCHEN

Ort und Ereignisse	78
Einleitung (1987).....	79
AUS DER GESCHICHTE DER EVANGELISCHEN KIRCHE	
Versagen und Bewährung in den evangelischen Kirchengemeinden Friedenaus 1933-1945 – Erinnerungen	79
<i>Pfarrer Otto Pereis</i>	
Als Christ und Jurist im Widerstand: Friedrich Justus Pereis, 1919-1945 (1983).....	80
<i>Gisela Wenzel</i>	
Eitel-Friedrich von Rabenau, 1884-1959 Bekenntnispfarrer an der Apostel-Paulus-Kirche (1983).....	81
<i>Gisela Wenzel</i>	
Die «Synagoge am Nollendorfplatz», Erinnerungen von Adolf Kurtz 1890-1975, Pfarrer von der Zwölf-Apostel-Kirche (1983).....	82
<i>Pfarrer Dankwart Moser-Feesche</i>	
Der «Spion Gottes» wohnte in der Bülowstrasse. Erinnerungen an Kurt Gerstein (1983).....	85
<i>Pfarrer Egon Franz</i>	
AUS DER GESCHICHTE DER KATHOLISCHEN KIRCHE	
Erich Klausener, 1885-1934 (1983).....	87
<i>Gisela Wenzel</i>	
Albert Coppenrath – der «Westfälische Dickkopf vom Winterfeldtplatz» (1983)	87
<i>Gisela Wenzel</i>	

6. POLITIK UND PARTEIEN

Orte und Ereignisse.....88

Einleitung (1987)89

DAS ENDE DER WEIMARER REPUBLIK IN SCHÖNEBERG

Schöneberg im inneren Ring der Berliner Entwicklung (1987) 90
Gisela Wenzel

Die Jugend im Alter – Zweimal Schöneberg erlebt (1983) mit einer unvermeidbaren Nachbemerkung (1987)92
Theo Pinkus

Schöneberger Sozialdemokraten in der Weimarer Republik (1987)94
Otto Edel

Der BVG-Streik im Strassenbahndepot Belziger Strasse (1987).....96
Gisela Wenzel

Wie die Nazis Schöneberg eroberten:

Das «braune Schöneberg» (1987).....97
Gisela Wenzel

Chronik der Berliner SA aus der Sicht der Ereignisse in Schöneberg, 1925-1933 (1987).....100
Gisela Wenzel

...auf dem rechten Auge blind

Aus den politischen Prozessakten vor 1933 (1983)102
Ulli Meyer

SCHÖNEBERG UNTERM HAKENKREUZ

Terror regiert (1987)105
Gisela Wenzel

Gleichschaltung der Schöneberger Bezirksverwaltung (1987) 108
Gisela Wenzel

Die Auswirkungen der Speer'schen Stadtplanung auf Schöneberg (1987).....111
Gerlinde Böpplé

Sportpalast – Tribüne der Nationalsozialisten.
Eine Bild-Text-Collage (1987).....112
Christine Albert und Gisela Wenzel

Verwaltungsgebäude aus der NS-Zeit (1987)118
Gerlinde Böpplé

Zwangsarbeiterlager in Schöneberg (1987)120
Insa Eschebach

WIDERSTAND UND VERFOLGUNG

Orte und Ereignisse.....122

Von den Schwierigkeiten, dem Widerstand im Bezirk auf die Spuren zu kommen (1987)123
Gisela Wenzel

Politische Gegner des Nationalsozialismus:
verfolgt – misshandelt – ermordet (1987)124
Gisela Wenzel, Insa Eschebach

Übrigens ... (1983).....126
Vera Breitwieser

Der Prozess gegen den «20. Juli» in der Elssholzstrasse (1987).....126
Detlev Kehr

Sozialdemokraten im Widerstand:

Kurt und Elsbeth Koch, Herbert Scheel, Paul Lobe und Julius Leber (1983,1987)128
Otto Edel

Kommunistischer Widerstand,
1933-1937 (1987).....130

Aus den Gestapo-Akten (1987) *Gisela Wenzel*.....130

Irma und Alfred Maass (1987) *Andreas Sander*131

Alfred Davidsohn – Leben «gegen den Strom» (1987)132
Gisela Wenzel, Insa Eschebach

Wolfgang Lax – Überleben im Untergrund (1987).....133
Gisela Wenzel

Die Arbeit der Berliner «Roten Kapelle» im Bezirk Schöneberg (1987)135
Gert Rosiejka

Die polnische Minderheit in Berlin
— der Freundeskreis Hedwig Neumanns (1983).....136
Gisela Wenzel im Gespräch mit Johannes Baczewski

Ist «Landesverrat» Widerstand?
— Eine Nachbemerkung (1987) *Gisela Wenzel*138

Der «CdU» – eine «wilde Clique» in Schöneberg (1987).....139
Katharina Kaiser

GEDENKTAFELN (Ausklappkarte) 59 und 124

Quellen-, Literatur- und Abkürzungsverzeichnis,
Videofilme, Abbildungsnachweis140

Autoren142

Impressum Deckel (hinten)

Anmerkung:

Die Jahreszahlen in Klammern beziehen sich auf die 1. Ausgabe (1983) und die 2. erweiterte und überarbeitete Fassung (1987).

Vor 5 Jahren, als sich der Kulturarbeitskreis anlässlich der 50. Jährung der «Machtergreifung» 1933 traf, gab es kaum Material, keine lokalhistorische Veröffentlichung. Die Bezirkschroniken von 1964 zur 700-Jahrfeier des Bezirks, einschliesslich des Baedeker, hatten diese Zeit nur am Rande erwähnt. Als dann nach knapp 1-jähriger Forschungs- und Erinnerungsarbeit im Oktober 1983 in Schöneberg die erste Ausstellung eröffnete, waren Ergebnis und Resonanz erstaunlich. 7.500 Besucher kamen in 8 Wochen, Diskussionsveranstaltungen mit dem Schwerpunkt des Gesprächs zwischen den Generationen stiessen auf ein grosses Bedürfnis. Auch die Broschüre «Leben in Schöneberg/Friedenau 1933-45» in 2.000er Auflage war schnell vergriffen, ebenso das Buch «Wer sich nicht erinnern will...», in dem die Schöneberger Broschüre als eine von 6 Beiträgen mit bezirklichen Schwerpunkten abgedruckt war.

Seither wurde weitergearbeitet, wenn auch nicht durchgängig in der Intensität und Kontinuität wie im Jahr 1983, in dem Gisela Wenzel, Historikerin, koordinierend zur Verfügung stand und erst 1987 die verschiedenen Fäden wieder aufgreifen konnte. Einige Kulturarbeitskreismitglieder haben sich neuen historischen Themen im Rahmen der 750-Jahrfeier gewidmet, viele auch anderen Aufgaben zugewandt. Aber es wurden neue Zeitzeugen gefunden, neue Dokumente und Informationen zusammengetragen und auch die Bezirksverordnetenversammlung Schöneberg (BVV) hat in den letzten Jahren durch zahlreiche Gedenktafeln im Stadtbild daran erinnert, dass sich in allen Teiledes Bezirks Orte der Verfolgung und des Widerstands gegen die Hitlerdiktatur befunden haben.

Auch im Jubiläumsjahr 1987 haben sich die Bürger mit dieser Zeit auseinandergesetzt. Circa 10.000 mögen es nach unseren Schätzungen gewesen sein, die als Spaziergänger im Kleistpark in der Open-Air-Ausstellung «Flanieren im Schatten der Vergangenheit» unvermittelt auf Erinnerungen an die jüngste Geschichte getroffen sind. Dazu noch einmal fast 9.000 Besucher, die in der Ausstellung «Schöneberg auf dem Weg nach Berlin» auch an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert wurden: Ein Schaufenster, rekonstruiert nach einem Foto, das deutlich Spuren des sog. «Juden-Boykotts» zeigt, eine Litfass-Säule mit Propaganda-Material von Goebbels' «Sturm auf Berlin», persönliche Dokumente und Lebensstationen von Widerstandskämpfern und das «normale» Büro aus irgendeiner Polizeidienststelle. In den Ausstellungen und bei der ersten Broschüre tauchte eine Frage immer wieder auf und löste Irritationen aus:

«Wie setzte sich nationalsozialistische Gewaltherrschaft auch im Alltag durch?»

Für alle, die Gewalt nicht unmittelbar erfahren haben, ist Gewaltherrschaft zunächst ein abstrakter Begriff, dessen Realitätsgehalt so weit entfernt ist, wie die der Inquisition im Mittelalter. Aber wenn man diese Zeit aus der Nahsicht lokalhistorischer Ereignisse betrachtet, wird es ganz deutlich: Na-

tionalsozialistische Gewaltherrschaft fing dort an:

- Wo Lehrerinnen und Lehrer (auch an unserer Schule) nach einer entsprechenden Verordnung selbstverständlich Rassenunterricht erteilten.
- Wo Kirchenangestellte (wahrscheinlich auch in unserer Gemeinde) die Familieneintragungen bereitwillig der Ahnenforschung zur Feststellung der «arischen» Herkunft zur Verfügung gestellt haben.
- Wo Bibliothekare in der Bibliothek (an der ich täglich auf dem Weg zur Arbeit vorbeikomme) die wenigen vorhandenen modernen Literaturbeispiele auf Anordnung entfernt haben.
- Wo die Tennisclubmitglieder auf Distanz zu dem Mann gehen, der weiter zu seiner jüdischen Frau steht.
- Wo Polizisten im nächsten Polizeirevier (an dem man vielleicht auf dem Weg zur Ausstellung vorbeigefahren ist) in neutraler bürokratischer Sprache notiert haben:

11.3.1943

«Jüdinnen ohne Stern... gegen 18 Uhr in das Judenlager Grosse Hamburger Strasse eingeliefert ... Anrufer war Frau F...»

Sie zeigte offen ihre Gewalt:

- Wo z.B. in den letzten Kriegstagen ein Offizier den Befehl gegeben hat, einen jungen desertierten Soldaten mitten auf der heutigen Dominicusstrasse an einem Laternenpfahl aufzuhängen.

Erschütterung entsteht beim Lesen der Mordlisten der SA vor 1933 und der unfassbaren Zahlen der Deportationslisten von 1943. Aber das Leiden der Einzelnen wird erst fassbar, wenn konkrete menschliche Handlungen und Gefühle ins Blickfeld geraten; Irritation entsteht beim Lesen einer Postkarte aus dem KZ Oranienburg, dessen Poststempel die Aufschrift trägt: «Grüsse aus der Sommerfrische.»

Die Erinnerungsarbeit geht weiter

Abb. 1 «Flanieren im Schatten der Vergangenheit», Open-air Ausstellung im Kleistpark, 1987. Am Sockel des «Rosselenkers», 3 geteerte Figuren: «Über die Schwierigkeiten eine Gedenktafel über die Opfer des Nationalsozialismus zu schreiben» steht auf der Schrifttafel. Das Tor weist in Richtung Bayerisches Viertel, die ehemalige «Jüdische Schweiz».





Abb. 2 "Leben in Schöneberg 1933-45", Ausstellung vom 16.10.-16.12.1983. Das Eingangsbüro, durch das jeder Besucher in die

Ausstellung tritt. Neben der Wartebank ein Aktenschrank. Jeder der 42 Ordner steht für eine NSDAP-Dienststelle im Bezirk.



Abb. 3 «Leben in Schöneberg, 1933-45» Ausstellung im Oktober 1983. Im Namen von «Ruhe und Ordnung» haben die Nazis ihre Feinde aus politischen und rassistischen Gründen auch in den KZs gekennzeichnet. Die Sterne am Fusse des 18 m langen Transparents sieht man auch von der 2. Etage, in der sich die Ausstellungshalle befindet.



Abb. 4 «Schöneberg auf dem Weg nach Berlin». Ausstellung vom 10.5.-27.9.1987. Hebt

man den Telefonhörer ab, liest eine sachliche Stimme die Eintragungen aus den Polizeitätig-

keitsbüchern vor. In den Ordnern die wichtigsten Gesetze und Verordnungen.

Diese Irritation liegt vielleicht daran, dass sich niemand, ob alt oder jung, vorstellen kann, dass er selbst oder der Nachbar oder der Kollege in der Tötungsmaschinerie eines KZ's oder Gefängnisses gearbeitet haben könnte, – aber

- Wer würde als Postbeamter den Stempel auf die Postkarte drücken?
- Wer würde eine Anordnung unterschreiben, weiterleiten, ausführen, die ganz legal ist und deren Folgen er nicht selbst zu verantworten hat?
- Wer würde in seinen Sprachgebrauch verordnete Begriffe übernehmen, die den Nachbarn zum «Juden» und ihn selbst zum «Arier» machen?

-Wer hätte wie die anderen weggesehen, wenn er den jungen Soldaten erhängt mitten auf der Strasse wahrgenommen hätte?

Es war in der Ausstellung 1983 unter anderem das Büro, das solche Fragen provozierte. Jeder Besucher musste hindurchgehen, um in die Ausstellung zu gelangen. Er wurde aufgefordert, den ausliegenden Original-Fragebogen auszufüllen, in dem er «arisch» oder «jüdisch» anzukreuzen hatte; die lebensgrosse Frauen-Figur mit dem Judenstern am Mantel und der «Sarah» im Ausweis, die neben dem Besucher auf der Wartebank sass, machte deutlich: Wenn Du ausfüllst, grenzt Du sie damit aus.

4 Jahre später, 1987, in der Ausstellung «Schöneberg auf dem Weg nach Berlin» wurde nach

dem Willen aller Beteiligten im Kulturarbeitskreis das Büro wieder aufgebaut. Diesmal ist es eine sachliche Telefonstimme, die dem Besucher aus den Aufzeichnungen eines Polizeitätigkeitsbuchs von 1943 vorliest. Ein Büro, an dessen schwarzem Brett Verordnungen hängen, damit jeder Beamte ausführen kann, was im Eichmann'schen Judenreferat (8 Minuten vom heutigen Ausstellungsort entfernt) ausgedacht, von Sekretärinnen aufgeschrieben, von Druckern vervielfältigt, von Boten verteilt worden war. Am schwarzen Brett hängen auch Abstammungstabellen, die Eingang in die Schulbücher auch an unserer Schule genommen haben.

Im Hinterzimmer dieses für die Ausstellung rekonstruierten «normalen» Büros, sind Fundstücke aus den KZ's Birkenau und Auschwitz in einer kleinen Vitrine ausgestellt, die eine Zeitzeugin aus dem Kulturarbeitskreis, 40 Jahre nach dem Krieg, auf der Suche nach den Spuren ihres geliebten Onkels gefunden hat: Ein verrostetes Messer, ein Löffel, daneben die Postkarte von damals... *«Ich habe soeben die geplante Reise angetreten...»*

1983 ging man aus der Ausstellung wieder heraus, vorbei an einem riesigen Transparent im Treppenhaus: Ruhe und Ordnung stand darauf, unzählbar oft und darunter lagen die vielen Sterne und Winkel, mit denen die Nazis ihre «Feinde» im Namen von Ruhe und Ordnung

systematisch und säuberlich kategorisiert und gezeichnet haben.

1987 ging man aus dem Nazibüro heraus und war konfrontiert mit Fotos von Kriegszerstörungen und danach mit einer Installation, die den Insulaner symbolisiert: Auf Trümmern aufgebaute Hoffnung auf Neuanfang.

Die vorliegende Publikation beginnt bewusst mit dem Artikel *«... und es war eine Zeit, in der noch von vielen behauptet wurde, es ginge uns prima...»* und sie endet mit einem Dokument von 1943, über eine sogenannte *«wilde Clique»*, einer Gruppe von Jugendlichen, die auf ihre Weise Widerstand geleistet hat, und die als Staatsfeinde in Umerziehungslager und einige von ihnen wahrscheinlich ins Gefängnis kamen. Wenn man dieses Dokument – vom Nazi-Standpunkt her geschrieben – liest, ist man wiederum irritiert: Sind das Widerstandskämpfer, jugendliche Rowdies oder Kriminelle? Wer war Krimineller, wer wurde zum Kriminellen gemacht? Wer bestimmte, was staatsgefährdend war? Erregen uns nicht heute ein Hakenkreuz, auf die Jacke eines Jugendlichen Skin gemalt, oder Neo-Nazisprüche von Schülern mehr als der gedankenlose Satz von Politikern, die von «Zigeunerlagern» sprechen, die nicht in die Innenstadt gehörten oder wenn auf Titelblättern grosser Zeitungen an jedem Kiosk von «Ausländerschwemme» die Rede ist.?

KATHARINA KAISER
Leiterin des Kunstamtes

Schatten der Vergangenheit und eine grüne Idylle

Am Sonntag werden zwei Ausstellungen im Kleistpark eröffnet: Sehenswerte Verknüpfung von Ort und Inhalten

«Flanieren im Schatten der Vergangenheit» lautet der gemeinsame Titel für zwei Ausstellungen, die am Sonntag im Schöneberger Kleistpark eröffnet werden. Beides – der Bummel durch eine grüne Insel des Bezirks und die Schatten der (braunen) Vergangenheit – verdichtet sich auf dem Gelände an der Potsdamer Strasse zu einer sehenswerten Gesamtschau.

«Städtisches und Ländliches Grün»

Zunächst erwartet den Besucher unter den Königskolonnaden ein Hauch von grüner Idylle, das bäuerliche Leben im 17. und 18. Jahrhundert scheint lebendig zu werden. Ein klappriger Holzwagen und alte Feld- und Gartengeräte erinnern an die beschwerlichen Arbeitsbedingungen jener Zeit, als das heutige Gelände noch als Küchengarten der kurfürstlichen Residenz diente. Später entstand hier der Botanische Garten als beliebtes Ausflugsziel und wissenschaftliche Forschungsstätte, der dann nach Dahlem verlegt wurde.

Der Garten musste nach 1900 der zunehmenden Verstädterung des Bezirks weichen, zurück blieb nur eine Oase im wachsenden Häusermeer. All diese Etappen werden auf Schautafeln dokumentiert, und auch der Bogen zur Gegenwart wird in der Ausstellung «Städtisches und ländliches Grün» geschlagen. Sie ist gegenüber der Präsentation von 1985 erweitert und überarbeitet worden. Grüne Oasen sind nicht nur Farbtupfer in einer zunehmend versteinerten Umwelt, sondern entsprechen dem Lebensbedürfnis der Grossstädter. Hinzu kommt die ökologische Bedeutung, wie sie exemplarisch im Abschnitt über das Südgelände dargestellt wird.

Die Verknüpfung von Ausstellungsort und -inhalten prägt auch die Präsentation des zweiten Themas, «NS-Zeit in Schöneberg». Rund um den Kleistpark war ein wichtiges Zentrum des Nazi-Herrschaftsapparats, dessen wichtigstes Symbol das Gebäude des ehemaligen Preussischen Kammergerichts war, heute Sitz des Alliierten Kontrollrats. Das 1913 errichtete Gerichtsgebäude wurde im Nazireich zu einer Stätte des Unrechts. Hier fanden nach dem 20. Juli 1944 die grossen Schauprozesse des Volksgerichtshofes unter seinem gefürchteten Präsidenten Freisler statt.

Eindruck von Unrecht und Terror

Diese Perversion des Rechts wird beim Rundgang durch den Park sehr anschaulich dokumentiert. «Wir versuchen, die Orte ernst zu nehmen», schilderte die Schöneberger Kulturamtsleiterin Katharina Kaiser die beabsichtigte Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart. So rücken Bild- und Textdokumentationen die oft verdrängten Ereignisse der braunen Diktatur ins Gedächtnis zurück. Judenverfolgung und Deportationen, «Säuberungen Berlins von Zigeunern» während der Olympischen Spiele 1936 und Opfer der Euthanasie – der Betrachter steht vor pechschwarzen Figuren, die auf zwei vor dem Kontrollratsgebäude errichtete Tore gemalt sind. Ob Gestaposchergen oder flüchtende Bürger, dem Eindruck von Unrecht und Terror kann man sich nicht entziehen.

Dies ist auch die Absicht der Ausstellungsplaner, denn, so der stellvertretende Bürgermeister Michael Barthel beim Rundgang, «Vergangenheit ist für viele nur noch Stein». Er verwies auf die fast unbemerkte Gedenktafel für die Opfer des 20. Juli 1944,

die in der Ausstellung bewusst hervorgehoben wird. So ist der insgesamt geglückte Versuch unternommen worden, Geschichte anschaulich zu machen und Kontinuitätslinien herauszuarbeiten. Dazu zählen auch der Verweis auf das ehemalige Gebäude der Obersten Bauleitung der Reichsautobahnen (heute BVG-Zentrale) oder die wechselvolle Geschichte des 1973 abgerissenen Sportpalastes.

Ein zehnminütiger Videofilm, Produktion der Berliner Festspiele, zeigt den Wandel der Sport- und Unterhaltungsstätte zum Forum gigantischer NS-Aufmärsche und Propagandaveranstaltungen. Goebbels berichtigte Frage am 18. Februar 1943 – «Wollt Ihr den totalen Krieg?» – setzte Tausende von Besuchern in Taumel, dem zwei Jahre später der totale Zusammenbruch Deutschlands folgte.

Aufklärungsarbeit ist nötig

Diese Katastrophe ist bis heute nicht bewältigt. Weder politisch, ein Blick auf die Fahnen der alliierten Siegermächte am Kontrollratsgebäude zeigt es deutlich, noch im Bewusstsein vieler Menschen. Hier ist Aufklärungsarbeit zu leisten, hier müssen «Brücken geschlagen» werden, so Michael Barthel. Die Ausstellung, die bereits in der Vorbereitungsphase auf Interesse und Unterstützung der Anwohner gestossen ist, leistet solche Brückenschläge. Ende des Jahres soll eine schriftliche Dokumentation erscheinen, die die «NS-Zeit in Schöneberg» zusammenfassend behandelt.

Die beiden Ausstellungen im Kleistpark sind vom 23. August bis 27. September täglich von 10 bis 20 Uhr zu sehen. An den Wochenenden finden zusätzlich Führungen statt. Der Eintritt ist frei. mfa

Der Schöneberger Kulturarbeitskreis – oder wie Broschüren und Ausstellung 1983 entstanden sind.

Vorbereitung und Ausstellung am 30. Januar 1983 im Haus der Jugend «Weisse Rose». Der Kulturarbeitskreis stellt zum ersten Mal öffentlich Ergebnisse der Forschungsarbeit vor und gewinnt neue Mitarbeiter.

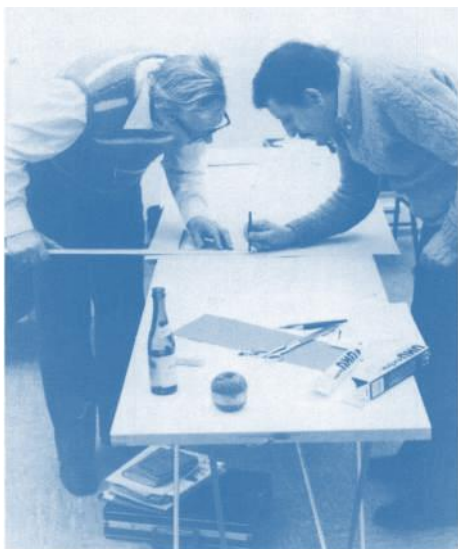


Abb. 6 Untertitel müssen geschrieben und Pappen zugeschnitten werden. Pfarrer Boeckh und Katechet Bledau bei der Arbeit.



Abb. 8 Aus dem gesammelten Material wächst an einem langen Abend eine kleine Ausstellung, die unsere Besucher am 30.1.1983 beim «Tag der Offenen Tür» im «Haus der Weissen Rose» zur Mitarbeit anregen soll. Um die mitgebrachten Familienalben und Privatsammlungen bilden sich vor den Stelltafeln kleine Diskussionsgruppen.

«Kann man diese Zeit nicht endlich mal ruhen lassen?» fragte eine Frau empört in der 1. Sitzung des Schöneberger Kulturarbeitskreises im September 1982. Sie war genauso zufällig ins HAUS am KLEISTPARK gekommen wie die anderen Anwesenden. Eine Einladung des Kunstamtes als kurze Pressenotiz und als Brief an viele Verbände, Gruppen, Institutionen, Parteien, Kirchen im Bezirk hatte zu der Mitarbeit in einem offenen Kreis an dem Thema «Nationalsozialistische Gewaltherrschaft und Widerstand in Schöneberg» aufgerufen.

Da sassen wir also, 40-50 Menschen, kaum einer kannte den anderen. Wie und mit welchem Ziel soll eine so grosse Ansammlung von Personen aus den unterschiedlichsten Bereichen eine Ausstellung machen?

«Damit sich die Geschichte nicht wiederholt», begründeten die einen ihr Interesse. «Weil sich die Geschichte so nicht wiederholt, wollen wir herausbekommen, wo die Ursachen liegen, dass Leute so ein menschenverachtendes System geduldet oder unterstützt haben.» – «Weil mit unserer Generation ein Stück Geschichte, die in keinem Lehrbuch steht, ausgelöscht wird, wir sind nur noch wenige.» – «Weil dieser Bezirk kein Gesicht hat. Von anderen Bezirken weiss ich mehr. Von Schöneberg nichts, obwohl ich hier wohne. Der Baedeker nennt nur ausgewählte Persönlichkeiten, die hier geboren wurden, Faschismus und Krieg kommen nicht vor.» – «Bei einer Stadtrundfahrt zu Orten der faschistischen Gewaltherrschaft ist mir klargeworden, wie nah einem plötzlich Geschichte kommt, wie wenig man weiss, wenn man durch die Strassen geht. Stadtrund-



Abb. 7 Informationsgespräche am Rande: Wie hiess unsere Schule 1933?



Abb. 9 Auch der Stadtrat für Volksbildung, Ottokar Luban ist dabei. Er nutzt die Gelegenheit zu einem Plausch mit Hella Zech, der inzwischen verstorbenen Schwiegertochter des emigrierten Schriftstellers Paul Zech.

fahrten sind eine Form, mit der man Jugendliche ansprechen kann.»

Jugendlicher ist nur einer von den Teilnehmern, die sich seither regelmässig einmal im Monat treffen, aber aus der Sicht der ältesten Teilnehmer, die die Nazi-Diktatur als junge Erwachsene oder als Kinder miterlebt haben, sind die meisten von uns «die Jungen» und die Älteren sind umgekehrt «die Zeitzeugen».

Ein intensiver Erfahrungs- und Gedankenaustausch ergab sich, – häufig auch am Rande oder nach dem Treffen – nicht nur zwischen den Generationen, auch zwischen den unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Positionen und Bewertungen von Geschichte, die hierdurch einzelne Personen vertreten sind. Es gab aber auch Skepsis, Vorbehalte, Verstummen.

Schon am Begriff «Faschismus» scheiden sich die Interpretationen: Die einen wollen sich auf «Nationalsozialismus» in seiner deutschen historischen Ausprägung beziehen, die anderen wollen von «Faschismus» reden, weil sie sich auch mit Neofaschismus und den «faschistischen Staaten heute» beschäftigen möchten. Die Positionen nähern sich nicht auf dieser allgemeinen begrifflichen Ebene, nicht durch Plenumdiskussionen (die kommen sowieso zu kurz unter dem Druck der Vorbereitung der Ausstellung), aber es gibt konkrete Teilziele, auf die wir uns einigen, die das Sprechen miteinander möglich machen.

Wir einigen uns z.B. darauf, den Titel «Gewaltherrschaft und Widerstand», den die Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung im April 1982 einstimmig beschlossen und damit den Anstoss zu einer Ausstellung gegeben hatte, zum Untertitel zu machen und schwerpunktmässig den Alltag in Schöneberg/Friedenau zu bearbeiten. Unser Titel heisst jetzt schlicht: «Leben in Schöneberg/Friedenau 1933-45». Dahinter steht der von allen getragene Anspruch, nicht nur die «spektakulären» Ereignisse zu erforschen (d.h. nicht allein die offene Gewaltherrschaft und den direkten politischen Widerstand), sondern folgenden Fragen nachzugehen:

Wie wurde die NS-Herrschaft von den Menschen wahrgenommen, akzeptiert oder erlitten? Wie wurde sie in allen Lebensbereichen durchgesetzt bis hin zu der menschenverachtenden Sprache der Bürokratie, bis zu gebräuchlichen alltäglichen Sprachwendungen während und auch noch nach der Nazizeit? Auf der anderen Seite, welche alltäglichen Formen des Widerstandes gab es, welche Chance, nicht auf die Propaganda hereinzufallen? Eine andere gemeinsame Entscheidung ist der bewusste Verzicht auf eine chronologische oder themenbezogene Systematik, allerdings erfolgte – wie auch die Gliederung dieser Broschüre zeigt – eine bereichsbezogene Aufteilung in verschiedene Untergruppen. Es gab zwar während der Vorbereitungszeit die Möglichkeit, sich in Forschungsfragen mit der Historikerin Gisela Wenzel zu beraten, die das ganze Jahr dieses Projekt begleitet hat, uns schien aber der subjektive Zugang zu den Themen-Schwerpunkten aus persönlicher

Betroffenheit wichtiger als ein systematisch/wissenschaftlicher, – zumal fast alle Beteiligten Laien sind, in dem Sinn, dass sie keine Erfahrungen in historischer Forschungsarbeit haben.

So subjektiv verschieden wie die Zugänge zu den Themen, sind auch die Formen der Darstellung in der Broschüre und in der Ausstellung. Erfahrungsberichte Betroffener wechseln mit Interviewformen oder Berichten, zusammengestellt aus Archivrecherchen.

Wir haben bei dieser Entscheidung in Kauf genommen, dass auch von allen als wichtig angesehene Bereiche wie Betriebe/Gewerkschaften, Justiz, Freizeit usw. nicht bearbeitet werden konnten, weil sich niemand als kompetent für diese Bereiche ansah.

Da der Kulturarbeitskreis Weiterarbeiten will, hoffen wir, dass diese Lücken durch Besucher und Leser, die sich ermuntert fühlen mitzuarbeiten, bausteinartig geschlossen werden können, so dass die Dokumente im Heimatmuseum und im Archiv auch in den folgenden Jahren zur Verfügung stehen. (Wer mitmachen will, kann sich informieren im Kunstamt, Tel.: 7833033 oder 2234. Der Kulturarbeitskreis trifft sich monatlich im HAUS am KLEISTPARK, Grunewaldstr.6/7).

Es gibt auch Themenstellungen, die im Laufe des Jahres aufgegeben werden mussten, es gab Teilnehmer, die nicht mehr kamen. Bei einigen wissen wir die Gründe: *«Ich setze zum jetzigen Zeitpunkt meinen Schwerpunkt lieber in der Schöneberger Friedensinitiative.»* – *«Unsere Recherchenarbeit wurde behindert. Wir wissen, es gibt Dokumente, aber wir bekommen keine Einsicht. Wir haben keine Kraft, das neben unserer übrigen Arbeit durchzusetzen.»* *«Dass wir die Akten des Volksgerichtshofs, die wir nach mühevoller Suche endlich gefunden haben, nicht veröffentlichen dürfen – und zwar aus Gründen des Personenschutzes der Hingerichteten bzw. ihrer Familien – ist ein Skandal! Wer schützt hier eigentlich wen?»* – *«Unsere Betriebsgruppenarbeit nimmt uns völlig in Anspruch, unsere Kollegen müssen unter immer grösserem Stress arbeiten und andere sind arbeitslos.»* – *«Ich wollte eigentlich mehr mit Zeitzeugen diskutieren, hier wird zuviel für die Ausstellung organisiert.»* – *«Es geht überhaupt nicht systematisch vorwärts, da kann nichts dabei rauskommen.»*

Das waren einige Begründungen der jüngeren Teilnehmer, nicht mehr mitzuarbeiten. Die Argumente der Älteren lagen weniger in einem aktuellen politischen Engagement, das die mühevollen Kleinarbeit dieser Art *«Spurensicherung»* zwar als notwendigen, aber umständlichen Seitenweg begreift; bei denen, die diese Jahre der NS-Herrschaft selbst miterlebt haben, bekommen die durch Gespräche blossgelegten Erinnerungen ein oft nicht beeinflussbares Gewicht. Es sind nicht nur fremde Spuren, wie sie die Nachkriegsgeborenen suchen, sondern tiefe Gräben in der eigenen Lebensgeschichte, die viele zugeschüttet haben, zuschütten mussten, um ihr Gleichgewicht

«Allergien»

Vor geraumer Zeit – es mögen schon Jahrzehnte vergangen sein – wurde von norwegischen Ärzten eine Untersuchung über Spätschäden bei ehemaligen KZ-Insassen durchgeführt. Es handelt sich um Erscheinungen, die – nachdem die Betroffenen eine Periode verhältnismässig ausgeglichenen Seelenlebens verbracht hatten – sich als Depressionen und Erregungszustände darstellen.

Durch berufliche Aktivitäten «abgelenkt», habe ich die Ergebnisse dieser Untersuchungen nicht weiterverfolgt und bin erst wieder auf das Problem gestossen, als ich nach ca. 30jähriger Abwesenheit von Berlin, meiner Geburtsstadt, die alten Orte der Begebenheiten im «Dritten Reich» wieder sah. Diese Örtlichkeiten, aber auch bestimmte 'Reizworte', wie beispielsweise «Humanitätsduselei», «Entartet», «Überfremdung», führten und führen bei ihrem Anblick bzw. bei ihrer Verwendung in mir zu Gefühlen, die zwischen Zorn und Depression liegen.

Nun ist die Erinnerungsreaktion ein Effekt, der der allergischen sehr ähnlich sein kann, wenn negative Begriffe einwirken... Welche Spekulationen, die medizinische Nachforschungen stimulieren könnten oder es schon getan haben, auch immer angestellt werden: Reize der erlebten Art mögen dermassen wirken, dass eine Überflutung von Reaktionen auftritt, die vom Betroffenen nicht mehr verkraftet werden können. Wo das zutrifft, führt dies in vielen Fällen dazu, dass derjenige, der seinerzeit das negative Erleben durch Widerstand, Trotz und mit jugendlicher Energie meistern konnte, diese «allergische Reaktion zweiter Art» – wie ich sie nennen möchte – schlecht in der Hand hat. Er muss mit der Aufarbeitung, die die seinerzeit Schuldigen notwendigerweise vornehmen müssten, abrechnen... – Möglicherweise spielen solche seelischen (wie wir sie nennen) Vorgänge eine Rolle bei der Entscheidung, dass manche der Älteren, früher Verfolgten oder doch Bedrängten, die Aufgabe, die nachfolgende Generation aufzuklären, nicht mehr wahrnehmen wollen oder aus «seelisch-existentialen» Gründen sich einer Mitarbeit glauben versagen zu müssen.

Dr. H. Salomon

für das Heute zu finden. Und nicht nur die, die Schuldgefühle zu verdrängen hatten.

«Allergien» hat ein ehemaliger Teilnehmer einen Brief an uns überschrieben, mit dem er indirekt begründet, warum er nicht länger mitarbeiten kann.

Von den Vielen, die schon in der Zeit selbst weggedrängt haben, was sie sahen, nicht wahrhaben wollten, was sie täglich in der Zeitung lasen und von denen, die zustimmend oder aktiv die Nationalsozialisten unterstützten, ihre Weltanschauung teilten, hat niemand an unserem Kreis teilgenommen. Anrufe mit dem Inhalt des Eingangszitates, ein anonymer Brief oder Angebote von stolzen Sammlern von Parteiabzeichen, Orden und Nazi-Kitsch waren die einzigen Reaktionen.

Abb. 10 Leicht gekürzter Beitrag eines ehemaligen Teilnehmers des Kulturarbeitskreises. Er und seine Familie haben wegen ihrer Abstammung unter der Nazidiktatur gelitten.

Die Teilnehmer des Kulturarbeitskreises, die die Ausstellung und die Broschüre gemacht haben und auch die Ausstellungsbesucher und Leser dieser Broschüre sind also auf verschlüsselte Aussagen angewiesen:

«Eigentlich war ich ja nie so richtig dafür, aber eines muss man den Nazis lassen: Ruhe und Ordnung haben sie geschaffen.»

Dass die Ruhe und Ordnung der Nationalsozialisten und ihrer Dulder zu der grössten «Unordnung», zum 2. Weltkrieg, geführt haben, wollte



die Frau, die diesen Satz am 30. Januar auf der ersten öffentlichen Veranstaltung zu mir gesagt hat, nicht verstehen.

Vielleicht ist die Ausstellung und diese Bro. schüre ein Beitrag dazu, dass solche Sätze – zumindest von den Jungen – nicht mehr so leichtfertig gesagt werden können.

KATHARINA KAISER

Leiterin des Kunstamtes

Abb. 11 «Leben in Schöneberg 1933-1945», Ausstellung Oktober 1983. Die letzte Ausstellungstafel, wenn der Besucher die Ausstellung verlässt.

Sich die Strapaze der Erinnerung nicht ersparen

Ausstellung «Leben In Schöneberg/Friedenau 1933-45» im «Haus am Kleistpark» – Gespräche mit Zeitzeugen

Die Schau beginnt im Treppenhaus. Vom 2. Stockwerk hängt ein Plakat aus Packpapier mit der Aufschrift «Ruhe und Ordnung» hinunter ins Erdgeschoss; an den Wänden des Aufgangs kleben nachgemachte NS-Graffiti und wie hastig angebrachte Flugblätter des Widerstands. Und oben sieht sich der Besucher, kaum hat er das gebieterische Sütterlin-Schild «Einzeln eintreten» passiert, unversehens in einer Registratur der Nazizeit: Schreibtisch, Tintenfass, Vordrucke über jüdische Abstammung liegen an ihrem Platz, als wäre sie soeben zum Feierabend verlassen worden.

Zweifelloos ein Spätling unter den vielfältigen Bewältigungsversuchen des Dritten Reiches in diesem Jahr, dafür aber um so liebevoller und origineller vorbereitet ist die Ausstellung «Leben in Schöneberg/Friedenau 1933-45», die soeben im «Haus am Kleistpark» in der Grunewaldstrasse in Schöneberg eröffnet wurde. Rund 90 Mitarbeiter haben sich ein Jahr lang in ehrenamtlichem Engagement an der Vorbereitung der Schau beteiligt, die allein aus dem Geldbeutel des Bezirks finanziert und von der Kunstamts-Leiterin Katharina Kaiser betreut wurde.

Nicht nur in den «Environments» – dazu gehört auch das nachgebaute Wohnzimmer mit abgewetztem Ledersessel, Nähkästchen, Volksempfänger und Fliegenfängerlampe – wollen vielfältige Mate-

rialien zur Bezirksgeschichte der Verdrängung der NS-Zeit entgegenwirken. So geben eine Fülle von Fotos, Zeichnungen, Karten, Selbstzeugnissen aus privaten Archiven Aufschluss darüber, dass der Nationalsozialismus in der Nachbarschaft stattgefunden hat, nachvollziehbar in Familiengeschichten.

«Für die Betroffenen ist es sehr schwer, die alten Dinge wieder rauszukramen», sagte gestern Pfarrer Otto Perais, Bruder des 1945 ermordeten Widerstandskämpfers Friedrich Justus Perais in einem Gespräch, «über die Zeitzeugen sollten sich die Strapaze der Erinnerung nicht ersparen». Perais, selbst Zeitzeuge, ist Mitarbeiter des Schöneberger Kulturarbeiters, der, als offene Arbeitsgruppe seit etwa einem Jahr der lokalen Geschichte auf der Spur, die Hauptvorbereitung zur Ausstellung geleistet hat. Dass die Teilnehmer dieses Arbeitskreises keine Historiker sind, sondern Laien aus verschiedenen Berufen und Organisationen, hat der Ausstellung nicht geschadet, im Gegenteil: es macht sie konkret und authentisch.

Katharina Kaiser nennt das Ergebnis daher nicht zu Unrecht «viel-gesichtig». Vor symbolischen Objekten in den Räumen, bei der Auseinandersetzung mit Videofilmen, in denen Interviews mit Zeitzeugen festgehalten sind, und in Ton-Dia-Serien kann sich der Besucher über mehrere, puzzleartig vorgestellte Bereiche des bezirklichen NS-Alltags infor-

mieren; vom Kammergericht und Sportpalast bis hin zu den SA-Heimen und Sturmlokalen, jenen Treffpunkten der Menschen, die, wie Schönebergs Volksbildungsstadtrat Luban sagt, «um die Ecke gewohnt haben».

Einhellige Antworten jedenfalls werden, entsprechend der Zusammensetzung des Kulturarbeiters, nicht erteilt. Beobachtete Parallelen zur Gegenwart, zu wachsender Minderheitenfeindlichkeit werden nur mündlich genannt – etwa von Luban, der im Gespräch die Renaissance des Judewitzes im Türkenwitz bitter vermerkt. Die Ausstellung zeigt nur. So, am Ausgang, ein Zitat unter vielen: «Kann man diese Zeit nicht endlich mal ruhen lassen?»

Die Ausstellung, ergänzt durch eine Broschüre und ein Rahmenprogramm mit einem guten Dutzend Veranstaltungen, dauert bis zum 16. November und ist montags bis freitags von 9 bis 13 und von 16 bis 20 Uhr sowie sonnabends von 14 bis 18 Uhr geöffnet.

jal

Abb. 12 Aus: «Der Tagesspiegel», 19.10.1983

Frauen

Orte und Ereignisse

1930

«Doppelverdienerkampagne»: Rechtsgerichtete Parteien und Verbände (NSDAP/DNVP) fordern die Ausschaltung verheirateter erwerbstätiger Frauen aus dem Berufsleben, besonders des öffentlichen Dienstes, zugunsten «stellungsloser Familienväter».

1931

Gründung der NS-Frauenschaft, mehr als 1 Mio. Frauen in Deutschland sind arbeitslos.

1933

1.5. Gesetz zur Förderung der Eheschliessung. 2.5. Zerschlagung auch der gewerkschaftlichen Frauenorganisationen, **Mai** Auflösung der demokratischen Frauenvereine, 1.6. Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit (Ehestandsdarlehen), **30.6.** verheiratete Beamtinnen müssen entlassen werden, **14.7.** «Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses» (Zwangsterilisation), **Oktober** alle Frauenverbände im «Deutschen Frauenwerk» (DFW) zusammengefasst.

1934

April Arbeitsdienstpflicht für Abiturientinnen / Studentinnen.

1935

21.5. «Reichsverteidigungsgesetz» (sieht Heranziehung von Frauen zu zivilen Aufgaben im Kriegsfall vor), **15.9.** Nürnberger Rassegesetze, **8.10.** Ehegesundheitsgesetze (Eheverbot bei Krankheit, bei Heirat Untersuchungspflicht zum Nachweis der Zeugungs- und Gebärfähigkeit).

1936

1.12. alle männlichen und weiblichen Jugendlichen werden zum Eintritt in die HJ verpflichtet.

1936

Gründung der «Lebensbornheime» **1937**
1.10. Ehestandsdarlehen sind nicht mehr an Berufsaufgaben der Ehefrau gebunden. Aufhebung des Arbeitsverbots für verheiratete Frauen.

1938

Einführung des Mutterkreuzes, **22.6.** rechtliche Grundlegung der Dienstverpflichtung auch von Frauen, **6.7.** neues Ehe- und Scheidungsrecht (Einführung des Zerrüttungsprinzips, «weil aus solchen Ehen schwerlich noch Kinder hervorgehen».)

1938

15.2. Einführung des Pflichtjahres für Mädchen.

1939

15.5. Frauen-KZ Ravensbrück errichtet (allein hier werden bis Kriegsende 92.000 Frauen ermordet), **27.8.** Ausgabe von Lebensmittel- und Kleiderkarten, **25.11.** Verbot von geschlechtlichen Beziehungen zwischen Ausländern und «deutschen Frauen und Mädchen».

1940

Reichsarbeitsdienst für weibliche Jugend.

1942

neues Mutterschutzgesetz, 41% aller Erwerbstätigen sind Frauen.

1943

Frauendienstpflicht, Beginn der schweren Bombenangriffe auf Berlin.

1944

Frauen werden zum Volkssturm einberufen.

Orte

- 1 Sitz der NS-Frauenschaft und des Deutschen Frauenwerkes, Hauptstraße 19
- 2 Mutterschule der NS-Frauenschaft, Barbarossastraße 64
- 3 Deutsche Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit, Barbarossastraße 65
- 4 Volksküche (ehem. "Maison de Santé), Hauptstraße 15
- 5 Arbeitsamt für weibliches Hilfspersonal, Badensche Straße 56
- 6 Arbeitsamt für weibliche Ratsuchende, Hauptstraße 139
- 7 Lette-Haus, Victoria-Luise-Platz



1943

demonstrieren in Berlin

mehrere 100 Frauen vor dem Verwaltungsgebäude der Jüdischen Gemeinde in der Rosenstrasse, das von der Gestapo als Sammellager für «Arisch-Versippte» umfunktioniert worden war. Von hier aus wurden jüdische Zwangsarbeiter, die seit dem Februar 1943 direkt aus den Fabriken abgeholt wurden, nach Auschwitz deportiert. Die Frauen fordern die Freilassung ihrer Männer. Sie erreichen sie. Diese kollektive Protestaktion ist bedeutend, denn es bleibt die einzige, die sich jemals öffentlich gegen Judendeportationen gerichtet hat. Umso erstaunlicher ist es, dass dieses Ereignis kaum bekannt ist. Ein Versehen?

Ingeborg Küster, Sekretärin bei der Deutschen Friedensgesellschaft und Mitarbeiterin bei der demokratisch-sozial orientierten Zeitung aus der Friedensbewegung «Das Andere Deutschland» (Hrsg. Fritz Küster), kämpft über fünf Jahre mit der Gestapo um die Entlassung ihres Mannes aus dem Konzentrationslager. 1938 kommt Fritz Küster frei. Ein Einzelfall? Wir wissen wenig darüber, wie und welche Frauen mutig und entschlossen gegen das NS-Regime angetreten sind.

Über das Leben von Frauen in derzeit des Nationalsozialismus ist wenig bekannt – zu wenig, angesichts der vielfältigen historischen Recherchen und Publikationen zur Wiederkehr des 50. Jahrestages der «Machtergreifung» 1933 oder gar 1987 zur 750-Jahr-Feier Berlins. Als Thema aus der traditionellen Geschichtsschreibung ausgespart, führt es auch in neueren Forschungsansätzen oft ein Schattendasein. «Frausein im Dritten Reich» (Rita Thalmann, 1984) wird meist immer noch mit den weiblichen Idealen nationalsozialistischer Ideologie gleichgesetzt oder aus dem Blickwinkel des «Täters» gesehen: Dem Klischee der ewig opferbereiten und gebärfreudigen Mutter, der politischen Mitläuferin oder dem disziplinierten Jungmädels steht die aus der «Volksgemeinschaft» Ausgeschlossene, die Verfolgte und Verfemte gegenüber.

Bis heute fehlt zum Beispiel eine Gesamtstudie zum Bereich «Frauen und Widerstand», obwohl es als unbestritten gilt, dass nahezu 20% der deutschen Widerstandskämpfer Frauen waren. Verglichen mit den alltäglichen Resistenzformen der vielen «Namenlosen», ist die Beteiligung von Frauen am organisierten Widerstand gegen das NS-Regime gut dokumentiert und mindestens ebenso fassbar wie die der Männer. Dennoch wird die Bedeutung der Frauen in den Widerstandsorganisationen (nicht nur in der älteren Geschichtsauffassung) unterschätzt bzw. reduziert auf unbedeutende Hilfsfunktionen. Da aber bereits das Flugblattverteilen tödlich enden konnte, hat diese nachträgliche Wertung nichts mit der Realität der Frauen gemein: Die Gefahr, bei jeder Aktion in der Öffentlichkeit unmittelbar verhaftet zu werden, war den damals Beteiligten durchaus bekannt, und das hat das Selbstverständnis der Frauen von ihrer Arbeit geprägt.

Selbst die Frauengeschichtsforschung, die sich in den letzten Jahren zunehmend mehr auf die histo-

rische Aufarbeitung der ersten deutschen Frauenbewegung konzentriert hat, folgt meist der nationalsozialistischen Zäsur. Von einigen Ausnahmen abgesehen enden die Schriften überwiegend mit dem Jahr 1933, als die Selbstauflösung der nicht-nationalsozialistisch orientierten Frauenorganisationen erzwungen wurde. Sie hinterlässt das bekannte «dunkle Loch» bis 1945. Wir wissen wenig über den Stand der Frauenemanzipation nach der «Machtübernahme», den Prozess der Anpassung des konservativen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung oder das Schicksal der vielen verhafteten oder nur zur Emigration genötigten Frauen. «Emanzipation von der Emanzipation» war die nationalsozialistische Leitidee zur Zerschlagung der deutschen Frauenbewegung. Ihre bedingungslose Umsetzung hat die gewünschte Wirkung nicht verfehlt: noch heute suchen wir mühsam nach Namen, Taten und Orten, oftmals vergebens.

Die Nachlässe vieler Frauenkämpferinnen sind auf der ganzen Welt verstreut oder wurden auf Anordnung der Nationalsozialisten zerstört, wie die umfangreiche Privatsammlung der beiden Vertreterinnen aus der «Radikalen Bürgerlichen Frauenbewegung» Anita Augspurg und Lida G. Heymann.

In der neuen Geschichtsforschung scheint zumindest eines der ältesten Vorurteile relativiert worden zu sein, nämlich die These, dass Hitler im wesentlichen mit den Wählerstimmen von Frauen an die Macht gekommen ist. Frauen haben zwar konservativ gewählt – am Ende der Weimarer Republik die konfessionell gebundenen Parteien – nicht aber überwiegend nationalsozialistisch (vgl. Annette Kuhn/Valentine Rothe, 1982; Rita Thalmann, 1984). Die Widerlegung dieser Auffassung erforderte nicht nur weitere Recherchen, sondern auch neue Fragen an alte Quellen und vor allem ein Umdenken bei der Gewichtung und Wertung weiblicher Entscheidungsgrundlagen und Handlungsformen. Hier zeigte sich, dass der «andere, feministische Blick» in die Geschichte entwickelt werden musste, (der heute immer noch weiter entwickelt wird).

Viele historische Kategorien und Begrifflichkeiten, wie Betroffenheit, Anpassung, Widerstand, Arbeit, Politik etc. mussten neu überdacht werden, weil sie zu einseitig als vom patriarchalischen Denken her bestimmt angesehen wurden. Der «Perspektivenwechsel» erforderte nicht nur einen anderen Umgang mit traditionellen historischen Arbeitsmethoden, sondern auch die Erweiterung der alten Quellenbasis. Tagebücher, Briefe, Haushaltsbücher etc. sollten einen Einblick in die alltäglichen Erlebnisse und Erfahrungen geben. Autobiographische Berichte, wie sie mit Hilfe der «oral history» zustande kamen, liessen die Frauen selbst zu Wort kommen, ihre Schwerpunkte setzen, ihre Interpretationen geben. Der biographische Zugang eröffnete die Möglichkeit, den Zusammenhang von individueller Lebensgeschichte einzelner Frauen und der allgemeinen sozio-ökonomischen und politischen Entwicklung zu konkretisieren. Biographische Raster und Erzählmuster machten deutlich, wo wichtige Einschnitte lagen,

wo Entscheidungen getroffen wurden, Aufbruchsituationen oder Ohnmacht empfunden, Anpassung oder Widerstand geleistet wurde.

Viele neue methodische Ansätze, die eine Reihe interessanter Ergebnisse brachten und hoffentlich noch bringen werden. Denn: Die «Lücke» ist noch lange nicht geschlossen. Es bedarf noch einigen Nachdenkens, Lesens und Suchens, wenn mehr Licht in das Dunkel dieser 12 Jahre kommen soll, die das Leben und die Perspektive von Millionen von Frauen entscheidend verändert haben.

Die in diesem Kapitel vorgestellten Beiträge sind der Versuch, sich auf der lokalhistorischen Ebene mit der Situation der Frauen in derzeit von 1933-45 auseinanderzusetzen. Sie sind alle 1983 entstanden.

Der erste Beitrag von Fernkorn/Förder/Zwaka ist eine erste Zusammenfassung der Ergebnisse eines lokalhistorischen «oral history»-Projektes, das sich unter einem methodologischen Gesichtspunkt der Erinnerungsarbeit von Frauen widmete. Am Beispiel zweier ausgewählter Themenkomplexe werden zentrale Erfahrungs- und Handlungsräume von Frauen vorgestellt. Das Grundlagenmaterial bildeten Interviews aus zahlreichen Einzelgesprächen und einem Gesprächskreis, an dem Frauen unterschiedlichster Alters und verschiedener Herkunft teilnahmen.

«Frau L. erzählt...» ist ein kurzer Beitrag der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Auch hier sollte mit Hilfe lebensgeschichtlicher Interviews den Alltagserfahrungen von Frauen ein Stück nähergekommen werden. Gesprächspartnerinnen waren SPD-Genossinnen, die sich weniger an das «Heroische des Widerstandes» als an das «Politische im Alltäglichen» erinnern sollten. Traute Rafalski schliesst mit einem Lebensbericht über «Liane Berkowitz» an, die als Mitglied der Roten Kapelle 1942 verhaftet und ein Jahr später zusammen mit 11 anderen Frauen in der Haftanstalt Plötzensee hingerichtet wird. Das zugrundeliegende Quellenmaterial ist die Erinnerungsarbeit von Frau K., einer ehemaligen Erzieherin Lianes. Der anschließende Beitrag von Reingard Jäkl über Hilde Radosch gibt einen Einblick in die Überlebensstrategie einer politisch verfolgten Frau in der Zeit von 1933-45: Ausschnitte aus dem Leben der ehemaligen kommunistischen Stadtverordneten und Betriebsratsvorsitzenden von drei Fernmeldeämtern, die 1933 in «Schutzhaft» kommt. Es wird dokumentiert, wie es einer Frau gelingt, mit viel Mut, Phantasie und (weiblicher) List, den mühsamen Weg des illegalen Lebens zu bewältigen.

Teil 1 endet mit einer zusammenfassenden Darstellung über die Geschichte des Pestalozzi-Fröbel-Hauses nach der «Machtübernahme». Der Beitrag beschreibt den Prozess der Gleichschaltung der Sozialen Frauenschule, die einst als Vorbild für viele ähnliche Gründungen in Deutschland gedient hatte. Initiatorin der Schule und Vorsitzende der «Konferenz Sozialer Frauenschulen Deutschlands» war Alice Salomon. Ihre jüdische Abstammung gilt den Nationalsozialisten als will-

kommener Vorwand, sie 1937 aus allen öffentlichen Funktionen zu entlassen und sie vor die Wahl des Weges in ein Konzentrationslager oder in die Emigration zu stellen. Die engagierte Vertreterin der Bürgerlichen Frauenbewegung stirbt wie viele ihrer Mitstreiterinnen isoliert im Exil.

Seit 1984 gibt es an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (FHSS, Nachfolgerin der Alice-Salomon-Schule) eine Initiative, die sich für die Anfügung des Namenszusatzes «Alice Salomon» einsetzt. Im Oktober 1984 wurde auf der Grundlage eines Konzilsbeschlusses ein entsprechender Antrag beim Senator für Wissenschaft und Forschung gestellt. Noch in diesem Jahr beschliessen die Gremien der FHSS einen Entwurf zur Änderung der Grundordnung des Fachhochschulrechts als eine wichtige Voraussetzung für die Namensänderung, deren Bestätigung durch die Senatsverwaltung abgewartet werden muss. Bisher sichtbares Ergebnis der Bemühungen: die am 30.1.1985 angebrachte Gedenktafel im Innenhof des Gebäudekomplexes.

Die kurz skizzierten Beiträge aus dem Jahr 1983 waren ein Anfang und ein Einstieg in das Thema «Frauen in Schöneberg zur Zeit des Nationalsozialismus». Seitdem ist – zumindest auf lokalhistorischer Ebene – nicht viel Neues hinzugekommen. Das ist kein Zufall. Es ist eher Ausdruck des Umgangs mit diesem Teil deutscher Geschichte, der ohnehin als schwer bearbeitbar gilt und in dem es scheinbar immer wichtigere Fragen zu beantworten gibt als die «Frauenfrage».

PETRA ZWAKA

«... und das war eine Zeit, in der noch von vielen behauptet wurde, es ginge uns prima!»

LISA FERNKORN, GABI FÖRDER, PETRA ZWAKA

Frauen erlebten die Zeit des Nationalsozialismus in vieler Hinsicht anders als Männer, denn ihr Leben bezog sich ihrer traditionellen Rolle gemäss mehr auf die Familie, die Nachbarschaft und die nähere Umgebung. Sie arbeiteten in anderen Berufen und beruflichen Positionen als Männer.

Die Berichte von Frauen über ihr Leben im Dritten Reich geben einen Einblick in die alltäglichen Repressionen des Faschismus und – soweit dieser vorhanden war – den «kleinen» privaten Widerstand.

Wir – drei Frauen zwischen 23 und 30 –, die in Schöneberg leben, wollten wissen, wie Frauen, die in den 30er Jahren so alt waren, wie wir heute, die «Machtergreifung» und ihre Folgen in Schöneberg erlebten und wie diese ihren Alltag und ih-

ren Lebensweg beeinflussten. Wir fragten herum in der Verwandtschaft und Bekanntschaft, griffen zufällige Kontakte auf, sprachen als «lebende Litfasssäulen» Frauen auf dem Winterfeldtmarkt an, gingen zu Seniorentreffen und tauschten auf einer Veranstaltung des Kunstamtes Schöneberg Adressen mit Interessentinnen aus.

So kamen eine Reihe von Interviews zustande, in denen uns ältere Schönebergerinnen ihre Lebensgeschichten oder Auszüge daraus erzählten. Ihre Schicksale sind mehr oder weniger bewegt, mehr oder weniger leidvoll, doch keines ist von den zerstörerischen Auswirkungen des Nationalsozialismus verschont geblieben. Sie berichten von den Veränderungen in Familien- und Nachbarschaftsbeziehungen, von zerstörten Hoffnungen auf Glück und Selbstverwirklichung, von der Organisation des Mangels und dem Umgang mit der Angst. Sie berichten aber auch von Lebensfreude und sind stolz, «es unter diesen Umständen geschafft zu haben.»

Das Wissen von uns Jüngeren über das Leben unter dem nazistischen Regime kommt aus zweiter und dritter Hand. Unsere Fragen trafen daher oft nicht die im Gedächtnis unserer Interviewpartnerinnen verborgenen Eindrücke, Erlebnisse, Geschichten. Wer die Zeit selbst miterlebt hat, kann auch bei anderen Erinnerungen wecken, genauere Fragen stellen, an Erzählungen anknüpfen.

10 Frauen kamen auf unsere Einladung hin sieben Mal zu einem Gesprächskreis zusammen, in dem sie über ihren «Alltag unterm Hakenkreuz» nachdachten und von ihm berichteten. Die Abende standen je unter einem Oberthema: Vorstellung der eigenen Wohnorte in Schöneberg gestern und heute/Wohnen und Nachbarschaft/Versorgung / Berufsleben / nationalsozialistisches Frauenbild und Selbstbild.

Wir haben hier einige Gesprächsauszüge zu zwei ausgewählten Themenbereichen zusammengestellt.

Wohnen und Nachbarschaft

Schöneberg war in den 30er Jahren längst ein grossstädtischer Bezirk. Seine Bewohner lebten sehr unterschiedlich: grossbürgerlich gediegen in den Zimmerfluchten der Belle-Etages im Bayerischen Viertel oder längs der Potsdamer Strasse, bescheiden in den Vorderhäusern der «Roten Insel», in Enge und materieller Not in den oft nur aus Stube und Küche bestehenden Wohnungen der Hofgebäude, in typischen Mietskasernen im Schöneberger Norden. Nachbarschaftliche Beziehungen entstanden meist dort, wo man aufeinander angewiesen war, weil man sich Personal nicht leisten konnte, aber der Tag durch Kinder, Arbeit und Sorge angefüllt war.

Inge A.: «Die Leute im Vorderhaus hatten einen anderen Stand, aber es waren keine Gegensätze in dem Sinne, dass sie sich verachteten. Zwar lebten sie verschieden, aber nicht gegeneinander. Man grüsste sich.»

Ilse B.: «1905 hat mein Vater die Wohnung in der Winterfeldtstrasse gemietet, 5 Zimmer. Als meine

Schwester und ich geboren waren, hat er die Nachbarwohnung dazugenommen, das waren dann 11 Zimmer zusammen, seine Zahnarztpraxis und die Wohnung. Sie ging ganz rum, durchs Vorderhaus und die Seitenflügel. Da wohnten meine Eltern, meine Schwester, später mein Bruder, die Köchin, zwei Mädchen und der Techniker meines Vaters.»

Vera C.: «Zu der Feurigstrasse möchte ich sagen, es sind ja meistens kleinere Wohnungen, das Vorderhaus hatte drei Zimmer und wir wohnten hinten im Seitenhaus, zwei Zimmer. Das war eben ein Haus für einfache Leute mit kleinen Wohnungen. Wir blieben ja auch alle immer lange wohnen. Das war so, wenn man hinten wohnte, hat man nie so mit den Leuten aus dem Vorderhaus geredet. Dann hatte ich auch drei Kinder, man hatte so zu tun. Man war jung, die anderen waren älter, da ergibt sich das nicht, dass man so ins Reden kommt, aber ich habe immerhin 20 Jahre da gelebt!»

Bedingt durch wirtschaftliche Krise und Arbeitslosigkeit konnten sich immer weniger Menschen grosse Wohnungen leisten. Die Nazis «bekämpften die Wohnungsnot durch die Wohnungszwangsbewirtschaftung»:

Rosa D.: «Nee, das war eben nicht schwierig (1933 eine Wohnung zu finden), das kann ich auch noch erzählen. Da standen... weil so eine grosse Arbeitslosigkeit war, dann hatten die Leute kein Geld und die ganzen grossen Wohnungen hierin der Habsburgerstrasse, die waren alle leer. Da stand draussen ein grosses Schild: «Zu vermieten». Da sind wir dann eingezogen, und meine Mutter, die konnte sich auswählen, oben war eine frei, zwei Treppen, Parterre, sie hat die Parterre genommen und hinten waren auch noch zwei frei. 125 Mark Miete nur.»

Inge A.: «Sie konnten die Wohnungen nicht geschlossen vermieten, und dadurch haben sie es einzeln getan. Ich erinnere mich, als meine Schwiegermutter einzog 1936 mit meinem Mann, da war in jedem Zimmer ein anderer Mieter. Bis ich 1941 einzog, hatte sie die Wohnung ganz übernommen. Sie musste aber auch jemanden behalten, das war Pflicht, man bekam nicht so ohne weiteres eine grosse Wohnung. Es waren auch schon Umbauten da. Zum Teil gingen die alten Wohnungen über den hinteren Ausgang in den Seitenflügel hindurch, und dort hat man sie dann abgetrennt und aus dem hinteren Teil eine kleine Separatwohnung gemacht. Meine Schwiegermutter hatte keine Einkünfte, mein Mann nur bedingt. Mit 55 Mark konnten sie nicht allzuviel machen im Monat. Und darum behielt sie dann auch zwei Mieter noch drin. Das eine war ein Flame, der ihr wohl vom Arbeitsamt geschickt worden war, das war auch so'ne Art Gastarbeiter oder Fremdarbeiter, die wirtschafteten für sich... Die beanspruchten eigentlich nicht die Küche, der wurde versorgt durch seine Arbeitsstelle (Bäckerei). Das andere war ein Mann, der ein Riesenzimmer hatte, der hatte eine Ecke mit Kochgelegenheit. Die Regelung war so, dass die Küche zur Verfügung stand.»



Abb. 14 Kinder im Hof in der Feurigstrasse



Abb. 15 Familienfoto



Abb. 16 Markthalle auf dem Magdeburger Platz

Die faschistischen Repressionen drangen in die Strassen, Höfe, Treppenhäuser und Wohnzimmer. Die Wände hatten Ohren bekommen und mancher Nazi konnte den unliebsamen Nachbarn durch Denunziation loswerden.

Vera C.: *Wenn man's parteiisch sieht, wohnten dort (in der Feurigstrasse) Kommunisten und SPD-Leute. Man hat die Unterschiede dann gemerkt, wenn einer dann plötzlich bei Hitler war: durch das Bücherverkaufen und Zeitungen. Den Völkischen Beobachter sollte man kaufen. Dieser Herr X., der war dann auch nach 1945 im Gefängnis.»*

Karola E.: *«Mich haben Leute aus dem Haus angeschwärzt. Licht hätten die gesehen und Stimmen gehört. Bei mir würden kommunistische Versammlungen statt finden. Der Bruder meines Mannes und seine Freundin schrieben Hörspiele für Kinder für den amerikanischen Rundfunk. Wenn sie da waren, übernachteten sie bei uns. Na, da waren wir mal so romantisch angehaucht und haben so ein Theaterstück mit verteilten Rollen gelesen und Kerzen angezündet dabei. Das war dann die kommunistische Versammlung.»*

Else F.: *«Ich weiss nur, dass jeder dem anderen nicht getraut hat. Jeder wusste ja vom anderen etwas, aber keiner wusste, wer ist jetzt in der Partei. Ich weiss nur eine Situation ...In meinem Schneidergeschäft hatte ich eine Kundin, die Strassenobmann war, die mich bat, Wolle zu spenden. Da habe ich gesagt, ich besitze so etwas nicht. Da sagte sie, das gibt es ja gar nicht. Daraufhin habe ich mir ein paar Fäden rausgesucht, so fünf oder sechs und habe sie ihr überreicht. Da sagt sie, Sie wollen mich herausfordern, aber Sie wissen doch, ich kann Sie anzeigen. Aber ich brauche Sie noch.»*

In Schöneberg lebten überdurchschnittlich viele Juden, besonders in bürgerlichen Gegenden, wie dem Bayerischen Viertel, der sog. Jüdischen Schweiz. Viele Bewohner wussten von Deportationen, sahen die tagtäglichen Diskriminierungen und die Angst ihrer jüdischen Nachbarn, sahen wie sie abgeholt wurden. Einige versuchten, deren Not zu lindern, andere halfen aus Eigennutz.

Rosa D.: *«Da war doch noch die Wohnung, wo der Erich und ich eingezogen sind, da waren Juden drin. Die wollten ja nun ausziehen und wir haben uns darum bemüht, dass wir die Wohnung bekommen. Die haben wir auch bekommen. Der Erich hatte gerade frei und damit ich schnell reinkomme, hat er ihnen geholfen beim Umzug. Da haben ihn die Nachbarn angezeigt!»*

Karola E.: *«Ich habe in meinem Gemüsegeschäft geholfen. Früh, da sind wir in die Halle gefahren um 3 Uhr. Da haben wir immer erst alles reingetragen und dann die Papiertüten zurecht gedreht und haben welche für die Juden zurecht gemacht,*

die kriegten ja immer Mangold-Spinat war ja schon zu gut für sie – und damit sie auch mal ein bisschen Obst hatten, haben wir unten ein bisschen reingetan und dann das Mangold drauf. Wenn dann die Juden kamen mit ihrem Stern, dass wir ihnen das geben konnten. Da waren auch noch Bekannte von mir dabei, die dann plötzlich auch noch nachher verschwunden sind.»

Der Krieg machte die Bewohner eines Hauses zur Kellergemeinschaft. Angst, Tod und Enge bestimmten das Leben. Gegenseitige Hilfe war nötiger denn je.

Rosa D.: «Es hat sich viel durch den Krieg geändert, durch den Fliegeralarm. Da haben wir alle zusammengewohnt, Angst ausgestanden, irgendwie kommt man sich da doch näher... Einmal kam ein Angriff, da war alles stockdunkel. Man hörte nur einen Knall und alles war dunkel. Wir dachten, es ist eine Bombe auf unser Haus gefallen – aber wir lebten ja noch!... Ja, jeder musste mal Wache halten. Und wenn sie angesagt hatten, jetzt kommen sie bald, dann musste derjenige das ganze Haus zusammentrommeln. Ich habe immer alles ganz gemütlich gemacht, ich habe dann Radio angelassen, dabei gelesen und nebenbei immer gehört. Die Kinder haben geschlafen, ich habe sie trotzdem immer ausgezogen. Die haben auch nie geweint.»

Berufstätigkeit und Dienstverpflichtung

Durch die «Machtergreifung» der Nazis wurden Berufswünsche zerstört und Ausbildungsmöglichkeiten genommen. Frauen sollte nach nationalsozialistischem Programm nur noch ein geringer Prozentsatz an qualifizierten Berufen offenstehen. Sie sollten vor allen Dingen begeisterte Mütter arischer Söhne werden, wozu sie durch Repressionen, materielle und ideelle Anreize, (Ehstandsdarlehen, Mutterkreuz) oder ideologische Indoktrination angeregt werden sollten.

Rosa D.: «Ich bin dann hier von der SPD – die hatten so Heime – nach der Lüneburger Heide gekommen. Weil ich immer von zu Hause weg war, wollten sie gerne hören, was ich mal gerne werden will. Da habe ich gesagt, ich möchte Kinderpflegerin werden. Da hab' ich mich schon früher immer sehr für interessiert, für Säuglinge. Und dann bin ich nach Hützel in die Lüneburger Heide auf eine Schule gekommen! 1933 war ich da schon über ein Jahr. Da hatte ich schon mal eine Prüfung zwischendurch gemacht; und dann sollte die zweite kommen, und dann haben sie doch alle da verhaftet, die Heimleiter. Die eine wurde noch so furchtbar geschlagen, das hab'ich ja gesehen, nicht wie sie geschlagen wurde, aber die Striemen hat sie uns nachher gezeigt, und wir waren vier Mädchen. Die anderen wurden wohl von den Eltern wieder abgeholt. Ich wollte doch nicht wieder nach Hause, wir waren dann bis zum Schluss da. Wir mussten uns alle aufstellen, und da hatte ich hier so eine Kette mit einem SPD-Zeichen, die haben sie mir auch abgerissen. Die Fahne haben sie runtergeholt von oben! Na, man hat doch Angst,



Abb. 17 «Kellergemeinschaft» in einem Haus in der Bamberger Strasse

Abb. 18 Die Schneiderin Else F. vor ihrem Geschäft

wenn man so jung ist. Mit 17... na ja, politisch war man doch nicht...»

Karola E.: «Ja, mein Mann wurde dann auch 1931 – wir haben Weihnachten 1930 geheiratet – im Herbst wurde er arbeitslos. Und war bis 1936 arbeitslos. Inzwischen waren die beiden Kinder da. Da gab es keinen Mietzuschuss und keine Kohlen, nichts! Ich weiss nur, dass ich manchmal auf dem Bett gesessen habe und habe geweint, weil ich nicht wusste, wovon ich die Milch für die Kinder holen sollte. Wir kriegten doch nichts zu. Ich bin dann mal nachher aufgefordert worden – war das nun das Jugendamt – es hiess doch immer, ab dem dritten Kind, dass man da Hilfe kriegt. Da

bin ich dann auch dagewesen, und da haben sie mir dann zugeredet, ich soll mir das dritte Kind anschaffen, es gab dann wohl Extraprämien und Pakete. Und da habe ich dann gesagt, das würde ich ja doch nicht kriegen, mein Mann war Epileptiker. Ich war froh, dass ich zwei gesunde Kinder hatte. Daraufhin haben sie sich nicht mehr um mich gekümmert.»

Inge A.: «Ich hätte gerne einen medizinischen Beruf ergriffen, aber ich konnte nur bis zum Einjährigen gehen. Mein Vater bekam aufgrund seiner Ehe mit einer Jüdin weniger Gehalt und konnte nicht für zwei Kinder Schulgeld zahlen. Für einen Antrag auf Ermässigung hätte er die Familienverhältnisse offenlegen müssen. Das ging nicht, also musste ich abgehen. Ich kam dann – auch nur durch Beziehungen – in eine Schneiderlehre und konnte sie auch beenden, wenn auch mit Verzögerung, weil man mich erst nicht zur Gesellenprüfung

fung zulassen wollte. Die durfte ich dann auch machen, aber mir wurde gesagt: keine Meisterprüfung mehr.

Menschen, die in einer ähnlichen Situation waren, bedeuteten immer eine Belastung für den Arbeitgeber. Sie mussten doch immer sagen, wer sie sind. Das wurde doch alles gefragt. Durch den Ariernachweis etc. Es ergab sich dann zwangsläufig, dass sie sich blossstellen mussten. Man musste eben versuchen, etwas zu finden, das eben nicht diese Nachfragerei erzwingt. Aber eine Berufsausbildung erzwingt es natürlich. Und dann hat man eben gar keine gehabt und musste sehen, wie man etwas erlernte, oder man nahm irgendeinen Beruf, der völlig unsinnig war. Also, ich kann nur von mir sagen, es war unsinnig. Für meine Augen war es nicht gut, für meine Hände war es Unsinn. Man hat es eben durchgestanden, die Zähne zusammengebissen und gedacht, irgendetwas machst du und kriegst ein Zeugnis. Als ich aus der Lehre raus war, habe ich natürlich erstmal eine Arbeit aufgenommen und habe dann nach einiger Zeit gefragt, ob ich 50 Pf. statt 45 Pf. kriegen könnte, und dann flog ich raus. Ich wohnte bei meinen Eltern, ich brauchte für das Essen und Trinken nichts abzugeben, ich brauchte nur das Fahrgeld zu bezahlen, Strümpfe und so'n Kram. Ich habe das ganze Jahr für ein Stückchen Stoff sparen müssen, um mir mal drei Meter Samt kaufen zu können.... Das bedeutete, ein Jahr lang auf tausend Dinge zu verzichten, um ein bestimmtes kleines Stück zu erwerben. Und das war eine Zeit, in der noch von vielen behauptet wurde, es ginge uns prima! Aber das waren offiziell die Löhne, die bezahlt wurden. Ich glaube, die Kindergärtnerinnen kriegten noch eine Spur weniger.»

ELse F.: «Also, was Sie sagen, das stimmt. Ich habe auch ein paar Jahre später ein Kleid für drei Mark gemacht, und da wurde ich auch gefragt, ob das nicht billiger sein könnte.»

Viele Familien konnten vom Lohn des Mannes alleine nicht leben. Trotz Mutterideologie mussten und wollten Frauen Geld verdienen. Und zur Kriegsvorbereitung und während des Krieges wurde die weibliche Arbeitskraft auch ausserhalb des Hauses gebraucht: auf dem Land, in Fabriken und Büros.

Inge A.: «Zu dieser Dienstverpflichtung könnte ich noch etwas sagen. Ich war bei einem Importeur, einem Grosshändler am Alexanderplatz Der Grossmarkt, den wir jetzt in der Beusselstr. haben. Dorthin wurde ich dann dienstverpflichtet, d.h. ich war dort. Aufgrund der Tätigkeit, die ich dort verrichtete, durfte ich bleiben und bekam den Vermerk 'dienstverpflichtet'. Das hing wirklich davon ab, wo sie gerade arbeiteten, und das war ja etwas Wichtiges, die Importe der Lebensmittel und wo doch dort schon fast alle Männer weg waren. Ich war nur noch alleine in dem Büro. Darum wurde ich dort gelassen. Und das passierte anderen sicher ähnlich.»

Jutta G da bin ich bis 1939 gewesen. Dann bin ich für ein halbes Jahr nach London gegangen und habe dort mein Sprachexamen gemacht. Als

ich von England zurückkam, kam ich – das war das Oberkommando der Abwehr, nannte sich Auslandsbriefprüfstelle Berlin – und war die grosse Briefzensur. Da ich nun gerade frisch aus England importiert war, also aus London zurückgekommen war, war das sehr günstig. Also, ich konnte das, was ich dort gelernt hatte, gleich auswerten. Gleichzeitig unterstand die Auslandsprüfstelle der Abwehr, das ist das, was heute bei der Bundeswehr der Militärische Abschirmdienst ist, d.h. nicht ganz dasselbe. Abwehr-das wissen Sie ja bestimmt, was das war: Abwehr von Spionage und all solchen Sachen. Die Tätigkeit war Brieflesen. Ich konnte auch holländisch lesen, aus dem einfachen Grund, weil ich auch Platt lesen konnte. Französisch verstand ich auch ein bisschen. Ich sassz.B. in einer Gruppe, da waren auch Vertreter von Kisuaheli, japanisch, chinesisches, arabisches, türkisches, selbstverständlich auch die slawischen Sprachen. Diese Dienststelle war ungefähr 3.000 Personen gross. Wir arbeiteten in mehreren Schichten – einmal von acht bis zwei und von zwei bis acht Uhr abends. Jeder Tisch hatte einen sog. Tischoffizier und die Briefe, die wir auswerteten, kamen in eine Abteilung, wo der Text gestrichen wurde, der wurde schwarz



Abb. 19 Else F. (Jg. 1909)

gemacht. Es waren auch jüdische Briefe. Es waren private Briefe, Transitbriefe... erschütternde Briefe.»

Karola E.: «Daher hat man auch keine Post gekriegt.»

Jutta G.: «Es durfte natürlich nicht rausgehen, wie die Ernährung hierin Deutschland war, die Folgen der Angriffe, das alles musste gestrichen werden und durfte nicht raus. Übrigens, ich bin auch dienstverpflichtet worden, nicht vorher, ich war schon dort, als man dienstverpflichtet worden ist.»

Einigen Frauen gelang es, die inneren Widersprüche des nationalsozialistischen Regimes zu nutzen. Ihnen gelang eine berufliche Karriere, zuweilen auch ohne dass sie Parteigängerinnen der Nazis waren.

Else F.: «Um irgendetwas zu machen, habe ich stundenweise nähen gelernt. Als ich dann dafür

Geld haben wollte, später haben sie gesagt, das sei sehr schön mit mir, aber das könnten die nicht zahlen. Sie würden mir eine Stellung verpassen. Da bin ich auch hingegangen und habe einen Tag gearbeitet. Da habe ich gesagt, also, hier bleibe ich nicht! Die Dame war eigentlich sehr zufrieden mit mir, sie konnte es gar nicht verstehen. Ich wollte mir aber meine Arbeitsweise nicht verderben. Ich sollte partout als Änderungsschneiderin bei einem Faltenrock an einer Seite etwas abnähen, damit es wieder passte. Da habe ich mich geweigert. Dann habe ich die Fachschule besucht, da habe ich dann Zuschneiden und all so etwas gelernt. Dann war ich mal Patientin in der Klinik... ich habe der Krankenschwester das Kostüm geändert, ich hatte plötzlich Kunden! Mein späterer Mann sagte: Du musst dich anmelden, beim Finanzamt, das kannst du nicht so machen. Das habe ich dann auch getan. Dann kam Hitler mit der Aufforderung, entweder fünfjährige Tätigkeit bei Selbständigen oder Meisterprüfung. Da habe ich nicht gewusst, was ich ohne Lehre machen sollte. Mein Mann sagte, du kannst doch nicht mehr als durch fallen... Dann kam die Prüfung, das einzige, was ich nun nicht wusste, das war Politik. Das war ja zu derzeit doch recht wichtig. Ich wusste gerade noch, wo Hitler geboren war und wann. Da habe ich gedacht, jetzt mit dem Mut der Verzweiflung, wenn du was weisst, dann quatscht du einfach dazwischen. Das habe ich getan. Daraufhin sagte er, dass er ja nun wisse, dass ich es weiss. Jetzt will ich das mal von den anderen hören. Diesen Quatsch war ich wenigstens los, ich habe viel Spass bei der Prüfung gehabt... das habe ich Hitler zu verdanken, ich wäre ja sonst nie Schneidermeisterin geworden. Ich habe dann nachher sehr gut verdient. Insofern kann ich nur sagen, bis Kriegsende habe ich wunderbar gelebt, habe meine Lehrlinge ausgebildet. Ich hatte immer tüchtig zu tun. Aber dann kam das dicke Ende. Westgeld, Ostgeld, für Kleidung wurde da kein Westgeld ausgegeben.»

Aus den Gesprächen mit älteren Schönebergerinnen haben wir viel gelernt. Wir haben uns bisher unbekannte Tatsachen erfahren, vor allen Dingen aber eine Vorstellung davon gewonnen, auf welcher vielschichtige Weise Einzelleben und die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur miteinander verflochten sind. Aber uns und unseren Gesprächspartnerinnen fiel die «Erinnerungsarbeit» nicht immer leicht. Oft tauchten Zweifel auf: «Wozu das Ganze?», «Das interessiert doch niemand.», «Wir können doch nichts tun.», «Es wiederholt sich alles!». Oder Rechtfertigungen werden genannt: «Ich wusste von nichts!», «...dass es so schlimm kommen würde!». Ängste wurden noch einmal erlebt, Verdrängtes manchmal etwas gelüftet. Wenn wir hörten, dass das auch gut tat, dass es half, mit dem Erlebten fertig zu werden, freute uns das. Von einigen Frauen wurde uns Misstrauen entgegengebracht, gleichsam als könnten die Schrecken von damals nochmals auftauchen, wenn Erzählungen aufgezeichnet würden. Es bestanden auch Vorbehalte, weil wir «jungen Dinger» die Zeit nicht erlebt hätten, weil wir



Abb. 20 Die Lebensstationen einer Frau in Bildern:
Karola E. (1911-1984)

uns «kein Urteil bilden könnten». Alter und Lebensstile stellten einen Abstand zwischen den älteren Frauen und uns her, der die Verständigung manchmal schwer machte. Um so schöner waren Momente, in denen sie gelang.

Auch zwischen den «Zeitzeuginnen» waren Gespräche über diese Zeit nicht selbstverständlich. Zu unterschiedlich waren Gewandtheit im Sprechen und Zuhören, soziale Herkunft und politische Einstellung zur NS-Zeit und heute.

Dass so verschiedene Persönlichkeiten von Frauen zusammen kamen, die aus einem «ganz normalen», aber eben doch ganz besonderen Frauenleben berichteten, brachte noch manche Schwierigkeiten mit sich. Wir sind unseren Gesprächspartnerinnen für ihren grossen Anteil an dem Beitrag daher besonders dankbar.

Frau L. erzählt...

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN – SCHÖNEBERG

Wir sind Genossinnen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Schöneberg. In der SPD sehen wir unsere Aufgabe darin, die Belange von Frauen in der Partei stärker zu verankern. Unser Interesse, das sich in der Mitarbeit an diesem Band niederschlägt, hängt mit unserem sowohl historischen als auch gegenwartspolitischen Interesse an der Zeit zwischen 1933 und 1945 zusammen: Ein Alltagsleben in dieser Zeit, die uns so voll Schrecken erscheint, können wir uns kaum vorstellen, und dennoch haben Millionen von Menschen «alltäglich» gelebt.

Wir haben Interviews gemacht, um zu hören, was SPD-Genossinnen aus ihrem damaligen Alltag er-

zählen. Dabei suchen wir nicht das Heroische des Widerstands oder die «grossen» Zeitereignisse, sondern das Politische im Alltäglichen.

Die folgenden Ausschnitte aus dem Interview mit Gertrud L. schildern bezeichnenderweise das «Normale», das uns heute so «unnormale» vorkommt.

Gertrud L, heute 74 Jahre alt, ist 1931 in die SPD eingetreten, weniger aus politischen Gründen (ihre Schwester war damals schon aktive Genossin), als um ihre Wohnung im Lindenhof behalten zu können. Für deren Miete hatte ihr Lohn als Sekretärin nicht gereicht, mit dem sie auch noch ihre Mutter und ihren um 8 Jahre jüngeren Bruder ernähren musste. Die neue SPD-Genossin durfte ihre Miete nun in Raten bezahlen. Gertrud Ls politisch aktive Zeit fing 1945 an, als sie dann auch Funktionärsaufgaben in der SPD übernahm und diese erst vor kurzer Zeit wieder abgab. Sie lebt heute noch in der Lindenhofsiedlung.

Die Angaben in Klammern im folgenden Interviewtext sind Ergänzungen der Interviewerinnen.

Nazis in der Lindenhof-Genossenschaft

«Die Genossenschaft wurde dann nationalsozialistisch. Die wurden ja rausgeschmissen, weiss ich nicht, wie die dann rausgejagt wurden. Da waren hier um die Ecke in der Bessemerstrasse zwei Restaurants. Das eine war Filtei, daneben war Schistowski oder wie der andere hiess. Und da wurden die Leute zusammengetrieben und auch verhauen. Also ich weiss die Namen nicht mehr alle von dem damaligen Vorstand. Und die wurden in die Papestrasse gebracht. Das ist ja an sich ziemlich bekannt, wie schlecht sie da behandelt wurden. Und einer davon (vom neuen Nazi-Vorstand) war ein E.M. Mit den Kindern sind wir zur

Schule gegangen. Die waren ja damals noch keine Nazis. Dieser Mann, der Vater M. war dann in den Vorstand gewählt worden und hat dort Unregelmässigkeiten begangen. Der hat sich erschossen. Der war als Nazi reingegangen. Die ältere Tochter, das weiss meine Schwester noch, die /, die sind etwa gleich alt, die soll dann später immer aufgepasst haben beim Arzt hier, beim jüdischen Arzt, wer noch zu dem Doktor ging, und soll die Leute gemeldet haben.»

Bomben auf den Lindenhof

«Im August '43 war hier die Siedlung zu mehr als 50% zerstört. Ich war also, im August '43 war ich mit dieser Genossin Erna K. im Piztal in Tirol. Nur mit Rucksack, was man eben so mit hat von Hütte zu Hütte, wandern. Mehr hatte ich nicht... Bei der Rückfahrt am 26. August trafen wir diese Ch.M. in Innsbruck auf dem Bahnhof. Und da sagten wir, liebe Ch., was ist in Berlin los? Grossangriff in Berlin im Süden, irgendwas ist bei Euch, aber mehr wissen wir auch nicht. Und so bin ich nach Hause gefahren.

Und kam dann hieran, fand nichts mehr. Und meine Schwester, Haus auch kaputt. Und die Erna, hat die Erna dann gesagt, wer noch was übrig hat, nimmt den anderen auf. Und die wohnten in der Röblingstrasse an der Bahn, und die Bahn wurde ja laufend bombardiert. Nun haben wir ja mit ziemlicher Sicherheit angenommen, dass die kaputt sind und ich hier mit drei Zimmer stehen geblieben war. Und dann sind wir bei Fliegeralarm vom Anhalterbahnhof zu Fuss hier nach Lindenhof, immer angefasst. Morgens um 6 kamen wir dann an, guckten hoch, euer Haus steht ja noch. Aber überall sah man noch Brennen und Qualmen und Stinken die ganze Strecke lang. Und kommen wir rauf in ihre Wohnung, da sagt Mutter K. zu mir: 'Du kannst hierbleiben.' Da wusst ich nun Be-

Abb. 21 Aus dem Arbeitsbuch von Frau L



1 Name und Sitz des Betriebes (Unternehmens- / Firmenstempel)	2 Art des Betriebes oder der Betriebsabteilung	3 Tag des Beginns der Beschäftigung	4 Art der Beschäftigung : (möglichst genau angeben)	5 Tag der Beendigung der Beschäftigung	6 Unterschrift des Unternehmens stellvertretende Betriebsführer
J. O. Rindol - E. de Hoff A.-G. Chemische Fabrik Berlin-Oritz Niederstr. 1-32	Fabrikhaltung	28.7.34	Typistinnen	30.7.36	F. Kauter
Reichsgruppe Handel Berlin W 35	Büroangestellte im provisor. Büro	1.12. 1936	Typistinnen	30.9. 1939	Reichsgruppe Handel W. Ulling
Gruppe „Pharmazienten“ der Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Auschhandel Berlin W 50, Bankstr. 5	"	1.10. 1939	Typistinnen Sekretärin	17/11.1943. i. h. Lager	
Logistikversandmittel Berlin - Pfingberg 489.	Logistik	23.4.41 Arbeitsbuch 1.5.1939	Typistinnen (8 Stb.)	30.10.45	Arbeitsbuch 1939
Deutsche Zentrale Justizverwaltung in Potsdam W 7 Frothenerstr. 49-52	Zentrale Behörde	16. November 1945	Typistinnen schnell 45 Stb.	Dezember 1946	Arbeitsbuch 1939

scheid. Und Vater K. auch, sagt er: 'Ich hab versucht, aus Deiner Wohnung rauszuholen, was rauszuholen ging. Ich habs in die Schule geschafft, da isses untergestellt.'»

Angestellt bei der Reichsgruppe Handel

«Ich habe dort eigentlich sehr gern gearbeitet. Ich muss sagen, es war da ein ganz ausgesuchtes Personal. Das waren alles ganz ausgezeichnete Leute. Ich wusste sehr lange nichts von denen, überhaupt nichts, es wurde überhaupt nicht über die Politik gesprochen, gar nicht.

Ich hatte guten Kontakt mit der Leiterin der Registratur, die war ja recht erheblich gross, eine I.B. So wie die deutsche Frau aussehen soll, blauäugig, blondes Haar, gut gewachsen gross, stattlich. Mit der habe ich sehr viel verkehrt, die wohnte hierin Friedenau, in der Rubensstrasse und war verheiratet mehrere Jahre und hatte keine Kinder. Und dann sagte sie: 'Ach, komm doch rüber, mein Mann ist wieder zum Judo.' Er machte also Sport. Ich hab mir später Gedanken darüber gemacht. Der Herr B. war an sich nie zu Haus, wenn ich hin kam. Wir haben uns immer nett unterhalten, niemals über Politik, sie sagte nur immer: 'Mein Mann macht eben Sport. Und an den und den Abenden ist er nicht da.' Wir vertrugen uns sehr gut. 'Und dann kannst du herkommen.' Na ja, und später dann war sie krank. Ich fuhr dann immer mit dem Rad rüber, sie machte mir nicht mehr auf. Ich denke, was hat die denn, war kein böses Wort gefallen, nichts, kein Zank, gar nichts. Sie öffnete die Tür nicht, obwohl ich wusste, sie war krank und erwartete Besuch.»

Chefs bei der Fachgruppe Pharmazeutika

«Auch nach 45 hab ich erfahren, dass mein letzter Chef von der Fachgruppe Pharmazeutika, das war die Fachgruppe für das pharmazeutische Wesen für Grossdeutschland, dieser Chef war auch ein Nazi. Für meine Begriffe waren das alles kleine Nazis. Wenn er schlechte Laune hatte, kam er mit 'Heil Hitler', wenn er gute Laune hatte, sagte er 'Guten Morgen'.

Ich hatte einen Chef, einen Dr. F., der hat damals sein zweites Staatsexamen als Jurist gemacht. Den hab ich ein einziges Mal in SA-Uniform gesehen. Der zog sich immer ganz heimlich still und leise irgendwo um, und raste dann zu diesen Märschen, um das zweite Staatsexamen zu kriegen, er war ja soweit fertig. Er hat nie etwas von sich gegeben, niemals, dass er irgendwie naziverbunden war. Und das war ihm offenbar sehr peinlich, dass ich ihn in Uniform sah.

... Dann kam ein Dr. F.H. aus München, das war dann der oberste Chef. Und mit ihm kam O.: Aufgehängt, der ist also umgebracht worden, von uns aus abserviert worden (nach Kriegsende). Er war dann in unserer Abteilung der Chef, das waren denn Leute in SS-Uniform, schwarze Uniform, weisses Koppel, sah ganz schick aus, nicht wahr, und so benahmen sie sich auch. Und wegen dieses Chefs ist mein kleiner Chef gegangen. Ich hab das heute noch im Ohr, dass er gesagt hat: 'So'n Achtgroschenjungen lass ich mir nicht vor die Nase setzen. 'Also war er so nicht einverstanden damit.'»



Abb. 22 Liane Berkowitz (1923-1943)

Spuren der Erinnerung an Liane Berkowitz

TRAUTE RAFALSKI

In einem Gespräch mit Frau K. erfuhr ich einige Details über Liane Berkowitz, von der ich wusste, dass sie zu einer der vielen Untergruppen der Widerstandsorganisation «Rote Kapelle» gehört hatte (Näheres zur Organisation der «Roten Kapelle» siehe Kapitel 6). Die Kleingruppen setzten sich aus zahlreichen Abiturienten des Heilschen Abendgymnasiums zusammen, die in der antifaschistischen Widerstandsarbeit engagiert waren und wohl kaum eine Ahnung von der Spionagetätigkeit der Organisation hatten. Sie «vergassen» Handzettel in Verkehrsmitteln und Telefonzellen und malten Wandparolen. Liane Berkowitz wurde 1942 beim Flugblattverteilen verhaftet und ein Jahr später zusammen mit 11 anderen Frauen in der Haftanstalt Plötzensee hingerichtet.

Die Zahl der beteiligten Frauen überraschte mich, und jetzt traf ich auf die Spur einer von ihnen. Ich wollte mehr erfahren.

Frau K. war mit der Mutter von Liane Berkowitz bekannt und hatte Liane als Dreijährige kennengelernt – vermittelt über das Lette-Haus – und sie über Jahre betreut.

Frau K. betont: «Niemand von uns hat von der Flugblattaktion gewusst, davon, dass Liane etwas mit der 'Roten Kapelle in Friedenau zu tun hatte.» Ich fragte, ob sie selbst damals etwas von der Existenz der «Roten Kapelle» in Friedenau gewusst habe. «Davon habe ich erst nach dem Krieg erfahren.» Ob in der Öffentlichkeit von der Zerschlagung der Organisation und von den Hinrichtungen zu hören war-doch immerhin ein Pluspunkt für die Nazis, – wollte ich wissen. «Das hätten sie sich gar nicht leisten können – hinrichten fürs Flugblattverteilen! Das hätten die sich gar nicht leisten können!»

Ich frage weiter, ob ihr jemals ein oppositionelles Flugblatt, ein Handzettel in die Hände gekommen sei? Verneinendes Kopfschütteln. Wie sich das erklären lässt, frage ich, nachdem man jetzt doch öfter höre, dass es damals zahlreiche Verteilaktionen gegeben haben, gerade in Berlin? «Wenn man was in die Hände bekam, dann zerknüllte man es schnell und warf es weg.»

Wie ging es mit Liane B. weiter? Frau K. fährt in ihrer Erzählung fort. «Wir erfuhren von der Verhaftung durch die Mutter, die bis dahin auch nichts von der Tätigkeit ihrer Tochter gewusst hatte.» Zusammen mit den meisten inhaftierten Frauen war Liane B. im Untersuchungsgefängnis am Alexanderplatz untergebracht, wo sie striktem Schreib- und Besuchsverbot unterlag. 'Wir standen damals in engem Kontakt mit der völlig verzweifelten Mutter. Über meinen Mann, der sich an einen Bekannten deswegen wandte, einen 'Zellenwart' aus Friedenau (Wissen Sie, zu derzeit konnte man, wenn überhaupt, nur noch über einen Parteigenossen etwas erreichen...) bekam Lianes Mutter einen Erlaubnisschein. Mit dem konnte sie ihre Tochter besuchen und ihr Bücher bringen, mit denen sie sich auf ihr Chemiestudium vorbereiten wollte.»

Am 5. August 1943 wurde Liane B. hingerichtet, zusammen mit Adam Kuckhoff.

«Die Mutter von Liane war seither wie verschollen» erzählt Frau K. weiter, trotz ihrer zahlreichen Bemühungen. Einzig ein Brief ist übriggeblieben. Greta Kuckhoff (vgl. Kap. 6, «Rote Kapelle»), die Frau des Friedenauer Dramaturgen und Regisseurs, die ebenfalls verhaftet war, kam bei Kriegsende frei und kehrte in den ersten Nachkriegsjahren in die gemeinsame Wohnung in der Wilhelmshöher Strasse 18 zurück. Kurz darauf ist sie nach Ost-Berlin übersiedelt und hat dort hohe Funktionen in DDR-Staatsämtern bekleidet. In dem an Frau K. gerichteten Brief (September 1947) schreibt Greta Kuckhoff über die gemeinsame Haftzeit: «Liane war eine von jenen jungen Frauen, um deren Schicksal uns besonders bangte, weil sie keineswegs zum Kämpfer geboren war und aus einfacher Anständigkeit und Liebe zu dem Vater ihres Kindes im Widerstand mitarbeitete.»

Während mir noch die Frage durch den Kopf geht, welche andere Beweggründe eine junge Frau, Tochter russischer Emigranten, der Vater Jude, inmitten einer politisch aktiven Schülergruppe dazu gebracht haben mögen, in den Widerstand zu gehen, haben Frau K. und ich begonnen, in Frau K's Haushaltsbuch zu blättern. Beginn der Eintragungen: 1. November 1938. Die Miete betrug damals für 80qm (3 Zimmer) 80 Mark, bei einem Gehalt von 250 Mark; 5 Ztr Kohle gab es für 2,85 M; monatliches Gas für 4,17 M; 1/2 Pf. Butter kostete 0,80 M; 11/2 Pf. Brot 0,35 M, ein Friseurbesuch 0,65 M, ein Kinobesuch 0,70 M.... Alltag, Entlastung von aufwühlenden Erinnerungen. Eine ausführliche Fassung dieses Gespräches war in der Friedenauer Stadtteilzeitung FRIEKIE [Jan./Feb. 1983] abgedruckt.)

Hilde Radusch: der bürokratischen Kontrolle entgangen

REINGARD JÄKL

Hilde Radusch, Jahrgang 1903, kam als 18-jährige nach Berlin, um sich am Pestalozzi-Fröbel-Haus als Kinderhortnerin ausbilden zu lassen. Sie wurde Mitglied der Kommunistischen Jugend und gehörte von 1924 bis 1946 der Kommunistischen Partei an.

Seit 1923 arbeitete sie als Telefonistin bei der Reichspost und hatte von 1928 bis 1930 das Amt der Betriebsratsvorsitzenden für 3 Fernmeldeämter inne. 1929 wurde sie zur Stadtverordneten gewählt.

Im April 1933 wurde sie aufgrund ihrer Arbeit in der KPD und RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) in «Schutzhaft» genommen, die sie im Frauengefängnis in der Barnimstrasse verbrachte, aus dem sie gegen Meldeauflagen bei der Polizei im Herbst 1933 entlassen wurde. Zunächst arbeitslos, fand sie 1934 schliesslich eine Stelle als Hilfsarbeiterin bei Siemens. Auf dieser Zeit beruhen die Beobachtungen, die sie in der Geschichte «Ein krummer Hund» niedergeschrieben hat und die ein Dokument über den Mechanismus der vielfältigsten subtilen Druck- und Herrschaftsmittel, derer sich die Nationalsozialisten bedienten, darstellt. (Hilde Radusch, 1951)

1936 fand Hilde Radusch wieder Arbeit als Angestellte, sah sich aber öfters gezwungen, ihren Arbeitsplatz zu wechseln, wenn man herausgefunden hatte, dass sie in «Schutzhaft» gesessen hatte oder Kollegen in Gewissenskonflikte gerieten, weil sie von offiziellen Stellen unter Druck gesetzt wurden, Spitzeldienste oder Denunziantenarbeit zu leisten.

Im August 1944 unternahmen die Nationalsozialisten ihre letzte grosse Verhaftungswelle, die sogenannte «Gitter-Aktion» (auch «Gewitter-Aktion» genannt). All diejenigen, die jemals öffentliche Funktionen ausserhalb des nationalsozialistischen Herrschaftssystems ausgeübt hatten und in der Lage gewesen wären, solche wieder übernehmen zu können, sollten verhaftet und vernichtet werden. So sollte ausgeschlossen werden, dass über die Zeit des Nationalsozialismus hinaus, über dessen Dauer sich die Herrschenden selber keine Illusionen mehr machten, der Fortbestand einer deutschen Gesellschaft überhaupt noch vorstellbar war. Nicht zuletzt auf Grund der ökonomischen Notwendigkeiten konnte die «Gitter-Aktion» nicht in der geplanten Totalität durchgeführt werden und viele der Verhafteten überlebten in der Zwangsarbeit.

Hilde Radusch erfuhr durch eine frühere Bekannte, die bei der Polizei war, von der geplanten Verhaftungsaktion und tauchte zusammen mit ihrer Freundin unter.

Bis zum Ende der NS-Herrschaft lebten die beiden Frauen illegal auf einem Laubengrundstück, 50 km von Berlin entfernt. Die Berliner Behörden wussten nichts von der Existenz dieser Laube.

Hilde Radusch hatte sich in derzeit der politischen Verfolgung zur Gewohnheit werden lassen, soweit wie möglich Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, um die staatliche Kontrolle und Einsicht in ihre Lebensverhältnisse so gering wie möglich zu halten. Sie hatte eine Liste mit Notizen von Stellen, wo sie in Erscheinung treten durfte, und sie hatte kein Eigentum angemeldet ausser ihrer Stadtwohnung. Dadurch, dass sie die Existenz des Gartengrundstückes verschwieg, konnte sie zwar keine verbilligten Eisenbahnfahrkarten als «Siedler» in Anspruch nehmen, dieser Verzicht rettete ihr aber das Leben.

Ähnliches galt für die Inanspruchnahme von Lebensmittelkarten. Als Hilde Radusch erfuhr, sie solle ihre Lebensmittelkarte bei einer Dienststelle der NSDAP abholen, «verzichtete» sie selbstverständlich. Das hiess aber, ohne Lebensmittel über den Winter zu kommen.

Hilde Radusch ist heute überzeugt, dass das Überleben von der Fähigkeit der sensiblen Einschätzung und Beobachtung der Umwelt abhing und dem flexiblen und unauffälligen Reagieren darauf.

Unauffällig werden, das hiess für sie: aus Schöneberg wegziehen, wo sie zu sehr als politisch aktive Frau bekannt war. Es hiess: des öfteren Wohnungs- und Arbeitsplatzwechsel. Das hiess auch, sich um keine Arbeit in Betrieben zu bewerben, die nur im entferntesten mit dem militärischen Bereich zu tun hatten und strengerer Personenkontrollen ausgesetzt waren. Es hiess, alles zu vermeiden, was mit Registrierung und Kontrolle zusammenhing, d.h. im Sinne des bürokratischen Systems, einfach nicht existent zu sein.

Hilde Radusch, die sagt, sie habe aus dieser Zeit auch gelernt, dass Vertrauen nicht politisch zuzuordnen sei, arbeitete nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes wieder aktiv in der Schöneberger Verwaltung, als Leiterin der Dienststelle «Opfer des Faschismus».

Sie hat wieder eine Wohnung im Bezirk und arbeitet an Artikeln, Filmen und Erzählungen, die die Geschichte und Erfahrungen ihres Lebens zum Inhalt haben.



Abb. 23 Hilde Radusch (Jg. 1903) lebt heute wieder in Schöneberg und ist dabei, ihre Lebensgeschichte aufzuarbeiten.



Abb. 24 Alice Salomon (geb. 1872 in Berlin, gest. 1948 in New York)

Nach ihrer erzwungenen Emigration setzte sie in den USA ihr frauenpolitisches Engagement im «Internationalen Frauenrat» fort.

Gemeinsam mit anderen Vertreterinnen des zur «Selbstauflösung» gezwungenen «Bundes Deutscher Frauenvereine» prangerte sie dort die Politik der Nationalsozialisten an.

Die ehemalige «Alice-Salomon-Schule», Wohlfahrtsschule des Pestalozzi-Fröbel-Hauses

RÜDIGER BARON, ROLF LANDWEHR

Die Wohlfahrtsschule in Berlin-Schöneberg war eine der ältesten und renommiertesten Ausbildungsstätten zur sozialen Berufsarbeit in Deutschland. Sie war 1908 als soziale Frauenschule gegründet worden von Alice Salomon, einer der führenden Frauen in der deutschen und internationalen Frauenbewegung und der weiblichen Fürsorgearbeit. Sie hatte 1917 die Konferenz der Wohlfahrtsschulen Deutschlands und 1929 das Internationale Komitee sozialer Schulen gegründet, die beide von ihr von der Barbarossastrasse aus geleitet wurden. Die Leitung der Frauenschule gab sie 1925 ab, um die Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit in Berlin aufzubauen und zu leiten, die eine bis heute einzigartige Verbindung von Ausbildung, Weiterbildung und Forschung auf allen Gebieten der sozialen Frauenarbeit darstellte. Der Prozess, in dem Alice Salomon nach der Machtübernahme der Nazis schrittweise aus allen Positionen verdrängt wurde, wirft ein bezeichnendes Licht nicht nur auf den Charakter der nationalsozialistischen Herrschaft, sondern auch auf die Gesellschaft, die diese ermöglichte.

Folgen der Machtergreifung

Nur ein Jahr lang trug die Soziale Frauenschule den Namen ihrer Gründerin. Anlässlich des 60.



Abb. 25 Das Schulgebäude der Sozialen Frauenschule auf dem Gelände des Pestalozzi-Fröbel-Hauses (PFH) zwischen Karl-Schrader-Strasse und Goltzstrasse.

Abb. 26 Kinderpflege im Pestalozzi-Fröbel-Haus, Aufnahme aus den dreissiger Jahren



Geburtstages von Alice Salomon im Jahre 1932 erfolgte im Rahmen einer Ehrung durch das preussische Staatsministerium offiziell die Umbenennung in «Alice Salomon Schule». Dies wurde sofort nach der Machtergreifung rückgängig gemacht. Die Schule selbst wurde dem Pestalozzi-Fröbel-Haus unter Trägerschaft des Berliner Vereins für Volkserziehung eingegliedert. Die offizielle Bezeichnung lautete nunmehr: «Soziale Frauenschule des Pestalozzi-Fröbel-Hauses III». Die gesamte Einrichtung stand unter der personalpolitischen Aufsicht des Landeswohlfahrts- und Jugenddamtes Berlin. Dessen Leiter, Eduard Karl Spiewok oblag es, nationalsozialistische Prinzipien an der sozialen Frauenschule durchzusetzen. Von ehemaligen Schülerinnen wird Spiewok als Nazi der unangenehmsten Sorte geschildert. Er liess es sich nicht nehmen, den «neuen Geist» persönlich in wöchentlichen Vorträgen am PFH zu vertreten, mit Äusserungen wie: Prostituierte solle man «auf den Misthaufen werfen»..., gegen «Asoziale rigoros durchgreifen.»

Wer sich diesem «Neuen Geist» verweigerte, der allem widersprach, was Alice Salomon in Jahrzehnten an sozialer und ethischer Tradition des sozialen Berufes aufgebaut hatte, der wurde zum Gehen veranlasst oder ging von selbst. Nach Auskunft ehemaliger Schülerinnen verliessen folgende Dozentinnen die Schule: Frau Dr. Seeburg, der es nahegelegt worden war, zu gehen, Frau Dr. Kupfer und Frau Dr. Heinzheimer, beide jüdischer Abstammung, verliessen offenbar die Schule, bevor sie entlassen wurden. Schriftliche Unterlagen über diese Entlassungen konnten bisher nicht aufgefunden werden. Auch die Lebensdaten dieser Frauen waren nicht zu ermitteln. Eine weitere Dozentin, Frau Dr. Sommer, kündig-



Abb. 27 In der Lernküche des Pestalozzi-Fröbel-Hauses

te von sich aus, weil sie die nationalistische Rassenlehre im Unterricht nicht vertreten wollte. In ihrer Autobiographie erinnert sich Alice Salomon:

«... wir (hatten) eine streng katholische Lehrerin, die auch 'hundertprozentige Arierin' war. Nachdem die grausamen Sterilisationsgesetze in Kraft getreten waren, fiel ihr der gesamte Unterricht auf diesem Gebiet zu. Sie sagte, dass sie die Gesetze erklären, sich aber einer persönlichen Stellungnahme enthalten werde. Sie könne nicht für die Gesetze sprechen, da dies die Grundsätze der Kirche verletze. Sie wurde auf eigenen Wunsch entlassen. Hätte sie diesen Schritt nicht getan, wäre sie früher oder später von irgendeiner Studentin denunziert und aus ihrem Amt entfernt worden.» (Alice Salomon, Charakter ist Schicksal, Lebenserinnerungen, 1983, S. 247).

Leiterin der Sozialen Frauenschule war 1933 Charlotte Dietrich, die von Alice Salomon schon vorher zu ihrer Nachfolgerin bestimmt worden war. Frau Dietrich wurde 1933 Mitglied in der NSDAP, ein Schritt, den sie nach Aussagen einer ehemaligen Dozentin tat, «um die Schule zu retten».

Wobei allerdings die Frage ist, was denn Frau Dietrich «gerettet» hat. Aus dem Aktenmaterial sowie aus Aussagen ehemaliger Schülerinnen geht eher hervor, dass es eine reibungslose Anpassung der Schule an die Ziele Nationalsozialistischer Wohlfahrtspflege gab. In den Lehrplan werden Erb- und Rassenlehre, Grundsätze nationalsozialistischer Weltanschauung und Geschichte der NSDAP aufgenommen. In Sonderlehrgängen wurden Führungskader des NS Regimes an der Schule ausgebildet, so z.B. Arbeitsdienstführerinnen und BDM Führerinnen. Der letztgenannte Lehrgang kam zustande auf Veranlassung von Traute Rhode, einer der leitenden Funktionärinnen des BDM.

Das sind eindeutige Hinweise darauf, dass sich die Soziale Frauenschule unter der Leitung von Frau Dietrich durchaus der Wertschätzung des Regimes erfreute. Alice Salomon selbst verzichtete auf einen weiteren Lehrauftrag an der Schule, die sie aufgebaut hatte. Wenig später wurde ihr verboten, das Schulhaus weiterhin zu betreten. Ohne Namen zu nennen, erinnert sie sich an den Anpassungsprozess ihrer ehemaligen Kolleginnen. «Die Haltungen im engsten Kreis meiner Mitarbeiterinnen, dem Personal der Schule für soziale Arbeit und der Akademie, waren typisch für die gebildeten Frauen. Es gab Beispiele menschlicher Stärke und menschlicher Schwäche. Einige gingen aus dem Kampf als bessere und stärkere Persönlichkeiten hervor, andere verloren ihre moralische Haltung, falls sie je eine besessen hatten. Es gab einige Frauen des Personals, die nach den Massstäben der Nazis einwandfrei waren, ausser dass sie eng mit mir zusammengearbeitet hatten. Sie versuchten das durch doppelten Eifer wettzumachen, indem sie zweimal «Heil Hitler» sagten, wo anderen einmal genügte. Lange bevor den «Ariern» verboten wurde, mit den «falschen» Leuten zu sprechen, war es für mich schmerzlich, sie zu treffen, weil sie bei jedem Wort den nervösen Zwang spürten, ihren neuen Glauben erklären zu müssen...» (Alice Salomon, a.a.O.)

Mit dieser konsequenten Durchführung der nationalsozialistischen Forderungen entging die Wohlfahrtsschule des Pestalozzi-Fröbel-Hauses dem Schicksal, das das Jugendheim Charlottenburg unter der Leitung von Anna von Gierkes kurze Zeit später ereilte. Dort wurde die Forderung, die Leiterin wegen jüdischer Abstammung zu entlassen, mit einer Versammlung sämtlicher Mitarbeiter beantwortet, auf der der aufsichtsführende neue Leiter des Landeswohlfahrts- und Jugendamtes, Eduard Spiewok, seine Forderung begründete. Die eindeutige Parteinahme der Mitarbeiterinnen für ihre Leiterin hatte die Auflösung des Jugendheimes zur Folge und die Eingliederung sämtlicher Einrichtungen (einschliesslich der Wohlfahrtsschule) in das Pestalozzi-Fröbel-Haus.

Auflösung der Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit

Im Juni 1933 erhielt Alice Salomon die Aufforderung, die langjährige Direktorin der Akademie, Hildegard Lion, wegen ihrer jüdischen Abstammung zu entlassen. Alice Salomon schreibt dazu in ihrer Autobiographie: «Eines Tages kam eine Beamtin des Erziehungsministeriums und legte mir dringend nahe, die Direktorin der Akademie, die Jüdin war, zu entlassen. Sie sagte: Der neue Erziehungsminister wird mit Briefen bombardiert, die sich darüber beklagen, die Frauenakademie sei eine Brutstätte des Kommunismus.' Ich erklärte, dass wir Dr. Lion deshalb ernannt hatten, weil sie die Beste für diese Stellung und eine der begabtesten Frauen ihrer Generation war; ausserdem habe sie einen Vertrag auf Lebenszeit. Ich sagte ihr, dass ich eher die Akademie zerstören würde, die mir so lieb war wie das jüngste Kind, als dass

ich eine Mitarbeiterin betrügen würde, und dass ich nie jemanden aus rassistischen Gründen entlassen würde. 'Heute kommen Sie ihretwegen', sagte ich, 'morgen werden Sie meinetwegen kommen'.» (A. Salomon, a.a.O., S. 248 f.)

Eine für den nächsten Morgen einberufene Vorstandssitzung der Akademie beschloss deren Auflösung. Bevor die Nazis kamen, um eventuell Belastungsmaterial zu beschlagnahmen, waren alle wichtigen Unterlagen vernichtet.

Vom Vorsitz der Konferenz sozialer Wohlfahrtsschulen Deutschlands wurde Alice Salomon kurzerhand abgelöst und durch Elisabeth Nitzsche, Leiterin der Evangelischen Wohlfahrtsschule in Berlin, ersetzt.

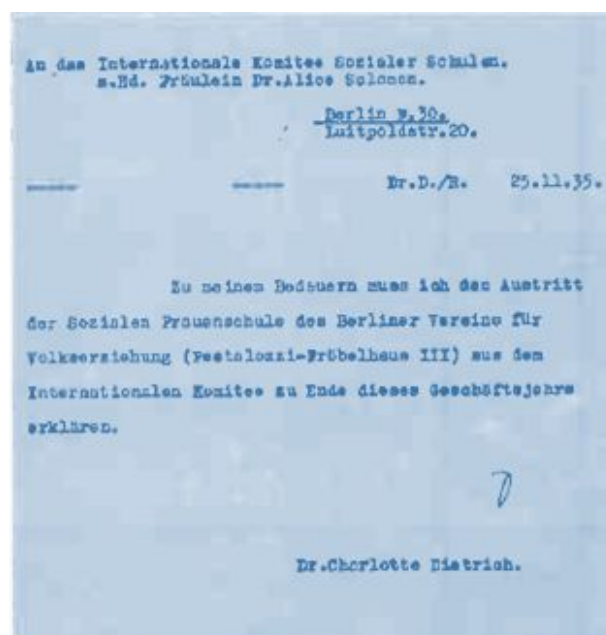
Was Alice Salomon geblieben war, war der Vorsitz im internationalen Komitee sozialer Schulen, auf den die Nazis keinen Einfluss hatten. Obwohl die Nazis in den ersten Jahren grossen Wert darauf legten, sich auf internationaler Ebene darzustellen und der Kritik am Regime ein positives Bild entgegenzustellen, liessen sie sich durch den Vorsitz einer deutschen Jüdin daran hindern. Da versuchten die Nazis auf das internationale Komitee damit Druck auszuüben, dass mit dem Austritt gedroht wurde für den Fall, dass Alice Salomon nicht durch eine andere, nicht-jüdische Person ersetzt werde. Der langjährigen Kollegin Elisabeth Nitzsche kam es zu, diese Drohung Alice Salomon zu übermitteln, die darauf hinauslief, dass sie als Vorsitzende der von ihr selbst geschaffenen Organisation wegen ihrer Abstammung nicht mehr tragbar sei. Alice Salomon stellte daraufhin ihren Vorsitz zur Verfügung, wurde aber am 15. Juli 1935 durch einstimmigen Beschluss der Versammlung des internationalen Komitees um die Weiterführung der Geschäfte gebeten. Dieser Beschluss wurde den deutschen Stellen mitgeteilt. Daraufhin traten die deutschen Schulen aus dem internationalen Komitee aus.

In dem lapidaren Satz, mit dem ihre Nachfolgerin den Austritt der Wohlfahrtsschule des Pestalozzi-Fröbel-Hauses aus dem Internationalen Komitee erklärt und damit das letzte Band zwischen ihrem Lebenswerk und der Person Alice Salomon zerschneidet, verbirgt sich die ganze Brutalität, mit der hier mit Menschen umgegangen wurde.

Die Alternative: KZ oder Ausreise

Einige Jahre konnte Alice Salomon noch in einem Hilfskomitee für Emigranten tätig sein. 1937 wurde sie dann zur Gestapo beordert. Am Schluss der stundenlangen Verhöre wurde sie vor die Wahl zwischen sofortiger Emigration oder KZ gestellt. A. Salomon schreibt dazu: «Ich wurde ausführlich über meine verschiedenen Reisen befragt, über die Daten und Reiserouten, die Freunde und Orte, die ich besucht hatte (...). Erst später wurde mir klar, dass diese Subalternen Anweisungen erhalten hatten, mich aus Deutschland hinauszuwerfen und dass es ihnen überlassen war, einen Vorwand dafür zu finden. Gegen Ende eines vierstündigen Kreuzverhörs hatte ich einen Zustand erreicht, in dem ich alles zugegeben hätte (...). Ich bat dann darum, den Ausweisungsbescheid schriftlich zu bekommen. Das machte den Beamten wütend. Er sprang auf. 'Das gibt es unter keinen Umständen! Wir geben nie etwas schriftlich'. Ich sagte: Dies ist eine erzwungene Emigration'. 'Es ist ein Befehl zur Emigration', korrigierte er, 'um das Konzentrationslager zu vermeiden'. Das war mein Urteil. Sie hätten sich selbst und mir die Mühe der endlosen Befragung ersparen können.» (A. Salomon, a.a.O., S. 296 ff.) Alice Salomon verliess Deutschland drei Wochen später. Im September 1937 kam sie in den USA an, wo sie am 30. August 1948 starb.

Abb. 28 Brief an Alice Salomon vom 25.11.1935



2 Rassische Verfolgung

Orte und Ereignisse

1933 1.4. Boykott jüdischer Geschäfte (u.a. Potsdamer / Haupt- / Rheinstrasse, Wittenbergplatz, Tauentzien), Verschleppung jüdischer Bürger in die SA-Kasernen in der General-Pape-Strasse. **7.4.** Gesetz zur «Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums», **17.5.** Volkszählung mit Erfassung der jüdischen Religionszugehörigkeit.

1935

15.9. Nürnberger Gesetze (juristische Grundlage der Judenverfolgung): Das «Reichsbürgergesetz» entzieht den Juden die staatsbürgerlichen Rechte, das «Blutschutzgesetz» verbietet die Ehe zwischen «Juden» und «Ariern».

1938

26.4. Beginn der «Arisierung der deutschen Wirtschaft», Berufsverbote für jüdische Ärzte, Rechtsanwälte, später auch Zahnärzte und Apotheker. **17.8.** Juden müssen den zusätzlichen Zwangs-Vornamen Sara, bzw. Israel führen. **9.-11.11.** Nazis organisieren Pogrome in ganz Deutschland (in Schöneberg viele Geschäfte betroffen). Juden wird der Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten, Badeanstalten etc. verboten. **15.11.** Jüdische Kinder dürfen keine öffentlichen Schulen mehr besuchen.

1939:

30.4. Aufhebung des Mieterschutzes. Gekündigte Juden werden in sog. «Judenwohnungen» eingewiesen.

17.5. 2. Volkszählung mit Erfassung der Religionszugehörigkeit. **1.9.** Nächtliche Ausgangssperre für Juden. **Oktober:** Eichmann Leiter des Referats «Judenangelegenheiten» (Kurfürstenstrasse 116) im Reichssicherheitshauptamt.

1940:

Beginn der Massendeportation von deutschen Juden. **3.4.** «Euthanasie»-Programm: Einrichtung der «Euthanasie»-Verwaltung («T4») in der Tiergartenstrasse 4. Ab Juli systematische Tötungen jüdischer Patienten. **4.7.** Berliner Juden dürfen nur zwischen 16 und 17 Uhr Lebensmittel einkaufen.

1941:

7.3. Für Juden wird die Verpflichtung zur Zwangsarbeit eingeführt. **1.9.** Judenstern durch Verordnung eingeführt. In Berlin leben noch etwa 55.000 Juden. **18.10.** Beginn der Massendeportationen von Berliner Juden.

1942:

Judenstern muss auch an Wohnungstür. **20.1.** Wannsee-Konferenz («Endlösung der Judenfrage»). **18.5.** Anschlag der jüdischen Widerstandsgruppe Baum auf Propagandaausstellung «Das Sowjetparadies». **19.6.** Juden müssen alle elektrischen und optischen Geräte, Fahrräder, Schreibmaschinen etc. abliefern. In Schöneberg Synagoge, Münchener Strasse, Sammelstelle. **20.6.** Schliessung der jüdischen Schulen. **11.7.** Erster Transport Berliner Juden direkt nach Auschwitz. Beginn der systematischen Judenvernichtung, Sammellager u.a. Synagoge Levetzowstrasse und Grosse Hamburger Strasse Nr. 26, (ehemaliges jüdisches Altersheim). In Berlin leben noch 33.000 Juden.

1943:

27./28.2. Bei sog. «Fabrikaktion» jüdische Zwangsarbeiter vom Arbeitsplatz weg verhaftet und deportiert. **März:** Demonstration von ca. 6.000 «arischen» Frauen in der Rosenstrasse

bewirkt Freilassung ihrer «jüdischen» Männer. **19.6.** Goebbels erklärt Berlin für «judenfrei»; von den ca. 78.000 Juden, die 1939 in Berlin lebten, sind es nach der sog. «Märzaktion» nur noch ca. 6.700 Juden.

1945:

März/April: Letzter Transport von Berliner «Nicht-Ariern» in Richtung Sachsenhausen. **30.3.** Nach der Zählung von Bruno Blau, im Auftrag der Gestapo, leben noch 5.900 «Nicht-Arier» in Berlin.

Orte

- 1 Gephardische Synagoge, Lüt-zowstr. 111
- 2 Synagoge (Religionsverein Westen), Passauer Str. 2
- 3 Synagoge (Schöneberger Synagogenverein e.V.), Münchener Str. 37
- 4 Synagoge (Jüdischer Religionsverein Friedenau-Steglitz), Stierstr. 21
- 5 Eichmann-Büro (bis 1939 Jüdischer Brüderverein), Kurfürstenstr. 116

- 6 Amtsgericht Schöneberg, Grunewaldstr. 69/9
- 7 Polizeirevier 173, Gothaer Str. 19
- 8 "Wildes KZ" General Pape-Str.



Laut Volkszählung wohnten 1933 16.261 jüdische Bürger in Schöneberg; das waren 7,3% der Einwohner dieses Bezirks. Zusammen mit Wilmsdorf, Charlottenburg, Berlin-Mitte und Prenzlauer Berg gehörte Schöneberg zu den Bezirken Berlins mit dem höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil. Wenn wir Gundel Mattenklott auf ihrem literarischen Spaziergang durch das Bayerische Viertel folgen, sind die Spuren der hier einst lebendigen Kultur ausgelöscht. Auf diesem Spaziergang – in den Sommermonaten durchgeführt – machen erst Gedichte, Literaturpassagen und Berichte vor den Häusern, aus denen ihre Bewohner in die Emigration vertrieben wurden oder in die KZ's gebracht wurden, ein wenig von dem Reichtum der heute verschwundenen jüdischen Kultur und dem Ausmass deutscher Kulturzerstörung durch die Nazis erahnbar.

Die Autoren Menzel/Süss analysieren in ihrem schon 1983 geschriebenen Artikel über die «Jüdische Schweiz» die einzelnen, sich über Jahre hinziehenden Etappen: vom Ausgrenzungsprozess, beginnend mit der Definition dessen, wer als «Jude» zu gelten habe, über die demütigende Durchsetzung der in den Alltag der Menschen eingreifenden Rassengesetze und Einzelverordnungen, über die Enteignungen («Arisierungen») bis zur Massendeportation in die Vernichtungslager. Die Autoren zeigen, wie sich dieser Vernichtungsprozess in der Regel nicht durch aufsehenerregende Sondermassnahmen, sondern in der ganz normalen, aber höchst effizienten Form von alltäglichen bürokratischen Verwaltungsvorgängen vollzog.

Auf ein ähnliches Phänomen traf Siegfried Heimmann, als er die täglichen Eintragungen im Tätigkeitsbuch des Polizeireviere 173 in der Gothaer Strasse auswertete: Die menschenverachtende Sprache, die den «entlaufenen Hund» mit der gleichen bürokratischen Akribie und den gleichen Worten beschreibt wie die Auslieferung eines versteckt gehaltenen Juden an die Gestapo, oder den Selbstmord einer ganzen jüdischen Familie. Dieser alltägliche Zynismus wurde von den Besuchern der Ausstellung «Schöneberg auf dem Weg nach Berlin» als das bedrückendste Dokument erlebt, eine Telefonstimme verlas diesen «ordentlichen Ablauf» der Verbrechen, Wort für Wort, und liess auch die süberlich vermerkte aktive «Mithilfe» der Nachbarn, die Denunziation, nicht aus.

Als sogenannte «Halbjüdin» hat Vera Breitwieser diese Diskriminierung, Denunzierung und permanente Angst aus der Sicht eines Kindes im Alltag erlebt. In dem Nachwort zu ihrem Artikel beschreibt sie, wie ihr die Mitarbeit im Kulturarbeitskreis, an den Ausstellungen seit 1983 und ihre Gespräche vor Schulklassen die Möglichkeit gaben, Jugendlichen einen Zugang zu diesem vielfach verdrängten Teil unserer Geschichte zu eröffnen.

Im Juni 1943 war auch Schöneberg wie Goebbels es für ganz Berlin gefordert hatte – «judenfrei». 35.000 Berliner Juden sind ermordet worden, nur wenige haben überlebt, weil sie untertauchen konnten.

In Schöneberg waren von den Deportationen der Jahre 1942 und 1943 schätzungsweise 6.500 Menschen betroffen. Dies geht aus der Sichtung einer Deportationskartei (einschliesslich der Selbstmordfälle) hervor, die seit Monaten von einem Mitarbeiter des Kulturarbeitskreises im Archiv der ehemaligen Oberfinanzdirektion unter dem Gesichtspunkt der Schöneberger Adressen vorgenommen wird; da diese aufwendige Arbeit noch nicht zum Abschluss gebracht worden ist, kann ihre Auswertung leider in diese Publikation nicht mehr aufgenommen werden. Ein vorläufiger Überblick bestätigt jedoch im wesentlichen die Daten, insbesondere Namen, Adressen und Alter der Betroffenen, sowie die örtlichen und zeitlichen Schwerpunkte der Judenverfolgung in Schöneberg, die wir hier in dieser Publikation an Hand der Wohnungsadressen aus dem Polizeibuch und der Liste der «Judenhäuser» dokumentiert haben.



Abb. 29 Eine Bank im Schöneberger Stadtpark, 1940: «Nicht für Juden»

Die Juden waren nicht die einzigen Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns. Wie die aktuelle Diskussion um die Neufassung des Entschädigungsgesetzes und die Einrichtung eines «Härtefonds» zeigt, gibt es heute in unserer Gesellschaft noch Personen und Personengruppen, die Opfer des NS-Regimes waren, aber moralisch und rechtlich als solche nie anerkannt worden sind. Zu diesen Vergessenen gehören die Sinti und Roma (diskriminierend «Zigeuner» genannt). Das doppelte Unrecht, das diese Menschen erlitten haben, ist, dass ihre Misshandlungen totgeschwiegen wurden und sie auch nur in seltenen Fällen Entschädigungsansprüche stellen konnten. Vielfach, wenn auch in anderen Formen, hat sich die gesellschaftliche Diskriminierung dieser Gruppen bis heute fortgesetzt.

Auch wir stehen für die Schöneberger Lokalforschung, bezogen auf diese Gruppen, noch ganz am Anfang der Forschung:

- Was geschah mit den Betroffenen, als im Zuge der Vorbereitung der Olympiade in Berlin 1936 das Schöneberger Südgelände von «Zigeunerlagern» gesäubert wurde?
- Welche Rolle spielten die Amtsärzte und das bezirkliche Gesundheitsamt in Schöneberg bei der Zwangssterilisation und Ermordung geistig und körperlich Behinderter und chronisch Kranker?
- Welche konkreten Folgen für die Betroffenen hatte die Kriminalisierung von weiblicher und männlicher Homosexualität in einem Bezirk, in dem die Schwulen- und Lesbenszene in den 20iger Jahren eine bedeutsame Subkultur hervorgebracht hatte?

Zum Thema «Euthanasie» und Zwangssterilisation sind in den letzten Jahren einige neue Publikationen erschienen. Sie zeigen auf, dass sich die örtlichen Dienststellen, wie beispielsweise die Wohlfahrts- und Jugendämter und die Schulfürsorgestellen, in den Bezirken in Erfüllung ihrer Amtspflicht zu Vollstreckungsgehilfen des zentral geleiteten «Euthanasieprogramms» gemacht haben. Zu diesen Amtsaufgaben gehörten beispielsweise die Meldepflicht für Hebammen von missgestalteten Neugeborenen und die Bearbeitung der Sterilisationsanträge durch die Schulfürsorgestellen. Ausgangspunkt dieses massenhaften Tötungsprogramms von sogenannten «lebensunwerten Leben» war eine Sitzung des Deutschen Gemeindetags in Berlin im April 1940, bei der die Spitzen der Kommunalverwaltungen mit dem «Euthanasie-Programm» vertraut gemacht wurden. Die entsprechenden Runderlasse aus dem Reichsinnenministerium wurden auf dem Verordnungswege über den Oberbürgermeister von Berlin sowohl an die zentralen Gesundheits- und Wohlfahrtsämter, als auch an die Bezirksbürgermeister und die örtlichen Dienststellen, wie die Wohlfahrts- und Jugendämter im Bezirk, weitergeleitet. Diese zentralen Rundschreiben, die auch für die Schöneberger Bezirksverwaltung Gültigkeit hatten, sind zum grössten Teil im Landesarchiv Berlin zugänglich. Sie müssten unter lokalhistorischen Fragestellungen ausgewertet werden. Welche Dokumente liegen eventuell noch in bezirklichen Verwaltungsvorgängen von Gesundheits-, Schul- und Sozialämtern versteckt? Eine dringende Forschungsaufgabe für die nächsten Jahre, solange die letzten Zeitzeugen noch leben.

KATHARINA KAISER, GISELA WENZEL

Synagogen in Schöneberg/ Friedenau

Die Synagoge in der Münchener Strasse

1909 erwarb der jüdisch-traditionelle «Synagogenverband Schöneberg» das Grundstück Münchener Strasse 37 von der «Berlinischen Bodengesellschaft» des Georg Haberland. Auf dem Gelände wurden 1909/10 unter Leitung von Max Franke eine Synagoge und davor an der Strassenfront ein Vorderhaus errichtet, das neben Rabbinerräumen und Schulzimmern auch Wohnungen enthielt.

Das in der Nacht vom 9. auf den 10. Nov. 1938 von SA, SS und Hitlerjugend inszenierte Pogrom – später zynisch «Kristallnacht» genannt – überstand die Synagoge weitgehend unbeschädigt.

Bei der schrittweisen Enteignung und Ausraubung der jüdischen Bürger mussten die Räume der Gemeinde als Sammelplatz für Radios, Elektrogeräte, Wollsachen, Fahrräder, Schreibmaschinen etc. herhalten.

Da viele jüdische Bürger seit den Repressionen von 1933 in materielle Existenznot gerieten, wurde ab 1934 im Synagogengebäude eine «Mittelstandsküche der jüdischen Gemeinde» eingerichtet.

Bei der Bombardierung Berlins wurde das Vorderhaus völlig zerstört, während die Synagoge nur schwer beschädigt war, jedoch für einen Wiederaufbau geeignet blieb.

Nach dem Krieg ging das Eigentum an dem Grundstück im Rahmen einer grösseren Transaktion an die Stadt Berlin über.

Die Synagoge wurde am 4. Dezember 1956 auf Anweisung der Stadt Berlin abgerissen.

B. MENZEL, W. SÜSS, 1983

Synagoge Stierstrasse 21, Friedenau

Der «Jüdische Religionsverein Friedenau-Steglitz und der südwestlichen Vororte e.V.» wurde 1911 gegründet und erreichte bald eine Mitgliederzahl von 450 Personen. Für die südwestlichen Bezirke Berlins wurde ein eigenes Mitteilungsblatt herausgegeben, die «Vereinsmitteilungen des Jüdischen Religionsvereins Friedenau-Steglitz», ein Bulletin, das etwa achtmal im Jahr erschien und Ende der zwanziger Jahre eine Auflage von 1.700 Exemplaren erreichte.

Bis 1933 fanden die Gottesdienste wie auch die übrigen Veranstaltungen des Religionsvereins in der Aula der Rheingauschule, Homuthstrasse 3 statt, wo auch die 13. Jüdische Religionsschule untergebracht war. In der vor einiger Zeit zum fünfundsiebzigjährigen Bestehen dieser Schule herausgebrachten Jubiläumsschrift wird die enge Verbindung der Schule mit dem Schicksal der Juden in Friedenau leider mit keinem Wort erwähnt: Zuerst wurde der Synagogenverein hinausgeworfen, einige Jahre später die Jüdische Religionsschule – und schliesslich dann aus dem Gymnasium jeder, der als «nichtarisch» galt.

1933 gelang es dem Religionsverein, eine Privatwohnung in der Stierstrasse 21 in einen Betraum zu verwandeln. Die erste Etage in diesem Wohn-

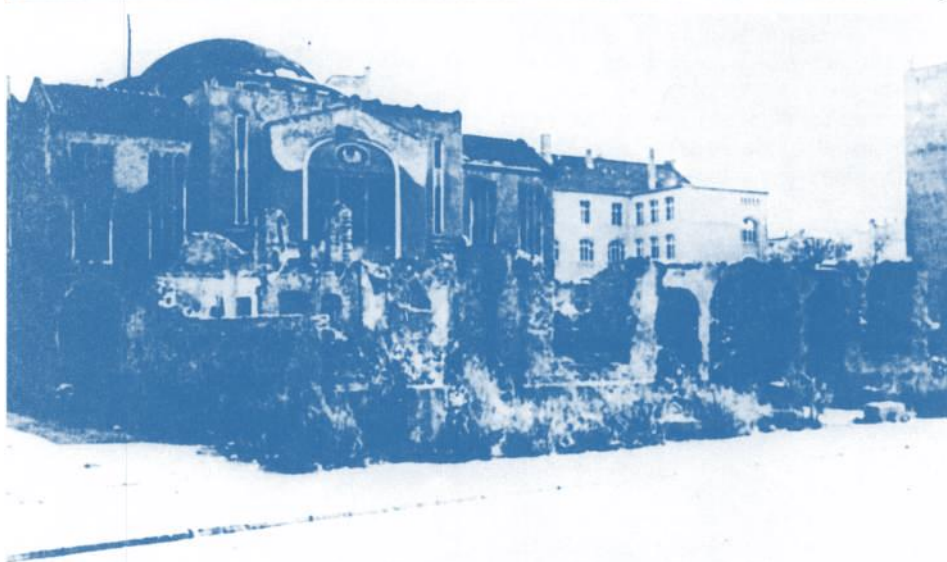
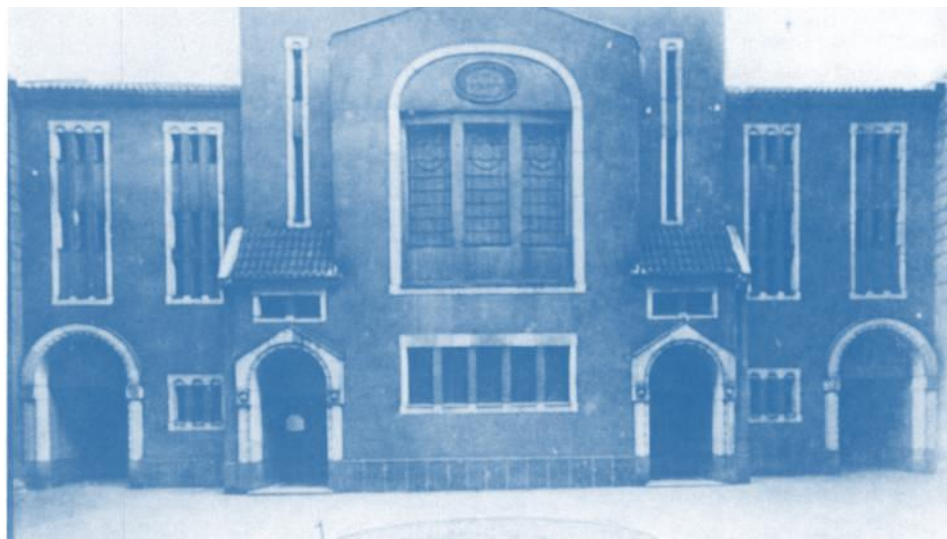


Abb. 30 Synagoge Münchener Strasse 37, Schöneberg um 1915

Abb. 31 Synagoge Münchener Strasse 37, um 1951

Abb. 32 Synagoge Stierstrasse 21, Friedenau, Aufnahme um 1935

haus entwickelte sich in der folgenden Zeit zum Zentrum jüdischen Lebens im Südwesten der Stadt. Um sowohl der liberalen wie auch der konservativen Richtung des Judentums Rechnung zu tragen, wurden insbesondere an den Hohen Feiertagen gesonderte Gottesdienste abgehalten. Eine Zweigstelle der Bibliothek der Jüdischen Gemeinde und ein Leseraum wurden eingerichtet, und regelmässig fanden hier wissenschaftliche Vorträge und gesellige Veranstaltungen statt. Der Pogrom von 1938 bedeutete das Ende für diesen aktiven Religionsverein. In den Räumen der ehemaligen Synagoge befindet sich heute ein zahn-technisches Labor.

Sephardische Synagoge, Lützowstrasse 111, Schöneberg

Der erste Gottesdienst nach sephardischem Ritus wurde in Berlin an den Hohen Feiertagen des





Abb. 33 Inneres der sephardischen Synagoge in der Lützowstrasse, Aufnahme von 1925

Abb. 34 Knabenchor der Synagoge Passauer Strasse 2, Aufnahme aus dem Jahr 1926

Jahres 1891 abgehalten. Zu jener Zeit zählte die Reichshauptstadt kaum mehr als ein Dutzend sephardischer Juden. Im Unterschied zu Amsterdam oder Hamburg, wo die Nachkommen der spanischen und portugiesischen Juden – Sephardim genannt nach einer biblischen Länderbezeichnung (sefarad), mit der man später Spanien identifizierte – lange Zeit die Mehrheit der jüdischen Gemeinschaft ausgemacht und eigene prächtige Synagogen errichtet hatte, blieb die sephardische Gemeinde in Berlin von Beginn an eine Minderheit. Ende der zwanziger Jahre hatte der 1905 gegründete Verein «Israelisch-Sephardische Verein zu Berlin e.V.» ungefähr 500 Mitglieder, die zum grossen Teil aus dem Osmanischen Reich gekommen waren, zu dem das wilhelminische Deutschland gute Beziehungen unterhielt. Ihre Anwesenheit war für die Wirtschaftsinteressen des Kaiserreichs von grosser Bedeutung.

Auf dem Grundstück Lützowstrasse 111, das der Firma Wertheim gehörte, mietete der Verein eine

grössere Wohnung und liess diese zu einem grossen Betsaal umbauen. Die im Jahr 1915 begründete sephardische Schule erteilte ein Jahrzehnt später schon mehr als 70 Kindern Unterricht.

Über das Schicksal der sephardischen Gemeinde und ihrer Betstätte nach 1933 liegen bislang keine Berichte vor. Das Grundstück ist heute neu bebaut.

Synagoge Passauer Strasse 2, Schöneberg

Der «Synagogenverein Passauer Strasse e.V.» (oder Religionsverein Westen) wurde 1894 gegründet, zu einem Zeitpunkt also, als der Zuzug aus dem sogenannten «Alten Westen» in die neuen Wohngegenden jenseits des Wittenbergplatzes einsetzte. Kurz vor der Jahrhundertwende war die grosse Gemeinde-Synagoge Lützowstrasse errichtet worden, eine Synagoge der liberalen Richtung, und es sollten 14 Jahre vergehen, ehe die Berliner Zentralgemeinde mit den beiden grossen Synagogen in Charlottenburg der Tatsache Rechnung trug, dass viele Ihrer Mitglieder in den neuen Stadtteilen wohnten. Die als zweites Quergebäude in der Passauer Strasse errichtete Synagoge wurde 1906 eingeweiht und verfügte über 300 Plätze und eine Frauengalerie. Es fanden täglich Gottesdienste statt. Der Ende der zwanziger Jahre noch 320 Mitglieder zählende Verein unterhielt auch eine Religionsschule und blieb bis 1937 selbständig. In diesem Jahr wurde die schon vorher subventionierte Synagoge von der Jüdischen Gemeinde übernommen. Am 9. November wurde die Synagoge zerstört, weitere Kriegsschäden taten ein Übriges. Anfang der fünfziger Jahre wurden die Ruinen des gesamten Gebäudekomplexes abgetragen. Heute befindet sich auf diesem Gelände das Parkhaus des KaDeWe.

NICOLA GALLINER, aus: Wegweiser durch das jüdische Berlin, 1987 Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Nicolaischen Verlagsbuchhandlung

Weitere Orte jüdischer Kultur in Schöneberg

Logen

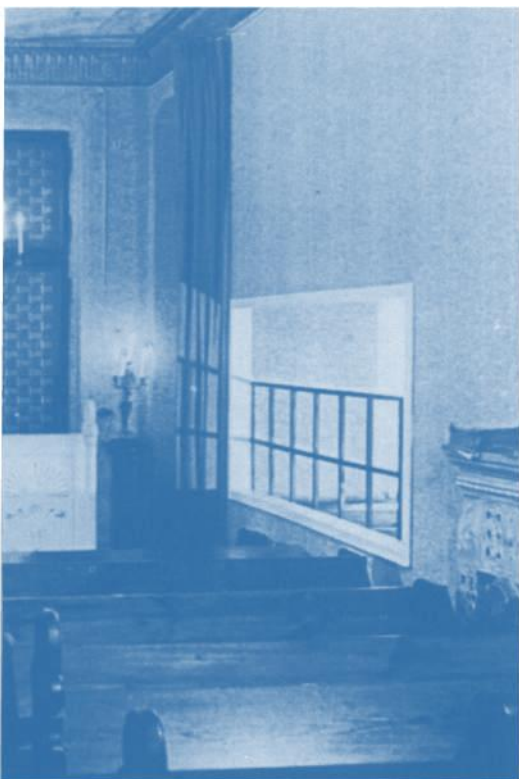
Grossloge Berlin, Kleiststrasse 10 Jüdischer Brüderverein ab 1939: Sitz des Referats IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes (Eichmann-Büro), Kurfürsten str. 116j

Verlage

Jüdischer Verlag GmbH (Mitbegründer: Martin Buber, Chaim Weizmann u.a.), Nürnberger Strasse 8 Siegfried Schöler, Jüdischer Buchverlag, Hauptstrasse 8

Vereine

«Esra»-Verein zur Förderung jüdischer Ansiedlung in Palästina e.V., Heilbronner Str. 13 Hilfsverein der Rabbiner Deutschlands e.V. Am Park 15 Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums e.V., Belziger Str. 46



Bayerisches Viertel – ein Spaziergang in die Jüdische Geschichte

GUNDEL MATTENKLOTT

Ausgangspunkt unseres Spaziergangs ist der *Viktoria-Luise-Platz (1)* – das Tor zum Bayerischen Viertel –, der zwischen 1900 und dem Ersten Weltkrieg auf dem damals noch unbebauten *Schöneberger Westgelände* entstanden ist. (Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf die Nummerierung in der Karte zum Spaziergang.) Hier wurden ruhige Wohnstrassen angelegt mit vielen Bäumen und kleinen Plätzen. Man baute Miethäuser der gehobenen Preisklasse mit komfortablen grossen Wohnungen und Vorgärten, ohne Hinterhöfe und Gewerbebetriebe. Hierhin zog, wer sich im alten Westen mit seiner zunehmenden Verkehrsdichte nicht mehr wohl fühlte und wer es sich leisten konnte: Geschäftsleute, Ärzte, Anwälte, Rentiers. Der Anteil der Juden an den Bewohnern des Viertels war überproportional hoch. Deshalb ist die Geschichte dieses Stadtteils ein kleiner Abschnitt jüdischer Geschichte. Wir werden hier vor allem Spuren aus dem furchtbarsten Kapitel dieser Geschichte suchen: aus den Jahren zwischen 1933 und 1945.

Nur wenige Schritte sind es vom *Viktoria-Luise-Platz* zur *Hohenstaufenstrasse*, an der im *Haus Nr. 36 Egon Erwin Kisch (2)* seine erste Wohnung in Berlin hatte. Seine letzte Berliner Wohnung war *Güntzelstrasse 3*, an der Grenze zu *Wilmersdorf*. 1933 wurde er von den Nationalsozialisten verhaftet und später abgeschoben. Das massige Schulgebäude mit den beiden Türmen auf der gegenüberliegenden Seite der *Hohenstaufenstrasse* beherbergte seit 1903 das *Werner-von-Siemens-Realgymnasium (3)*. In diese pädagogisch fortschrittliche, vom Geist der Reformpädagogik geprägte Schule gingen die Söhne der gebildeten Bürger des Bayerischen Viertels. Es gab also viele jüdische Schüler, auch eine zionistische Schülergruppe, deren Wortführer *Victor Chaim Arlosoroff* später wurde. Die Beziehungen zwischen Zionisten, assimilierten Juden und nicht jüdischen Schülern und Lehrern waren offensichtlich unkompliziert. Es gab zahlreiche Freundschaften, die auch das Dritte Reich mit dem Exil der einen, dem Bleiben der anderen nicht zerstören konnte. Hier ist der Literaturkritiker *Marcel Reich-Ranicki* zur Schule gegangen. 1935 musste er allerdings zum *Wilmersdorfer Fichte-Gymnasium* überwechseln – das *Werner-von-Siemens-Gymnasium* wurde geschlossen. Die Schülerzahlen waren sehr zurückgegangen, kein Wunder: Viele Juden waren bereits emigriert oder hatten doch wenigstens ihre Kinder ins Ausland geschickt. Andere wichen vor der zunehmenden Diskriminierung auf jüdische Schulen aus. Im Schulgebäude wurden Klassen für die Kinder russischer Emigranten eingerichtet, von denen viele in dieser Gegend wohnten.

Nicht weit hinter der Schule kreuzt die *Münchener* die *Barbarossastrasse*. Auf ihr erreicht man in öst-

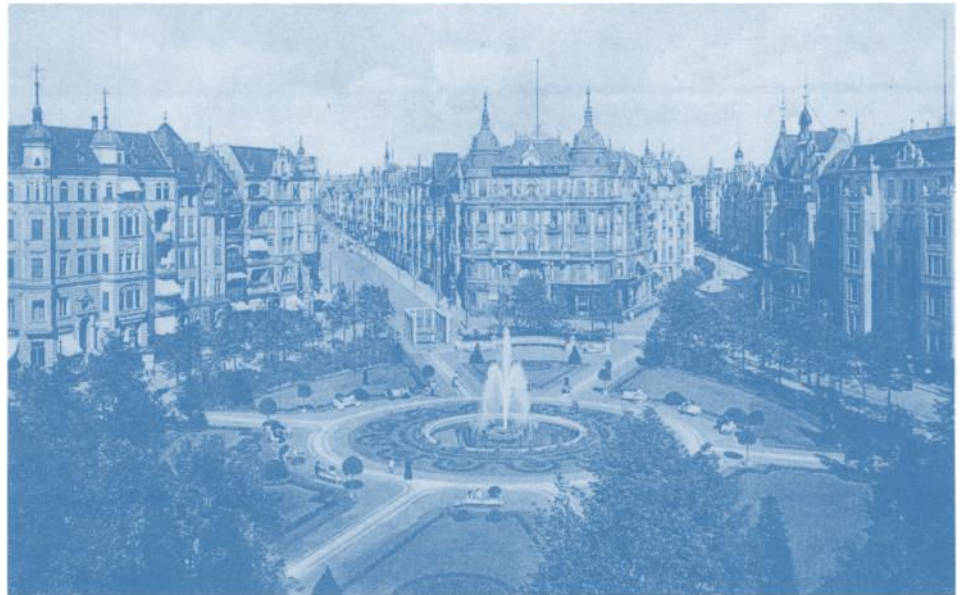


Abb. 35 Der Viktoria-Luise-Platz, 1920



Abb. 36 Werner-von-Siemens-Realgymnasium, 1910



Abb. 37 Der Bayerische Platz, 1925



Abb. 38

- 1 Viktoria-Luise-Platz (U-Bahn-Linie 4).
- 2 Hohenstaufenstraße 36 - erste Berliner Wohnung von Egon Erwin Kisch
- 3 Das ehemalige Werner-Siemens-Realgymnasium
- 4 Wahrscheinlich früher Speyerer Str. 10 - letzte Wohnung von Gertrud Kolmar. Gedenktafel für Hans Rummer und die anderen Penzberger Opfer.
- 5 Heilbronner Str. 30 - im Kriege ein "Judenhaus"
- 6 Heilbronner Str. 5 - Hauskonzerte jüdischer Künstler
- 7 Heilbronner Str. 26 - das Haus von Camilla Neumann
- 8 Standort der Synagoge Münchener Str. (Gedenkstein)
- 9 Bayerischer Platz
- 10 Landshuter Str. 25 - zwei von vielen untergetauchten jüdischen Menschen wurden hier erst versteckt, dann denunziert und deportiert.
- 11 Nördlinger Str. 8 - Gedenkstein für Albert Einstein
- 12 Bamberger Str. 22 - das "Judenhaus", in dem Inge Deutschkron wohnte, bevor sie untertauchte.
- 13 Standort der Wilmersdorfer Synagoge Prinzregentenstraße
- 14 Prinzregentenstraße 66 - letzte Berliner Wohnung Walter Benjamins
- 15 Fritz-Elsas-Str. 18 - Wohnung Carl Zuckmayers und versteckt Carlo Mierendorffs
- 16 U-Bahnhof Rathaus Schöneberg

licher Richtung die *Speyerer Strasse*, die früher eine Diagonale zwischen Martin-Luther-Strasse und dem Bayerischen Platz zog. Zerstörung und Wiederaufbau haben die Strassenführungen verändert. Das Haus Nr. 10 (4) existiert nicht mehr, es muss auf der Höhe der (neu angelegten) Penzberger Strasse gestanden haben. In diesem Haus wohnte die bedeutende Dichterin *Gertrud Kolmar* mit ihrem alten Vater, nachdem man sie 1938/39 zum Verkauf ihres Hauses in Finkenkrug und zum Umzug in ein «jüdisches Haus» gezwungen hatte. Ab 1941 Zwangsarbeiterin, wurde Gertrud Kolmar wahrscheinlich im Rahmen der sogenannten «Fabrikaktion» am 27. Februar 1943 verhaftet und vermutlich in Auschwitz vergast.

Westlich von der Münchener Strasse verläuft die *Heilbronner Strasse*. Hier gab es den Nachforschungen der Berliner Geschichtswerkstatt zufolge, mindestens ein «Judenhaus», die Nr. 30 (5). – Auch über die letzten Reste des reichen kulturellen jüdischen Lebens fand sich in dieser Strasse ein Zeugnis: *Ilse Rewald* erzählt von den Hauskonzerten, die jüdische Künstler hier im Haus Nr. 5 (6) noch bis zu den letzten Deportationen für ihre Leidensgefährten veranstaltet haben.

In der *Heilbronner Strasse* 26 (7) wohnte *Camilla Neumann* mit ihrem Mann. Als im Januar 1943 die Gestapohelfer kommen, um sie abzuholen, gelingt es ihr, sich in der Speisekammer zu verstecken und zu fliehen. An der Ecke Hohenstaufenstrasse fängt sie ihren später von der Arbeit kommenden Mann ab, beide übernachten in einem Treppenhaus. Die Eheleute werden von ihren Arbeitgebern noch einmal als Arbeitskräfte reklamiert, aber das ist nur ein letzter Aufschub. Am 27. Februar wird *Ludwig Neumann* von der Arbeit weg verhaftet («Fabrikaktion»). Als *Camilla Neumann* das erfährt, verlässt sie nur mit einer Handtasche ihre Wohnung. Als «U-Boot», wie man die illegal in Berlin lebenden Juden nannte, gelingt es ihr, das Dritte Reich zu überleben, ebenso übrigens wie dem Ehepaar *Rewald*.

Kehren wir zur Münchener Strasse zurück. An der *Penzberger Strasse* vorbei, an der ein Gedenkstein an die (sozialdemokratischen) Naziopfer der Schöneberger Partnerstadt Penzberg erinnert, kommen wir auf der Höhe der Westarpstrasse zur *Münchener Strasse* 37 (8). Auf dem Hof dieses Grundstückes hatte der «Synagogenverein Schöneberg» nach Entwürfen des Architekten *Max Fraenke P909* eine Synagoge errichtet, um dem jüdisch-traditionellen Leben im neuen Bayerischen Viertel ein Zentrum zu geben. Im ebenfalls von *Fraenkel* gebauten Vorderhaus waren der Wochentagsgebetssaal, Schulräume und Rabbinenzimmer untergebracht.

1939/40 war hier eine Sammelstelle für die Radios und Elektrogeräte, die Juden den sich nun häufenden «Judenerlassen» zufolge nicht mehr besitzen durften.

In der «Reichskristallnacht» ist die Synagoge offenbar übersehen worden, und sie ist auch wenig beschädigt durch den Krieg gekommen. Das Grundstück mit dem von den Bomben zerstörten Vorderhaus ging nach dem Krieg in den Besitz der



Stadt Berlin über, die kein Interesse am Erhalt der Synagoge hatte und sie 1956 abreißen liess. 1960 wurde zum Gedenken eine Plastik von *Gerson Fehrenbach* aufgestellt.

Durch eine kleine Grünanlage kommen wir zum *Bayerischen Platz (9)*, an dem es im Krieg einen Luftschutzbunker gab – in ihn konnten sich bei Luftangriffen auch die «U-Boote» flüchten, nicht ohne Gefahr, entdeckt zu werden, aber doch vor Denunziationen besser geschützt als in den Luftschutzkellern der Häuser, in denen sie sich versteckt hielten.

Vom *Bayerischen Platz* machen wir einen kleinen Abstecher in Richtung Nordwesten, zuerst in die *Landshuter Strasse*. In der *Nr.25 (10)* hielt sich laut Polizeibericht vom 11.3.1943 *Toni Langzoner* mit ihrer Tochter *Jeanette* versteckt. Sie wurde von der Wohnungsinhaberin denunziert und verhaftet.

Wir biegen nun in die *Nordlinger Strasse (11)* ein, in der ein Gedenkstein an *Albert Einstein* erinnert, der hier von 1918 bis 1933 gewohnt hat. Das Haus, ehemals *Haberlandstrasse 5* (heute *Nördlinger Strasse 8*), steht nicht mehr. *Einstein* kehrte nach der Machtergreifung von einer Auslandsreise nicht mehr zurück. Wie ihn verloren Deutschland und Berlin nach 1933 zahlreiche andere berühmte jüdische Wissenschaftler und Künstler.

Das Haus *Bamberger Strasse 22 (12)*, Ecke *Güntzelstrasse*, war im Krieg ein «Judenhaus». *Inge Deutschkron* wohnte dort, bevor sie untertauchte. Ihr gelang es, zu überleben.

Die *Bamberger Strasse* führt als *Kufsteiner Strasse* weiter bis zum Volkspark. Der Arzt *Walter Seitz*, der 1944 in einem schlesischen Hospital gearbeitet hatte, musste eine Anzeige befürchten, da er zu viele verletzte Soldaten kriegsuntauglich geschrieben hatte. Er tauchte unter und fand in der *Kufsteiner Strasse* eine Wohnung – sie gehörte der evakuierten Witwe eines SS-Generals, was dem illegalen Mieter den Respekt der Hausbewohner sicherte.

Seitz schloss sich der Widerstandsgruppe «Onkel Emil» an, in der auch *Ruth Andreas-Friedrich, sei-*

Abb. 39 Münchener Str. 34-38. Einweihung des Gedenksteins an der Stelle der ehemaligen jüdischen Synagoge, 1963 (Bildhauer: Gerson Fehrenbach)

ne spätere Frau, arbeitete. In ihrem Buch «Der Schattenmann» stellt sie die Aktivitäten der Gruppe dar: bis zur Deportation Hilfe für verfolgte und emigrierte Juden, danach für die «U-Boote», Beschaffung von Unterschlupfen, Lebensmitteln und gefälschten Ausweisen, schliesslich in der letzten Kriegsphase Mal- Aktionen an Hauswänden und auf Strassenpflastern: «Nein zu Hitler», im *Bayerischen Viertel*, in der *Kaiserallee* (heute *Bundesallee*) und am *Südwestkorso*.

Ein kleiner Abstecher über die Bezirksgrenze nach *Wilmsdorf* führt zur *Prinzregentenstrasse (13)*. Zwischen *Badenscher* und *Waghäuseler Strasse* auf dem Grundstück *69/70* wurde am 16.9.1930 die vom Gemeindebaumeister *Alexander Beer* errichtete Synagoge eingeweiht, damals *Berlins* grösster Kuppelbau in der neuen freitra-



Abb. 41 *Inge Deutschkorn*, geb. 1922, wohnte von April 1939 bis Sept. 1941 in der *Hohenstaufenstrasse*, anschliessend in dem «Judenhaus» *Bamberger Str. 22*, zuletzt war sie bis 1945 in *Potsdam* untergetaucht.

genden Betonkonstruktionsweise. 1933 fand hier mit Chor, Orchester und Ansprache die erste grosse Werbeveranstaltung für den *Kulturbund deutscher Juden* statt. Mit dieser Institution reagierten die Berliner Juden auf die erste nationalsozialistische Diskriminierungs- und Verfolgungswelle. Am 10. November 1938 («Reichskristallnacht») brannte die Synagoge zwischen sechs und sieben Uhr morgens. Die Kuppel stürzte ein. 1958 wurde die ausgebrannte und im Bombenkrieg beschädigte Synagoge abgerissen. An ihrer Stelle wurde ein Wohnhaus des Allgemeinen Blindenvereins errichtet. Eine Gedenktafel gibt es nicht.

Jenseits der *Waghäuseler Strasse* wohnte im Haus *Nr. 66* (jetzt *Neubau*) von 1930 bis zur Emigration im März 1933 der Philosoph und Schriftsteller *Walter Benjamin (14)*. Hier schrieb der Sohn einer alteingesessenen Berliner jüdischen Familie seine «*Berliner Kindheit um 1900*». 1940 nahm er sich auf der Flucht vor den Deutschen das Leben.

Wir durchqueren nun den Volkspark und erreichen über die *Strasse* am Volkspark die *Fritz-Elsas-Strasse*. 1954 benannt nach dem liberalen Politiker, der zum Kreis um die Widerstandsgruppe des 20. Juli gehörte. Er wurde kurz vor Kriegsende im *KZ Sachsenhausen* erschossen. In der *Fritz-Elsas-Strasse 18 (15)* hatte *Carl Zuckmayer* seine Wohnung. Als «Halbjude», wie die Arithmetik des Rassenwahns rechnete, und als missliebiger Schriftsteller ging *Zuckmayer* 1933 nach Österreich, von wo er und seine Familie 1938 weiter in die USA flüchteten. 1933 tauchte *Zuckmayers* Freund / der verfolgte SPD-Politiker *Carlo Mierendorff* hier unter, wurde aber kurz darauf bei einer Reise nach *Frankfurt* verhaftet und verbrachte viele Jahre im *KZ*, bis er 1938 entlassen wurde. Er spielte eine wichtige Rolle im sozialdemokratischen Widerstand. 1943 kam er bei einem Bombenangriff in *Leipzig* ums Leben.

Von der *Fritz-Elsas-Strasse* sind es nur wenige Schritte am Volkspark entlang bis zum *U-Bahnhof Rathaus Schöneberg (16)*, dem Endpunkt dieses Spaziergangs.



Abb. 40 *Gertrud Kolmar*, geboren 1884, wahrscheinlich 1944 in *Auschwitz* ermordet.

Wenn nur der Sperber nicht kommt...

VERA BREITWIESER

«Wenn nur der Sperber nicht kommt. « So lautete einmal der Buchtitel von 1956, und diese Überschrift steht eigentlich über allem, was ich über meine Angehörigen berichten kann. Sie drückt umfassend aus, was meine Eltern, Grosseltern und unklar auch ich als Kind empfunden haben. Der Sperber ist ein Raubvogel, ein Habicht mit langen spitzen Krallen, der sich von kleinen Vögeln (Sperlingen, Schwalben) ernährt, die er durch dick und dünn verfolgt und mit blitzschnellen Wendungen zu erhaschen weiss. So steht es im Lexikon.

Der «Sperber», das war die Gestapo, vor der wir nicht sicher waren, die Männer in den schwarzen Ledermänteln, die einen jederzeit «abholen» konnten.

Aber noch waren wir glücklicherweise nicht dran, noch hatten wir eine Art Galgenfrist, wir vielbenedeten «Mischehepartner» und «Mischlinge». Aber wir sahen die «ungeschützten» Juden und damit auch unsere Angehörigen verschwinden und bangten dem Zeitpunkt entgegen, an dem der «Sperber» auch uns holen würde.

Meine Eltern hatten 1930 geheiratet; ich selbst kam 1933 zur Welt, und damit begann es auch schon: die Nürnberger Rassegesetze traten 1935 in Kraft. «Mischehen» wurden ab sofort verboten, und meine Eltern sahen sich plötzlich einer seltsamen Klassifizierung unterworfen. Nach Durchforstung der «Ahnentafeln» bis 1800 wurde bei meiner Mutter festgestellt, dass ihre Mutter und Grossmutter der jüdischen Religion angehörten, bzw. angehört hatten. Da die Nazis kurzerhand aus dieser Zugehörigkeit eine «jüdische Rasse» machten, wurde plötzlich meine Mutter zur Jüdin erklärt, obwohl sie sich überhaupt nicht für Religion interessierte, konfessionslos war. Damit galt sie als minderwertig gegenüber meinem «ärischen» Vater, dessen Vorfahren alle evangelisch getauft waren. Mein Vater wurde nun als «jüdisch versippt», ich selbst als «halbjüdisch», nach dem Sprachgebrauch der Nazis als «Mischling 1. Grades», also sozusagen als «Bastard» angesehen. Dass die Nazis die Religion als Massstab für die Einordnung als «jüdisch» oder «nichtjüdisch» betrachteten, zeigt den Irrsinn ihrer eigenen «Rassegesetze». Denn Juden waren keine Rasse, sondern lebten, gleichberechtigt seit dem vorigen Jahrhundert, gleichberechtigt auch in der Weimarer Republik, als Nachbarn unter Nachbarn in ihrem Land und unterschieden sich untereinander genauso viel oder wenig wie alle anderen Menschen. Ein englischer Jude lebte anders als ein deutscher oder ein polnischer Jude, aber das waren die gesellschaftlichen Einflüsse, die eben die Engländer, die Deutschen und die Polen voneinander unterschieden. Es war lediglich so, dass die polnischen Juden religiöser waren und deshalb zurückgezogener in kleinen Dörfern, ihren jüdischen «Schtetln» lebten. Alle anderen haben sich



Abb. 42 Veras Eltern: 1929 und dreissig Jahre später (1959).

weder durch ihr Verhalten, noch durch ihre Charaktereigenschaften, sondern lediglich durch ihre Religion von den Nachbarn innerhalb ihres Landes unterschieden.

Das sollte sich jedoch mit den Nazis schnell ändern. Da meine Mutter zur Jüdin, mein Vater zum «Arier» erklärt wurden, handelte es sich um eine «privilegierte Mischehe», das heisst, um eine Mischehe mit einem nichtjüdisch getauften Kind. Das «Privileg» meiner Mutter bestand darin, dass sie keinen Stern zu tragen brauchte und im Gegensatz zu den anderen Juden nicht die schlechte «Judenkarte» (ohne Milch, Fisch, Eier, Fleisch und Sonderzuteilung), sondern eine normale Lebensmittelkarte bekam. Allerdings musste sie diese Karte an einem bestimmten «Judentag» mit den anderen Juden des Bezirks auf der Kartenstelle abholen. Das Abholen war immer eine gefährliche Sache, denn später griff die Gestapo mitunter in einer Razzia auf einer dieser Kartenstellen zu.

Weitere «Privilegien» waren die erlaubte Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, wenn auch sehr eingeschränkt, und vor allem das Behaltendürfen des Telefons, das den Juden sonst fortgenommen wurde (einer der Gründe, weshalb unter ihnen ein verdeckter organisierter Widerstand schwer möglich war). Durch dieses Telefon konnte unsere Familie sofort erfahren, wenn im Bezirk eine Aktion der Gestapo gegen die Juden im Gange war und so wurde auch Ende Februar 1943 während der berühmten «Fabrik-Aktion» in Berlin nach einer telefonischen Warnung (Abholung einer Jüdin mit Kind, Ehemann rief bei uns an) die sofortige Flucht meiner Mutter und mir aus dem Hause ermöglicht. Eine riskante Flucht zur Schwiegermutter nach Westdeutschland, riskant, weil es für Juden verboten war, ihren Wohnort, in diesem Falle Berlin, zu verlassen. Bei einer Kontrolle mit folgender Deportation wären die heutigen Zeilen von mir nicht geschrieben worden.



Die anderen Ausnahmeregelungen für Juden betrafen jedoch meine Mutter voll und in beschränktem Umfang auch mich: Kein Kino, kein Theater, keine Badeanstalt, kein Café, keine «Bank im Tiergarten» sowie andere Bänke mit Aufschrift, kein Betreten der «Bannmeilen für Juden»: Zeitungsviertel, Regierungsviertel, Unter den Linden, Kudamm, Tauentzien, Gegend am Zoo. Es ist ja damals bis zum Verbot eines Kanarienvogels und der Armbinden für jüdische Blinde gegangen.

Dennoch sind wir benediet worden. Wegen meines Vaters, dessen Existenz und Verhalten das Entscheidende war. Berufliche Nachteile, Ächtung, Gestapobegegnung, Scheidungsdruck, Ingesamtdegradierung nahm mein Vater in Kauf; wichtig für ihn war nur Selbstbehauptung, Überlegen, Schutz geben. Standhalten also in jeder kritischen Situation. Es war jedoch trotzdem nur eine Frage derzeit, nicht bestimmbar, wann meine Mutter und ich an die Reihe kämen. Nicht nur nach jeder Deportation eines Verwandten, sondern vor allem nach der Beendigung der Massentransporte (Im Juni 1943 hatte Goebbels Berlin als «judenfrei» erklärt) stieg die Gefahr. Dass man die Absicht hatte, auch uns umzubringen, geht deutlich aus dem «Wannsee Protokoll» 1942 hervor, in dem es unter anderem heisst: «Mischlinge 1. Grades sind in Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage den Juden gleichgestellt.» Dass sich ein Kampf zwischen verbissenen Endlösern und Gemässigten um die Mischehen und Mischlinge entspann, und Goebbels die Entscheidung schliesslich «bis nach dem gewonnenen Krieg» vertagte, wusste keiner. Im übrigen konnte jede Gestapostelle nach eigenem Ermessen über Sein oder Nichtsein verfügen.

Nach den Nürnberger Gesetzen veränderte sich langsam unser Bekanntenkreis. Jetzt zeigte sich der Charakter der einzelnen unter unseren nichtjüdischen Freunden. Einige brachen die Verbindung ab, andere fanden immer neue Gründe, uns nicht mehr aufzusuchen, wenige dagegen hielten jetzt immer stärker zu uns. Im Tennisclub wurde

meinem Vater eröffnet, er möge doch in Zukunft bitte allein ohne seine jüdische Ehefrau kommen. Natürlich ging er daraufhin auch nicht mehr hin. Die Isolation begann langsam, aber noch hatten wir ja den jüdischen Verwandtenbesuch. Dass es aber mit uns «nicht stimmte», sah die ganze Strasse. Zu besonderen Feiertagen, insbesondere zu «Führers Geburtstag», war es Pflicht, Fahnen oder Hakenkreuzwimpel aus dem Fenster zu hängen, die es in jedem Papiergeschäft gab. Hierbei unterschieden sich die Leute in unserer Strasse von selbst. Die Nichtnazis begnügten sich mit dem Papierwimpel in DIN-A 5-Grösse im Blumenkasten ihres Balkons; die Nazis kauften teure Stoff-Fahnen bis zur Länge eines Bettlakens. Es gab Hakenkreuzfahnen in unserer Strasse, die eine ganze Etage herunterhingen! Wir selbst aber wurden nun dadurch bekannt, dass wir keine Fahne herabhängten und das war nur Juden verboten. Doch wir waren schon froh, dass uns daraufhin die Nazis der Strasse in Ruhe liessen, zumal wir ja auch den genannten jüdischen Besuch erhielten. Allerdings interessierten sie sich hintenherum für unsere Wohnung, was uns unangenehm war, denn wir hatten keinen Mieterschutz.

Kindheit im Schatten des Sperbers

Die Darstellung aus Kindersicht ist für mich schwierig. Ich weiss nur, dass sich die Angst meiner Eltern, die Angst vor dem Ungewissen und die Sorge meiner Mutter um ihre jüdischen Eltern auf mich übertrug. Da ich nicht genau informiert wurde, lebte ich grübelnd in dem Bewusstsein einer gewissen Gefahr. Kamen Gefährdete, hatte ich in mein Zimmer zu verschwinden. Dennoch bekam ich zu Mahlzeiten oder auf dem Zimmerflur flüsternde Gespräche mit. Ich wusste genau, dass sich unsere Familie in einer Ausnahmesituation befand und in einer Atmosphäre lebte, die nur als beklemmend bezeichnet werden kann. Was war der Grund für diese Verkrampfung? Wieso erhalten wir nur kurzzeitigen Besuch von immer denselben Leuten, die so leise reden, dass ich nie etwas verstehe? Warum schweigen meine Eltern so oft, wenn ich auftauche oder reden französisch miteinander mit dem Blick: «Vorsicht, das Kind hört zu»? Warum werde ich ständig ermahnt, die Treppe leise hinunterzugehen, freundlich zu den Erwachsenen zu sein und in keiner Weise unangenehm aufzufallen? Es lag ja im Sicherheitsbedürfnis meiner Eltern, hier nicht irgendwie aufzufallen. Auch wollten sie nicht, dass ich in ihrer Abwesenheit ans Radio ging, nachdem sie einmal Mühe hatten, mir die vier Takte vom Londoner Pausenzeichen wiederauszutreiben. Ich registrierte jedoch die Woldecke auf dem Radio und die grosse aufgeschlagene Landkarte, auf der mein Vater die Fronten einzeichnete. Die grünen Schraffierungen (Russland) wurden damals immer mehr und mehr... Ich wusste ja damals nicht, dass diese BBC-Frontberichte das einzige waren, an das sie sich klammern konnten, und fast lebenserhaltend auf meine Mutterwirkten, nachdem man ihre Eltern deportiert hatte und sie glaubte, sie würde es bei den Erfolgen der Nazis (Gross-

deutscher Rundfunk) nicht mehr überleben.

Mein Vater versuchte, ihr zu verschweigen, dass der gleiche Londoner Rundfunk Ende 1942 auch über die Vergasung der Juden berichtete. «Wir schaffen es!» war ihr gegenüber seine Devise. Diese sich ständig steigende Beklemmung in unserer Familie führte schliesslich bei mir zu Stottern und damit zu Schwierigkeiten in der Schule, was erst nach dem Kriege überwunden werden konnte. Natürlich hatte ich auch eigene Kindererlebnisse, wie zum Beispiel die Bitte meiner Freundin, sie nicht mehr zu Hause zu besuchen, ihre Mutter habe gesagt, ich hätte eine «jüdische Nase». Auch wurde ich dann aus dem BdM (Bund deutscher Mädel) entlassen und habe auch Bemerkungen anderer Kinder gegenüber der «Jüdischen» gehört, so dass ich im wesentlichen ahnte, um was es hier ging. Mein Lebens-Rhythmus verän-



Abb. 43 Die zwölfjährige Vera.

derte sich erst, nachdem mein Vater erneut Soldat geworden war und meine Mutter Zwangsarbeit in einer Sackfabrik leisten musste. Sie war nun täglich bis zu 14 Stunden ausser Haus und ich selbst ausserhalb der Schule allein, zumal damals bereits meine Grosseltern deportiert worden waren, bei denen ich oft zu Mittag gegessen hatte, und die nur fünf Minuten von uns gewohnt hatten.

Diese jüdischen Grosseltern sind mir in einprägsamer Erinnerung geblieben. Ich hatte damals, ohne die näheren Umstände zu erkennen, vielleicht nur zu ahnen, aus der Sicht einer Neun- bis Zehnjährigen ihre Angst und ihre Sorgen bis zur Deportation zum Teil miterlebt. Sie lebten völlig isoliert von den Nachbarn, vor denen sie Angst hatten. (Heute kenne ich die Gründe der Angst: Mein Grossvater versuchte, so lange es ging, als Jude seine kleine pharmazeutische Zulieferfirma, seine Existenzgrundlage, in der Wohnung aufrecht zu erhalten,

und das durfte niemand wissen. Fragen der Nachbarn konnten Denunziation bedeuten; er wäre dann noch eher «abgeholt» worden.)

Wegen der Nachbarn benutzten wir damals die Hintertreppe, den sogenannten «Dienstbotenaufgang», bei dem man oben direkt in der Küche stand. Diese Hintertreppe führte auch direkt zum Hof, auf dem wir, wenn überhaupt, spazierengingen. Ich kann mich darauf besinnen, dass meine Grosseltern mich immer wieder auf die schönen Gräser im Hof an der Begrenzungsmauer aufmerksam machten, bis ich den winzigen Hof mit der Teppichstange schliesslich schön fand. Heute wirkt der Hof natürlich anders auf mich, wie ein Gefängnishof, auf dem meine ängstlichen Grosseltern ihre Runde machten und der Grund für das Nichtbetreten der Strasse war der Stern, den sie psychisch nicht verkraften konnten. Aber das habe ich erst später erfahren.

Befreiung statt «Zusammenbruch»

In Berlin erlebten wir dann die Befreiungstage, die grössten Glückstage damals. Neben der Rettung war nun mit einem Schlage auch unsere Ausnahmesituation vorbei. Zum ersten Male waren wir gleichberechtigt mit allen anderen! Wir waren sogar im Vorteil gegenüber den übrigen, denn wir erlebten eine Befreiung, keinen Zusammenbruch. Wir klagten nicht über die Trümmer, kaum über die Russenbesetzung oder das spärliche Essen, das nun alle gemeinsam traf; wir waren von einem echten Neuanfang durchdrungen; für uns begann nun die bessere Zeit, und dabei wollten wir mithelfen, beim Wiederaufbau dabei sein. Ich bin damals zu den Gulaschkanonen (Feldküchen) der Russen gelaufen und habe dadurch zusätzliche Nahrung für uns besorgt. Wir vergassen die ersten unangenehmen Wochen der Besetzung, beobachteten aber das Entstehen einer neuen Ordnung und später des ersten Magistrats. Es geschah der erste Neudruck von Lebensmittelkarten; es entstanden die ersten «Tauschstellen» für Bekleidung; sogar eine Verkehrsregelung auf den Strassen pendelte sich wieder ein. Auf freiem Gelände fand dann auch bald der erste Unterricht statt, und ich wusste, dass ich ja auch verspätet die Oberschule besuchen durfte. Als «Mischling» (Bastard) war mir das ja verwehrt gewesen. Auch an dem Enttrümmern wurde ich durch Aufbaukarten beteiligt. Die «Aufbaueinsätze» fanden damals abends unter Radiomusik statt, nachdem die beruflichen Trümmerfrauen das Feld geräumt hatten. Und so brach dann die neue Zeit an ...

Nachbemerkung 1987

Dies ist die Überarbeitung eines von mir 1983 verfassten Berichts. Neues ist hinzugekommen. Spurensuche. Warum sind nur zwei meiner Verwandten aus Deutschland herausgekommen? Sie haben es doch alle versucht. Erzählungen von Überlebenden haben mir dabei geholfen. Alle Ausreiserversuche, meist von Beginn an angestrebt, waren immer wieder zerschlagen worden. Das feh-

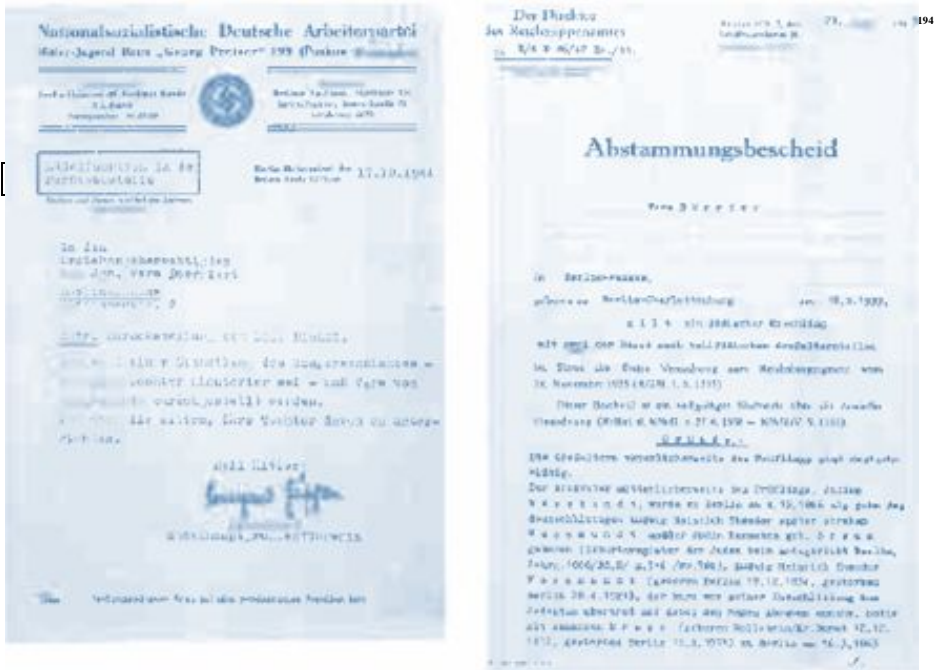


Abb. 44 Vera wird als «Nichtarierin» aus dem BDM ausgeschlossen.



Abb. 46 Familienfoto 1938: links die Grossmutter, in der Mitte der Grossvater, darunter die Urgrossmutter von Vera. Die Grosseltern starben 1943 im KZ Theresienstadt.

lende Geld für die Schiffsüberfahrten oder als «Vorzeigegeld», der fehlende gewünschte Beruf, die immer niedriger werdenden «Einwanderungsquoten» der Länder, die jetzt mit einem nicht endenwollenden Strom mittelloser Menschen überflutet worden waren, der Ausbruch des Krieges und vor allem das «J» in den Reisepässen Anfang 1939 setzten schliesslich allen Hoffnungen der Älteren, doch noch ihre «Heimat» verlassen zu können, ein Ende. Aber erst 1941, als niemand mehr herauskonnte, ging es ums Leben. Da erst begannen die Deportationen. Meine Grosseltern starben in Theresienstadt, mein Onkel ist in Auschwitz geblieben. Im März 1986 bin ich seinen Spuren nachgegangen. Im Archiv von Auschwitz habe ich seinen Namen auf einer Deportationsliste gefunden und vor den Trümmern des Krematorium II, in dem er vergast wurde, ge-

standen. Hinter dem Krematorium der «Asche-See», in dem er jetzt ruht. Nicht einmal sein Koffer ist übriggeblieben. Vielleicht die Schuhe oder die Zahnbürste in einer der vielen Vitrinen. Und meine Erinnerung an ihn. Die Toten unter der von Gras überwachsenen endlosen Weite von Birkenau haben mich angegriffen: Wieso lebst Du? Ich bin übriggeblieben. Die Toten fordern: «Verkünde!» Ich fühle mich verantwortlich: «Ja, ich will es versuchen...»

Das Öffentlichmachen meiner Kindheitserinnerungen in der Schöneberger Ausstellung 1983 und dieser Bericht, den ich damals schrieb, waren ein Anfang. Bei Führungen von Schulklassen durch die Ausstellung merkte ich, wie wichtig es ist, jungen Menschen über diese Zeit gerade auch aus der Sicht eines Kindes, einer Familie zu berichten, damit nicht abstrakte Zahlen aus Deportationslisten und Listen von Ermordeten in den Gaskammern der KZs das Leiden so unfassbar machen, dass es nur weggedrängt werden kann.

1. Behandlung der Mischlinge 1. Grades

Mischlinge 1. Grades sind im Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage den Juden gleichgestellt. Von dieser Behandlung werden ausgenommen:

- Mischlinge 1. Grades verheiratet mit Deutschblütigen, aus deren Ehe Kinder (Mischlinge 2. Grades) hervorgegangen sind. Diese Mischlinge 2. Grades sind im wesentlichen den Deutschen gleichgestellt.
- Mischlinge 1. Grades, für die von den höchsten Instanzen der Partei und des Staates bisher auf irgendwelchen Gebieten (Lebens) Ausnahmegenehmigungen erteilt worden sind. Jeder Einzelfall muss überprüft werden, wobei nicht ausgeschlossen wird, dass die Entscheidung nochmals zuungunsten des Mischlings ausfällt.

Voraussetzung einer Ausnahmegenehmigung müssen stets grundsätzliche Verdienste des in Frage stehenden Mischlings selbst sein. (Nicht Verdienste des deutschblütigen Eltern- oder Ehepartners)

Der von der Evakuierung auszunehmende Mischling 1. Grades wird, um jede Nachkommenschaft zu verhindern und das Mischlingsproblem endgültig zu bereinigen, sterilisiert. Die Sterilisation erfolgt freiwillig. Sie ist aber Voraussetzung für das Verbleiben im Reich. Der sterilisierte «Mischling» ist in der Folgezeit von allen einengenden Bestimmungen, denen er bislang unterworfen ist, befreit.

2. Behandlung der Mischlinge 2. Grades

Die Mischlinge 2. Grades werden grundsätzlich den Deutschblütigen zugeschlagen, mit Ausnahme folgender Fälle, in denen Mischlinge 2. Grades den Juden gleichgestellt werden:

- Herkunft des Mischlings 2. Grades aus einer Bastardehe (beide Teile Mischlinge).
- Rassisch besonders ungünstiges Erscheinungsbild des Mischlings 2. Grades, das ihn schon äusserlich zu den Juden rechnet.
- Besonders schlechte polizeiliche und politische Beurteilung des Mischlings 2. Grades, die erkennen lässt, dass er sich wie ein Jude fühlt und benimmt.

Auch in diesen Fällen sollen aber dann Ausnahmen gemacht werden, wenn der Mischling 2. Grades deutschblütig verheiratet ist.

3. Ehen zwischen Volljuden und Deutschblütigen

Von Einzelfall zu Einzelfall muss hier unterschieden werden, ob der jüdische Teil evakuiert wird, oder ob er unter Berücksichtigung auf die Auswirkungen einer solchen Massnahme auf die deutschblütigen Verwandten dieser Mischehe einem Altersghetto überstellt wird.

4. Ehen zwischen Mischlingen 1. Grades und Deutschblütigen

- Ohne Kinder:
Sind aus der Ehe keine Kinder hervorgegangen, wird der Mischling 1. Grades evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt. (Gleiche Behandlung wie bei Ehen zwischen Volljuden und Deutschblütigen, Punkt 3)
- Mit Kindern:
Sind Kinder aus der Ehe hervorgegangen (Mischlinge 2. Grades), werden sie, wenn sie den Juden gleichgestellt werden, zusammen mit dem Mischling 1. Grades evakuiert, bzw. einem Ghetto überstellt. Soweit diese Kinder Deutschblütigen gleichgestellt werden (Regelfälle), sind sie von der Evakuierung auszunehmen und damit auch der Mischling 1. Grades.

5. Ehen zwischen Mischlingen 1. Grades und Mischlingen 1. Grades oder Juden

Bei diesen Ehen (einschl. der Kinder) werden alle Teile wie Juden behandelt und daher evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt.

6. Ehen zwischen Mischlingen 1. Grades und Mischlingen 2. Grades

Beide Ehepartner werden ohne Rücksicht darauf, ob Kinder vorhanden sind oder nicht, evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt, da etwaige Kinder rassenmässig in der Regel einen stärkeren jüdischen Bluteinschlag ausweisen als die jüdischen Mischlinge 2. Grades.

SS-Gruppenführer Hofmann steht auf dem Standpunkt, dass von der Sterilisierung weitgehend Gebrauch gemacht werden muss, zumal der Mischling, vor die Wahl gestellt, ob er evakuiert oder sterilisiert werden soll, sich lieber der Sterilisation unterziehen würde.

(Auszug aus dem «Wannsee-Protokoll» vom 20.1.1942, aus Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, 1982)

Der 1. April 1933: Boykott jüdischer Geschäfte

VERONIKA LIEBAU

Eine der ersten Aktionen im Jahr 1933 gegen die jüdische Bevölkerung richtete sich speziell gegen die Gewerbetreibenden unter ihnen. Als erzwungene Abwehrmassnahme gegen angebliche «marxistisch-jüdische Greuelpropaganda» deklariert, die emigrierte Juden aus dem Ausland gegen den Nationalsozialismus lancieren würden, wurde die Bevölkerung für den 1. April, einem Sonntagabend, dazu aufgerufen, ab 10 Uhr morgens jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte zu boykottieren. Einzelaktionen, wie Demonstrationen vor einzelnen Geschäften, hatte es bereits vorher gegeben (siehe dazu: Liebau, V./Edel, O., u.a., Handel und Gewerbe, hrsg. vom Bezirksamt Berlin-Schöneberg, 1987)

Leere Geschäfte im Westen.

In der Tauentzienstraße entsteht plötzlich ein Tumult. Ein jüdischer Kaufmann, der sich absäglich über die Maßnahmen der nationalen Regierung in lauter und unverhämter Form äußerte, wurde von dem Publikum gefolgt und der Polizei übergeben. Ebenso erging es einer elegant gekleideten Jählin, die sich über die SA mokieren wollte. Das Gedränge auf der Tauentzienstraße, dem „Bummel“ des WW, wurde immer härter. Niemand wagt es mehr, ein jüdisches Geschäft zu betreten, einen jüdischen Rechtsanwalt oder Arzt aufsuchen.

Berliner Lokalanzeiger, 1.4.1933

Abb. 47 Neben den Geschäften der Berliner Innenstadt waren besonders betroffen die Konfektionshäuser, Cafés und Einzelhandelsgeschäfte des «Neuen Westens»: die Tauentzienstrasse mit ihren Nebenstrassen und der angrenzende Kurfürstendamm.



Abb. 48 Die Vorbereitung und Durchführung des Boykotts lag im wesentlichen in den Händen der SA und SS.





Abb. 49 Der Polizeipräsident teilt mit: «Der von der NSDAP für Sonnabend über die jüdischen Geschäfte verhängte Boykott ist in völliger Ruhe und Ordnung durchgeführt worden. Der Tag ist ohne jeden nennenswerten Zwischenfall verlaufen.» Mitteilung im Berliner Lokalanzeiger vom 2.4.1933

Abb. 50 Neben Klebekolonnen stellten die SA und SS auch Posten, die die Kundschaft vor dem Einkauf in den betreffenden Geschäften «warnen» sollten oder die Kaufwillige fotografierten.

Judenverfolgung im Spiegel der Schöneberger Polizeiberichte von 1941-1945

SIEGFRIED HEIMANN

Der «Alltag» der Menschen während der Nazizeit ist in den letzten Jahren immer häufiger ins Blickfeld der historischen Forschung geraten, es stellte sich allerdings sehr schnell heraus, wie schwierig es ist, den «Alltag» zu rekonstruieren. Auch die Befragung von «Zeitzeugen» kann nur teilweise aus der Schwierigkeit heraushelfen, schriftliche Quellen aber, die über das tägliche Leben Auskunft geben, sind nur spärlich zu finden.

Zu diesen schriftlichen Quellen, die über Alltagssituationen in Schöneberg während des Krieges exemplarische Auskunft geben, gehören die Tätigkeitsbücher von drei Schöneberger Polizeirevieren, des Reviers 171 in der Rubensstrasse 103, des Reviers 174 in der Hohenstaufenstrasse 49 und – besonders umfangreich – des Reviers 173 in der Gothaer Strasse 19 (Landesarchiv Acc 1124). Anders als in den «Geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes» oder in den «Monatlichen Lageberichten der Gestapostellen», in denen die «staatspolitisch» bedeutsamen Regungen in der deutschen Bevölkerung registriert wurden, enthalten die Tätigkeitsbücher die kleinen und grossen Ereignisse in einem Berliner Kiez während des Krieges aus der Sicht des Schutzmanns an der Ecke, der gehalten war, Tag für Tag und streng nach Vorschrift seine dienstlichen Eintragungen zu machen. Gerade die Akribie, mit der alles und jeder notiert wurde, macht deutlich, wie der NS-Staat als «Doppelstaat» funktionierte, wie die Mischung aus Banalität und Verbrechen den Mitläufern das Mitlauten erleichterte. Die sogenannte «Rechtsstaatlichkeit» des Unrechtsstaates, die so vielen während des NS-Regimes die Möglichkeit bot, die Augen zuzumachen, weil ja offenbar «alles seine Ordnung» hatte, springt bei der Lektüre der Tätigkeitsbücher besonders ins Auge.

Der Krieg wurde von einem Teil der Berliner zunächst – und nach den sogenannten Blitzsiegen kaum verwunderlich – nicht so recht ernst genommen. Noch 1941/42 gibt es zahlreiche Eintragungen in den Tätigkeitsbüchern, die einen Verstoss gegen das Verdunklungsverbot anzeigen. Zu Beginn des Jahres 1943 – am 16. Januar 1943 erlebte Berlin die erste Flächenbombardierung mit rund 200 Flugzeugen – werden diese Verstösse nur noch selten registriert, die Berliner hatten am eigenen Leibe erfahren müssen, dass es ernst geworden war. Dafür häuften sich Anzeigen wegen «verbotenen Fotografierens von Schadensstellen», diese Folgen des Angriffskrieges sollten soweit wie möglich kaschiert werden.

Anzeichen von Opposition werden auch in Schöneberg erkennbar, «slawische Hetzschriften» werden mit der Post versandt und von pflichtbewussten Bürgern aus der Martin-Luther-Strasse

auf dem Polizeirevier abgegeben, bei Aufräumarbeiten nach einer Bombennacht wird im Keller eines Hauses in der Grunewaldstrasse «kommunistisches Propagandamaterial» gefunden, in einer Telefonzelle am Rudolph-Wilde-Platz (heute: Kennedy-Platz) werden Handzettel mit der Aufschrift: «Schlagt Hitler und Bonzen tot, bringt Luftangriffe zu Ende» gefunden. Die Schutzpolizei muss Hilfestellung leisten, wenn – ab 1943 häufiger – deutsche Rüstungsarbeiterinnen wegen «Arbeitsverweigerung» angezeigt und bei der Gestapo oder vor Gericht «vorgeführt» werden.

Ausländische Arbeiter in Schöneberg

Fast alltäglich werden in den Tätigkeitsberichten Eintragungen gemacht, die über das elende Schicksal der vielen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter Auskunft geben, auch darüber, wie verschieden ihre «Rechte» waren:

Beginn des Jahres 1945 – wird aus den Eintragungen in den Tätigkeitsbüchern ablesbar, dass der «Glaube an den Endsieg» erschüttert ist: Immer häufiger werden in den Trümmergrundstücken Uniformen gefunden und auf dem Polizeirevier abgegeben, desertierte Soldaten und Offiziere werden nach Denunziationen der Hausbewohner in Wohnungen von der Schutzpolizei festgenommen und der Wehrmacht oder der SS übergeben, im April 1945 schliesslich häufen sich Selbstmorde von Wehrmachts- oder SS-Offizieren.

Judenverfolgung

Eine besondere Art von «Alltag» im NS-Staat aber dokumentieren die Eintragungen in den Tätigkeitsbüchern über die «Judenverfolgungen». Beispiele aus dem Jahre 1943 sollen belegen, was nur schwer beschrieben werden kann: Zu Beginn des Jahres 1943 verschlimmerte sich die Situa-

Am 11. März 1943			
Nr.	Bezeichnung der Angelegenheit	Was ist darauf veranlaßt?	Wann und durch wen abgegeben?
209	Jüdinnen ohne Stern. Am 10.3.43, gegen 16 ¹⁵ Uhr, wurde das Revier fernmündlich benachrichtigt, dass in der Wohnung der Frau v. Blü-Schöneberg, Landwehrstr. 25, die Jüdinnen Toni Sara Langzoner, 2.1.1904 in Berlin geboren, Blü-Wilmersdorf, Babelsberger Str. 52, 4 Mayer wohnt, mit deren Tochter Jeanette Sara Langzoner 24.12.30 in Berlin geboren, sich aufhalten (Anrufer war Frau J. ...). Beide Jüdinnen wurden dem Revier zugeführt und gegen 18 ⁰⁰ Uhr in das Judenlager, Grosse Hamburger Str. 26 eingeliefert.	Leicht am Kopf gefesselt sind abgeführt. Parker.	11.3.43, H.

«Protektoratsangehörige» wohnten oft privat zur Untermiete, angeworbene «Fremdarbeiter» reisten relativ selbständig im Lande umher, Kriegsgefangene aus Frankreich und Belgien wurden beim Schwarzhandel denunziert und verhaftet, d.h. sie hatten noch etwas zu verkaufen, russische Kriegsgefangene und «Ostarbeiter» dagegen wegen «Bettelei» festgenommen, da ihre Versorgung am schlechtesten war. Nicht selten erfolgen Anzeigen wegen verbotenen Umgangs deutscher Frauen mit «Fremdarbeitern», häufiger aber sind Denunziationen ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter, so etwa, wenn eine Frau Dr. K. aus der Badenschen Strasse ihre russische Hausgehilfin wegen «Arbeitsverweigerung» denunziert und für ihre Einlieferung bei der Gestapo Sorge trägt. (Vgl. Kap. 6: Fremdarbeiterlager in Schöneberg) Erst gegen Ende des Krieges – zu

Abb. 51 Die Eintragung in das Polizeitätigkeitsbuch vom 10.3.1943 beschreibt den Fall einer Denunziation mit wahrscheinlich tödlicher Folge.

tion für die noch «legal» in Berlin wohnenden, aber auch für die bereits «untergetauchten» Juden. Die Stadt sollte nach dem Willen des Gauleiters Goebbels «judenrein» werden. Ende Februar 1943 kam es zu Verhaftungen an den Arbeitsplätzen und in den Wohnungen, zu Razzien auf Strassen und Plätzen. Die festgenommenen Juden werden deportiert. Viele Juden werden von ihren Nachbarn und Hausbewohnern denunziert, nicht wenige Juden verüben Selbstmord. Die freiwerdenden Wohnungen werden versiegelt oder «verdienten» Nazis überlassen. Die Eintragungen im Tätigkeitsbuch des Polizeireviers 173 in Berlin-

Am 6. März 1943

Nr.	Bezeichnung der Angelegenheit	Was ist darauf veranlagt?	Wann und durch wen abgegeben?
1943	Sachverhalte eines Nachlasses		
	Am 5.3.43 gegen 21.00 Uhr erschienen	Springer mit	8.3.43
	zwei Mannschaften auf Hof, 4.10.36 geb.	Muffelmann	Nr.
 geb.	Springer mit	
	Haus Nr. 19, 10.04.1904 geboren	Immergold	
	Arthur Eisenberg, Selbsterlöser	Wostgenpfeiffer	
	Lehrer an der Volkshochschule	Wostgenpfeiffer	
	Die Lehramter sind 3 Kinder	Wostgenpfeiffer	
	Arthur Wolf, 5.7.82 geboren	Wostgenpfeiffer	
	Loris Wolf, 27.2.39 geboren	Springer mit	8.3.43
	Ursula Wolf, 3.4.42 geboren	Wostgenpfeiffer	
	mit in den Tat. Angehörige	Springer mit	
	nicht ermittelt worden	Springer mit	
	Der Inhalt der	Springer mit	

Berlin-Schöneberg, 1943

Eintragung

Am 8.3.1943 wurde dem Amtspolizei-Schöneberg, aus dem Nachlass der Familie Fritz Wolf, 14.10.06 Gross-Strasbe geb. und Hedwig Sara Wolf, geb. Hirschfeld, 19.10.09 Schöneberg geb., nebst den drei Kindern, Ruth, Boris u. Ursula; Bln.-Schöneberg, Alsburyer Str. 8 wohnhaft gestanden, folgende Gegenstände u. Geld abgegeben:

RM.17.13 (in Worten: Reichsmark sieben und 13 Pf.)

- eine goldene Herrenuhr mit Kette,
- eine Silberuhr,
- eine silb. Damen-Armbanduhr,
- eine Damen-Armbanduhr „Bros.“,
- wier Broschen,
- drei Ohrringe,
- eine Silberkette,
- ein gold. Ring.

Am 8.3.1943
Polizei
Hofstr. 12

Abb. 52 Von der Deportation bedroht, flüchtet eine ganze Familie in den Freitod. Eintragung im Polizeitätigkeitsbuch vom 8.3.1943.

Schöneberg dokumentieren die Judenverfolgung in der menschenverachtenden Sprache der den ordentlichen Ablauf der Verbrechen garantierenden Bürokratie. Eine Anzeige wegen eines unbeleuchteten Leitergerüsts nimmt in den Tätigkeitsbüchern ebensoviel Raum ein wie die Festnahme von Juden aufgrund einer Denunziation: Am 6. März 1943 sind folgende Eintragungen im Tätigkeitsbuch des Polizeireviers 173 zu lesen:

«Nr. 105/106 – Festnahme und Einlieferung von Juden
 Am 5.2.43, gegen 17.00 Uhr erschien auf dem Revier der Hauswirt des Hauses Eisenacher Str. 80, Arthur..., wohnhaft Berlin-Schöneberg, Eisenacher Str. 81, und erklärte, dass laut eines fern-

mündlichen Gespräches mit der Stapo nachstehende Juden festzunehmen und der Stapo eingeliefert werden sollen. Es handelt sich um das Judenthepaar Harry Israel Rosenthal, 24.5.02 in Rossberg geboren, und seine Ehefrau Lina Sara Rosenthal, geb. Fichauer, 5.1.14 in Breslau geboren, sowie der Jüdin Paula Sara Fichauer, geb. Cohn, 8.2.81 in Wolfenbüttel geboren, die gemeinsam als Untermieter bei dem Juden Fritz Israel Samulon, 30.6.92 in Berlin geboren, wohnhaft Berlin-Schöneberg, Eisenacher Str. 80, der seit einigen Tagen die Wohnung mit Selbstmordabsichten verlassen haben soll, wohnen. Nach fernmündlicher Rücksprache bei der Stapo, bestätigte der SS-Reservist H, dass die Festnahme der Juden auf Anordnung des Kommissars S., Stapo IV D 1, erfolgen solle. Am 6.2.43, gegen 06.50 Uhr wurden die oben genannten Juden in ihrer Wohnung Berlin-Schöneberg, Eisenacher

Str. 80, durch Owm.d.Sch.d.Res. und mich festgenommen, und dem Revier zwecks Einlieferung mittels Gefangentransportwagen zugeführt.»

«Nr. 107 – Unbeleuchtetes und vermutlich baufälliges Leitergerüst
 Vor dem Hause Apostel-Paulus-Str. 40 in Schöneberg steht seit längerer Zeit ein Baugerüst, ohne dass an dem Haus gearbeitet wird. Dieses Gerüst steht des Nachts ohne Beleuchtung. Auf Rückfrage bei der Hauswartin T, Berlin-Schöneberg, Apostel-Paulus-Str. 40 wohnhaft, sollen die Beleuchtungskörper des öfteren gestohlen worden sein. Auch sollen, nachdem eine elektrische Beleuchtung angebracht worden war, die Zuleitungskabel davon gestohlen worden sein. Da das Gerüst in seinem jetzigen unbeleuchteten Zustand eine Gefahrenquelle für den Fussgängerverkehr bildet, wurde der Gerüstbauer und Bauunternehmer B., (Tel. 719233), Berlin-Schöneberg, Gotestr. 63, aufgefordert, die unteren Holme der Leitern mit Leuchtfarbe anstreichen zu lassen. Durch die Hauswartin T. wurde mir bekannt, dass das Baugerüst schon seit ungefähr drei Jahren vor dem Hause stehe. Die einzelnen Leitern und Bretter des Gerüsts sind zum grossen Teil mit Stricken miteinander verbunden. Da die Gefahr besteht, dass diese Stricke sich im Laufe der Jahre gelöst haben oder verwittert sind, ist es notwendig, das Gerüst auf seine Festigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu entfernen.»

Statistik des Holocaust

Im Jahre 1943 waren die meisten der 78.000 Juden, die 1939 noch in Berlin gelebt hatten, bereits deportiert und ermordet, zu Beginn des Jahres 1943 lebten noch 27.000 Juden in Berlin, die meisten von ihnen arbeiteten in der Rüstungsindustrie, nach der von Goebbels inszenierten «Märzaktion» waren es schliesslich am 30.6.1943 nur noch 6.700 Juden. (Steinerne Zeugen, 1983) Die meisten Eintragungen in den Tätigkeitsbüchern der Schöneberger Polizeireviere registrieren deshalb im Jahre 1943 vor allem das «Öffnen und Schliessen» von sog. Judenwohnungen, also versiegelten Wohnungen, in denen Juden gewohnt hatten, die bereits deportiert wurden. Die Wohnungen werden unter der Aufsicht eines Polizeiwachtmeisters geöffnet, weil ein «Fenster klappte», ein Rohrbruch zu beseitigen war oder weil – immer häufiger – die Wohnung von Wohnungssuchenden Nazis besichtigt werden soll.

Zumindest im Bayerischen Viertel von Schöneberg gab es in jedem dritten oder vierten Haus in fast jeder Strasse solche Wohnungen, es kann keine Frage sein, dass in diesem Viertel die nicht-jüdischen Bewohner Tag für Tag sehen konnten, wie ihre Mitbewohner «sonder»-behandelt wurden. Und die Tätigkeitsbücher enthalten immer wieder Belege dafür, dass die Hausbewohner nicht nur zusahen, sondern auch die wenigen Juden, die noch «legal» oder untergetaucht als «U-Boote» im Kiez wohnten, denunzierten und so die Deportationen und die Ermordung im KZ mitverursachten.

Abb. 53 Blick auf den Bayerischen Platz, 1925

Das Bayerische Viertel – die «Jüdische Schweiz»: Etappen eines Vernichtungs- prozesses

BIRGIT MENZEL, WALTER SÜSS

Vorbemerkung

Wer dieses Quartier und seine Bewohner etwas kennenlernt, stellt bald fest, dass es – anders als zum Beispiel in Kreuzberg oder selbst im Norden Schönebergs – schwer ist, länger in dieser Gegend ansässige Bewohner zu finden. Da wir selbst seit relativ kurzer Zeit hier leben, war es ein Motiv unserer Arbeit, den geschichtlichen Boden, auf dem wir stehen, zu erkunden. Versucht man dieses mit Hilfe der ausführlichsten Darstellung der Schöneberger Geschichte (Winz, 1964) zu erklären, so scheint der Grund fast auf der Hand zu liegen: Das Bayerische Viertel gehört zu den Wohngebieten in Berlin, die im Zweiten Weltkrieg am schwersten durch Bombenangriffe zerstört wurden. Dass diese Erklärung jedoch nicht ausreicht, zeigt das Beispiel einer anderen Wohngegend: die Siedlung Lindenhof. Dort kehrten viele Bewohner im Zuge des Wiederaufbaus in ihre Gegend und in die vertrauten sozialen Zusammenhänge zurück.

Jene Menschen, die vor dem Krieg das Bayerische Viertel bewohnt hatten, konnten zu einem grossen Teil nicht zurückkehren. Sie waren einem Vernichtungsprozess zum Opfer gefallen, der tiefgreifender und grauenerregender war als alles, was Berlin jemals an Bombennächten erlebt hat. Davon zeugt heute im Viertel nur noch ein recht unauffällig platzierter Gedenkstein in der Münchener Strasse an der Stelle, wo bis 1956 die jüdische Synagoge stand. (Vgl. in diesem Kapitel: Spaziergang in die jüdische Geschichte u. Synagogen in Schöneberg). Bei den «alten Schönebergern», die wir getroffen haben, ist die Erinnerung daran, dass dies früher eine «jüdische Gegend» war, durchaus noch lebendig. Aber so wie fast alle damals weggeschaut haben, als die Juden und diejenigen, die dazu gemacht worden waren, deportiert wurden, so erinnert man sich auch heute noch an diese Menschen wie an Fremde, mit denen eventuelle Kontakte schon früher abgebrochen wurden und die in einer Zeit allgemeiner Wirren und Angst plötzlich verschwunden sind. Da es nur vereinzelt gelang, Zeugen für die Geschichte des Bayerischen Viertels im Nationalsozialismus zu finden, die uns aus eigener Anschauung berichten konnten und wollten, waren wir darauf angewiesen, uns auch anderer Überlieferungsformen von Geschichte zu bedienen; dazu gehören z.B. die Fotosammlung des Kunstamtes Schöneberg, die Verwaltungsbücherei des Abgeordnetenhauses, das Landesarchiv Berlin und verschiedene Bibliotheken. Unser Dank gilt Frau Vera Breitwieser, die uns auf das Schicksal ihres Onkels Alfred Wolff aufmerksam machte.

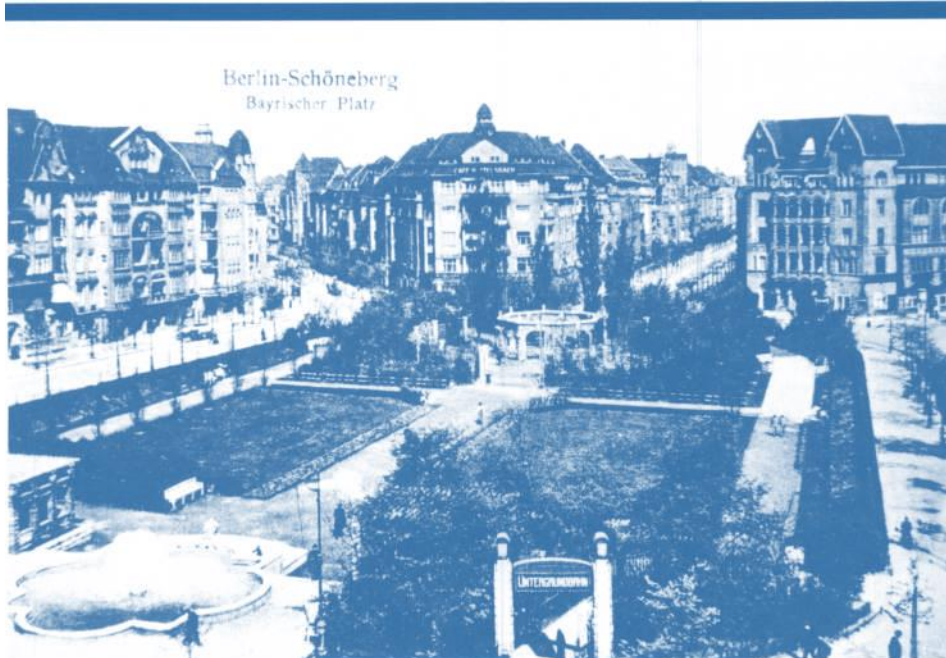


Abb. 54 Der von Kriegstrümmern freigeräumte Platz, 1949

Das Bayerische Viertel – die «jüdische Schweiz»

Seit Anfang des Jahrhunderts war das Bayerische Viertel ein «Stadtteil für bessere Wohnungen». Sehr viele Bewohner kamen aus dem Kreis der bessergestellten Mittelschicht. In dieser Schicht – Kaufleute, Beamte, Akademiker – aber war (mit Ausnahme der Beamten) der Anteil von Bürgern, die entweder selbst der jüdischen Gemeinde angehörten oder die aus jüdischen Familien kamen, besonders hoch. So waren zum Beispiel noch 1934 über 50% der Kassenärzte in Berlin Mitglieder der jüdischen Gemeinde. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass im Bayerischen Viertel (ähnlich wie in den Seitenstrassen des Kudamm's) besonders viele Bürger jüdischen Glaubens lebten, daher der Beiname «Jüdische Schweiz».

Den genauen Anteil dieser Religionsgruppe an der Bevölkerung des Bayerischen Viertels wissen

wir nicht, da es dafür keine Unterlagen gibt (das Bayerische Viertel ist keine Verwaltungseinheit, die statistisch erfasst worden wäre). Wir kennen aber die Zahlen für Schöneberg. Anfang 1933 waren 16.000 oder 7,4% aller Schöneberger jüdischen Glaubens. Dieser Prozentsatz lag erheblich über dem Anteil der Juden an der Berliner Gesamtbevölkerung – 4%. (Von den Bürgern des gesamten Deutschen Reiches waren damals weniger als 1% jüdischen Glaubens.) Sehr viele von den 16.000 jüdischen Schönebergern werden im Bayerischen Viertel gewohnt haben.

Wer ist «Jude»?

Bei unseren Nachforschungen, bei der Befragung von Opfern der nationalsozialistischen Diktatur, sind wir meist auf Menschen gestossen, die vor 1933 nur noch eine sehr lose oder gar keine Verbindung zur jüdischen Gemeinde mehr hatten. Erst die Verfolgungsmassnahmen erinnerten sie daran, dass sie vielleicht jüdische Grosseltern hatten oder selbst als Kinder am Gemeindeleben teilgenommen hatten. Wäre es nicht zum staatlich

organisierten Antisemitismus gekommen, so wäre diese «jüdische Vergangenheit» für sie ohne grosse Bedeutung geblieben.

Dieser Eindruck ist in gewisser Hinsicht sowohl für das deutsche Judentum wie für die «Jüdische Schweiz» charakteristisch: Obwohl es vor 1933 bei den rechten Parteien (z.B. bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei) einen massiven Antisemitismus gab, war die rechtliche Gleichstellung der Bürger jüdischen Glaubens in der Weimarer Republik eine von niemandem – ausser den Nationalsozialisten – in Frage gestellte Errungenschaft. Mit der Verminderung des Drucks von aussen aber hatte sich auch der Zusammenhalt der Gemeinde geschwächt. Der seit der «Juden-Emanzipation» im 19. Jahrhundert mögliche soziale Aufstieg schuf neue gesellschaftliche Bindungen und Interessen. Die Integration in eine vorwiegend christliche oder schlicht ungläubige Gesellschaft erwies sich bei vielen als stärker denn die früheren religiösen und kulturellen Bindungen.

Gerade bei der Bevölkerungsschicht des Bayerischen Viertels, dem «oberen Mittelstand», war dieser Prozess besonders weit fortgeschritten. Ein Indiz dafür ist, dass 1926 – als in Schöneberg nach der amtlichen Statistik über 16.000 Bürger «israelischen Glaubens» lebten – der jüdisch-traditionelle «Synagogenverein Schöneberg», der damals die Synagoge in der Münchener Strasse 37 unterhielt, ganze 250 Mitglieder hatte («Synagogen in Berlin», Teil 2, 1981, S. 34).

Es wäre allerdings falsch anzunehmen, der jüdische Glaube wäre vor 1933 völlig bedeutungslos geworden. In Institutionen wie der jüdischen «Reformgemeinde» oder dem «Centralverein der Deutschen Staatsbürger Jüdischen Glaubens» (vgl. Stern 1970, S.142-145) trafen sich mehr oder weniger «assimilierte» Juden, die sich nicht völlig von den alten Bindungen lossagen wollten. Und schliesslich bestand das Berliner Judentum zu etwa einem Drittel aus Menschen, die vor den regelmässigen antisemitischen Ausschreitungen in Polen, in der Ukraine und Russland in das «liberale» Deutschland geflüchtet waren. Sie waren meist bettelarm, lebten vom Handwerk oder vom Kleinhandel und wohnten vor allem im «Scheunenviertel» in der Nähe des Alexanderplatzes (vgl. Geisel 1981). Im «Bayerischen Viertel» zu wohnen, konnte sich dieser Bevölkerungskreis nicht leisten.

Auf die als Überschrift gewählte Frage «Wer ist 'Jude'?» haben wir bisher noch keine Antwort gegeben. Wir haben uns mit diesem Problem lange herumgeschlagen, ohne zu einem vorweisbaren Ergebnis zu kommen. Wir wollen deshalb, statt eigene Überlegungen vorzustellen, einige Zitate von Menschen, die unter die «Rassen-Gesetze» fielen, zu diesem Problem anführen:

Frage: Woher kam das Interesse der deutschen Juden für die künstlerische und literarische Avantgarde der Weimarer Republik? Ist das eine jüdische 'Tradition'?

«Meiner Ansicht nach kommt das vom Zeitalter der jüdischen Emanzipation (Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jh.). Diese Humboldtsche Idee der Bildung und der Toleranz, die war weltoffen. Das war erst später, dass das so auseinandergebrochen ist. Die jüdische Orthodoxie, wie wir ja in Israel sehr gut sehen. Das (diese Welt-offenheit) hat nichts damit zu tun. Aber sie hat natürlich etwas zu tun mit dem Aussenseitertum (als diskriminierte Minderheit)...»

Frage: ... ich habe mich gefragt, ob das nicht doch auch mit der Diaspora-Situation in den Jahrhunderten zuvor zu tun hat?

«Sehen Sie, das macht mir immer zu schaffen. Denn dann kommt man zu irgendeinem rassistischen Urteil. Man muss sich doch fragen: Wie wird das weitergegeben? Und nicht mein Vater und nicht meine Mutter und nicht ich haben je eine jüdische Erziehung gehabt... Und wenn man keine jüdische Erziehung gehabt hat, wie soll man das denn bekommen? Im Blut?!? Ich meine, das ist immer die Antwort. Ich glaube da nicht dran. Man sagt, die Juden sind intellektuell wegen dem Talmud (religiöse Schrift). ... Für meinen Vater und für meinen Grossvater schon und für mich trifft das nicht zu – ich habe nie einen Talmud gesehen bis vor drei Jahren, da hat mir jemand mal einen gezeigt... Wenn Sie an Karl Marx' Karriere denken. Karl Marx' Vater ist doch typisch für die erste Generation (der bürgerlich emanzipierten Juden). Was hat denn Karl Marx als junger Mann gelesen? Rousseau, Voltaire (Philosophen der Aufklärung und der anti-feudalen Revolution). Und das hat sich (in späteren Generationen) ohne Zweifel fortgesetzt. Wo ging denn die jüdische Elite in Berlin zur Schule? Sie ging ins Französische Gymnasium. ...

Diese Tradition (der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution) war ja auch die Tradition, die sie emanzipiert hat oder assimiliert hat. Das war die Tradition, die eine Chance gab. Die Rechte hat ja die Chance verbaut... »

(Georg Mosse, geb. 1919 in Berlin, ist Sohn eines der grössten Zeitungsverleger der Weimarer Republik, Rudolf Mosse. Die Villa seiner Eltern stand in der Maassenstrasse nahe dem Nollendorfpfplatz. G. Mosse emigrierte 1933 nach England. Er ist heute Professor für Geschichte in Madison/Milwaukee, USA, und in Jerusalem. Auszug aus einem Interview, 1983)

«Zum Beispiel erinnere ich mich daran, dass ich in den ersten 2 Jahren meiner Vorschulzeit die ganze biblische Geschichte des Neuen Testaments auswendig ... konnte, dass ich erst nach 2 Jahren erfahren habe, dass ich jüdisch bin und nicht in die Religionsstunden gehen muss – meine Eltern waren moderne, integrierte Atheisten, die das nicht für notwendig hielten. Ich habe z.B. von Mitschülerinnen erst erfahren, dass es jüdischen Religionsunterricht überhaupt gibt, den man privat nehmen kann, was ich nicht getan habe. Ich habe mich gefreut, dass ich dann nach Hause gehen konnte. Die Lehrerin hat vor der Religionsstunde immer gesagt: 'Die kleinen Jüdinnen dürfen jetzt nach Hause gehen', und ich empfand es als grosses Privileg, eine kleine Jüdin zu sein, als ich dann erfuhr, dass ichs war.»

Lily Flechtheim, geb. 1917, besuchte die Volksschule in der Hohenstaufenstrasse und das Chamisso-Mädchengymnasium am Barbarossa-Platz. Ihr Vater, Emil Faktor, war ein bekannter Theater-Literaturkritiker beim «Berliner Börsenblatt».

Sie lebt heute in Berlin mit ihrem Mann, Professor Ossip Flechtheim, den sie in der Emigration in den USA kennengelernt hat (Vgl. Videofilm, Jugend in Schöneberg)

«Im Laufe der letzten Jahre war ihm sozusagen der Boden, auf dem er stand, unter den Füssen verschwunden, war das Problem seines Jude-Seins immer wichtiger geworden, wenn er auch bisher keine Lösung dafür gefunden hatte.

In der Schulzeit und merkwürdigerweise in der Studentenzeit war das jüdische Problem für ihn nicht akut geworden. Der religiösen Seite des Judentums stand er damals fern, Jüdische Tradition war in seiner Familie fast ganz in Vergessenheit geraten. Trotzdem waren er und seine Familie gefühlsmässig dem Judentum verbunden geblieben, es war nicht ein reines 'Trotz-Judentum', wie bei so vielen in seinem Kreise, das in einzelnen Fällen sogar der bekannten Erscheinung des jüdischen Selbsthasses geführt hatte. Ganz im Gegensatz dazu schätzte man in seiner Familie ganz allgemein die Zugehörigkeit zum Judentum als eine positive Eigenschaft, so wenig man tatsächlich davon wusste...

Jetzt zwang die Lage, neu Stellung zu nehmen, alles neu zu lernen, zu durchdenken.» (Aus: Kurt Jacob Ball-Kaduri, Das Leben der Juden in Deutschland 1933, Tel Aviv, 1967)

Kurt Ball – später Jacob Kaduri, stammte aus einer Akademikerfamilie, die schon früh und besonders hart von den antijüdischen Massnahmen betroffen war. 1933 beteiligte er sich massgeblich an der «Reichsvertretung der Deutschen Juden» und lebte von 1924-1938 als jüdischer Rechtsberater am Viktoria-Luise-Platz 1. Im November 1938 wurde er verhaftet und in das KZ Sachsenhausen gebracht, (vgl. die abgebildete Postkarte). Nach seiner Auswanderung nach Palästina arbeitete er als Historiker an einem Archiv in Tel Aviv.

Etappen eines Vernichtungsprozesses

Die Vernichtung des deutschen und des europäischen Judentums war ein von langer Hand vorbereiteter Prozess, der in einzelnen Etappen abließ, die aufeinander aufbauten und zugleich eine Eskalation der Gewalt bedeuteten (vgl. Hilberg 1982). Die einzelnen Schritte waren:

- Ausgrenzung und soziale Isolation
- Terror mit Gesetzen und Verordnungen
- Enteignung
- Sammlung für die Verschleppung
- Deportation und Mord

Die Basis von Ausgrenzung und sozialer Isolation warder in Deutschland traditionelle Antisemitismus der Rechten. Schon im Reichstag der Wilhelminischen Ära hatte es eine «Antisemitische Fraktion» unter Führung des «Hofpredigers» Stöcker gegeben. Diese Fraktion liess zwar eine Fülle von Hetztiraden ab, bekam aber keinen einzigen antisemitischen Gesetzentwurf zustande: Ihre Mitglie-



Abb. 55 Postkarte von Kurt Ball aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen vom 7.12.1938 mit dem Poststempel: Oranienburg – Sommerfrische am Lehnitzsee.

der konnten sich nicht darauf einigen, wer ein «Jude» ist (Hilberg 1983, S.53).

Deutsche Verwaltungsjuristen haben dieses Problem «gelöst» und damit den Antisemitismus als praktisch wirksame Staatsideologie überhaupt erst möglich gemacht. Die Leute, die 1935 die «Nürnberger Gesetze» formulierten, waren keine fanatischen Nationalsozialisten, sondern «tüchtige» Beamte wie Stuckart und Globke. Sie formten dumpfe antisemitische Vorurteile um zu Gesetzen, «Durchführungsverordnungen» und «Verwaltungsvorschriften». Mit so schwammigen, nichtssagenden Schlagwörtern wie «deutsche Rasse» oder «deutsches Blut» konnten sie natürlich nichts anfangen: Wie sollte ein Verwaltungs- oder Polizeibeamter feststellen, ob jemand «deutsches Blut» besitzt? Also griffen die Schreibtisch-Täter auf das uralte und handhabbare Kriterium der Religionszugehörigkeit zurück. Dazu lagen die Daten bei den Kirchen, den Standes- und Einwohnermeldeämtern vor (und sie alle – auch die Kirchen – kooperierten, bis auf wenige Ausnahmen, eifrig, als es dann um die Anlage von «Ahnentafeln» ging, die die Zugehörigkeit zur neuen «Herrenrasse» bezeugen sollte).

Da aber die Anzahl der gläubigen Juden zu gering war und dieser Personenkreis häufig gerade die, die man treffen wollte (zum Beispiel die Intellektuellen, die Anwälte, die Ärzte), gar nicht umfasste, weil die Betroffenen keine Verbindung zur jüdischen Gemeinde mehr hatten, wurde die Vererbbarkeit der Religionszugehörigkeit erfunden. «Jude» war danach zum Beispiel auch der, der vier jüdische Grosseltern hatte, dessen Eltern aber zum Protestantismus übergetreten waren, der eine protestantische Erziehung erhalten hatte und selbst vielleicht atheistisch war. Umgekehrt

aber konnte man zum «Juden» durch Übertritt zur jüdischen Gemeinde werden, auch wenn man aus einer uralten protestantischen Familie stammte. Der ganze Mythos von «Blut» und «Erbe» spielte keine Rolle mehr.

Die jüdischen Bewohner in den Berliner Verwaltungsbezirken 1933

Verwaltungsbezirk	Wohnbevölkerung	davon Juden	Prozent
Mitte	266.137	24.425	9,18
Tiergarten	251.924	12.286	4,88
Wedding	332.146	3.500	1,05
Prenzlauer Berg	312.981	18.051	5,77
Friedrichshain	303.149	6.437	2,12
Kreuzberg	339.198	6.096	1,80
Charlottenburg	340.596	27.013	7,93
Spandau	146.472	725	0,49
Wilmerdorf	196.573	26.607	13,54
Zehlendorf	65.948	2.331	3,53
Schöneberg	221.111	16.261	7,35
Steglitz	194.795	3.186	1,64
Tempelhof	114.385	2.322	2,03
Neukölln	315.632	2.941	0,93
Treptow	124.534	1.006	0,81
Köpenick	88.517	609	0,68
Lichtenberg	241.186	2.081	0,91
Weissensee	81.565	1.366	1,67
Pankow	141.333	2.079	1,47
Reinickendorf	164.319	1.115	0,68
Gross-Berlin insgesamt	4.242.301	160.564	3,78

(Ergebnisse der Volkszählung vom 17.5.1933, aus: Ribbe, Geschichte Berlins, Bd.II, 1987, S. 953)

Es sei angemerkt, dass die erwähnten Verwaltungsjuristen, die den demagogischen Antisemitismus der Nazis staatlich handhabbar machten, keineswegs erhielten, was sie verdienten: Globke wurde unter Adenauer Staatssekretär bei der Bundesregierung. Stuckart (der auch an der «Wannsee-Konferenz» teilnahm, auf der die Ermordung von sechs Millionen «Juden» organisatorisch vorbereitet wurde) «sühnte» nach dem

Krieg mit 500 DM Geldstrafe (vgl. Hilberg 1982, S. 743, 752).

Ausgrenzung und soziale Isolierung

Eine wesentliche Voraussetzung für die schliessliche Verschleppung der jüdischen Bürger war, dass sie zuvor von ihrer «nichtjüdischen» Nachbarschaft, die sonst vielleicht unruhig geworden wäre, isoliert wurden.

Um diesen Vorgang zu verdeutlichen, haben wir drei Beispiele gewählt:

- a) die Verteidigung der Fa. Hefter gegen den «Vorwurf», sie sei «jüdisch»: mit solchen Reinschreibungen wurden zugleich all jene diskriminiert, die nicht «rein-arisch» waren;
- b) einen Abschnitt aus dem Lebenslauf einer Schöneberger Abiturientin (Abiturjahrgang 1946), die schildert, wie ihre Freundschaft zu einer jüdischen Familie zerbrach;
- c) den Brief eines jüdischen Juristen aus Strausberg bei Berlin an einen Freund über seine Erfahrungen in den Jahren 1933/34 (zur Verfügung gestellt vom Archiv Zeitgeschichte, H. Gräfer).



Abb. 56 Anzeige aus dem «Völkischen Beobachter» vom 31.3.1933



Abb. 57 Redaktionelle Mitteilung im Schöneberg-Friedenauer Lokalanzeiger vom April 1933.

Aus dem Lebenslauf einer Schöneberger Abiturientin:

. Der grösste Teil meiner Klassenkameradinnen gehörte dem Jungmädel-Bund an, und so gelang es auch mir endlich, meiner Mutter – die gegen diese Jugendorganisation gestimmt war – die Erlaubnis abzurufen, in den BDM einzutreten. Meine Begeisterung jedoch legte sich schnell, und nach einem Jahr blieb ich dem Dienst trotz wiederholter Drohungen der Führerin völlig fern. Mein ganzes Inneres sträubte sich gegen den Zwang und, obwohl ich damals erst 12 Jahre zählte, begann ich zu ahnen, wie schlecht eine solche Art von Erziehung auf uns junge Menschenkinder wirkte. Die starken seelischen Eindrücke, die mir das damalige politische Geschehen vermittelte, hatten ausserdem mein Innerstes in dieser Richtung beeinflusst. Es verbanden uns freundschaftliche Beziehungen mit einer jüdischen Arzt-Familie. Die Tochter dieser Familie war mir von Kindheit an meine beste Spielkameradin, und die Tatsache, dass mein Zusammensein mit ihr plötzlich unerlaubt war und deshalb heimlich geschehen musste, erschien mir unfassbar. Genau erinnere ich mich an den schreckensvollen Tag der sogenannten «Kristallnacht», als den Angehörigen der jüdischen Rasse die Fensterscheiben und Einrichtungen zerstört und die Synagogen niedergebrannt wurden. Den Eltern meiner Freundin wurde die Praxis und die Wohnung genommen. Ihr Vater machte seinem Leben ein Ende, und zwar 8 Tage bevor die Zusage einer Anstellung als leitender Arzt eines Kinderkrankenhauses in Australien eintraf, um die er sich beworben hatte und die dann die Mutter – die auch Ärztin war – annahm. Wenn ich an die letzten Tage ihres Hierseins denke, so steht mir stets das Bild vor Augen, wie meine Mutter sich mit mir die Treppe zur Wohnung unserer Bekannten hinaufschlich und meine Freundin und ich dann im Kinderzimmer – unsere Puppen an uns gepresst – ängstlich auf jedes Klingelzeichen lauschten...»

Der Brief eines jüdischen Juristen:

Dr. L
Rechtsanwalt und Notar

Strausberg, den 20.
Januar 1934
Wilhelmstrasse 98 Fernruf:
Straussberg 367

Hochverehrte gnädigste Frau!
Mein sehr lieber Herr R.!

Herzlichst danke ich Ihnen für Ihre freundlichen Neujahrswünsche, die ich wahrhaftig gut gebrauchen kann. Ich hätte sie längst erwidert, wenn ich nicht infolge alles dessen, was ich in den letzten Jahren habe durchmachen müssen, sehr krank gewesen wäre. Ich hole diese Erwidering jetzt sehr gern nach und verbinde mit meinen Neujahrswünschen die herzlichsten zu Ihrem Gedenktage am 22. Januar. Ich wünsche Ihnen alles erdenkliche Gute für Sie Beide, insbesondere gute Gesundheit und Zufriedenheit in Beruf und Leben.

Ich habe mich umso mehr Ihres gütigen Gedenkens gefreut, weil ich ja so manche Bitternisse von alten Freunden erfahren habe. Ich bin ja nun einmal nicht rein arisch. Ganz abgesehen davon, dass mir diese Tatsache meine alte schöne Praxis zerschlagen und mich vor den Ruin gestellt hat, haben sich viele, die sich unsere Freunde nannten, sehr schnell und recht unvornehm von uns zurückgezogen. Mit einem Male waren für solche, die bis dahin sich gar nicht genug für unsere Allergestreuesten aufspielten, die sich gebärdeten, als seien wir für sie wertvoller Verkehr, minderwertig, und das so, dass sie geradezu Angst hatten, überhaupt noch merken zu lassen, dass sie jemals mit uns in Beziehungen gestanden hatten. Was ich an Demütigungen nicht nur von Fremden, sondern auch von Mitgliedern meiner Familie, noch dazu gerade von denen, an denen meine unvergessliche Frau und ich besonders viel Gutes getan hatten, habe hinnehmen müssen, lässt sich nicht darstellen.

Das allerschlimmste, was wir in dieser Beziehung erfahren mussten, war, dass Heinz's langjährige Verlobte sich in brüskester Form von ihm lossagte. Und das in dem Augenblicke, in dem er auch sein mühsam und mit Erfolg aufgebautes Geschäft mit einem Schlage los wurde, weil englische Ware, die er vertrieb, nicht zu verkaufen war, da ausländische Erzeugnisse boykottiert wurden. Der Junge betreibt nun mit aller Energie seine Auswanderung, und ich kann es ihm beim besten Willen nicht verdenken, wenn ich auch nach seinem Weggange ganz einsam sein werde. Wäre ich jünger, ich ginge auch fort. Glauben Sie mir, es ist sehr sehr schwer, in einem Volke zu leben, dem man mit allen Fasern seines Herzens anhängt und nach besten Kräften treu gedient hat, das einen plötzlich als minderwertig betrachtet und ausstösst....

Das wäre so in grossen Zügen, was ich von uns zu berichten hätte. Ich habe es getan, weil ich bei Ihnen noch immer Interesse für uns voraussetzen zu können glaube.

Verleben Sie den 22. recht froh und vergnügt. Ich werde Ihrer in Treue gedenken. Und erhalten Sie mir Ihre Freundschaft.

Mit den allerherzlichsten treuesten Grüssen stets Ihr

L.

Enteignung

Eine wesentliche Etappe in der Ausgrenzung der jüdischen Bürger war ihre systematische Ausplünderung (vgl. Hilberg 1982, Kap.V). Im Bayerischen Viertel, in dem es relativ viele jüdische Hauseigentümer gab, lässt sich dieser Prozess anhand der Enteignungen dokumentieren (ein Teil der Akten über diese Vorgänge, der nach dem Krieg erhalten blieb, findet sich im Landesarchiv Berlin).

Die Enteignungen wurden nicht von irgendeiner NS-Sonderbehörde ohne Kenntnis der Öffentlich-

keit vorgenommen, sondern im Rahmen des normalen bürokratischen Verwaltungsapparates.

Zwar hatte die Partei das letzte Bestimmungs- und Vetorecht, aber der Ablauf wurde im Zusammenwirken der einzelnen Behörden bis hin zum Bezirksamt geregelt. Und dass man in der Bevölkerung um die Enteignungen wusste, sie für berechtigt hielt, zeigt sich daran, wie eifertig aus allen Schichten die Anwärter auf «billiges» Grundstück sich den Behörden andienten.

Von den 45 von uns bisher ermittelten Grundstücken jüdischer Eigentümer im Bayerischen Viertel wurden 24 zwangsenteignet und 21 durch Nötigung zum Verkauf gebracht. Dass diese Akten erhalten blieben, ist Zufall, es hat hier vermutlich weit mehr Enteignungen gegeben.

Von folgenden Häusern konnten wir im Bayerischen Viertel ermitteln, dass sie in den genannten Verfahren (Enteignung oder Nötigung zum Verkauf) ihren früheren jüdischen Besitzern weggenommen wurden:

Ansbacherstr. 9	Grunewaldstr.38
Ansbacherstr. 26	Grunewaldstr.56
Ansbacherstr. 34	Grunewaldstr.86
Aschaffenburgstr. 7	Heilbronner Str. 13
Aschaffenburgstr. 15	Heilbronner Str.30
Aschaffenburgstr. 18	Hohenstaufenstr. 10
Badensche Str. 17	Hohenstaufenstr. 15
Bamberger Str. 17	Hohenstaufenstr. 41
Bamberger Str. 22	Hohenstaufenstr. 56
Barbarossaplatz 1	Landshuter Str. 35
Barbarossaplatz4	Landshuter Str.38
Barbarossastr. 12	Martin-Luther-Str. 55
Barbarossastr. 36a	Münchener Str. 12
Barbarossastr. 53	Münchener Str.30
Barbarossastr. 61	Neue Bayreuther Str. 8
Bayreuther Str. 2	Regensburger Str. 23a
Bayreuther Str. 12	Regensburger Str. 33
Bayreuther Str. 33	Regensburger Str. 11
Belziger Str. 25	Schwäbische Str. 17
Berchtesgadener Str. 2	Viktoria-Luise-Platz5
Berchtesgadener Str. 33	Viktoria-Luise-Platz 10
Berchtesgadener Str. 35	Westarprstr. 2
Grunewaldstr. 36	

Konzentration

Ab Anfang 1939 genügte als Grund für die fristlose Kündigung eines Mietverhältnisses, dass jemand nach den «Rassegesetzen» zu den «Juden» gerechnet wurde. Ein bezeichnendes Urteil – kein Einzelfall – fiel am 16.9.1938 ein Schöneberger Amtsrichter. (Vgl. die Abbildung «Mieterschutzgesetz»)

Das geltende Gesetz bot in seiner formalen Offenheit einen derart breiten Spielraum der Auslegung, dass – auch ohne spezielle Nazi-Gesetze – sowohl dieser als auch ein gegenteiliger Richterspruch im Rahmen der Legalität möglich war. Von einer Objektivität der Rechtsgrundlage als solcher also keine Spur!

Ob Ausgrenzung oder zivilcouragiertes Widerstehen gegen die Verdrängung jüdischer Bürger – diese Entscheidung lag ganz im Ermessen des jeweiligen Richters. Für die aus ihren Wohnungen Vertriebenen fanden sich neue Wohnmöglichkeiten fast nur in sogenannten «Judenhäusern» oder «jüdischen Häusern», deren Eigentümer Jude war. Die entwürdigenden Wohnverhältnisse in total überfüllten Räumen trugen zur weiteren Demütigung der Opfer bei. Der Prozess der Konzentra-

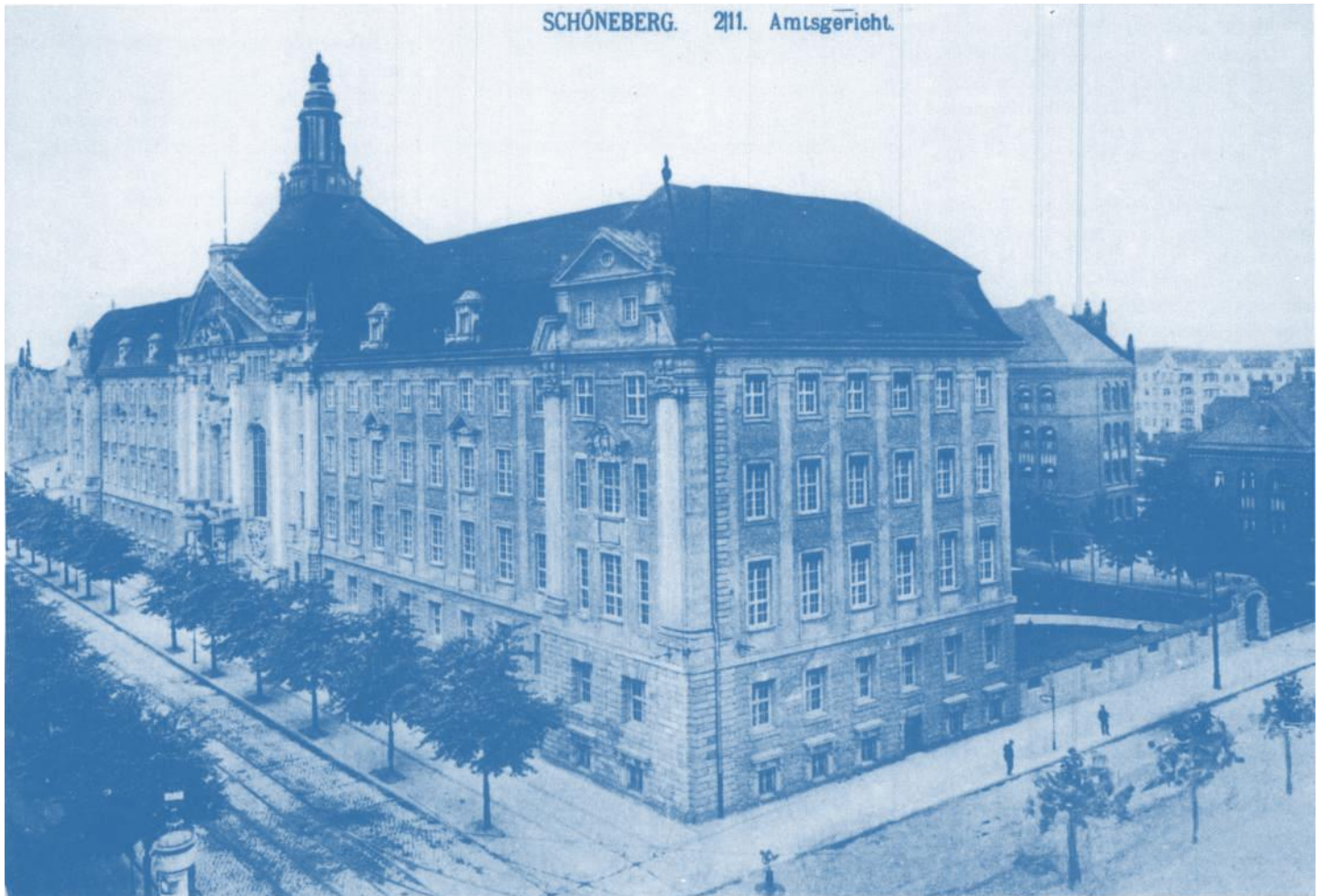


Abb. 58 Das Amtsgericht Schöneberg in der Grunewaldstrasse 66/67, um 1910

Mieterschutzgesetz

23. HG. — § 2 MietSchG. Der jüdische Mieter kann infolge seiner persönlichen Eigenschaft als Jude keine Hausgemeinschaft bilden. Der deutsche Vermieter hat der deutschen Volksgemeinschaft gegenüber die Pflicht, die Bildung der Hausgemeinschaft und ihre Erhaltung zu sichern. Die Mietaufhebungsflage eines solchen Vermieters gegen einen jüdischen Mieter ist somit gemäß § 2 MietSchG. begründet.

Abb. 59 Abdruck des Urteils eines Schöneberger Amtsrichters aus der «Juristischen Wochenschrift» Bd. 3, 1938, Sp. 3044

tion in «Judenhäusern» – ebenso wie die statistische Erfassung der Juden – war von den Nazis und der Staatsbürokratie schon früher angestrebt; er erleichterte den Organisatoren des Massenmords die Festnahme und den Abtransport ihrer Opfer in Vernichtungslager.

Eine vollständige Liste aller «Judenhäuser» war uns nicht zugänglich. Einen Eindruck vermitteln die Anzeigen im «Jüdischen Nachrichtenblatt», obwohl natürlich nur ein Bruchteil der Wohnungswechsel über den Anzeigenteil dieses letzten jüdischen Blattes – das seine Veröffentlichungen längst von der Gestapo vorgeschrieben bekam – abgewickelt wurde. Wir haben den Jahrgang 1942 dieser Zeitung ausgewertet, den letzten ihres Erscheinens. Insgesamt wurden 614 Wohnungen bzw. Wohnräume angeboten, davon 61 – oder 10% – im Bayerischen Viertel: Ein Teil der

Wohnungsangebote und viele Gesuche sind ausdrücklich mit dem Hinweis «jüdisches Haus» versehen.

Insgesamt haben wir 74 «Judenhäuser» ermittelt, davon standen 21 Häuser – oder 28% – im Bayerischen Viertel.

Aus dem «Jüdischen Nachrichtenblatt» ermittelte «Jüdische Häuser» im Bayerischen Viertel:

Aschaffener Str. 15	Landshuter Str. 35
Badensche Str. 17	Luitpoldstr. 21
Bamberger Str. 18	Martin-Luther-Str. 16
Bamberger Str. 22	Martin-Luther-Str. 55
Bamberger Str. 40/	Münchener Str. 37
Ecke Motzstrasse	Regensburger Str. 7
Barbarossaplatz 1	Regensburger Str. 11
Barbarossaplatz 3	Rosenheimer Str. 31
Berchtesgadener Str. 2	Schwäbische Str. 7
Grunewaldstr. 56	Schwäbische Str. 19
Heilbronner Str. 30	

Das Schicksal des Alfred Wolff

Alfred Wolff war keine bekannte Persönlichkeit, sondern einer von jenen, die «Geschichte» erlitten haben – bis zur letzten Konsequenz. Die Dokumentation basiert auf mehreren Interviews mit der Nichte von A. Wolff, Vera Breitwieser, (die in diesem Band ihre Kindheitserinnerungen selbst aufgezeichnet hat und in ihrem Nachwort erzählt, wie sie 1985 den Spuren ihres Onkels ins KZ Auschwitz gefolgt ist).

«Ich habe ihn vergöttert und geliebt, für mich war er eine Art Vaterfigur, weil mein Vater war ja im Krieg Soldat, der war nicht da, und ich bin immer hingegangen zu ihm. Ich war damals neun Jahre alt (1942). Und dann hat er so eine düstere Wohnung gehabt, da hat er immer Schattenspiele für mich an der Wand gemacht. An solche Sachen kann ich mich noch entsinnen.

Ich habe ihn noch kennengelernt, da hat er in seiner schönen Wohnung in der Elsa-Brandström-Strasse gewohnt. Da hat er – er war Junggeselle – mit seiner Mutter zusammengewohnt. Die Mutter ist – Gott sei Dank – noch rechtzeitig gestorben. Die ist also nicht mehr deportiert worden. Er war musisch, hat Violine gespielt und Gedichte gemacht. Ich habe noch ein Gedicht von ihm auf meinen ersten Schultag.

Und dann musste er plötzlich raus aus seiner schönen Wohnung nach Prenzlauer Berg in so einen miesen Hinterhof. Da hatte er plötzlich eine Ein-Zimmer-Wohnung. Da habe ich ihn damals besucht, und da hat er wirklich vegetiert, nur ein Zimmer gehabt, ganz duster, mit so einem kleinen Fenster, dann so eine Petroleumfunzel als Beleuchtung – also fürchterlich. Das habe ich schon als Kind so empfunden.

Er hat in einem Kabelwerk Zwangsarbeit gemacht und normalerweise war er Bankkaufmann. Er hat die Zwangsarbeit gemacht, die Judenkarte gekriegt, musste auch einen Stern tragen, und an seiner Wohnung war ein Stern, und er hat auch ganz wenig zu essen gehabt. Wir haben gegeben, was wir abknapsen konnten.

Er war Soldat im Ersten Weltkrieg und hatte das Frontkämpfer-Abzeichen. Meine Mutter sagt, das bekamen alle die, die direkt bei der fechtenden Truppe waren, also keine Tapferkeitsmedaille oder so ... Er fühlte sich als Deutscher.

Und eigentlich war er gebildet, Violine hat er gespielt und im Kabelwerk hat er die Hände total verdorben, dann konnte er nicht mehr Violine spielen.

Er galt als 'Volljude', er muss zwei Elternteile jüdischen Glaubens gehabt haben. Er war nicht gläubig. Wir sind überhaupt eine uralte Atheistenfamilie, ... Religion spielte überhaupt keine Rolle!

Er war noch bis 1943 in Berlin. Er hat erfahren, dass er abgeholt werden sollte und ist deswegen aus seiner Wohnung geflüchtet. Und da haben wir gesagt, wir können ihn nicht aufnehmen, weil bei uns nämlich ebenfalls Anrufe angelaufen waren, dass sie auch in Pankow bereits abholten. Und da

ist er wieder weggegangen, und ein paar Tage später kam die Karte. (Vgl. Abbildung)

«(Sammelstelle Grosse Hamburger Strasse) Lieber Pudi,
Ich habe soeben die geplante Reise angetreten.
Viele Grüsse an Dich, Lily,
Vera auf Wiedersehen
Euer Alfred»

Jedenfalls ein paar Tage sind Spielraum dazwischen. Meine Mutter sagt, wahrscheinlich ist er in den Ruinen herumgeirrt. Aber das ist nur eine Vermutung. Er hat sich jedenfalls noch ein paar Tage irgendwie halten können, aber er wusste ja nicht,



Abb. 60 Bild des Onkels Alfred Wolff während seiner Soldatenzeit im Ersten Weltkrieg.

wohin. Man wusste ja nicht wohin. Seine Freundin, die war Jüdin, die ist noch vor ihm abgeholt worden.

1943 ist mein Onkel nach Theresienstadt verschleppt worden. Theresienstadt galt ja nicht als Vernichtungslager. Und man durfte schreiben: einmal im Monat eine Karte.

Meine Mutter hat ihm Päckchen geschickt. Soweit wir eben Lebensmittel abknapsen konnten. Und meistens hat sie eben gesehen, dass sie etwas wertvollere Sachen schickt. Und eines Tages hat sie nichts gehabt, und da wollte sie trotzdem ein Päckchen schicken. Und da hat sie das ganze Paket voller Kartoffeln gefüllt, nichts als Kartoffeln. Und da hat er auf einer dieser kontrollierten Karten geschrieben: 'Besonders über das letzte Paket habe ich mich so gefreut.' Und da hat meine Mutter erstmal gemerkt, wie die gehungert haben. Er durfte ja nicht schreiben: Ich hungere oder so... Er hat immer nur bestätigt 'Ich habe das Paket dankend erhalten.' Das war das einzige.

Und dann kam die letzte Karte:

«(KZ) Th(eresienstadt) den 22. 10.44
Liebe Lily,

Ich hoffe, es geht Euch gut, auch ich bin gesund.
Da ich z(ur) Z(eit) genügend Lebensmittel besitze, bitte ich, mir solche nicht zu schicken.
Ich werde mich wieder melden.

Herzliche Grüsse an
Euch alle
Euer Onkel Alfred»

Das ist die Deportationskarte. Es hiess also im Klartext: Genügend Lebensmittel war nicht der Fall, das wussten wir von den Kartoffeln her, aber das hiess praktisch: Die Pakete erreichen mich sowieso nicht mehr, ich komme weg, ich melde mich wieder. Das war der Deportationstag. Und da ist er dann – es war drei Monate, bevor die Krematorien in Auschwitz gesprengt wurden. Im Oktober '44 kam er weg (nach Auschwitz), und im Januar sind die Krematorien gesprengt worden. Gerade drei Monate.»

Deportation und Mord

Am 18.10.1941 begannen die Massendeportationen aus Berlin. Von den Mördern und Mordhelfern peinlich genau registriert, rollten insgesamt 63 sogenannte «Osttransporte» mit ca. 33.800 Menschen in den meisten Fällen direkt in die Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz und Riga. Vom Umfang der Transporte lassen sich etwa 3 Phasen unterscheiden. In den ersten 20 sogenannten «Wellen» – von Oktober '41 bis Juli 1942 wurden bereits ca. 11.000 Berliner Juden deportiert. Zwischen August 1942 und Juli 1943 stieg die Zahl auf ca. 21.000 an. Der Umfang der jeweiligen Transporte wuchs von bisher 1.000 bis zu 1.758 Menschen. Den Höhepunkt erreichte die Hetzjagd wohl am 27./28.2.1943, als in der sogenannten «Fabrikaktion» an einem Tag sämtliche in Berliner Betrieben zur Zwangsarbeit verpflichteten Juden abgeholt wurden. Von Juni 1943 bis zum letzten Transport, der noch unmittelbar vor dem Ende des Krieges, der Befreiung Berlins, im März/April 1945 verzeichnet wurde, nahmen die Transporte an Zahl und Umfang deutlich ab und umfassten häufig nur 6-8 inzwischen nach Männern und Frauen getrennte Opfer (Kempner, 1970).

Nachdem die Synagoge in der Münchener Strasse schon Sammelstelle für die Zwangsablieferung von Fahrrädern, Radios, Wollsachen, Kämmen und Haarscheren gewesen war, mussten nunmehr alle zur Deportation – zynisch «Abwanderung» genannt – bestimmten Bewohner des Südwestteils von Berlin ihr «Reisegepäck» in jener Synagoge abliefern.

Von ihrer bevorstehenden Deportation wurden die Menschen von der Jüdischen Kultusvereinigung in vorgedruckten Formularen unterrichtet. Wie hilflos die Position dieser noch einzig zugelassenen jüdischen Organisation war, zeigt der letzte Absatz des Formulars:

«In der Anlage ist ein Merkblatt beigefügt, das alle zu beachtenden Anweisungen enthält.

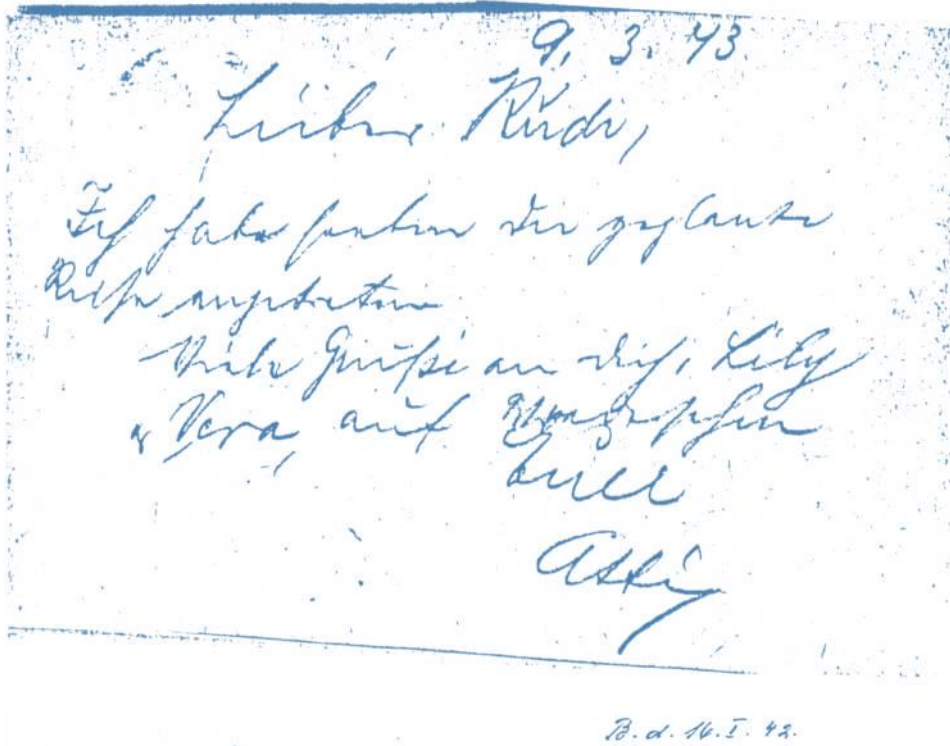


Abb. 61 Die letzte Karte von Alfred Wolff aus der Sammelstelle Grosse Hamburger Strasse in Berlin.

Zeugin vor ihrer Deportation ab. (Vgl. Abbildung: Brief von Else Stern)

B.d. 16.1.42

«Meine liebe Grete, Uly, lieber Julius.
Nun ist es soweit, morgen muss ich fort u. das trifft mich natürlich schwer; ich freute mich, Euch alle noch gesehen zu haben. Dir liebe Uly danke ich für Deine heutige Karte, die Puderdose soll ein kleines Andenken für Dich persönlich sein an mich, benutze sie recht oft, dann denkst Du an mich. Ich werde Dir schreiben und bitte Dich, dann an Edith weiterzuleiten; da es 2-3 Monate dauert, bis wir schreiben dürfen, kann Edith auch schon fort sein, hoffentlich erreichen wir uns dann über Dich. Es tut mir leid, dass Tante Hedwig erkrankt ist, wenn der liebe Gott es gut mit ihr meint, nimmt er sie zu sich, das kann man heute jedem nur wünschen. Ich sehe, wie schwer es Fanny Presch hat, ihre alte Mutter jetzt unterzubringen u. bei dem nächsten Transport sind sie auch dabei! Heute hat Kläre geschrieben, sie lässt Euch alle grüssen und hat sich nach Euch erkundigt.

Nun lebt wohl, ich danke Euch für alles Liebe, das ihr mir erwiesen habt und kümmert Euch ab und zu um Edith, die jetzt allein bleibt. Ich wünsche Euch von Herzen alles Gute, denkt auch mal an Eure tieftraurige Else Stern»

Else Stern hat nach ihrem Abtransport nicht mehr geschrieben. Ihre Tochter Edith, um die sie in diesem letzten Brief bangt, wurde einige Tage von unseren Zeugen verborgen gehalten, nachdem die Gestapo ihre Wohnung versiegelt hatte. Doch sie hielt es nicht aus und... stellte sich freiwillig der Gestapo.

Mutter und Tochter wurden umgebracht.

(Leicht gekürzte Fassung aus der Broschüre «Spurensicherung in Schöneberg 1933», Hrsg. Berliner Geschichtswerkstatt, 1983 und in «Wer sich nicht erinnern will», Kiezgeschichte Berlin 1933, VAS 1983)

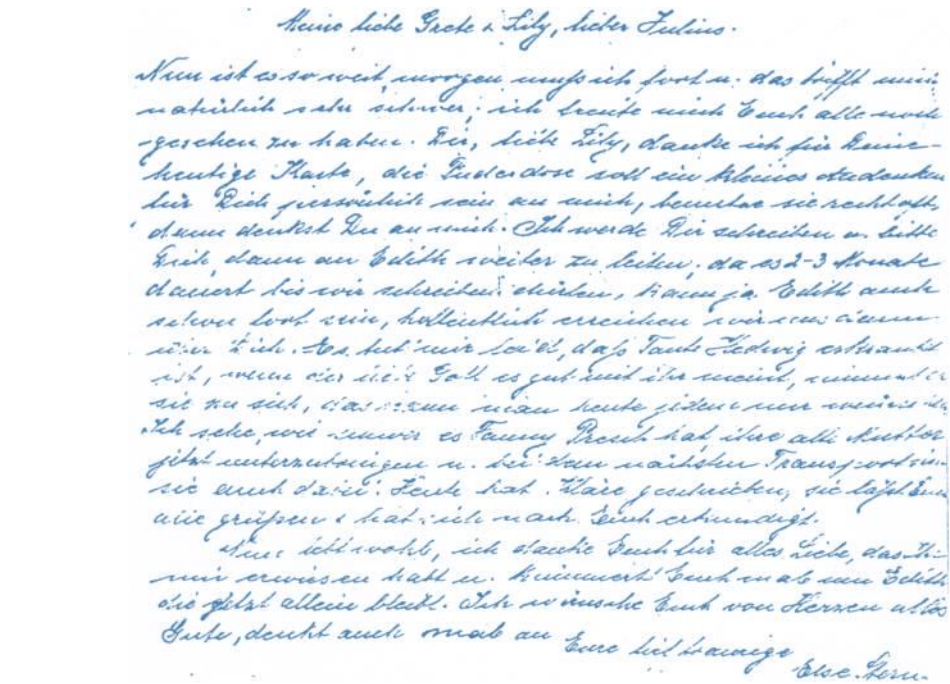


Abb. 62 Abschiedsbrief von Else Stern.

Wir bitten Sie herzlich, diese Anweisungen genauestens zu beachten und die Transportvorbereitungen in Ruhe und Besonnenheit zu treffen. Unsere von der Abwanderung betroffenen Mitglieder müssen sich bewusst sein, dass sie durch ihr persönliches Verhalten und die ordnungsgemäße Erfüllung aller Anweisungen entscheidend zur reibungslosen Abwicklung des Transports beitragen können. Es ist selbstverständlich, dass wir, soweit dies zugelassen ist, alles tun werden, um unseren Gemeindegliedern beizustehen

und ihnen jede mögliche Hilfe zu leisten.» (Scheffler, 1964, S.79)

Angesichts der Aussichtslosigkeit jeglichen Widerstands kamen die Angehörigen der Kultusvereinigung zu dem verzweifelten Trugschluss, um so mehr für ihre jüdischen Mitmenschen auszurichten, je eifriger sie selbst für den reibungslosen Ablauf der Transporte sorgten. Wir drucken hier den letzten Brief einer nahen Verwandten unserer

3. Kultur- und Bildungspolitik

Orte und Ereignisse

1930

Dez. Uraufführung des Remarque-Films «Im Westen nichts Neues» im Kino Mozartsaal im Theater am Nollendorflplatz durch SA verhindert.

1932

Beginn der Verfolgung missliebiger Hochschullehrer durch die «Deutsche Studentenschaft».

1933

15.2. K. Kollwitz, H. Mann, A. Döblin, F. Werfel u.a. werden aus der Akademie der Künste ausgeschlossen, Hans Baluschek wird seiner Ämter (u.a. Vorsitzender der-Schöneberger Kunstdeputation) enthoben. 17.2. SA stürmt die Kunstschule in der Grunewaldstrasse. 27.2. Egon Erwin Kisch wird von den Nationalsozialisten verhaftet (und später abgeschoben); 19.2. Paul Zech vorübergehend verhaftet (Emigration im Juni), 10.5. Bücherverbrennung auf dem Opernplatz. Beginn der Säuberung der Volksbüchereien. 22.9. Kulturkammergesetz und Okt Schriftleitergesetz sichern die Gleichschaltung des kulturellen Lebens, 27.11. Gründung von «Kraft durch Freude» (KdF).

1934 E. Mühsam im KZ Oranienburg ermordet, 24.4. Gleichschaltung der Presse.

1935 Tucholsky begeht im Exil Selbstmord. 24.11. Ossietzky (im KZ Oranienburg) erhält den Friedensnobelpreis.

1937

18.7. «Haus der deutschen Kunst» in München eröffnet, 19.11. Ausstellung «Entartete Kunst». G. Tappert wird endgültig von der staatlichen Kunstschule, Grunewaldstrasse entlassen.

1938

Volksempfänger verbreiten sich.

1933-1939

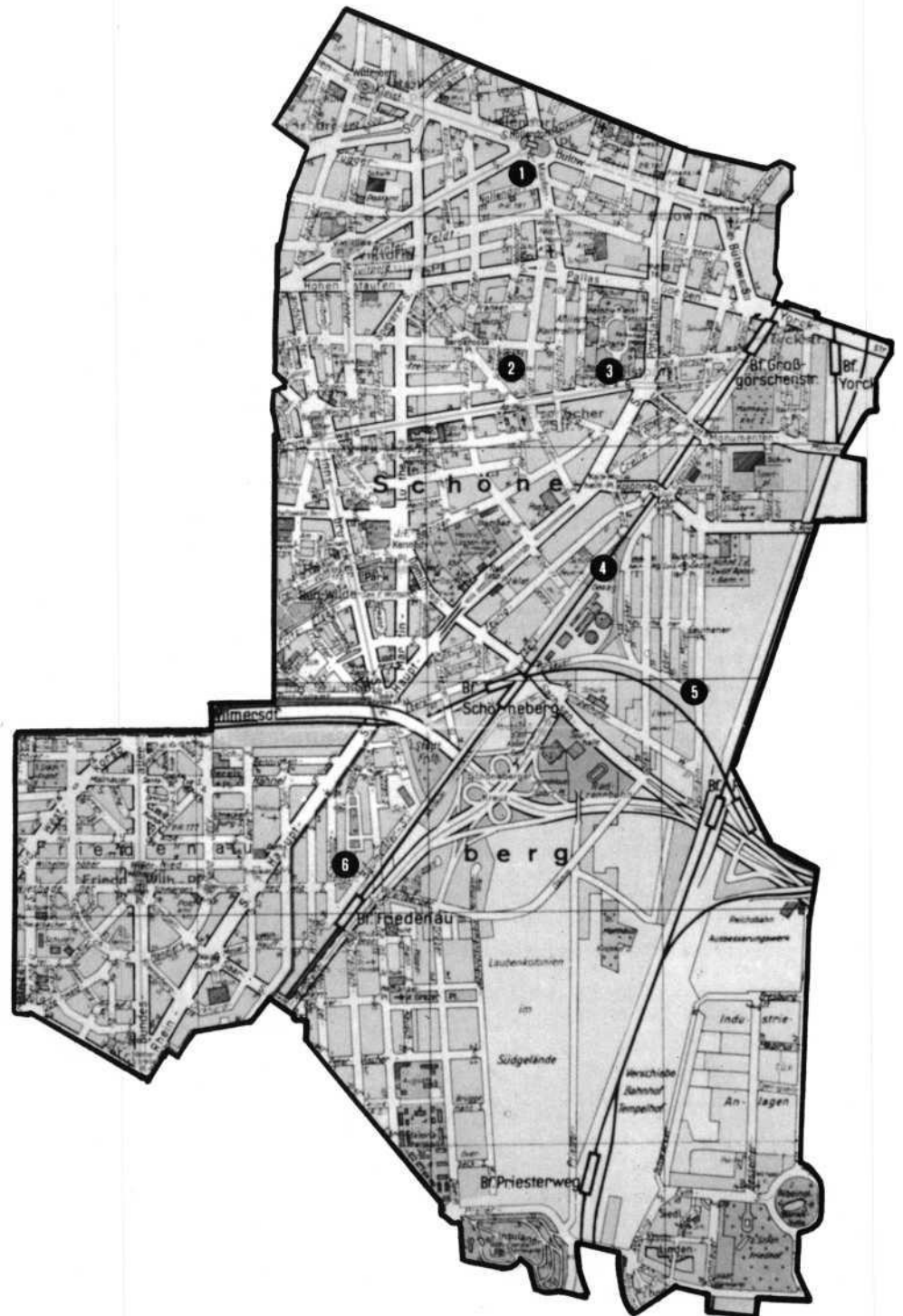
Vertreibung oder Emigration von ca. 10.000 Wissenschaftlern und Künstlern aus Deutschland. Die Zahl der Hochschüler verringert sich von 130.000 auf 70.000.

1940

Antisemitischer Hetzfilm «Jud Süß». 12.10. Walter Benjamin nimmt sich an der spanischen Grenze das Leben.

1944 *

Der «Reichsbevollmächtigte für den totalen Kriegseinsatz» (Goebbels) lässt alle Theater, Kabarets und andere kulturelle Einrichtungen schliessen.



Orte

- 1 Piscator-Bühne und Kino "Mozartsäle" am Nollendorflplatz
- 2 Pestalozzi-Fröbel-Haus, Karl-Schrader-Straße
- 3 Staatliche Kunstschule, Grunewaldstraße 2-5
- 4 Volksbücherei, Ebersstraße 9
- 5 Wohnhaus des Dichters Paul Zech, Naumannstraße 78
- 6 Atelier des Malers Hans Baluschek, Cecilienpark / Semperstraße

Wie haben sich die Kunst- und Bildungs-ideale der Nazis in allen Lebensbereichen durchgesetzt? Auf welche Widerstände sind sie dabei gestossen?

Wo war der Weg bereits geistig, ästhetisch und politisch vorbereitet?

Diesen Fragen wollen wir in diesem Kapitel an einigen konkreten Beispielen aus Schöneberg nachgehen.

Schon am 17.2.1933, lange bevor mit der Ausstellung «Entartete Kunst» in München der klare Trennungsstrich gezogen wurde und der Bildersturm auf die Museen begann, überfällt ein SA-Trupp, unterstützt von Studenten der «Deutschen Studentenschaft», die Kunstschule in der Grunewaldstrasse, sperrt Professoren ein und brandmarkt sie durch Wandparolen als «jüdisch-bolschewistische» Künstler.

Erwarteten sich die Hochschullehrer in dieser Situation noch Hilfe beim Unterrichtsministerium und sprach die liberale Presse noch von einem «Überfall», so wurden den Professoren schon wenige Monate später ihre Titel aberkannt, einige entlassen oder strafversetzt, zwei müssen emigrieren; Prof. Tappert überlebt – nach seiner endgültigen Entlassung 1939 – so erzählt seine Frau in einem Interview – in der «inneren Emigration». Bald setzt sich die «deutsche Kunst» durch, nicht nur an den Hochschulen, an den Schulen, auch in den öffentlichen Räumen wie z.B. in Schöneberg im Bürgersaal des Rathauses. Hier entsteht von 1936-1939 ein Wandbildzyklus mit kriegsverherrlichenden Bildern. Ging es der bildenden Kunst in Schulen und öffentlichen Räumen ähnlich wie der Literatur in den öffentlichen Volksbüchereien? Hier musste 1933 gar nicht viel «gesäubert» werden, denn das, was wir heute als die wichtigste Literatur der Weimarer Republik betrachten, war entweder gar nicht oder nur in wenigen Titeln vorhanden. Das hat Frauke Hansen für die Schöneberger Volksbüchereien von 1922-28 durch Studieren der Kataloge nachgewiesen, sie fand aber umfangreiche Literatur von Autoren, die die Nazis später propagierten. «Emigriert – vertrieben – ermordet – vergessen?» haben wir die Kurzportraits von Künstlern, Literaten und sozial engagierten Persönlichkeiten überschrieben, die vor 1933 in Schöneberg lebten. Wenige haben wie Tappert in innerer Emigration überleben können. Die meisten mussten emigrieren, wurden vertrieben oder sind, wie Georg Hermann, im KZ ermordet worden. Wir erwähnen diese Frauen und Männer nicht, weil wir sie in einem verkürzten Heimatbewusstsein als «Schöneberger» vereinnahmen wollen, vielmehr haben wir in den Ausstellungen 1983 und 1987 ihr Leben hier zum Anlass genommen, auf ihre Werke bzw. ihre Arbeit hinzuweisen. Wie viele von ihnen blieben bis heute in Vergessenheit?

Wir widmen einem von ihnen ein etwas längeres Portrait: Paul Zech. Er war den Jüngeren unter uns, als wir 1982 mit den Vorbereitungen zur 1. Ausstellung begannen, unbekannt. Dabei hat er nicht nur, wie viele andere, mehr oder weniger zufällig in Schöneberg gelebt, sondern lokale Ereignisse und ortsgebundene Szenen direkt zum Anlass literarischer Produktion gemacht. Wenn der nach dem Krieg mit

seinem Roman «Goodbye to Berlin» bekanntgewordene Christopher Isherwood (dieses Buch wurde zur Vorlage für den Film «Cabaret») die Avantgarde – und Bohème-Szene rund um den Nollendorfpark zum Ausgangsort nahm, so hat Zech in seinem Roman «Deutschland, Dein Tänzer ist der Tod» das proletarisch-kleinbürgerliche Milieu der «Roten Insel» beschrieben.

1983 waren wir überwiegend auf DDR-Produktionen angewiesen, um Zech zu lesen, seither sind zahlreiche Bücher in einem Frankfurter Verlag erschienen.

Auch das ein Beispiel lokalhistorischer Spurensuche: Bei unseren Recherchen 1982 sind wir auf Hella Zech gestossen, die noch bis zu ihrem Tod 1986 in Schöneberg gelebt hat und gerührt eine Gedenktafel für ihren Schwiegervater enthüllte, und die trotz schwerer Krankheit zu unseren Veranstaltungen kam. Zusammen mit ihrem Mann hatte sie nach dem Krieg mit geringer Resonanz versucht, Paul Zech mit einem eigenen Kleinverlag wieder ins Bewusstsein zu rufen und seine Exilliteratur zu veröffentlichen.

Nicht nur durch Lesungen können die Nachgeborenen sich die Kultur wieder aneignen, die von Vätern und Grossvätern offensichtlich nachhaltig «verbrannt» worden ist. Insa Eschebach ist das letzte Stück des Weges der Emigration von Walter Benjamin nachgegangen, der vom Blumeshof (am Schöneberger Ufer), einem Ort aus der «Berliner Kindheit», über Frankreich durch die Pyrenäen bis an die spanische Grenze führte. Ist es Zufall, wenn sich ein Le-Pen-Anhänger abwehrend auf diesen Weg stellt und schliesslich die 'nordisch-blonde'-Frau doch weiterziehen lässt?

KATHARINA KAISER



Abb. 63 Der SA-Überfall auf die Kunstschule, Teil der Ausstellung zur NS-Geschichte in Schöneberg im «Haus am Kleistpark» 1983

Der SA-Sturm auf die Kunstschule in der Grunewaldstrasse

CHRISTINE FISCHER-DEFOY

Im Rahmen der vielfältigen Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der NS-Machtübergabe wurde von der Berliner Hochschule der Künste ein Forschungsprojekt eingerichtet, das die Geschichte der eigenen Institution in den Jahren 1933-45 erkunden soll. Ein erster Hinweis in der Literatur über den SA-Überfall auf die Staatliche Kunstschule in der Grunewaldstrasse am 17.2.1933

führte zu der Idee, diesen Vorfall exemplarisch für die erste Phase der NS-Herrschaft zu untersuchen und öffentlich darzustellen. Was war an diesem Tag passiert? Wie kam es dazu? Wer war beteiligt?

Erste Hinweise fanden sich in den in Kellern und Abstellkammern der Hochschule verstreuten alten Akten. Wie ein Puzzle-Spiel fügten sie sich zusammen: Berichte von Betroffenen und Beteiligten, Verfügungen des Ministeriums, Presseartikel. Gibt es noch Augenzeugen? Mühsame Suche im Telefonbuch. Josef Wulff zitiert in seinem Buch «Die bildenden Künste im Dritten Reich» den Brief eines Studenten: Hans Joachim Bober. Er lebt in Berlin (West), freut sich, dass wir uns für seine Geschichte interessieren. Dann geht es wie im Schneeballsystem: Jedes Interview ergibt neben lebensnahen Darstellungen Beziehungen zu weiteren Augenzeugen. Und immer wieder die Erfahrung: in die Freude, dass nach so vielen Jahren nun endlich etwas zu diesem Thema erarbeitet werden soll, mischt sich die Skepsis, die Angst, auch heute noch / wieder Schwierigkeiten zu bekommen. Immer wieder die gleiche Frage: «Lebt Otto-Andreas Schreiber noch?» Er war als SA-Mann und Vorsitzender des NS-Studentenbundes für die Kunsthochschule verantwortlich für den Überfall am 17.2.33. Die Angst vor ihm hat sich bis heute gehalten. Diese Angst vor Schwierigkeiten ist nicht unbegründet, hatten doch viele der Betroffenen nach 1945 weiter mit staatlichen Instanzen zu kämpfen, als es etwa um die Entschädigungsverfahren ging. So etwa Heinz Dose, als stellvertretender Schülervertreter derjenige, der am 17.2.33 die von der SA gehisste Hakenkreuzfahne vom Schuldach geholt und zerrissen hatte. Konsequenz: Ausschluss vom Studium, Lehrerexamen unter quasi illegalen Bedingungen bei einem heimlichen Aufenthalt in Berlin 1936. 1949 lehnte das Kultusministerium die Ernennung zum Studienrat mit der knappen Begründung ab, dass «der Antragsteller nicht zu dem Personenkreis gehört, dem Rechtsansprüche nach dem Wiedergutmachungsgesetz zustehen.» Der Rechtsstreit hierüber zieht sich bis 1953 hin.

Zugleich erfahre ich aber bei den Zeitzeugen und ehemals Betroffenen auch immer wieder ermutigende Unterstützung und die Bereitschaft, ihre Zeit, Kraft und Erfahrungen weiterzugeben. So bei Frau Tappert, der Witwe des verfolgten Professors für Malerei, Georg Tappert, die in dem folgenden Interview über die Ereignisse am 17.2.33 berichtet.

Annaliese Tappert: «Am 17.2.33, da war Prüfungssitzung in der Hochschule. Und mein Mann sagte, es wird wohl später Nachmittag werden, ich ruf Dich an und Du holst mich dann in der Grunewaldstrasse ab. Das geschah und ich fuhr mit der Strassenbahn, der 74, die fuhr damals die Schlossstrasse, Potsdamerstrasse bis zur Schule. Als ich zur Grunewaldstrasse, zum Haus übergehe, sehe ich SA, zwei Mann in Uniform vor der Tür stehen! Es gehen zwei Treppen hinauf. Und die SA-Leute standen oben, hielten die Klinke, machten mir mit grosser Geste die Tür auf, und ich denk, mich rührt der Schlag: da sah ich

sämtliche Herren des Prüfungskollegiums in dem kleinen Zwischenraum zwischen den grossen Glastüren und der Aussentür! Mein Mann bekommt mich gleich zu fassen und sagt: 'Geh sofort zurück und ruf den Minister an, wir sind überfallen worden!' Ich will wieder hinaus, da sagt der SA-Mann: 'Angehörige des Professorenkollegiums mitverhaftet! Nun hörten wir von innen ziemliches Getöse, Schlägereien, es knallte auch ein paarmal vom Schiessen, also 'ne richtige grosse Schlacht war im Gange. Als der Tumult sehr stark war, habe ich versucht, durch die Glastür in die Halle zu kommen. Mein Mann sagte: 'Versuch, dass du rauf ins Atelier kommst!' Hab ich gemacht. Und wie ich oben in den Flur kam, sah ich wieder Studenten und SA-Männer mit grossen Leitern und grossen eisernen Krampen, die schlugen sie in die Türen, so dass man die nicht mehr aufmachen konnte. Dann waren als Emblem an die Türen gemalt mit roter Farbe Hammer und Sichel ...Ich dachte, vielleicht runter in den Garten, vielleicht ist da irgendeine Möglichkeit, hinauszukommen, oder ich finde meinen Mann wieder. Ich hab ihn auch tatsächlich wiedergefunden! So sind wir über den Hof über einen Hinterausgang entwischt! Und wie wir zu Hause waren, haben wir gleich das Radio eingeschaltet, und es sprach Herr Hinkel und er erzählte gerade, dass sie endlich aufgeräumt hätten in der Hochschule für Kunsterziehung, und die Professoren, die eben jüdisch und kommunistisch und bolschewistisch malten, rausgesetzt hätten. Das warder Abschluss!».

Seitens der Studenten der Kunstschule fand am 6.3.1933 eine Vollversammlung statt, auf der eine neue Studentenvertretung gewählt werden sollte. Die anwesenden NS-Studenten weigerten sich, die gewählten Vertreter anzuerkennen, da sie angeblich «Marxisten» seien. Nach 21/2-stündiger Diskussion über die Vorfälle am 17.2., bei der es auch zu massiven Angriffen gegen Marianne Matthiae und Anne-Lotte Findeisen wegen ihrer Beteiligung am Herunterreissen der Hakenkreuzfahne kommt, wird die Versammlung aufgelöst. Neuwahlen werden angesetzt. Die am Fahnensturm beteiligten Studenten, Heinz Dose, Anne-Lotte Findeisen, Marianne Matthiae, sowie Arno Schüle und Hans Joachim Haase werden mit der Zustimmung des Kultusministers am 31.7.1933 auf der Grundlage des «Gesetzes gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen» vom Studium ausgeschlossen. Fachschaftsgruppenführer und SA-Mann Rabe fordert darüber hinaus den Ausschluss von Ebba Weddig.

Wie gering die Basis der NS-Studenten an der Staatlichen Kunstschule zu diesem Zeitpunkt ist, wird daran deutlich, dass es nicht gelingt, die aufgrund des «Überfüllungsgesetzes» erforderlichen drei Studentenvertreter für den Ausschuss zum Ausschluss von Studenten zu benennen (HdK-Archiv). So muss ein Student einer anderen Hochschule hinzugezogen werden, um formal korrekt über die Ausschlüsse der oben genannten Studenten zu beschliessen. Der Bericht von Direktor

Kanoldt nennt folgende abschliessende Entscheidung: Heinz Dose und Arno Schüle werden aus der Staatlichen Kunstschule ausgeschlossen, ihnen wird jedoch nahegelegt, an den Vereinigten Staatsschulen bzw. an einer anderen Kunstschule ausserhalb Berlins das Studium fortzusetzen. Der Ausschluss von Hans Joachim Haase wird aufgehoben. Anne-Lotte Findeisen und Marianne Matthiae bleiben vom Studium ausgeschlossen, da neben den politischen Gründen «auch die moralische Eignung zur späteren Lehrerin und Erzieherin nicht gegeben erscheint» (Kanoldt, 18.9.1933, HdK-Archiv).

Der «Sturm auf die Kunstschule» findet seinen zynischen Abschluss in einer Rechnung des NSdSTB (Nationalsozialistischer Studentenbund) an Heinz Dose, der wegen fortgesetzter Angriffe gegen ihn Berlin verlassen hatte und sich auf Sylt verborgen hielt. Am 7.12.1933 wird er aufgefordert, für die zerrissene Hakenkreuzfahne umgehend RM 14,- zu erstatten.



Abb. 64 Annaliese und Georg Tappert, um 1950

Die vier betroffenen Professoren, Georg Tappert, Curt Matthias Lahs, Phillip Franck und Heinrich Kamps werden zunächst entlassen bzw. strafversetzt. Lahs flieht vor seiner drohenden Verhaftung und emigriert nach Frankreich. Franck flüchtet später nach England. Über Tappert wird in der Folgezeit nicht nur Lehrverbot, sondern auch Mal- und Ausstellungsverbot verhängt. Er lebt zurückgezogen in der Birkbuschstrasse, schliesst sich in den 40er Jahren der Widerstandsgruppe Wimer an.

Annaliese Tappert: «Im April 1945, als der Krieg zu Ende war, wenige Tage nach Hitlers Geburtstag, war hier in der Birkbuschstrasse alles klar, am 28. oder 29. April 1945 bin ich dann von hier zu Fuss in die Grunewaldstrasse gelaufen, um zu sehen, ob die Schule noch steht. Wir hatten ja keine Ahnung. Wir waren den ganzen Krieg über hier in der Birkbuschstrasse geblieben. Das Haus war zerstört, das Atelier zerstört (insgesamt wurden fast 100 Bilder Tapperts im Krieg vernichtet). Bilder sind ja ein Stück Leben. Ein Bild ist für den Maler ja etwas Lebendiges, es ist ja die Umsetzung von etwas Geistigem auf eine Realität. Das Bild kann ich erhalten, den Gedanken und die Ideen, die dazu geführt haben und die gefühls-

mässige Einstellung, das ist ja dann alles Vergangenheit. Mein Mann war durch diese Angelegenheit derartig in seinem Malerleben zerstört worden, dass er nach 1945 nie mehr einen Pinsel angefasst hat.»

Zusammen mit Prof. Karl Hofer, einem der 1933 entlassenen Lehrer an der Kunsthochschule am Steinplatz, setzt Tappert sich in den Jahren nach 1945 für den Wiederaufbau der Berliner Kunsthochschulen ein. Es gelingt zunächst, eine bewusst antifaschistische Kunstpolitik zu verwirklichen.

Annaliese Tappert: «Mein Mann sagte immer: Es befriedigt mich, dass ich an dem Ort, wo ich so gedemütigt worden bin, jetzt Chef bin und die Schule wieder in ihren alten Zustand zu bekommen versuche.» (Er wurde unmittelbar nach Kriegsende zum Leiter der Hochschule für Kunsterziehung in der Grunewaldstrasse berufen, die auf seine und Carl Hofers Initiative noch 1945 als pädagogische Abteilung in die Hochschule der Künste integriert wird. Anm. d. Verf.) 'Und dass ich mit der Jugend, der übriggebliebenen und der neu hinzukommenden, ein neues Weltbild schaffen kann! Er hat furchtbar darunter gelitten, dass er nicht mehr malen konnte. Und er sagte: 'Da liegen zu viele Jahre dazwischen, Leerlauf, dass ich jetzt nicht wieder anfangen kann. Ausserdem bin ich ein alter Mann geworden.' Als Künstler ist er buchstäblich zerbrochen.»

(Auszüge aus: Christine Fischer-Defoy, Kunst – Macht – Politik. Die Nazifizierung der Kunst- und Musikhochschulen in Berlin, 1988)

Abb. 65 Professor Tappert mit Schülern in der Kunstschule (um 1935). Ihm wurde zwar 1933 seine Professur aberkannt, er darf aber bis 1937 weiter lehren.

Abb. 66 Obwohl der Gleichschaltungsprozess bereits in vollem Gang ist, berichtet dieser Artikel aus dem Berliner Tageblatt vom 18.2.1933 noch erstaunlich ausführlich und kritisch über den SA-Überfall in der Grunewaldstrasse. Spätestens im April 1933 wird auch dieses ehemals liberale Blatt kontrolliert.



„Verhaftung“ von Professoren

Männer in S.-A.-Uniform überfallen eine Berliner Schule

Auf der Staatlichen Kunstschule in der Grunewald-Strasse in Schöneberg, in der zurzeit Prüfungen für Lehrer an Gymnasien usw. stattfinden, wurde gestern nachmittag ein Überfall durch uniformierte S.-A.-Leute ausgeführt. Drei Professoren der Schule wurden für verhaftet erklärt. Auf dem Gebäude wurde das Hakenkreuzbanner gehißt. Als das Überfallkommando erschien, ergriffen die S.-A.-Leute die Flucht.

Die Polizei bestätigt den Vorfall insofern, als sie mitteilt, es seien etwa 15 Personen in Uniform der S.-A. in die Kunstschule eingedrungen und hätten die Professoren durch Gewalt an den Prüfungsarbeiten gehindert. Die Ermittlungen der Polizei seien im Gange, doch sei noch nicht erwiesen, dass es sich bei den Tätern um Nationalsozialisten handle. Die Prüfungsarbeiten haben nach Erscheinen der Polizei ihren Fortgang genommen.

Von Augenzeugen

Wirb uns über den Vorfall folgender Bericht gegeben:

Der Leiter der Schule, Professor Philipp Frank, der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, war mit drei anderen Lehrern der Schule, dem Direktor Kamp, Professor Tappert und Professor Loh, in einer Ausschusssitzung in einem Zimmer des Rückgebäudes. Um 1/3 Uhr erschienen plötzlich mehrere S.-A.-Leute in Uniform im Ausschusssitzungszimmer und

erklärten die anwesenden Lehrer für verhaftet.

Sie forderten die Lehrer dann auf, das Zimmer zu verlassen und

sich mit ihnen zum Polizeipräsidium zu begeben. Die Lehrer begaben sich auf die Aufforderung der S.-A.-Leute auf den Flur, wo der Vorfall sehr schnell bekannt wurde und eine Zusammenrottung der Schüler zur Folge hatte. Ein Schüler, der eine Bemerkung gegen die S.-A.-Leute machte, wurde mit einem Gummiknüppel niedergeschlagen, eine Schülerin, die ihr Misfallen ausstrahlte, so den Hasen gezerrt.

Mittlerweile hatten andere S.-A.-Leute das Gebäude besetzt. Kein Schüler durfte das Gebäude verlassen oder von innen betreten. Währenddessen wurde dann von einem S.-A.-Mann

auf dem Gebäude die Hakenkreuzflagge gehißt.

Als von der Strasse her plötzlich das Herannahen eines Überfallkommandos der Polizei gemeldet wurde, ergriffen die S.-A.-Leute die Flucht. Die Polizei konnte nicht einen einzigen Täter mehr erwischen.

Der Überfall auf die Schule muss schon im Laufe des Morgens vorbereitet worden sein. An die Tür des Zimmers, in dem die Sitzung stattfand, waren am Morgen Schlüsselabdrücke geklebt worden. Am Nachmittag bemerkte man, dass die Telefonzellen in der Schule durch Eisenbaken verschlossen waren. Es wird dann weiter berichtet, dass in der letzten Zeit gegen einige Lehrer der Schule eine Hetze entfaltet worden sei mit der Begründung, diese Lehrer seien „marxistischer Geniebung“ verdächtig.

Der Leiter der Schule begab sich nach dem Vorfall sofort zum kommissarischen Leiter des preussischen Unterrichtsministeriums, Dr. Rust.



Georg Tappert, als «entarteter» Künstler verfeimt.

Abb. 67 Tappert: Strassenbahn, circa 1930

Abb. 68 Bildseite aus dem Buch von W. Willrich: Säuberung des Kunsttempels, 1938. Willrich hat in diesem für die Nazis wichtigen Buch mit erstaunlichem Informationshintergrund alle modernen Maler zusammengestellt, in der Absicht, sie als «entartet» zu brandmarken. Auch diese Bildseite über die Novembergruppe, der Tappert angehörte, hat diese Absicht. Willrichs Buch diente vielen Museen als Vorlage, welche Künstler sie aus ihren Sammlungen zu säubern hätten.

«... Dass es Kunstbolschewismus gab und was alles dazugehört – wesenhaft – wird nun wohl zweifelsfrei feststehen für jeden vernünftigen Menschen! Für das Gesicht der deutschen Kunst kommt es praktisch auf dasselbe hinaus, ob unpolitisch-anarchische Kunstverderber, Frechlinge und Narren von eigenen Gnaden es besudeln mit ihrem Auswurf, oder ob, geschäftlich oder weltanschaulich begründet, anarchistisch bolschewistische Agitation bewusst oder unter- oder unbewusst daran getrieben wird. Das Ergebnis ist in jedem Fall das gleiche. Die Kunst entartet, d.h. sie wirkt gegen ihren wesenhaften heiligen Sinn, gegen ihre Würde als Spenderin von Kraft für Volk und Art durch Besinnung und Erhebung. So wirkt die bolschewistische Kunst dem göttlichen Geist, dem echte Kunst ihr Dasein verdankt, selber entgegen, sucht ihn zu zerstören und zerstört alle und alles um sich herum, dabei letztlich auch sich selbst. Das wird uns durch den Verlauf der anarchistisch-bolschewistischen Kunstentartung bewiesen...»

(Aus: W. Willrich; Säuberung des Kunsttempels, 1937)



Abb. 68: Die Werke der Novembergruppe
 1. Hans Naber, Berlin: „Kunstbolschewismus“, Die Aktion, VII, 1927. 2. West Zouwen, Leiden: „Kunstbolschewismus“, Die Aktion, VII, 1927. 3. Ernst Dreyer, Leipzig: „Kunstbolschewismus“, Die Aktion, VII, 1927. 4. Otto Abert, München: „Kunstbolschewismus“, Die Aktion, VII, 1927. 5. Hans Naber, Berlin: „Kunstbolschewismus“, Die Aktion, VII, 1927. 6. Hans Naber, Berlin: „Kunstbolschewismus“, Die Aktion, VII, 1927. 7. Hans Naber, Berlin: „Kunstbolschewismus“, Die Aktion, VII, 1927. 8. Hans Naber, Berlin: „Kunstbolschewismus“, Die Aktion, VII, 1927. 9. Hans Naber, Berlin: „Kunstbolschewismus“, Die Aktion, VII, 1927. 10. Hans Naber, Berlin: „Kunstbolschewismus“, Die Aktion, VII, 1927. 11. Hans Naber, Berlin: „Kunstbolschewismus“, Die Aktion, VII, 1927.

Fresken im Rathaus Schöneberg, als «wahre deutsche Kunst» gefeiert



Abb. 69 Eichhorst: Abschied (Ausschnitt), 1939, Fresko, Rathaus Schöneberg



Wandmalerei im Rathaus Schöneberg 1939 – Nazi-Kunst unterm Putz verborgen?

1936 erhielt der Berliner Maler Franz Eichhorst den Auftrag, die Wände des Bürgersaals im Rathaus Schöneberg zu bemalen. Der Bürgersaal wurde unter anderem für Kulturveranstaltungen und Feste (z.B. Hochzeiten) vermietet. 1939 erfolgte die feierliche Einweihung. Der Bilderzyklus zeigt die Geschichte Deutschlands seit dem Ersten Weltkrieg bis zur Übernahme der Macht durch die Nazis. 1945 wurden die Fresken wahrscheinlich übermalt, vermutlich bevor hier am 13. Mai 1945 die erste öffentliche Musikveranstaltung nach Beendigung des Krieges in Berlin stattfand: Ein Sinfoniekonzert des Berliner Kammerorchesters. Seit dem 19. Mai 1945 gastierte im Bürgersaal das deutschrussische Volksvariété «Roter Stern». 1946-48 spielte im Bürgersaal das «Neue Theater am Nollendorferplatz» sein Operettenprogramm. Mit der Teilung der Stadt wurde der Raum Ende 1948 als Plenarsaal umgebaut. Seit dem 13. Januar 1949 tagt hier bis heute die Stadtverordneten-Versammlung, das spätere Abgeordnetenhaus von Berlin.

(Christiane Zieseke, Text aus der Ausstellung «Inszenierung der Macht», Berlin 1987)

Abb. 70 Eichhorst: Maschinengewehrnest, 1939, Fresko, Rathaus Schöneberg

... in schwerem Ringen liegende Truppen am Maschinengewehr und bei der Tankabwehr, Verwundete und Sterbende dazwischen, hinterlassen einen tiefen und ersten Eindruck der Gewalt des Krieges und der berstenden Kraft des Kampfes. Aber das Schöne und Einmalige der Fresken ist die Ferne von Blut und Schrei, ist die Vermeidung aller verletzenden und unerträglichen Realistik, wie sie in völliger Verkennung des Menschenmöglichen und Erlaubten blutrünstige Sensationsmaler und vor allem auch der Kriegsfilm vergangener Zeit immer wieder zuwege gebracht haben. Hier überragt die Idee, hier überragen Einsatz und Opfer und einsames Heldentum das Grausen der Wirklichkeit, und zurück bleibt der Gedanke vom Schicksal eines Volkes, der den ganzen Ablauf des Bilderzyklus beherrscht.

...Im Wandbilde, mehr als in jeder anderen Form bildlicher Darstellung, bedarf es der gespannten Entschlossenheit, das grosse Erlebnis, das Schicksalhafte einer Zeit, den seelischen Schwung eines Volkes festzuhalten und sinnbildhaft zu verewigen. Es ist die innere Umkehr, es ist der unentreibbare Sieg des idealistischen Lebensgefühls über die Mächte der Finsternis, worin sich die Gewissheit kundtut, dass in den Künsten und in ihren monumentalen Beispielen die grossen Zeichen der Erneuerung eines Volkes aus den Tiefen seines Blutstromes aufgerichtet sind. Darin wird die ganze Weite und Kraft des Umschwunges erkennbar, der auch die bildende Kunst geläutert und beschenkt hat...»

(Robert Volz, aus: «Die Kunst im 3. Reich», November 1938)

«Die Scheidung der Geister»
«Frontarbeit am Leser».
Die Volksbüchereien
in Schöneberg

FRAUKE HANSEN

Eine Gruppe von Bibliothekaren, (die Autorin Frauke Hansen, ausserdem Brigitte Deister, Ursula Donath, Gernot Kunze, Martina Langheim, Elsbeth Lörcher) aus öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken, teils mit, teils ohne Brot-erwerb, aber alle bereit, in dem noch weitgehend unbeackerten Feld der Geschichte des eigenen Berufsstandes im Nationalsozialismus nach Spuren zu suchen, erfuhr, dass das Kunstamt Schöneberg auch Interesse zeigte an einer Darstellung der Volksbüchereien im Rahmen seiner Ausstellung über die Zeit von 1933-1945.

Ein Anruf bei den Kollegen von der Theodor-Heuss-Bücherei in der Hauptstrasse ergab, dass dort noch reichlich Akten aus vergangenen Jahrzehnten vorhanden waren und dass ebenso alte Auswahlverzeichnisse, Fachzeitschriften, Presse-mappen und Fotos zur Verfügung stünden. Denkbar günstige Voraussetzungen also, insbesondere, da man uns auch noch die Adressen von zwei pensionierten Kolleginnen nennen konnte, die bereits Ende der Weimarer Republik oder unmittelbar nach Kriegsende in der Bücherei tätig waren.

Wir machten uns mit kritischer Lust und Neugier an die Arbeit.

Der Bezirk Schöneberg verfügte in der Weimarer Republik, wie auch die anderen Berliner Bezirke, bereits überein ausgebautes Netz öffentlicher Volksbüchereien und Lesesäle, in denen jeder über 14 Jahre alte «Einwohner Schönebergs oder Friedenau» gegen eine Gebühr von 1 Mark im Vierteljahr Bücher entleihen oder kostenlos einsehen konnte. Die Hauptstelle war zwar in dem mit der Volksbadeanstalt geteilten Gebäude in der Ebersstrasse 9 etwas verkehrungünstig und räumlich beengt untergebracht, besass aber dank der Fähigkeiten ihres ersten Bibliothekars Heyne, der sie nach der Jahrhundertwende aufgebaut hatte, einen umfangreichen, insbesondere auf dem Gebiet der Sachliteratur gut sortierten Bestand (1928: 31.649 Bände, davon 17.435 Bände «Belehrende Literatur»). Daneben gab es die Zweigstelle Süd im Rathaus Friedenau am Lauterplatz (heute: Breslauer Platz), die Zweigstelle Nord in der Freisinger Strasse 20, eine Ausgabe-stelle in der Siedlung Lindenhof und eine Kinder-lesehalle in der Hauptstrasse 15. In allen Büche-reien zusammen befanden sich 46.366 Bücher, die im Jahre 1928 von 4.687 Lesern 152.000 mal entliehen wurden.

Zu den Haupt- und Zweigstellen gehörten jeweils Erwachsenen-Lesesäle, die 1928 56.000 Besucher verzeichnen konnten.

Bei der Benutzung der Büchereien mussten die Leser allerdings wesentlich strengere Regeln als heute akzeptieren. So heisst es in einem Bericht des Stadtrats Hannemann an den Magistrat vom 11.9.1928: «Im Ausleihbetrieb haben wir, um die



Abb. 71 Spurensicherung über dem Eingang in der Ebersstrasse 9

Lese'wut' mancher Kreise zu steuern Beschränkungen eingeführt: Der Leser erhält gleichzeitig 1 Unterhaltungsbuch und bis zu 3 Werke belehrende Literatur. Umtausch unterhaltender Literatur darf erst am 3. Tage stattfinden.»

Weiter unten fährt der Stadtrat fort: «Nach ihrer Bücherauswahl sind, wie wohl überall, sehr viele Leser sog. Durchschnittsleser, deren literarischer Geschmack gehoben werden muss. Das gelingt häufig. Sie verlangen vorzugsweise zunächst Unterhaltungslektüre, daneben unterhaltlich geschriebene Reisebeschreibungen und Biographien .. unsere ästhetisch-literarisch interessierten Leser bevorzugen Neuerscheinungen, moderne Zeitromane (Thomas Mann, Galsworthy, Thiess, Wassermann, Undset, Hans Grimm, Neumann, Blunck, Flake, Schaffner, Stehr, Ulitz, Wiechert, Zola, Tolstoi, Gorki, Dostojewski), Dramen, aber sehr wenig neue Lyrik.» Bei dieser Liste fällt auf, dass neben alten und neuen Klassikern bereits auch eine Reihe von Autoren dazugehören, die zu den Vorreitern der NS-Bewegung gehörten (Grimm, Blunck, Schaffner).

Die genauere Durchsicht der 1922 und 1928 herausgegebenen Sonderkataloge «Schöne Literatur» ergibt, dass – abgesehen von der generellen Breite des Angebots an Autoren und Titeln – von vielen uns heute als bedeutend oder bereits für kleine Büchereibestände unverzichtbar erscheinenden Autoren entweder gar nichts (s. Liste) oder nur sehr wenig (1 Titel von Bert Brecht, 5 Titel von Heinrich Mann, 1 Titel von Ernst Toller, 3 Titel von Arnold Zweig) vorhanden war, während ein grösseres Angebot von Dorf- und Heimatgeschichten, historischen und biographischen Romanen aus allen Phasen der germanisch-deutschen und ausserdeutschen Geschichte mit häufig nationalem oder religiös-mythischen Tenor zur Verfügung stand.

Bedeutende Autoren der Zwanziger Jahre, von denen sich 1928 kein Titel im Bestand der Volksbücherei Schöneberg befand:

Gottfried Benn	Klaus Mann
Johannes R. Becher	Walter Mehring
Lion Feuchtwanger	Erich Mühsam
Marie-Luise Fleisser	Joachim Ringelnatz
Ivan Goll	Georg Trakl
Georg Heym	Bruno Traven
Franz Kafka	Kurt Tucholsky
Egon Erwin Kisch	Erich Weinert
Karl Kraus	Friedrich Wolf
Else Lasker-Schüler	

Die Leser der Volksbücherei wurden 1928 mit einer Berufsstatistik erfasst, in der die Ehefrauen jeweils den Berufen der Männer zugeordnet waren. Aus ihr geht hervor, dass Gewerbetreibende, Handlungsgehilfen, Verwaltungsbeamte und Rentiers mit ihren Ehefrauen die grösseren Gruppen innerhalb der Leserschaft bilden, die der ungelerten Berufe und der Metallarbeiter waren bereits bedeutend kleiner, das weitaus grösste Kontingent stellen aber die «Frauen, deren Beruf nicht ermittelt werden konnte» (ca. 1/4 aller Leser!). Nach Aussagen einer früheren Kollegin waren darunter Frauen zu verstehen, die von Witwen- oder Kleinrenten und/oder mancherlei, nicht auf einem erlernten Beruf oder einer festen Anstellung beruhenden Tätigkeiten (Zimmervermietten, Klavierstunden-Geben etc.) lebten. Es liegt nahe, dass diese weiblichen Lesergruppen, mehr noch als andere, primär Unterhaltungsliteratur in der Bücherei suchten, und so wird erklärlich, dass 1928 trotz umfangreicher Sachbuchbestände 78% der Entleihungen (118130 Bände) auf die «Schöne Literatur» entfallen.

Die Volksbüchereien in der Weltwirtschaftskrise

Mit dem Anwachsen der Wirtschaftskrise erhöht sich sprunghaft die Zahl der Leser, der Ausleihen und der Lesesaalbesucher. Es fällt auf, dass die Zahl der Entleihungen bis 1932 bereits wieder erheblich absinkt, der Anteil der Sachliteratur an



Abb. 72 Lesesaal der Volksbücherei in der Ebersstrasse

den Entleihungen sich aber stark erhöht (1928: 22%, 1932: 39%) und die Zahl der Lesesaalbesucher 1932 fast so hoch bleibt wie im Jahr zuvor. Die Benutzung der Volksbüchereien im Verlauf der Wirtschaftskrise:

	Leser	Ausleihen	Lesesaalbesucher
1928	4.687	152.082	55.884
1929	6.857	155.440	55.218
1930	8.641	216.819	70.843
1931	9.264	175.822	81.000
1932	7.170	150.526	76.170

Im Sommer 1932 verteilt der «Verband Deutscher Volksbibliothekare» einen Sonderdruck an die Berufskollegen, «Die deutschen Bibliothekare und Büchereien in Not», weist in einem Begleitbrief darauf hin, «wie gross heute die Inanspruchnahme der Büchereien und wie ungerechtfertigt daher jede weitere Mittelkürzung ist». Der Verband protestiert dagegen, dass «Rückstufungen der volksbibliothekarischen Kräfte vorgenommen oder geplant werden» und bittet um genaue Angaben über die Zahl der Erwerbslosen innerhalb der Gesamtleerschaft. Für Schöneberg ergibt sich folgende erschreckende Bilanz: In der Hauptstelle, die der proletarischen «Roten Insel» benachbart ist, sind 63% der Leser arbeitslos, in der Zweigstelle Nord 17%, in Süd 25%, im Durchschnitt 32% der Leser, im ersten Vierteljahr sogar 38%!

Gleichschaltung des Bibliothekswesens 1933-36

Die «Säuberungen» des Buchbestandes und die Gleichschaltung des Bibliothekswesens erfasste nach dem Januar 1933 auch die Volksbüchereien. So liest man bereits am 1.2.1933 im *Völkischen Beobachter*:

«Ein öffentlicher Missstand. Marxistengift in den Volksbüchereien!

Ein Parteigenosse sendet uns folgende, gewiss ernstzunehmende Zuschrift: Eine der stärksten Waffen der Marxisten im Kampf um die Arbeiterseele sind die städtischen Volksbüchereien... Die Städtischen Volksbüchereien sind mehr noch als die Arbeitsämter eine Domäne der marxistischen Parteibonzen... Bücher deutscher und nationalgesinnter Schriftsteller sind in den letzten 8-10 Jahren nicht angeschafft worden ... Die Marxisten sind hier umso mehr in der Lage, ihren unheilvollen Einfluss auszuüben, als ja bekanntlich Wohlfahrtsempfänger und Erwerbslose die Bücher unentgeltlich beziehen können... Nun, da das grosse Aufräumen beginnen soll, wird sich hier vor allem ein Arbeitsfeld für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei eröffnen.»



Abb. 73 Eine Bibliothekarin in der Volksbücherei Schöneberg

Am 27.4.1933 schreibt die *Deutsche Zeitung* unter der Überschrift:

«Die Scheidung der Geister. Eine Schwarze Liste für Volks- und Schulbüchereien:

Es ist ein zentraler Ausschuss gebildet worden, dem der Bibliotheksrat Dr. Max Wieser, der Bibliothekar Dr. Hans Engelhard und der Bibliothekar Dr. Wolfgang Herrmann angehören. Von diesem Ausschuss ist eine Liste des volksfremden Schrifttums aufgestellt worden, die ergänzt werden soll durch eine Liste des deutschen, aufbauenden, völkischen Schrifttums. Die kulturpolitische Aufsicht dieser Behörde wird sich auch auf Zeitungen und Zeitschriften erstrecken. Man plant, eine Reihe der aus den Volksbüchereien verbannten Werke öffentlich zu verbrennen und damit der geistigen Säuberung einen öffentlichen Ausdruck zu geben.»

Wie sehr der Geist der neuen Zeit einige profilierte Berufskollegen ergreift, zeigt auch der Artikel des ersten Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Volksbibliothekare vom 29.12.1933 in der *Deutschen Zeitung*:

«Neuordnung des Büchereiwesens in Preussen. Frontarbeit am Leser.» «Mit der Neuordnung des gesamten Erziehungs- und Unterrichtswesens im neuen Staate wird auch das volkstümliche Büchereiwesen als die bedeutsamste Einrichtung der nationalen Erwachsenenbildung eine gründliche Umformung zu erfahren haben... Alles, was an gemeinsamer Facharbeit zu leisten ist, einschliesslich der spezifisch volksbibliothekarischen Schrifttumspflege, bedarf nicht nur im Sinne einer vernünftigen Rationalisierung und Verteilung der Arbeit der Zusammenfassung, es bedarf auch der Führung im Sinne des neuen Kulturwillens. Diese Zusammenfassung und Führung bedarf weiter der staatlichen Autorität, um sich restlos durchsetzen zu können, ihre Organisation aber muss so beweglich sein, dass sie überall die wertvollen und willigen Kräfte weckt und nicht erötet.»

Die Auswirkungen in Schöneberg

Vom zuständigen Referat des Oberbürgermeisters ergeht am 18.4.1933 eine Weisung an die Volksbüchereien, ausser den marxistischen (im Lesesaal der Schöneberger Volksbüchereien lagen bis Anfang 1933 immerhin auch die «Rote Fahne» und der «Vorwärts» aus) auch alle in den Verlagen von Mosse und Ullstein erscheinenden Zeitschriften abzubestellen. Anfang Mai 1933 erhalten die Büchereien von dem «Ausschuss zur Neuordnung der Berliner Stadt- und Volksbüchereien» eine Liste «Empfehlenswerte Zeitschriften für die Lesesäle der Stadt- und Volksbüchereien». Von den unbedingt zu haltenden Zeitschriften lässt der Schöneberger Bibliotheksrat Schulz zwar einige aus, bestellt aber ansonsten, wie erwartet, eine grössere Anzahl nationalsozialistisch-völkischer Blätter und kündigt dafür die Abonnements verschiedener vorhandener Zeitschriften.

Ab 1. Juli 1933 werden für die Lesesäle der Volksbücherei Schöneberg folgende Zeitschriften abonniert:



- Nationalsozialistische Monatshefte
- Der Reichswart
- Deutsche Kulturwacht
- Volk und Rasse
- Nordische Stimmen Germanien
- Die Tat
- Arbeitertum
- Nationalsozialistische Frauenwarte

Am 6. Juni 1933 schreibt Bibliotheksrat Schulz an den Schöneberger Stadtrat Dr. Graff:

«Bei den seit langen Jahren stets überaus sorgfältig von den Leitern der Stadtbücherei ausgewählten Bücheranschaffungen haben sich in unserer Bücherei nur sehr wenig Werke befunden (pazifistische und sonst anstössige), die völlig ausgemerzt werden müssten. Eine grössere Anzahl von Werken rein historisch-wissenschaftlichen sozialistischen Inhalts (sozialdemokratische), die wir als wissenschaftliche Bücherei selbstverständlich besitzen müssen, die auch nach den neuen Bestimmungen nicht ausgeschieden, aber nur zu wissenschaftlichen Arbeiten ausgegeben werden sollen, müssen wir umstellen und besonders ordnen ... Ich bitte deshalb genehmigen zu wollen, dass wir in diesem Jahre Hauptstelle, Nord und Süd für den Publikumsverkehr, ebenso die 3 Lesesäle, vom 1. bis 31. Juli 33 schliessen dürfen.»

Bei diesen ersten Säuberungen hat die Volksbücherei Schöneberg offenbar nur sehr wenige Bücher vollständig ausgeschieden, denn bei einer Umfrage des Verbandes Deutscher Volksbibliothekare nach der «Anzahl der in der Zeit vom 1.4.1933 bis 31.3.1934 durch Säuberungsaktion ausgemerzten Bände» werden nur 128 angegeben. Ein Teil der indizierten Bücher – genaue Zahlen sind nicht bekannt

Abb. 74 Artikelüberschriften aus dem Völkischen Beobachter vom 1.2. und 19.8.1933 und der Deutschen Zeitung vom 27.4. und 29.12.1933

– wird auf einem Zwischenboden gelagert und damit zwar nicht gänzlich vernichtet, aber doch der allgemeinen Benutzung entzogen.

Entwicklung der Ausleih- und Leserzahlen nach 1933

	Leser	Ausleihen	Lesesaalbesucher
1933	6.711	147.218	61.500
1934	5.825	138.953	47.655
1935	4.963	115.667	40.725
1936	?	101.337	?

Auf eine Anfrage des Oberbürgermeisters nach den «Substanzverlusten seit der Machtübernahme» ergibt sich, dass bis Ende 1935 bereits 2.461 Bände ausgeschieden wurden, und zwar 690 «durch politische Säuberung» und 1.771 «neuerliche Substanzverluste durch gänzlich Herausziehen der jüdischen Autoren». Trotzdem bleibt die Zahl, insbesondere der aus politischen Gründen entfernten Bände vergleichsweise gering, bei einem Buchbestand von 62.602 Bänden im März 1934 ergibt sich eine Säuberungsquote von insgesamt 4%. Der *Völkische Beobachter* spricht in seinem Artikel «Ab heute gefäuberte Volksbüchereien» vom 19.8.1933 von ganz anderen Durchschnittswerten: «Der Prozentsatz der ausgeschiedenen Bücher ist in allen Bibliotheken der gleiche, etwa 9 bis 10 v.H...». Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Volksbücherei Schöneberg tatsächlich nicht so viele Bände ausscheiden musste, weil sie – wie es Bibliotheksrat Schulz

in seinem Schreiben erläuterte – viele «anstössige» Werke gar nicht erst angeschafft hatte. Diese Vermutung wird durchaus erhärtet, wenn man untersucht, welche der Autoren, die auf der ersten, am 16.5.1933 im *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel* abgedruckten «Schwarzen Liste» für die Schöne Literatur überhaupt im Bestand der Volksbücherei Schöneberg vertreten waren. In dem Katalog der «Schönen Literatur» von 1928 entdeckt man nur 28 der 131 erst-indizierten Autoren! Eine sehr geringe Zahl, selbst wenn man berücksichtigt, dass einzelne Autoren erst nach 1928 gedruckt oder bekannt wurden.

Nach der «Machtergreifung» gingen die Ausleih- und Leserzahlen insgesamt stark zurück, wenn auch in unterschiedlichem Umfang in den einzelnen Sparten der Volksbücherei. Den grössten Rückgang hatte die Zweigstelle Süd prozentual zu verzeichnen, hatte sie 1930 noch 76.672 Ausleihen, so sanken diese bis 1935 auf 28.339. Die Jugendschriften-Ausleihe stieg dagegen sogar noch an: 1930=8.088 Bände, 1935=10.304. Der Rückgang der Leser- und Ausleihzahlen ist wohl überwiegend durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erklären. Eine frühere Kollegin berichtet: «Die Leser brachten ihre Bücher zurück und sagten: 'Neue nehme ich nicht, ich hab' jetzt Arbeit.'» Sicher aber auch darauf, dass die gesäuberten Bestände für manche Leser an Attraktivität eingebüsst hatten. Beide Gründe trafen für die Jugendschriften-Ausleihe nur bedingt zu, dort wurde zumindest weniger gesäubert und die Jugendlichen hatten mehr Zeit zum Lesen.

Die personellen Veränderungen nach der «Machtübernahme»

Der grösste Teil der Schöneberger Bibliothekare bleibt unbehelligt auf ihren Posten nach der «Machtübernahme» der Nationalsozialisten. Sie sind generell nicht aktiv politisch tätig, weder in den Reihen der NSDAP noch bei sonstigen politischen Parteien, überwiegend jedoch durch Angst vor dem Kommunismus geprägt. «Viele haben 1933 aufgeatmet, nun fangen wir neu an, damit es was Vernünftiges wird» sagt eine frühere Kollegin. Der seit 1925 amtierende Bibliotheksrat Schulz, ein aus dem polnischen Korridor verdrängter Posener, ist – wie sich aus vielen Aktennotizen entnehmen lässt – ein national gesonnener Mann. Er wird 1933 zwar kein Nationalsozialist, führt aber alle geforderten Massnahmen korrekt durch und bleibt bis zu seiner regulären Pensionierung im Amt.

In der Volksbücherei selbst gibt es Anfang 1933 keine jüdischen Kollegen, allerdings in der direkt dem Bezirksamt unterstellten Verwaltungsbücherei. Am 29.3.1933 wird zunächst verfügt: «Die Bibliothekssekretäre Abraham und Bloch treten mit dem 1. April 1933 zur Stadtbücherei über.» Vom 5. Dezember 1933 datiert ist ein Schreiben des Bezirksamtes, das neben anderen auch die Namen von Lucie Abraham und Wally Bloch, Stadtbücherei, aufführt: «Sie wurden durch den Herrn Preuss, Minister des Innern gemäss § 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeam-

tentums in den Ruhestand versetzt. Bis zum Ablauf Ihrer Amtszeit werden Sie hiermit mit sofortiger Wirkung beurlaubt.» In einem gemeinsam unterzeichneten Papier vom 9.11.33 halten der Bezirksamtsvertreter Dr. Haase und Bibliotheksrat Schulz fest: «1. Für den Dienst in der Amtsbücherei (= Verwaltungsbücherei, d.A.) wird die apl. (ausserplanmässige, d.A.) Bibliotheksoberssekretärin Fr. Such bestimmt. Der durch die Verringerung des Personals notwendig gewordenen Einschränkung des Ausleih- und Lesesaalbetriebes wird in dem vorgeschlagenen Umfang zu(gestimmt).» Die in die Verwaltungsbücherei versetzte Traute Such muss bereits am 20.11.33 dort zwecks Einarbeitung ihren Dienst antreten und übernimmt ab 1.1.34 voll die Stelle der zwangspensionierten jüdischen Kolleginnen. Zumindestens eine von ihnen (Wally Bloch) kann noch eine Weile beim jüdischen Kulturbund arbeiten und hält gelegentlich mit den früheren Kolleginnen Kontakt. Über das weitere Schicksal der beiden ist nichts bekannt. Der Berliner Oberbürgermeister verfügt in einem Rundschreiben vom 7.10.33: «Es muss daher zunächst mit allen Mitteln versucht werden, die von den ausscheidenden Beamten bisher ausgeführten Arbeiten in Zukunft durch anderweitige Arbeitsverteilung von den verbliebenen Beamten erledigen zu lassen. Ist das selbst bei wesentlich erhöhter Arbeitsleistung der verbliebenen Beamten nicht möglich, dann sind mir wegen der Ersatzgestaltung für die ausgeschiedenen Beamten ausführlich begründete Anträge vorzulegen.» In Schöneberg war das nicht möglich, und so mussten ab 2.1.1934 in den Zweigstellen Nord und Süd die Öffnungszeiten der Lesesäle um eine Stunde täglich und ab 1.5.1934 der Ausleihbetrieb um je 3 Stunden wöchentlich gekürzt werden. Zum 30.6.1934 wird der bereits seit einigen Jahren im Notprogramm als Lesesaalaufsicht tätige Chemiker Dr. Arnold entlassen, es ist nicht bekannt, aus welchen Gründen, und durch die offenbar recht linientreue Dr. Jenny Müller ersetzt.

Über die berufliche Arbeit hinaus werden jetzt weitergehende Aktivitäten von den Bibliothekarinnen erwartet. So finden sich Notizen über die Erklärung bestimmter Kollegen für das Winterhilfswerk und ein Rundschreiben des Oberbürgermeisters vom 19.5.34, mit dem gebeten wird, .. mir bis zum 28. Mai 1934 unter Angabe der Amtsbezeichnung und Privatadresse diejenigen Beamten namhaft zu machen, die an dem Aufmarsch zum Nationalen Feiertag (1. Mai 1934) nicht teilgenommen haben... Sämtliche Beamte sind darauf hinzuweisen, dass sie mit Disziplinarstrafen rechnen müssen, wenn sie falsche Angaben machen. « Am 1. Februar 1936 tritt eine neue Benutzungsordnung der Berliner Volksbüchereien in Kraft. Ihr erster Satz lautet: «Die Volksbüchereien sind in nationalsozialistischem Geiste arbeitende Bildungsstätten.»

Heimkehr zum guten deutschen Buch (1937-1945)

1937 geht Bibliotheksrat Schulz in Pension und wird von dem politisch wesentlich engagierteren

Dr. Kahl (nach Aussagen einer früheren Kollegin ein SA-Mann) ersetzt. Er bemüht sich sehr bald um die Verschönerung des Lesesaales in der Ebersstrasse:

«Dabei denke ich auch an die Beschaffung von wenigen, guten Bildern, deren Anblick immer wieder zu erfreuen vermag. Es kämen dafür die Wiedergaben von Gemälden Hans Thomas, Caspar David Friedrichs u.ä. Deutscher Meister in Frage, wie sie auch in vielen anderen Berliner Volksbüchereien zu sehen sind ...Es müsste dabei auch eine einheitliche und schöne Rahmung der Bilder mit berücksichtigt werden ... Dabei beantrage ich gleichzeitig, das als Leihgabe der Bez Verw. bereits vorhandene grosse Führerbild des Hauptstellenlesesaals in diese gleichartige Rahmung mit einzubeziehen. Es besitzt einen breiten, tief-schwarzen Rahmen, der die Wirkung der Grossaufnahme des Führers völlig beeinträchtigt und in krassem Gegensatz zu dem weissen Wandstrich steht.»

Bei der in jedem Herbst stattfindenden «Buchwoche», die stets mit grossem Propagandaaufwand verbunden war, wetteiferten auch die Berliner Bezirksbüchereien darum, sich mit möglichst zeitgemässen Themen zu beteiligen, so zum Beispiel 1936 mit folgenden Buchausstellungen: «Das Buch der HJ», «Vom germanischen Heerbann bis zum Volksherr Adolf Hitlers», «Kolonial-, Wehr- und Jugendbuch». In Schöneberg entschied man sich für den «Bauern im deutschen Buch». Dr. Kahl setzte sich bereits 1938 sehr dafür ein, dass die Eröffnung der neuen Jugendbücherei in der Feurigstrasse 7 im Rahmen der «Grossdeutschen Buchwoche» mit einem anspruchsvollen Programm stattfindet: Fanfarenchor der HJ, Rede des HJ-Standortführers, gemeinsamer Gesang deutscher Hymnen usw., wurde aber vom Bürgermeister zurückgewiesen, der «in Anbetracht der kleinen Räume in der Jugendbücherei» nur eine bescheidene Zeremonie mit einer kurzen Rede des Büchereileiters wünschte. Im Anschluss an diese Feier vom 31.10.1938 lud man dann aber noch die Vertreter von Presse, HJ, Schulen, Beiräten etc. zu einer Veranstaltung des Kreises IV der NSDAP ein, zur Eröffnung der Bücherschau «Ostmark und Sudetenland», die «von den Städt. Volksbüchereien gemeinsam mit dem Schöneberg-Friedenauer Buchhandel» im Lesesaal der Zweigstelle Süd aufgebaut wurde.

Mit Beginn des Krieges werden 5 Bibliothekarinnen und 1 Buchbinder in Kriegsdienststellen versetzt, die Bücherei Nord, die gerade eröffnete Jugendbücherei und die Ausgabestelle Lindenhof werden daraufhin geschlossen. 1943 wird die Bücherei Nord durch Bombenangriffe völlig zerstört und die Hauptstelle schwer beschädigt. Noch am 1. Mai 1945 brennt das Rathaus Friedenau und der Lesesaal, ein Teil des Bestandes sowie sämtliche Kataloge gehen in Flammen auf.



Abb. 75 Der Dichter Paul Zech, vor 1933

Paul Zech (1881-1946)

GISELA WENZEL

Bis Mitte der zwanziger Jahre war der Expressionist Paul Zech – einer der konsequentesten Vertreter der sozialen Lyrik – ein relativ bekannter und erfolgreicher Dichter. Die Welt der Kohlengruben, des Industrieproletariats, das anonyme und entmenschlichende Milieu der Grossstadt waren sein literarisches Thema. Bis zu seiner Emigration 1933 erschienen rund 45 Titel in den verschiedenen Verlagen: «Das Schwarze Revier», «Der Schwarze Baal», «Schollenbruch», «Terzinen für Tino» (Else Lasker-Schüler gewidmet), sowie Zeitschriften, wie «Das neue Pathos» etc.. Kurt Pinthus nahm von ihm 13 Gedichte in die 1919 erschienene Anthologie «Menschheitsdämmerung» auf. 1926 errang Zech seinen grössten Bühnenerfolg, als Piscator mit den Bühnenbildern von Georg Grosz seine Rimbaudnachdichtung «Das trunkene Schiff» inszenierte.

Von 1923 bis 1933 wohnte Paul Zech in Schöneberg auf der «Roten Insel» (heute Naumannstr. 78). Seinen Lebensunterhalt verdiente er in verschiedenen bürgerlichen Berufen, zuletzt als Bibliothekar in der Berliner Stadtbibliothek. Nachdem er bereits im Februar 1933 vorübergehend verhaftet worden war und die Nazis ihm seine ganze Privatbibliothek ausgeräumt hatten, verlor er im April 1933 aus politischen Gründen auch seinen Posten als Bibliothekar. Im Juni 1933 entschloss sich Zech, nachdem Teile seines Werkes auf den «Schwarzen Listen» erschienen waren, zur Emigration. Hier im Exil war er, wie mir seine Schwiegertochter Hella Zech erzählte, von grossem Heimweh geplagt. Dies bestätigte auch der autobiographische Roman «Michael M. irrt durch Buenos Aires». Auch weigerte er sich beharrlich, spanisch zu lernen. In deutscher Sprache setzte er seine schier unerschöpfliche literarische Produktion fort, ohne Aussicht, einen Verleger oder ein breiteres Leserpublikum zu finden. Der grös-

te Teil blieb bis Anfang der 80er Jahre unveröffentlicht. Eines der Hauptwerke der Exiljahre ist der antifaschistische «Tatsachenroman», der 1980 – fast ein halbes Jahrhundert nach seiner Entstehung – unter dem Titel «Deutschland, Dein Tänzer ist der Tod» erstmals vom Greifenverlag (DDR) veröffentlicht wurde. Der Titel ist eine Anspielung auf Zechs Ballade von 1918 «Berlin, halt ein, besinne Dich, dein Tänzer ist der Tod». Aus der späteren Zeit seines Exils ist die unveröffentlichte Variante dieses Gedichtes, die dem maschinenschriftlichen Romanmanuskript in der Berliner Akademie der Künste beigelegt ist.

Dort heisst es:

Die Junker, General und Schlotbaron ziehn wieder an dem einen, gleichen Strick, der Deinem ärmsten, Deinem treuesten Sohn sich schlingen soll um das Genick.

Wer hat, dem wird gegeben noch und noch, kopfüber fliegt der Habenichters ins Loch.

Deutschland, halt ein, besinne Dich, Dein Tänzer ist der Tod!

Der Krieg frass alle Männer weg, und Gott wiegt keinen Heller mehr, sein Bild verwest zu Blut und Dreck. Weiss keiner mehr, wohin, woher die schwarzen Wetterwolken jagen? Die Erde ist mit Fluch geschlagen und heult im letzten Bogenstrich von Morgenrot zu Morgenrot: Berlin, halt ein, besinne dich, dein Tänzer ist der Tod.

(Erste und letzte Strophe des Gedichts, aus: Sammlung Paul Zech, im Archiv der Akademie der Künste, Berlin [West], o.J.)

Weitere Arbeiten von Zech, die sich direkt mit dem Nationalsozialismus und der Exilsituation auseinandersetzen, sind: «Michael M. irrt durch Buenos Aires» (Rudolstadt 1985), der Briefwechsel zwischen Paul Zech und Stefan Zweig [1910-1942] (Rudolstadt 1984), und die beiden unveröffentlichten Manuskripte «Nur ein Judenweib» und «Gab es im 'Dritten Reich' eine innere Emigration?» (Sammlung Paul Zech a.a.O.)



«Die F-ROUTE Zur Geschichte eines Fluchtweges

INSA ESCHEBACH

Der Durchgang sei hier verboten, erklärt uns der schlecht rasierte Mann, der eine Dobermannhündin an der Leine hält. Warum, das könne er sagen: Er sei der Besitzer der umliegenden Weinfeld und die Leute, vor allem die Spanier, liessen ihre Abfälle hier liegen. Er aber sei Le-Pen-Anhänger und wolle schon für RUH he und Ordnung sorgen: «*Je suis comme les Nazis, comprenez-vous*» («*Ich bin wie die Nazis, verstehen Sie*»), fährt er fort. Auf Juden, Araber und Spanier, die arabisches Blut in ihren Adern hätten, würde er sofort seinen Hund loslassen. Zu uns spreche er nur, weil wir «*von derselben Rasse seien*» wie er – aus diesem Grund war er dann auch schliesslich bereit, uns sein Gebiet passieren zu lassen.

Der Pfad, der heute durch das Gebiet dieses Mannes führt, ist der erste Abschnitt jener Route, die während des Zweiten Weltkrieges von Emigranten bei ihrer Flucht aus Frankreich nach Spanien benutzt wurde. Diese Route verlief von Banyuls-sur-Mer über die Pyrenäen bis hin zu dem spanischen Grenzort Port-Bou. Walter Benjamin gehörte zu den ersten, die auf diesem Weg illegal die französisch-spanische Grenze passiert haben.

Am 25. September 1940 war er in das Grenzgebiet gekommen, um Fluchtmöglichkeiten über die Pyrenäen ausfindig zu machen. Das sogenannte deutsch-französische Waffenstillstandsabkommen vom Juni 1940 hatte ihn – wie alle deutschen Emigranten – um die Möglichkeit der legalen Ausreise gebracht; ein weiterer Aufenthalt in Frankreich aber hätte das Lager und schliesslich die Deportation bedeutet.

Lisa Fittko, die bereits als Schülerin des Neuköllner Karl-Marx-Gymnasiums Widerstandsarbeit geleistet hatte, sollte ihm behilflich sein: Mit falschen Papieren war sie nach Banyuls-sur-Mer gekommen, um von hier aus einen Fluchtweg für die von der Gestapo verfolgten Emigranten zu organisieren. Kurz bevor Benjamin sie an jenem Tage aufsuchte, hatte ihr der Bürgermeister des Ortes eine Route über die Berge verraten: Es handelte sich um einen alten Schmugglerweg, der während des Spanischen Bürgerkrieges von dem stalinistisch gesinnten General Lister für seine Truppen benutzt worden war. Noch am selben Tag machten sich die beiden auf, um die erste Etappe des Weges zu erkunden. Als nun nach einem dreistündigen Fussweg die Dunkelheit einbrach, wollte Lisa Fittko umkehren. Ausserdem war mit Henny Gurland, der späteren Frau von Erich Fromm und deren Sohn abgemacht, dass

Abb. 76 Enthüllung der Gedenktafel für Paul Zech am 22.8.1983 in der Naumannstrasse 78, wo Zech von 1923-1933 wohnte. Links die Schwiegertochter des Dichters, Hella Zech, rechts Stadtrat Luban.

man am nächsten Morgen gemeinsam aufbrechen würde, um den langen Weg bei Tageslicht zurückzulegen.

Aber plötzlich weigerte sich Benjamin, den Weg noch einmal zurückzugehen. Immerhin handelte es sich um ein Drittel der gesamten Wegstrecke – der an Herzbeschwerden leidende Benjamin wollte sich dieser Anstrengung kein zweites Mal aussetzen. Obgleich es kalt war und es nichts zum Zudecken gab, beschloss er daher, die Nacht allein auf einer Hochebene mit sieben Pinien zu verbringen. Die anderen sollten dann am folgenden Morgen an dieser Stelle wieder auf ihn treffen. Und so geschah es auch. In der Dämmerung des nächsten Tages fand man den übernächtigen Benjamin auf der Hochebene wieder und setzte den Weg gemeinsam fort.

Lisa Fittko hat der Schilderung dieses Tages, an dem sie ihre erste Flüchtlingsgruppe sicher über die Grenze bis nach Spanien geleitete, in ihren Memoiren (Mein Weg über die Pyrenäen, 1985) ein ganzes Kapitel gewidmet. Darin zeichnet sie das Bild des 'alten Benjamin', der sich alle 10 Minuten ausruhen musste und dessen schwere, schwarze Aktentasche von allen abwechselnd getragen wurde. In dieser Tasche transportierte er ein Manuskript, hatte er ihr erklärt, an dessen Rettung ihm ebenso viel lag wie an seinem Leben. – Beeindruckt war Lisa Fittko von Benjamins Höflichkeit, die auch in jener extremen Situation ganz unerschütterlich geblieben sei.

Als schliesslich nach neun Stunden der spanische Grenzort Port-Bou in Sicht kam, verabschiedete sie sich von den beiden Gurlands und Benjamin und ging zurück.

Über den Fortgang der Ereignisse gibt ein Brief von Henny Gurland aus Lissabon, datiert vom 12.10.1940, Auskunft: *«Für uns alle waren diese 12 Stunden eine ganz grauenhafte Anstrengung. Der Weg war uns völlig unbekannt, zum Teil musste man ihn auf allen Vieren erklettern. Abends kamen wir in Port-Bou an und gingen auf die Gendarmerie um unseren Eintrittsstempel zu erbitten. Vier Frauen und wir drei sassen eine Stunde lang, weinend, bittend, verzweifelt vor den Beamten und zeigten unsere durchaus guten Papiere. Wir waren alle sans nationalité [ohne Nationalität], und man sagte uns, dass seit einigen Tagen ein Erlass herausgekommen sei, der verbot, Leute ohne Nationalität durch Spanien reisen zu lassen. Man erlaubte uns, eine Nacht im Hotel zu verbringen soi-disant [sozusagen] unter Bewachung und stellte uns drei Polizisten vor, die uns morgens an die französische Grenze begleiten sollten ...»*. (Aus: Henny Gurland, Zeugnisse zur Entstehungsgeschichte, in: Walter Benjamin, Das Passagenwerk, Bd. 2, 1983, S. 1195 f.)

In jener Nacht hat Walter Benjamin sich mit Morphiumtabletten das Leben genommen. Das Manuskript, an dessen Rettung ihm so viel lag, gilt seither als verschollen. Inwiefern sein Tod bewirkte, dass die Gurlands entgegen der neuen Regelung ihre Reisefortsetzen konnten, ist ungewiss.

Das von der spanischen Regierung verhängte

Durchreiseverbot für Staatenlose währte nur für kurze Zeit, weshalb die 'Route Lister' auch weiterhin als Fluchtweg benutzt werden konnte. Zusammen mit ihrem Mann Hans liess Lisa Fittko sich in Banyuls nieder, um im folgenden halben Jahr zwei- bis dreimal wöchentlich kleine Flüchtlingsgruppen über die Berge zu führen.

Der Weg lohnte sich allerdings nur für diejenigen, die in Port-Bou ein spanisches Transitvisum sowie ein Visum für die USA bzw. Lateinamerika vorweisen konnten. Aus diesem Grund arbeiteten die Fittkos zusammen mit dem Emergency Rescue Committee (ERG) in Marseille, das den Flüchtlingen die nötigen Papiere verschaffte und sie an die Fittkos in Banyuls weiter vermittelte. Das ERG war eine von liberalen Amerikanern geründete Organisation, deren Ziel es war, Emigranten, *«die aus politischen Gründen oder ihrer Geisteshaltung wegen»* verfolgt wurden, aus Frankreich herauszubringen.

Diese programmatische Formulierung deutete bereits an, dass nicht alle, die sich an das ERC wandten, dort auch Unterstützung fanden. Wer beispielsweise 'nur' aus rassistischen Gründen verfolgt wurde – so kann man aus den Erinnerungen des Leiters des ERG, Varian Fry (Auslieferung auf Verlangen, 1986) schliessen – wurde an die örtliche jüdische Hilfsorganisation oder an die Quäker verwiesen, die aber nur Essensmarken austeilten. In seinem bereits 1945 in New York City erschienenen Buch schildert Fry das Auswahlverfahren, dem sich die Flüchtlinge in dem Marseiller Büro unterwerfen mussten: Aus dem meist überfüllten Wartezimmer wurden die potentiellen 'Klienten' zu einem Interview gerufen, in dessen Verlauf Fry sich *«ein Bild von den politischen Ansichten und intellektuellen Verdiensten der Bewerber»* zu machen suchte. Dabei achtete er unter anderem auch darauf, dass er nicht *«einem sich als Demokraten ausgebenden Kommunisten half»*. Weil nun offenbar einige Flüchtlinge darauf verfielen, sich beim ERC als Künstler auszugeben, um auf diese Weise den Anspruch auf Hilfe geltend zu machen, wurde die in Fragen der Kunst bewanderte Miriam Davenport eingestellt. Wenn ihr die Künstler unbekannt waren und *«sie ihr auch keine Arbeitsproben vorlegen konnten, so schickte sie sie zum Vieux Port hinunter und liess sie eine Skizze anfertigen. Kamen sie mit der Skizze zurück, musste sie nur einen Blick darauf werfen, um zu entscheiden, ob sie etwas konnten oder nicht.»*

Man fragt sich heute, wie notwendig es war, dass Fry, um *«Europas führende literarische Köpfe zu retten»*, einigen Flüchtlingen derartige Prozeduren zumutete. Wahrscheinlich aber hätte das ERC ohne die Inanspruchnahme von Auswahlkriterien seine Arbeit sehr bald aufgeben müssen. Die Zwangslage, in der sich das ERC befand, ist ja direkter Ausdruck jenes grauenhaften Dilemmas, für das der nationalsozialistische Selektionswahn allein verantwortlich zeichnet. Varian Fry und seinen Leuten ist das Überleben von über 1.000 Verfolgten zu verdanken, darunter Heinrich und Golo Mann, Franz Werfel, Lion Feuchtwanger, Walter

Mehring, Siegfried Kracauer, Hans Sahl, André Breton, Max Ernst. Nur sollten 'die im Lichte' nicht 'die im Dunklen' vergessen machen, denen im alten Hafen von Marseille vielleicht die Hand gezittert hat beim Zeichnen.

Die 'Route Lister', die in Emigrantenkreisen nach dem Namen der Fittkos auch als 'F-Route' bezeichnet wurde, war selbstverständlich nicht der einzige Weg über die Berge. Die wesentlich kürzere Route von Cerbère nach Port-Bou wurde, bis sie aufflog, von Hunderten von Emigranten benutzt, unter ihnen der 70-jährige Heinrich Mann, der fast den ganzen Weg über getragen werden musste. Golo Mann und die Werfels, die mit 12 Koffern reisten, entkamen ebenfalls über den Col Cerbère, während das Gepäck mit der Bahn nach Port-Bou transportiert wurde.

Tausende sind in jenen Jahren, oft auch auf eigene Faust, über die Pyrenäen geflohen. Offenbar gab es unter den Einheimischen auch Geschäftemacher, die versprachen, Flüchtlinge für hohe Summen über die Grenze zu bringen, um sie dann irgendwo in der Wildnis ausgeraubt ihrem Schicksal zu überlassen.

Wer heute in Banyuls nach der F-Route oder der Route Lister fragt, dem kann es passieren, dass er oder sie ein Lächeln zur Antwort erhält: Die Wege über die Pyrenäen, so wird man aufgeklärt, tragen stets den Namen des Berges, über den sie führen. Nach Menschen oder Ereignissen würden hier keine Wege benannt. Dieser Mangel an Kenntnis der eigenen Geschichte verträgt sich gut mit den Wanderkarten der Alpinisten-Vereine, die darauf angelegt sind, den Interessierten die Begegnung mit der Schönheit der per se geschichtslosen Natur zu ermöglichen. Die hat sich die F-Route nach 45 Jahren sowieso zurückgenommen: Auf der Hochebene mit den sieben Pinien, auf der Benjamin seine letzte Nacht verbracht und die den Fittkos in den folgenden Monaten stets als Orientierung gedient hatte, wächst inzwischen ein Pinienväldchen, und kleine Strassen erleichtern den Weinanbau dort, wo man früher ausgetretenen Pfaden folgte. Als die inzwischen betagte Lisa Fittko vor einigen Jahren versuchte, ihren Weg von damals zu rekonstruieren, sollte es selbst ihr nicht mehr restlos gelingen ...

«Vergangenes», heisst es dagegen in Benjamins Passagenwerk, *«arbeitet leidenschaftlich in den Dingen»*. Dass dem so ist, kann einem selbst da draussen in der ungeschichtlichen Natur vorgeführt werden: Ganz unvermutet, von einem faschistischen Weinbergbesitzer, der einen am Weitergehen hindern will.

Gedenktafeln in Schöneberg für Verfolgte des Nationalsozialismus und Stätten des Terrors

1 Hans Baluschek
Ceciliengärten 27

2 Albert Einstein
Nördlinger Str. 8

3 Gottfried Benn
Bozener Str. 20

4 Georg Hermann
Stubenrauchstr. 6

5 Michael Hirschberg
Winterfeldstr. 8
(Biografie siehe Kap. 6)

6 Karl Hofer
Grünwaldstr. 44

7 Christopher Isherwood
Nollendorferstr. 17

8 Egon Erwin Kisch
Hohenstaufenstr. 36

9 Erich Klausener
Keithstr. 8
(Biografie siehe Kap. 5)

10 Else Lasker-Schüler
Motzstr. 7

11 Julius Leber
Julius-Leber-Brücke
(Biografie siehe Kap. 6)

12 Paul Löbe
Rubensstr. 118
(Biografie siehe Kap. 6)

13 Paul Oestreich
Menzelstr. 1

14 Friedrich Justus Perels
Perelsplatz 9
(Biografie siehe Kap. 6)

15 Nelly Sachs
Maaßenstr. 12

16 Alice Salomon
Goltzstr. 43/44

17 Kurt Tucholsky
Bundesallee 79

18 Robert Uhrig
Wartburgstr. 4
(Biografie siehe Kap. 6)

19 Paul Zech
Naumannstr. 78

20 Carl Zuckmayer
Fritz-Elsas-Str. /
Carl-Zuckmayer-Brücke

21 Volksgerichtshof
Kleistpark, Potsdamer Straße

22 Synagoge
Münchener Straße 34 - 38

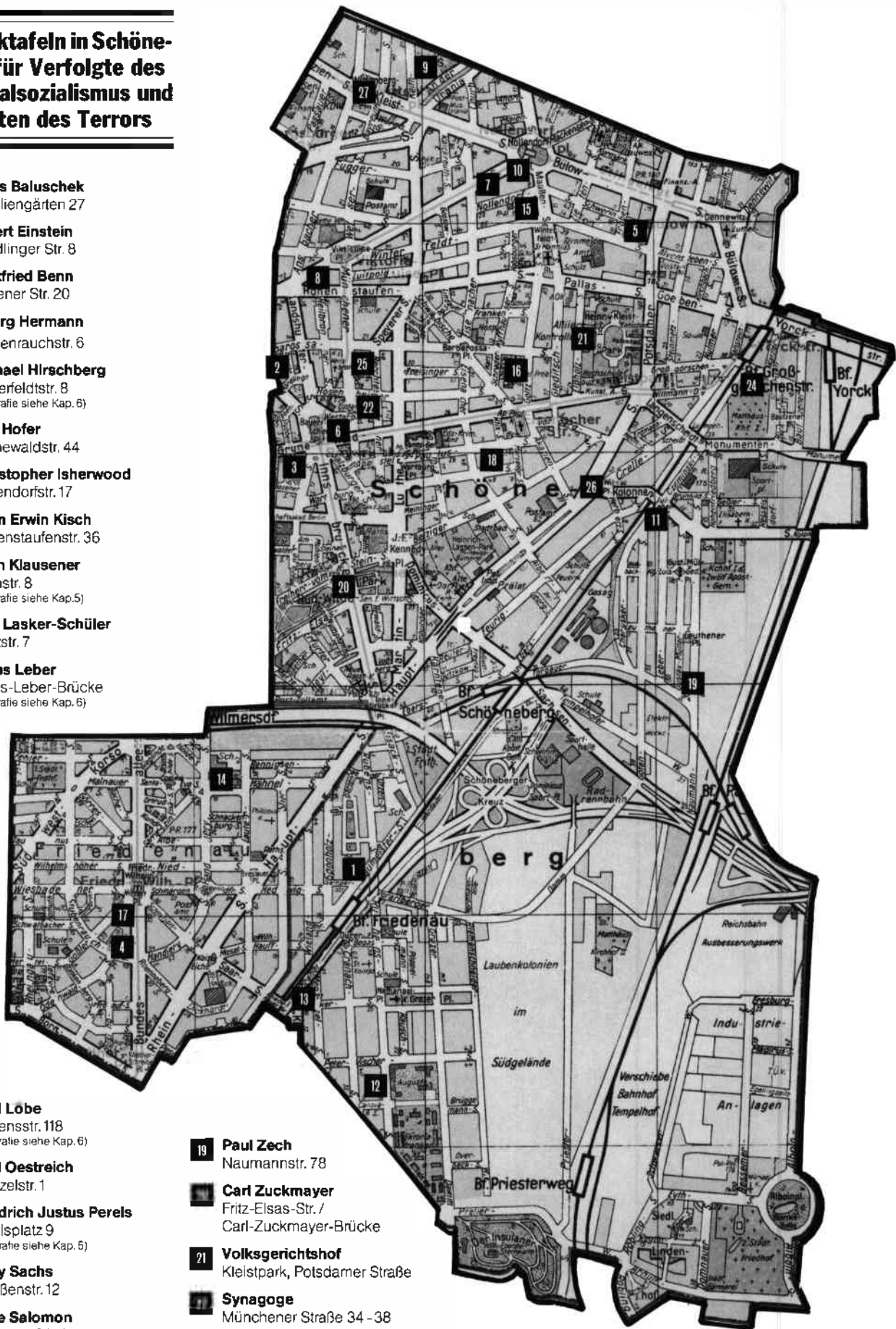
23 Erhängter Soldat
Dominicusstraße / Ecke Hauptstraße

24 20. Juli 1944
Alter Matthäus Kirchhof,
Großgörschenstr. 12 - 14

25 Penzberg
Penzberger Straße /
Ecke Münchener Straße

26 "Orte des Schreckens"
Kaiser-Wilhelm-Platz

27 "Orte des Schreckens"
Wittenbergplatz



emigriert – vertrieben – ermordet – vergessen ?

WILFRIED LÖHKEN

Hans Baluschek

*1870 †1935

Der Maler des Arbeitermilieus, Buchautor und Vorsitzende der Schöneberger Kunst-Deputation lebte und arbeitete von 1929 bis 1933 in den Ceciliegärten 27, wo 1981 eine Gedenktafel enthüllt wurde. Verfemt als marxistischer, politisch unzuverlässiger Künstler legte Hans Baluschek 1933 alle seine Ämter nieder und zog sich aus dem Kunstgeschehen zurück, da er für seine sozial engagierte Malerei keinen Platz mehr sah. Zunehmend von materiellen Problemen bedrückt, starb er 1935.

Walter Benjamin

*1892 †1940

Die ersten Jahre seiner Kindheit verbrachte der spätere Schriftsteller, Kritiker und Philosoph in der Kurfürstenstr. 154. Der Jude und Marxist Benjamin emigrierte nach der Machtergreifung 1933 und beging 1940 in Spanien aus Furcht vor der Auslieferung an die Gestapo Selbstmord. (Vgl. den Artikel: «Die F-Route»)

Gottfried Benn

*1886 †1956

Der Arzt, Essayist und frühe expressionistische Dichter wohnte von 1937 bis zu seinem Tod in der Bozener Str. 20, wo auch eine Gedenktafel an ihn erinnert.

1933 hatte Gottfried Benn den Nationalsozialismus noch als eine alles umwälzende Macht begrüsst. Erst ab 1934 entwickelte Benn zunehmend Distanz zum Nationalsozialismus. 1938 erhielt er Schreibverbot. Insofern kann Benn als stellvertretend für die Künstler begriffen werden, die zunächst der nationalsozialistischen Verführung erlagen und erst später mit ihrer «inneren Emigration» auf Distanz gingen, ohne dabei persönlich verfolgt zu werden Oder emigrieren zu müssen.

Comedian Harmonists

Die Comedian Harmonists wurden zum Jahreswechsel 1927/28 in einer Wohnung in der Stubenrauchstr. 47 gegründet. Auf Initiative von Harry Frommermann formierten sich hier Robert Biberti, Erwin Bootz, Erich Collin, Roman Cykowski und Ari Leschnikoff zu dem bald weltberühmten Vokalensemble. 1935 wurden die Comedian Harmonists durch die erzwungene Emigration ihrer drei jüdischen Mitglieder getrennt.

Albert Einstein

*1879 †1955

Der Physiker, Begründer der Relativitätstheorie und Nobelpreisträger wohnte von 1918 bis 1933 in der Nördlinger Str. 8. Eine Gedenktafel erinnert dort an ihn. Seinem von den Nationalsozialisten ge-

planten Ausschluss aus der Preussischen Akademie anlässlich des Judenboykotts 1933 kam der engagierte Pazifist durch seinen freiwilligen Austritt zuvor und emigrierte daraufhin in die USA.

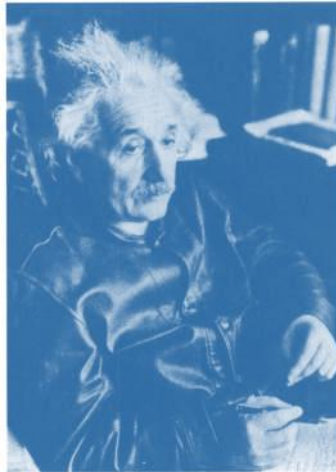


Abb. 77 Albert Einstein



Abb. 78 Georg Hermann

Georg Hermann

*1871 †1944

Der Schriftsteller schrieb sein Hauptwerk «Jettchen Gebert» im Haus Bundesallee 108, woran eine Gedenktafel erinnert. 1933 fielen seine Werke den nationalsozialistischen «Säuberungen» zum Opfer. Hermann selbst flüchtete nach Holland, wo er bereits ein Einreisevisum nach Palästina erhalten hatte, als er von der SS verhaftet wurde. Hermann wurde vermutlich im KZ Auschwitz umgebracht.

Kurt Hiller

*1885 †1972

Der expressionistische Schriftsteller, Mitbegründer der Zeitschrift «Die Aktion», Publizist und Mitarbeiter der «Weltbühne» wohnte um 1910 in der Nollendorfstr. 34, von 1921 bis 1934 in der Hähnelstr.9. Als bekannter Linksintellektueller und revolutionärer Pazifist wurde Hiller 1933 in KZ-Haftgenommen, konnte 1934 nach Prag, 1938 nach London fliehen und lebte nach 1955 in Hamburg.

Karl Hofer

*1878 †1955

Der expressionistische Maler und Direktor

der Hochschule für Bildende Kunst wohnte von 1913 bis 1934 in der Grunewaldstr. 44, woran seit 1981 eine Gedenktafel erinnert.

Während des nationalsozialistischen Terrors wurde Hofer jede Lehrtätigkeit verboten. Seine Kunstwerke wurden für «entartet» erklärt.

Nach dem Krieg wurde er zum 1. Direktor der Hochschule für Bildende Künste in Berlin berufen.

Ödön von Horvath

*1901 †1938

Der deutschsprachige Schriftsteller ungarischer Staatsangehörigkeit hatte selten einen festen Wohnsitz und logierte häufig in Pensionen rund um den Nollendorfplatz.

Nach 1933 wurden Horvaths Werke auf deutschen Bühnen nicht mehr gespielt. Er selbst kam nur noch sporadisch nach Deutschland und wurde schliesslich 1937 ausgewiesen. Sein Roman «Jugend ohne Gott» kam auf die «Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums». 1938 wurde Horvath in Paris durch einen herabstürzenden Ast getötet.

Christopher Isherwood

*1904 †1986

Der englische Schriftsteller lebte von 1929 bis 1933 in der Nollendorfstr. 17, wo seit 1985 eine Gedenktafel an ihn erinnert. Seine Berlin-Romane dienten als Vorlage für das Musical «Cabaret».

Hermann Kesten

*1900

Der literarische Leiter des Kiepenheuer-Verlages, Autor mehrerer Berlin-Romane und Vertreter der Neuen Sachlichkeit wohnte um 1930 in der Eisenacher Str. 98.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden seine Bücher verboten und verbrannt. Kesten floh aus Berlin, kam später in ein französisches KZ, aus dem er 1940 nach New York fliehen konnte.

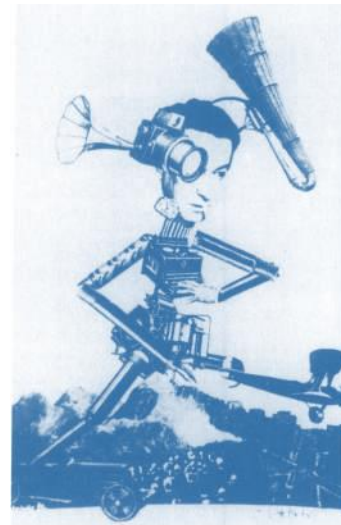


Abb. 79 Der 'Rasende Reporter' Kisch, Fotomontage von Umbehr, 1926

Egon Erwin Kisch

*1885 †1948

Der «Rasende Reporter» schrieb vor allem sozialkritische Reportagen. In den

zwanziger Jahren wohnte Kisch unter anderem in der Hohenstaufenstr. 36, wo sich seit 1987 eine Gedenktafel befindet.

Fritz Küster

*1889 †1966

Ingeborg Küster

*1909

Fritz Küster gab eine der auflagenstärksten politischen Zeitschriften in der Weimarer Republik heraus, «Das andere Deutschland», eine republikanisch pazifistische Zeitschrift mit Sitz in der Bülowstrasse.

Im Februar 1933 wurde Fritz Küster ins KZ verschleppt, die Zeitschrift verboten, die Büroräume demoliert.

Den nationalsozialistischen Terror erlitt mit ihm seine damalige Sekretärin Ingeborg Andreas. Sie beschrieb die Ereignisse später in ihren Lebenserinnerungen. Die damals 23jährige verlobte sich mit Fritz Küster im KZ Oranienburg und heiratete ihn 1938, nachdem ihre Bemühungen um seine Freilassung Erfolg gehabt hatten. Nach dem Krieg engagierte sie sich in der 1951 gegründeten «Westdeutschen Frauen-Friedensbewegung».

Artur Landsberger

*1876 †1933

Der Autor von Romanen, die häufig die Halbwelt des Berliner Westens zum Thema hatten, wohnte in der Nördlinger Str. 86. Aus Furcht vor dem nationalsozialistischen Terror nahm er sich am 4.10. 1933 das Leben.



Abb. 80 Else Lasker-Schüler

Else Lasker-Schüler

*1869 †1945

Von 1924 an wohnte die Autorin vor allem expressionistischer Lyrik im Hotel Koschel, heute Hotel Sachsenhof, in der Motzstr. 7, wo sich seit 1971 eine Gedenktafel befindet. 1933 emigrierte die Jüdin Else Lasker-Schüler in die Schweiz und konnte so der Deportation und Ermordung – dem Schicksal unzähliger Juden aus dem Bayerischen Viertel – entgehen. 1937 verliess sie die Schweiz und starb 1945 völlig verarmt in Jerusalem.

Paul Oestreich

*1887 †1959

Der Reformpädagoge wohnte in der Menzelstr. 1 und lehrte als Studienrat an der Hohenzollernschule in der Belziger Strasse.

In der Weimarer Republik hatte Paul Oestreich das Programm einer Einheitsschule für alle Kreise der Bevölkerung demokratischer, sozialistischer und pazifistischer Grundlage verfochten. Als Leiter des «Bundes entschiedener Schulreformer» war er zugleich dessen Vertreter im «Deutschen Friedenskartell», dem alle bedeutenden Friedensorganisationen angehörten. Der «Bund» wurde 1933 aufgelöst, Oestreich im Lehrerzimmer seiner Schule verhaftet und all seiner Ämter enthoben. Nach seiner Haftentlassung blieb er unter Beobachtung der Gestapo.

Kurt Pinthus

*1886 †1975

Kurt Pinthus wohnte bis zu seiner Emigration 1933 in der Heilbronner Str. 2. Der Literaturkritiker und Dramaturg stellte in der Anthologie «Menschheitsdämmerung» die bis heute grundlegendste gültige Sammlung expressionistischer Lyrik zusammen. 1933 verliess er Berlin und emigrierte in die USA.

Alexander Roda Roda

*1872 †1945

Der Schriftsteller und Kabarettist Roda Roda, Mitarbeiter des Simplicissimus wohnte in Schöneberg in der Insbrucker Str. 44.

1938 emigrierte Roda Roda über die Schweiz in die USA.



Abb. 81 Nelly Sachs

Nelly Sachs

*1891 †1976

Die Lyrikerin und Nobelpreisträgerin wurde in der Maassenstr. 12 (früher 15) geboren. Über der Tür ist eine Gedenktafel angebracht worden.

1940 konnte sie mit ihrer Mutter im letzten Augenblick vor der Verfolgung der Nationalsozialisten nach Schweden fliehen. Alle ihre jüdischen Familienmitglieder und ihr Bräutigam wurden in den Konzentrationslagern ermordet.



Abb. 82 Alice Salomon

Alice Salomon

*1872 †1948

Alice Salomon war Mitbegründerin und bis 1925 Leiterin der 1908 gegründeten Sozialen Frauenschule. An der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in der Goltzstr. 43/44 erinnert seit 1985 im Innenhof des Gebäudekomplexes eine Gedenktafel an die Vorkämpferin sozialer Frauenberufe.

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 1933 verzichtete sie auf die Lehrtätigkeit an der von ihr gegründeten Schule, die sie schliesslich auch nicht mehr betreten durfte. 1937 wurde Alice Salomon von der Gestapo vorgeladen und vor die Wahl zwischen Exil und KZ gestellt. So musste sie ins Exil in die USA gehen, wo sie am 30.8.1948 starb. (Vgl. den Artikel: Die ehemalige «Alice-Salomon-Schule»)

Ernst Toller

*1893 †1939

Ernst Toller wohnte während seiner Anwesenheit in Berlin zeitweilig in der Lietzenburger Str. 8.

Der Verfasser expressionistischer Dichtung arbeitete mit Piscator im Theater am Nollendorfplatz zusammen an dem Versuch, durch die Verbindung von Theater und Film eine Theatermaschinerie zu schaffen, die geeignet war, neue, auch sozialrevolutionäre Inhalte zu transportieren. 1927 wurde die Piscator-Bühne mit Tollers Stück «Hoppla, wir leben» eröffnet. 1933 erhielt Ernst Toller Schreib- und Aufhebungsverbot. Seine exponierte Stellung auch als linker Politiker machte seine Emigration notwendig. 1939 nahm sich Toller in New York das Leben.

Kurt Tucholsky

*1890 †1935

Der Schriftsteller, Zeitkritiker und einer der bedeutendsten Satiriker wohnte von 1920 bis 1924 in der heutigen Bundesallee 79. Dem direkten Zugriff der Nationalsozialisten entging der engagierte Verteidiger der Weimarer Verfassung und wortgewandte Ankläger von Militarismus und Nationalismus dadurch, dass er sich ab 1929

ständig in Schweden aufhielt. So konnte er 1933 nur noch ausgebürgert werden und seine Schriften verbrannt werden. Am 21.12.1935 beging Tucholsky Selbstmord.

Günther Weisenborn

*1902 †1969

Der zeitkritische Erzähler, Dramatiker und Mitbegründer des Hebbel-Theaters wohnte nach dem Krieg in der Niedstr. 28. Günther Weisenborn beteiligte sich am Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Gruppe Schulze-Boysen. 1942 wurde er verhaftet und blieb bis zum Kriegsende im Zuchthaus. Über den antifaschistischen Widerstand schrieb er das Buch «Der lautlose Aufstand».

Ernst Weiss

*1884 †1940

Der Arzt und expressionistische Dramatiker und Erzähler wohnte zunächst in der Nollendorfstr. 22a, ab 1926 in der Luitpoldstr. 34.

1936 flüchtete er vor der nationalsozialistischen Verfolgung nach Paris, wo er sich am 15.6.1940 das Leben nahm.

Paul Zech

*1881 †1946

Dem 1933 aus Berlin vertriebenen expressionistischen Dichter und Vertreter der sozialen Lyrik wurde 1983 an seinem Wohnhaus in der heutigen Naumannstr. 78 eine Gedenktafel gewidmet. (siehe Artikel in diesem Kapitel.)

Carl Zuckmayer

*1896 †1977

Carl Zuckmayer wohnte von 1926 bis 1933 in den Wintermonaten in der Fritz-Elsas-Str.18, damals Am Park. Hier entstand sein bekanntestes dramatisches Werk «Der Hauptmann von Köpenick». An der nach ihm benannten Carl-Zuckmayer-Brücke befindet sich die Nachbildung der Unterschrift des Schriftstellers in Bronze.

1933 emigrierte er wegen seiner politischen Einstellung und der jüdischen Abstammung seiner Mutter und lebte schliesslich von 1939 bis 1946 im Exil in den USA. Nach dem Krieg fand der erfolgreiche Dramatiker in der Schweiz eine neue Heimat.

Gedenktafeln zur Erinnerung und Mahnung an den nationalsozialistischen Terror

Volksgerichtshof

Kleistpark, Potsdamer Strasse:

«In diesem Gebäude tagte der berüchtigte Volksgerichtshof, der hier unter anderem die Urteile gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 fällte.»

Synagoge

Münchener Strasse 34-38:

«Hier stand die 1909 erbaute Synagoge der jüdischen Gemeinde.»
«Dieser Gedenkstein wurde am 8. November 1963 in Erinnerung an den 9. November 1938 feierlich enthüllt.»

Erhängter Soldat

Dominicusstrasse / Ecke Hauptstrasse:
«Hier wurde am 25. April 1945 – nur wenige Tage vor dem Ende des Dritten Reiches – ein Soldat an einem Laternenpfahl erhängt.

Zum Gedenken an ihn und die weiteren vielen unbekanntenen Opfer, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft noch in den letzten Kriegstagen ihr Leben lassen mussten. 8. Mai 1985»

20. Juli 1944

Alter Matthäus-Kirchhof, Grosse Gossorschenstr.12-14:

«Zum Gedenken an den 20. Juli 1944. An dieser Stelle wurden Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Ludwig Beck, Friedrich Olbricht, Albrecht Mertz von Quirnheim, Werner von Haeften begraben. Dann wurden ihre Leichname an einen unbekanntenen Ort verbracht.»

Penzberg

Penzberger Strasse / Ecke Münchener Strasse:

«Dem Gedenken des Bürgermeisters Hans Rummer und seiner 15 Schicksalsgefährten, die am 28. April 1945 in Penzberg, Oberbayern, dem nazistischen Mordterror zum Opfer fielen.»

«Orte des Schreckens»

Kaiser-Wilhelm-Platz

und Wittenbergplatz:

«Orte des Schreckens, die wir niemals vergessen dürfen: Auschwitz

Stutthof

Maidanek

Treblinka

Theresienstadt Buchenwald Dachau

Sachsenhausen

Ravensbrück

Bergen-Belsen»

Sportpalast, Goebbelsrede

Potsdamer Str. 170:

«Hier stand von 1910 bis 1973 der Sportpalast.

Er wurde durch Eisrevuen, Musikdarbietungen, Sportveranstaltungen und das 6-Tage-Rennen bei den Berlinern beliebt. Mit politischen Kundgebungen erlangte er historische Bedeutung.

Am 18. Februar 1943 stellte der nationalsozialistische Reichspropagandaminister Josef Goebbels hierauf einer Grosskundgebung die demagogischen Fragen:

«Wollt Ihr den totalen Krieg?

Wollt Ihr ihn, wenn nötig totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt vorstellen können?»

Als Antwort schrien die versammelten Massen fanatisch 'Ja!'

Anmerkung

■ Gedenktafel vorhanden

□ Gedenktafel beantragt oder beschlossen

Schule und Jugend

Orte und Ereignisse

1933

«Notwerk der deutschen Jugend», Entwicklung eines freiwilligen Arbeitsdienstprogramms auch im Arbeitsamtbezirk Schöneberg, 7.4. Entlassung «politisch nicht zuverlässiger» und «nichtarischer» Beamter aus dem Schul- und Verwaltungsdienst, Einführung des «Deutschen Grusses» an den Schulen, nationsozialistische Ausrichtung des gesamten Erziehungssystems, 8.7. Baldur v. Schirach zum Jugendführer des Deutschen Reiches ernannt. 13.9. Rassenkunde wird zum Pflichtfach an den Schulen. «Winterhilfswerk» gegründet. 19.12. Eingliederung des Evangelischen Jugendwerkes in die HJ.

1934

Frühjahr: In Berlin tritt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Arbeitslose («Göring-Plan») in Kraft. 16.3. Wehrpflicht. 17.3. Landjahr. 13.12. Gesetz über den «freiwilligen» Arbeitsdienst. 1935

26.7. Arbeitsdienstpflicht (für Mädchen vorerst weiter «freiwillig»).

24.11. Schliessung des Werner-von-Siemens-Realgymnasiums 1936

1.12. HJ wird Staatsjugend, alle Mädchen und Jungen müssen in die HJ. 1937

5.1. «Hauswirtschaftliche Ertüchtigungspflicht» im BDM.

1938

Nationalsozialistische Schulreform macht «Deutsche Oberschule» zur Haupt- und das Gymnasium zur Nebenform. 15.11. Jüdische Schüler dürfen keine öffentlichen Schulen mehr besuchen.

1939

25.3. und 4.9. Einführung des Pflichtjahres für alle Jugendlichen im Alter von 10 bis 18 Jahren.

1942

30.6. Die Unterrichtung von jüdischen Kindern wird verboten, alle jüdischen Schulen werden geschlossen.

1943

Einberufung von Schülern als HJ-Luftwaffenhelfer.

1944

Offizieller Einsatz von «Arbeitsdienstmäiden» an Flakbatterien, Arbeitsdienst unbefristet.

Orte

Jugendtreffs

- 1 Großer Rummel Potsdamer-/Ecke Grunewaldstraße (heute BVG-Gebäude)
- 2 Kleiner Rummel Vorberg-/Ecke Belziger Straße
- 3 Schöneberger Stadtpark

HJ-Heime

- 4 Winterfeldtplatz
- 5 Ebersstraße Nr.?
- 6 Rubensstraße Nr.?
- 7 Maybachplatz (heute Perelsplatz)

- 8 Dienststelle des HJ-Bannes 201 Kalkreuthstr. 4-5 (heute Polizeirevier)
 - 9 Dienststelle des HJ-Gaus Kurmark Kummärkische/Ecke Frobenstraße
 - 10 Schießstand der HJ Pohl-/Ecke Kluckstraße
- Schulen**
- 11 Scharnhorst-Schule (heute Priesengebirs-Oberschule), Belziger Straße 43-51
 - 12 Staatliche Augusta-Schule (heute Sophie-Schul-Oberschule) Elbholzstraße 13-15
 - 13 Königin-Luise-Schule (heute Paul-Natorp-Oberschule) Godlerstraße 13-15
 - 14 Werner-Siemens-Realgymnasium (heute Georg von Giese-Schule), Hohenstaunstr. 47/48



Um den Alltag von Kindern und Jugendlichen in der Nazizeit geht es in diesem Kapitel. Aber anders als in den Lebenserinnerungen von Vera Breitwieser, die unter dem Titel «Wenn nur der Sperber nicht kommt» im Kapitel 2 die psychische Belastung aus der Sicht eines Kindes beschreibt, dessen Familie mit dem Stempel «halbjüdisch» den unmittelbaren Verfolgungen ausgesetzt war, geht es hier um den ganz «normalen» Alltag. Alltag, in dem es für die meisten selbstverständlich war, zum «Jungvolk» zu gehören oder das Halstuch der «Jungmädlel» zu tragen.

Dass wir über diesen unspektakulären Alltag Informationen haben, verdanken wir Menschen, die diese Zeit als Kinder erlebt haben und bereit waren, offen darüber zu berichten.

Im Laufe der letzten Jahre haben wir glücklicherweise Zeitzeugen gefunden, die uns über den Widerstand, ihr Leben in der Illegalität, ihre Motive bei der Emigration erzählt haben. Mit ihnen konnten wir Nachkriegsgeborenen uns identifizieren. Aber liegt nicht viel von unserer heutigen Nicht-Kenntnis über die Ursachen, wie sich Ideen der Nazis in allen Lebensbereichen ausgebreitet haben, gerade auch darin, dass wir nie auf Menschen gestossen sind, die offen sagen konnten: «Ich war überzeugter Nazi, so und so bin ich dazu geworden, erst mit dem verlorenen Krieg sind mir Zweifel gekommen, vorher habe ich weggeschaut, als junger Beamter Verordnungen ausgeführt usw.» D'le Informationen über diese oder ähnliche Formen der Anpassung, über mögliche Motive haben wir bis heute fast ausschliesslich indirekt über die Auswertung von Zeit-Dokumenten erhalten oder die interpretierende Sicht Andersdenkender.

Warum trauten sich so wenig Menschen, über das zu sprechen, was Eberhard Schönknecht, der diese Zeit als Kind erlebt hat, mit dem Satz ausdrückt: «Der Gedanke, anders oder einfach dagegen zu sein, war mir fremd.» Gerade darum wurde er zu einem glaubwürdigen und wichtigen Zeitzeugen für Jugendliche, die heute die gleiche Schule besuchen wie er damals. Seine Antworten auf die Fragen der Schüler sind die eines Wissenden von heute, der einfach nicht sagt: «Ich habe die Zeit erlebt und weiss Bescheid.» – sondern der um die Grenzen der individuellen Erfahrungen weiss und sich intensiv mit Berichten über diese Zeit auseinandergesetzt hat.

Es sind also nicht hauptsächlich die neuen Informationen, welche die Beiträge über Jugend-Alltag und Alltag in den Schulen so interessant machen, es sind eher die Fragen, auf die man stösst, wenn man bereit ist, genau zu lesen:

«Jedenfalls habe ich mich da nicht so wohl gefühlt, weil es ein Massenbetrieb war. Ich war wohl mehr individualistisch eingestellt. Aber man musste sich doch irgendwie rein finden.» So beschreibt ein Zeitzeuge seine Erlebnisse bei der Hitlerjugend in der Baracke am Winterfeldtplatz im Artikel von Andreas Sander.

Was hat den etwa gleichaltrigen Jürgen Boeckh, heute Pfarrer in der Paul-Gerhardt-

Gemeinde, dazu gebracht, wie er selbst sagt, «abseits zu stehen» und mit kindlichen – und wie wir heute wissen, bereits gefährlichen – Formen Widerstand zu entwickeln? Hatten doch die Nazis – wie er beschreibt –, seine Pfadfinderkluft mit leichten Änderungen für das Jungvolk übernommen und auch die Trommeln und das «Auf-Fahrt-Gehen». Worin bestanden die Unterschiede, ausser in den äusserlich eindeutigen Nazi-Symbolen? Haben sich die Nazis dieser Formen nur aus taktischen Gründen bedient oder bauten sie auf Vorhandenem auf?

Was hat Ruth Wilke als Kind empfunden, als nach und nach die anderen Kinder und Erwachsenen aus ihrem Wohnhaus verschwanden? Alltagssituationen, die andere (z.B. Louis Malle in seinem neuesten Film «Auf Wiedersehen Kinder...», 1987) zum Gegenstand künstlerischer Bearbeitung gemacht haben, beschreibt sie ganz schlicht in ihrer Alltagssprache: «...Eines Tages fragte ich vergeblich nach ihm...»

Thomas Hartmann hat zusammen mit seinen Schülern alte Schulakten durchgeforstet und unter anderem die Aufsatzthemen aufgeschrieben, die die Lehrer der damaligen Königin-Luise-Schule (heute Paul-Natorp-Oberschule) ihren Schülerinnen gestellt haben. Wieder müsste man Fragen stellen: Haben die Lehrer die deutsch/nationalen und sehr bald offen rassistischen Aufsatzthemen gestellt, weil sie glaubten, sich anpassen zu müssen oder aus Überzeugung? Oder wovor hatten sie schon 1933/34 Angst, wenn sie nicht Juden oder Mitglieder verbotener Parteien waren? Was mag in ihnen vorgegangen sein, wenn sie einen Aufsatz im Fach Französisch zum Thema: «Die französische Rasse in biologischer und geistiger Hinsicht» zensieren mussten? Was haben die Schülerinnen empfunden, die vielleicht aus einem liberalen Elternhaus kamen? Haben sie diesen Aufsatz taktisch geschrieben, weil sie wussten, was der Lehrer von ihnen erwartete? Und 12 Jahre später, nach dem Krieg? – Haben die gleichen Lehrer, oder die Schülerinnen, die mittlerweile vielleicht auch Lehrerinnen waren, sich den neuen Aufsatzthemen mit demokratischen Inhalten nur angepasst oder diese aus Überzeugung gestellt?

KATHARINA KAISER

Erfahrungsbericht: Schüler befragen einen Zeitzeugen und erstellen einen Videofilm

CHRISTIANE LINK

Es war ein Experiment, an der Riesengebirgs-Oberschule eine Arbeitsgemeinschaft Geschichte einzurichten. Geschichte ist ein «trockenes Fach», mit dem man sich schon im Unterricht rumquälen muss, und nun zusätzlich in einer AG? So – oder ähnlich – hatten wir (Lehrer an der Schule) uns die Schülerreaktion vorgestellt. Ganz falsch war unsere Einschätzung nicht. Die 7. Klassenstufe ausgespart, galt unser Angebot für 14 Klassen. Durch persönliche Ansprache, zum Teil

sogar durch Telefonate mit den Eltern, bewogen wir cirka 10 Schüler zur Mitarbeit.

Historisches Interesse zu entwickeln, erfordert Zeit, Anleitung, Einfühlen und Schulung. Hauptschüler sind, wie so oft, auch in diesem Bereich hoffnungslos allein gelassen. Die Schule versucht zu «schulen», aber wirklich «Betroffenheit» innerhalb von 2 Geschichtsstunden in der Woche zu erzeugen, ist schon eine Kunst des Lehrenden. Eigentlich begegnet uns ja Geschichte überall, in Strassennamen, Denkmälern, ästhetischen Zeitausdrücken (Mode), den Erzählungen der Eltern, usw. Trotzdem wird sie nicht als solche erkannt und bewertet, d.h. die allgegenwärtige Geschichte kann nicht in den Erfahrungsbereich der Schüler aufgenommen werden, weil keine Zeit, kein Raum dafür ist. So konnte M. zunächst nicht an unserer AG teilnehmen, weil sie nachmittags zur AG-Zeit den Treppenaufgang putzen musste. A. konnte die kleinen Geschwister nachmittags nicht alleine lassen. Und K.s Mutter fragte nach, ob denn der Sohn wirklich «so etwas» lernen müsse, wo er doch einmal Bäcker werden solle.

Ausgerechnet in der Geschichte des Nationalsozialismus zu forschen, ist bekanntermassen mit Tabu belegt. Was zusätzliche Hindernisse schafft, aber auch die ausserordentliche Informationslosigkeit der Schüler erklärt. Um persönliches Interesse zu wecken und Bezüge herstellen zu können, wandten wir uns in der AG der Geschichte der eigenen Schule zu. Es galt alte Fotos aufzufinden, Schulgeschichte zu studieren, Dokumente zu suchen, Zahlenvergleiche anzustellen. Fündig wurden wir im Pädagogischen Zentrum und im Archiv des Schöneberger Heimatmuseums. Aber dann waren die Quellen auch schon versickert. Das besagte Tabu ist nämlich durchaus auch bei Behörden und offiziellen Einrichtungen anzutreffen. Amtliche Unterlagen waren weder im Schulamt noch im Keller der Schule vorhanden. Es war nicht mehr nachzuvollziehen, wann



Abb. 83 Vorbereitungen für den Videofilm mit einem Zeitzeugen.

und auf welche Art (Kriegszerstörung?) sie vernichtet wurden.

In dieser Situation fanden wir durch den Kontakt zum Kunstamt unseren «Zeitzeugen», Eberhard Schönknecht. Als ehemaliger Schüler «unserer» Schule konnte er uns endlich nicht nur Fakten und Material, sondern auch Gefühle und Erlebnisse aus der Zeit vermitteln. Geschichte wurde konkret. Es entstand dann die Idee, einen Video-Film über die Befragung zu drehen. Das ca. zweistündige Interview musste vorbereitet werden. Um Vergleiche anstellen zu können, wurden Fotos vom jetzigen Zustand der Schule gemacht. Die «Filmausstattung» (Bilder, Beschriftung) musste hergestellt, ein Fragenkatalog entwickelt werden. Bei der Befragung selber waren alle Beteiligten sehr aufgeregt. Das Ganze war sogar vorher, ohne Zeitzeugen, geprobt worden. Das war schon deshalb nötig, weil die Schüler auch den technischen Teil des Films weitgehend übernahmen. Es musste mit Ton und Kameraführung experimentiert werden und man musste sich an die «Beobachtung» der Kamera gewöhnen.

Die Hauptschüler haben bei diesen Arbeiten letztlich eine aussergewöhnliche Zuverlässigkeit des Arbeitens entwickelt und grosses technisches Interesse gezeigt. Beim Cutten und Musikunterlegen wurden mit Ausdauer ganze Nachmittage im Jugendfreizeitheim Frobenstrasse verbracht. Das hat Spass gemacht und zeigt schliesslich auch, dass zum Lernen nicht nur Interesse und Schulung, sondern eben auch Geld und Ausstattung nötig sind.

Inhaltlich orientierten sich die Schüler bei der Befragung an ihrem Schülerleben, die Zehntklässler zusätzlich an ihrem Schulgeschichtswissen. Interessiert haben sie das Schüler-Lehrer-Verhältnis der Zeit, das Rauchen in der Schule, Strafen und Zensuren, Sport in der Schule, Auswirkungen der HJ auf die Schulgemeinschaft. Judenbehandlung und das Unterrichtsfach «Rassenkunde» sind im Interview angesprochen, aus technischen Gründen leider im Film nicht dokumentiert. Diese Panne wie auch kleine technische Fehler (z.T. Fehler in der Synchronisation) wurden von uns in Kauf genommen, dafür hat das «Selbermachen viel gebracht».

Wir bedanken uns bei Herrn Schönknecht.

Ich ging 1940 in die Scharnhorst-Schule

EBERHARD SCHÖNKNECHT

Ich wurde Anfang 1930 geboren, mit 6 Jahren in die 6. Volksschule am Wartburgplatz eingeschult, machte die Aufnahmeprüfung für die sogenannte «Deutsche Oberschule» im Februar 1940 und ging ab April 1940 in die Sexta der Scharnhorst-Schule in Berlin-Schöneberg, Belziger Strasse. Vor deren Ausbombung war ich von Mai 1943 bis Februar 1945 in verschiedenen Lagern der Kinderlandverschickung (KLV). Seit 20.4.1940 war



Abb. 84 Eberhard Schönknecht (4.v.li.) im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Riesengebirgs-Oberschule.

ich «Pimpf» im Deutschen Jungvolk.

Bereits seit Mitte der 50er Jahre bewegte mich die Frage, wie es möglich war, dass Millionen und aber Millionen Menschen bereit gewesen waren, den Nationalsozialismus hinzunehmen oder auch gutzuheissen. Ich habe mich auch gefragt, ob ich nicht hätte aufmerken müssen bei der unterschwelligen Militarisierung und nationalsozialistischen Beeinflussung durch Schulbücher oder der Durchdringung aller Lebensbereiche mit Rassismus. Das konnte ich nicht, weil ich damals wirklich noch ein Kind war und die Erziehung im Elternhaus eine entscheidende Rolle spielte, das erst kaisertreu, dann deutschnational und später als apolitisch nicht gewillt war, sich eine Blösse zu geben. Vielleicht haben mich auch Lehrer, die zum Teil ehemalige Frontoffiziere des 1. Weltkrieges gewesen waren, und – wie ich heute weiss – in den deutschkundlichen Fächern einen nationalkonservativen Unterricht erteilten, beeinflusst, so dass auch von dort nichts Kritisches an meine Ohren drang. Sicher hat mich vieles an der Gemeinschaft in der Hitlerjugend fasziniert, so dass ich wie alle, die ich kannte, hingenommen habe, was unser Leben zwischen Schule und Dienst ausmachte: Bombennächte, und als makabre Folge am nächsten Morgen Granatsplittersammeln, Sondermeldungen hören und im Atlas vergleichen, als Jüngere dem HJ-Streifendienst ein Schnippchen schlagen, um ausser Kriegsfilmen in den Jugendfilmstunden der HJ z.B. einen Liebesfilm sehen zu können, der ab 14 oder 18 Jahren zugelassen war. Dazu kamen viele andere banale Dinge, die die verbleibende Freizeit ausmachten. In jedem Fall wollte ich dabei sein, weil ich gar nicht auf die Idee gekommen wäre, nicht mit meinen Freunden und Schulkameraden bei möglichst vielen Gelegenheiten zusammen zu sein.

Der Gedanke, anders oder einfach dagegen zu sein, war mir fremd. Allerdings wollte ich mich schon drücken, vor dem Strafexerzieren z.B. oder vor Dingen, die ich nicht mochte, wie dem Sammeln an den Wohnungstüren. Dies war keine Verweigerung, lediglich persönliches Betroffensein. Im Gegenteil, ich wollte genau so wenig wie die Gleichaltrigen zurückstehen, den «Lebenskampf

Schöneberg



des Deutschen Volkes mitzuentcheiden», wie das damals pathetisch ausgedrückt wurde. Wer von den Kindern und wer von den Erwachsenen wollte und konnte die Phrasen als solche brandmarken? Ich war zu jung und hätte wohl nicht den Mut gehabt, weil bekannt war: wer nicht spurt, kommt ins «Konzertlager», wie es genannt wurde, und wie das von aussen aussah, wusste ich von Bahnfahrten entlang dem Lager Oranienburg.



Abb. 86 Klassenfoto von 1940. Eberhard Schönknechts Aufforderung an alte Mitschüler zur Mitarbeit blieb ohne Resonanz.

Bücher von Flessau «Schule in der Diktatur», 1977, und «KLV-Die erweiterte Kinderlandverschickung», 1981.

Mit grossem Erstaunen stellte ich im Laufe der Vorbereitungsarbeiten fest, dass bei mehr als 100.000 geborenen Schönebergern nur ganz wenige dieser Bürger trotz vielfacher Aufrufe in den Medien bereit waren, sich ihrer Jugend zu erinnern und über ihre Eindrücke und Erfahrungen aus jenen Tagen zu berichten.

Ob meine Erfahrungen repräsentativ sind, vermag ich nicht zu beurteilen. Dass ich mithelfen konnte, die verschüttete Geschichte meiner alten Schule, der Scharnhorster-Oberschule, wieder aufleben zu lassen, machte mir Freude. Es war ein bewegender Augenblick, nach fast 40 Jahren dieses Haus wieder zu betreten. Vieles wurde wieder lebendig, auch wenn manches baulich



Abb.87 Schülerfreundschaft.

anders ist, die Schule nach dem Wiederaufbau einen neuen Namen erhielt und die Tradition eines Gymnasiums nicht mehr fortgeführt wird.

Die vielen Fragen, die mir die Schüler stellten, zeigen, dass auch Kinder von heute etwas wissen wollen über die Zeit, in der ihre Eltern und Grosseltern aufwuchsen. Ich habe sie wahrheitsgemäss beantwortet, sofern ich mich erinnern konnte.

Anhand der nach dem Interview im Mai 1983 erschienenen dtv-Dokumentation «Schule im 3. Reich – Erziehung zum Tod» habe ich dann meine Aussagen kritisch überprüft. Dieses Buch ist eine konsequente Parallele der Arbeit, die die Arbeitsgemeinschaft der Schüler der Riesengebirgs-Oberschule begonnen hat.

Dank gilt den Schülern für ihren Einsatz bei der Aufnahme des Interviews und der Herstellung des Films. Die Hoffnung bleibt, dass die Gesprächsgedanken die Diskussion auch in Zukunft in Gang halten. Das Fazit aus allem soll sein, für unsere Freiheit – die sehr viele als selbstverständlich betrachten – jederzeit einzutreten und für Menschen anderer Rassen, Farben und Glaubensbekenntnisse Verständnis und Achtung aufzubringen. Wenn unser Beitrag zu dieser Publikation das erreicht, hat er Geschichte lebendig gemacht und sich gelohnt.



Abb. 85 Das Hohenzollern-Realgymnasium, später Scharnhorst-Schule, heute Riesengebirgs-Oberschule, in der Belziger Strasse, 1905

Wegen all dieser Gründe verfolge ich seit fast 30 Jahren die Literatur über die Jugend im 3. Reich. Das Aufarbeiten dieses Kapitels deutscher Vergangenheit begann sehr viel später als das anderer Bereiche, wobei gerade das Thema Schule im Nationalsozialismus beharrlich verdrängt wurde. Viele, die heute in Wirtschaft und Verwaltung Einfluss haben, verfahren nach der Gabe des Menschen, sich nur an gute Dinge erinnern zu wollen. Daraus resultiert auch die weitverbreitete Mei-

nung, man möge doch endlich die alte Zeit ruhen lassen. Dieser Verinnerlichung entgegenzuwirken, soll auch der Beitrag für diesen Band bei der Vorbereitung als Zeitzeuge dienen. Massgeblich beeinflusste mich die Lektüre der

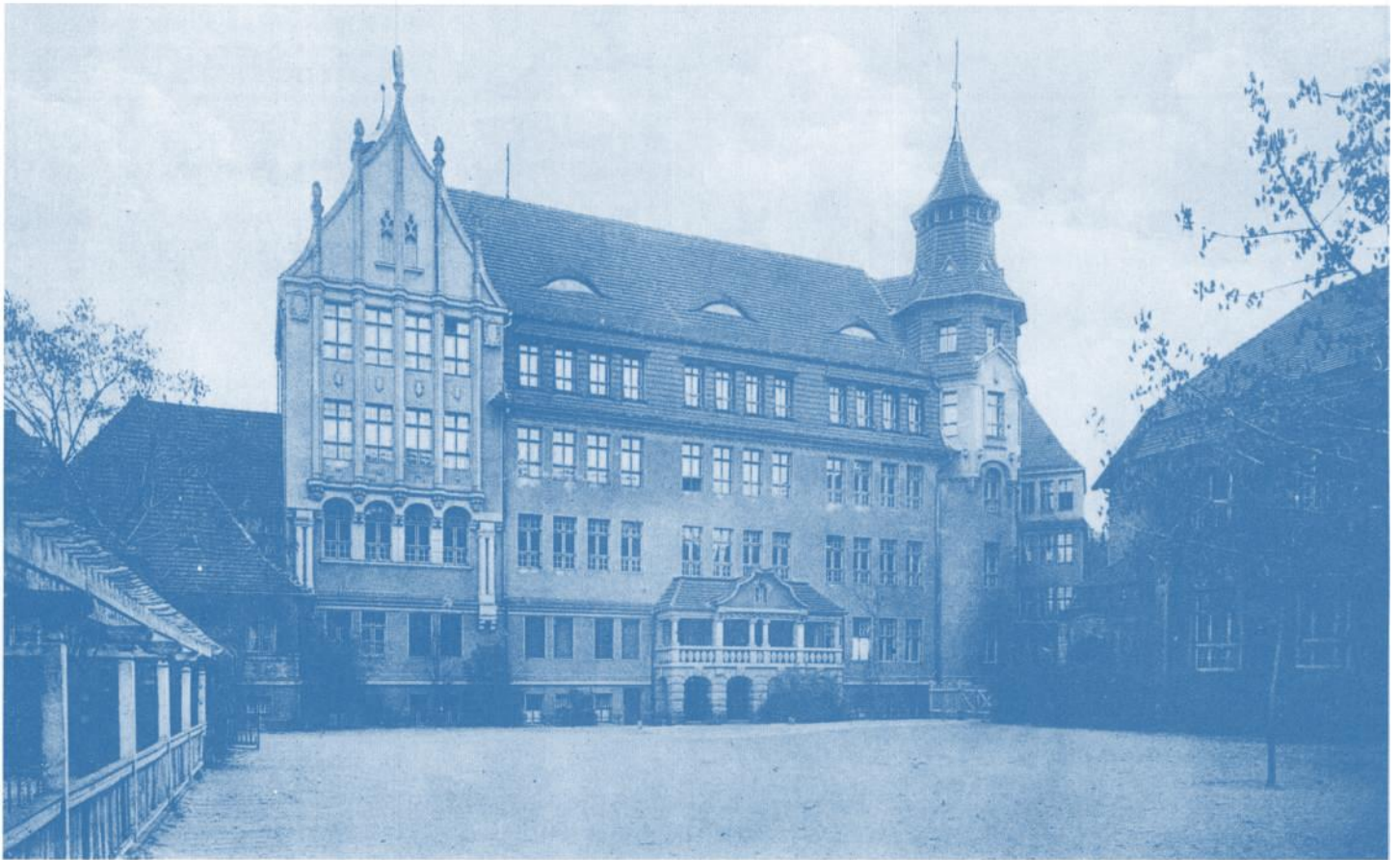


Abb. 88 Die Königin-Luise-Schule in Friedenau, heute Paul-Natorp-Schule, 1918.

Die Königin-Luise-Schule (KLSJ in Friedenau, 1933-1940

THOMAS HARTMANN

«Möge unsere Schule auch weiterhin ihre höchste Aufgabe darin erblicken, die weibliche Jugend Friedenaus zu deutschen Frauen heranzubilden, die, erfüllt von echter Frömmigkeit und heisser Vaterlandsliebe, gewillt und befähigt sind, am Wiederaufstieg unseres Volkes tatkräftig mitzuarbeiten.» (Oberstudiendirektor Dr. Gloege, Schulleiter der KLS, am 23.3.1932 im Schöneberg-Friedenauer Lokalanzeiger in einem Artikel zur 25-Jahr-Feier der Schule)

1983: 75-Jahr-Feier unserer Schule; ein denkwürdiges Datum auch aus einem ganz anderen Grund: 50jährige Wiederkehr der Machtübertragung an die Nationalsozialisten.

Eine wahre Flut von Beiträgen befasst sich mit diesem wichtigen Thema. Auch an der Paul-Natorp-Schule beschliessen Ende 1982 einige Lehrer und Schüler, sich intensiver mit Nationalsozialismus und Neonazismus zu beschäftigen. In diesem Zusammenhang entsteht das Projekt «Unsere Schule in derzeit des Nationalsozialismus».

Ziel ist es, Geschichtsunterricht anschaulicher und lebendiger zu machen, Geschichte «vor Ort» nachzuerleben und dadurch begreifbarer werden zu lassen.

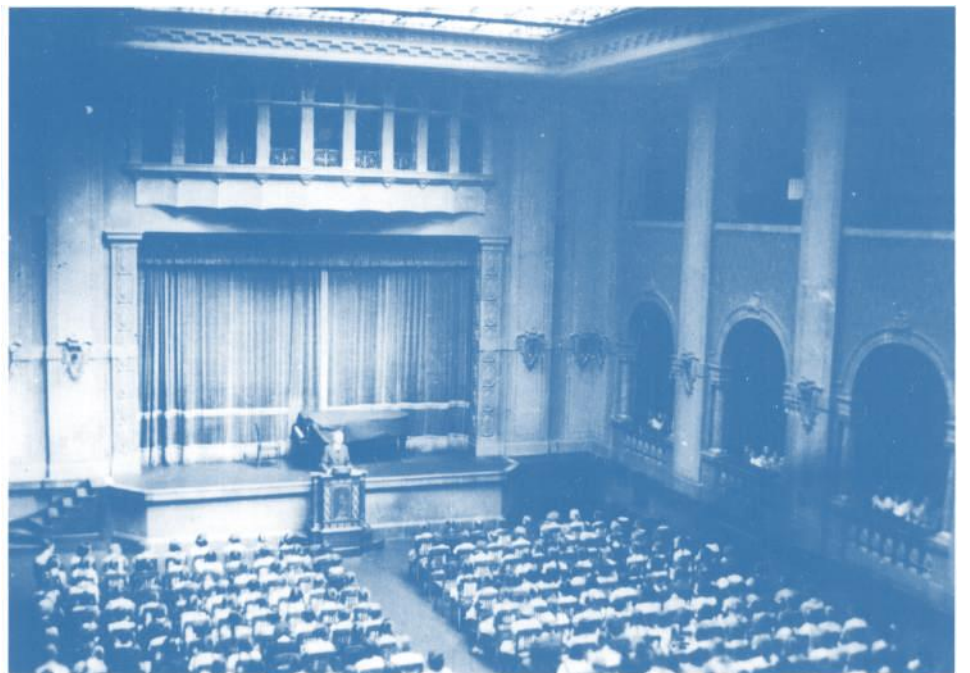


Abb. 89 Schulfeiern in der Aula.

Die im Pädagogischen Zentrum Berlin archivierten Jahresberichte der Königin-Luise-Schule (so hiess unsere Schule bis zu ihrer Umbenennung im Jahre 1946) werden aus diesem Grund in dem Zeitraum 1932-1940 (für die folgenden Jahre gibt es keine mehr) untersucht und unter verschiedenen Fragestellungen ausgewertet. Darüberhinaus werden ehemalige Schülerinnen mündlich und schriftlich über «die Zeit damals» befragt. Diese Befragung «lebender Quellen» erweist sich als sehr sinnvoll und ergiebig. Einige vorläufige Ergebnisse dieser «Schularbeit» sind im Folgenden dargestellt.

Die Recherchen sind allerdings noch lange nicht abgeschlossen, die Auseinandersetzung mit dem Thema «Schule im Nationalsozialismus» wird auch nach Abschluss der offiziellen Würdigungen und Feierlichkeiten weitergehen.

Zu viele «Fundstücke» bedürfen noch des genaueren Nachforschens und Hinterfragens, damit sie ihren Rahmen finden und in einen grösseren und aussagefähigeren Kontext eingeordnet werden können. Aus diesem Grunde wäre es zu wünschen, wenn sich auch weiterhin Interviewpartner/innen fänden, um der heutigen Schüलगene-

ration Wissen aus erster Hand über diesen Zeitraum zu vermitteln. Viele wichtige Themenbereiche sind noch gar nicht bearbeitet. Sehr notwendig wäre es, Erinnerungsstücke zu finden und auszuwerten (unter anderem alte Fotos, Aufsätze, Tagebücher). Allerdings fällt diese meist lebendige Rückerinnerung den Betroffenen nicht immer leicht; um so mehr sei denen gedankt, die sich dazu bereit erklärten, mitzuhelfen, damit dieses noch immer ungenügend aufgearbeitete Stück deutscher Vergangenheit nicht weiter verdrängt und vergessen wird, denn noch immer ist richtig, dass, wer Geschichte nicht zur Kenntnis nehmen will, dazu verdammt ist, sie ein zweites Mal zu erleben.

Völkisch-nationale Erziehung

Die völkisch-nationale Erziehung nahm innerhalb des Schullebens einen breiten Raum ein. Dies diente mehreren Zielen des Nationalsozialismus. Zum einen sollte die «Schmach von Versailles» getilgt werden, wobei den Ententemächten die Alleinschuld am Krieg zugeschoben wurde, zum anderen sollte eine allgemeine Rückbesinnung auf altgermanische Werte, Sitten und Gebräuche stattfinden, wobei die Sekundärtugenden wie Fleiss, Ordnung und Sauberkeit ausschliesslich der nordischen Herrenrasse zugeordnet wurden, um deren Überlegenheit zu «beweisen».

Nationalismus und Patriotismus waren zwar auch schon in der Weimarer Republik weit verbreitet, wie auch das oben zur Einleitung abgedruckte Zitat zeigt, und hatten selbst bis weit in die Kirchen und die Arbeiterbewegung hinein viele begeisterte Anhänger gefunden, dem Nationalsozialismus jedoch war es vorbehalten, die zum Teil diffusen Gefühle und Meinungen theoretisch zu vereinheitlichen und politisch in die Tat umzusetzen.

Die Lehrpläne der preussischen Schulen werden ab 1933 vollständig in den Dienst der Schaffung eines nationalen und völkischen Bewusstseins gestellt. Dabei stehen Themen im Vordergrund, die mehr aktuellen politischen Inhalt haben, auf der anderen Seite wird gerade der germanischen bzw. der nordischen Geschichte ein hoher Stellenwert zugemessen.

Im folgenden soll anhand des Lektürenplans, bzw. von Aufsatz- und Abiturthemen, des weiteren durch Auswertung der Jahreschroniken unserer Schule untersucht werden, inwieweit an diesem Mädchengymnasium die oben angegebenen Lernziele angestrebt wurden. Dabei wird unterschieden zwischen aktuellen politischen Gegenständen und geschichtlichen, d.h. weiter zurückliegenden Themenbereichen.

Die Frage der Rückgewinnung der Kolonien nach dem Versailler Vertrag wird immer wieder in Vorträgen, Aufsatz- und Abiturthemen angesprochen. Dieses Thema war offensichtlich schon zur Zeit der Weimarer Republik Gegenstand von grossem Interesse.

So wird noch vor der nationalsozialistischen Machtübernahme am 28.9.1932 in der 4. und 5. Stunde von einem Herrn Wiebe-Petersen ein Lichtbildvortrag über Deutsch-Ostafrika gehalten.

Einen Monat zuvor hatte am 11.8. Herr Studienrat Ranft anlässlich der Verfassungsfeier eine Rede über das Auslandsdeutschtum gehalten. Weitere Vorträge über deutsche Kolonien finden sich regelmässig über das Schuljahr 1933/34 verstreut (am 20.12., 33/5.3.34).

Daneben wird das Thema Kolonien immer wieder in Aufsätzen angesprochen; so wird z.B. im Schuljahr 1934/35 der Klasse UII² das Thema «Deutscher Reiter in Ostafrika» gestellt.

Der Versailler Vertrag wird öfters Gegenstand von Aufsätzen vor allem in Deutsch und Geschichte, wobei als besonderes Lernziel die Alleinschuld Englands und Frankreichs am Ausbruch des 1. Weltkrieges durch ihre bewusste Einkreisungspolitik gegenüber dem Deutschen Reich im Vordergrund steht.

Gleich nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus gewinnt die Rückgewinnung der Saar grosses Gewicht und beherrscht bis 1935 fast vollständig den Schulalltag. Sehr viele Aufsatzthemen, Referate und Vorträge beschäftigen sich ausschliesslich mit diesem Thema. Am 15.1.1935 wird dann aus Anlass der Saarabstimmung unterrichtsfrei gegeben.

Am Rande sei erwähnt, dass das Thema «Saar» noch einmal an dieser Schule eine wichtige Rolle nach 1945 spielt: Frau Dr. Hörnicke hält anlässlich der Eingliederung des Saargebietes in die Bundesrepublik am 12.1.1957 im Rahmen einer Schulfeier die Festrede.

Nach 1935 tritt dann langsam die Auseinandersetzung mit Polen in den Vordergrund. Nach dem Überfall auf Polen schreiben die Abiturientinnen im Schuljahr 1939/40 im Fach Geschichte über das Thema «Polen 1919-1939».

Vor allem bei aussenpolitischen Fragen spielt der «Volksbund für das Deutschtum im Ausland» (VDA) eine dominierende Rolle innerhalb der Schule. Der VDA ist die zahlenmässig stärkste Schülerorganisation an der Königin-Luise-Schule und umfasst zwischen 320 (1932) und 100 (1940) Schülerinnen. Aufgabe dieses 1881 gegründeten Vereins ist die «Erhaltung und Förderung des gesamten Deutschtums ausserhalb Deutschlands». Nach 1933 gewinnt dieser zuvor eher kulturell tätige Verein im Rahmen der nationalsozialistischen Eroberungspolitik ganz neue Aufgaben.

Die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und dabei vor allem mit der germani-

schen, verläuft einmal im Rahmen der Fächer Deutsch, Geschichte und Erdkunde, zum anderen über die gehäuft stattfindenden Geschichtsfeiern an der Schule. Ziel dieser Massnahme ist es in erster Linie, dem jungen Menschen immer wieder einzuhammern, dass er Deutscher sei und deshalb die Verpflichtung habe, für Rasse, Volk und Vaterland sein Bestes zu geben, denn «höchster Nationalismus ist wesensgleich mit... höchster Volks- und Vaterlandsliebe» und stelle «die verantwortliche Erfüllung ein und derselben völkischen Pflicht dar» (A. Hitler, Der Weg zum Wiederaufstieg, 1927).

Der Lektürenplan der KLS enthält im Schuljahr 1933/34 unter anderem für die Klasse OI folgendes Thema: «Die völkische Dichtung in Lyrik, Roman und Drama (nach Wahl der Schülerinnen)». Im selben Fach steht die Reifeprüfung des gleichen Jahres unter dem Motto: «Die völkische Literatur der Gegenwart, untersucht auf ihre Grundlagen und Mittelpunkte». Als Geschichtsfeiern seien genannt: Am

11.9.1933 der Sieg über die Türken vor Wien mit einer Gedenkrede in der 5. Stunde. Am

18.1.1934 ist anlässlich der Verfassungsfeier unterrichtsfrei, die Rede hält der Rektor. Am

17.8.1936 wird Friedrichs des Grossen gedacht, am 21.11. Kleists. Am 20.2.1937 findet eine Helldengendenkfeier statt. Der 10.3. ist alljährlich der Namenspatronin der Schule, der preussischen Königin Luise, gewidmet. Am 11.3.1936 findet ein Festabend zu Ehren dieser »vorbildhaften Preussin« statt, der im ersten Teil folgende Programmpunkte umfasst:

1. An Luise, Königin von Preussen
2. Deutschlands Erwachen
3. Vaterlandslied
4. Wir Jungen

Das Abitur 1936/37 steht ganz im Zeichen des Deutschtums. Themen sind unter anderem: «Die Wesenszüge des deutschen Bauern nach Vorbildern im völkischen Roman», «Wie wird in Schillers 'Wilhelm Teil' und in Kleists 'Hermannschlacht' der Kampf um die Freiheit dargestellt?»

Sogar im Musikunterricht werden völkische und rassistische Eigenart betont, wie aus dem folgenden Auszug aus einem Aufsatz hervorgeht, den Frau S. freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat:

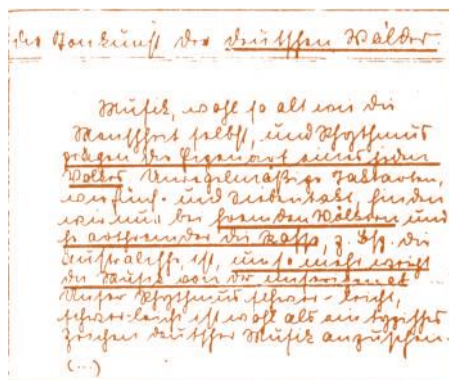
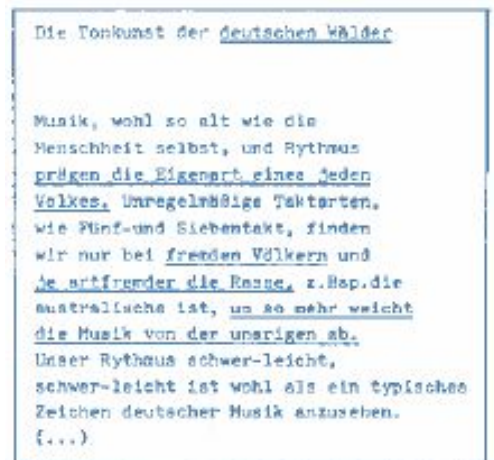


Abb. 90



Frau S. ist im Übrigen sehr traurig darüber, dass sie bei den Bombenangriffen alle Erinnerungstücke aus ihrer Schulzeit verloren hat, bis auf ganz wenige Ausnahmen, darunter auch «diesen furchtbaren und schlechten Aufsatz»...

Einige «Kostproben» aus dem Fachbereich Deutsch in dem Jahr 1938/39: «deutsche Dichter als Kündler deutschen Wesens, dargestellt an einem Werk aus der Oberprimalectüre» als Abiturthema.

Das Kriegsjahr 1939 bringt für die Klassen GS³/S³/h die Edda-altisländische Saga (Gisli) als Lektüre. Die Heldengestalten werden wichtiger denn je. Die Ausrichtung auf die Erfordernisse des Krieges ist auch an verschiedenen Aufsatzthemen zu erkennen: «Der Mensch gehört nicht sich selber, sondern seinem Volke» (7a^b), «Stellungnahme zu dem Ausspruch des Schriftstellers v. Clausewitz: Eine Nation, die nicht wagt, kühn zu sprechen, wird es nicht wagen, kühn zu handeln» (8s), «Deutsche seid deutsch!, die Forderung des sterbenden Mittelalters an die beginnende Neuzeit» (7s^a), «Wer zuweilen nicht den Steinesblock der Gewalt schleudern kann, der vermag auch nicht vom Urgrund aus zu wirken und zu helfen» (8h).

Die schriftliche Reifeprüfung im Fach Deutsch des Jahres 1940 hat unter anderem das Thema: «Wer sein Volk liebt, beweist es einzig durch die Opfer, die er für dieses zu bringen bereits ist» (A. Hitler). Das war 1940. Spätestens 5 Jahre später waren die freiwilligen und erzwungenen Opfer «aus Liebe zum Volk» in einem Meer von Leid und Tränen versunken. Die Folgen des «Opfermutes» sind für uns heute noch täglich sichtbar.

Der Rassengedanke

Die Rassenlehre ist eine der wichtigsten Grundlagen der nationalsozialistischen Politik. Ihr Ziel ist die «Ausmerzung lebensunwerter» Rassen und die gewaltsame Durchsetzung des Überlegenheits- und Weltmachtanspruches der «überlegenen nordisch-arischen Herrenrasse».

Schon am 13.9.1933 wird «Rassenkunde» zum Pflichtfach an den Schulen; bis zu diesem Zeitpunkt gibt es an den Schulen noch kein geeignetes Schulungsmaterial zur Behandlung der Rassenfrage im Unterricht. Viele Lehrer helfen sich allerdings mit dem Kopieren von Vorlagen der «Rassenforscher» Clauss und Günther.

Im Schuljahr 1934/35 gibt es an der Königin-Luise-Schule eine zweistündige Bio-AG zum Thema «Übungen zur Rassenkunde und zur Rassenhygiene auf der Grundlage der Vererbungslehre» für die Klassen OI-OII, sie wird im nächsten Schuljahr mit dem schon deutlicheren Titel «Grundlagen der Vererbungslehre und ihre Anwendung, Abstammungs- und Rassenlehre, Judenfrage» fortgeführt.

Abb. 91 Anschauungsmaterial für die Schule: «Erblehre und Rassenkunde in bildlicher Darstellung».

Abb. 92 Beim Rassenkundeunterricht: Schädelmessung, Bestimmung der Augen- und Haarfarbe.



Auch in den Französischunterricht findet der Rasedanke Eingang; so lautete das Thema einer Französisch-Arbeitsgemeinschaft im Winterhalbjahr 1933/34, an der 17 Schülerinnen teilnehmen, *«Die französische Rasse in biologischer und geistiger Hinsicht»*.

Leider kann bisher für dieses Thema noch nicht auf schulinternes Anschauungsmaterial zurückgegriffen werden. Die Photos entstanden im Rahmen des Rassenkundeunterrichts an einer Berliner Schule. Sie zeigen Schädelmessung, Bestimmung von Augen- und Haarfarbe.

Die Rassenlehre findet sich ebenfalls als Thema einer Fülle von Aufsatz- und Prüfungsthemen, vor allem im Fach Deutsch. So ist von der Oll im Schuljahr 1933/34 ein Aufsatz mit dem Thema *«Was bedeuten Rasse und Volk, Blut und Boden in der Weltanschauung des Nationalsozialismus?»* zu schreiben. Die UI muss sich im selben Jahr mit der Frage auseinandersetzen *«Welche Aufgaben erwachsen der deutschen Regierung aus den Bevölkerungsverhältnissen für den Schutz des deutschen Volkstums?»* 1939/40 hat die 6s^a das Thema *«Die Treue, ein wichtiger Wesenszug des nordischen Menschen»*-, weitere Themen stehen zur Auswahl: *«Welche Rolle spielt die Ehre für den nordischen Menschen?»*. *«Wichtige Wesenszüge des nordischen Menschen (ausser Ehre und Treue)»*.

Im Unterrichtsfach Biologie hat die schriftliche Abiturarbeit für das Schuljahr 1939/40 die Überschrift: *«Die Verantwortung der Frau im nationalsozialistischen Deutschland für die Reinhaltung des biologischen Erbgutes»*.

Allein von der Menge der Themen und Aufgabenstellungen mit rassistischem Inhalt Rückschlüsse zu ziehen auf den Grad antisemitischer Einstellung an der Schule, ist nicht möglich. Feststellen lässt sich aufgrund der allerdings noch spärlichen Materialien zum Thema und der Auskünfte befragter Zeitzeugen immerhin so viel, dass die KLS kein *«Hort antisemitischer Ausschreitungen»* gewesen sein kann, was auch daran liegen mag, dass die Schule nicht im Einzugsbereich der *«Jüdischen Schweiz»* um den Bayerischen Platz lag, wie etwa die Rückert-Schule, die einen relativ hohen Prozentsatz jüdischer Lehrer und Schüler hatte.

Die wenigen jüdischen Mitschülerinnen scheinen voll in die Schule integriert gewesen zu sein. Es gab eine ganze Reihe von engen Freundschaften zwischen jüdischen und nichtjüdischen Mädchen, die zum Teil bis heute bestehen.

Die Schulleitung unter Dr. Gloege war offensichtlich bestrebt, das doch recht liberale und humanistische Klima an der Schule auch nach 1933 zu erhalten (keine Spruchbänder, gemässiger Unterricht), konnte sich allerdings den Zugriffen der nationalsozialistischen Gesetze und Erlasse natürlich nicht vollkommen entziehen.

Ein bezeichnendes Beispiel dafür, mit welcher Brutalität aber auch Raffinesse der nationalsozialistische Unrechtsstaat gleich nach seiner Konstituierung gegen seine Gegner vorging, liefert das

«Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» vom 7.4.1933, mit dem der faschistische Staat den Öffentlichen Dienst von allen säuberte, die *«nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten»*. Gemeint waren Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden.

Auch an dieser Schule gelangt das Willkürgesetz zur Anwendung:

Am 1.5.1933 wird Frau Ruth Salinger, Studienassessorin, aufgrund dieses Gesetzes entlassen; genau vier Monate später folgt ihr Frau Meyer, Studienrätin.

Die Entlassungen vollziehen sich – wohl auch we-

gen der Beliebtheit beider Lehrerinnen – heimlich und ohne grosses Aufsehen.

Von Frau Salinger lassen sich bis heute keine weiteren Lebenszeichen mehr finden, sie wurde jedenfalls nicht ins KZ Auschwitz gebracht, wie eine Anfrage bei der dortigen Gedenkstätte ergab. Frau Meyer verstarb leider im Oktober letzten Jahres.

Auch dieses Thema ist noch lange nicht abgeschlossen. Es sollten sich noch mehr direkt oder indirekt Betroffene angesprochen fühlen und Stellung zu dem Geschehen beziehen. Es sind noch zu viele wichtige Fragen unbeantwortet.



Abb. 93 Geburtstagsfeier mit Schulfreundinnen aus der Königin-Luise-Schule.

Abb. 94 Sportlerinnen der Königin-Luise-Schule im Ruderverein am Wannsee.

Abb. 95 Im Frühjahr 1933 musste die Schulleiterin der Staatlichen Augusta-Schule (heute Sophie-Scholl-Schule) die Verantwortung für ihre Schule abgeben. Sie hatte sich geweigert, den Eid auf Hitler abzulegen. Von da an gehörten Hakenkreuzfahne und Hitlergruss auch in dieser Schule zur Alltäglichkeit. Hier eine Schulfeier vor dem Fahrradkeller am 1. Mai 1934, bei der der neue Schulleiter Professor Schiering, der einzige Mann im Bild, eine Ansprache vor versammelter Frauenschaft hält: rechts im Bild die Lehrerinnen, links die Schülerinnen. Hinter dem Schulleiter die Hakenkreuzfahne.

Von der «Staatlichen Augustaschule» zur «Sophie-Scholl-Oberschule» – 1933 bis 1946

BODO FÖRSTER

Wer in der Umgebung der «Sophie-Scholl-Oberschule» (Pallas-/ Ecke Elssholzstrasse) nach Spuren aus den Jahren des Dritten Reiches sucht, der wird schnell fündig: der Hochbunker für das Fernmeldeamt in der Winterfeldtstrasse aus dem Jahre 1944 an der Elssholzstrasse, der erste Bauabschnitt des «Zentralbüros der Deutschen Arbeitsfront» in der Potsdamer Strasse 182 und das ehemalige Kammergericht in der Elssholzstrasse, der Ort der Schauprozesse gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Selbst das aus der Kaiserzeit stammende Schulgebäude lässt an dem fehlenden Fassadenschmuck an der Seite zur Pallasstrasse die Folgen des schweren Bombenangriffs am 2. Februar 1945 erkennen. Trotz dieser augenfälligen «steinernen Zeugen» ist die Geschichte der Schule in den Jahren zwischen 1933 und 1945 nur ansatzweise geschrieben. In der «Sophie-Scholl-Oberschule» wird zur Zeit das Jubiläum aus Anlass des zehnjährigen Bestehens als Gesamtschule vorbereitet. Es ist geplant, eine Broschüre erscheinen zu lassen, die sich eingehend mit der Geschichte der Schule und der näheren Umgebung befassen soll. Aus den Jahren 1933 und 1945 gibt es Unterlagen, die noch gesichtet und ausgewertet werden müssen. Es wurden Kontakte mit ehemaligen Schülern und anderen Zeitzeugen hergestellt, aber auch diese Arbeit befindet sich noch im Anfangsstadium. (Jede Information zur Geschichte der Schule ist willkommen. Bitte wenden Sie sich an: Bodo Förster, Sophie-Scholl-Oberschule, Elssholzstrasse 34-37, 1000 Berlin 30).

Die Umbenennung der «Augusta-Schule» in «Sophie-Scholl-Oberschule» erfolgte im Jahre 1946 auf Anweisung des Schulamts. Der Name von Sophie Scholl und die Aktivitäten der «Weissen Rose» gaben im Geschichtsunterricht der Schule Anlass, den Schülern am Beginn ihrer Schulbesuchszeit Aspekte des menschenfeindlichen Nationalsozialismus zu vermitteln. Die Fachlehrer haben eine Unterrichtseinheit erarbeitet, die in Ergänzung des Rahmenplans Geschichte in den siebenten Klassen behandelt wird. Damit wird



Abb. 96 Angesichts der schweren Bombardierungen Berlins wurde auch die Staatliche Augusta-Schule im September 1943 evakuiert. Ein Sonderzug brachte die Schülerinnen und Lehrerinnen) nach Cottbus und verschiedenen anderen Orten der südöstlich von Berlin gelegenen Lausitz. In dem leerstehenden Schulgebäude wurde ein Gemeinschaftslager für sowjetische Zwangsarbeiter eingerichtet, die für die Firma Philipp Holzmann AG arbeiteten. Sie waren beim Bau des Hochbunkers in der Pallasstrasse eingesetzt, der für das Fernmeldeamt in der Winterfeldtstrasse errichtet wurde. Am 2. Februar 1945 wurde das Schulgebäude von einer Luftmine getroffen und im Bereich Elssholzstrasse schwer beschädigt. Unter den Trümmern wurden die einquartierten Zwangsarbeiter begraben. Das Foto – eine verbotene Aufnahme vom Tag darauf – zeigt die zerbombte Schule, deren Trümmer auf die Elssholzstrasse gefallen sind. Wer kann sich daran erinnern und hat noch zusätzliche Hinweise?

auch erreicht, dass die neu in die Schule aufgenommenen Schüler die Bedeutung von Sophie Scholl als Namensgeberin ihrer Schule erkennen. Die erwähnten «steinernen Zeugen» sind anschauliche Beispiele bei der Behandlung des Nationalsozialismus im Unterricht. Im Rahmen der Ausstellung «Schöneberg – auf dem Weg nach Berlin» des Bezirksamts Schöneberg wurden vom Verfasser Stadterkundungen am Kleistpark auch mit Schülern und Lehrern durchgeführt. Ein Faltblatt «Schöneberg – neu entdeckt / Stadterkundung am Kleistpark» ist beim Kunstamt Schöneberg erhältlich. Diese Stadterkundungen sollen weiterhin stattfinden und so den Schülern unter anderem auch die Bedeutung von Spurensuche und Spurensicherung im eigenen Umfeld vermitteln.

All diese Aktivitäten dienen dazu, die Behandlung des Nationalsozialismus und seiner furchtbaren Auswirkungen zu vertiefen und einer leider oft anzutreffenden Verharmlosung entgegenzuwirken.

Das Werner – Siemens – Gymnasium – Erinnerungen an die Schulzeit im 3. Reich

MARCEL REICH-RANICKI

«Mein Sohn ist Jude und Pole. Wie wird er in ihrer Schule behandelt werden?» fragte meine Mutter den Direktor des Fichte-Gymnasiums in Berlin-Wilmersdorf. Es war 1935. Übrigens hatte sie ein wenig übertrieben. Denn obwohl in einer polnischen Stadt geboren (in deren unmittelbarer Nachbarschaft bis zum Ende des Ersten Weltkrieges die Grenze des Deutschen Reichs verlief), hielt ich mich, der ich als kleines Kind nach Berlin gekommen war, zwar natürlich für einen Juden, doch keineswegs für einen Polen, ja schon eher für einen Berliner. Aber ich war polnischer Staatsangehöriger, also ein Fremdling und Aussenseiter in doppelter Hinsicht.

Indes hatte meine Mutter mit ihrer provozierenden Frage erreicht, was sie erreichen wollte: Der Direktor versicherte überaus höflich, ihre Befürchtungen seien ihm unbegreiflich. In einer deutschen, einer preussischen Schule sei Gerechtigkeit oberstes Prinzip. Dass ein Schüler seiner Herkunft wegen schikaniert werde, sei am Fichte-Gymnasium undenkbar. Die Schule habe ihre Tradition. (...) Als ich nach den Osterferien, inzwischen Untersekundaner geworden, zum ersten Mal das Gebäude des Fichte-Gymnasiums in der Emser Strasse betrat, war der Direktor, der meiner Mutter so gefallen hatte, nicht mehr zu sehen. Man munkelte von Zwangspensionierung. Sein Nachfolger hiess Heiniger. An nationalen Feiertagen erschien er in (verhältnismässig) eleganter brauner Uniform mit viel Gold. Er war ein «Goldfasan» – so nannte man die höheren Funktionäre der N.S.D.A.P. (...) Ein besonderer Umstand hatte meine Umschulung nötig gemacht: Das Werner-Siemens-Gymnasium in Berlin-Schöneberg, meine bisherige Schule, wurde 1935 aufgelöst. Diese ungewöhnliche Massnahme hatte einen zeitbedingten Grund. In Schöneberg, zumal in den Vierteln um den Bayerischen Platz, wohnten viele Juden. Manche von ihnen konnten es sich nicht mehr leisten oder sahen keinen Sinn darin, ihre Söhne weiterhin auf die höhere Schule zu schicken. So war schon bald nach der Machtübernahme die Zahl der Schüler des Werner-Siemens-Gymnasiums stark zurückgegangen. Überdies soll es bei den neuen Behörden einen besonders schlechten Ruf gehabt haben: Es galt als liberal.

Die nationalsozialistische Herrschaft hatten wir sofort zu spüren bekommen, zunächst auf sonderbare Weise: Am Morgen des 28. Februar 1933, nach der grossen Pause, als einer unserer Lehrer uns mit rüden Worten in die Aula trieb, ahnten wir, dass Ausserordentliches geschehen war. Der Direktor des Werner-Siemens-Gymnasiums, ein ruhiger Mensch, hielt eine kurze Ansprache, die nicht markig klang. Der wichtigste Satz lautete: «Ich verbiete allen Schülern zu behaupten, die Na-

tionalsozialisten hätten den Reichstag angezündet.» Wollte er provozieren? Oder war er bloss naiv? Jedenfalls verschwand er bald von der Schule – aus politischen Gründen, hiess es.

Im Unterricht spürte man vom neuen Geist vorerst nichts – nur dass die im Lesebuch («Deutsches Erbe») gedruckten Heine-Gedichte nicht mehr durchgenommen wurden. An einen antisemitischen Vorfall erinnere ich mich doch. Beim Handballspiel fühlte sich der Schüler R. von dem Schüler L. angerempelt. Beide waren sie gute Spieler, der eine HJ-Führer, der andere Jude. In der Hitze des Gefechts brüllte R. den L an: «Du Dreckjude.» Solche Beschimpfungen waren noch nicht üblich. So gab es einen kleinen Skandal.

Von der Sache erfuhr unser Klassenlehrer, Dr. Reinhold Knick. In seiner nächsten Stunde hielt er eine etwas feierliche Ansprache: «Auch unser Heiland war Jude ... Ich als Christ kann es nicht billigen ... usw.» Alle lauschten wir stumm, auch der HJ-Führer R. Aber sein Schweigen dauerte nicht lange. Denn nach wenigen Tagen wurde Knick in die HJ-Gebietsführung (oder ein ähnliches Amt) vorgeladen und bald auch von der Gestapo vernommen. Er berief sich auf sein christliches Gewissen, man warnte ihn, man drohte ihm. Die Folgen liessen nicht lange auf sich warten: Er wurde ans Hohenzollerngymnasium versetzt, ebenfalls in Berlin-Schöneberg.

Keinem meiner Lehrer in den Jahren 1930 bis 1938 verdanke ich soviel wie diesem Doktor Knick. Ob er wirklich aus der Jugendbewegung kam, weiss ich nicht, aber er hatte immer etwas Jugendbewegtes. Er war damals Anfang oder Mitte Fünfzig, gross und schlank, das schon spärliche Haar blond, die Augen hellblau. Früher wurde er, wie ältere Schüler zu berichten wussten, «der blonde Schwärmer» genannt. Ja, das war er: ein Schwärmer, ein Enthusiast, einer vom Geschlecht jener, die glauben, ohne Literatur und Musik, Kunst und Theater habe das Leben keinen Sinn. Die Dichtung seiner Jugendzeit hatte ihn geprägt: Rilke, Stefan George und auch der von ihm

(mit milder Nachsicht) geliebte frühe Gerhart Hauptmann. Die George-Zeile «Wer je die Flamme umschritt ...» war in seinem Mund nicht eine Mahnung, sondern ein Bekenntnis.

Knick war nicht nur ein vielseitiger und leidenschaftlicher Pädagoge, sondern auch ein Regisseur, ein Schauspieler, ein Rezitator und ein Musiker. Von den Theateraufführungen, die er in den zwanziger Jahren in der Aula des Werner-Siemens-Gymnasiums veranstaltet hatte, wurde noch zu meinen Zeiten viel erzählt. Nur eine seiner Aufführungen habe ich gesehen. Es muss um 1936 gewesen sein, als ich längst am Fichte-Gymnasium war. Knick hatte am Hohenzollern-Gymnasium Shakespears «Sturm» inszeniert und selber den Prospero gespielt. Ich war beeindruckt, wollte jedoch meine Bedenken nicht verheimlichen.

Im «Sturm» seien doch zwei Welten gegeneinander gestellt – eine aristokratische, zarte und melancholische mit Prospero und seiner Tochter Miranda im Mittelpunkt und eine vulgäre, teils plebejische und teils animalische Welt um Caliban, den Spassmacher Trinculo und den immer betrunkenen Stephano. Mich faszinierte in diesem Stück die poetisch-intellektuelle Welt und stosse jene andere, die derbe und primitive, eher ab. Knick aber habe die simplen und ordinären Elemente leider breit ausspielen lassen und damit ein Gleichgewicht hergestellt, das dem «Sturm» gar nicht nütze. Er hörte sich alles aufmerksam an, war keineswegs ungehalten und sagte mir etwa folgendes: «Das Leben – das ist nicht nur Prospero, dazu gehört auch Caliban, sowenig er dir gefallen mag. Das sind zwei Seiten derselben Frage, beide sind wichtig. Achte darauf – heute zumal –, dass du nicht nur die eine Seite wahrnimmst und die andere verkennst.» (...) (Stark gekürzte Fassung des Textes von Marcel Reich-Ranicki, Geliebene Jahre, in: Meine Schulzeit im 3. Reich, Erinnerungen deutscher Schriftsteller, 1982)

Abb. 97 Abiturjahrgang 1928 am Werner-von-Siemens-Gymnasium.





Abb. 98 Ruth Wilke als BDM-Mädchen.

Eines Tages fragte ich vergeblich nach ihm

RUTH WILKE

Wer mich fragt, warum ich im Schöneberger Kulturarbeitskreis mitmache, dem antworte ich folgendes:

Ich habe als Kind während des «Tausendjährigen Reiches» – so nannten nämlich die Nationalsozialisten ihre Epoche – mehr gehört und gesehen als viele der damals Erwachsenen heute zugeben wollen. Keiner wies mir unbedingt den Weg, meine grosse Familie war irgendwie anders, sie lebte mir ganz natürlich richtungsweisend vor, man sprach nie mit mir darüber, ich fühlte aber instinktiv, dass man anders dachte. Mein Vater z.B. gab mir aus Dankbarkeit einen jüdischen Namen, denn einem jungen jüdischen Arzt verdanke ich mein Leben, das er rettete, als ich zwischen dem 3. und 6. Lebensmonat infolge einer Ernährungsstörung ernsthaft gefährdet war. Das Leid vieler Menschen, die eigenen erlittenen Verluste und die Folge der Hitlerjahre waren für mich so unermesslich hart und bedrückend, dass ich nur jeden vor Diktatur und deren Machtgelüsten warnen möchte.

Aber – in all den Jahren nach 1945 musste ich schmerzlich feststellen, dass der Geist der Nationalsozialisten nach wie vor in den Köpfen der Menschen – alt und jung – spukt. Da fallen Äusserungen: «Hitler hat doch Deutschland viel Gutes gebracht: keine Arbeitslosen, viele Vorbilder für unsere Jugend. «Oder: «Bei Hitler wäre dies oder das nicht vorgekommen, das war wenigstens ein Mann der Tat!» Verschweigen möchte ich auch nicht, die Entscheidungen der Nachkriegs-Schuleinstellungsbehörde, mit der man es wagte, nach Entnazifizierung und gemäss Art. 131 d. Grundgesetzes (Wiedereinstellung von Beamten und Angestellten) erneut zwei Lehrkräfte uns Schülerinnen der Rückert-Schule zuzumuten, deren Ver-

antwortlichkeit für harte Bestrafungen bei «Entgleisungen» noch nicht vergessen war. Die Wiedereinstellung am «Tatort» war empörend, zumal von unserer Schule 1/3 jüdische Schülerinnen entfernt worden waren. Mein Klassenkamerad in war schockiert darüber – ihr Vater war als Kohlenhändler in Schöneberg im Widerstand gewesen.

Auf der anderen Seite, 1972 wurde ich – Jahrgang 1933 – als Nazi beschimpft: Ich machte die Bekanntschaft eines ehemaligen deutschen Sportlers, dem 1936 die Teilnahme an der Olympiade verweigert wurde und der über 30 Jahre im Exil in Südamerika gelebt hatte. Er hatte an nächtlichen Malparolen gegen Hitler aktiv teilgenommen, wurde verhaftet und kam nach Plötzensee, anschliessend floh er. Dieser Mann behauptete: Alle, die nicht bei Hitler gesessen hätten, wären noch heute Nazis. – So auch nicht.

Als ich 3 Jahre alt war – 1936 – zogen meine Eltern und ich nach Berlin-Schöneberg. Wir wohnten in einem grossen Eckhaus – 3 Vordereingänge, 1 Gartenhaus, 1 Seitenflügel – das 1903 bezugsfertig geworden war und einer Jüdin gehörte. 1935 wurden die grossen Wohnungen geteilt oder gar gedrittelt. In allen Aufgängen lagen rote Teppiche, es war alles sehr sauber. Angesehene Leute wohnten dort: Beamte, Angestellte, Kaufleute, 1 Kapellmeister, 2 Musiker, 1 Gerichts-

vollzieher, 1 Uhrmacher. Es gab 1 Bäckerladen, 1 Milchgeschäft, 1 Schuster, 1 Schneiderwerkstatt. Auch die Inhaber dieser Läden wohnten mit im Haus. Es hiess, wir seien insgesamt 94 Hauptmietparteien, davon 12 bis 15 Kinder. Es kannte nicht jeder jeden, man grüsste sich aber und wusste, wo jeder hingehörte.

Meine Kinderliebe gehörte dem blonden Peter im Haus – und damit begann alles. Eines Tages fragte ich vergeblich nach ihm. Auf meine wiederholten Fragen antwortete man erst gar nicht, dann hiess es: «Peter ist verreist!» Durch Erwachsenengespräche erfuhr ich, Peter war mit seinen Eltern in Brasilien.

Zum Uhrmacherehepaar hatten wir netten Kontakt, wir gingen oft in das kleine Geschäft um die Ecke in der Akazienstrasse. Es war nach der sogenannten «Kristallnacht», wie ich heute weiss, da gingen mein Vater und ich total überrascht – wir wohnten im Gartenhaus – an zertrümmerten Schaufenstern (beim Schneider) im Haus, in der Strasse, im ganzen Wohnviertel vorbei. Die Scheiben beim Uhrmacher waren auch entzwei. Ich erinnere mich, dass mein Vater mit mir in den Laden ging und lange mit Herrn H. sprach. Ich wusste nicht, warum das alles so war, aber ich spürte das Unrecht. Von da an sah ich Herrn H. nie mehr, meine Mutter führte noch Gespräche mit seiner Frau – immer zwischen Haus- und Hof-tür. Eines Tages wollte Frau H. nicht mehr mit ihr reden: «Wenn uns jemand sieht, dass Sie mit mir sprechen!» Meine Mutter beschwichtigte Frau H. Da erzählte uns Frau H., dass ihre Kinder sicher

Abb. 99 Schreiben des Gauleiters der NSDAP an die Mutter von Ruth Wilke.



nach Amerika gekommen wären, und sie gab mir noch zwei kurze Plisséeerüschen in den Farben türkis und weiss. Dann sahen wir auch Frau H. nie mehr wieder. Und da wohnte noch ein sehr grosser Herr im Vorderhaus. Seine kranke Tochter – ein junges Mädchen – wurde von ihm und seinem Sohn im Sommer bei Sonnenschein immer im Rollstuhl zum Hof getragen. Ich wunderte mich, dass nie einer mit diesen drei sehr einsamen Menschen sprach, jeder guckte nur scheu auf das Mädchen.

Sie alle, von denen ich berichtete, sollen noch bis Januar 1945 in unserem Haus gelebt haben, dann wurden wohl auch sie noch abgeholt.

Hitlerjugend – oder: Wie die Nazi-Ideologie im Alltag der Jugendlichen Fuss fasste

ANDREAS SANDER

Von Anfang an hatte die NS-Bewegung ein besonderes Interesse daran, die Jugend für sich zu gewinnen. Denn: «*Von der Jugend hängt die Zukunft des deutschen Volkes ab. Die gesamte deutsche Jugend muss deshalb auf ihre zukünftigen Pflichten vorbereitet werden...*». (Aus dem «Gesetz über die Hitler-Jugend» vom 1.12.1936, zitiert nach Arno Klönne, 1982)

Zielstrebig ging man nach der Machtübergabe daran, die Jugendlichen «gleichzuschalten». Die meisten Jugendorganisationen, vor allem die politischen, wurden unmittelbar verboten, einige hündische Gruppen und bürgerliche Turnvereinigungen schlossen sich mehr oder weniger freiwillig der Hitler-Jugend (HJ) an. Im Dezember 1936 wurde im «Gesetz über die Hitler-Jugend» schliesslich der Anspruch nach totaler Erfassung der Jugendlichen auch rechtlich festgeschrieben: «§ 1. Die gesamte deutsche Jugend ist in der Hitler-Jugend zusammengefasst.

§ 2. Die gesamte deutsche Jugend ist ausser in Elternhaus und Schule in der Hitler-Jugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft zu erziehen.»

Sportliche, schon bald wehrsportliche Ertüchtigung, politische Schulung und die Heranführung der Jugendlichen an die nationalsozialistische «Volksgemeinschaft» waren hiernach die wichtigsten Aufgaben der HJ. Sie gliederte sich dem Alter der Jugendlichen gemäss in das «Deutsche Jungvolk» für die männlichen und die «Jungmädels» für die weiblichen 10- bis 14jährigen, schliesslich in die «Hitler-Jugend» und den «Bund Deutscher Mädchen» (BDM) für die 14- bis 18jährigen.

Abb. 101 Im Unterschied zur HJ orientierten sich die Inhalte im BDM an einer Erziehung der Mädchen zur «deutschen Frau und Mutter».



Abb. 100 Hitler-Jungen bei einer Lagebesprechung.



Abb. 102 Was anfangs noch «Spiel» war, wurde schon bald bitterer Ernst: Hitler-Jungen bei Luftschutzübungen mit Gasmaske.

Ein Schöneberger erinnert sich an seine Erlebnisse in der HJ:

«Auf dem Winterfeldtplatz stand eine Baracke, da waren eine Menge Zimmer drin, und dort fanden die Heimabende der HJ statt. In der Baracke roch es wie in allen Baracken, wo Organisationen drin sind, wo viele Leute unter einen Hut gebracht werden. Zwischen Kirche und Baracke war noch ein Streifen, wo man sich wie beim Militär aufstellte, mit «Rührt Euch!» und «Die Augen links!» oder so. Da wurde dann dem Fähnleinführer gemeldet, dass die Gruppe angetreten war. Auf dem Heimabend wurde erzählt, wann Adolf Hitler geboren wurde, was der so gemacht hatte und was er im Krieg war. Meist referierte einer, der einige Jahre älter war als wir, der vermutlich eine kleine Ausbildung mitgemacht hatte und dann Jungscharführer war. Uns wurde Kartenlesen, so 'ne Art Geländekunde, beigebracht, die Rangabzeichen wurden gelernt und der Aufbau der HJ vermittelt. Ja, und dann mussten wir diese Schlagworte lernen, die Pflichten der HJ, so wie die zehn Gebote in der Kirche: Du sollst nicht töten, (...) das gab es in der HJ auch.

'Hitlerjungen sind stark, schweigsam und treu. Hitlerjungen sind Kameraden, sind flink wie Windhunde und hart wie Kruppstahl...'. Es wurde sehr viel gemacht, was man so vormilitärische Ausbildung nannte. Geländespiele fanden auf dem **Südgelände** statt. Dort gab es auch einen Sportplatz, wo wir Exerzierübungen machten. Das Gelände war abgelegen, so dass nicht viele Leute zusehen konnten. An der Ecke **Kluck-/Pohlstrasse** war auch ein HJ-Heim. Dort machten wir immer unsere Schiessübungen, und in der **Rubensstrasse**, hinter dem Innsbrucker Platz, war auch so eine Baracke.

Man versuchte, die Jugend in die Gruppen zu bekommen, indem man es ihr mit Sport und Geländespielen schmackhaft machte; ein bisschen politische Schulung versuchte man natürlich auch. Jedenfalls habe ich mich da nicht so wohl gefühlt, weil es ein Massenbetrieb war. Ich war wohl immer mehr individualistisch eingestellt. Aber man musste sich da doch irgendwie reinfinden...». (Interview mit einem Zeitzeugen, Berliner Geschichtswerkstatt, 1983)

Viele andere Jugendliche hatten nicht diese Schwierigkeiten mit der HJ. Sie waren begeistert von den Geländespielen, den gemeinsamen Fahrten, den Sommerlagern, fühlten sich «dazugehörig»: «Für uns hatte das alles nichts mit Politik zu tun... Wir sahen nur das Erlebnis unter unseren Gleichen...». Für die meisten ergab sich hierbei erstmalig die Gelegenheit, «...mal von Zuhause wegzukommen.» (Interview a.a.O.)

Abb. 103 «Vorschule der Rekruten»: Ausbildungsprogramm des «Deutschen Jungvolks».



Die Bedingungen für das DJ-Leistungsabzeichen

I. Schulung:

1. Erzähle kurz den Lebensweg des Führers
2. Was weißt du vom Deutschtum im Ausland? Warum hat Adolf Hitler Deutsch-Österreich wieder ins Reich geholt?
3. Kenne die durch die Friedensverträge abgetretenen Gebiete
4. Kenne die wichtigsten nationalen Feiertage des deutschen Volkes und der Bewegung sowie deren Bedeutung
5. Sage fünf Fahnenprüche
6. Kenne sechs HJ-Lieder und deren vollen Text, davon
 - a) Helden in Felsen und Gruben
 - b) Der Himmel grau
 - c) Heilig Vaterland
 Die restlichen drei können frei gewählt werden.

II. Leibesübungen:

1. 60-m-Lauf 10 Sekunden
2. Weitsprung 3,25 m
3. Schlagballweitwerfen 35 m
4. Klimmziehen 2mal
5. Bodentollen 2mal vorwärts, 2mal rückwärts
6. a) 100-m-Schwimmen in beliebiger Zeit
b) 1000-m-Lauf, nicht unter 4,30 Min., nicht über 5,30 Min.*
7. Kabinfahren (nur Nachweis erforderlich)

III. Fahrt und Lager:

1. Eine Tagesfahrt von 15 km mit leichtem Gepäck (nicht über 5 kg), nach 7½ km eine Pause von mindestens 3 Stunden
2. Teilnahme an einem Zeltlager von mindestens 3tägiger Dauer
3. Bau eines 3er-Zeltes und Mitarbeit am Bau eines 12er-Zeltes
4. Anlegen einer Kochstelle; Wasser zum Kochen bringen
5. Kenntnis der wichtigsten Baumarten
6. Entziffern der Karte nach den Gestirnen
7. Kenntnis der wichtigsten Kartenzeichen des Maßstabes 1 : 25 000 (Wald, Straßen, Eisenbahnen, Heiden und Schichtlinien)
8. Anschließern und Meldeln (Entfernung etwa 200 m, Meldung mündlich, etwa 10 Worte enthaltend)

IV. Zielübung:

- a) Luftgewehr-schießen, 8 m Entfernung, stehend am Anschlagstisch, 12er-Ring-Scheibe, Ringabstand 1 : cm, 5 Schuß = 20 Ringe
- b) Wenn Luftgewehrschießen nicht möglich, Schlagballzielwerfen, Entfernung 8 m, Ziel 60 × 60 cm. Bedingung: 5 Bälle = 3 Treffer

(Aus: Günter Eisen/Karl-Gustav Lörche: Vom Pimpf zum Flieger. München 1941)

Einen grossen Stellenwert im Rahmen der Arbeit der HJ hatten die «Sammelaktionen». Alltäglich zogen Hitler-Jungen mit den Sammelbüchsen durch die Stadt und baten um ein Opfer für das «*Deutschtum im Ausland*» oder für das «*Winterhilfswerk*» und arbeiteten so mit an der grossen «*Volksgemeinschaft*».

«Zusammen mit einem Schulkameraden habe ich oft alle Kneipen von der Potsdamer Strasse bis zur Gedächtnis-Kirche abgeklappert und gesammelt. Die Leute waren immer sehr freundlich, weil wir ja so jung waren... Dann hatte sich bei den Sammlungen so ein richtiges Jagdfieber entwickelt. Bei Sammlungen für den VDA («Verein für das Deutschtum im Ausland») gab 's keine Büchsen, da mussten sich die Spender in Listen eintragen, und da hatte ein Schüler mal in so 'ner Liste 'rumradiert' – aber der Lehrer hatte es gemerkt (die Sammellisten mussten beim Lehrer abgegeben werden) ...An der Kurmärkischen-/Ecke Frobenstrasse muss so eine NS-Dienststelle gewesen sein. Da sind wir immer durch alle Diensträume gegangen und haben gesammelt...». (Interview, a.a.O.)

Zum Ende der dreissiger Jahre hin wurden diese Sammelaktionen in die konkrete Kriegsvorbereitung einbezogen: Jetzt wurden Rohstoffe («*Lumpen, Flaschen, Eisen und Papier...*») gesammelt und die Dachböden entrümpelt, um die Brandgefahr bei Bombenangriffen zu vermindern.

«Gruppen von drei bis vier Hitler-Jungen zogen mit kleinen Wagen durch die Strassen und sammelten das Gerümpel. War der Wagen voll, fuhren sie zum Lumpenfritzen und gaben die Sachen ab. Der rechnete dann mit irgendeiner übergeordneten Stelle ab. ... In der Schule gab es für die Abgabe Punkte; war das Punktekonto voll, gab es eine Belobigung.» (Interview a.a.O.)

Aus Spass, Spiel und Abenteuer wurde schon bald mit der sich verschärfenden Kriegssituation bitterer Ernst. Zunächst als «*Flakhelfer*» und später bei «*Kriegseinsätzen*» noch in der «*zweiten Reihe*» eingesetzt, wurden die Hitler-Jungen im letzten Kriegsjahr als letztes Aufgebot, in Berlin z.B. gegen die anrückende Rote Armee, entgegengeworfen. Bei nicht wenigen hatte hierbei die HJ als «*Vorschule der Rekruten*» die entscheidende Vorarbeit geleistet. Die massive Gewöhnung an militärischen Drill, an das Soldatentum schuf die Grundlage für eine kindliche Begeisterung und Bereitschaft, als «*Kriegsfreiwilliger*» das Vaterland vor dem Untergang zu retten – für viele dieser «*Kindersoldaten*» bedeutete dies den sicheren Tod.

dischen Jugend (so nannte man die freien und konfessionellen Bünde in der Weimarer Zeit) stammte. Ein Vikar, der unseren evangelischen Jungenkreis leitete, hatte sie mir übergeben mit den Worten: «*Vielleicht könnt ihr sie im Jungvolk noch gebrauchen.*» Das Deutsche Jungvolk (DJ), für die 10- bis 14jährigen Jungen bestimmt, war weniger politisiert als die HJ, obwohl es zum Gesamtverband der Hitler-Jugend gehörte. Viele «*Bündische*» waren 1933/34 als Führer ins Jungvolk übernommen worden, aus taktischen Gründen wollte man auch von «*der Partei*» her die Jüngerer zunächst durch pfadfinderische Arbeit begeistern.

Abb. 104 Zwei Pfadfinder in der Kluft der bündischen Jugend; diese wurde 1933 – leicht verändert – vom «*Deutschen Jungvolk*» übernommen.

Auf der Trommel waren Symbole zu sehen, die besonders von der verbotenen «*d.j.1.11.*» (= Deutsche Jungenschaft 1. November, die, gegründet am 1.11.1929, versuchte die bündische Jugend zu erneuern. Teile der dj sympathisierten 1932/33 mit der KPD. Von den Nationalsozialisten wurde sie als Zentrum sog. hündischer Umtriebe verfolgt.) her bekannt waren. Wir hatten eine Sigrune, das Zeichen des DJ, (Deutsches Jungvolk) hinzugefügt – in der Annahme, damit wäre die Trommel legalisiert; schliesslich hatte das Jungvolk sogar die «*Jungenschaftsjacke*» von der «*d.j.1.11.*» übernommen, wenn auch der Schnitt im Laufe der Jahre verändert worden war. Nun sass ich in der grossen Mietwohnung, die zur Dienststelle für «*weltanschauliche Überwachung*» geworden war. Durch eine Tür konnte ich sehen, dass nebenan ein regelrechtes «*Museum*» von «*sichergestellten*» Gegenständen hündischer Herkunft eingerichtet war.



Bündische Jugend in der Kirche

PFARRER JÜRGEN BOECKH

Es war in Schöneberg, in der Potsdamer Strasse, wenn ich mich recht erinnere. Man hatte mich zu einer Dienststelle der Hitler-Jugend (HJ) für «*Weltanschauliche Überwachung*» bestellt. Anlass war eine Trommel gewesen, die aus der Bün-



Abb. 105 1933 wurden «Jurten» und «Koten», selbstgebaute Zelte, mit denen die Bündischen auf Fahrt gingen, verboten.

Abb. 106 Wie diese «wilden Kerle» waren in den zwanziger Jahren viele Wandervögel unterwegs.

Man fragte mich: «Kennst Du den 'Eisbrecher'?» Ich stellte mich dumm und antwortete: «Ja, der Eisbrecher ist ein Schiff, das durchs Meer fährt, um das Eis aufzubrechen.» Die beiden HJ-Funktionäre guckten sich bedeutungsvoll an und dachten wohl: Anscheinend weiss er es wirklich nicht. «Der Eisbrecher» war eine – inzwischen längst verbotene – Zeitschrift der «d.j.1.11», alles in kleiner Schrift, in einer sehr eigenen, geschmackvollen jugendmässigen Aufmachung.

Weiter wollte man von mir wissen, was wir im «Ostkreis», dem evangelischen Jungenkreis in Lichterfelde-Ost, trieben. Erlaubt war lediglich «Bibelarbeit» – und zur Ausfüllung von Pausen neben den erlaubten geistlichen Liedern gerade noch das Singen von Volksliedern. Sämtliche pfadfinderischen Aktivitäten, «Auf-Fahrtgehen», ja gemeinsames Baden am Wannsee oder sonstwo, ebenso die Beschäftigung mit irgendwelchen politischen, überhaupt anderen als religiösen Themen, waren verboten. Wenn diese Dinge für uns auch nicht wichtiger waren als «Bibelarbeit», so liessen wir sie uns doch nicht nehmen: Wir waren in unserem Jungenkreis nicht bereit, unser Leben in eine «religiöse» und «weltliche» Sphäre aufteilen zu lassen, wie es bis heute das Bestreben totalitärer Systeme ist. Das Ziel jener «Überwacher» in Schöneberg war es, herauszubekommen, wo innerhalb evangelischer Jungenkreise «hündische Umtriebe» im Gange waren.

Nach dem Verhör, das natürlich «Gespräch» genannt wurde, fragte mich Gerhard Lehne, der zuvor unseren Kreis geleitet hatte: 'Was wolltet die denn von Dir wissen?' Ich sagte: «Ich habe versprochen (unterschrieben?), davon niemandem etwas weiterzusagen.» Darauf er: «Diesen Verbrechern brauchst Du das Wort nicht zu halten!» Diese Antwort war für mich ein Schock. Von meinen Eltern her und aufgrund meines christlichen Glaubens galt mir Lüge und Verstellung als verabscheuenswert, sie war es im Grunde auch für jenen Gerhard Lehne, der, etwa 10 Jahre älter als ich, Pastor der «Bekennenden Kirche» wurde.



Abb. 107 Der Leiter des evangelischen Jungenkreises, Gerhard Lehne.

An diesem Erlebnis wird deutlich, wie wir im «Dritten Reich» zu einem Doppel-Leben genötigt wurden. «Wir» – das war allerdings nur eine Minderheit, denn der bei weitem grösste Teil gerade der jungen und jüngeren Menschen bis zu etwa 30 Jahren, war begeistert, machte zumindest problemlos mit.

Neben meinem Elternhaus, das christlich und (politisch) liberal eingestellt war, wurde eine kritische Einstellung zum Nationalsozialismus durch den evangelischen Jugendkreis und dort besonders durch den hier genannten Pastor Gerhard Lehne gefördert. Er hatte einst als Schüler des Hohenzollern-Realgymnasiums in Schöneberg dem B.K. (In diesem Fall: Bund der Schülerbibelkreise) angehört, war dann dem Deutschen Pfadfinderbund (DPB) beigetreten, der der «Einschaltung» durch die Nazis zum Opfer fiel.

Gerhard Lehne unterwarf sich nicht. Seine Gruppe – die «Königsreiter» genannt – kam bis in die ersten Kriegsjahre in Wohnungen zusammen, besonders im Bereich Schöneberg-Friedenau. Einmal war ich mit dem Fahrrad von Lichterfelde aus zu einem Treffen in der Ebersstrasse unterwegs. Am Innsbrucker Platz kam mir einer unserer Freunde entgegen und sagte: «Umkehren! Die Gestapo hat alle verhaftet, die schon da waren.»

«Warum eigentlich?» So wird mancher heute, mehr als 40 Jahre später, fragen. «Wart Ihr denn ein Widerstandskreis?» Nein, das wäre zu hoch gegriffen. Aber wir gehörten sowohl in unserem kirchlichen Jungenkreis als auch in diesem – verborgen weiterlebenden – Freundeskreis aus der verbotenen Bündischen Jugend zu den wenigen, die sich nicht begeistern liessen, von denen man argwöhnte oder auch wusste, dass sie in jener «grossen Zeit» abseits standen. Und das war schon ein Politikum.

Es ergab sich von selbst, dass einige von uns von Hand zu Hand weitergegebene Schriften vervielfältigten und wiederum Weitergaben: Predigten des Landesbischofs D. Wurm gegen die Tötung von Geisteskranken, Predigten des «Löwen von Münster», Bischof Clemens August Graf v. Galen, gegen die Schliessung von Klöstern, Listen von polnischen Priestern, die im KZ getötet worden waren. Daraus wird deutlich, dass wir über die Schule auch Verbindung zu Katholiken hatten, von denen – im Vergleich zu den Protestanten – ein grösserer Teil dem Regime kritisch oder feindlich gegenüberstand. Die Tatsache, dass wir uns im «Ostkreis» auch «hündisch» betätigten, dass einige von uns mit einer neu angefertigten Kohte (als Symbol der «d.j.1.11.» verboten!) auf Fahrt gingen, dass wir «Lieder der Südlegion» oder «Lieder der Eisbrechermannschaft» sangen, führte dazu, dass von der kirchlichen Obrigkeit unser Kreis im Jahre 1941 für aufgelöst erklärt wurde: eine Schutzmassnahme der Kirche, die das Fortbestehen kirchlicher Jugendarbeit im weiteren Umkreis nicht gefährden wollte.

Beim Landhelfer-Einsatz

JOHANNES BININDA

Im Jahre 1934/5 trat der «Göring-Plan»* in Kraft und sollte vordergründig bezwecken, die Jugendlichen beiderlei Geschlechts aus den Grossstädten zu den Erhofbauern auf das Land zu schicken. Hier sollten sie erfahren, wie schweres der Bauer hat, den Städtern das tägliche Brot bereitzustellen. Ausserdem sollten die Kinder der Grossstadt wissen, wie eine Kuh aussieht.

In Wirklichkeit sah das aber ganz anders aus: Hitler – im dritten Jahr an der Macht – musste endlich den alten Kämpfern, wie versprochen, Lohn und Brot geben. In der Diktatur ging das ganz einfach. Die Arbeitsämter forderten die Betriebe auf, ihre Jugendlichen zu entlassen – nicht etwa zu beurlauben. In die freiwerdenden Stellen schickten die Arbeitsämter die «alten Kämpfer», die nicht nur arbeiten, sondern die Betriebe im Sinne der allmächtigen Partei kontrollieren sollten.

Was waren das für Leute, die «alten Kämpfer»? Die meisten waren jahrelang ohne Arbeit. Die karge Unterstützung – auch «Wohle» genannt – reichte nicht für Miete und Nahrung. An die Beschaffung von Kleidung war nicht zu denken. Die armen Kerle, die wirklich an Hitler glaubten und auf Arbeit hofften, waren total abgerissen. Nun prangten sie vor den SA-Lokalen in neuen SA-Uniformen und rauchten SA-Zigaretten, die das SA-Zeichen trugen und «Trommler» hiessen. In den SA-Kneipen bekamen sie einige Glas Bier, auch mal einen Schnaps und ein paar Zigaretten. Wichtig für sie war die warme Suppe oder der Eintopf, der gereicht wurde. – Und wer bezahlte die Zeche? Der Wirt, wenn er auch PG (Parteigenosse) war, konnte das nicht. Die Parteikasse brauchte ihre Beitragseinnahmen für ganz andere Zwecke. Da gab es noch gutgestellte Bürger, die sich für ihren Beitrag zur Linderung der Not der alten SA-Männer in der Partei- oder der Staatsführung eine Karriere sichern wollten.

Zu den alten Kämpfern, die sich in den SA-Lokalen aufhielten, wäre noch folgendes zu sagen. Viele von ihnen gehörten zu den Schlägertrupps und Rollkommandos, die die Kommunisten und SPD-Anhänger verfolgten und oft schwer misshandelten. Und gerade diese Männer, die mithalfen, Hitler den Weg zu ebnen und in den Kämpfen für den «Führer» ihre Knochen hinhielten, sollten nun endlich in Lohn und Brot kommen. Das war der wirkliche Grund des Göring-Planes.

Im Jahr 1935 war ich 22 Jahre alt und in einer Rundfunkgrosshandlung angestellt. Der jüdische Inhaber gab mir notgedrungen die Kündigung, weigerte sich aber, die vom Arbeitsamt zugesagte Ersatzkraft einzustellen, was ihm nach langen Hin und Her auch gelang. Zur Begründung seiner Ablehnung trug er dem Arbeitsamt vor, dass er mich aus rein persönlichen Gründen auch über die sogenannte «Sauregurkenzeit» behalten habe und der Rundfunkhandel erst im Winter Konjunktur habe.



Abb. 108 Landhelfer-Brief von Johannes Bininda.

Familienname <i>Bininda</i>		Vorname <i>Johannes</i>	
Geburts- Tag: <i>14</i>		Ort: <i>Berlin</i>	
Monat: <i>1</i>		Bezirk: <i>Charlottenburg</i>	
Jahr: <i>1913</i>		Stadt: <i>Preussland</i>	
Bisheriger Beruf: <i>Handlungslehre</i>		Staatsangehörigkeit: <i>D. P.</i>	
Mutter: <i>lot</i>		Religion: <i>kath.</i>	
Vater: <i>lot</i>		Mutter: <i>Kartha</i>	
Beruf: <i>geboren: König</i>		geboren: <i>König</i>	
Heimatort (bei Wanderbürgern: Name und Stadt des ursprünglichen Wohnortes): <i>Berlin P.O., Jagowallee 1</i>			
Eigenhändige Unterschrift des Landhelfers oder der Landhelferin: <i>Johannes Bininda</i>			

Das Arbeitsamt gab mir je einen Gutschein für eine Arbeitshose, ein Paar Schnürschuhe und ein Paar Holzpantoffel. Ein Arzt bescheinigte meine Tauglichkeit für den Landhelferdienst. Am 25. Juni 1935 mussten wir pünktlich auf dem Bahnhof sein. Als ich dort ankam, standen schon viele junge Leute auf dem Bahnsteig. Die Stimmung war sehr gut, denn jeder wollte mal etwas erleben. Einige brachten Gitarren und Mundharmonikas mit. Ich hatte einen guten Einfall und brachte mein Fahrrad mit. In Wittstock/Dosse angekommen, marschierten wir zum Arbeitsamt, wo unsere neuen Arbeitgeber schon warteten.

Mein Bauer war mit dem Motorrad gekommen. Er beschrieb mir den Weg nach Wulfersdorf, packte meinen Koffer auf sein Motorrad und fuhr die 11 km voraus.

Auf dem Hof angekommen, bekam ich ein sehr gutes Essen. Danach wurde mir alles was da fleucht und kreucht, sowie mein Mansardenstübchen gezeigt. Die schwere Arbeit war ungewohnt, aber ich gab mir Mühe. Ich lernte mit Pferden umzugehen und konnte so nach und nach früh und abends sechs Kühe melken. Im Winter versorgte ich den Kuhstall mit 24 Kühen und ebensoviel Kälbern. Die grösseren Tiere, die noch nicht gekalbt haben, nennt man dort in der Ostprignitz Fersen oder auch Stärken. Mit meinem Bauern hatte ich es gut getroffen. Er und die Bäuerin waren froh, dass ich kein Nazi war und sonntags nach Wittstock in die Kirche fuhr. Da leistete mir mein Rad gute Dienste. Es gab auch Landhelfer, die über schlechtes Essen und ebenso schlechte Behandlung klagten. Wir kannten uns alle. Am Tage sah man sich auf den Feldern und an den Sonnabend-Abenden im Dorfkrug beim Tanz. Mit den Dorfbewohnern, ob jung oder alt, hatte ich guten Kontakt.

Der Monatslohn betrug für mich bei freier Station 20,- RM. Ein auf dem Lande gross gewordener Kutscher bekam 40,- RM und ein gelernter Schweizer 60,- RM. Meine Beurteilung im Landhelferbrief: Trotz minderer körperlicher Kräfte nahm er regen Anteil an allen Arbeiten. Führung: Vorzüglich. – So kräftig wie ein Bauernjunge war

ich leider nicht, obwohl ich immer Sport getrieben hatte! Vielleicht bin ich Jahrgang 1913 in den ersten Lebensjahren im 1. Weltkrieg nicht ausreichend ernährt worden. Von der Landhilfe wieder nach Berlin-Schöneberg zurückgekehrt, konnte ich meine Tätigkeit in der Rundfunkgrosshandelsfirma wieder aufnehmen. Es währte jedoch nicht lange, dassetzte sich der jüdische Firmeninhaber in das neutrale Ausland ab.

* Dieser aus der persönlichen Erinnerung geschriebene Beitrag bedarf aus der heutigen Sicht des Historikers einiger Korrekturen, die zugleich ein Licht auf die Subjektivität der Wahrnehmung von Zeitzeugen werfen. Der sog. «Göring-Plan» war bereits im Frühjahr 1934 auf Initiative des Berliner Staatskommissars Julius Lippert in die Wege geleitet worden und war ein speziell für Berlin zugeschnittenes Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die Berliner Arbeitsämter verfolgten mit der Zugangssperre für Berlin und dem Arbeitseinsatz von jährlich 20.000 Erwerbslosen in der Provinz in erster Linie die Absicht, den «roten Arbeitslosensumpf», ein für die NSDAP bedrohliches politisches Unruhepotential, trockenzulegen. (Berlin, Berlin, 1987, S. 544) In Berlin war Lippert in der Tat vorrangig darum bemüht, die «alten Kämpfer» aus der SA mit Arbeitsplätzen zu versorgen.

1932

Gründung der «Deutschen Christen» (DC)

1933

21.3. «Tag von Potsdam» (Erneuerung der traditionellen «Ehe von Thron und Altar»). **1.5.** Festgottesdienste zum «Tag der nationalen Arbeit»: in vielen Kirchen SA-Uniformen und Hakenkreuzfahnen. **14.7.** Verfassung der Deutschen Evang. Kirche (DEK) verfügt die Einordnung der Kirche in das NS-System. **20.7.** Reichskonkordat mit der kath. Kirche. **23.7.** Kirchenwahl: über 70% DC. **5.9.** «Braune» Synode führt Arierparagraph ein. **21.9.** Pfarrernotbund gegründet. **27.9.** L. Müller zum Reichsbischof ernannt. **13.11.** Grosskundgebung der Deutschen Christen im Sportpalast, **19.12.** Eingliederung der evangelischen Jugend in die HJ.

1934

29.-31.5. Barmer Reichssynode, Gründung der Bekennenden Kirche (BK), **24.6.** Katholikentag in Hoppegarten, **30.6.** Röhm-Affäre, Ermordung Klauseners, **19.-20.10** Erklärung des Kirchennotrechts auf der 2. Bekenntnissynode in Dahlem. **Im Herbst:** Pfarrer Kurtz organisiert Bekenntnisversammlungen der BK; **Advent:** Höhepunkt des Kirchenkampfes in der Apostel-Paulus-Kirche in Schöneberg.

1935

17.-24.3. Kanzelabkündigung wider Abgötterei. 715 Verhaftungen. **23.7.** Polizeiverordnung gegen die konfessionellen Jugendverbände.

1936

August Die BK wendet sich in einer Denkschrift «gegen Rassenwahn und Antisemitismus». Parallelveranstaltungen zur Olympiade in der 12-Apostel- und Apostel-Paulus-Kirche in Schöneberg.

1937

März Enzyklika «Mit brennender Sorge», **1.7.** Verhaftung Niemöllers, **7.-13.10.** Fest der deutschen Kirchenmusik in Berlin. Im «3. Reich» entstehen neue «zeitgemäse» Kirchenlieder.

1938

2.3. Niemöller freigesprochen, trotzdem ins KZ (Sachsenhausen, später Dachau) verschleppt. Dompropst Lichtenberg schliesst die Verfolgten in sein Gebet ein. **12.3.** Bittgottesdienst für Niemöller in der Apostel-Paulus-Kirche in Schöneberg, **Sept** Gründung eines Büros zur Hilfe für «nichtarische» Christen durch die BK (Büro Grüber)

1942

Pfarrer Kurtz und Pfarrer Wienken suchen Eichmann auf

1943

Verhaftung von Dietrich Bonhoeffer

1945

23. April Führende Männer der BK wie Klaus Bonhoeffer und Friedrich Justus Peres werden in der Nähe des Moabiter Zellengefängnisses erschossen.

Kirchen

Orte und Ereignisse



Wo standen die Kirchen im Hitlerstaat? In beiden grossen Kirchen – evangelischer wie katholischer – gab es unterschiedliche Einstellungen und Verhaltensweisen. Die schlimme Situation: 6 Millionen Arbeitslose und ihre Familien, Feindschaft von aussen, Clémenceaus Wort «20 Millionen Deutsche zu viel», waren Nährboden für die Hoffnung vieler, mit Hitler würde eine bessere Zeit kommen. Das Stimmungshoch von 1933 brach auch in die Kirchen ein. Andere erkannten die Unmöglichkeit, Jesus Christus und die Bibel mit den NS-Doktrinen zu vereinbaren und waren sofort ablehnend, egal ob sie von eher konservativen oder eher demokratischen und sozialistischen Einstellungen her kamen.

Die anfänglich überwiegend positive Haltung zeigte sich am «Tag von Potsdam» und beim Reichskonkordat. Die Evangelische Kirche in Berlin und Brandenburg wurde in ihren offiziellen Organen seit Juli 33 «gleichgeschaltet». Dagegen entstanden Pfarrernotbund und Bekennernde Kirche. Es gab abgestufte Haltungen zwischen den Extremen.

Durch Seelsorge an den Diskriminierten oder durch mutige Abkündigungen von der Kanzel, zum Beispiel der BK (Bekennende Kirche) – Synode vom 17.3.35, die die Verbindlichkeit des Eides auf das von Gottes Gebot Verantwortbare begrenzte, wurde christliche Bewährung – gewiss nicht zureichend – verwirklicht. Verbindung mit anderen Oppositionellen entstand und wurde beiderseits wahrgenommen. Verhaftungen und Lebenseinsatz waren die Folgen. – Auch in der Katholischen Kirche gab es Angepasste und Getreue. Wichtig war die Treue des Bischofs Kardinal Graf Preysing. Dompropst Lichtenberg bezahlte seine Treue mit dem Leben.

OTTO PERELS

Aus der Geschichte der evangelischen Kirche

Versagen und Bewährung in den evangelischen Kirchengemeinden Friedenaus 1933-1945 – Erinnerungen –

PFARRER OTTO PERELS

Friedenau war in der Weimarer Zeit ein überwiegend konservativer Ort. Wenn geflaggt wurde, überwogen schwarz-weiss-rote Fahnen. Dennoch unterschied sich schon früh ein radikal-nationalistischer Flügel von einem konservativ-liberalen. Am Friedenauer Gymnasium hatten in meiner Schulzeit (1914-26) die Mitschüler aus demokratisch-bürgerlichen, sozialdemokratischen, zentrum-katholischen, jüdischen Familien eine geachtete Existenz. Auch ein kommunistischer Mitschüler war durchaus in die Klassengemeinschaft integriert.

Die Not der späten zwanziger und frühen dreissiger Jahre, dann die Anfangserfolge der Hit-

lerzeit und zumal der politische Sog und Druck bewirkten, dass der rechtsradikale Flügel aus allen politischen Lagern Zulauf bekam und in einem Ort wie Friedenau wohl bald die Hälfte der Bevölkerung als Gesinnungsgenossen und viele durch Not oder Angst motivierte Mitläufer gewann. Einen Einschnitt bewirkten die Vorgänge um die Röhm-Affäre vom 30.6.34, als ohne Gerichtsurteil eine Anzahl Hitlergegner erschossen wurden. Hier liegt eine der Wurzeln des Widerstands, weil viele rechtlich, «preussisch» Denkende tief schockiert waren.

In der Evangelischen Kirche war bereits ein Jahr vorher der innere Kampf ausgebrochen, als der Hitlerstaat mittels der Kirchenpartei «Deutsche Christen» durch Einsetzung von Staatskommissaren eine «Gleichschaltung» versuchte. Seit dem Terror gegen Funktionäre der Linksparteien und dem Judenboykott am 1.4.33 waren ethische

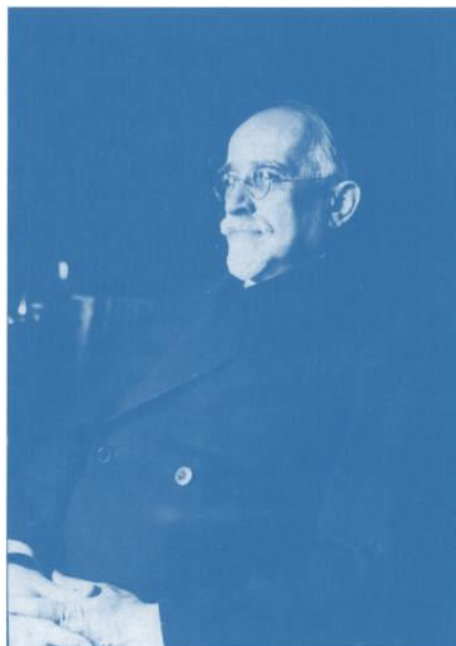


Abb. 109 Pfarrer Paul Vetter (1869-1938), Bekenntnis-Pfarrer der Friedenauer Kirchengemeinde «Zum Guten Hirten»

Bedenken stark geworden. Mein Bruder Friedrich-Justus berichtete damals, dass ein als Jude geltender Geschäftsinhaber am Lauterplatz ein Modell des U-Boots, auf dem er im Weltkrieg gekämpft hatte, sowie seine Kriegsauszeichnungen ins Schaufenster gestellt hatte; er wurde gezwungen, all dies zu entfernen und selbst verhaftet. Meiner Erinnerung nach hiess er Haller und hatte ein Eisenwarengeschäft. Im Lokal «Ameise», Haupt-/ Ecke Wielandstrasse hatte die SA einen Aktionsmittelpunkt, von dem aus sie Gesinnungsfeinde, vor allem Funktionäre früherer Linksparteien terrorisierte.

An der Gemeinde «Zum Guten Hirten», Friedrich-Wilhelm-Platz, wurden damals 3 Pfarrer «Deutsche Christen», während einer, mein Konfirmator Paul Vetter, der christlichen Sache treu blieb. Er wurde Mitglied des Pfarrernotbundes und der Bekennenden Kirche. Die Verwaltung der Gemeinde war radikal «deutsch-christlich». Das antisemiti-

sche Hetzblatt «Der Stürmer» hing im Gemeindeaushangkasten. Die Arbeitsmöglichkeiten von Pfarrer Vetter wurden eingeschränkt. Nach seinem Tode im Oktober 1938 wurde sein damaliger Vikar, Martin Gern, mit den Konfirmanden aus dem Gemeindehaus verwiesen. Die Eltern der Kinder wurden angeschrieben und aufgefordert, sie zu einem der «deutschchristlichen» Pfarrer umzumelden. Nur eine sehr kleine Zahl folgte dieser Aufforderung. Vikar Martin Gern setzte den Unterricht im Haus der Gossnerschen Mission, Handjerystrasse 19/20, fort, und der Superintendent Diestel, Mitglied der Bekennenden Kirche (BK), setzte durch, dass die Konfirmation von ihm selbst in der Kirche vollzogen wurde. Im Gossnerhaus wurden auch schon zu Pfarrer Veters Lebzeiten Gottesdienste und andere Veranstaltungen der Bekennenden Kirche gehalten. Und nach seinem Tode spielte sich das Leben des Hauptteils der Gemeinde dort ab. Missionsdirektor Pastor Hans Kokies gab die Räume dafür. Im Frühjahr 1939 wurde Hauptpastor Wilhelm Jannasch aus Lübeck zur Betreuung dieser BK-Gemeinde im Gossnerhaus berufen.

All diese Informationen verdanke ich hauptsächlich Pfarrer Martin Gern, Bin. 45. Er besitzt noch die Mitgliederliste der Friedenauer Bekenntnisgemeinde (über 1100 Namen) sowie das Schreiben, mit dem die «deutschchristlichen» Pfarrer seine Konfirmanden abzuwerben versuchten. Er hat auch Juden auf die Taufe vorbereitet, die dann von Pfarrer Lie. Dr. Pfeiffer in der Nathanaelkirche vollzogen wurde. An den Bekenntnisdiensten im Gossnersaal nahmen regelmässig auch solche Christen jüdischer Herkunft, die den «Gelben Stern» tragen mussten, teil. Die Gemeindeleitung ging in ihrer radikalen Borniertheit noch über die Bestimmungen der «deutschchristlichen» Amtskirche hinaus; sie verteilte bei Trauungen Hitlers «Mein Kampf» und verlangte bei Taufanmeldungen den Ariernachweis, verweigerte also die Taufe auch sogenannten Mischlingen. Mehrere Familien, denen das widerfuhr, sind mir nach dem Kriege bekanntgeworden. Pfarrer Hüffmeier (Wilmersdorf) und Pfarrer Pfeiffer (Nathanael) haben in diesen Fällen die Taufen vollzogen.

Das Gossnerhaus war schon vor 1933 ein Treffpunkt evangelischer Jugendkreise gewesen. Im Herbst 1933 wurde deren Heim von der HJ überfallen und demoliert. Der von meinem Bruder Friedrich-Justus deswegen gestellte Strafantrag führte zu keinen Konsequenzen. Ca. 1935-1938 befand sich dort auch das Katechetische Seminar der BK. Da die im NS-Lehrerbund organisierten Lehrer gedrängt wurden, die Erteilung des Religionsunterrichts abzulehnen, entstand eine Lücke, die durch diese Einrichtung geschlossen werden sollte. Pastor Hans Lokies, Dozent Oskar Hemmelsbeck und Pastor Wulf Thiel übernahmen diese Arbeit. Das Seminar wurde 1938 von der Gestapo geschlossen und verboten. Pastor Lokies wurde für längere Zeit verhaftet (Informationen durch Superintendent Wulf Thiel, Berlin (West), 41). An der Friedenauer Nathanaelgemeinde konnte sich Pfarrer Pfeiffer gut behaupten

und das Recht der Benutzung der gemeindlichen Räume für sich und die dortige BK-Gemeinde durchsetzen. Viele damals Benachteiligte und Missliebige hatten in diesen Veranstaltungen eine menschliche, christliche Zuflucht. Auch dort schlossen sich über 1000 Gemeindemitglieder in der BK-Gemeinde zusammen. Pfarrer Pfeiffer wurde im März 1938 wegen einer Abkündigung anlässlich der Einlieferung Pastor Martin Niemölers ins KZ für ca. 4 Wochen inhaftiert, übrigens zugleich mit dem katholischen Pfarrer der St. Konradsgemeinde Dr. Willig. Die dadurch in der BK-Gemeinde entstandene Krise konnte gut überwunden werden.



Abb. 110 Die Pfarrer der Nathanael-Gemeinde in Friedenau. Links: Dr. J. Pfeiffer (1897-1970), Mitte: Barbara Pereis, geb. Staemmler (1917-1964), rechts: Otto Peris (geb.1908)

Als Christ und Jurist im Widerstand: Friedrich Justus Peris (1910-1945)

Gisela Wenzel

1910 in Berlin geboren, stand Peris von Jugend an in enger Beziehung zur Kirche. Als Schüler des Friedenauer Gymnasiums gehörte er dem Schülerbibelkreis in Berlin an. Aus dieser Zeit rührt auch seine Bekanntschaft mit Martin Niemöller, der damals Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der Schülerbibelkreise war.

Als Student der Rechtswissenschaft in Heidelberg und Berlin war Peris Mitglied der christlichen Studentenvereinigung. Nach dem Referendarexamen 1933 war er überwiegend und nach dem Assessorexamen 1936 fast ausschliesslich für den Pfarrernotbund und die Bekennende Kirche tätig.

Peris vertrat Niemöller in dem Prozess, dessen Urteilsverkündung im Februar 1938 dessen Freilassung hätte verkünden müssen. Stattdessen wurde sein Mandant in «Schutzhaft» genommen und ins KZ Sachsenhausen verschleppt.

Daneben gab er vielen bedrängten Menschen Rechtshilfe: Pfarrern, die aufgrund des Kanzelparagraphen oder der NS-Sondergesetze angeklagt waren oder von unrechtmässigen Kirchenbehörden gemassregelt wurden, in Armut und Not gera-

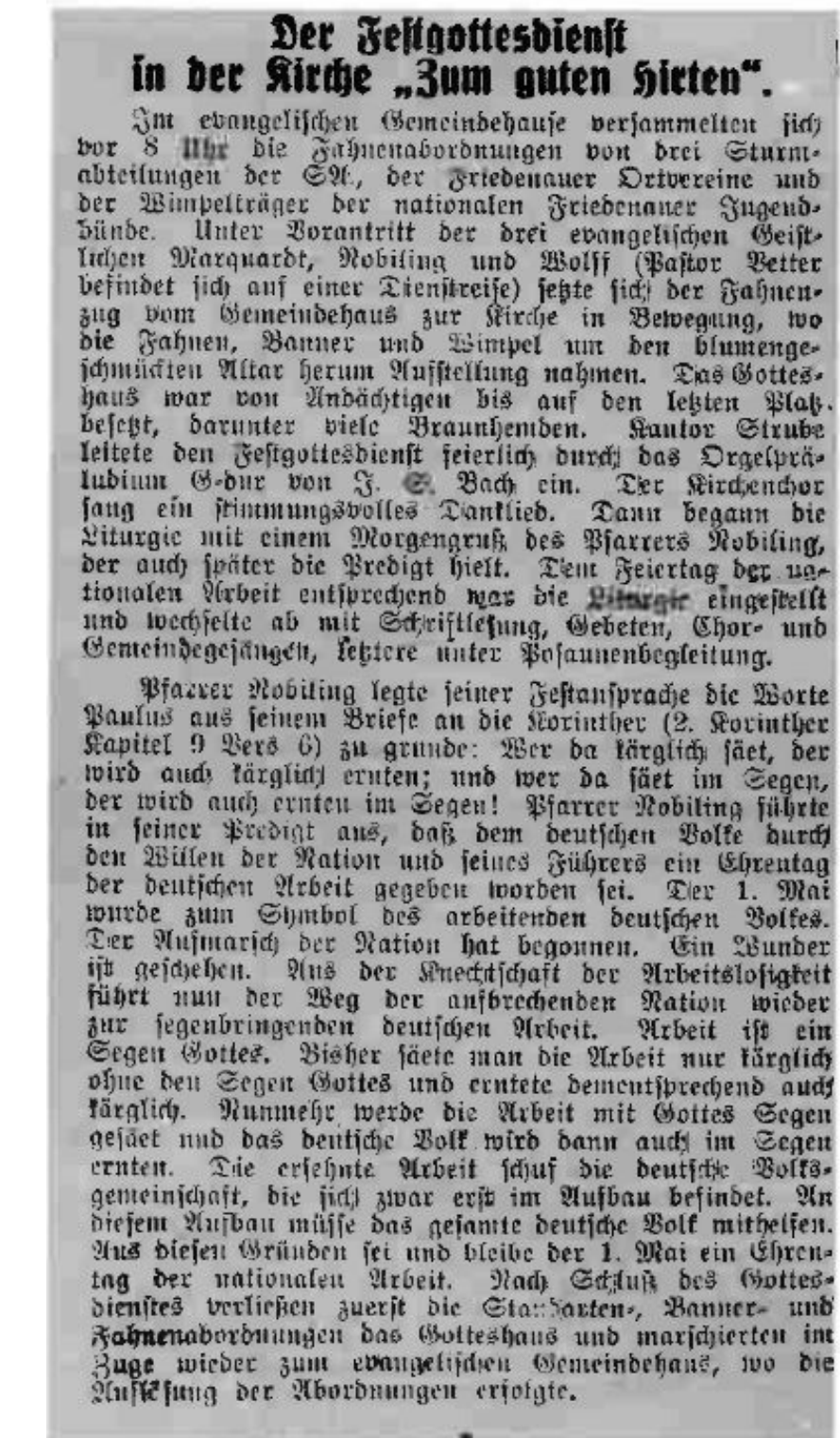


Abb. 111 Bericht über einen Festgottesdienst der «Deutschen Christen» in Friedenau aus dem Schöneberg-Friedenauer Lokalanzeiger vom 2.5.1933

tenen Menschen, für die er sich gemeinsam mit Dietrich Bonhoeffer einsetzte, mit dem ihn eine seit 1937 immer enger gewordene Freundschaft verband.

Dazu kam – bald überwiegend – die Hilfe für all diejenigen, die ohne ein geordnetes Rechtsverfahren ausgewiesen oder in «Schutzhaft» genommen wurden. Die Angehörigen mussten beraten und unterstützt werden. Rassisch und poli-

tisch Verfolgten musste zu illegaler Existenz oder Auswanderung verholten werden.

Für alle diese Aufgaben war es nötig, Beziehungen zu einflussreichen Menschen in Staat und Wehrmacht anzuknüpfen, zu pflegen und auszunutzen. Auf diese Weise kam Peris, den der Volksgerichtshofvorsitzende Freisler später höhnisch als den «Herrn Justitiar der Bekennenden Kirche» bezeichnete, in Kontakt mit jenen Kreisen, die den NS-Staat innerlich ablehnten und seine Beseitigung vorbereiteten. Indem Peris seine umfangreiche Reisetätigkeit im kirchlichen Dienst zur Fühlungnahme verschiedener oppositioneller Persönlichkeiten und Gruppen unterein-

ander nutzte, hat er – das ist heute sicher – die Widerstandskreise des 20. Juli aktiv unterstützt. Nach dem 20. Juli 1944 galt Pereis Sorge – ungeachtet seiner eigenen Gefährdung – den Familien, vor allem den Kindern der Verhafteten. «*Andere fallen im Kampf für dieses System, besser ist es, man fällt im Kampf gegen dieses System*», ist eine Äusserung von ihm aus dieser Zeit. Am 5. Oktober 1944 wurde auch er verhaftet und qualvollen Verhören durch die Gestapo ausgesetzt, die von ihm Angaben von Mittätern und Mitwissern erpressen wollten. Die Verhandlung vor dem Volksgerichtshof fand am 2. Februar 1945 – zusammen mit der gegen Klaus Bonhoeffer und andere – statt. Wegen Nichtanzeige ihm bekannter Umsturzpläne und wegen seiner illegalen Tätigkeit im Dienste der Bekennenden Kirche wurde er zum Tode verurteilt. Zunächst gelang es, da Freisler am Tage nach der Verhandlung bei einem Luftangriff ums Leben kam, die Vollstreckung des Urteils aufzuhalten. Doch dann wurde er in der Nacht vom 22. zum 23. April – wenige Tage vor Kriegsende – gemeinsam mit anderen Mitgefangenen durch ein Sonderkommando in der Nähe des Lehrter Bahnhofs ohne Vollstreckungsbefehl erschossen. Auch sein Vater, Dr. Ernst Pereis, Professor an der Universität Berlin, wurde aufgrund der Sippenhaft ein Opfer der Gestapo. In Erinnerung an Friedrich Justus Pereis trägt der ehemalige Maybachplatz, an dem sich auch heute noch das ehemalige Friedenauer Gymnasium (heute Rheingau-Schule) befindet, den Namen Perelsplatz, auf dem ihm eine Gedenktafel gewidmet ist.

(Vgl. die ausführliche Darstellung von Traute Rafalski: «Als Christ und Jurist im Widerstand: Friedrich-Justus Pereis», in: «Friekie», 83/84)

Als die «Deutschen Christen» im Sommer 1933 eine neue Kirchenwahl ansetzten, obwohl die Gemeindekirchenräte erst im Herbst gewählt worden waren und ihre Amtszeit nach der Verfassung vier Jahre lief, setzte sich von Rabenau in der Reichskirchenleitung energisch, aber letztlich erfolglos gegen diese nationalsozialistische Usurpation zur Wehr. In seiner Gemeinde fielen durch diesen «Staatsstreich» 12 der 18 Ältestensitze an die «Deutschen Christen». Von Rabenau wurde zu einem Hauptangriffspunkt des Terrors, den die «deutschchristliche» Mehrheit im Gemeindekirchenrat wie in der Synode ausübte. Als er sich nicht bereit fand, die Überführung der Jugend der Gemeinde in die HJ (Hitlerjugend) bei den Eltern



Abb. 112 Friedrich Justus Pereis, um 1943

ner umfassenden Regeneration des öffentlichen Lebens sein, ähnlich wie dies vom *Kreisauer Kreis* vertreten wurde. Ein Bruder von Rabenaus wurde im Prozess gegen die Verschwörer des 20. Juli hingerichtet. Die Beschränkung auf einen rein innerkirchlichen Kampf erkannte er nicht an; vielmehr betonte er – entgegen einer falschen Anwendung der biblischen und lutherischen Zweireiche-Lehre – die Notwendigkeit des Engagements der Kirche auch in politischen Fragen. So nahm er, in Zusammenarbeit mit Pfarrer Kurtz von der Zwölf-Apostel-Kirche, die Gelegenheit wahr, 1936 parallel zu den Olympischen Spielen die ausländischen Besucher in grossen Kirchenveranstaltungen auf die wirkliche Situation in Deutschland aufmerksam zu machen. So wandte er sich im Herbst 1938 mit einer Bussliturgie gegen die drohende Kriegsgefahr und nahm dafür, wie in anderen Situationen, Amtssuspendierung und Verhaftung in Kauf. Und als in Berlin die Deportation der Juden begann, wurde seine Wohnung Zufluchtsort vieler Hilfesuchender.

Sein Hauptengagement aber richtete sich auf die innere Erneuerung der Kirche. In seiner eigenen Gemeinde setzte er sich für den Aufbau von Bibelkreisen und die Einführung des gemeinsamen Amtierens bei den Bekenntnisgottesdiensten ein. Als Leiter für kirchlichen Unterricht arbeitete er eine Methodik der Bibelkreisarbeit aus.

Nach 1945 setzte sich von Rabenau vor allem dafür ein, dass die Erfahrung eines echten Gemeindeaufbaus in den Bekenntnisgemeinden und einer brüderlichen Kirchenleitung in den Bruderräten wirksam blieb. Er sah mit tiefem Schmerz, wie die Bruderschaft der Bekennenden Kirche zerfiel, weil sich Sonderinteressen in den Vordergrund drängten.

(Quelle: Bewahren und Bewähren. Gedenkschrift für Eitel-Friedrich von Rabenau, Pfarrer an der Apostel-Paulus-Kirche in Berlin-Schöneberg).

Eitel-Friedrich von Rabenau (1884-1959): Bekenntnispfarrer an der Apostel-Paulus-Kirche

GISELA WENZEL

Als die Nationalsozialisten 1933 die Macht übernahmen, liess sich von Rabenau, Pfarrer an der Apostel-Paulus-Kirche in Berlin-Schöneberg, im Gegensatz zu seinem Amtskollegen nicht von der Begeisterung über die «nationale Erhebung» fortreissen. Schon im September 1932 hatte er anlässlich der provokativen Auftritte der «Deutschen Christen» bei den Gemeindekirchenratswahlen in seinen «12 Leitsätzen für die Arbeit der evangelischen Kirche in der Gegenwart» gegen die völkische und nationalistische Ideologie Stellung bezogen und; in Vorträgen im Gemeindehaus mit nachfolgender Aussprache seine Gemeinde auf den kommenden Kirchenkampf geistig vorbereitet. Zwei Hauptmotive blieben für sein Handeln auch in der Folgezeit bestimmend: die Abwehr der Irrlehre durch das christliche Bekenntnis und die Überwindung der kirchlichen Krise durch eine auf Gemeindebildung zielende Reformation der Kirche.

zu befürworten, betrieb sie seine Entfernung aus der Gemeinde und strengte einen Prozess gegen ihn an. Von Rabenau wurde vorübergehend vom Dienst suspendiert. Er geriet um so mehr in Isolierung, als sich seine zwei Amtsbrüder zu den «Deutschen Christen» hielten. Erst 1934 zeigte sich einer von ihnen – Pfarrer Roterberg – wieder zur Zusammenarbeit bereit.

Von Rabenau gehörte zusammen mit Pfarrer Jacobi zu den Mitbegründern des *Pfarrernotbundes*, der Keimzelle der Bekennenden Kirche. In den folgenden Jahren wirkte er aktiv an allen wichtigen Ereignissen der Bekennenden Kirche mit. Er war Mitglied der grossen Synoden in Barmen, Dahlem, Augsburg und Oeynhausen und ebenso ständiger Mitarbeiter im Berliner Bruderrat, im Preussischen Bruderrat und in den Synoden Berlins und Altpreussens. Ihm lag es ähnlich wie Niemöller am Herzen, dass von dem in Barmen und Dahlem eingeschlagenen Weg der konsequenten Ablehnung der falschen Kirchenleitung nicht abgewichen würde. Er hat in seiner eigenen Gemeinde den Weg des *Notkirchenrechts* treu durchgehalten und den Terror der «Deutschen Christen» zurückgewiesen.

Aufgabe der Bekennenden Kirche sollte nach Auffassung Rabenaus die geistige Vorbereitung ei-



Abb. 113 Eitel-Friedrich von Rabenau, Pfarrer an der Apostel-Paulus-Kirche

Die «Synagoge am Nollendorfplatz», Erinnerungen an Adolf Kurtz (1890-1975), Pfarrer von der Zwölf-Apostel-Kirche

ZUSAMMENGESTELLT UND EINGELEITET VON
PFARRER DANKWART MOSER-FEESCHE

Adolf Kurtz war von 1922-1948 Pfarrer an der Zwölf-Apostel-Kirche in der Nähe des Nollendorfparkes. Das Pfarrhaus wurde – zum Ärger seines nationalsozialistischen Amtskollegen – zu einer Zufluchtsstätte für Hilfesuchende, vor allem für rassistisch Verfolgte. In den zwölf grossen Sälen Berlins organisierte Kurtz als Leiter der Aktion und Organisation der Bekennenden Kirche im Herbst 1934 für jeden Kirchenkreis Reformationsfeiern, an denen insgesamt 20.000 Menschen teilnahmen. Das waren die letzten grossen Versammlungen der BK in nicht-kircheneigenen Räumen. 1937 organisierte er einen Fürbittgottesdienst in der Jesus-Christus-Kirche in Dahlem für Martin Niemöller, der von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde. Daraufhin organisierte Kurtz Protestdelegationen, die aus ganz Preussen nach Berlin kamen, um bei den staatlichen Stellen gegen den Rechtsbruch an Niemöller zu protestieren: Werftarbeiter aus Wilhelmshafen bei Himmler in der Prinz-Albrecht-Strasse, Bergarbeiter von Rhein und Ruhr in der Reichskanzlei, Munitionsarbeiter aus Westfalen beim Chef des Heereswaffenamtes, Pommersche Bauern am Alex, wo sie erst mal drei Tage hinter Gefängnisgittern verschwanden, Berliner Pfarrfrauen in den verschiedenen Ministerien. Als 1938 nach dem Judenpogrom auch die «nichtarischen» christlichen Kinder aus den Schulen ausgeschlossen wurden, war es vor allem der Initiative von Pfarrer Kurtz zu verdanken, dass der Bruderrat der Bekennenden Kirche eine besondere Schule für diese Kinder einrichtete. In lauten, offenen Fürbitten im Gottesdienst setzte sich Pfarrer Kurtz – unbeirrt durch Gestapo und SS – für die verfolgten und gefangenen Brüder und Schwestern der BK ein. Er «wagte» es noch in der Karwoche 1942, das Abendmahl für Christen mit und ohne Judenstern auszuteilen.

Kurtz, dem bei einem Besuch in England 1939 als in der Ökumene besonders Gefährdetem Asyl angeboten worden war, lehnte es ab, aus persönlichen Sicherheitsgründen Deutschland zu verlassen. Erst 1948 siedelte er nach Oxford über. Als dortiger Pfarrer der deutschen Gemeinden setzte er sich vor allem für das Versöhnungswerk zwischen Deutschen und Engländern in Coventry ein. Kurtz ist 1975 in England gestorben.

Der Busstagsgottesdienst 1934

Pfarrer Kurtz organisierte 1934 die erste Grossveranstaltung der Bekennenden Kirche in Berlin. Da dieses Ereignis der Bekennenden Kirche grossen Auftrieb gab, wurde für den Buss- und Bettag 1934 etwas ähnliches geplant. Doch noch in der Vorbereitungsphase traf ein Verbot der Veranstal-



Abb. 114 links: Reichsbischof Müller, rechts: Göring im Kostüm des Reichsjägermeisters:

«Was wollen Sie von dem Reichsbischof, der ist mein Hauptgeistlicher.»

tung durch Heydrich ein. Daraufhin entschloss sich Pfarrer Kurtz, gemeinsam mit seinem Amtsbruder Hitzigrath von St. Johannes in Moabit, Hermann Göring, der damals noch Chef der preussischen Polizei war, aufzusuchen, um ihn das Verbot aufheben zu lassen. Im folgenden geben wir Auszüge aus diesem Gespräch wieder, das Pfarrer Kurtz aus dem Gedächtnis aufschrieb:

(Auszüge aus dem Nachlass von Pfarrer Kurtz aus dem Archiv des Konsistoriums)

«Hitzigrath war sehr kurzichtig, er bemerkte Göring im anstossenden Zimmer nicht, da er sich gerade gebückt hatte, um etwas vom Boden aufzunehmen, das ihm heruntergefallen war. Dann stand er plötzlich in seiner ganzen massiven Breite und Grösse vor uns und zwar im Kostüm des Reichsjägermeisters. Er trug grüne Wildlederbreaches, sogenannte tschechische, ebenfalls grüne Ledergamaschen, ein weisses Hemd, das über die Hände fiel, und eine Lederweste: – Falstaff in Windsor – Ich muss hier einschalten, dass das Gespräch schnell sehr lebhaft Formen annahm, weil Göring uns abwechselnd bald mit 'Sie' bald mit 'Ihr' anredete...

Das Lachen bricht ab, und in hochoffiziellem, fast zornigem Ton, sagt er: 'Aber meine Herren Pfarrer, warum gehen Sie dann nicht in Ihre Kirchen, da ist doch Platz genug für Ihre Gottesdienste, warum müssen Sie denn gerade in die Tennishallen gehen?'

Ich antwortete: 'Es ist ein alter Brauch in Berlin, gerade am Busstag in grossen, weltlichen Räumen, die sonst dem Vergnügen dienen, etwa im Zirkus Busch, besondere Evangelisationsgottes-

dienste zu halten. Wir haben in Berlin sonst keine Räume, die instande sind, mehrere tausend Personen zu fassen. Es ist aber gut, dass sich Menschen aus allen Teilen Berlins einmal ohne den gewohnten Raum ihrer Gemeindekirchen zusammen unter Gottes Wort stellen. Im übrigen, Herr Ministerpräsident, ist es Ihnen gewiss nicht unbekannt, dass durch das Gewaltregiment des Reichsbischofs einer ganzen Reihe von Pfarrern unrechtmässig der Zugang zu ihren Kanzeln versperrt ist.' Göring: 'Was wollen Sie von dem Reichsbischof, der ist mein Hauptgeistlicher. Wenn er die Pfarrer nicht wieder auf die Kanzeln lässt, dann wird er wohl seine Gründe dafür haben. Vertragen Sie sich schnellstens mit ihm, dann kommt alles wieder in Ordnung.'

Da mir daran lag, die Debatte nicht in eine falsche Richtung abgleiten zu lassen, sagte ich, um den toten Punkt zu überwinden, sehr schnell: 'Darf ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, unsere Gottesdienststörung für den heutigen Abend einmal vorlegen und darf ich Sie bitten, einmal hineinzuschauen?'

Es blieb uns nichts anderes übrig, als zu schweigen. Das benutzte Göring, ironisch und höhnisch lächelnd, weiter in unserer Gottesdienststörung zu studieren. Plötzlich sagte er: 'Na ja, da haben wir es ja: Aus tiefer Not schrei ich zu Dir – meine Herren, wo ist denn Not in Deutschland, wer leidet denn Not? Sie sehen mir beide nicht so aus, als ob Sie Not litten. Sie sind ganz gut genährt, und anständig angezogen sind Sie auch. Wozu denn dieser Schwindel? Wo ist denn tiefe Not? Sie haben ja sogar einen ganzen Notbund gegründet.' Meine Antwort: 'Herr Ministerpräsident, Sie wissen, dass es eine innere Not gibt, die Not des Gewissens, das nach Frieden mit Gott verlangt, und die ist schwerer als alle materiellen Nöte. Um den Frieden mit Gott geht es in diesem Lied.'

Göring: 'Warum singt Ihr denn eigentlich diese alten Lieder? Dichtet Euch doch selbst neue.'

Meine Antwort: 'Das werden wir lieber nicht tun.'

Göring: 'Und warum nicht?'

Ich lachend: 'Weil wir dann wahrscheinlich alle in Sachsenhausen sitzen würden.'

Göring stimmt schallend in das Gelächter mit ein, um plötzlich wieder sehr grimmig zu werden. 'Natürlich, ohne die Juden geht es bei Euch eben nicht. Was ist denn das nun schon wieder für ein Unsinn:-So tu Israel rechter Art, der aus dem Geist erzeugt ward – Was habt Ihr denn mit dem alten Israel zu tun? Geh'ts denn wirklich nicht ohne die Juden?' Er erhebt sich und sagt: 'Na, also schön, dann macht Euren Klamauk, ich werde sogleich einmal in der Prinz-Albrecht-Strasse anrufen.'

Er geht ins Nebenzimmer, telefoniert mit sehr lauter Stimme, wird sehr erregt, wirft den Hörer auf die Gabel, kommt zurück und sagt: 'Das scheint ein schöner Betrieb zu sein. Ausser einem kleinen Assistenten kein Mensch im ganzen Haus, und der Kleine will von nichts wissen. Also, Herr Pfarrer Kurtz, ich gebe Ihnen den Auftrag, dem Alexanderplatz zu sagen, dass Ihre Veranstaltung heute abend in den Tennishallen stattfinden kann. Sind Sie nun zufrieden?'

Wir waren aufgestanden und wollten uns verabschieden, da fragt er plötzlich: 'Warum wollen Sie eigentlich durchaus den Reichsbischof los sein?' Ich antwortete: 'Wir lehnen ihn ab wegen seiner rechts- und bekenntniswidrigen Gewaltmassnahmen, und weil er weder innerlich noch äusserlich der Mann ist, in diesem ernstesten Augenblick in leitender Stellung in der Kirche zu stehen. Wir lehnen ihn ab, weil er sich ein für allemal für dieses Amt unmöglich gemacht hat. Die preussische Kirche steht nach wie vor zu Fritz von Bodelschwingh in Bethel.'

Hier bekommt Göring einen hochroten Kopf und sagt, fast schreiend: 'Na, meineten, dann wählt Euch Euren Kretinzüchter! –'

Das Wort Kretinzüchter verschlug mir einen Augenblick die Sprache. Ich sagte, sicherlich mit einer bebenden und zitternden Stimme, weil es mir furchtbar schwer wurde, mich zur Ruhe zu zwingen: 'Herr Ministerpräsident, wir sind alle zerbrechliche Menschen. Es kann für jeden schnell der Augenblick kommen, wo er dankbar ist, dass es solche Kretinzüchter wie in Bethel gibt, die ihm den Dienst des barmherzigen Samariters tun; jeder, der Soldat war, wird das bestätigen.'

Es war ein Augenblick peinlicher Stille, Göring suchte offenbar nach einem Wort der Begütigung, um vielleicht eine Brücke zu bauen, ich sagte aber sehr schnell: 'Waidmannsheil, Herr Ministerpräsident.'

Und Göring ebenso schnell: 'Waidmannsdank, meine Herren.'

Dann waren wir draussen. Das Gespräch hatte etwa eine Stunde gedauert. Das Wort 'Heil Hitler' ist weder am Anfang noch zum Schluss des Gesprächs gefallen.»

Die Gründung des «Prominentenringes» 1935

«Als im Frühling 1935 die Spannung zwischen Staat und Kirche grösser wurde und die Situation sich zuspitzte, ging der Verfasser (A. Kurtz) daran, einen Ring von Persönlichkeiten zu schaffen, die nach ihrer Stellung und ihrem Namen genug Autorität besaßen, um in einzelnen Fällen gegenüber Staat und Partei sich in Treue zu ihrer Kirche einzusetzen.

Sie haben sich in besonders gefährlichen Situationen für die kirchliche Sache und auch für Personen der Kirche eingesetzt. Denn sie alle hatten irgendwo in Staat und Partei irgendeine Persönlichkeit, mit der ihr Kontakt so eng war, dass sie ihren Wink geben konnten, um unnötiges Unheil zu verhüten. Bis hinauf in die obersten Chargen der SS. Das alles musste zur Abrundung gesagt werden. Die Bekennende Kirche war kein revolutionärer Pfarrer-Haufen, sondern war lebendig gewordene Gemeinde.»

Die Kirche und die Olympiade 1936

«Das Jahr 1936 war das Jahr der Berliner Olympiade. Es war lange vor Hitler geplant und der Bau des riesigen Stadions hatte schon 10 Jahre vorher begonnen. Aber Hitler machte aus dem Sportfest aller Nationen und Rassen eine Riesendemonstration nationalsozialistischen Macht- und Siegesbewusstseins. Die Ausländer strömten aus allen Ecken der Welt herbei, sehr viele gewiss aus Neugier. Die 100.000 Plätze waren, ausser den anderen kleinen Nebenstadion, jeden Tag besetzt. Die Bekennende Kirche meldete sich auch zum Wort, zumal die regierungshörige Kirche in der Drei-Faltigkeits-Kirche gegenüber der Reichs-

kanzlei eine grosse Reihe von Vorträgen während der Olympiade anpries. Die Bekennende Kirche durfte darum nicht schweigen. Nach dem Rücktritt des sogenannten Reichsbischofs Müller schon im Laufe des Jahres 1934, der ja nur eine Hitler-M Marionette war, hatte die preussische Kirche eine sogenannte «vorläufige Kirchenleitung» herausgestellt von fünf sturmerprobten Männern, drei aus Berlin, einer aus Frankfurt/M. und einer aus Hamburg.

Daneben war Ihnen der Rat der EKD zugestellt, dem u.a. Persönlichkeiten angehörten wie Martin Niemöller, Hans Asmussen, von Arnim-Krelow und auch der Verfasser. Präses der Bekenntnis-Synode war der westfälische D. Koch, Oeynhausener. Dieses Gremium hatte eine Denkschrift verfasst, in der Stellung genommen wurde zu den Übergriffen von Staat, Partei und Gestapo, durch die der Rechtsstaat bedroht war, zu den Verfolgungen der Kirchen, der Juden und anderen Missständen. Diese Denkschrift wurde Hitler noch vor der Eröffnung der Olympiade überreicht, jedenfalls wurde sie offiziell in der Reichskanzlei abgegeben. Der Vikar des Verfassers hatte das Exemplar bis zum letzten Augenblick gehütet. Ein zweites Exemplar war bei einem der Botschaftspfarrer für alle Fälle sichergestellt worden. Dieser hatte es ohne Auftrag aus eigener Macht an die internationale Presse weitergegeben, und so stand es dann zur Eröffnung der Olympiade in allen ausländischen Zeitungen zu lesen, welche Beschwerden die Kirche in Deutschland mitten im Festjubiläum der Sportereignisse vorzubringen hatte.

Der Verfasser hatte den Auftrag, Veranstaltungen zu organisieren als Gegengewicht gegen das Drei-Faltigkeits-Unternehmen. Er löste das Problem so, dass in seiner Zwölf-Apostel-Gemeinde und in der eng benachbarten Apostel-Paulus-Gemeinde während zweier Wochen von den bedeutendsten Kanzelrednern der Bekennenden Kirche Vorträge über brennende Kirchenfragen gehalten wurden

Abb. 115 Beisetzungsfeier für den Standartenführer P. Voss im April 1934 vor der Zwölf-Apostel-Kirche. Der Amtskollege von Pfarrer Kurtz war, wie dieser sich ausdrückte, 500%iger Nazi.



und auch an jedem Abend eine Persönlichkeit aus der Ökumene zum Wort kam. Die Redner sprachen im Austausch, beide Kirchen sind mit dem Auto nur 5 Minuten entfernt. Besonders wertvoll waren die Grussworte von Zufallsrednern aus der Ökumene. Der Botschaftspfarrer-Ring hat hier besonders wertvoll gearbeitet.»

Anfang August 1936 hat die Berliner Bekennende Gemeinde den folgenden Rundbrief verbreitet:

«Die Bekennende Kirche Berlins veranstaltet anlässlich der Olympischen Spiele eine Vortragsreihe in der Apostel-Paulus-Kirche in Schöneberg, Grundewaldstr. (Strassenbahnlinie 7/69) unter dem Thema: «Der Weg der deutschen evangelischen Kirche in der Gegenwart».

Montag, 3.7. Präses Koch, Präses Jacobi: «Die Kirche Jesu Christi in Deutschland»,

Mittwoch, 5.8. Lie. Bonhoeffer: «Das innere Leben der evangelischen Kirche in Deutschland»,

Freitag, 7.8. Professor Iwand: «Die Kirche des Wortes»,

Montag, 10.8. Pfarrer Asmussen: «Die Kirche der Rechtfertigung aus dem Glauben», Mittwoch,

12.8. Generalsuperintendent D. Dibelius: «Die innere Erneuerung der Kirche», und Professor

Geismar, Kopenhagen: Grusswort,

Freitag, 14.8. Pfarrer Niemöller-Dahlem: «Der alleinige Herr der Kirche Jesus Christus», Professor Benzen – Kopenhagen: Grusswort.

Voraussichtlich werden auch an den übrigen Abenden hervorragende Glieder ausländischer Kirchen ein Grusswort überbringen.

Die Glieder der Bekennenden Gemeinde sind herzlich eingeladen.

Bitte keine Telefongespräche oder briefliche Äusserungen über diese Veranstaltungen machen.

In evangelischer Glaubensverbundenheit Delius, Pfarrer»

(Aus: Deutschlandberichte der SPD, 1937, S. 236 / 7)

Die «Synagoge am Nollendorfplatz»

«Von der 'Kristallnacht' an verwandelte sich die Wohnung des Verfassers im 2. Stock des Zwölf-Apostel-Pfarrhauses in eine von morgens bis abends besuchte 'Hilfsstelle'. Schon seit 1933 hatten sich viele nicht-arische Christen rat- und hilfesuchend an den Verfasser gewandt. Prof. Superintendent Martin Albertz schildert dies alles in dem Ehrenbuch, das Freunde Heinrich Grübers gelegentlich dessen 70jährigen Geburtstages herausgegeben haben, unter dem Titel «Die Synagoge

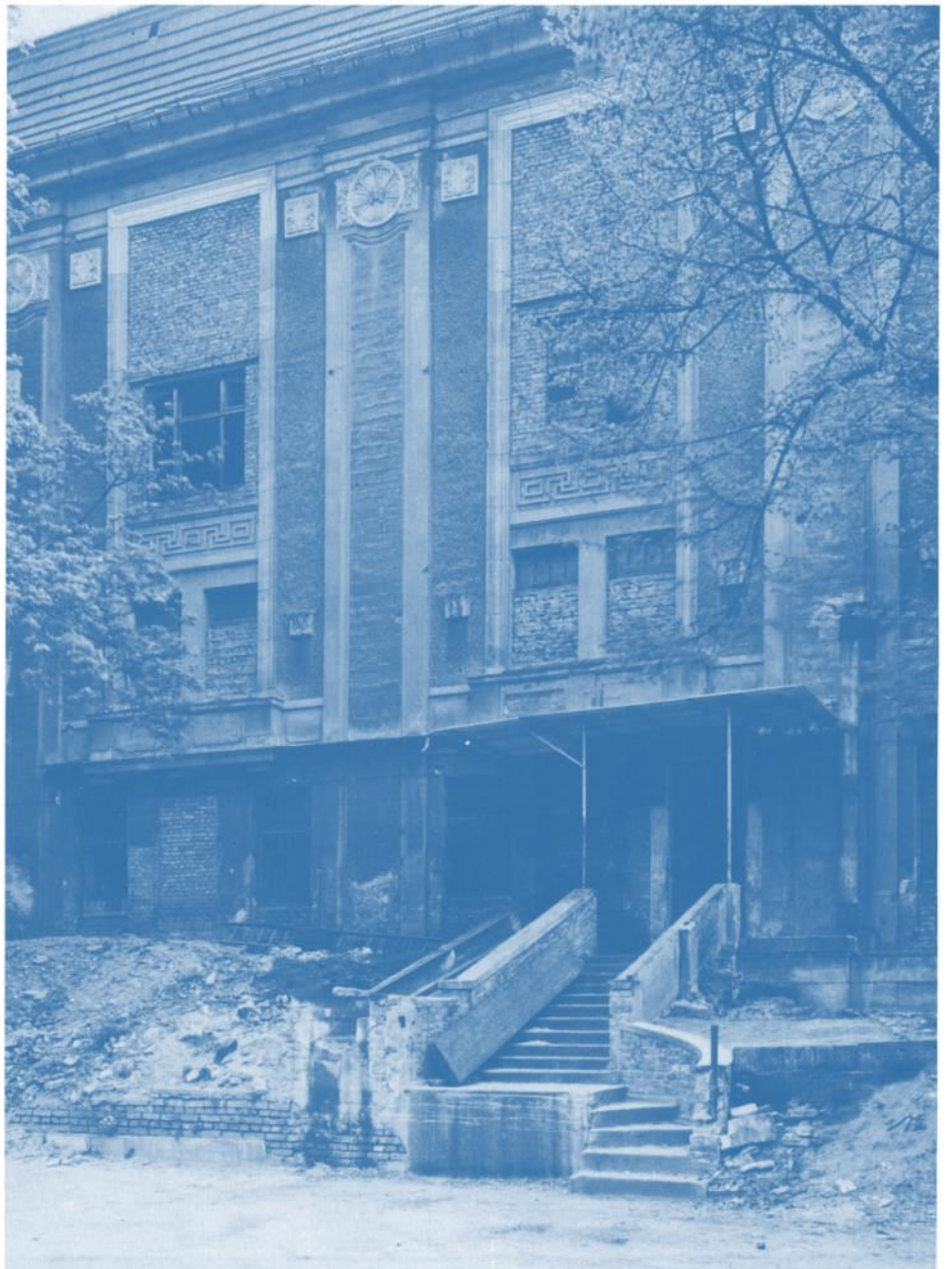


Abb. 116 Das Gebäude des (jüdischen) «Brüdervereins» in der Kurfürstenstrasse 115-116 (heute: Neubau); seit 1939 Sitz des Referats IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes unter Eichmann. Von hier aus wurden die Deportation und Ermordung von Millionen von Juden in ganz Europa organisiert.

am Nollendorferplatz». So hatte nämlich die SS und die Partei in ohnmächtiger Wut die Zwölf-Apostel-Kirche benannt. Der Verfasser gründete zunächst eine Schule für die aus den anderen Schulen herausgeworfenen nicht-arisches christlichen Kinder. Die Judenmission *Judenchristliches Zeugnis an Israel* stellte dafür Räume in ihrem Haus in der Oranienburger Strasse zur Verfügung. Auch seine Hilfsstelle musste er wegen immer stärker werdenden Zuspruchs dorthin verlegen, zumal sein Kollege im 1. Stock des Pfarrhauses, der 500% Nazi war, ihn dauernd bei der Gestapo denunzierte. Hier halfen dem Verfasserin hervorragender Weise die Vikarin Clara Hunsche und Miss Laura Livingstone.»

Gespräch mit Eichmann 1942

1942 war die auf Anregung von Pfarrer Kurtz entstandene Schule für «nichtarische» christliche Kinder durch die Gestapo von der Schliessung bedroht. Pfarrer Kurtz und Bischof Wienken, der zum Vorstand der Schule gehörte, beschlossen daraufhin, Adolf Eichmann in der Kurfürstenstrasse aufzusuchen, der der Verantwortliche für die «Judenfrage» war. Pfarrer Kurtz erinnert sich:

«Eichmann selbst macht nicht den abschreckenden Eindruck, den wir nach den Gerüchten erwartet hatten. Da wir uns als Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche vorgestellt hatten – das Mandat dazu hatte ich mir auch von dem Evangelischen Oberkirchenrat geben lassen, so dass ich wirklich als Vertreter der gesamten evangelischen Kirche auftreten konnte –, behandelte er uns durchaus korrekt und höflich.

Wir trugen ihm unser Anliegen vor. Eichmanns Antwort war: Die Kinder sind Juden und gehören in die Judenschule.' Wir opponierten energisch und beriefen uns auf die Taufe und Bekenntnis der Kirchen, denen er das nationalsozialistische Rassen dogma ebenso unbeugsam entgegengesetzte. Wir wollten darauf hinaus, unseren Schulbetrieb in der Oranienburger Strasse weiterdurchzuführen, scheideten aber mit unserem Anspruch an seinem 'Nein'.

Schliesslich fragte ich ihn, ob es dem Dritten Reich gleichgültig sei, dass Analphabeten aufwachsen. Er antwortete, dass es ihm völlig gleichgültig sei, ob die Kinder etwas lernten oder nicht. Ich antwortete, dass es andere Schulen in Berlin gäbe, die seinen Standpunkt nicht teilten, etwa das Provinzial-Schulkollegium und das Kultusministerium, die beide damals noch den Mut hatten, unsere Sache vorsichtig zu unterstützen, und dass ich mir der Unterstützung dieser Stellen sicher wäre. Da gab er endlich nach und verlangte, die Kinder sollten einzeln, privat unterrichtet werden. Das aber war eine glatte Unmöglichkeit, denn die Kinder wohnten weit über ganz Berlin verstreut.

Schliesslich lenkte Eichmann ein wenig ein.

Unsere Schule müsse zwar in das Gebäude der jüdischen Schule in der Auguststrasse übersiedeln, aber er wollte persönlich den Vorstand der Jüdischen Gemeinde veranlassen, dass er in ge-

eigneter Weise getrennte Räume für unseren Schulunterricht zur Verfügung stellen solle. Damit hatten wir, wenn auch nicht alles, so doch Wesentliches erreicht. Unser Schulbetrieb konnte zunächst weitergehen, und das war sehr wichtig; denn unter dem Deckmantel der schulischen Arbeit konnte die Verbindung mit den gefährdeten jüdischen Menschen unauffällig aufrechterhalten werden und manche Warnungen, die uns besonders von wohlwollenden Beamten vom Innenministerium zuzingen, weitergeleitet werden.

Eichmann meinte, uns verabschieden zu können. Da fragte ihn – wir hatten das verabredet – Bischof Wienken unvermittelt: 'Herr Obersturmbannführer, was ist es eigentlich um die Gerüchte, die in Berlin über die Juden kursieren, die nach Polen, Lettland und in andere Länder verschickt werden?'

Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, welche Antwort Eichmann gab. Er wich der Frage aus, und seine beiden Begleiter, die bisher eine gespielte Gleichgültigkeit zur Schau getragen hatten, nahmen eine sichtlich drohende Haltung ein. Einer von ihnen sagte, darüber zu sprechen, läge kein Grund vor.

Wir liessen uns nicht beirren, fragten vielmehr weiter, ob die Gerüchte stimmten, die von einem Eingriff in die bestehenden gemischten Ehen redeten. Diesen Hinweis hatte uns ein Ministerialrat im Innenministerium – wenn ich nicht irre, mit Namen Lösener – gegeben. Er hatte uns gesagt, er läge Tag und Nacht wie ein Höllenhund vor den gemischten Ehen, um zu verhindern, dass die Gestapo auch diese in ihre Gewalt bekäme; wir sollten doch einmal versuchen, auf den Busch zu klopfen.

Die Antwort des bis dahin ruhigen und beinahe freundlichen Eichmann war für uns beide verblüffend. Mit einer gereizten, brutalen Stimme antwortete er aufspringend scharf und laut: 'Diese Frage wie die anderen Fragen werde ich radikal lösen.' Er kann auch gesagt haben: 'Werden radikal gelöst werden.'

Bischof Wienken und ich sagten noch einige Worte von bestehendem Recht und Gerechtigkeit, er schnitt unsere Worte ab mit der Bemerkung, das sei sein letztes Wort. Soweit ich mich erinnere, sagte Bischof Wienken noch etwas von Gottes Gerechtigkeit; die Antwort darauf kann ich heute nicht mehr formulieren, sie lag aber in der Richtung des Wortes, das er einmal an anderer Stelle gesagt haben soll: 'Wenn's schief geht, dann springen wir selber in den Graben.' Eichmann entliess uns mit eisiger Kälte.

Die Schule hat dann noch einige Zeit bestanden, bis auch sie, wie alles andere, unter den Verfolgungen des Systems und der fortschreitenden Zerstörung Berlins ein Ende fand. Unser Gespräch mit Eichmann hatte etwa eineinhalb Stunden gedauert. Immerhin konnte auf dem Umweg über die Schule vielen gefährdeten Menschen bis in die letzten Kriegsmonate geholfen werden.»



Abb. 117 Kurt Gerstein

Der «Spion Gottes» wohnte in der Bülowstrasse Erinnerungen an Kurt Gerstein

PFARRER EGON FRANZ

«Gerstein: Ja, wer mit den Mördern pokert, muss ihre Grimassen schneiden.

Ricardo: Aber – warum, Herr Gerstein, pokern Sie überhaupt mit Mördern?

Gerstein: Nur wer am Hebel sitzt, kann schalten. Diktaturen sind nur von innen aufzubrechen... Ein Mann der Fabriken baut, die keine andere Bestimmung haben als Menschen zu vergasen – muss verraten – muss vernichtet werden, um jeden Preis, um jeden. Sein Mörder wäre nur sein Richter.»

(Auszug aus: Rolf Hochhuth, *Der Stellvertreter*, 1962)

Was viele Deutsche erst 1979 durch die Fernsehserie *Holocaust* erfahren haben, weiss ich seit dem Jahre 1942. Damals machte ich zwei Tage Pause in Berlin und besuchte meinen Freund Kurt Gerstein, Jahrgang 1905, der in der Bülowstrasse 47 zu Berlin-Schöneberg wohnte. Von ihm erfuhr ich das Entsetzliche.

Kurt Gerstein, Diplomingenieur und Bergassessor, spielte eine führende Rolle im «Bund deutscher Bibelkreise» (BK), einer evangelisch-bündischen Jugendbewegung, die von den Nationalsozialisten 1933 aufgelöst wurde, da sie sich weigerte, in die HJ (Hitlerjugend) überführt zu werden. Vom aufgelösten BK gingen viele zur Bekennenden Kirche. Zu ihnen gehörte auch Kurt Gerstein und der um ihn versammelte Freundeskreis, zu dem mein Bruder Helmut und ich gehörten.

Was von uns galt, dürfte für die meisten BKler zutreffen: Wir waren «deutsch-national» erzogen,

sahen uns aber aufgrund unseres Christseins genötigt, gegenüber dem Nationalsozialismus auf Distanz zu gehen und uns seinen Tendenzen zu widersetzen.

Kurt Gerstein hatte lebensnah erlebt, dass eine entfernte Verwandte, die geistig behindert war, bei der Aktion «Vernichtung unwerten Lebens» getötet worden war. Er sah, wie Hitler auf einen Krieg zusteuerte. Er sah, wie die Juden entrechtet wurden und ahnte Schlimmes.

Zu Beginn des Krieges geschah nun das Erstaunliche, etwas, das alle früheren Freunde Gersteins zu hellem Entsetzen trieb: Gerstein meldete sich freiwillig zur SS. Nur einem kleinen Kreis von eng vertrauten Freunden sagte er die volle Wahrheit: Ich muss in die Höhle des Löwen. Ich muss erfahren, was die noch alles an Verbrechen vorhaben. Und dann werde ich die ganze Welt informieren. Aufgrund seiner imponierenden Persönlichkeit und dank der «günstigen» Fächerkombination – er war Ingenieur und Mediziner – gelang es ihm innerhalb weniger Monate, in die Hygieneabteilung des Hauptamtes der SS in Berlin zu kommen. Im August 1942 wurde Gerstein, inzwischen «Entwesungs»-Sachverständiger und Desinfektor Nr. 1 der SS, zur «technischen Begutachtung» von Judenvernichtungsaktionen mit einer Ladung Blausäure in die KZs Belzec und Treblinka befohlen. Unterwegs liess er unter Vorwänden den grössten Teil der Lieferung vergraben. Das Erlebnis des Judenmords erschütterte ihn tief.

In Polen sah er, welche Art von «Hygiene» von den Machthabern des Dritten Reiches betrieben wurde: die jedes Mass menschlicher Vorstellungen übersteigende Vernichtungsmaschinerie; den grausam-qualvollen Mord an täglich Tausenden von Juden in den Gaskammern. Er sah und hörte von den Schrecknissen, die in den Holocaust-Filmen nur angedeutet werden konnten.

Das alles erzählte mir Kurt Gerstein in den beiden Tagen, die ich Anfang September des Jahres 1942 bei ihm in der Bülowstrasse verbrachte. Kurt Gerstein hatte schon einiges getan, um die Welt über das wahre teuflische Antlitz des Nationalsozialismus aufzuklären. Tagelang war er um das Gebäude des päpstlichen Nuntius in Berlin herumgeschlichen, um auszukundschaften, wann und wie man am ehesten ungesehen dieses Gebäude betreten konnte. Als er schliesslich das Gebäude betreten hatte, berichtete er einem höheren Geistlichen alles, was er erlebt hatte. Er bat darum, den Papst zu informieren. Und der Papst sollte dann das Gewissen der Welt aufrufen. Als der Geistliche erfuhr, dass Gerstein Soldat der SS war, erteilte er die Antwort: «Wir bedauern, dass wir für Ihre Mitteilung keine Verwendung haben.» Rolf Hochhuth hat diesen Besuch beim Nuntius im ersten Akt seines 1962 in Berlin uraufgeführten Schauspiels «Der Stellvertreter» dargestellt. Dabei hat er mit seiner dramatischen Aufführung der Intention nach durchaus die Wahrheit getroffen.

Doch bereits vor diesem missglückten Versuch hatte Gerstein eine Reihe anderer Personen infor-



Abb. 118 Protesttelegramm von Kurt Gerstein gegen die Auflösung des evangelischen Jugendwerks, Dezember 1933.

miert. Der erste war der schwedische Gesandtschaftsrat Baron von Otter. In einem achtstündigen Gespräch hat er dem schwedischen Diplomaten alles erzählt und ihn gebeten, die Information an seine Regierung in Stockholm und über diese an die Regierungen in London, Paris und Washington weiterzugeben. Er bat darum, Flugblätter über ganz Deutschland abzuwerfen, um das deutsche Volk darüber aufzuklären, welche Verbrechen in seinem Namen von den Regierenden verübt wurden. Auch dieser Versuch blieb folgenlos. Im Juni 1944 nahm Gerstein Verbindung mit einem Angehörigen der Schweizer Gesandtschaft in Berlin, Paul Hochstrasser auf. Ihm berichtete er nicht nur über die Judenvernichtung in Belzec, Sobibor und Treblinka, sondern auch über die gewaltsamen Germanisierungsversuche in Polen: wie Kommissionen von jungen SS-Ärzten durch die Dörfer gingen und über Leben und Tod der Bewohner entschieden. Auch dieser Versuch, die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren, hatte keinen Erfolg. Ähnlich erging es ihm mit noch riskanteren Versuchen, über holländische und finnische Bekannte seine Informationen weiterzugeben.

Gegen Ende des Krieges stellte sich Kurt Gerstein in Tübingen, wo seine Familie wohnte, der französischen Besatzungsmacht. Er schrieb seine berühmt gewordenen Berichte über die Vernichtungslager. Er wollte wenigstens nach dem Kriege als Zeuge des Holocaust auftreten. Es bleibt ein Rätsel, dass die französischen Militärbehörden für seine Bekundungen kein Verständnis aufbrachten und ihn in das Militärgefängnis von Paris abschoben. Seine «Alibis», von denen er uns vorher immer erzählt hatte, nutzten ihm nichts. In diesem Militärgefängnis fand er am 25. Juli 1945 den Tod: «Durch Erhängen», wie es in

der Todesurkunde heisst. Die Frage, wer ihn erhängt hat, muss offenbleiben.

Die Erinnerung an den Holocaust ist heute in aller Welt lebendig. Sie bleibt der finsterste Schandfleck in der Geschichte des deutschen Volkes. Was aber vor aller Welt ebenso bezeugt werden muss, ist die Tatsache, dass Kurt Gerstein sein Leben tausendfach riskierte, um den Holocaust zu verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, hat er sein Leben geopfert. Darum gilt, was einer seiner Biographen, Pierre Joffroy, in seinem Buch «Der Spion Gottes, die Passion des Kurt Gerstein» (1972) geschrieben hat: «Deshalb wird, solange man die Geschichte des grossen Brandopfers (holocauste) erzählt, Kurt Gerstein bleiben.» Zur Geschichte Berlins gehört beides: Die berühmte Wannseekonferenz, auf der die Endlösung beschlossen wurde, aber auch die verzweifelten Bemühungen des Mannes Kurt Gerstein aus der Bülowstr. 47, der diese Endlösung verhindern wollte.

(Mit Einwilligung des Autors von Gisela Wenzel redigierte und starkgekürzte Fassung einer Artikelserie, die Pfarrer Franz im März 1979 ff. im Gemeindeblatt der Königin-Luise-Gedächtniskirche, dem «Spenerbote» veröffentlicht hat.)

Aus der Geschichte der Katholischen Kirche

Erich Klausener (1885-1934)

GISELA WENZEL

Dr. Erich Klausener, seit 1926 Leiter der Polizeibehörde im preussischen Innenministerium und im Februar 1933 ins Reichsverkehrsministerium versetzt, war als Leiter der «Katholischen Aktion» im Bistum Berlin ein bekannter Mann in der katholischen Laienbewegung.

Er wohnte in der Keithstrasse und war Mitglied der Pfarrgemeinde und des Kirchenvorstandes von St. Matthias am Winterfeldtplatz.

Als sich am 24. Juni 1934 auf dem Berliner Katholikentag in Hoppegarten 60.000 Menschen versammelten, sprach Klausener – aus der Spannung der Zeit heraus – einige Worte, die im Tagesprogramm nicht vorgesehen waren und unter den Versammelten grossen Widerhall fanden. Es waren Worte des Katholischen Protestes gegen den wachsenden politischen Druck, gegen die Rassenpolitik und gegen die nationale Überheblichkeit.

Am 30. Juli 1934, dem «Tag der grossen Bereinigung», an dem Hitler anlässlich der Röhme-Affäre mit den Kräften eines möglichen Widerstandes gegen seine Macht Aufräumen liess, wurde Klausener in seinem Amtszimmer von der SS erschossen. Der Ehefrau wurde nur die Asche ihres verbrannten Mannes ausgehändigt. Offizielle Stellungnahmen sprachen vom Selbstmord, den Klausener angesichts des Scheiterns seiner staatsfeindlichen Pläne begangen habe. Klausener ist eine Gedenktafel in der Keithstrasse 8 gewidmet.

Albert Coppenrath – der «westfälische Dickkopf vom Winterfeldtplatz»

GISELA WENZEL

Nachfolger des Grafen von Galen, der 1919-29 Pfarrer der St. Matthiaskirche am Winterfeldtplatz war und später als Bischof von Münster für seinen Widerstand gegen Hitler bekannt geworden ist, war Pfarrer Albert Coppenrath. Mit seinem unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg erschienenen Buch «Der westfälische Dickkopf vom Winterfeldtplatz. Meine Kanzelvermeldungen und Erlebnisse im Dritten Reich» ist uns ein lebendiges Dokument aus dieser Zeit überliefert. Coppenrath war ein durch und durch national gesinnter Mann, dem es – wie er sich selbst ausdrückt – 1933 durchaus nicht schwer fiel, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen. Im Mai 1933 schrieb er «aus ehrlicher Überzeugung» an einen Bekannten.

«In unserem Vaterland geht es langsam, aber wie mir scheint, sicher aufwärts... Die positive Haltung gegenüber dem Neuen macht mir darum keine Schwierigkeit. Im übrigen kann auch der verbissenste Parteifanatiker, wenn er ehrlich ist, nicht



Abb. 119 Erich Klausener



Abb. 120 Albert Coppenrath

leugnen, dass der Nationalsozialismus unserem Volk und Vaterland schon jetzt viel Gutes gebracht hat...» (Coppenrath, a.a.O., S.25)

Am Schluss des Jahresberichtes, den Coppenrath am ersten Sonntag des Jahres 1934 verlas, heisst es:

«Wenn wir unsere Blicke nun auch noch über die Grenzen unserer Pfarrgemeinde hinausgehen lassen in unser deutsches Volk und Vaterland, so ist auch da, Gott sei Dank, manches Erfreuliche zu erwähnen: der Tag von Potsdam mit der Feststellung, dass die beiden christlichen Konfessionen die Grundlage des Staates bilden sollen; die Wiederbelebung des seit 1918 in weiten Kreisen unseres Volkes schmählich erstorbenen nationalen Selbstbewusstsein; die Säuberung des öffentlichen Lebens von den ekelerregenden Er-

scheinungen des Schundes und Schmutzes; die tatkräftigen und wirkungsvollen Massnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit; die feierliche Proklamierung der Heiligkeit und Wertschätzung der Ehe; der Abschluss eines Konkordats zwischen der Regierung und dem Heiligen Stuhle...» (Coppenrath, a.a.O., S.25)

Aber die Hitlerjugend, die in einer Baracke auf dem Winterfeldtplatz untergebracht war und die – wie er sich ausdrückte, mit «bolschewistischen Methoden» (Coppenrath, a.a.O., S.34) Mitglieder der katholischen Jungschar überfiel und verprügelte, die singend und grölend vor der Kirche vorbeizog und den sonntäglichen Gottesdienst störte oder gar den Schaukasten der Gemeinde zertrümmerte, brachte den aufrechten Pfarrer wiederholt in Konflikt mit der Partei. In Opposition zu den neuen Machthabern geriet Coppenrath schliesslich durch den Fall Klausener, mit dessen Familie er in enger freundschaftlicher Beziehung stand. Coppenrath wurde nicht müde, jede Gelegenheit wahrzunehmen, der offiziellen Selbstmordversion auch in öffentlichen kirchlichen Erklärungen entgegenzutreten und setzte sich im Dezember 1934 für eine Bistumskollekte für ein Klausener-Denkmal ein. Die neue Walderholungsstätte der Gemeinde bei Lichtenrade erhielt auf seine Initiative hin die Bezeichnung «Erich-Klausener-Platz «zur dauernden Erinnerung an den am 30. Juni erschossenen vorbildlichen Katholiken und hochverdienten Katholikenführer Ministerialdirektor Dr. Erich Klausener, Mitglied unseres Kirchenvorstandes, und zum Protest gegen das immer wiederauftauchende Gerücht, Klausener sei an staatsfeindlichen Bestrebungen beteiligt gewesen und habe bei seiner Verhaftung Selbstmord begangen.» (Coppenrath, a.a.O., S.25) Aufgrund solcher furchtlosen Auftritte in der Öffentlichkeit geriet Pfarrer Coppenrath in immer grössere Konflikte mit Polizei und Staat. Immer wieder musste er lange Gestapo-Verhöre über sich ergehen lassen, Spitzel und Denunzianten verfolgten jedes Wort seiner Predigten. Schliesslich wurde seinem öffentlichen Bekennermut dadurch ein Ende gesetzt, dass man ihn hinter Gefängnismauern verschwinden liess.



Abb. 121 Katholiken im Sportpalast bei der Papstfeier anlässlich der Heiligsprechung Konrad von Pätzham, 1934.

Politik und Parteien

Orte und Ereignisse

1920

13. -17.3. Rechtsgerichteter Kapp-Putsch durch Generalstreik niedergeschlagen.

1929

1.5. Berliner Polizei geht mit Waffengewalt gegen die verbotene 1. Mai-Kundgebung vor. Blutige Bilanz: 31 Tote.

1930

-31.10 Berliner Metallarbeiterstreik

1932

13.3./10.4. Reichspräsidentenwahlen: SPD für Wiederwahl Hindenburgs, KPD für Thälmann.

10.7. Grosskundgebung der «Antifaschistischen Aktion» auf dem Rudolph-Wilde-Platz (Kennedy-Platz).

20.7. Absetzung der sozialdemokratischen Preussenregierung Braun-Severing («Papenputsch»). 3.-7.11. BVG-Streik in Berlin, Höhepunkt der «Herbststreikwelle» gegen die Notverordnungs-politik.

1933

25.1. Massendemonstration der KPD vor dem Karl-Liebknecht-Haus. 30.1. Hindenburg beauftragt Hitler mit der Regierungsneubildung. 31.1. Hitler verbreitet über Rundfunk sein Programm der «nationalen Erhebung».

2.2. Kommunistisches Demonstrationsverbot und Schliessung (23.2.) der KPD-Parteizentrale. 7.2. Antifaschistische Massenkundgebung der «Eisernen Front» unter der Losung «Berlin bleibt rot».

11.2. SA, SS und Stahlhelm als 'Hilfspolizei' eingesetzt. Schiessbefehl. 27.2. Reichstagsbrand liefert Vorwand zu KPD-Verbot und grossangelegter Verhaftungswelle politischer Gegner.

28.2. Verordnung zum «Schutz von Volk und Staat» («Reichstagsbrandverordnung») bildet die formal juristische Grundlage für den dauerhaften Ausnahmezustand unter Hitler. 5.3. Trotz Terrors und Propagandamonopol erreicht die NSDAP bei Reichstagswahlen nicht die absolute Mehrheit. Auch deswegen Annullierung der KPD-Mandate. 12.3. Bezirks- und Stadtverordnetenwahlen in Berlin. 24.3. «Ermächtigungsgesetz». Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien stimmt SPD gegen das Gesetz. 7.4. Politische Säuberung des Beamtenapparats mit «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums».

10.5. Nach Besetzung und Schliessung der Gewerkschaftshäuser am 2.5. Bildung der «Deutschen Arbeitsfront» (DAF). 6.7. Oswald Schulz Bürgermeister von Schöneberg. 20.9. Baubeginn der Reichsautobahn.

1935

26.6. Reichsluftschutzgesetz.

1937

30.1. Speer zum Generalbauinspektor für Berlin ernannt. 4.10. Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte.

1940

Jan. Beginn des Masseneinsatzes polnischer Zwangsarbeiter im Reich («Poleneinsatz»).

1941

Nov. Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern im Reich («Russeneinsatz»)

1942

Ernennung Speers zum Rüstungsminister.

Feb. «Ostarbeitererlasse» des Reichssicherheitshauptamtes (z.B. Unterbringung in geschlossenen Lagern).

1943

18.2. Mit seiner Rede im Sportpalast zum 'totalen Krieg' leitet Goebbels die totale Mobilmachung des deutschen Volkes ein.

1944

Ein Drittel der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie sind ausländische Fremd- und Zwangsarbeiten

1945

8.5. Bedingungslose Kapitulation

Orte

- 1 Sportpalast, Potsdamer Straße 72
- 2 Straßenbahndepot Beiziger Straße 52-58
- 3 Kaserne General-Pape-Straße ("Wildes KZ")

SPD Lokale

- 4 Jürgens, Barbarossastraße 5a
- 5 Obst, Melniger Straße 10
- 6 Zur Rosenau, Varziner-/Laubacherstraße

KPD-Lokale

- 7 Emil Polratz, Sedanstraße 53 (Leberstraße)
- 8 Wernicke, Bahnstraße 34 (Crellestr.)
- 9 Rote Pappschachtel, Rubensstr.47

SA-Lokale

- 10 Amelse, Haupt-/Ecke Wielandstraße
- 11 Hohenstaulenklaus, Hohenstaulenstraße 64
- 12 Wespennest, Siegfriedstraße 3 (Czemvinskistraße)

Speersche Stadtplanung

- 13 Testblock für Triumphbogen, General-Pape-Straße
- 14 geräumtes Kleingartengebiet - Südgelände -
- 15 Nationalsozialistischer Wohnungsbau am Grazer Damm
- 16 Geräumte Friedhöfe



Politik und Parteien» ist die Überschrift dieses abschliessenden Kapitels einer Publikation, die dem Alltag im Nationalsozialismus in Schöneberg gewidmet ist. Müsste es aber nicht richtigerweise 'Politik und Partei heissen, da doch die Gewalt der nationalsozialistischen Herrschaft auch darin bestand, dass sie alle anderen Parteien verbot und man wegen «*Verletzung des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien*» zu langen Haftstrafen verurteilt werden konnte?

Wir wissen heute, dass es den Nationalsozialisten mit ihrem gesetzlichen und ideologischen Instrumentarium nicht gelungen ist, andere Parteien, andere Auffassungen vom Leben restlos «*auszumerzen*». Das war schon deshalb nicht möglich, weil Politik vor 1933 sich keineswegs nur in den Institutionen abspielte, die man hätte abschaffen können (und auch abgeschafft hat). Politisches Leben vor 1933 spielte sich auch als Öffentlichkeit, auf den Strassen, Plätzen, in den Höfen und Kneipen ab, war also nicht nur Ausdruck des Bewusstseins, sondern auch Ausdruck der Alltagserfahrung selbst. Welche Konsequenzen hatte die Errichtung des «1000-jährigen Reiches» für diese, gerade auch in Schöneberg ausgeprägte politische Kultur, für die grossen Arbeiterparteien und kleinen politischen Gruppierungen? Dass innerhalb eines halben Jahres, von Januar bis Juli 1933, das institutionelle politische Gefüge der Weimarer Zeit zerstört wurde, bedeutete für viele Sozialdemokraten, Kommunisten und Liberale, ihre politische Arbeit aufzugeben und in die innere Emigration zu gehen, («bis der Spuk vorbei sei», wie viele hofften). Die meisten aber passten sich im Laufe der Jahre an: war es Angst oder Resignation, war es, weil das neue System berufliche Aufstiegsmöglichkeiten versprach, war es die Faszinationskraft der nationalsozialistischen Bewegung mit ihren Symbolen und Organisationsformen – die Gründe für die Anpassung sind komplex und zahlreich.

Für diejenigen aber, die nicht aufgaben, schlug die politische Arbeit in Widerstandsarbeit um. Ihr Weg der politischen Illegalität ging vom heimlichen Flugblattverteilen bis zu einem Leben unter ständig wechselnden Namen und Adressen. Mit diesem Widerstand aber überlebten auch die Organisationsformen der grossen Parteien wie SPD und KPD, die einschliesslich ihrer Exilorganisationen der Widerstandsarbeit vor Ort von grossem Nutzen sein sollten. Dass es also die EINE Partei, die von den Nationalsozialisten propagierte «Einheit des Volkskörpers» so nie gegeben hat, ist ein Umstand, dem dieses Kapitel Rechnung tragen will.

Im folgenden wollen wir einen Bogen schlagen von der politischen Kultur in Schöneberg 1933 bis hin zu den Spuren von Widerstand hier im Bezirk. Am Anfang stehen daher die beiden Beiträge von Theo Pinkus und Otto Edel, die beschreiben, dass sich der politische Alltag jener Jahre in alle Lebensbereiche erstreckte: die Frage, in welches Lokal man ging, selbst der Besuch des Rummelplatzes an der Hauptstrasse barg für viele indirekt eine politische Entscheidung. Mit dem Aufkommen der SA drängten sich auch die Nationalsozialisten in

diese politische Öffentlichkeit; sie haben ihre Brutalisierung (z.B. Strassenkämpfe) zu verantworten. In ihrem Beitrag: 'Wie die Nazis Schöneberg eroberten', thematisiert Gisela Wenzel die Machtstrategien der NSDAP auf dem Hintergrund der Wirtschaftskrise, die zur Verschärfung des politischen Klimas beitrug.



Abb. 122 Kommunisten in der Diskussion mit Hausbewohnern während des Mieterstreiks 1932.



Abb. 123 Schöneberger SS-Leute in der Bahnstrasse (Crellestrasse), um 1940.

'Schöneberg unterm Hakenkreuz': Im zweiten Teil des Kapitels haben wir dem Sportpalast, in dem schon früh die NS-Politik als Massenritual zelebriert wurde, die Realität des «Wilden KZ» in der General-Papestrasse gegenübergestellt, um auf die für den Nationalsozialismus charakteristische Polarität von Terror und Begeisterung aufmerksam zu machen. Diese Polarität wurde damals in der Alltagswahrnehmung vieler Menschen **entmischt** erlebt:

Wurden zum Beispiel in der Presse bis zum Februar 1933 noch zahlreiche Berichte über Schlägereien usw. veröffentlicht, gab es danach nur noch kurze Notizen (wie die Meldung über die Lei-

chen im Machnower Forst) zu lesen., Der staatlich organisierte Terror wurde zunächst nur von den Betroffenen und ihrem Umfeld wahrgenommen. Die meisten erlebten diese Zeit als ein Wiedereintreten von Ruhe und Ordnung in den Strassen, begleitet von jubelnden Zeitungsartikeln der gleichgeschalteten Presse, die den 'Aufbau des neuen Deutschland' propagierte.

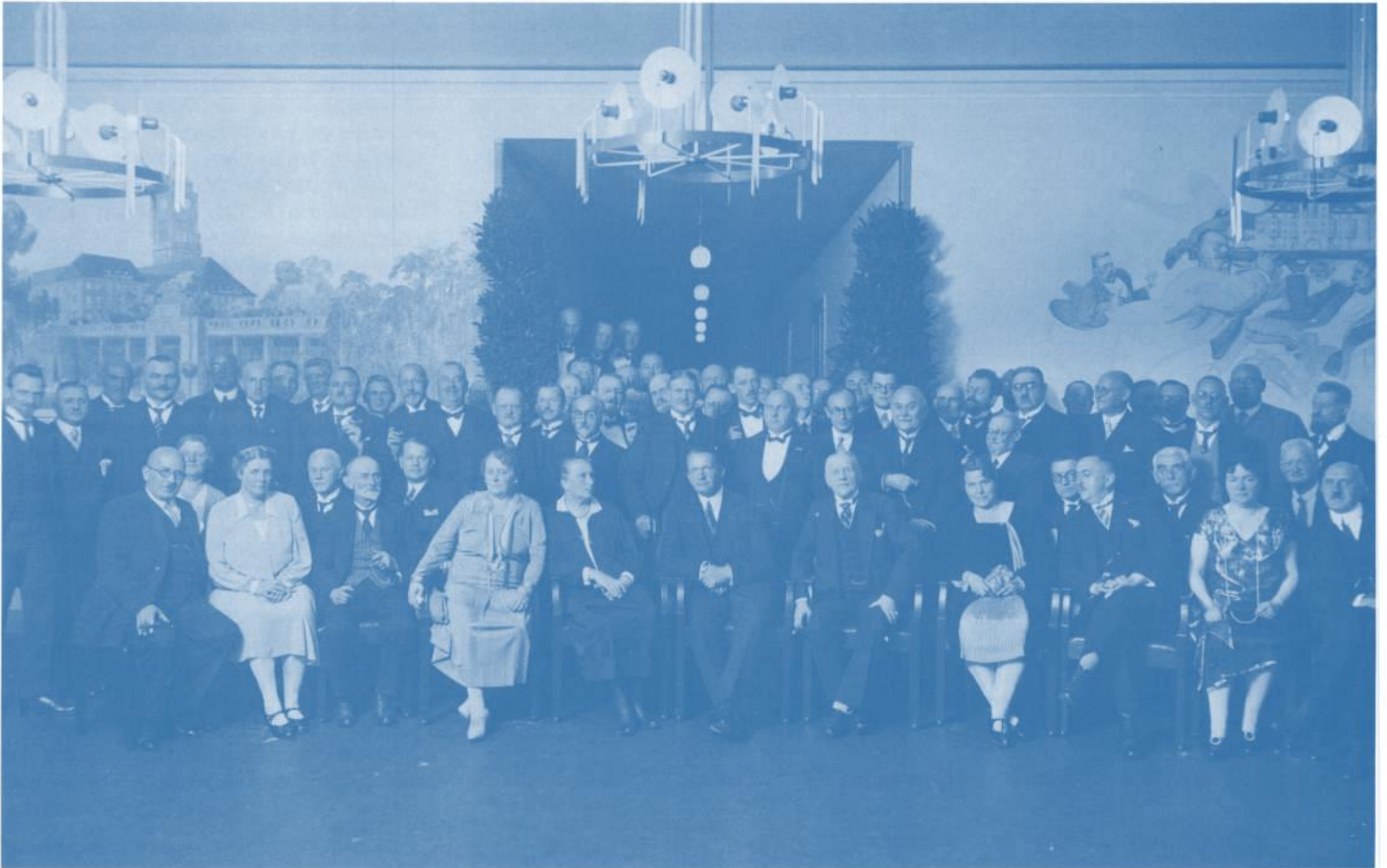
Zugleich mussten alle staatlichen Massnahmen als 'legal' erscheinen, weil die Nationalsozialisten ihren Exekutivapparat bis hinein in die 'untersten Ebenen' wie zum Beispiel den Bezirksverwaltungen fest verankerten. Wie scheinbar glatt die Gleichschaltung auch in der Schöneberger Kommunalverwaltung vonstatten ging, zeigt Gisela Wenzel in ihrem Beitrag zu diesem Thema. Diese Neuorganisation nahm dem Bezirk nicht nur das Recht auf Selbstverwaltung, zerstörte nicht nur Schönebergs gewachsene politische Kultur. Die ersehnte 'Einheit des Volkskörpers' sollte fortan auch demonstriert werden durch die äussere Umgestaltung des Bezirks als Teil der Welthauptstadt «Germania». Gerlinde Böpple fragt in ihrem Beitrag nach den Konsequenzen der Speer'schen Baupläne für Schöneberg und dokumentiert die NS-Architektur an damals errichteten Verwaltungsgebäuden, wie zum Beispiel der Obersten Bauleitung der Reichsautobahnen (heute BVG-Gebäude).

Zu den dunkelsten Seiten dieses in alle Lebensbereiche hineinwirkenden Umgestaltungswillens gehören die Fremd- und Zwangsarbeiterlager, von denen allein achtzehn in Schöneberg bekannt sind. Im Verlauf des Krieges wurden Tausende von Ausländern auch in Schönebergs Klein- und Mittelbetrieben und in privaten Haushalten zwangsverpflichtet. Die Studie «Zwangsarbeiterlager in Berlin, 1938-45», der wir wesentliche Informationen zu diesem Thema verdanken, ist in der DDR erschienen, wo dieser Bereich weniger tabuisiert zu sein scheint als hier.

Der zweite Teil dieses Kapitels befasst sich mit dem Thema: «Verfolgung und Widerstand». In ihm kommen wieder eine Reihe von Zeitzeugen selbst zu Wort: Kurt und Elsbeth Koch für die SPD, Alfred Davidsohn für die Kommunistische Partei Opposition (KPO), Alfred und Irma Maass für die KPD, Johannes Baczewski für die «Polnische Minderheit».

Das eigene Erleben der Menschen war auch in diesem Fall unsere wichtigste Geschichtsquelle. Es wird ergänzt durch einige Archiv-Fundstücke und die Beschreibung der Struktur und Wirkungsweise einer der grössten Widerstandsgruppen im Bezirk: Der Roten Kapelle. Fragt man nach den politischen Motiven und Zielsetzungen dieser Widerstandsarbeit, so zeigt sich die Kontinuität zur politischen Kultur vor 1933. Der Mut und die Entschlossenheit zum Widerstand entspringt bei all diesen Menschen einer Sozialisation und politischen Erfahrung, die von der Hoffnung auf die Durchsetzung demokratischer Lebensformen getragen war, die die kulturellen Minderheiten als gleichberechtigt anerkannte.

GISELA WENZEL, INSA ESCHEBACH



Das Ende der Weimarer Republik in Schöneberg

Schöneberg im inneren Ring der Berliner Entwicklung

GISELA WENZEL

Am 1.10.1920 trat die neugeschaffene Verfassung von Gross-Berlin in Kraft. Die zuvor selbständige Stadt Schöneberg (ca. 180.000 Einwohner) und die Landgemeinde Friedenau (ca. 40.000) bildeten zusammen den 11. Verwaltungsbezirk.

Die heute noch gültige Einteilung der Bezirks-grenzen geht auf den 1.4.1938 zurück. Damals kamen vom Tiergarten der 'Schöneberger Norden', und von Charlottenburg das Gebiet um den Wittenbergplatz zu Schöneberg. In diesem erweiterten Bezirk lebten im Mai 1939 277.880 Menschen.

Mit der Eingliederung in die neue Stadtgemeinde Berlin war die Einbusse der kommunalen Selbständigkeit durch die Verlagerung wesentlicher Entscheidungskompetenzen auf die zentralen Berliner Körperschaften verbunden. Infolge des 1. Weltkrieges hatte das wirtschaftliche und soziale Bild Schönebergs spürbare Veränderungen erfahren.

Schöneberg büsste in den zwanziger Jahren immer mehr seinen ursprünglichen Charakter als vorwiegend bürgerlicher Wohnbezirk ein. Grosse Wohnungen wurden untervermietet oder geteilt,

Abb. 124 Mitglieder des Bezirksamts und der Bezirksverordnetenversammlung Schöneberg im Ratsweinkeller, 1931. In der Mitte Bürgermeister Berndt (DNVP)

Büros und Dienstleistungsbetriebe nahmen mehr Raum ein.

Dies hatte zur Folge, dass sich die Sozialstruktur Schönebergs immer mehr den anderen innerstädtischen Bezirken wie Mitte, Tiergarten, Prenzlauer Berg und Kreuzberg angleich. Der Anteil der Arbeiter an der erwerbstätigen Bevölkerung erhöhte sich zwischen 1925 und 1939 von 22,7% auf 41,5%. Bei diesen Zahlen ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass das 1938 neu hinzugekommene Stadtgebiet hauptsächlich alte Arbeiterwohngebiete einbezog (Winz, 1964, S. 144 f.)

Das unterschiedliche politisch-soziale Profil der einzelnen Wohnbezirke

Wir wissen, dass in dem typischen Beamten- und Angestelltenmilieu Friedenau das deutschnational und zum Teil auch antisemitisch eingestellte Bürgertum immer mehrheitlich deutschnational gewählt hat und schon früh – ähnlich wie Steglitz – mit dem Nationalsozialismus sympathisierte. Hier nur ein paar Indikatoren: Das älteste SA-Lokal Berlins 'Die Ameise' lag in seinem Einzugsbereich, in Friedenau wohnte vorübergehend Goebbels; und der Friedenauer SA-Sturmführer Oswald Schulz löste 1933 den Deutschnationalen Berndt als Bürgermeister von Schöneberg ab.

Eine Hochburg republikanischen Geistes (DDP/ DVP/SPD [Erläuterung der Abkürzungen im Literaturverzeichnis]) waren der «alte» und der «neue» Westen zwischen Potsdamer Brücke, Nollendorf- und Wittenbergplatz. Der «alte Westen», das postalische Berlin-W, war die Adresse vieler Verlage und Buchhandlungen, Rechtsanwaltspraxen und Verbandsbüros, Firmenleitungen und zentraler Verwaltungseinrichtungen und nahm immer mehr den Charakter eines erweiterten Citybereichs an. Der «neue Westen» am Wittenbergplatz mit dem KadeWe und Tauentzien hingegen erlebte damals den Aufschwung zu einem ganz neuen Citykernbereich: ein mondänes Einkaufsviertel mit weltstädtischem Flair, flimmernden Reklamefassaden, Restaurants, Cafés, Gast- und Vergnügungstätten.

Am Nollendorfplatz und in der Motzstrasse entstand neben der Piscatorbühne in Künstler-Cafés und Nachtlokalen, Galerien und Antiquitätengeschäften der Ansatz zu einem neuen, avantgardistisch gefärbten kulturellen Zentrum. Hier und in dem sich südlich anschliessenden «Bayerischen Viertel», in dem viele jüdische Bewohner lebten, war das weltaufgeschlossene, republikanisch gesinnte Bürgertum zu Hause.

Ausgesprochene Arbeiterquartiere waren, neben dem «Schöneberger Norden», die «Rote Insel», so genannt nicht nur wegen ihrer inselartigen Lage zwischen Potsdamer-, Anhalter- und Ringbahn, sondern auch wegen ihres isolierten «roten» Hochburgcharakters inmitten eines bürgerlichen Wohnbezirks.

Hier waren, mit ihren beengten Arbeiterwohnungen, die dicht bebauten Mietskasernenviertel, die



von Alt- und Neu-Schöneberg – dem Gebiet rund um den Kaiser-Wilhelm-Platz waren vor allem die kirchlichen und kommunalen Verwaltungseinrichtungen, Schulen, Gerichte und Polizeibehörden konzentriert. Die zunehmende Einbeziehung Schönebergs in den inneren Ring der Berliner Entwicklung zeigte sich in den zwanziger Jahren auch an der Ansiedlung von immer mehr zentralen Verwaltungseinrichtungen. So entstanden in der Potsdamer Strasse mehrere grössere Geschäftshäuser und 1929/30 am Kleistpark mit dem von Bruno Paul erbauten Kathreiner-Haus, das erste Verwaltungshochhaus Berlins. Der Ankauf des Grundstücks der ehemaligen 'Maison de

Abb. 125 Die «Rote Insel», ein typisches Arbeiterwohnquartier, um 1933

Abb. 126 Die Friedenauer Bürgerwehr bei einer Marschübung durch den Grünewald, 1919



zwischen den Gründerjahren und der Jahrhundertwende im Zuge der explosiven Entwicklung Berlins als Industriestadt entstanden waren und die jetzt ganz vorwiegend vom proletarischen Lebensstil geprägt wurden. Hier konnte die KPD, wie Franz Hessel bei einem Spaziergang durch Berlin beobachtete, auf guten Zuspruch rechnen. (Hessel, Spazieren in Berlin, 1929)

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Schöneberger Industriegelände im Süd-Osten Schönebergs (Bessemer Strasse) wurde die angrenzende Lindenhofsiedlung 1929/30 um grössere Erweiterungsbauten ergänzt. Diese Genossenschaftssiedlung war und ist heute noch eine Hochburg der Sozialdemokratie, (siehe: Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg), «Das war 'ne ganz geschlossene Gesellschaft hier», 1987).

Im ursprünglichen Kernbereich der Gemeinden

Sante' in der Nähe des Kaiser-Wilhelm-Platzes durch die Karstadt-AG deutete darauf hin, dass sich grosse Firmen hier gute Chancen für ihre Geschäftsentwicklung ausrechneten. Sozial und politisch war dieses Gebiet des alten Ortskerns sehr gemischt.

Rechtstrend des Bürgertums

Viele der kleinen Kapitalrentner, die von den Mieten ihres Hauses oder den Zinsen ihres Vermögens lebten, waren auch in Schöneberg und Friedenau in ihrer Existenz von den Folgen des Kriegs und der Inflation hart betroffen. Die Stadt sah sich daher gezwungen, Sozialfürsorgeeinrichtungen wie Volksküchen etc., die vor dem Krieg nur die untersten Schichten in Anspruch genommen hatten, für den verarmten Mittelstand einzurichten. Die wirtschaftliche Verunsicherung des Mittel-

standes begünstigte die bürgerlichen Rechtsparteien. Der liberale Flügel des Bürgertums hingegen, der in Schöneberg kurz nach dem 1. Weltkrieg mit der «Deutschen Demokratischen Partei» unter Führung des damaligen Oberbürgermeisters Dominicus und der Stadtverordneten Theodor Heuss und Turnvater Zobel eine führende Rolle gespielt hatte, schrumpfte zur Bedeutungslosigkeit zusammen. (Siehe Sitzverteilung der BW:im Artikel «Schöneberger Sozialdemokraten in der Weimarer Republik»).

Die Unzufriedenheit der bürgerlichen Mittelschichten mit dem Weimarer Verfassungsstaat war bereits 1920 während des Kapp-Putsches offen zu Tage getreten (Vgl. Beitrag von G. Wenzel, «Fünf Tage Militärdiktatur: Der Kapp-Putsch» in: «Die Rote Insel», S. 93 ff.). Die heimliche und zum Teil auch offen zur Schau gestellte Sympathie des Bürgertums mit den kapptreuen Offiziersverbänden in den besetzten Rathäusern am Kaiser-Wilhelm- und Rudolph-Wilde-Platz im März 1920 bestätigte sich auch in dem Verhalten der Schöneberger und der Friedenauer Bürgerwehr, die sich aus Lehrern, Gymnasiasten, Beamten und Selbständigen rekrutierte. Ausser zur Unterstützung des Militärs traten diese paramilitärischen Bürgerkriegsverbände, – als «technische Nothilfe» getarnt – z.B. bei den Gas- und Wasserwerken als Streikbrecher in Aktion. Hingegen konnten sich die Arbeiterorganisationen (KPD, SPD, USPD) bei der erfolgreichen Durchführung des Generalstreiks im März 1920 in Schöneberg nicht nur auf die Mehrzahl der städtischen und industriellen Arbeiter/innen, sondern auch auf breite Kreise des Kleinbürgertums stützen. Die Opfer des Kapp-Putsches wurden nach der erfolgreichen Niederschlagung des Militärsputsches bei einer offiziellen Trauerfeier des Magistrats zu Grabe getragen. Der kilometerlange Trauerzug vermittelt ein anschauliches Bild des demokratischen und linken Schöneberg: Die 'Demokratische Partei', die Christliche Volkspartei und deren Jugendverbände, die Sozialdemokratische Partei und die Freie Sozialistische Jugend, die Kommunistische Partei und ihre Jugendorganisation, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, die Arbeiterturner, -radfahrer und sonstigen Wander- und Sportvereine, die Arbeitergesangsvereine, die freireligiöse Gemeinde, die Eisenbahn- und Strassenbahngestellten und -arbeiten die städtischen Arbeiter und der liberale Flügel der Angestellten und Beamten, die Feuerwehr, das Fuhramt, die Parkarbeiter, die Strassenreinigung, die Arbeiter der gewerblichen und Industriebetriebe (Mix & Genest, Gasanstalt etc.) und, und, und... (vgl. Schöneberger Tageblatt 27.3.1920). Ein Trauerzug, der die noch einmal triumphierende Demokratie repräsentiert! Als sich diese Demokratie dreizehn Jahre später erneut von innen der tödlichen Bedrohung ausgesetzt sieht, ist dieser gesellschaftliche Block der fortschrittlichen Kräfte zerfallen. Untereinander so zerstritten, dass an ein gemeinsames Handeln nicht mehr zu denken war, müssen sie das Feld der Politik kampfflos ihren erbittertesten Gegnern überlassen. Die Nazis übernehmen die Macht.

Die Jugend im Alter – Zweimal Schöneberg erlebt

THEO PINKUS

Schöneberg 1927-1930

1933 aus Deutschland ausgewiesen – Jude, Kommunist und glücklicherweise Schweizer – kam ich nach 1947 immer wieder in mein geliebtes Berlin, in dem ich meine berufliche und politische Lehrzeit 1927 bis 1933 absolviert hatte. Damals hatte ich es nicht weit von meinem Zimmer bis zu meiner Arbeitsstätte an der Potsdamer Brücke. Ich legte den Weg zu Fuss zurück, da das Lehrlingsgeld und die kleine Unterstützung von Freunden meiner Mutter nicht für Fahrgeld reichten. Meine Lehrstelle im Rowohlt-Verlag hatte ich erst nach mehreren vergeblichen Versuchen bekommen. So verbrachte ich mein Leben zwischen dem Alten Westen und dem Rudolph-Wilde-Platz (heute John-F.-Kennedy-Platz). Aschinger am Potsdamer Platz, das Rathaus Schöneberg, der Gaskessel auf der Roten Insel, die Monumentenbrücke und die Häuser am bürgerlichen Bayerischen Platz markierten das Revier unserer Jugendarbeit. Am Rummelplatz an der Hauptstrasse machten wir Propaganda. In den Arbeiterkneipen, bei Mutter Berg in der Feurigstrasse, bei Emil Potratz an der Sedanstrasse und auch bei Maxe Schmidt unweit des Bülowbogens hielten wir Vorträge und Kurse ab. Eng begrenzt und bescheiden war die politische Arbeit der Jugend des Kommunistischen Jugendverbandes KJVD Bezirk Schöneberg, des 11. Verwaltungsbezirks Berlins. Auch später, als sich die KPD in grössere Unterbezirke aufteilte und der Bezirk Schöneberg im grösseren Unterbezirk Südwest aufging, blieb mein Aktionsradius Schöneberg und der Alte Westen.

Gefunden habe ich die Kommunistische Jugend, nach der ich mich im Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz, dem Sitz der KPD, erkundigt hatte, im Jugendheim Hauptstrasse 15, dem ehemaligen Maison de Santé. Während unserer Abende in den Räumen des Jugendheims diskutierten wir, besprachen unsere Gruppenarbeit und Agitation. Vor dem Haus, draussen auf der Hauptstrasse, gab es Diskussionen mit denen von der SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend – der SPD-Jugendorganisation) und anderen Gruppen. Einige von der SAJ konnten wir überzeugen. Nach der verbotenen Mai-Demonstration und den 31 Toten bei der Durchsetzung des Demonstrationsverbots durch die Polizei in Neukölln und Wedding 1929, entschieden sich viele SAJler, sich den Jungkommunisten anzuschliessen. Da war z.B. ein Mädchen aus Lankwitz, Telefonistin in dem grossen Telefonamt in der Winterfeldtstrasse. Sie verkaufte dort viele Exemplare unserer Zeitung «Die junge Garde». Mit Jugendlichen in einer grossen Druckerei, bei der Firma Mix und Genest und auch in anderen Betrieben hatten wir Kontakte. Gemeinsam mit ihnen machten wir Betriebszeitungen, in denen ihre Klagen und Forderungen der ganzen



Abb. 127 Der sechzehnjährige Theo Pinkus – Jungkommunist aus bürgerlichem Elternhaus, 1926

Belegschaft bekannt gemacht wurden. In den zahlreichen Quartierzeitungen, die die «Strassenzellen» der Partei herausgaben, hatten wir unsere «Jugendecken».

Wir kamen uns sicher nicht wichtig vor, fühlten uns aber doch mitverantwortlich für die Verbesserung der zum Teil miserablen Lebensbedingungen aller proletarischen Jugendlichen. Wir unterstützten die KPD in ihren Forderungen und freuten uns, von den alten Genossen Hilfe und Verständnis zu erhalten. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei 1928 und nach dem 1. Mai 1929 mit den Anhängern der «rechten» KPD-Opportunisten (die sich später mit den linken Sozialdemokraten zur Sozialistischen Arbeiterpartei SAP vereinigten) und denen der Parteiführung, der «Linie», berührten auch die Jugend. Der Pol-Leiter der KPD 11. Bezirk warnte uns vor «Abweichungen». (Er selbst und auch mein Freund Heinrich Kurella, der Pol-Leiter der Jugend war, wurden später in der Sowjetunion Opfer der Stalinschen Repression, der «Säuberung».)

Die letzten Jahre bis zur Ausweisung im Jahre 1933 verbrachte ich im Zentrum Berlins an der Friedrichstrasse. Ich war da aber nicht mehr in der Jugendarbeit, sondern bei den Angestellten, die ja besonders anfällig für die Nazi-Propaganda waren. Wir wussten, dass es sehr wichtig war zu verhindern, dass die Angestellten zu den besten Hilfstruppen Hitlers würden. Es ist uns nicht gelungen, ebensowenig wie wir alle die heraufziehende Katastrophe der Übergabe der Staatsmacht an die Nazis verhindern konnten.

Nach 1933 – ein Alptraum

Ein Alptraum war es für mich in den Jahren nach

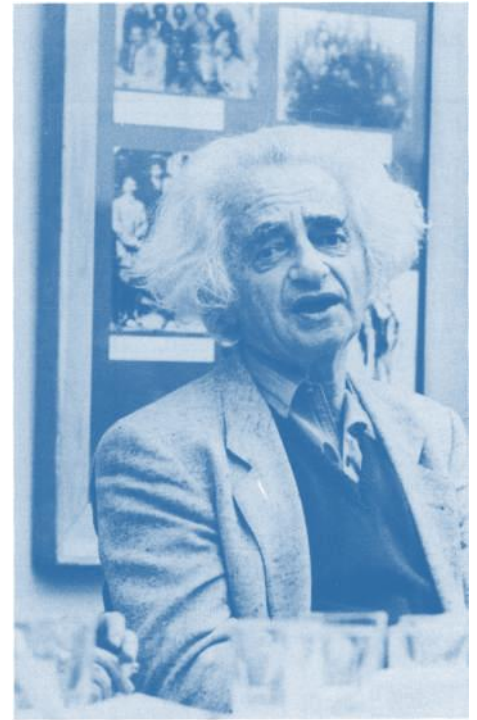


Abb. 128 Der 78-jährige Theo Pinkus bei einer Veranstaltung zur NS-Geschichte im Haus am Kleistpark, 1987

1933, an «mein revolutionäres Berlin» zu denken – an alle die Vielen, die verfolgt, gefangen, gefoltert und umgebracht wurden. Ich hatte Glück mit meiner Ausweisung und blieb in meiner Geburtsstadt Zürich. Bis heute bin ich aber immer noch verbunden mit den Genossen aus Berlin – mit denen, die überleben konnten. Dies gilt für die in West-Berlin und für die in der Hauptstadt der DDR, wo ja ein Schöneberger, der mit 14 Jahren in meine Jugendgruppe kam, heute Ministerpräsident ist: Willi Stoph. Überhaupt die Schöneberger! Viele Genossen, die sowohl im antifaschistischen Kampf und später in der Emigration als auch beim Wiederaufbau in der DDR und in West-Berlin eine Rolle spielten, kamen aus Schöneberg oder lebten lange dort.

Umgang mit der Geschichte

Wie gingen wir, die wir damals jung waren, mit der Geschichte um? Wir spürten die Kontinuität der Arbeiterbewegung. Wir wussten um die Gründe für die Spaltung – zuerst die Auseinandersetzung mit den Revisionisten in der alten Sozialdemokratie, dann der «Verrat», der Umfall von 1914 und das Leuchtfeuer, das der Spartakusbund, dessen Mitglieder noch lebten, mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht angezündet hatte. Uns war der Potsdamer Platz nicht nur Mocca Efti (ein Café) und das Haus Vaterland (ein grosses Restaurant-Etablissement), sondern der Platz, an dem Karl Liebknecht 4916 mit der Arbeiterjugend zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen den «Feind im eigenen Land» aufgerufen hatte. Um uns lebten die Teilnehmer der Kämpfe gegen die Mörder von Rosa Luxemburg, lebten noch ihre Freunde und Schüler aus der Parteischule der SPD vor 1914. Wir hatten z.B. in der Marxistischen Arbeiterschule noch ihren alten Freund



Abb. 129 Kommunistische Betriebs- und Hausblockzeitungen aus Schöneberg

Hermann Duncker als Lehrer, der uns die historische Kontinuität von Marx/Engels bis in die Gegenwart vermittelte.

Aber das wichtigste war wohl 1917 die Oktoberrevolution – die Wende zum Sozialismus. Im Sportpalast feierten wir im November 1927 ihre 10 Jahre und die Erfolge beim «Aufbau des Sozialismus» und den «Anfang der Weltrevolution». In den starken kommunistischen Parteien, im Einfluss der Kommunistischen Internationale, die 1919 unter Mitarbeit von deutschen Kommunisten von Lenin, für uns das Symbol der Vereinigung von Wissenschaft, Politik und Revolution, initiiert worden war, sahen wir damals die Zukunft. Die Vorgeschichte kannte ich schon vor meiner Ankunft in Berlin. Die Wurzeln der Komintern waren in der Schweiz, in den Konferenzen von Zim-



Abb. 130 Kundgebung der «Antifaschistischen Aktion» auf dem Rudolph-Wilde-Platz (heute J.F. Kennedy-Platz), Juli 1932

merwald (bei Bern) und Kiental und bei der Internationalen Frauenkonferenz in Bern (Clara Zetkin) mitten im Ersten Weltkrieg entstanden und gewachsen.

So war unser Umgang mit der Geschichte immer bestimmt durch das Ziel, das wir als notwendig erachteten – nicht schicksalhaft, sondern die Not wirklich wendend. Verwirklicht werden sollte unser Ziel durch die kommunistische Bewegung, bei uns konkret durch die Partei mit ihren Millionen von Anhängern und Wählern. Sie zeigte den «revolutionären Ausweg», den wir im Verkauf unserer Presse und Massenbroschüren allen erklären wollten.

Unser Geschichtsbild war damals noch ungebrochen. Wir waren durch unsere Überzeugung allzuschnell bereit, kritische Stimmen aus den eigenen Reihen oder von Freunden als Abweichung von der «einzig richtigen Linie» zu verdammen, vor allem die Antikommunisten von ultrarechts bis links veranlassten uns erst recht, die Sowjetunion zu verteidigen. Erst nach 1933 und noch nach 1956 zogen wir die notwendigen Lehren aus den damaligen Fehlern und liessen den revolutionären Kritikern Gerechtigkeit widerfahren.

Noch einmal Schöneberg – 50 Jahre später
Und heute – 1983? Noch einmal Schöneberg – mehr als 50 Jahre später als 74jähriger. Besuche jüngerer Laienhistoriker in meiner jetzt öffentlichen und gemeinnützigen Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Zürich, die aus Nazideutschland gerade noch rechtzeitig (gleich nach der ersten Hausdurchsuchung im April 1933) von meiner Mutter expedierte Bücher, Zeitungsausschnitte und andere Papiere wieder verfügbar machte, schufen Verbindungen zur neuen Generation, die bei Kriegsende oder viel später geboren worden war. Sie haben die Folgen der Politik der SPD und KPD, die weitere Entwicklung der Sowjetunion und der «realsozialisti-

schen» Länder vorgefunden. Sie gehen ganz anders mit der Geschichte um, als wir Alten mit der von uns erlebten. So fand ich mich bei ihnen in der Geschichtswerkstatt wieder, in Schöneberg, in der Goltzstrasse, nur wenige Minuten von der Hauptstrasse und der Belziger Strasse, in der ich 1927/28 gewohnt hatte. Meine Erzählungen von damals und unsere Aktivität als Jungkommunisten wurden zur weiteren Anregung, die «Lokalgeschichte» der Zeit, bevor die Nazis Macht hatten, zu studieren. So vollzog sich der Sprung von der älteren, ja ältesten Generation, zu den Jungen. Dabei fand ich auch Jugendgenossen von damals, die heute noch eng mit der antifaschistischen und der Arbeiterbewegung verbunden sind, wie G. Birkholz, mit dem ich in der Eckkneipe an der ehemaligen Sedanstrasse (jetzt: Leberstrasse) zusammensitzen konnte. Nicht nur die politische Arbeit von damals, die Gesichter meiner Jugendgenossen wurden mir wieder wach – nein, ich sah mit Staunen und Freude, wie die Jungen von heute – die bereits etwas Älteren mit abgeschlossenem Studium oder Berufsausbildung und auch die Lehrlinge, die mich ausfragten – grösstes Interesse zeigten und alles in ihre heutige politische Arbeit mit einbezogen.

Was meine Generation tat, so bescheiden es war, was damals passierte, ist nicht mehr verdrängt und vergessen oder nur eine stumme Mahnung für heute. Es ist wieder in Erinnerung gerufen, zu warnen und Lehren daraus zu ziehen. Es ist ein Teil – kein unwichtiger – des politischen Engagements der nachfolgenden Generationen nach 1945 geworden. Wir haben dazu beigetragen, trotz der Vernichtung, die die 12 Jahre Hitler und der von den Nazis ausgelöste Krieg mit sich gebracht haben.

Schöneberg wurde zum wichtigen Erlebnis, zum Beweis, wie wertvoll lebendige Geschichte ist, und dass es keinen Grund gibt zu resignieren, keinen, sich aus der Gemeinschaft, die eine Zukunft wünscht und alles dafür tut, selbst auszuschliessen.

Unvermeidbare Nachbemerkung aus der Sicht von 1987

1983 erlebte ich Schöneberg zum zweiten Mal. Ich war Zeitzeuge und konnte berichten, wie es damals vor 1933 war. Ich hatte das Glück im grossen Unglück des deutschen Volkes, das es sich selbst bereitet hatte, Ausländer zu sein. Ich hatte das Glück, im April nach dem Judenboykott 1933 ausgewiesen zu werden und mit mir auch meine Eltern und Schwester, während meine Tante als Deutsche den bitteren Todesweg nach Auschwitz gehen musste. Zeitzeuge der Naziherrschaft war ich ja nur kurze Monate. Von Gefängnishaft, KZ, Folter und Elend bin ich verschont geblieben. Da ich den Aufstieg der Nazis von 1927-33 erlebt hatte und da ich sehr wohl als Redakteur eines Pressedienstes (von 1933-1939) über das, was im 3. Reich vor sich ging, orientiert war und ausserdem durch die Flüchtlinge, die in die Schweiz kamen, immer wieder orientiert wurde, wurde ich zum beobachtenden Zeitzeugen.

Die unermüdliche Spurensuche der Mitarbeiter der Berliner Geschichtswerkstatt, anderer Institutionen, einiger Kunstämter und der Ausstellungen in der Kunsthalle und in der Hochschule der Künste, hat seit 1983, dem Jahr der Erinnerung an die Machtübergabe vor 50 Jahren zu wirklich sichtbaren Ergebnissen geführt.

1987 wurde ich wieder als Zeitzeuge herausgefordert. Schöneberg wurde erneut durch die Erinnerung an die Vergangenheit Gegenwart und ein Stück Heimat. Die unermüdliche und kontinuierliche «Grabe-wo-du-stehst-Arbeit» brachte neue Erkenntnisse und persönliche Kontakte. Da merkte ich in gemeinsamen Veranstaltungen anlässlich der Ausstellungen den grossen Unterschied zwischen mir und denjenigen, die sich unter grössten Schwierigkeiten und Entbehrungen in den Jahren nach 1933 bis zum Kriegsende durchgeschlagen hatten. Sie waren keine nur beobachtenden Zeitzeugen, sie waren Betroffene, sie hatten alles selbst am eigenen Leib erlebt. So kam mir noch viel eindringlicher zu Bewusstsein, was es heisst, die jungen nachfolgenden Generationen über das zu orientieren, was früher war.

Seit 1983 beobachte ich aber auch, wie versucht wird, mit einer «letzten Erinnerung und Mahnung» die 12 Jahre Naziherrschaft zu «beerdigen», schliesslich sei ja Deutsche Geschichte eine zweitausendjährige. Immer wieder wird mir berichtet, wie bürokratische und politische Hemmnisse die Forschung der jungen Historiker und Laien in den letzten Jahren behinderten. Das «Wendeklima» wirkte sich offensichtlich auch hier aus und ermunterte die Konservativen in Behörden und Institutionen zur Zurückhaltung, ja sogar zur Verhinderung dieser Aufklärung. Die ideologische Begründung und Begleitmusik ist der sog. Historikerstreit. Wiederum soll das düstere Kapitel deutscher Geschichte verdunkelt werden. «Historische Sonderumstände» sollen es verständlich machen, ja sogar entschuldigen. Das darf nicht angehen.

Gerade auch im Jahr der 750jährigen Berliner Geschichte wiegen die 12 Jahre schwer. Die wenigen verwirklichten Projekte der Geschichtswerk-

stätten, anderer freier Initiativen, weniger Bezirke und ihrer Kunstämter und die Zentrale Ausstellung «Topographie des Terrors» haben es 1987 mit Nachdruck wieder in die Öffentlichkeit gebracht. Die neuen, durch wissenschaftlichen «Lokaltermin» an den Tag gebrachten Terrorakte, Verfolgungen und Morde der Nazis kommen so wieder in das Bewusstsein breiter Kreise.

Auch die nachfolgenden Generationen sollen wissen, was geschehen war, die Schulbücher dürfen da nicht wieder korrigiert oder gekürzt werden. Auch die Zeitzeugenschaft wird nicht aufhören. Insbesondere auch die Jahre nach dem Kriege dürfen nicht vergessen werden und da gibt es auch andere Zeitzeugen. Jubiläen und geschichtliche Daten geben immer nur Anlass zur Rückbesinnung. Diese soll aber auch dauerhaft anschaulich und sichtbar für die Jungen von heute werden. Die alten und neuen Medien, Ausstellungen, Video und Fernsehen, das alles kann dazu helfen, das Geschichtsgedächtnis wachzuhalten und damit Voraussetzungen zu schaffen, aus der Geschichte doch zu lernen.

Schöneberger Sozialdemokraten in der Weimarer Republik

OTTO EDEL

Die «gezügelte» Revolution

Die revolutionäre Entwicklung des November 1918 war selbstverständlich konzentriert auf die Reichshauptstadt Berlin, bezog aber die benachbarten, damals noch selbständigen Städte wie Charlottenburg, Schöneberg oder Rixdorf mehr oder weniger mit ein. Auch hier bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, um die Stadtverwaltungen zu kontrollieren.

In Schöneberg nahmen die Ereignisse unter dem Einfluss des liberalen Oberbürgermeisters Alexander Dominicus allerdings eine etwas andere Richtung. Die «Revolution» wurde hier von einer bürgerlichen Mehrheit gemacht, oder vielmehr gezügelt und gesteuert. Dominicus war es bereits am 11. November gelungen, aus den Fraktionen der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung einen «Volksausschuss zum Schutze der gemeinnützigen Einrichtungen in Schöneberg» zu etablieren, in dem er selbst den Vorsitz führte.

SPD, USPD und Liberale stellten jeweils fünf, die Freie Fraktion vier Mitglieder, dazu kamen der Schöneberger Polizeipräsident und der Oberbürgermeister. Dominicus tat alles, um den revolutionären Kräften die Macht vorzuenthalten; er misstrauete ihnen zutiefst.

Kapp-Putsch

Auch während des Kapp-Putsches im März 1920, dem ersten grossen Angriff von rechts gegen die junge Republik, wurde die zwiespältige Haltung von Dominicus deutlich. Seine Tagebuchaufzeichnungen dokumentieren einerseits seine Distanzierung von den Putschisten Kapp und Lüttwitz, andererseits aber auch seine starken Reserven gegenüber SPD und USPD, als den tra-

genden Kräften der neuen Demokratie.

Auch in Schöneberg kam es zu Kampfhandlungen, gab es Tote. Für drei der Opfer errichtete die SPD-Schöneberg 1920 einen Gedenkstein auf dem Friedhof an der Eythstrasse, der unbehelligt die Nazizeit überlebte. «*Den Opfern des Kapp-Putsches Georg Heidrich, geb. 9.4. 1890, Walter Bieler, geb. 18.5. 1903, Paul Bieneck, geb. 20.10. 1894 in dankbarer Erinnerung, gewidmet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 11. Kreis Schöneberg-Friedenau.*»

Wahlen

Bei den ersten demokratischen Wahlen der jungen Republik 1919 – die Frauen haben endlich das Stimmrecht – erhielt die SPD in Schöneberg 35.110, die USPD 8.071 Stimmen für die Nationalversammlung. In Friedenau waren es 7.157 (SPD) und 2.117 (USPD).

Vor allem bei den Wahlen zur Städteverordnetenversammlung zeigte sich nach dem Fall des un-demokratischen Dreiklassenwahlrechts der Kaiserzeit eine grosse Veränderung zu Gunsten der Sozialdemokratie. In der Kaiserzeit dominierten die Liberalen und Bürgerlichen, nun wurde die SPD stärkste Fraktion mit Franz Czeminski als Stadtverordnetenvorsteher. Allerdings behaupteten die bürgerlichen Parteien zusammen immer noch eine Mehrheit gegenüber der SPD und USPD. Im Gegensatz zu Berlin verfügten die bürgerlichen Parteien im Schöneberger Rathaus im gesamten Zeitraum der Weimarer Republik über eine eindeutige Mehrheit gegenüber den Arbeiterparteien (siehe Tabelle).

SPD-Verkehrslokale

Der Landesverband Berlin der SPD war in der Weimarer Zeit in 20 Kreisorganisationen und in 146 Abteilungen gegliedert. Der 11. Kreis (Schöneberg) war in fünf Abteilungen (77. bis 81. Abt.) eingeteilt, die jeweils ihre eigenen Vorstände wählten. 1923 vereinigten sich SPD und USPD wieder. Ende 1926 hatte die SPD-Schöneberg 2.350 Mitglieder, darunter 571 Frauen. Über das Parteileben des Jahres 1927 wurde berichtet, dass 4 öffentliche Versammlungen, 39 Mitglieder-versammlungen, 80 Zahlabende, 82 Funktionärs-sitzungen, 31 Frauenversammlungen und 21 Frauen-Leseabende abgehalten wurden.

Die Genossinnen und Genossen trafen sich meist in Gaststätten, den sogenannten «Verkehrslokalen», so z.B. die 77. Abteilung zu Zahlabenden im Lokal in der Barbarossastrasse 5a der Genossin Marie-Luise Jürgens, die, (seit 1908 SPD-Mitglied) das Lokal als Kriegerwitwe bis 1933 allein weiterführte.

Sozialistische Arbeiterjugend

Auch die sozialdemokratisch orientierte Jugend war gut organisiert. Die Kleinen bei der «Kinderfreunde»-Bewegung, die Jugendlichen bei der SAJ, der «Sozialistischen Arbeiterjugend». Die SAJ hatte Ende 1930 in Schöneberg 143 Mitglieder.

Werner Müller, Vorsitzender der Abt. Schöne-

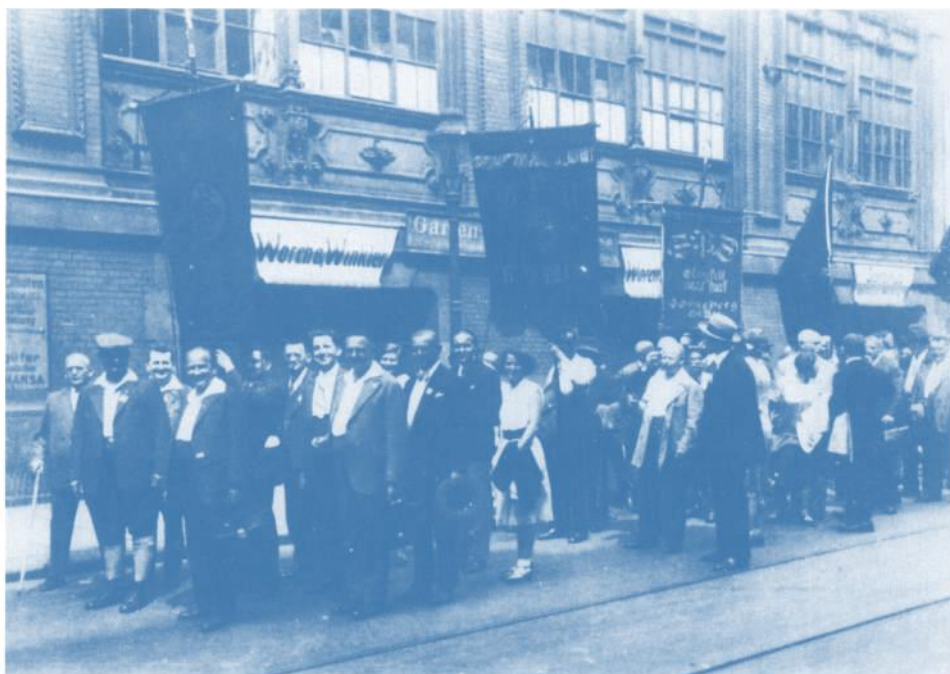


Abb. 131 Die Schöneberger SPD – im Bild die 17. Abteilung – nimmt Aufstellung zu einer Demonstration (um 1926).



Abb. 132 Das SPD-Lokal Jürgens in der Barbarossastrasse. Nach der Machtübernahme der Nazis 1933 musste Marie Jürgens ihre Gaststätte schliessen.

berg I der SAJ von 1923 bis 1930 berichtete über die Arbeit in der SAJ:

«Als junger Lehrling, politisch interessiert und die Jugendgemeinschaft suchend, fand ich 1921 in der Gruppe Schöneberg I (Jugendheim Sportplatz Rubensstrasse) eine lebendige und aktive Gemeinschaft junger Sozialisten, die mir mehr als 10 Jahre zur Lebensmitte wurde. Gemeinsam organisierten und warben wir, gemeinsam erarbeiteten wir uns an den Heimabenden in Vorträgen, Kursen und Diskussionen das Rüstzeug zum Verständnis der sozialistischen Theorien und des politischen Zeitgeschehens, bereiteten uns vorauf den politischen Tageskampf mit den aggressiven Gegnern von rechts und links. Für die meisten wurde so die SAJ eine Volkshochschule in sozialistischem Geist (...) Bürgerliche Moral und Sitten passten nicht in das sozialistische Lebensbild. Der hieraus sich entwickelnde eigene und neue Lebensstil, oft unter schroffer Ablehnung des Herkömmlichen, fand dann nicht immer den Beifall der «Alten». Nicht nur die politische Zielstrebigkeit, sondern der Gemeinschaftssinn und das rege gesellige Leben in den Heimen und auf Fahrten führten der SAJ viele Jugendliche aus politisch nicht gebundenen Kreisen zu». (Aus einem Beitrag zum 60-jährigen Bestehen der Arbeiterjugend in Schöneberg, etwa um 1960.)

Sitzverteilung in der Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung 1919-1933

	Jan.1919*	1919**	1920***	1921	1925	1929	1933
DNVP	18*	13	12	17	19	16	10
DVP		5	13	12	5	6	-
DDP (Staatspartei)	32	14	6	6	9	7	3
Zentrum	-	4	3	3	2	4	2
Wirtschaftspartei	-	3	4	2	2	3	-
NSDAP	-	-	-	-	-	7	25
SPD	11	20	8	11	14	12	13
USDP	4	7	13	6	-	-	-
KPD	-	-	-	3	5	5	(5)
Übrige	1	-	-	1	2	-	-
	66	66	59	61	58	60	58

* Zusammensetzung der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung nach Formierung der neuen Parteien im Januar 1919. Die vier bürgerlichen Parteien der Mitte, DNVP, DVP, Zentrum und Wirtschaftspartei bilden hier noch einen Block.

** Erste Wahlen nach Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts und Erkämpfung des Frauenwahlrechts.

*** Erste Wahlen unter Einbeziehung Friedenaus.

Anschläge auf SPD-Lokale

1929 sitzen erstmals sieben Nazis in der Schöneberger Bezirksversammlung. Bei den Reichstagswahlen 1930 wird die NSDAP in Schöneberg bereits zweitstärkste Partei hinter der SPD. Unser Bezirk muss damit leider als eine der frühen Hochburgen der Nazis in Berlin bezeichnet werden. Gewalttätige Auseinandersetzungen bis zu Mord und Totschlag werden immer häufiger. Einige Meldungen aus dem «Vorwärts» des Jahres 1932:

8. April: «Nazis schießen in ein Lokal»
 «Eine Truppe von etwa 25 Hakenkreuzlern versuchte in der letzten Nacht in das Lokal von J. (Marie-Luise Jürgens, d. Verf.) in der Barbarossastrasse 5a einzudringen und die Räume zu demolieren. Dieser Überfall hatte bereits ein Vorspiel. Zu beiden Seiten des Lokals waren an der Häuserfront Hindenburgplakate angeklebt. Mehrere Nazis versuchten die Plakate abzureissen, sie wurden jedoch von hinzukommenden Genossen gehindert. Es dauerte nicht lange, bis die Hitler-



Abb. 133 Eine Wandergruppe der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Schöneberg unterwegs.

Abb. 134 Als Schutzformation gegen die zunehmenden SA-Überfälle bildeten Reichsbannerleute, Gewerkschafter und SPD-nahe Sportler im Dezember 1931 die «Eiserne Front». Im Bild eine Berliner Gruppe.

gardisten mit 25 Mann wiederkamen. Der Wirt hatte in Vorahnung der kommenden Dinge die Jalousie des Schaufensters heruntergelassen. Jetzt schlugen die Nazis die Türscheibe ein und feuerten einen Schuss in das Innere des Lokals ab. Glücklicherweise wurde niemand getroffen. Als das Überfallkommando anrückte, waren die Bur-schen über alle Berge.»

15. Juli 1932: «Reichsbannermann niedergestochen! Feiger Überfall in Schöneberg.» «Gestern Nacht um 11 Uhr überfiel eine Rotte SA-Leute ohne jeden Anlass einen Reichsbannermann, der mit mehreren Taxichauffeuren in der Grunewaldstrasse im Gespräch stand. Der Reichsbannerkamerad erhielt einen tiefen Lungenstich. Eine vorüberkommende Polizeistreife drängte die Nazis vom Bürgersteig ab, nahm aber keine Verhaftungen vor, obwohl sie von den Taxichauffeuren auf

den feigen Überfall hingewiesen wurde. Der Vorfall bedarf dringend der Klärung durch die vorge-setzten Dienststellen.»

Wegen der vielen Naziüberfälle war eine öffentliche Bekanntgabe der Parteiversammlungen bald kaum noch möglich. Als Treffpunkt von Versamm-lungen wurde daher bei Einladungen nur noch die Formulierung «an bekannter Stelle» gebraucht und alle Angesprochenen wussten, wo sich diese befand.

Der BVG-Streik im Strassenbahndepot Belziger Strasse

GISELA WENZEL

Im November 1932 kam es zum Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, dessen Bedeutung insbesondere wegen der Beteiligung der Nationalsozialisten bis heute umstritten ist. Auslöser dieses Streiks war eine im Zuge der Notverordnungs-politik vorgesehene Lohnkürzung. Während der sozialdemokratische Gewerkschaftsbund (ADGB) die erforderliche Zweidrittelmehrheit zur Streikunterstützung nicht gegeben sah, weil er von der absoluten Zahl der Stimmberechtigten ausging, sah die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) und mit ihr die «Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation» (NSBO) die Zweidrittelmehrheit erreicht, da sie die Zahl der tatsächlich abgegebenen Stimmen zugrundelegte. Unbestrittene Tatsache ist, dass unter den BVG-Arbeitern eine grosse Streikbereitschaft bestand.

Im Schöneberger Strassenbahndepot in der Belziger Strasse kam es zu gemeinsamen Aktionen des nationalsozialistischen und kommunistischen Streikschutzes. (Vgl. Uwe Clement, Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter vom 3.-7. November 1932 in: Spurensicherung in Schöneberg 1933, 1983, S. 28-32)

Da der Streik offiziell als illegal angesehen wurde, sahen sich Streikleitung und Streikposten einem massiven Polizeieinsatz ausgesetzt.

Nach dem Bericht der Sonderausgabe des 'Vorwärts' zum BVG-Streik vom November 1932 hielten in der Schöneberger Hauptstrasse Nationalsozialisten und Kommunisten «diese starke Verkehrsader in dichter Masse besetzt. ...In der Hauptstrasse/Ecke Eisenacher Strasse war vor dem An rücken des starken Polizeiaufgebots im Handumdrehen eine Barrikade in einer Länge von reichlich zehn Metern aus Pflastersteinen, Balken, Pflöcken und anderen Baumaterialien entstanden, und die Schienen waren durch eingestreuten Kies unbefahrbar gemacht. Unter polizeilicher Absperrung wurde ein Lastzug des Berliner Tiefbauamts herangeholt, dessen Begleitmannschaft sich sofort unter dem Gejohle der Menge an die Freilegung der Strecke heranmachte. (Vorwärts, Sonderausgabe, 4. Nov 1932)

Die KPD, bzw. die IAH (Internationale Arbeiter-Hilfe) organisierte mit Sammlungen und Streikküchen materielle Hilfsaktionen für die Streikenden. Aber auch die NSDAP bzw. NSBO versuchte mit derartigen Hilfsaktionen einen Einbruch in die Arbeiterschaft zu erzielen. So erinnert sich Helmut Gramatke:

«Wissen'se, das war Notstand. Der Vater hat als Versorger der Familie gesehen, es gibt hier keine andere Möglichkeit, die Familie zu erhalten, und du machst erst mal mit. In dem Moment gab's keene Unterstützung, keen nix, und die SA, vielmehr die NSDAP hatte gleich Küchen aufgebaut, und gab auch 'ne Unterstützung raus. Damit haben 'se Leute geworben und och meinen Vater



Abb. 135 Mit Strassentumulten und Barrikadenbau reagierte eine aufgebrachte Menschenmenge in Schöneberg auf den Versuch der BVG-Leitung, mit bewaffnetem Polizeieinsatz den Strassenbahn- und Busverkehr während des Streiks wieder aufzunehmen. Im Bild die Hauptstrasse auf der Höhe der Eisenacher Strasse, 1932.

und da ist Vater denn eingetreten.»
(Interview mit H. Gramatke, Berliner Geschichtswerkstatt, 1983)

Wenige Tage nach der erfolglosen Beendigung des Streiks am 7. November 1932 notierte Goebbels in sein Tagebuch: *«Während des Streiks gerieten wir zur KPD in eine unangenehme aber unvermeidliche Tuchfühlung. Jetzt muss wieder Abstand genommen werden.»* (Goebbels, «Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei», 1934)

Dass die SPD- und KPD-Genossen, die sonst in der «Einheitsfront von unten» vor Ort sehr wohl solidarisch zusammengearbeitet haben, in der Einschätzung dieses Streiks zu keiner Einigung gelangten, findet seine Entsprechung in den Führungen der beiden Arbeiterparteien, die sich trotz versuchter Annäherungen bis zuletzt in unveröhnlicher Feindschaft gegenüberstanden. Es bedurfte der deprimierenden Erfahrung des KZ, um wieder die Gemeinsamkeit ins Bewusstsein zu rücken.



Abb. 136 Das in der Nähe des Strassenbahndepots in der Belziger Strasse gelegene Auslieferungslager des «Vorwärts» wurde wegen der Berichterstattung vom 4.11.32 zum BVG-Streik gestürmt.

Wie die Nazis Schöneberg eroberten: Das «Braune Schöneberg»

GISELA WENZEL

«Und haben wir gesiegt, wer fragt nach der Methode. Wir haben sowieso so viel auf dem Kerbholz, dass wir siegen müssen.» (Tagebucheintragung von Goebbels 16.6.41)

Krise und Rechtsentwicklung

Pfingsten 1927 in Berlin: Während im Wedding Schiller-Park Hunderttausende am traditionellen Pfingsttreffen des «Roten Frontkämpferbundes» teilnehmen, wird an der Haupt-/Ecke Wielandstrasse in Friedenau ein Lokal eröffnet, über dessen Eingang eine Hakenkreuzfahne weht. Es ist die «Ameise», Stammlokal des Schöneberger Sturms 9 – das älteste SA-Lokal überhaupt in Berlin.

Noch bestimmte eine Phase der relativen Sicherheit die gesellschaftliche Entwicklung und das öffentliche Leben in Berlin. Aber seit 1929 spitzte sich die Wirtschaftskrise immer mehr zu. Die Zahl der Arbeitslosen war im ständigen Anwachsen begriffen und Lohnkürzungen brachten eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen für breite Kreise der Bevölkerung mit sich. Die Arbeitslosenunterstützung erfuhr im Zuge der Notverordnungspolitik sowohl in der Höhe als auch in der Bezugsdauer Kürzungen und Einschränkungen, die die Betroffenen an den Rand



Abb. 137 Berichterstattung des sozialdemokratischen «Vorwärts» vom 4.11.1932 (Sonderbeilage) über die Vorfälle in Schöneberg während des BVG-Streiks.

der Existenznot trieben. Menschliche Verzweiflung griff um sich. Von den 6 Mio. Arbeitslosen und den 5 Mio. Kurzarbeitern in Deutschland im Oktober 1932 erhielten mehr als ein Drittel überhaupt keine Unterstützung mehr, 24% der «anerkannten» Arbeitslosen erhielten als Erwerbslosenunterstützung 20 Mark die Woche und 45% die noch niedrigere Wohlfahrtsunterstützung. Davon konnte auch damals eine Familie nicht leben. Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise trugen zur Verschärfung des politischen Klimas bei. Angst vor Arbeitslosigkeit und Deklassierung griff auch im bürgerlichen Mittelstand und im Kleinbürgertum um sich. Doch die eigene existentielle Verunsicherung wurde in diesen Kreisen, die sich in Deutschland schön immer nach rechts orientiert haben, durch eine politisch geschürte, geradezu panische Angst vor der Organisation der Arbeitslosen zu einer linken Bürgerkriegsarmee überlagert.

Im Juni 1933 gab es im 11. Verwaltungsbezirk folgende Unterstützungsbedürftige: (Zum Vergleich: Die Einwohnerzahl betrug ca. 230.000)

342 Arbeitslosenunterstützungs-Empfänger 1'402
Krisenunterstützungs-Empfänger 7'610 anerkannte
Wohlfahrtsarbeitslose 3'288 Sozialrentner 1'398
Kleinrentner 1'634 Gleichgestellte 1'637 Sonstige
871 durch die Jugendfürsorge Unterstützte

(Schöneberger Tageblatt, 15.8.1933)

Das Doppelspiel der NSDAP

Diese Doppelstrategie von «Biedermann und Brandstifter» wusste die NSDAP meisterhaft zu spielen. Sie war das Rezept ihres Erfolges. Noch nie zuvor in der Geschichte hatte eine Partei in so kurzer Zeit eine so heterogene Massenbasis hinter sich zu vereinen gewusst. Und noch nie hatte es eine Parteiführung mit solch skrupellosem Machtinstinkt verstanden, alle ökonomischen, politischen und kulturellen Widersprüche einer krisengeschüttelten Gesellschaft für ihre Zwecke auszuspielen. Das Ziel war von Anfang an die staatliche Alleinherrschaft.

In Berlin war es vor allem Goebbels, der die neue Strategie der Rechten in die Tat umsetzte. «Kampf um Berlin» hat er rückblickend diese Politik der Jahre 1926 bis 1933 genannt. Ihr wichtigstes politisches Instrument war eine bezirklich fest verankerte Partei- und Bürgerkriegsarmee: die SA. Seine Taktik zielte darauf ab, mit Hilfe der SA permanente Gewalttätigkeiten und Unruhen auf der Strasse bis zum Mord – auch in den eigenen Reihen – zu inszenieren und möglichst dem politischen Gegner, vor allem den Kommunisten, in die Schuhe zu schieben. Die übergreifende Strategie der Gesamtpartei aber war es, die so beschworene und publizistisch geschürte Bürgerkriegsangst in der Bevölkerung durch den immer lauter werdenden Ruf nach dem Retter aus dem Chaos, dem «starken Mann», der endlich wieder Ruhe und Ordnung im Lande herstellen würde, zu bannen. Und genau in dieser Rolle präsentiert sich Hitler dem Wählervolk.



Abb. 138 Gauleiter Goebbels (vorn, Mittel) besucht einen lokalen SA-Sturm (Dez. 1932)

Abb. 139 Das berühmte Friedenauer SA-Lokal «Ameise», an dessen Eingang schon 1929 die Hakenkreuzfahne wehte. Wahlpropaganda mit SA-Leuten in weissen Hemden (Uniformverbot), Aufnahme vom 14. 9.1930.

Abb. 140 Anzeigen aus dem «Angriff»



Abb. 141 Die SA marschiert durch die Potsdamer Strasse (U-Bahnhof Bülowstrasse). An der Spitze des Zuges von links nach rechts: SA-Führer Fiedler, SA-Gruppenführer Ernst, Prinz August Wilhelm von Preussen (genannt Auwi).

Paramilitärische Organisation

In den Krisenjahren 1929 bis 1933 gelang es den Nationalsozialisten in Berlin, sich in einer flächen-deckenden Eroberungsstrategie immer tiefer in Bezirken, Wohngebieten und Strassen zu verankern und diese ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Wo es nur ein paar Anhänger waren, wurde ein SA-Trupp, wo es schon eine schlagkräftige Truppe war, ein SA-Sturm gebildet, die wiederum zu Standarten zusammengefasst waren. Die Organisation erfolgte streng hierarchisch von oben nach unten, für die Sprache, Denkweise und Umgangsform war die Übertragung des Militärischen auf das Zivile charakteristisch. Militärisch-hierarchische Darstellungs- und Verhaltensformen und eine zeitypische Vorliebe für gefühlsbetonte Symbolik (der ritualisierte Gruss, die Fahnenweihe, usw.) nach aussen verband sich in der SA mit männerbündlerischem Kameradschaftsgeist nach innen. Der Chronist der Berliner SA, Karl Julius von Engelbrechten schreibt dazu:

«Sturmlokal, das ist einmal sozusagen die befestigte Stellung in der Kampfzone. Es ist der Abschnitt in der Front, der Ruhe und Sicherheit vor dem Gegner gewährt, Erholung und Stärkung nach anstrengendem Dienst (...) In ihren Sturmlokalen erleben die Männer das, was ihnen zu Hause fast immer fehlt: das warme Herz, die helfende Hand, das Interesse an j ihrem «Ich», den Gleichklang des Fühlens und Denkens ihrer Gemeinschaft. Die Kameradschaft erleben sie und damit alles: Heimat und Lebensfreude.

So wird das Sturmlokal zum eisernen moralischen und materiellen Wall gegen Kommune und Reaktion. So rückt es aber auch in die vorderste Kampf Linie.»

(Karl v. Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht, 1937, S. 85)

«Kampf um Schöneberg»

SA-Lokale waren in Friedenau seit 1927 für den 'Sturm 9' (später 19) die «Ameise», seit 1928 für

den 'Trupp Kleist' «Vater Dressier», auch «Alter Zieten» genannt, in der Zietenstrasse 7 im «Alten Westen», für den 'Trupp Burgund' in Schöneberg das «Kaffee Schulz» in der Mühlenstrasse 2 (heute Dominicusstrasse), seit 1930 für den 'Trupp 45' die «Hohenstaufenklause» in der Hohenstaufenstrasse 64 und für den 'Sturm 59' die «Danziger Bofke» in der Hauptstrasse 116. Das erste SA-Lokal auf der «Roten Insel», wo der 'Sturm 9' zu Hause war, wurde erst nach 1930 in der Siegfriedstrasse 3 (heute Czerninskistrasse) eröffnet. Ausserdem spielte das in Tiergarten gelegene «Afrika-Kasino» in der Lützowstrasse 92 für die Schöneberger SA eine grosse Rolle.

Der «unbekannte SA-Mann»

Auch die Schöneberger SA rekrutierte sich vor allem aus Arbeitslosen, darunter vielen Arbeitern. Im nackten Kampf ums Überleben blieb es oft dem Zufall oder gewissen milieubedingten Einflüssen überlassen, ob sich ein Proletarier den Kommunisten oder der SA anschloss. Entscheidend war die materielle Unterstützung und kameradschaftliche Hilfe, die erfand und die Überzeugungskraft einer Organisation bei ihrem Versprechen, eine radikale Veränderung der bestehenden Zustände herbeizuführen. 'Was waren das für Leute die alten Kämpfer? Die meisten waren jahrelang ohne Arbeit. Die armen Kerle, die wirklich an Hitler glaubten und auf Arbeit hofften, waren total abgerissen. Nun prangten sie vor den SA-Lokalen in neuen SA-Uniformen und rauchten SA-Zigaretten, die das SA-Zeichen trugen und «Trommler» hiessen. In den SA-Kneipen bekamen sie einige Glas Bier, auch mal einen Schnaps und ein paar Zigaretten. Wichtig für sie war die

warme Suppe oder der Eintopf, der gereicht wurde. – Und wer bezahlte die Zeche? Da gab es noch gutgestellte Bürger, die sich für ihren Beitrag zur Linderung der Not der alten SA-Männer in der Partei- oder der Staatsführung eine Karriere sichern wollten.» (Vgl. Bininda, Kap.4, «Landhelfer-Einsatz») Ein Beispiel für solche Unterstützung: In dem 1931 eingerichteten SA-Heim in der Hedwig-/Fregestrasse in Friedenau fanden heimatlose SAler für 2,50 bis 3 RM in der Woche Unterkunft und Verpflegung. Das Geld für das Haus wurde von dem nationalsozialistischen Frauenhilfswerk aufgebracht, das im 'Bürgergarten' der Schlossbrauerei sog. «Deutsche Abende» organisierte. Bei diesen festlichen Anlässen sah man dann so manchen Wohltäter aus gutbürgerlichem Hause.

Pausenloser Aktionismus

Es war aber nicht nur die materielle Not, die der SA den Zulauf sicherte. Es war auch der äussere Erfolg einer immer grösser werdenden Bewegung, die das persönliche Elend durch ein neues Selbstwertgefühl in der Masse zu kompensieren verstand. Solche gefühlsbetonten Selbstdarstellungen der Berliner SA wusste Goebbels meisterhaft zu inszenieren und der Sportpalast war die Tribüne dafür (siehe Bildseite: Sportpalast).

Grosse Faszination ging von dem pausenlosen Aktionismus aus, zu dem Goebbels sich und seine Gefolgschaft bis an den Rand der psychischen Erschöpfung aufputschte.

Das primitive dichotomische Weltbild der nationalsozialistischen Ideologie, als dessen feindlicher Pol die «Juden» und «Bolschewiken» bzw. die «Kommune» – wie es im damaligen Jargon hiess – und als dessen positiver Bezugspunkt das «deutsche Volk» und die eigene «Rasse» propagiert wurden, konnte so lange über seine theoretischen Schwächen hinwegtäuschen, als es sich als praktisches Betätigungsfeld und als erfolgreicher Selbstbestätigungsmechanismus bewährte.

Sport und Technik als Freizeitangebot

Ausserdem hatte die SA interessante Freizeitangebote. Dem technischen Fortschritt stand sie sehr aufgeschlossen gegenüber, was auch eine Erklärung für ihre hohe Anhängerschaft an den technischen Hochschulen sein könnte. (Der NS-Studentenbund erhielt bei den Studentenschaftswahlen an der Technischen Hochschule Berlin 1930/31 bereits 61,7% der Stimmen.) (Berlin, Berlin, 1987, S. 515)

Helmut Gramatke erinnert sich: «Ich hatte meinen Führerschein gemacht, und da kamen die Jungs an und haben gesagt: 'Mensch, komm doch, tritt doch ein hier bei der N.S.D.A.P., denn kommst du in die Motorsportabteilung!' Ich sage: 'Lasst mich zufrieden mit dem Verein hier, ich trete in nischt ein!' Verschiedene, mit denen ich mal befreundet war, die waren dann eben drin.»

(Interview Gramatke, 1983)

Chronik der Berliner SA aus der Sicht der Ereignisse in Schöneberg (1925-1933)

Gisela Wenzel

Die Ursprünge der Organisation

17.2.1925

Gründung der Ortsgruppe Berlin und einen Monat später des Gaus Gross-Berlin der NSDAP. Im «Frontbann Berlin-Brandenburg», einem Vorläufer der SA, bildet sich eine Ortsgruppe Wilmersdorf, Schöneberg, Charlottenburg.

Mai 1925

Frontbannführer Oswald Schulz gründet mit knapp 20 Männern eine Gruppe in Friedenau.

22.3.1926

Gründung der Berliner SA in der Potsdamer Strasse 35 durch Gausturmführer Kurt Daluege.

9.11.1926

Goebbels übernimmt die NSDAP-Leitung des Gaus Berlin-Brandenburg. Die Gauleitstelle befindet sich bis 1927 in der Potsdamer Strasse 109 («Opiumhöhle»).



Abb. 142 Erster Sitz der Gauleitung der NSDAP («Opiumhöhle») in der Potsdamer Str. 90, 1926.



Abb. 143 Zweite Geschäftsstelle der NSDAP in Berlin, Lützowstr. 44, 1927.

«Im Grosskampf an vorderster Front»

11.2.1927

Bei der Saalschlacht in den 'Pharussälen' im Wedding wird der Schöneberger SA Mann Edmund Behnke lebensgefährlich verletzt. Opfer an Menschenleben wie diese, werden durch einen pompösen Märtyrerkult überhöht. Dies dient dem inneren Zusammenhalt der Gruppe.

20.3.1927

Bei der Rückkehr vom «2. Märkertag» in Trebbin blutiger Zusammenstoss mit dem Roten Frontkämpferbund auf dem S-Bahnhof Lichterfelde-Ost. Im Anschluss marschiert die SA durch Steglitz und Friedenau. Bei Abschlusskundgebung auf dem Wittenbergplatz antisemitische Ausschreitungen.

4.5.1927 bis 13.4.1928

Verbot der NSDAP in Berlin (sog. Verbotzeit)

23.9.1927

Öffentliche Wahlversammlung der NSDAP mit Goebbels und dem Landtagsabgeordneten Haake im 'Bürgergarten' der Schöneberger Schlossbrauerei endet in einer Saalschlacht mit den Kommunisten.

13.5.1928

Am Sonntag vor der Wahl Zusammenstösse vor dem Schöneberger Rathaus auf dem Rudolph-Wilde-Platz (J.F.-Kennedy-Platz), als ein SA-Demonstrationszug mit einer KPD-Kundgebung in Tuchfühlung kommt. Bei anschliessenden Kravallen auf dem Kurfürstendamm wird Polizeioberst Heimannsberg von SA verprügelt.

29.9.1928

Die bis dahin grösste NSDAP-Kundgebung mit Hitler-Anhängern im Sportpalast verursacht blutige Schlägereien mit Gegendemonstranten in der Potsdamer Strasse und auf dem S-Bahnhof Grossgörschenstrasse. 93 Personen von der Polizei festgenommen.

16.11.1928

Prügelei zwischen Kommunisten und Nazi-Anhängern nach der ersten Rede Hitlers im Sportpalast vor 18.000 Zuhörern. Bei anschliessender Verfolgungsjagd ertrinkt der SA-Gruppenführer Hans-Georg Küttemeyer im Landwehrkanal. Der SA-Standarte II wird daraufhin in feierlicher Form der Ehrenname Küttemeyer verliehen.

6.-15.9.1929

Standarte II, in der alle SA-Stürme der südlichen Bezirke zusammengefasst sind, verübt einen Überraschungsangriff auf das KPD-Lokal Potratz auf der «Roten Insel».

Durchbrüche und Gegenbewegungen

17.11.1929

Die NSDAP erzielt ihren ersten Durchbruch bei den Berliner Kommunalwahlen (5,7%) und zieht mit 13 Vertretern ins Stadtparlament ein. In der Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung sitzen 7 NSDAP Vertreter: der Kaufmann Willy Buttler, der Bäcker Albert Blumberg, der Stadtinspektor Oswald Schulz, der Chemiker Dr. Anger, der Finanzinspektor Willy Keil, der Studienrat Dr. Löpeltmann und der Stadtinspektor Treff. Einige dieser Nationalsozialisten der 'Ersten Stunde' übernehmen später Stadtratsfunktionen. (Siehe Artikel Gleichschaltung der Bezirksverwaltung.)

16.5.1930 KPD-Anhänger Heimbürger von Nationalsozialisten auf der Hauptstrasse erschossen.

24.5.1930

Blutige Auseinandersetzungen mit den Kommunisten vordem SA-Lokal «Africa Kasino» in der Lützowstrasse nach einem Werbeabend des Schöneberger Sturms 9 in der Schlossbrauerei.

ab 11.6.1930

Das von der Polizei verhängte Uniformverbot für die Nationalsozialisten wird als «Hemd- und Hosenkrieg» lächerlich gemacht.

24.8.1930

Eine Propagandafahrt der SA-Standarte II mit fünf Lastwagen über die «Rote Insel» provoziert gewaltsame Gegenreaktionen unter den dortigen Bewohnern.

3.9.1930

Die Berliner 'SS' trifft sich nach einer Sportpalastveranstaltung in Anwesenheit von Goebbels, Göring, Frick und Prinz August-Wilhelm im Nollendorf-Casino in der Kleiststrasse.

14.9.1930

Bei den Reichstagswahlen rückt die NSDAP in Berlin zur drittstärksten Partei auf (14,6%).

5.-11.12.1930

Die Uraufführung des Antikriegsfilms von Remarque: «Im Westen nichts Neues» in den 'Mozartsälen' am Nollendorfplatz (heute Metropol) wird trotz schützenden Polizeiaufgebots von den Rechtsradikalen unter Führung von Goebbels gesprengt.



Abb. 144 Polizeischutz vor dem Kino am Nollendorfplatz bei der Uraufführung des Antikriegsfilmes «Im Westen nichts Neues».

10.1.1931

Der als «Deutscher Volkssportverein e. V.» getarnte SA-Sport erhält vom Bezirksjugendamt die Genehmigung zur Nutzung von Turnhallen und Sportplätzen.

Planmässige Mordaktionen

11.3.1931

Ernst Nathan, ein 17jähriger Bäckerlehrling aus der Gotenstrasse, Mitglied der «Roten Wanderer», wird von einem Schöneberger SA-Mann auf offener Strasse erschossen.

28.4.1931

Auf Socken, «in Räuberzivil», und mit eingerollten Fahnen (Uniformverbot) marschieren über 3.000 SA-Leute zum Generalappell des Gausturms Berlin im Sportpalast auf. Die Revolte des SA-Führers Stennes und seiner Anhänger – Ausdruck der sozialen Spannungen innerhalb des SA ist erfolgreich niedergeschlagen. Dieses Spektakel wiederholt sich am 9.2.1932 vor Hitler mit 15.000 Berliner SA-Männern.

14.6.1931

Vor der Franziskus-Schule am Winterfeldtplatz überfallen Nationalsozialisten eine Gruppe des katholischen Jungmännervereins.

28.7.1931

Zusammenstöße mit über 100 Kommunisten in dem neu bezogenen SA-Lokal «Hohenstaufen-Klaus». ».

12.9.1931

Erste organisierte antisemitische Ausschreitungen am Kurfürstendamm anlässlich des jüdischen Neujahrstages. 27 SA-Leute werden vor Gericht gestellt und wegen schweren Landfriedensbruchs verurteilt, in zweiter Instanz jedoch freigesprochen.

3.10.1931

Ein SA-Heim in der Fregestrasse wird als «Brutstätte staatsgefährlicher Betätigung» polizeilich geschlossen.

6.2.1932

Nach der Einweihung des SA-Lokals «Muskulus» in der Maxstrasse (Kärntnerstrasse) überfallen und zertrümmern angegrunkene SA-Leute ein Arbeiterlokal in der Ebersstrasse.

11.2.1932

Eine Erwerbslosenversammlung der NSDAP im 'Bürgergarten' der Schlossbrauerei wird von Kommunisten gesprengt. Die «Rädelsführer» der z.T. schwerverletzten Kommunisten werden zu 6 bis 11 Monaten Gefängnis verurteilt.

4.4.1932

25.000 bei Rede Hitlers im Sportpalast.

10.4.1932

Im 2. Durchgang der Reichspräsidentenwahl erhält Hitler 13,4 Mio. Stimmen (Hindenburg 19,9 Mio).

15.4.1932

Goebbels simuliert im Sportpalast durch Einblendung von Schallplatten-Aufzeichnungen der Rede Brüning's ein Rednerduell.

30.7.1932

Schlägereien zwischen Anhängern der Zentrumsparlei und der NSDAP in der Hohenstaufenstrasse.

«Der Sieg ist uns gewiss»**31.7.1932**

Bei den Reichstagswahlen erzielt die NSDAP im Reich 37,2%, in Berlin 28,7%, in Schöneberg 35,6%. Sie rückt damit zur stärksten Partei im Reichstag auf.

4.11.1932

Beim gewaltsamen Vorgehen der Polizei gegen die Aktivisten des BVG-Streiks in Schöneberg wird der SA-Scharführer Kurt Reppich erschossen. (Vgl. Artikel: Streik im Strassenbahndepot Belziger Strasse7)

6.11.1932

Bei erneuten Reichstagswahlen sinken die Stimmen der NSDAP auf 33% im Reich, 26% in Berlin und auf 31,6% in Schöneberg.

19.11.1932

Kameradschaftsabend der Berliner SA-Führung mit SA-Gruppenführer Graf Hellendorf in den «Kolibri-Sälen» in Schöneberg.

25.11.1932

SA-Scharführer Erwin Jänisch bei einem Angriff auf einen Reichsbannermann tödlich verletzt.

5.1.1933

Die SA marschiert durch Berlin. 10.000 sind am Wittenbergplatz versammelt.

22.1.1933

Unter dichtem Polizeischutz ziehen SA und SS zu ihrer grössten Machtdemonstration vor dem Karl-Liebknecht-Haus, der Parteizentrale der KPD in Berlin, auf. Goebbels notiert in sein Tagebuch: «SA marschiert. Siegreich setzt sie sich in dieser roten Domäne durch. Der Bülowplatz gehört uns. Die KPD erhält eine furchtbare Niederlage... Dieser Tag bedeutet einen stolzen, heroischen Sieg der SA für die Partei.»

(J. Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, 1935, S. 247)

25.1.1933

Zum letzten Mal nehmen die Schöneberger Kommunisten am Ebersmarkt Aufstellung, um sich an der kommunistischen Protestkundgebung auf dem Bülowplatz zu beteiligen, zu der 130.000 zusammenkommen. Während die politische Öffentlichkeit noch gespannt dem Ausgang dieses Machtkampfes entgegenseht, werden hinter den Kulissen die entscheidenden Weichenstellungen für die Machtübernahme vollzogen. Sie erfolgt fünf Tage später.

29.1.1933

Werbemarsch der Friedenauer SA vom Innsbrucker zum Lauterplatz (heute: Breslauer Platz).

30.1.1933

Hitler Reichskanzler. Historischer Fackelzug der Berliner SA durch das Brandenburger Tor.

Im Besitz der Macht**31.1.1933**

Ortsgruppenversammlung der Schöneberger NSDAP im 'Bürgergarten' der Schlossbrauerei. Eine spontane Protestdemonstration der Schöneberger Kommunisten gegen die Hitler-Regierung auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz wird von der Polizei gewaltsam aufgelöst.

10.2.1933

Hitler spricht erstmals als Kanzler auf einer Sportpalastveranstaltung. Seine Rede, Auftakt zum Wahlkampf, wird mit Lautsprechern auf zehn öffentlichen Plätzen Berlins, darunter dem Wittenberg- und dem Lauterplatz übertragen.

1.3.1933

SA-Mann Franz Kopp beim Streifendienst auf der «Boten Insel» erschossen.

2.3.1933

Propagandaveranstaltung der NSDAP im Sportpalast zum Thema «Die Weltgefahr des Bolschewismus».



Abb. 145

5.3.1933

Bei Reichstagswahlen erhält die NSDAP im Reich 43,9%, in Berlin 34,6%, in Schöneberg 39,7% der Stimmen.

1.4.1933

Grossangelegte Razzia der «Polizeibereitschaft zur besonderen Verwendung» in der Ebersstrasse in Schöneberg. «Um acht Uhr früh rückten die Mannschaften mit Lastwagen und Motorrädern an, sperrten den Strassenblock ab und durchsuchten die einzelnen Wohnungen nach illegalen Druckmaterialien und nach Waffen... Gegen 11 Uhr war die Aktion beendet... Mehrere Personen wurden zwangsgestellt und ins Polizeipräsidium eingeliefert.» (Vossische Zeitung Abendausgabe, 1.4.1933; s. auch Bericht im Schöneberg-Friedenauer Lokalanzeiger vom 2.4.1933). Von der Sonderkommission Fähnrich und der Polizeibehörde Wecke werden ähnliche Durchsuchungsaktionen im Laubengebiet des Südgeländes gemeldet.

19.4.1933

«Kommunistische Hetzzentrale ausgehoben» (Meldung des Schöneberg-Friedenauer Lokalanzeigers vom 19.4.1933). «Von dieser Zentrale wurden planmässig Greuelnachrichten in das Ausland gegeben, die u.a. durch gefälschte Fotografien, die Misshandlung von Kommunisten und Juden darstellten, ergänzt wurden.» Durch die «Aushebung dieser kommunistischen Greuelzentrale» in Schöneberg an der Grenze nach Kreuzberg, ist, laut Meldung, «eine der gefährlichsten Sabotagestellen gegen die deutsche Aufbauarbeit lahmgelegt worden.»

Jan. 1935

In der Eingangshalle des Schöneberger Rathauses wird eine Gedenktafel angebracht, die an die fünf SA-Männer erinnert, die «im Kampf für das Dritte Reich in Schöneberg» den «Martyrertod» erlitten. 1938 werden Strassen bzw. Plätze in Schöneberg nach ihnen umbenannt: Die Mühlenstrasse (heutige Dominicusstrasse) in Reppichstrasse, die Sedan- (heute Leber-) Strasse in Franz-Kopp-Strasse, der Dominicus-Sportplatz in Behnke-Sportplatz.

... Auf dem rechten Auge blind Aus den politischen Prozessakten vor 1933

ULLI MEYER

Gerichtsakten sind häufig benutzte und unverzichtbare Quellen zur Geschichte sozialer Bewegungen. Sie sagen allerdings oft mehr über Politik der staatlichen Organe gegen diese Bewegungen als über deren reale Geschichte aus.

Trotzdem will ich versuchen, anhand der Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin die Ereignisse auf den Strassen Schönebergs in den Jahren 1930-33 zu rekonstruieren. Die überlieferten Akten (Landesarchiv/ Rep58/ Acc399) wurden schon im Februar/ März 1933 ausgewählt und mit dem Prädikat «geschichtlich wertvoll» versehen. Doch welche wurden vernichtet?

Zum Beispiel sind die Akten über die Ermordung des 17jährigen Maurerlehrlings Ernst Nathan, der am 11.3.1931 von zwei Nationalsozialisten in der Hauptstrasse 136 erschossen wurde und die über den Mord an dem Kommunisten Paul Heimbürger am 16.5.1930 nicht mehr auffindbar, obwohl die Zeitungen seinerzeit darüber berichteten. Die ausgewählten Akten sollten das heroische Erbe der «Kampfzeit der Bewegung» bewahren. Die genannten Fälle passten nicht in die offizielle Geschichtslegende der NSDAP. 50 Verfahren gegen Kommunisten bzw. Sozialdemokraten stehen 13 gegen Nazis gegenüber. In den 40 Verfahren gegen Linke wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung werden fast ausnahmslos hohe Gefängnisstrafen verhängt. Nazis werden in nur drei Fällen verurteilt. Bei vielen angeblichen «kommunistischen Überfällen» – so stereotyp das Findbuch des Landesarchivs – stellt sich heraus: vorher war einem KPD-Mitglied das Parteiabzeichen abgerissen worden, hatten die Nazis Genossen angegriffen.

Paramilitärische Organisation ...

Doch wer stand sich hier gegenüber? In Schöneberg bestätigen sich die gängigen Thesen über die NSDAP und SA als Bewegung der «Kleinen Leute». Die meisten Nazis – es gibt eine vollständige Liste des Sturms 59 – waren Handlungshilfen, Bankkaufleute, Reisende oder Diener, Friseur, Künstler und Schüler. Sie waren nicht älter als 27 Jahre, zu 50% arbeitslos.

Fast alle, die in den Akten auftauchten, besaßen das Mitgliederbuch der SA oder der Partei, die Mitgliedschaft scheint verbindlich gewesen zu sein. Das schuf die Gemeinsamkeit, unterstrichen durch die Uniform. Der SA-Sturm war eine geschlossene Formation, die nach den Regeln militärischer Disziplin und Hierarchie funktionierte. Der Sturmführer hatte das Sagen. Viele festgenommene SAler beriefen sich ausdrücklich auf ihren Sturmführer, indem sie seinen Namen nannten. Verwiesen praktisch weiter an den Vorgesetzten.

Entsprechend waren auch die Aktionsformen: die uniformierte Marschkolonne, aus der heraus eine Provokation gegen Passanten oder vor einer KPD-Kneipe gestartet wurde; der paramilitärisch organisierte Angriff auf KPD- und SPD-Lokale und ganze Viertel, unterstützt durch Motorradfahrer, die den Kiez ausspähten und das Anrücken der Polizei meldeten, und durch motorisierte Kommandos, die die am meisten gefährdeten Täter vor der Polizei in Sicherheit brachten. Beim Sturm auf das KPD- und Reichsbanner-Lokal «Pappschachtel» in der Rubensstrasse am 24.6.32 wurde ein Auto mit verhängten Fenstern gesehen, in dem hohe SA-Offiziere die Schützen abtransportierten. Die Wirtin der Pappschachtel, Anna Röder, wurde bei einem ähnlichen SA-Überfall im Februar 33 erschossen.

Abb. 146 Politische Prozessakten – eine wichtige Quelle lokaler Sozialgeschichte.

... gegen das Bündnis im Kiez

Ausserhalb der reinen Arbeiterviertel befand sich die Linke in der Defensive. Die jugendlichen Aktivistinnen suchten ihre Plätze und Orte, ihre Viertel von den Nazis freizuhalten, das öffentliche Auftreten der Nazis zu unterbinden. Wenn Nazis in der Bahnstrasse (Crellestrasse) auftauchten, wurden sie verprügelt; wenn die HJ in der Stubenrauchstrasse (Wilmanndamm) Flugblätter verteilte, wurden diese weggenommen; wenn vor dem Heidekrug in der Hauptstrasse einem Passanten das KPD-Abzeichen von Nazis abgerissen wurde, stürzten die Lokalbesucher auf die Strasse und verfolgten die SA.

Die jugendlichen Nazigegner hatten die Polizei gegen sich, setzten sich einem viel höheren Risiko



Untenzeichen:

(-K.-K.-M.-N.-) Nr. 1029/32

Heft Nr. 23

ko aus. Wer sich auf eine Auseinandersetzung mit den Nazis einliess, stand mit einem Bein im Gefängnis. Bei Eingreifen der Polizei wurde er zuerst und auf Anzeige der Nazis; dingfest gemacht. Lange U-Haft war die Regel; während die Nazis meist noch im Laufe der Nacht entlassen wurden; so kann man in den, Gerichtsakten nachlesen.

Die Aktionen entstanden meist spontan, nach einer Naziprovokation, nach einer Versammlung oder einer Demonstration. Man stand vor einem Nazi-Lokal, versuchte präsent zu sein. Irgendwann ging es los, eher zufällig. Im Umgang mit Waffen zeigte man sich laienhaft und untrainiert. In der Regel waren es Schreckschusspistolen, man trug sie demonstrativ und um sich Mut zu machen.

Während der brutale Terror der Nazis zur wohlkalkulierten Strategie der Machtergreifung gehörte, wurde die offensive handgreifliche Auseinandersetzung, wie sie die Parole «Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft» vielleicht nahelegte, von der KPD spätestens seit Mitte 1930 kritisiert. Die KPD-Führung konnte diese Linie in der Berliner Basis jedoch nie ganz durchsetzen. Für viele Kommunisten war die handgreifliche Auseinandersetzung mit den Nazis zum Kampf gegen die unmittelbare Bedrohung von Leib und Leben geworden.

Hier zeigt sich das andere Organisationsprinzip des proletarischen und kommunistischen Milieus. Es gab keine einheitliche und militärähnliche Organisation. Das Bindeglied zwischen den Mitgliedern einer Gruppe war weniger ein formell organisatorisches denn ein persönliches. Man wurde von Bekannten in der Kneipe oder Wohnung rekrutiert, die Befehlslinien liefen über Freundeskreise, das «Schlachtfeld» war das eigene Wohnviertel. Längst nicht alle Beteiligten waren Mitglieder der KPD oder einer anderen Kampforganisation. Auch die wegen ihrer kriminellen Aktivitäten aus der Partei ausgeschlossenen Mitglieder der «Clique Eierschlamm» – unter anderem überfielen sie 1932 einen Lohngeldtransport der BVG – trafen sich weiterhin bei Maxe Schmidt und beteiligten sich an handgreiflichen Aktionen. Mehrfach wurde während des BVG-Streiks 1932 gegen nicht-organisierte Jugendliche ermittelt, die sich, von Flugblattverteilern darum gebeten, bereitwillig an der Verteilung beteiligten.

Die Stärke dieses Organisationsprinzips lag in der Verankerung im Milieu. Gegen die paramilitärischen Angriffe der Nazis und angesichts der Rückendeckung durch Polizei und Justiz war man den Nazis ausserhalb der Roten Insel hoffnungslos unterlegen. Der folgende Fall ist ein exemplarisches Beispiel dafür.

Wie die SA den Schöneberger Westen «eroberte»

Im Sommer 1931 wurde das NSDAP-Lokal «Dahner» in der Hohenstaufenstrasse 64 eröffnet. Von diesem Stützpunkt aus begann der SA-Sturm auf den Kiez. Nur selten finden sich genaue Schilderungen von unbeteiligter Seite wie in diesem Fall. (Alle folgenden Zitate aus: Akten der Staatsanwaltschaft, Landesarchiv, Rep58/Acc399.) In der

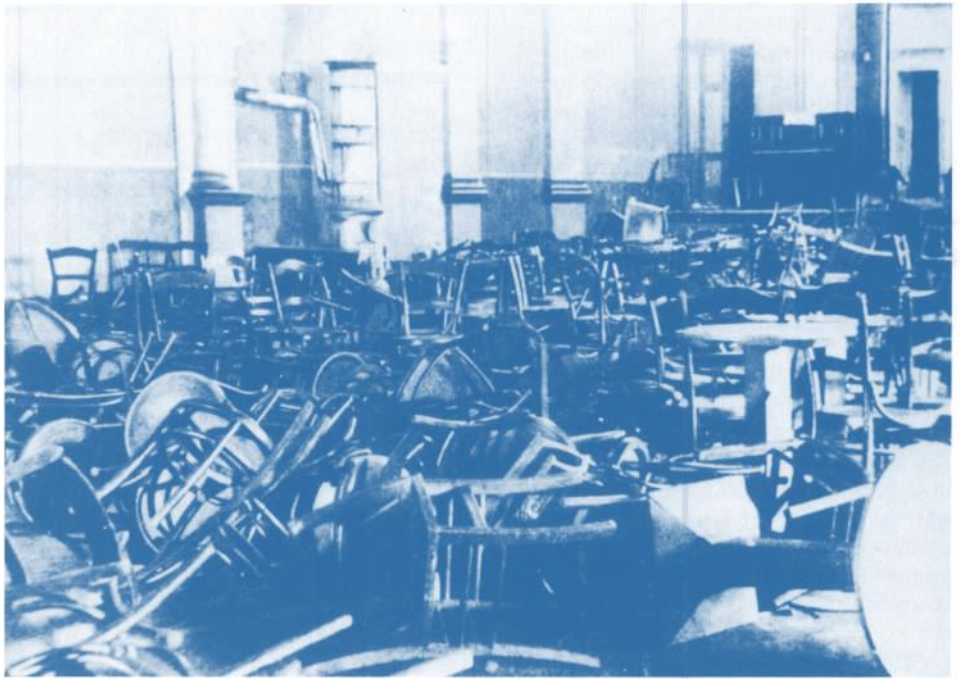


Abb. 147 Nach einer Saalschlacht

Abb. 148 Verwundete SA-Männer wurden in sog. SA-Lazaretten wieder gesundgepflegt.

Hier der Krankensaal des «Deutschen Frauenordens» in der Kurfürstenstrasse.

Regel traten als Zeugen der Staatsanwaltschaft nur Beteiligte auf, Nazis oder Polizisten.

Am 29.7.31 gegen 23.00 beobachtete der Geschäftsführer M. vom Fenster seiner Wohnung in der Kyffhäuser / Ecke Barbarossastrasse aus, wie ein jugendlicher Radfahrer von etwa 10 Personen vom Rad gerissen und mit Leibriemen und Stiefeln misshandelt wurde. Passanten halfen ihm auf und er konnte sich in eine Kneipe schleppen. «Alle Richtung Barbarossaplatz erscheinen plötzlich 30-40 junge Leute, die fast sämtlich mit Gummiknüppeln und langen Holzlatten bewaffnet waren ...Als sie auf die Gruppe von Neugierigen auf-

merksam wurden, gab einer von ihnen einen Pfiff ab und rief 'zum Sturm vor'. Sie rückten dann tatsächlich vor. Zwei Anwohner konnten gerade noch die Haustür vor ihnen verschliessen, woraufhin die Scheiben eingeschlagen wurden.» Das Überfallkommando der Polizei nahm nach Angaben der Zeugen zwei Nazis fest.

Wie der Architekt Bernhard W. berichtete, tauchten nach Abzug der Polizei «die Verbrecher wieder auf und zogen in Trupps durch die Strassen, drangen in die Lokale ein und kontrollierten die Gäste daraufhin, ob sie Parteiabzeichen trugen.»

W. legt «Wert darauf hinzuweisen, dass es sich somit keinesfalls um eine Schlägerei zwischen politisch anders denkenden jungen Leuten handelte, sondern um einen planmässig vorbereiteten Überfall auf ein ganzes Stadtviertel. Schon vor dem Überfall auf den Radfahrer hatten sich

...an den Strassenecken des Stadtviertels die Strolche in Gruppen aufgestellt. Durch Motorradfahrer, die in ausserordentlich schnellem Tempo durch die besetzten Strassen fuhren, wurden diese Gruppen mit Zurufen, wahrscheinlich darüber, dass keine Polizei in der Nähe sei, verständigt.»

Vor den Augen der Zeugen lief ein gut geplantes paramilitärisches Unternehmen ab: mit straff geführten militärischen Einheiten, unterstützt durch moderne technische Mittel. Die SA agierte als Bürgerkriegsarmee, mass sich hoheitliche Funktionen an. Sie erhob den Anspruch auf totale Kontrolle und Säuberung des Stadtteils, seiner Kneipen und Strassen vom politischen Gegner. Der Kiez wurde systematisch in Angst und Schrecken versetzt, um die Macht der Bewegung dem hier wohnenden Kleinbürgertum zu demonstrieren. Die SA hatte hier leichtes Spiel. Unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung waren viele Sympathisanten, die wie der Kolonialwarenhändler V. den Nazis ihren Laden als Unterschlupf vor der Polizei öffneten oder sich, wie ein Restaurantbesitzer, weigerten, das Überfallkommando zu alarmieren. Die SA-Kämpfer kamen selbst aus der Gegend, schufen zuerst in «ihrem» Kiez Ordnung. Ein stabiles Arbeitermilieu gab es hier nicht, keine Formen des «proletarischen Selbstschutzes».

Der Staatsanwalt spielt mit

Leicht gemacht wurde es den Nazis auch vor der Justiz. Die beiden am Tatort festgenommenen Nazis bestritten jede Beteiligung an der Tat, ebenso wie der 24jährige Bernhard P., der im NS-Lokal «Dahner» verhaftet wurde. Die stark blutenden Wunden am rechten Unterarm und der rechten Hand wollte er sich bei der Abwehr eines kommunistischen Überfalls in der Martin-Luther-Strasse zugezogen haben. Er weigerte sich aber, ein Gutachten darüber einzuholen, «da der mich behandelnde Arzt Dr. Döpner (SA-Lazarett Bärwaldstrasse) hierfür ein Entgelt verlangt. Ich bin aber erwerbslos und kann die Kosten hierfür nicht aufbringen». Der andere Nazi gab an, die bei ihm gefundene Glasscherbe, die zur demolierten Haustür passte, nach seiner Festnahme auf der Strasse gefunden zu haben. Er hätte sie eingesteckt in der Annahme, sie gehöre zu seiner Autobrille. Staatsanwalt und Untersuchungsrichter gaben sich damit zufrieden. Das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt.

Der Zeuge W., der mehrmals von Nationalsozialisten wegen seiner Aussage bedroht wurde, zog seine Unterschrift unter dem Protokoll des Untersuchungsrichters zurück, weil es «meines Dahaltens eine Entstellung des tatsächlichen Sachverhalts darstellt». Er kritisierte, dass der Nazi-Überfall als politische Schlägerei verharmlost wurde und der «Untersuchungsrichter. .. die sehr erheblichen Widersprüche, in die sich der P. verwickelte, augenscheinlich nicht bemerkt» hätte. Dies war eine vornehme Umschreibung eines eklatanten Falls von staatsanwaltlicher Parteinahme für die Nazis in ihrer Auseinandersetzung mit der Linken. Der Staatsanwalt schluckte die Ausreden der Beschuldigten, unterliess das Ein-



Abb. 149 aus der «Roten Fahne» vom 17.4.1931

holen von Gutachten und verunsicherte Zeugen, so dass diese die Täter nicht mehr mit letzter Bestimmtheit wiedererkannten. Das Urteil stellte den Nazis einen Freibrief aus. Sie konnten sich auf die Justiz verlassen.

Das offene linke Auge der Justiz

Anders erging es den Angeklagten, die beschuldigt wurden, am Abend zuvor das Lokal «Dahner» überfallen zu haben. Nach einer KPD-Versammlung in den Spichersälen zogen 40-60 Teilnehmer an der Nazikneipe vorbei, darunter viele nichtorganisierte, vom SA-Terror betroffene Bewohner des Kiezes. Was die Schlägerei auslöste, blieb unklar. Die Polizei nahm im Laufe der Nacht auf Anzeige der Nazis 9 Personen fest. Entlastungszeugen für den angeblichen Rädelführer wurden nicht gewürdigt, ebensowenig Alibizeugen für einen anderen Angeklagten. Das, obwohl einige Zeugen ihn nicht wiedererkannten. Der Antrag der Verteidigung auf Vorladung eines Zeugen, der von den Nazis zu einer Belastungsaussage gedrängt wurde, wurde als unerheblich abgelehnt. Otto D., wurde als Rädelführer zu 6 Monaten, Kurt K. zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt! Selbstverständlich wurde der Plan eines bewaffneten Überfalls unterstellt.

Die «Rote Insel» widerstand den Nazis 1933

Der Schöneberger Westen war nach diesen Vorfällen praktisch von den Nazis erobert und taucht in den Staatsanwaltsakten kaum noch auf. Die später dokumentierten Auseinandersetzungen häuften sich im Einzugsbereich der grossen Verkehrsadern und öffentlichen Plätze (Innsbrucker-Platz, Kaiser-Wilhelm-Platz und Bülowbogen) und in den Wohngebieten bis zur «Roten Insel». Hier befanden sich die wichtigsten Versammlungsorte wie der Sportpalast, die Schlossbrauerei, mehrere Parteilokale: die NS-Lokale «Wolferrmann» an der Bülow-/ Ecke Steinmetzstrasse oder «Muskullus» in der Maxstrasse (Kartner Strasse), die KPD-Kneipen «Maxe Schmidt» in der Kirchbachstrasse, «Wernicke» in der Bahnstrasse und «Mutter Berg» in der Feurigstrasse. Die Hauptstrasse hatte den Charakter eines Boulevards, war stärker Lebensraum für Jugendliche als heute.

Auf dem «Grossen Rummel» an der Potsdamer-/Ecke Grunewaldstrasse, wo sich nach den Beobachtungen der Polizei «in den Abendstunden überwiegend Angehörige der KPD aus der dortigen Gegend» aufhielten, verteilte die KPD ihre Flugblätter. Die Zeitungsstände der Nazis auf

dem Innsbrucker Platz und in der Hauptstrasse/Ecke Stubenrauchstrasse (heute: Wilmannsdamm) wurden wiederholt zum Anlass von Auseinandersetzungen. Am Kaiser-Wilhelm-Platz und am Bülowbogen sammelten sich die Demonstrationen der KPD und Erwerbslosen und die militärischen Aufmärsche der Nazis.

Die Wohnstruktur war gemischt. Viele der festgestellten Nazis wohnten in der Hauptstrasse und in der Eberstrasse und um den Bülowbogen. Gleichzeitig waren das aber auch Arbeiterquartiere. Die «Rote Insel» blieb bis 1933 für die Nazis uneinnehmbar. Dafür wurden die angrenzenden gemischten Wohngebiete zum Schauplatz der Strassenkämpfe. So ungehindert wie am Barbarossaplatz konnten sich die Nazis hier nicht bewegen.

Angesichts des Verhaltens von Polizei und Justiz entwickelte die Schöneberger SA schon lange vor 1933 ein Selbstverständnis als Hilfspolizei und Träger hoheitlicher Gewalt.

Im Februar 1933 wurde dann das legalisiert, was vorher bereits in einzelnen Fällen Realität war: die SA in Preussen wurde durch einen Erlass des preussischen Ministerpräsidenten Göring zur Hilfspolizei erklärt. Nun rechnete die Schöneberger SA völlig ungehindert in der «Roten Mordvilla» und der General-Pape-Kaserne mit ihren alten Feinden ab.

Schöneberg unterm Hakenkreuz

Terror regiert

GISELA WENZEL

Die aufgelöste Karl-Marx-Kundgebung im Sportpalast

27. Februar 1933: Im Sportpalast an der Potsdamer Strasse haben sich Tausende von Sozialdemokraten zu einer Gedenkfeier zum 50. Todestag von Karl Marx versammelt. Sprecher sind Franz Künstler und Friedrich Stampfer. Von den neuen Machthabern ist nicht die Rede, man will auf keinen Fall provozieren; aber schon eine indirekte Anspielung in Stampfers Rede, die mit tobbendem Beifall quittiert wird, gibt den Anlass für die polizeiliche Auflösung. Stampfer sagt: *«Ich bin auch heute noch der Meinung, dass man, um ein wirklicher Marxist zu sein, ungeheuer viel wissen muss. Aber eines habe ich inzwischen dazugelernt: um ein Antimarxist zu sein – dazu braucht man gar nichts zu wissen.»* Verwundert kommentiert der 'Vorwärts' vom Tag darauf: *«Niemand wusste recht, warum die Versammlung aufgelöst war. Wer war beleidigt, wer war angegriffen?»* (Vorwärts 28.2.1933)

Aber selbst die Sportpalastbesucher, die beim Nachhauseweg ein auffälliges Hin und Her von Feuerwehrautos und Polizeistreifen in der Stadt beobachtet hatten und von schlimmer Vorahnung waren, ahnten nicht, dass dies die letzte marxistische Grossveranstaltung in Berlin für eine ganze Generation gewesen sein würde.

Am nächsten Tag berichteten die Zeitungen in Riesenaufmachung vom Reichstagsbrand. Die Regierung deutete ihn als den Auftakt eines von den Kommunisten geplanten Umsturzes, dem sie durch hartes Durchgreifen zuvorgekommen war. *«Notverordnung gegen die rote Gefahr. Marxistische Mord pest wird erledigt»* lauten die Schlagzeilen des «Angriffs». Bereits in der Brandnacht hatten die Nationalsozialisten zu einem energischen Schlag gegen ihre Hauptfeinde ausgeholt. Tausende von Antifaschisten, darunter Abgeordnete und Funktionäre der SPD und KPD, Gewerkschafter und Intellektuelle auf den Fahndungslisten der Politischen Polizei längst generalstabsmässig erfasst –, waren aufgrund vorbereiteter Haftbefehle aus den Betten geholt und aufs Polizeipräsidium geschleppt worden.

Der erste Schub

Einer von ihnen war der Journalist Egon Erwin Kisch, der in der Nacht vom 27. zum 28. Februar früh um fünf Uhr von zwei Kriminalbeamten in seinem provisorischen Quartier in der Motzstrasse – seine Wohnung in der Güntzelstrasse hatte er aus Sicherheitsgründen schon am 30. Januar verlassen – abgeholt wurde. Der Reporter war viel zu bekannt, als dass er in der Anonymität hätte untertauchen können.

Als die Kripoleute Kisch über den Viktoria-Luise-Platz zur U-Bahn führten, die den Verhafteten zum Polizeipräsidium bringen sollte, stand am U-

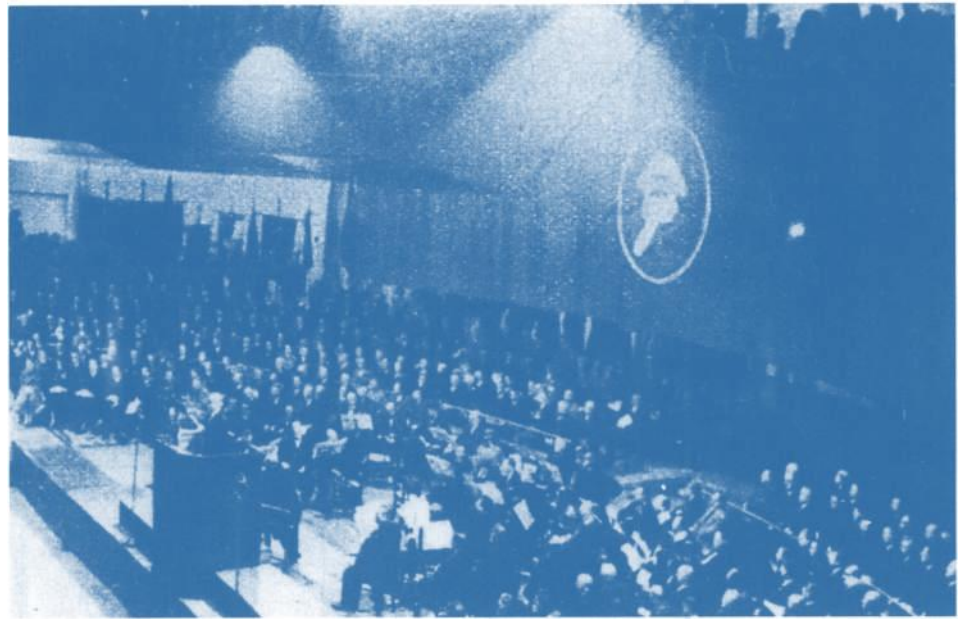


Abb. 150 Sozialdemokratische Gedenkfeier zum 50. Todestag von Karl Marx am 27.2.1933 im Sportpalast. Über die polizeiliche Auflösung dieser letzten marxistischen Grossveranstaltung in Berlin berichtete die Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokraten «Der Kuckuck» vom 22.3.1933 mit Titelseite und Bildbericht.

Abb. 151 In den Kasernen der General-Pape-Strasse (Foto 1910) hatte die SA-Feldpolizei im Frühjahr 1933 ihre berüchtigten Folterkeller eingerichtet.

Bahneingang ein Arbeiter, der Flugblätter *«gegen die wirklichen Reichstagsbrandstifter»* verteilte. Die Polizisten liessen ihn unbehelligt. Auf dem Korridor der Politischen Polizei im Präsidium am Alexanderplatz traf Kisch auf viele alte Bekannte, keineswegs nur Kommunisten. Die Verhaftungswelle personifizierte – wie Kisch bitter vermerkte – eine antifaschistische Einheitsfront, die leider vor dem 30. Jan. 1933 in dieser Breite nicht zustande gekommen war. Kischs Verhaftung, die er selbst in dem Bericht *«Die Kasematten von Spandau»* festgehalten hat, endete glimpflich. Als tschechoslowakischer Staatsangehöriger wurde

er am 11. März 1933 aus Deutschland ausgewiesen und den Prager Behörden übergeben (Mehr über Kischs Verhaftung in: Klaus Haupt, Harald Wessel, «Kisch war hier», 1985, S.185 ff.)

Ähnlich wie Kisch wurden in den darauffolgenden Märztagen drei namhafte Pazifisten in Schöneberg aufgrund längst vorbereiteter Listen von der Polizei abgeholt: der Herausgeber der Zeitung der Deutschen Friedensgesellschaft «Das Andere Deutschland», Fritz Küster aus der Bülowstrasse, Kurt Hilter aus der Hähnelstrasse 9 in Friedenau und Paul Oestreich, der in seiner Schute, dem Hohenzollern-Realgymnasium in der Belziger Strasse (heute Riesengebirgs-Oberschule) verhaftet wird, (siehe Kap.3: emigriert – vertrieben – vergessen [?])

Das «Wilde KZ» in der General-Pape-Strasse

Parallel zu diesen zentral gelenkten Polizeiaktionen beherrschten in den ersten Wochen und Monaten der Naziherrschaft vor allem die eigenmächtigen und willkürlichen Razzien und Racheaktionen der lokalen SA-Stürme die Szene. Vornehmlich in den Wohnvierteln, wo die organisierte Arbeiterschaft zu Hause war, wurden auf offener

Strasse Menschen überfallen, Wohnungen aufgebrochen und Einrichtungen zerstört, die Bewohner zusammengeschlagen oder in die SA-Unterkünfte verschleppt und misshandelt. 60.000 SA-Leute, dazu SS-Einheiten, konnten jetzt ohne polizeiliche Beschränkung operieren. Den Freibrief dazu hatten sie als «Hilfspolizisten» von ihrem Vorgesetzten, dem preussischen Innenminister Herrmann Göring in einem Runderlass zur «Förderung der nationalen Bewegung» höchst persönlich erhalten. Dort hiess es: «Polizeibeamte, die ... von der Schusswaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schusswaffengebrauchs von mir gedeckt, wer hingegen in falscher Rücksicht versagt, hat dienstrechtliche Folgen zu gewärtigen.» (Ribbe, Geschichte Berlins, II, S. 931). In Schöneberg wurden viele Opfer dieses SA-Terrors in die Keller der ehemaligen Eisenbahnkaserne an der General-Pape-Strasse verschleppt. Dort war seit Februar 1933 eine Eliteeinheit der SA, die «Feldpolizei der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg» einquartiert. Sie war zuständig für die Aufrechterhaltung der Disziplin innerhalb der SA und hatte Exekutivvollmacht gegenüber SA und SS-Angehörigen. In Ungnade gefallene SA-Männer erhielten hier durch die Praktizierung besonders brutaler Behandlungsmethoden bei den Verhören ihrer Opfer die Chance zur Rehabilitierung. Dieses «Wilde KZ» war daher besonders berüchtigt, (dazu: Fritz Ball: Die Nacht in der General-Pape-Strasse. In: Ball-Kaduri, Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933, 1963)

Manchmal aber war, wie im Fall der im «Machnower Forst» gefundenen Leichen junger Schöneberger aus der Arbeiterjugend (vgl. «Mordliste»), für die SA nur die lange herbeigesehnte Gelegenheit im Spiel, persönlichen Ressentiments und Rachegeleüsten freien Lauf zu lassen oder alte Rechnungen zu begleichen. Aber gerade dieser willkürliche und unberechenbare Terror versetzte die Menschen in Angst und Schrecken und verfehlte nicht seine einschüchternde Wirkung gerade in den davon besonders betroffenen Arbeiterwohnquartieren. Angst vor Denunziation und gegenseitiges Misstrauen machten sich jetzt auch in den ehemals «roten» Strassen breit. Für die breite bürgerliche Öffentlichkeit wardas Ausmass der Gewalttätigkeiten allerdings nur andeutungsweise zu erkennen.

Die ungehinderte Berichterstattung wurde von den neuen Machthabern seit den ersten Februartagen unterbunden. Über die Verhaftungswelle und die Razzien finden sich in den Zeitungen nur noch bruchstückhafte und kommentarlose Berich-

Abb. 152 Auf einer ganzen Kopfseite berichtete die KPD-nahe Zeitung «Die Welt am Abend» am 6.2.1933 noch über die Ermordung der Wirtin der 'Pappschachtel' durch die SA.

Abb. 153 Auch die «Arbeiter-Illustrierte-Zeitung», die in Arbeiterkreisen sehr populäre «AI-Z», brachte Mitte Februar 1933 noch einen ausführlichen Bildbericht über die Ermordung Anna Röders.



te. Über die Exzesse in den «wilden KZ's» konnte dann in den in Deutschland erscheinenden Zeitungen nicht mehr berichtet werden.

Deutschland, Dein Tänzer ist der Tod

In der Naumannstrasse wohnte damals der Schriftsteller Paul Zech. Im Frühjahr 1933 verfasste er den antifaschistischen 'Tatsachenroman' «*Deutschland, Dein Tänzer ist der Tod*», in dem unter anderem die «Rote Insel» und das jenseits des Sachsendammes gelegene Industriegelände die Orte der Handlungen sind. Ein ganzes Kapitel spielt in den Kasernen der General-Pape-Strasse, auf die Zech von seiner Wohnung im 3. Stock der Naumannstrasse hinüberblicken konnte. Auch wenn keine Zeitung mehr darüber berichtete, welche Folterszenen sich dort drüben, jenseits der Bahnanlagen in den Kasernenkellern abspielten, so wusste man doch durch Augenzeugenberichte von Betroffenen Bescheid.

Der erste Teil dieses Buches wurde im Februar/März 1933 geschrieben, der zweite Teil in der Emigration in Argentinien vollendet. Das Buch beschreibt die Berliner Gesellschaft von 1933, wie die meisten «*mitmachen*», sei es aus Überzeugung, sei es aus Opportunismus. Es ist aber auch die Rede von Ansätzen einer proletarischen Widerstandsbewegung und dem erbarmungslosen SA-Terror gegen sie.

Paul Zech wollte mit diesem Roman den inneren Widerstand stärken – aber das war aus dem Exil kaum möglich. Auch die Absicht, das Ausland über den nationalsozialistischen Terror aufzuklären, schlug fehl. Erst 1980 – fünfzig Jahre nach seiner Entstehung – fand das Buch einen Verleger (Vgl. Artikel Paul Zech, Kap.3)

«Braunbuch»

Ein Bestseller hingegen, nicht nur im Ausland, sondern auch im Untergrund in Deutschland, ist seinerzeit das «*Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror*» (B) gewesen. Diese unter der Federführung von Willy Münzenberg in Zusammenarbeit mit zahlreichen Emigranten in Paris 1933 zusammengestellte Dokumentation ist auch heute noch die wichtigste Quelle für eine Dokumentation des damaligen Terrors. Unter Hinzuziehung des 1936 veröffentlichten Buches mit dem Titel «*Ein Volk klagt an*» ([EV] Editions du Carrefour, Paris) und der anfänglich noch erscheinenden Pressemeldungen entstand für Schöneberg folgende «**Mordliste**»:

5.2.1933

Anna Röder, die verwitwete Wirtin eines Friedenauer Arbeiterlokals, der «Pappschachtel» – auch «rote Pappschachtel» genannt – wird von einer SA-Horde überfallen und erschossen. Die linken Zeitungen «Rote Fahne», «Welt am Abend», «Arbeiter-Illustrierte-Zeitung» (AIZ), und «Vorwärts» berichteten darüber in grosser Aufmachung. (siehe Abbildung)

8.3.1933

Drei Schöneberger Jugendliche – **Balschukat, Nitschmann und Preuss** – zwei von ihnen von der «Insel», werden von SA-Patrouillen auf offener Strasse verschleppt und drei Tage später im «Machnower Forst», dem traditionellen Übungsgelände der Schöneberger SA, tot aufgefunden. Die «Vossische Zeitung» berichtet darüber noch in zwei kurzen Zeitungsmeldungen, ein ausführlicher Bericht findet sich im Braunbuch, [B], a.a.O..

10.3.1933

Der kommunistische Arbeiter **Alfred Petzloff**, Nollendorfstrasse 10, wird von der SA aus der Wohnung geholt. Der Leichnam wird völlig entstellt auf dem Laubengelände am Priesterweg gefunden (B).

14.3.1933

Leo Krell, ein Redakteur der KPD-nahen Zeitung «Berlin am Morgen» wird in der General-Pape-Strasse von Nationalsozialisten totgeschlagen, ([EV] Edition du Carrefour, a.a.O.)

20.3.1933

Der Rechtsanwalt und sozialdemokratische Abgeordnete Dr. **Günther Joachim**, der als Anwalt der «Roten Hilfe» den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge war, stirbt nach Folterungen und Misshandlungen im Moabiter Krankenhaus. (EV) Die Vossische Zeitung hatte am 22.3. gemeldet, dass er sich in Schutzhaft befindet. Der «Fall Joachim» ist in Zechs Roman eines der literarisch verarbeiteten Zeitdokumente.

27.3.1933

Max Bilecki, Leiter des Roten Frontkämpferbundes (RFB) in Schöneberg, der sich in der Hauptstrasse 18 in einer fremden Wohnung versteckt gehalten hatte, wurde denunziert und in der SA-Kaserne General-Pape-Strasse zu Tode gefoltert. Er ist mit zerquetschten Nieren im Urban-Krankenhaus gestorben. (B).

13.4.1933

Um 4 Uhr morgens am Gründonnerstag werden 11 in der KPD, SPD und Genossenschaft aktive Siedlungsgenossen des «Lindenhofes», unter anderem auch **Franz Czeminski**, von SA-Horden aus ihren Betten geholt, misshandelt und auf Lastwagen in die Kasernen der General-Pape-Strasse gebracht. Einige von ihnen werden nur Stunden, andere tagelang festgehalten und so schwer misshandelt, dass sie lebenslange Gesundheitsschäden davontragen, (s. 13. April 1933 – Gründonnerstag – Machtergreifung im Lindenhof, in: Der Lindenhof, Berliner Geschichtswerkstatt 1985)

15.5.1933

Paletti, ein Arbeiter aus Berlin-Schöneberg, wird zu Tode gefoltert. (B) **Mai 1933**
Ein unbekannter Student wird in Berlin-W., Motzstrasse von SA-Leuten verschleppt und ermordet. (EV)

20.5.1933

Der Arbeiter und Reichsbannermann **Arthur Mueller** (SPD) wird von Nationalsozialisten entführt und in der General-Pape-Strasse erschlagen. (B)

31.7.1933

Der Zigarettenhändler **Kurt Mieska** aus der Alvenslebenstrasse 16 in der SA-Kaserne General-Pape-Strasse totgeschlagen. (EV)

15.8.1933

Kurt Storch, ein oppositioneller SA-Mann, wird verwundet in der Kaserne General-Pape-Strasse eingeliefert und verblutet. (EV)

Anfang Juli 1933 verkündete Hitler die «*Beendigung der Nationalen Revolution*». Am 2.8.1933 verlor die SA ihre hilfspolizeilichen Befugnisse. Die SA als Terrorinstrument zur Durchsetzung des nationalsozialistischen Machtanspruchs hatte ihre Aufgabe erfüllt. Sie wurde mit dem «Röhm-Putsch» im Juni 1934 endgültig entmachtet. Die Verfolgung der politischen Gegner und «Volksfeinde» wurde nun durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) zentralisiert. Die «legalisierten» Konzentrationslager wurden von der SS kontrolliert und in grossem Massstab ausgebaut.



Abb. 154 Artikel aus dem «Schöneberg-Friedenauer Lokalanzeiger» vom 2.4.1933

Gleichschaltung der Schöneberger Bezirksverwaltung

GISELA WENZEL

Wahlverhalten und Wahlergebnisse im März 1933

Es ist in jüngster Zeit immer wieder mit gewisser Genugtuung darauf hingewiesen worden, dass in Berlin im März 1933 nur gut ein Drittel der Wählerschaft (34,6%) für die NSDAP gestimmt hätte. An dieser gewiss bemerkenswerten Tatsache haben die Schöneberger Wähler allerdings keinen Verdienst.

Schöneberg liegt im März 1933 mit 39,7% bei den Reichstagswahlen vom 5.3., bzw. 42,6% NSDAP-Stimmen bei den Stadtverordnetenwahlen vom 12.3.1933 nach Steglitz und Spandau in Bezug auf das nationalsozialistische Wählerpotential an der dritthöchsten Stelle aller zwanzig Berliner Verwaltungsbezirke (siehe Tabelle Wahlergebnisse). Wenn dieses Ergebnis zwar über dem Durchschnitt in Berlin, aber immer noch unter dem Durchschnitt des Reichs liegt, so ist für Schöneberg jedoch auch noch der relativ hohe Anteil der deutsch-nationalen Wählerschaft zu berücksichtigen, die mit ihrer Stimme für die «Kampffront Schwarz-Weiss-Rot» der Regierungskoalition mit den Nationalsozialisten automatisch ihre Zustimmung gegeben hat. Die «*Koalition der nationalen Einigung*» fand demnach bei den letzten «freien Wahlen» in Schöneberg mit 56 (bei den Reichstagswahlen vom 5.3.1933) bzw. knapp 60% der Stimmen (bei den Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen vom 12.3.1933) die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bewohner. Ihre Politik, – so ist anzunehmen – hat sich auch in den folgenden Monaten und Jahren auf einen grossen Rückhalt in der Bevölkerung stützen können.

Die bemerkenswerte Resistenz der Berliner im März 1933 trifft bei genauerem Hinsehen also nicht für die bürgerlichen Wohnbezirke zu. Sie lässt sich fast ausschliesslich darauf zurückführen, dass die bevölkerungsstarken Arbeiterwohnbezirke an den traditionellen Arbeiterparteien, SPD und KPD, festgehalten haben.

Politische Säuberung

Um die «Nationale Revolution» auch auf Bezirksebene vollziehen zu können, begannen die Nazis im Frühjahr 1933 mit umfangreichen «Aufräumarbeiten» in der Berliner Verwaltung. Das gesetzliche Instrumentarium für die nun einsetzende politische und rassische Säuberungswelle war schnell geschaffen: So konnte mit dem «*Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums*» vom 7.4.1933 nach §4 die fristlose Kündigung für all jene gerechtfertigt werden, «*die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten*». In der Schöneberger Verwaltung war es aber bereits vor der Verabschiedung dieses Gesetzes zu personellen Veränderungen gekommen:

Am 4.4.1933, so meldete der 'Schöneberg-Friedenauer Lokalanzeiger', wird das Bezirksamt von

John Schehr und Genossen

Von ERICH WEINERT

Es geht durch die Nacht. Die Nacht ist kalt.

Der Fahrer bremst. Sie halten im Wald.

Zehn Mann geheime Staatspolizei.

Vier Kommunisten sitzen dabei,

John Schehr und Genossen.

Der Transportführer sagt: «Kein Mensch zu sehn.»

John Schehr fragt: «Warum bleiben wir stehn?»

Der Führer flüstert: «Die Sache geht glatt!»

Nun wissen sie, was es geschlagen hat,

John Schehr und Genossen.

Sie sehn, wie die ihre Pistolen ziehn.

John Schehr fragt: «Nicht wahr, jetzt müssen wir fliehn?»

Die Kerle lachen. «Na, wird es bald?

Runter vom Wagen und rein in den Wald,

John Schehr und Genossen!»

John Schehr sagt: «So habt ihr es immer gemacht!

So habt ihr Karl Liebkecht umgebracht!»

Der Führer brüllt: «Schmeisst die Bande raus.»

Und schweigend steigen die viere aus,

John Schehr und Genossen.

Sie schleppen sie in den dunklen Wald.

Und zwölfmal knallt es und widerhallt.

Da liegen sie mit erloschenem Blick,

Jeder drei Nahschüsse im Genick,

John Schehr und Genossen.

Der Wagen saust nach Berlin zurück.

Das Schauhaus quittiert: «Geliefert vier Stück.»

Der Transportführer schreibt ins Lieferbuch:

«Vier Kommunisten, beim Fluchtversuch,

John Schehr und Genossen.»

Dann begibt er sich in den Marmorsaal

Zum General, der den Mord befahl.

Er stellt ihn, mitten im brausenden Ball.

«Zu Befehl, Exzellenz! Erledigt der Fall

John Schehr und Genossen.»

Erledigt der Fall? Bis zu einem Tag!

Da kracht die Türe vom Kolbenschlag.

Er springt aus dem Bett. «Was wollt ihr von mir?» «Komm

mit, Exzellenz! Die Abrechnung für

John Schehr und Genossen.»

John Schehr und andere führende Funktionäre der KPD wurden im Januar 1934 von der Gestapo «*auf der Flucht erschossen*». Dieses Gedicht wurde damals von den Kommunisten illegal in Schöneberg verbreitet. (Hinweis von Alfred Maass)



Abb.155 Die Fahnen der KPD, des Reichsbanners (SPD) und der NSDAP, aus: «Der Kuckkuck», März 1933

Abb. 156 Mit der Gleichschaltung des Bezirksamtes löst sich im Juni 1933 die Schöneberger Bezirksverwaltung endgültig auf.

«marxistischen und unlauteren Elementen» geübt: 31 Beamte werden beurlaubt, 42 Angestellte und 36 Arbeiter erhalten eine fristlose Kündigung.

**Was sind marxistische Elemente?
Eine amtliche Feststellung**

«Als marxistische Elemente, die der nationalen Erhebung feindselig gegenüberstehen, sind anzusehen:

1. Angehörige der Kommunistischen Partei und frühere Angehörige dieser Partei.
2. Angehörige der Sozialdemokratischen Partei, die sich entweder als Funktionäre der Partei oder als Funktionäre der marxistischen Gewerkschaften betätigt haben, bzw. sich noch betätigen oder aber durch ihr sonstiges Verhalten zu erkennen gegeben haben, dass sie Wortführer oder Vorkämpfer des Marxismus sind.

Dagegen fallen einfache Angehörige der S.P.D., die offenbar innerlich für die nationale Sache gewonnen werden können, nicht unter die erwähnte Anordnung!»

Bürgermeister Dr. Maretzky in einer Anordnung, die am 29.3.1933 in der Abendausgabe der Vossischen Zeitung abgedruckt wurde.

Entscheidende personelle Veränderungen vollzogen sich vor allem an der Spitze der Bezirksverwaltung.

Während der deutschnationale Bürgermeister Emil Berndt weiterhin das Vertrauen der neuen Machthaber genoss und dieser die Amtsgeschäfte bis zum Auslaufen seiner zwölfjährigen Amtsperiode im Juli 1933 kommissarisch weiterführen durfte, wurden die Stadträte Katz und Zobel (Staatspartei), Wendt und Buth (SPD) und der Bürodirektor Christen (Staatspartei) «beurlaubt». Der Betriebsrat des Bezirksamts wurde von Stadtrat Graff ersatzlos aufgelöst. Im Juli 1933 schliesslich wurden die noch verbliebenen deutschnationalen Stadträte im Zuge der Gleichschaltung von Partei und Staat durch die NSDAP-Parteigenossen ersetzt.

Auf den unteren Ebenen der Verwaltung waren in Schöneberg nur wenige Ressorts, wie die Sozialfürsorge, die Jugendpflege und das Gesundheitswesen, in denen Sozialdemokraten und vereinzelt möglicherweise auch Kommunisten angestellt waren, von den Säuberungen betroffen. Wie viele Bedienstete «nichtarischer Abstammung» in der Bezirksverwaltung auf Grund §3 des «Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums», des sog. «Arierparagraphen», entlassen wurden, konnte bislang nur an einzelnen Beispielen aus Schulen und den Volksbüchereien festgestellt werden. (Vgl. dazu die Untersuchungen über personelle Veränderungen bei der Machtübernahme im Artikel von Frauke Hansen über die Schöneberger Volksbüchereien, Kap. 3).

Alles in allem haben die Säuberungen in der Schöneberger Bezirksverwaltung 1933 mit Sicherheit nicht das Ausmass und die dramatischen Formen wie in den sozialdemokratisch und kom-



munistisch verwalteten Arbeiterbezirken Berlins angenommen: Für ganz Berlin, wo der Staatskommissar Julius Lippert mit eisernem Besen «aufräumte», wird geschätzt, dass von den 24.000 Beamten rund 5%, d.h. 350 aus der Hauptverwaltung und 900 aus den Bezirksverwaltungen von den fristlosen Entlassungen betroffen waren. Sehr viel höher lag der Anteil bei den Angestellten, bei denen im Durchschnitt jede(r) Dritte und bei den Arbeitern, bei denen jede(r) Zehnte entlassen wurde. (Ribbe, Geschichte Berlin, 1987, Band II, S. 939).

Dass die konservative Verwaltungskontinuität Schöneberg spektakuläre Säuberungsaktionen ersparte, bestätigte auch das Schöneberger Tageblatt vom 9.8.1933 mit folgendem Kommentar: «In den langen Jahren, in denen in Berlin und anderen Bezirken eine recht trübe Verwaltungspolitik getrieben wurde, ist Schöneberg-Friedenau unter der Leitung des verdienten Bürgermeisters Berndt seinen ruhigen Weg der stetigen Entwicklung und des inneren Ausbaus gegangen. Das vorweg zu betonen, halten wir für notwendig, um die möglicherweise leicht entstehende Meinung, dass die nationalsozialistische Revolution auch in der Verwaltung unseres Bezirks eine gründliche Aufräumungsarbeit zu leisten hatte, zu widerlegen. Bis auf gewisse, nicht zu umgehende personelle Punkte ist – und damit geben wir die Meinung unseres jetzigen Bürgermeisters Oswald Schulz und der Fachdezernenten wieder – Schöneberg vorbildlich verwaltet worden und es steht dank dieser Tatsache als einer der bestgeleiteten Bezirke der Reichshauptstadt da.»

Die Gleichschaltung von Partei und Staat auf Bezirksebene

Politische Säuberungen waren die eine Seite der 'Machtergreifung'. Die Durchsetzung des Führerprinzips und die Gleichschaltung von Partei und Staat die andere. Diese Gleichschaltung wurde in zwei Schritten durchgeführt: Erstens mit dem «Gesetz über eine vorläufige Vereinfachung der Verwaltung der Hauptstadt Berlin» vom 22.9.1933, das zur Auflösung der kommunalen Selbstverwaltung führte, und zweitens mit der neuen «Verfassung der Hauptstadt Berlin» vom 29.6.1934. Mit diesem Gesetz wurde die Bezirksverwaltung zu einem rein bürokratischen Organ, das als Befehlsempfänger und verlängerter Arm der Berliner Zentralverwaltung vor Ort funktionierte. Diese 'Revolutionierung' der Verwaltung hatte zur Folge, dass von nun an nur noch «stramme» Nazis die Ämter innehatten. Für Schöneberg seien hier drei Beispiele genannt:

a) Bürgermeister blieb bis zu seiner Pensionierung 1937 der bereits erwähnte Oswald Schulz, der 1925 als Frontbannführer die SA in Friedenau mitaufgebaut hatte. Im Juli 1933 hatte er den Deutschnationalen Emil Berndt abgelöst. In seinen Zuständigkeitsbereich fielen ausser den Personalangelegenheiten und dem Gesundheitswesen, kirchliche Angelegenheiten, «Massnahmen gegen das Judentum», Angelegenheiten der

	Schöneberg Schöneberg		Wedding	Steglitz	Gross-Berlin	Deutsches Reich
	(absolute Zahlen)	%	%	%	%	%
NSDAP						
06.11.1932*	47.155	31,6	17,9	36,0	25,9	33,0
05.03.1933**	63.794	39,7	25,9	45,2	34,6	43,9
12.03.1933***	59.660	42,6	29,9	48,1	38,2	—
DNVP						
06.11.1932	26.490	17,7	6,0	21,9	11,3	8,3
05.03.1933	26.168	16,3	6,5	19,7	10,9	8,0
12.03.1933	24.305	17,3	7,6	21,0	12,0	—
KPD						
06.11.1932	26.880	18,0	47,0	14,4	31,0	16,8
05.03.1933	21.332	13,3	39,1	10,5	24,4	12,3
12.03.1933	14.169	10,1	32,5	7,6	19,1	—
SPD						
06.11.1932	32.594	21,8	23,4	15,9	23,3	20,4
05.03.1933	31.739	19,7	22,8	14,2	21,7	18,3
12.03.1933	27.053	19,3	24,0	13,6	21,9	—
Z						
06.11.1932	7.920	5,2	3,1	4,7	4,4	11,9
05.03.1933	9.591	5,9	3,5	5,1	4,9	11,3
12.03.1933	7.087	5,0	3,7	4,5	4,6	—
DDP (Staatspartei)						
06.11.1932	3.247	2,1	0,8	1,9	1,4	0,9
05.03.1933	4.900	3,0	0,9	2,2	1,7	0,8
12.03.1933	5.443	3,8	1,0	2,5	2,0	—
DVP						
06.11.1932	2.632	1,7	0,3	3,0	1,1	1,9
05.03.1933	2.126	1,3	0,3	2,0	0,8	1,1
12.03.1933	1.410	1,0	0,2	1,7	0,7	—

* Reichstagswahlen vom 6.11.1932

** Reichstagswahlen vom 5.3.1933

*** Stadtverordnetenwahlen vom 12.3.1933

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 1932 und 1933 und Wolfgang Ribbe, Geschichte Berlins Band II, S. 934

Wahlergebnisse in Schöneberg (in absoluten Zahlen und prozentualen Stimmenanteilen) 1932/1933 im Vergleich zu ausgewählten Berliner Bezirken, Gross-Berlin und dem Deutschen Reich.

Wehrmacht und des Arbeitsdienstes, Einbürgerungssachen usw. (Schöneberger Tageblatt 14.3.1936)

Bürgermeister Schulz war z.B. auch die Erweiterung des 'Schöneberger Bürgergartens' (heute Prälat Schöneberg), zu einem für grössere Parteiversammlungen geeigneten Saalbau zu verdanken. (Siehe: Schönknecht, «Vorn Dorfkrug zum Prälaten», 1987)

b) Hauptamtlicher Bezirksstadtrat, der das Wohlfahrts- und Jugenddezernat betreute, war Willy Buttler, über den das Schöneberger Tageblatt vom 15.8.1933 mitteilte:

«*Stadtrat Buttler... ist in unserem Bezirk kein Unbekannter. Seit vielen Jahren ist er einer der aktivsten Nationalsozialisten Schönebergs ... Seit 1927 betätigt sich Stadtrat Buttler in der NSDAP und war von 1928 bis 1932 Sektionsführer von Schöneberg; jetzt ist er stellvertretender Vorsitzender des Kreises IV, das ist ein Gebiet, das von Schöneberg bis zum Tiergarten reicht.*»

c) Über den Dezernenten für Wohnungsamt und Bau- und Grundstücksverwaltung Pg. Lehrhoff (Pg. = Parteigenosse) schreibt das Schöneberger Tageblatt vom 23.8.1933: «*Ursprünglich Offizier, im Weltkrieg ... Ordonnanzoffizier bei Ludendorff... nahm er auch an den Abwehrkämpfen in Oberschlesien und im Ruhrgebiet teil und betätigte sich früh in der nationalen Bewegung poli-*

tisch. Im Jahre 1928 trat er in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ein und ist jetzt Truppführer im Friedenauer SA-Motorsturm 1/81.»

Bezirkspolitiker wie diese waren verantwortlich für die Umsetzung der verbrecherischen Politik der Nationalsozialisten in Schöneberg, die oft genug im Gewände von banalen Verwaltungsvorgängen vonstatten ging. (Vgl. Kapitel 2)

Die ideologische Ausrichtung des kommunalen «Verwaltungskörpers»

Die «Gesinnungstreue» und «Rückhaltlosigkeit», mit der jeder Mitarbeiter beim Bezirk für den «nationalen Staat» einzutreten hatte, wurde ab 1933 alljährlich zum Geburtstag Adolf Hitlers feierlich demonstriert und gefestigt. Im Beisein der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Bezirksamtes wurde beispielsweise am 20.4.1934, dem Vorabend des Geburtstages, in einer Feierstunde in der blumengeschmückten Brandenburghalle im Rathaus Schöneberg eine Adolf-Hitler-Büste aufgestellt. Am 20.1.1935 wurde in ähnlich festlicher Form ein Ehrenmal für fünf im «*Kampf um das 3. Reich*» in Schöneberg gefallene SA-Männer in der Eingangshalle des Rathauses enthüllt. Die Kosten dafür waren durch «*freiwillige Spenden*» des Verwaltungspersonals aufgebracht worden, (siehe SA-Chronik). Sowohl für die konsequente Durchsetzung des «Arierparagraphen» in der eigenen Kollegenschaft, als auch für die unbehinderte Ausführung des immer umfangreicher wer-

denden Diskriminierungskataloges gegen jüdische Mitbürger, war die «richtige» Einstellung der Behörde eine Grundvoraussetzung.

So berichtete der «Städtische Nachrichtendienst» vom 9.10.1933 von einem Vortrag vor Beamten zum Thema «Rassenfragen». Der Referent schilderte, «wie die Juden von jeher in ihrer grenzenlosen Profitsucht nicht davor zurückschreckten, mit dem Verbrechen Hand in Hand zu gehen, zur Ausbeutung des Christentums. Das dürfen wir niemals vergessen und darum ist in dem neuen unter Adolf Hitler entstandenen Deutschland für die Juden kein Platz».

Und weiter heisst es im Protokoll:

«Nach Absingen des Horst-Wessel-Liedes fand die eindrucksvolle Kundgebung mit dem Marsch «Volk ans Gewehr» ihren Abschluss».



Abb. 157 Bauschild am Grazer Damm, 1939

Die Auswirkungen der Speerschen Stadtplanung auf Schöneberg

GERLINDE BÖPPLE

1937 begann die Planung für die Neugestaltung Berlins als Reichshauptstadt durch den Generalbauinspektor Speer. Die grösste und wichtigste Massnahme im Rahmen dieser Planung war die Nord-Süd-Achse. Ihre Realisierung hätte massive Eingriffe in die Stadtstruktur Berlins mit sich gebracht. In Schöneberg war bereits im Stadium der Planung und Vorbereitung ein Teil der Bevölkerung von ihren Auswirkungen betroffen (siehe: Petra Zwaka, Schöneberg auf dem Weg nach Berlin, 1987, S. 164-167): kultur- und kunsthistorisch bedeutsame Friedhöfe, wie der Alte St. Matthäus-Kirchhof und der Zwölf-Apostelfriedhof, wurden zu grossen Teilen geräumt, ein Teil der Gräber auf den Zentralfriedhof in Stansdorf verlegt. Ebenso geräumt wurde die Laubenkolonie auf dem Südgelände, die als letztes Rückzugsgebiet der bis 1933 auf der «Roten Insel» heimischen Arbeiterkultur den Nazis ohnehin ein Dorn im Auge war. Die Entmietung im Zuge der Räumungsplanung erfasste bereits einen ganzen Wohnbereich in der Hochkirch-, Grossgörschen- und Katzlerstrasse, die leerstehenden Wohnungen wurden im Zuge der Vorbereitung der Deportation den ghettoisierten jüdischen Familien zugewiesen.

Am Grazer Damm wurde in den Jahren 1938-1940 als eines der wenigen realisierten Bauprojekte der Speerschen Stadtplanung eine Siedlung für 2.350 «Volkswohnungen» (in der Regel 2-2½ Zimmer-Wohnungen) errichtet. Bei der Architektur der Anlage, deren Einförmigkeit und Gradlinigkeit sich deutlich von ähnlichen Siedlungsbauten der Weimarer Zeit unterscheidet, spielten die Anforderungen des modernen Luftschutzes eine entscheidende Rolle.



Abb. 157 a Am Grazer Platz, 1939/40

Abb. 157 b Der Grazer Damm heute, 1987



«Ich kam aus der Provinz und war noch ganz in provinzialem Denken befangen. Die Masse war vorläufig für mich nur ein dunkles Ungeheuer, und ich selbst noch nicht von dem Willen besessen, sie zu erobern und zu meistern. (...) Berlin ist bevölkerungspolitisch gesehen ein Konglomerat von Masse; wer hier etwas werden und bedeuten will, der muss die Sprache sprechen, die die Masse versteht, und sein Handeln so einrichten und begründen, dass die Masse dafür Sympathie und Hingabe aufbringen kann.»

«Das Tempo der 4-Millionen-Stadt zitterte wie ein heisser Atem durch die rhetorischen Deklamationen der gesamten reichshauptstädtischen Propaganda. Es wurde hier eine neue und moderne Sprache gesprochen, die nichts mehr mit altertümlichen, sogenannten völkischen Ausdrucksformen zu tun hatte. Die nationalsozialistische Agitation wurde für die Massen zugeschnitten. Die moderne Lebensauffassung der Partei suchte und fand hier auch einen modernen, mitreissenden Stil.»

(Joseph Goebbels, *Kampf um Berlin*, 1936, S. 46)

«9. Februar 1932. Im Sportpalast sind 15.000 Mann SA zum Appell angetreten. Ein phantastisches, überwältigendes Bild. Die Frucht einer sechsjährigen Arbeit. Der Führer spricht vor ihnen mit einem fabelhaften Elan. Dann schreitet er 2 Stunden lang die Fronten ab. Die Härte der Partei hat sich hier wieder einmal erwiesen. Das Wunder ist fertiggebracht worden, aus zerfahrenen und losen Gruppen eine feste und unzerrissbare Organisation zu formen.»

«9. April 1933. Abends ist die Berliner SA im Sportpalast vor dem Führer zum Appell angetreten. Im ganzen Reich finden zu gleicher Zeit SA-Appelle statt. 600.000 Mann stehen vor dem, der sie aus Eler Dumpfheit rief und sie emporführte zu einem neuen Staatsbewusstsein. Es ist der grösste Waffenappell, den die Welt jemals gesehen hat. (...) Wie Bäume stehen die Männer, ein weiter Wald heroischen Heldentums, ein harter Männerbund, der auf Treue und Gefolgschaft aufgebaut ist. Wir haben eine grosse Presse. Die Gleichschaltung ist auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens durchgeführt.»

Die politische Tribüne der National Sozialisten

Der Sportpalast



Abb. 158 Auf dem Weg zur Macht, Generalappell des Gausturms Berlin am 16.4.1931 im Sportpalast.

«Wollt Ihr den totalen Krieg? Wollt Ihr ihn, wenn nötig totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt vorstellen können?»

Goebbels Sportpalastrede vom 18. Februar 1943

«23. Juni 1932. Der Sportpalast ist die grosse politische Tribüne der Reichshauptstadt, und wir haben ihn dazu gemacht. Es geht von dieser Halle ein eigenartiges Fluidum aus. Wenn man sie bei Überfüllung betritt, wird man sofort davon berührt und empfangen.» (...) «Vor diesem Publikum zu sprechen, ist ein Hochgenuss. Man vergisst dabei Zeit und Raum. 2 1/2 Stunden und mehr rede ich.»

«22. Februar 1932. Es herrscht eine wunderbare Stimmung. Die Menschen lachen und weinen durcheinander. Viele sind ganz ausser sich. Man hat zum ersten Mal den Begriff, dass wirklich das Volk aufersteht.»

«10. Februar 1933. Abends ist der Sportpalast schon um 6 Uhr überfüllt. Auf allen Plätzen in der Stadt stehen die Menschenmauern und warten auf die Rede des Führers. Im ganzen Reich sitzen 20 bis 30 Millionen Menschen an den Lautsprechern, um wenigstens Zuhörer des grossen Ereignisses zu sein. Der Führer wird mit einem frenetischen Beifallssturm empfangen. Er hält eine phantastische Rede mit schärfster Kampfansage gegen den Marxismus. Zum Schluss gerät er in ein wunderbares, unwahrscheinliches, rednerisches Pathos hinein und schliesst mit dem Wort 'Amen!'. Das wirkt so natürlich, dass die Menschen alle auf das tiefste davon erschüttert und ergriffen sind. Das ist so erfüllt von Kraft und Gläubigkeit, ist so neu und gross und mutig, dass man gar nichts Vorhergegangenes damit vergleichen kann.

Diese Rede wird in ganz Deutschland einen Aufstand der Begeisterung entfachen. Die Nation wird uns fast kampflös zufallen. Die Massen im Sportpalast geraten in einen sinnlosen Taumel. Nun erst beginnt die deutsche Revolution aufzubrechen.

Ich erfahre abends durch Ferngespräche mit den verschiedenen Gauen, dass die Rede von einer fabelhaften Wirkung auch im Lautsprecher war. Der Lautsprecher ist ein Instrument der Massenpropaganda, das man in seiner Wirksamkeit heute noch gar nicht abschätzen kann. Jedenfalls haben unsere Gegner nichts damit anzufangen gewusst. Um so besser müssen wir lernen, damit umzugehen.»

(Zitate aus: Joseph Goebbels, *Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei*, 1935)

Mutter, deine Söhne sind



Die Zukunft des Staates!

Der Deutsche Christ liest das, Gott

Die Juden sind unser Unglück

Frauen und Mädchen die Juden sind Feind

Führer befehl wir folgen



zum im Dritten Reich

Hart der Kampf, unser der Sieg!

Adolf Hitler
Hitler
Hitler

MINIAT
Hitler

Hitler

in volk

Überwinden
folgen
folgen
folgen





...

...

...

...

Familie
Hogel und
Bretschneider
Hildegard
Hogel
Wedder leben
alle
Mont-Denis

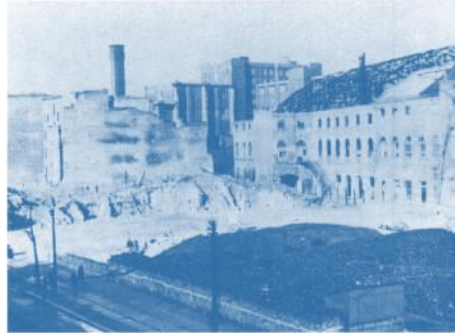


Abb. 159 Auf den Tag genau elf Jahre nach der Macht-
ergreifung am 30. Januar 1944 wurde der Sportpalast
(rechts im Bild) durch einen Bombenangriff stark zer-
stört.

**«Alle Bemühungen um die
Ästhetisierung der Politik
gipfeln in einem Punkt.
Dieser eine Punkt ist der Krieg.
Der Krieg, und nur der Krieg,
macht es möglich,
Massenbewegungen grössten
Massstabs unter Wahrung
der überkommenen
Eigentumsverhältnisse
ein Ziel zu geben.»**

*Walter Benjamin im Nachwort zu seinem 1955
erstmalig in deutscher Sprache erschienenen Auf-
satz «Das Kunstwerk im Zeitalter seiner techni-
schen Reproduzierbarkeit»*

Abb. 161 Der Verwaltungsbau der «Obersten Bauleitung der Reichsautobahnen», um 1941, heute Sitz der BVG-Hauptverwaltung.

Verwaltungsgebäude aus der NS-Zeit

GERLINDE BÖPPLE

Neben den geschilderten Neugestaltungsmassnahmen entstanden in Schöneberg mehrere Verwaltungsgebäude, die nur indirekt mit der Speerschen Stadtplanung verbunden sind. Dazu gehört das heutige BVG-Gebäude (Berliner-Verkehrsbetriebe) am Kleistpark, das den meisten Berlinern bekannt sein dürfte. Der Bau wurde 1938/39 für die Hauptvereinigung der «*Deutschen Milch- und Fettwirtschaft*» und für die «*Oberste Bauleitung der Reichsautobahn*» angelegt. Das Gelände am Kleistpark war für solch ein Bauvorhaben besonders günstig, da es nicht allzuweit vom Zentrum entfernt lag und sich später gut mit der Nord-Süd-Achse hätte verbinden lassen.

Die Reichsautobahn gehörte zu den bedeutendsten Projekten der Nationalsozialisten und war in der ersten Phase bis Mitte 1934 ein wichtiges Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Arbeitslose aller Berufe wurden zum Autobahnbau verpflichtet und wer sich weigerte, dem wurde die Unterstützung gestrichen. Bereits Ende der 20er Jahre hatte es Pläne zum Bau von Autobahnen gegeben, um der Massenarbeitslosigkeit zu begegnen. Sie kamen damals nicht zur Ausführung, da sich gerade die NSDAP gegen solch ein Programm gesperrt hatte.

Zwar war der Reichsautobahnbau ein wichtiges Mittel zur Konjunkturbelebung, ein weit grösserer Nutzen, der aus dem Bau gezogen wurde, war propagandistischer Art. Zum einen diente er der Darstellung technischer Leistungsfähigkeit, zum anderen wurde ihm ein wichtiger kultureller und ideeller Wert beigemessen.

Neben dem Verwaltungsbau der Reichsautobahn befand sich an der Ecke zur Pallasstrasse ein anderes wichtiges Verwaltungsgebäude der Nazis: das «*Zentralbüro der Deutschen Arbeitsfront (DAF)*». Es setzte sich aus zwei Gebäuden zusammen; einem Neubau von 1938 und einem Geschäftshaus von 1912. In diesem Gebäude waren vor allem kleinere Unterabteilungen, wie z.B. das «*Frauenamt*», das «*Amt für Gesundheit*» und für «*Volksschutz*» untergebracht.

Die «*Deutsche Arbeitsfront*» ist im Mai 1933 nach der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften gegründet worden. Eine der Aufgaben der «*Arbeitsfront*» war die weltanschauliche Schulung und Erziehung «*aller im Arbeitsleben stehenden Deutschen*» zum Nationalsozialismus. Vor allem durch die Unterorganisation «*Kraftdurch Freude*» (*KDF*) versuchte man, sowohl das Berufsleben als auch das Freizeitverhalten der Arbeiter zu lenken und unter Kontrolle zu bringen.



Abb. 162 Der Neubau der «Deutschen Arbeitsfront», Potsdamer Strasse 182 (heute: «Jugendcafé»), 1940



Abb. 163 Fritz-Elsas-Strasse 9/10, «Abteilung für Finanzen und Wirtschaft» des Bezirks Schöneberg, 1987; früher «Hauptvereinigung der Deutschen Brauwirtschaft».

Neben den Verwaltungsbauten der DAF und der Reichsautobahn finden sich in Schöneberg noch weitere Verwaltungsgebäude, von denen die meisten in der Nähe des Stadtparks liegen. Diese Lage war für Bauvorhaben insofern attraktiv, als die Belziger Strasse in ihrer Fortsetzung Badensche Strasse die Verbindung von der Nord-Süd-Achse über den Kaiser-Wilhelm-Platz zum Fehrbelliner Platz bilden sollte.

Die Bauwerke sind von privaten Trägern erstellt, die zum Teil ihren Sitz im Wohngebiet um die Matthäus-Kirche (heute: Kultur-Forum) hatten. Das Gebiet wurde 1938/39 systematisch entmietet, um für den Abriss und damit für die Neugestaltung des «Runden Platzes» frei zu sein. Die Firmen bekamen passendes Bauland und Baumaterial vom Generalbauinspektor zugewiesen, um den Vorgang zu beschleunigen. Immerhin rangierten diese Firmenobjekte in der Wichtigkeit vor dem Wohnungsbau. (Vgl. Schöneberg-Friedenauer Lokalanzeiger 4.Z5.2.39)



Abb. 164 Das Gebäude des RIAS in der Fritz-Elsas-Strasse 7-8, 1939/40 erbaut für die «Bayerischen Stickstoffwerke»



Abb. 165 Sarrazinstraße 11-15, 1986, früher «Beton- und Monierbau-AG»; heute haben hier verschiedene Unternehmen ihren Sitz.

Im Laufe der Jahre 1939/40 entstanden am Stadtpark die Neubauten der «Bayerischen Stickstoffwerke» (Fritz-Elsass-Str. 7/8) und der «Transatlantischen Güterversicherungsgesellschaft» (Fritz-Elsass-Str. 9/10), heute RIAS-Berlin und Abteilung für Finanzen und Wirtschaft des Bezirksamts Schöneberg).

Die anderen zwei Verwaltungsgebäude wurden in der Badenschen Straße errichtet. In Nr. 52, dem ehemaligen Verwaltungsbau der «Hauptvereinigung der Deutschen Brauwirtschaft», ist heute die Abteilung für Sozialwesen untergebracht, in Nr. 50/51 befindet sich die Fachhochschule für Wirtschaft (ehemals Verwaltungsgebäude der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel).

Etwas ungewöhnlich ist die Lage des Verwaltungsgebäudes der «Beton- und Monierbau AG» mitten im Wohngebiet Friedenaus (Sarrazinstraße 11-15). Eigentlich gab es schon Pläne für den Bau eines Wohnkomplexes, der dann aber zurückgezogen werden musste, weil das Grundstück der «Monierbau AG» zugewiesen wurde. Ihre Verwaltungsräume lagen ebenfalls im Neugestaltungsbereich, weshalb ihr Bauvorhaben Priorität hatte.

Zwangsarbeiterlager in Schöneberg

INSA ESCHEBACH

Zu den dunkelsten Kapiteln des Nationalsozialismus gehört die Geschichte der Zwangsarbeit, die bis heute kaum erforscht ist. Bekannt sind einige Zahlen – wie etwa, dass im Jahre 1944 acht Millionen ausländische Arbeiter im 'Deutschen Reich' beschäftigt waren – die Realität aber, die



Abb. 166 Aus der Sowjetunion nach Deutschland verschleppte Frauen und Mädchen wurden nicht nur in Grossbetrieben wie Siemens (Bild), sondern auch in kleineren Zweigbetrieben, wie dem der Firma Lorenz AG in der Katzlerstraße in Schöneberg als Zwangsarbeiterinnen in der Rüstungsindustrie eingesetzt. Sie waren, für alle deutlich sichtbar, durch das Erkennungszeichen «Ost» an der Kleidung, als Untermenschen abgestempelt.

I hinter Angaben dieser Art verbirgt, bleibt zu nächst unvorstellbar.

Sobald man sich vergegenwärtigt, dass Tausende von Menschen hier in Schöneberg zur Arbeit gezwungen wurden, dass zum Beispiel der Bunker in der Pallasstraße, (an dem inzwischen schon wieder gebaut wird,) von Zwangsarbeitern errichtet wurde, konkretisiert sich das Bild zumindest ansatzweise.

Aus der nebenstehenden Tabelle geht hervor, dass es hier im Bezirk 18 Arbeitslager gegeben hat – vermutlich waren es weit mehr. Diese Lager waren im wesentlichen auf die Bedürfnisse der in Schöneberg angesiedelten Klein- und Mittelbetriebe zugeschnitten, es wurden aber auch zwangsverpflichtete Arbeiter für die anfängliche Realisierung der Speer'schen Umbaupläne in Anspruch genommen. Der «Arbeitseinsatz» von Ausländern in Berlin stand nämlich ab 1938 in engem Zusammenhang mit dem geplanten Umbau der Stadt zur Welthauptstadt 'Germania'. Nach Kriegsbeginn war es dann vor allem die Industrie und die deutsche Kriegswirtschaft, die Fremdarbeiter für ihre Produktion anforderte beziehungsweise angeboten bekam.

In den Schöneberger Lagern wurden hauptsächlich sogenannte «Ostarbeiter» festgehalten und ausgebeutet, vor allem Männer und Frauen aus Polen und der Sowjetunion. Auf dem Südgelände gab es ein geschlossenes Lager, dessen Insassen Schwerstarbeit im Eisenbahnausbesserungswerk leisten mussten. Im Lager Priesterweg war eine Baukolonne der Organisation Todt («OT») stationiert. Die «OT» führte Autobahnbauten, später vor allem kriegswichtige Bauarbeiten aus.

Die Frauen aus dem Lager in der Katzlerstraße mussten für die Lorenz AG arbeiten, einem der NS-Musterbetriebe, die an der Rüstungsproduktion beteiligt waren. Polnische und russische Frauen wurden aber auch immer wieder in einzelnen Haushalten beschäftigt, wo sie, wie wir aus den Polizeitätigkeitsbüchern jener Zeit (vgl. Heilmann, Kap.2) wissen, häufig einer schikanierenden Behandlungsweise ausgesetzt waren. Bei Marcus-Metall in der Monumentenstraße wurden ab 1941 auch Juden zwangsverpflichtet, Herbert Meyer aus der Widerstandsgruppe Baum (vgl. «Politische Gegner» in diesem Kapitel) war einer von ihnen. Während Zwangsarbeiter wie Sklaven gehalten und kaserniert wurden, war den Fremdarbeitern zumindest der «freie Ausgang» eingeräumt. Den Polizeiakten jener Jahre kann man entnehmen, dass herumirrende «Ostarbeiter» immer wieder auf der Straße aufgegriffen und abgeführt wurden. Widerstand konnte sich hier nur noch als Arbeitsverweigerung oder Fluchtversuch äussern – «Vergehen», die von der Gestapo mit äusserster Härte geahndet wurden.

Wie hat sich nun die Schöneberger Bevölkerung diesen Menschen gegenüber verhalten? War zum Beispiel Julius Leberein Einzelfall, der sich als Kleinunternehmer halbverhungerte Russen aus den Zwangsarbeiterlagern im Südgelände in seine Kohlenhandlung in der Torgauer Straße holte und sie dort beschäftigte, um sie vor der «Vernichtung durch Arbeit» zu bewahren? (vgl. Wolf-Jürgen Hassdorf, Julius Leber – Kohlenhändler auf der 'Roten Insel'. In: Die rote Insel, 1987, S. 133) Ausnahmen wie diese wird es gegeben haben. Im Allgemeinen aber wurden die «Ostarbeiter» als «Untermenschen» und «Verbrecher» diffamiert, engere Kontakte zwischen ihnen und den Angehörigen der «deutschen Herrenrasse» waren bei Strafe verboten.

Fremd- und Zwangsarbeiter in Schöneberg 1939-1945

Ifd. Nr.	Bezeichnung des Lagers und Anschrift	Angabe über Belegung	für Industriebetrieb	Bemerkungen
1	Gemeinschaftslager für ausländische Arbeiter Berlin-Schöneberg, Belziger Strasse 4-6, 7.11.1943 eröffnet		Deutsche Reichspost Reichspostdirektion Berlin	
2	OT-Lager Priesterweg Alboinstrasse			durch Luftangriff am 23./24.8.1943 beschädigt
3	Männerlager der Fa. Marens Berlin-Schöneberg Belziger Strasse	Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter	Fa. Marens	
4	Erdbau-Barackenlager Berlin-Schöneberg Bessemerstrasse			
5	Gemeinschaftslager 01 des Generalbauinspektors Berlin-Tempelhof Bessemerstrasse 57	sowjetische Zwangsarbeiterinnen		
6	Ausländerlager Berlin-Schöneberg Bessemerstrasse 59/61 früheste Erwähnung 4.1.1944			
7	Lager Seibt Berlin-Schöneberg Bessemerstrasse 84			
8	Ausländerlager Berlin-Schöneberg Elssholzstrasse 1/2		Deutsche Reichspost, Augustaschule heute: Sophie-Scholl-Schule	durch Luftangriff am 2.2.1943 und 2.2.1945 beschädigt
9	Gemeinschaftslager für ausländische Arbeiter Berlin-Schöneberg Elssholzstrasse 34-37	sowjetische Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter	Bunkerbau Philipp Holtzmann AG	
10	Ausländerlager Berlin-Schöneberg Feurigstrasse früheste Erwähnung: 16.3.1943	italienische Zwangsarbeiter		
11	Gemeinschaftslager 23 des Generalbauinspektors Berlin-Friedenau Grazer Damm Ecke Prellerweg			
12	Gemeinschaftslager für ausländische Arbeiter Berlin-Schöneberg Grunewaldstrasse 2-5 3.2.1945 eröffnet			
13	Gemeinschaftslager für ausländische Arbeiter Berlin-Friedenau Rheinstrasse 14		Fa. Telefunken AG	durch Luftangriff am 30./31.1.1944 beschädigt
14	Frauenlager Lorenz Berlin-Schöneberg Katzlerstrasse 12 früheste Erwähnung: 3.1.1944	sowjetische und französische Zwangsarbeiterinnen	Fa. Lorenz AG	durch Luftangriff am 29.1.1944 beschädigt, 15 Tote
15	Eisenbahn-Ausländerlager Berlin-Schöneberg Torgauer Strasse 10 Alboinstrasse 76 a Monumentenstrasse 33-34 Belziger Strasse	Firma Navigation Marcus-Metall Otto Becker	Deutsche Reichsbahn	durch Luftangriff am 23./24.8.1944 beschädigt

Entschädigungslos geblieben sind die Millionen von Kriegsgefangenen (allein 1944 waren es 1,9 Mill.), die in die «Arbeitseinsätze entlassen» wurden und damit ihren völkerrechtlich geschützten Kriegsgefangenenstatus verloren – entschädigungslos geblieben sind auch die Millionen von zivilen, meist aus den besetzten Gebieten deportierten Männern und Frauen (1944 waren es 5,7 Mill.), soweit sie das deutsche Arbeitsregime jener Zeit überhaupt überlebt haben.

Diese Tabelle ist der Studie 'Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterlager in der faschistischen Reichshauptstadt Berlin 1939-1945', herausgegeben von den Gesellschaftern für Heimatgeschichte und Denkmalpflege Berlin im Kulturbund der DDR, Berlin 1985, entnommen. Die Angaben über die drei letztgenannten Lager sind Ergebnis unserer eigenen Recherchen.

Widerstand und Verfolgung

Orte und Ereignisse

1928

30.12. Thalheimer-Brandler Gruppe wegen ihrer Opposition zur Sozialfaschismusthese und RGO-Politik aus der KPD ausgeschlossen: Bildung der «Kommunistischen Partei Opposition» (KPO)

1933

28.2. Die nach dem Reichstagsbrand erlassene Verordnung zum «Schutz von Volk und Staat» setzt die Grundrechte der Weimarer Verfassung ausser Kraft. 1933 werden in Deutschland 100 KZ's eingerichtet und über 150.000 Menschen verschleppt. **19.6.** Die Löbe-Gruppe trennt sich vom Prager Exilvorstand der SPD und erklärt sich selbst zum Parteivorstand. **22.6.** SPD verboten, 3000 Funktionäre verhaftet, Parteivermögen beschlagnahmt. Die bürgerlichen Parteien lösen sich unter dem Gleichschaltungsdruck auf eigenen Beschluss auf bzw. gehen zur NSDAP über. **14.7.** Gesetz gegen die Neubildung von Parteien.

1936

12.7. KZ Sachsenhausen errichtet. **1. - 16.8.** Bei der Olympiade in Berlin verteilen Antifaschisten Flugblätter unter den Besuchern. Im Verlauf des Jahres werden nach Angaben der Gestapo 1,5 Mio. illegale Schriften beschlagnahmt; 11.687 Kommunisten und 1.374 Sozialdemokraten verhaftet.

21.12. Führende Kommunisten, Sozialdemokraten und SAP-Vertreter unterzeichnen gemeinsam ein Dokument des «Berliner Volksfront-Ausschusses».

1939

1.9. Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem Überfall auf Polen. Internierung vieler in Deutschland lebender Polen. Schließung polnischer Schulen und Universitäten. Verschleppung der Zivilbevölkerung als Zwangsarbeiter nach Deutschland. Ab 1940 müssen Polen ein «P» auf der Kleidung tragen. Polenstrafrecht. **9.9.** Zusammenfassung aller nichtmilitärischen Sicherheitsdienste im Reichssicherheitshauptamt unter Leitung Heydrichs.

1941

22.6. Überfall auf die Sowjetunion. Herbst: Herausbildung einer gemeinsamen politischen Leitung verschiedener kommunistischer Widerstandsgruppen mit Robert Uhrig an der Spitze (1942 verhaftet, 1944 hingerichtet).

1942

18.8. Hinrichtung von Mitgliedern der Gruppe Baum. **31.8.** Verhaftung von 117 Mitgliedern der «Roten Kapelle». 46 von ihnen werden im Dezember vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt, 31 – darunter 18 Frauen – in Plötzensee hingerichtet.

1944

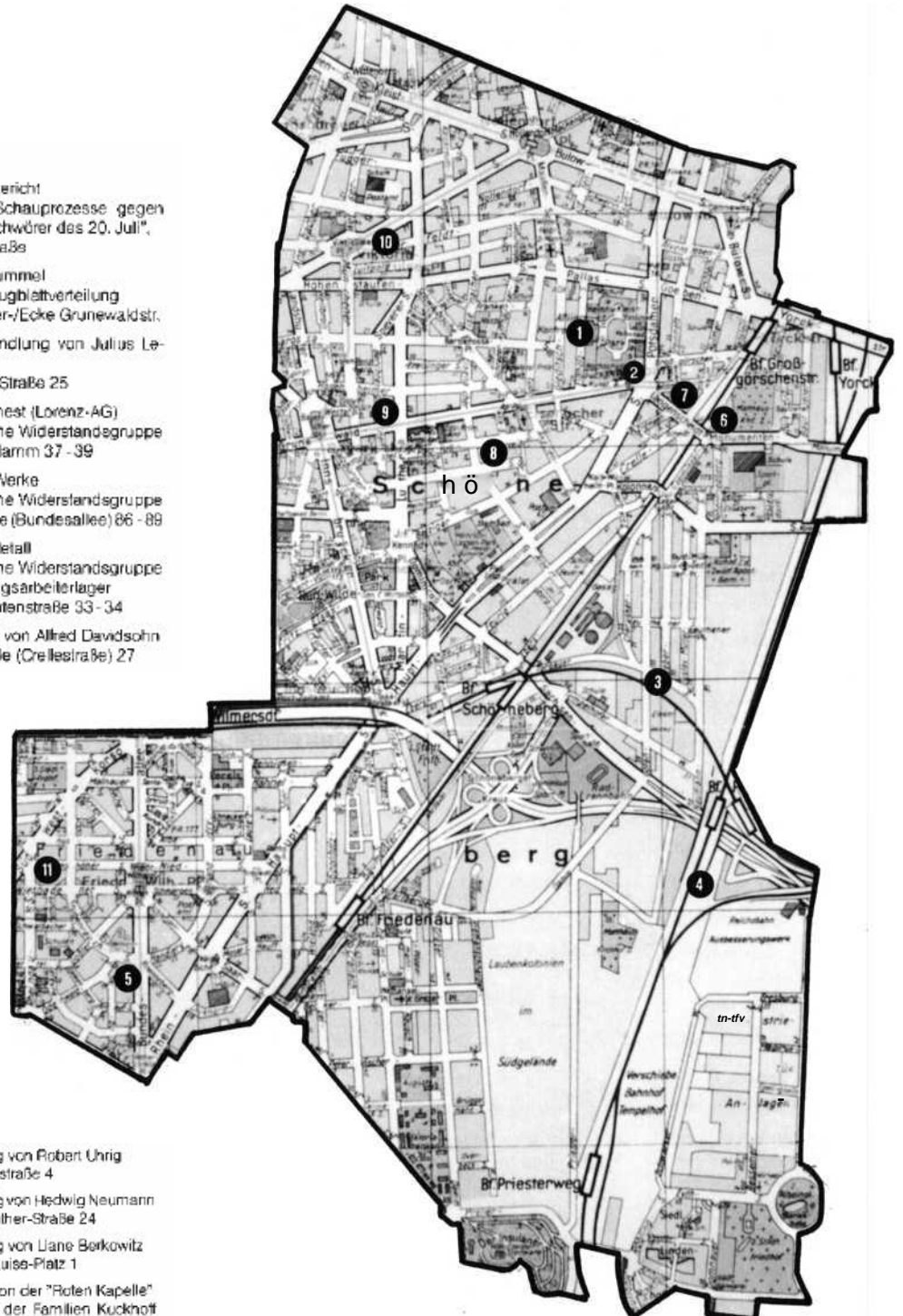
5.7. Verhaftung Lebers in Schöneberg, am 5.1.1945 hingerichtet. **20.7.** Attentat Stauffenbergs auf Hitler misslingt. Die Führungsgruppe wird noch in derselben Nacht erschossen, gegen die übrigen wird am 7.8. der Schauprozess in den Räumen des Kammergerichts (Potsdamer Strasse) eröffnet.

25.10.

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei erlässt eine Anordnung zur «Bekämpfung jugendlicher Cliques».

Orte

- 1 Kammergericht
Ort der Schauprozesse gegen die "Verschwörer des 20. Juli",
Elßholzstraße
- 2 Großer Rummel
Illegale Flugblattverteilung
Potsdamer-/Ecke Grunewaldstr.
- 3 Kohlenhandlung von Julius Leber
Torgauer Straße 25
- 4 Mix & Genest (Lorenz-AG)
Betriebliche Widerstandsgruppe
Sachsendamm 37 - 39
- 5 Askania-Werke
Betriebliche Widerstandsgruppe
Kaiserallee (Bundesallee) 86 - 89
- 6 Marcus-Metall
Betriebliche Widerstandsgruppe
und Zwangsarbeiterlager
Monumentenstraße 33 - 34
- 7 Wohnung von Alfred Davidsohn
Bahnstraße (Crelesstraße) 27
- 8 Wohnung von Robert Uhrig
Wartburgstraße 4
- 9 Wohnung von Hedwig Neumann
Martin-Luther-Straße 24
- 10 Wohnung von Liane Berkowitz
Victoria-Luise-Platz 1
- 11 Funkstation der "Roten Kapelle"
Im Haus der Familien Kuckhoff
und Brockdorf
Wilhelmshöherstraße 18/19



Von den Schwierigkeiten, dem Widerstand im Bezirk auf die Spuren zu kommen.

GISELA WENZEL

Schon 1982 erteilte die Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung den Auftrag, bei der Erforschung des Nationalsozialismus im Bezirk auch die Geschichte des Widerstandes angemessen zu berücksichtigen. Auch heute – fünf Jahre später – sind unsere Kenntnisse zu diesem Thema immer noch lückenhaft und die hier aufgenommenen Beispiele eher zufällig. Es fällt schwer, einen Überblick über Umfang und Bedeutung des organisierten Widerstands hier im Bezirk zu geben.

Alltagswiderstand gab es in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, Beispiele dafür sind: Die Rektorin der Augusta-Schule, die sich weigerte, den Eid auf Hitler abzugeben, der Präsident des Kammergerichts, der sich die antisemitischen Auftritte der SA in seinen Amtsräumen verbat. Episoden der eher privaten Verweigerung, wie die des liberalen Beamten, der immer mit zwei Akten taschen in der rechten und linken Hand aus dem Hause ging, um dadurch den Hitlergruss verweigern zu können; oder die des sozialdemokratischen Ehepaars, das seine geräumige Vorderhauswohnung aufgab und ins Hinterhaus zog, weil sie sich dort eher dem verhassten Flaggen der Hakenkreuzfahne entziehen konnten, wurden uns in Gesprächen mit Zeitzeugen häufiger mitgeteilt. Auch dieser passive Widerstand war politisch, weil sich die Menschen durch ihn, oft um den Preis des Verzichts auf private Bequemlichkeiten, ihre Identität und Würde zu bewahren versuchten.

In diesem Kapitel geht es, anders als in den vorhergehenden, um den organisierten politischen Widerstand im Bezirk. Die Schwierigkeiten seiner Erforschung beginnen mit der unbearbeiteten Quellenausgangslage. Weder die einschlägige Literatur, noch die Archive der auf die Erforschung des Widerstands spezialisierten Institute und Gedenkstätten erschliessen sich unmittelbar unseren spezifischen lokalen Fragestellungen, da sie entweder themenbezogen oder personengeschichtlich aufgebaut sind.

Wieviele Menschen wurden in diesem Bezirk in der Zeit des Nationalsozialismus wegen Vorbereitung zum Hochverrat, wegen Landesverrats, wegen Wehrkraftzersetzung oder aufgrund des «Heimtückegesetzes»* verurteilt und in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern inhaftiert? Wie viele von ihnen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet?

Erste Hinweise enthielten für uns die nach 1945 vorgenommenen Umbenennungen von Strassen und Plätzen im Bezirk und die – insbesondere in den letzten Jahren – von der Bezirksverordnetenversammlung an verschiedensten Orten angebrachten Gedenktafeln (vgl. Gedenktafel Karte Kap. 3). Sie erinnern an bekannte Persönlichkeiten wie Julius Leber, Rudolf Breitscheid und Justus Pereis, die zeitweilig in Schöneberg lebten oder beruflich tätig waren, deren politische Bedeutung im Widerstand sich natürlich nicht nur auf einen lokalen Zusammenhang beschränken lässt. Nur in einzelnen Fällen wurden weniger bekannte Menschen aus dem Bezirk einer solchen Ehrung für würdig befunden.

Eine weitere Quelle hätten frühe Dokumentationen des Widerstands aus der Nachkriegszeit sein können, zum Beispiel die in allen Berliner Bezirken erstellten Listen und Gedenktafeln für die «Opfer des Faschismus». Diese Dokumente gerieten in der Zeit des 'Kalten Krieges' wieder in



Abb. 167 Illegale Druckerei, nachgestellt in der Ausstellung 1983 im «HAUS am KLEIST-PARK». Im Hintergrund die Vergrößerung eines Linolschnittes von Wolfgang Szepansky.

Vergessenheit. Gedenktafeln wurden wieder abgenommen und gingen in den meisten Bezirken, auch in Schöneberg, verloren. Wer weiss beispielsweise heute noch, dass von der ersten Bezirksverwaltung Strassenumbenennungen nach Antifaschisten in weit grösserem Umfang vorgesehen waren, als später in die Tat umgesetzt wurden? Und wer weiss, dass ein Antrag der Schöneberger Verwaltung um die Genehmigung eines Obelisken zur Erinnerung an die «Opfer des Faschismus» auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz im September 1947 von der amerikanischen Militärregierung abgelehnt wurde? (Diesen und andere Hinweise aus den Akten der amerikanischen Militärregierung [OMGUS] verdanke ich dem Wedding-Projekt der Berliner Geschichtswerkstatt, 1987.) Eine gründliche Sichtung der Archive würde sicherlich noch mehr Beispiele zu Tage fördern. Drei Einzeldokumente, die ich privaten Hinweisen verdanke, seien hier beispielhaft aufgeführt:

- Eine Berliner Statistik vom 31.5.1948 nennt für Schöneberg 476 politisch und 876 rassistisch Verfolgte, das sind 1.352 anerkannte «Opfer des Faschismus». (OMGUS-Akten)
- Von 59 offiziell anerkannten politisch Verfolgten kennen wir Namen und Adressen (Liste im Archiv für Zeitgeschichte, Hans Gräfer).
- Eine im Zuge des Aufbaus der Schöneberger Bezirksverwaltung unmittelbar nach dem Krieg erstellte Personalbestandsliste weist Mitarbeiter – knapp 100 Personen – als politisch Verfolgte aus. Damals galt eine antifaschistische Vergangenheit, belegt durch Verurteilung zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen, offenbar als eine gute Voraussetzung für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Zu den benannten Personen gehören unter anderem: der 1. Bürgermeister von Schöneberg nach 1945, Ferdinand Grändorf, Gerhardt Wendt, Ellen Kuntz, Gerhard und Werner Jurr und Hilde Radusch.

Weshalb wurden die Namen dieser Menschen aus dem alltäglichen politischen Widerstand bis jetzt verschwiegen und in der politischen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik und Berlin (West) dem vorwiegend militärischen Widerstand der letzten Stunde, dem «20. Juli» so viel Aufmerksamkeit gewidmet? Der Grund dafür liegt vermutlich in der politischen Herkunft dieser Menschen: Es war vor allem der Arbeiterwiderstand, dessen Angehörige in den Jahren 1933 bis 1945 die grössten Opfer im aktiven Widerstand gebracht hatten. Während sich diese Menschen schon vor 1933 gegen die aufkommende Hitlerbewegung zur Wehr gesetzt hatten, und danach schon sehr bald von der politischen Verfolgung betroffen waren, hat das liberale und konservative Bürgertum erst allmählich begriffen, welches unmenschliche System die Hitlerdiktatur darstellte. Abgesehen vom kirchlichen Widerstand (siehe Kapitel 5) fanden einige militärische und gesellschaftliche Eliten erst sehr spät zum aktiven Widerstand.

In einem mutigen Schuldbekenntnis hat dies in den fünfziger Jahren der damalige Bundespräsident Heuss – selbst Mitunterzeichner des Ermächtigungsgesetzes – offen ausgesprochen.

Dem personengeschichtlichen Ansatz folgend haben wir diesem Kapitel eine Sammlung von 24 Kurzportraits vorangestellt. Neben den bekannteren und bereits durch eine Gedenktafel Geehrten haben wir auch weniger bekannte Namen aufgenommen.

Der gegenwärtige Stand unseres Wissens zeigt aber auch die Grenzen unseres bisherigen methodischen Vorgehens, das auf relativ zufälliger Zeiteugenschaft und Laienarbeit gründet. Hier müsste jetzt sehr bald ein wissenschaftlich-systematischer Forschungsauftrag erfolgen, um die Berichte der letzten noch lebenden Zeitzeugen zu dokumentieren und die Archive unter lokalhistorischen Fragestellungen auszuwerten.

Damit verbindet sich auch die Forderung an den Senat, die bislang allzu restriktiv gehandhabten Sperrfristen und Einwilligungsvorbehalte für den Zugang zu den Akten aus dem «Document Center» und den Entschädigungsämtern zu liberalisieren.

* Die «Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung» vom 21.3.1933 sah hohe Gefängnisstrafen, im Kriege sogar die Todesstrafe gegen «unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art» vor, die geeignet waren, «das Wohl des Reichs oder des Landes oder das Ansehen der Reichsregierung ... zu schädigen.»

Politische Gegner des Nationalsozialismus: verfolgt – misshandelt – ermordet

GISELA WENZEL, INSA ESCHBACH

Liane Berkowitz

*1923 †1943

Die Schülerin und Studentin wohnte am Viktoria-Luise-Platz und gehörte der «Roten Kapelle» an. Sie führte Übersetzungsarbeiten und Flugblattaktionen durch. Das Kind, das sie nach ihrer Verhaftung zur Welt brachte, wurde von der SS «beschlagnahmt» und ist gestorben. Zwei Tage vor ihrem 20. Geburtstag wurde Liane Berkowitz in Plötzensee hingerichtet, (siehe Kapitel 1, «Spuren der Erinnerung an Liane Berkowitz»)

Rudolf Breitscheid

*1874 †1944

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und frühere preussische Innenminister Breitscheid wohnte in Berlin zuletzt in der Haberlandstr. 5, der heutigen Nördlinger Strasse 8. Ende März 1933 flüchtete Breitscheid über die Schweiz nach Frankreich, von wo er als aktiver Gegner des Nationalsozialismus nach der deutschen Besetzung 1941 an die Gestapo ausgeliefert wurde. Am 24.8.1944 wurde er im KZ Buchenwald nach einem Luftangriff tot aufgefunden.



Erika von Brockdorff Abb. 168 *1911 †1943

Ihre Wohnung in der Wilhelmshöher Strasse 18/19 diente ab 1935 als Treffpunkt antifaschistischer Kreise und wurde 1941 zur heute bekanntesten Funkstation der Berliner «Roten Kapelle». Auf persönlichen Befehl Hitlers wurde Erika von Brockdorff 1943 im Schnellgerichtsverfahren zum Tode verurteilt und hingerichtet, (siehe «Die Rote Kapelle», in diesem Kapitel)

Franz Czerninski

*1876 †1946

Der SPD-Stadtverordnete und Stadtrat im Magistrat Berlin war Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Rathaus und Aufsichtsratsvorsitzender der Siedlungsgenossenschaft Lindenhof. Er wohnte 1933 in der Eythstrasse 34. Am 13.4.1933 wurde Franz Czerninski von der SA in das

«Wilde KZ» in der General-Pape-Strasse verschleppt und dort schwer misshandelt. Ihm zu Ehren wurde 1961 die Siegfriedstrasse in Czerniskistrasse umbenannt.



Abb. 169



Fritz Elsas; Abb. 170 *1890 †1945

Nach dem Bürgermeister von Berlin (1931 bis 1933) wurde 1954 in Anwesenheit von Theodor Heuss die Fritz-Elsas-Strasse benannt, früher Am Park. Fritz Elsas, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), wurde 1944 verhaftet, weil er nach dem Attentat vom 20. Juli den in diesem Zusammenhang verfolgten Karl Goerdeler in seinem Haus freundschaftlich aufgenommen hatte. Am 4.1.1945 wurde Fritz Elsas ohne Verfahren auf dem sog. «Lederstrahlenhof» in Sachsenhausen erschossen.

Otto Grotewohl

*1894 †1964

Erich Gniffke

*1895 †1964

Otto Grotewohl, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Minister für Inneres und Justiz im Freistaat Braunschweig, wohnte nach dem Krieg in der Motzstrasse 22. 1938 wurde er wegen «Verletzung des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien» verhaftet. Innerhalb der sozialdemokratischen Widerstandsgruppe «Heibacko», so genannt nach dem

Namen der Firma von Erich Gniffke in der Bülowstrasse 7 (Küchenherde), hatte Grotewohl Verbindungen zwischen Sozialdemokraten in verschiedenen Teilen Deutschlands und Dänemarks aufgebaut. 1945 war Grotewohl Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD. Er gehörte neben Erich Gniffke und anderen 1945 zu den Befürwortern einer Vereinigung von SPD und KPD. 1949 wurde Grotewohl zum Ersten Ministerpräsidenten der DDR ernannt.

Michael Hirschberg

*1889 †1937

Bis zu seiner Verhaftung wohnte der Landgerichtsrat und Vorsitzende einer SPD-Abteilung in der Gegend Bülow-/Potsdamer Strasse in der Winterfeldtstrasse 8, wo seit kurzem auch eine Gedenktafel an ihn erinnert. Nach 1933 unterhielt Michael Hirschberg Kontakte zur illegalen Leitung des Prager Vorstandes der SPD, und war für den Vertrieb der Schrift «Sozialistische Aktion» zuständig. 1935 wurde die Gruppe Hirschberg verhaftet. Er selbst starb 1937 nach schweren Misshandlungen im Zuchthaus Brandenburg.

Paul Junius

*1901 †1944

Der Maschinenschlosser Paul Junius war bei den Askania-Werken in Friedenau beschäftigt. Ab 1943 hielt er, im Auftrag von Anton Saefkow und Franz Jacob, den Leitern der Berliner Organisation der KPD im Untergrund, die Verbindung zu antifaschistischen Arbeitern der Rüstungsbetriebe im Süden der Stadt. In den Askania-Werken war er in der kommunistischen Betriebsgruppe aktiv, die die Produktion dieses kriegswichtigen Betriebes zu stören versuchte. Im Sommer 1944 wurde Paul Junius verhaftet, zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Gerhard Jurr

*1905

Gerhard Jurr war bis 1934 politischer Instrukteur in der KPD Schönebergs und wohnte zuerst in der Barbarossastrasse 5, später in der Hewardstrasse 4. Ab dem Mai 1935 organisierte er den Widerstand im Rheinland. Unter dem Vorwurf des Hochverrats wurde er zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Werner Jurr

*1906

Werner Jurr war seit 1928 Mitglied der KPD-Opposition und wohnte, wie seine Brüder Gerhard und Hans, zunächst in der Barbarossastrasse 5, danach in der Habsburger Strasse 8. Seit 1932 war er in der «Roten Hilfe» aktiv. Wegen versuchten Hochverrats wurde Werner Jurr von 1934 bis 1937 im Zuchthaus Brandenburg interniert und später wegen seiner fortgesetzten Widerstandsarbeit in der Saefkow-Gruppe erneut zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt.

Karl König

*1910 †1974

Der Sozialdemokrat König wohnte nach dem 2. Weltkrieg in Friedenau, Cosima-Platz 8. Weil er dem 'Roten Stosstrupp' an-

gehörte und beim Flugblattverteilen gefasst wurde, verbrachte er die Zeit von 1933-36 im Zuchthaus. Nach der Einberufung kam er 1943 zum Strafbataillon 999. Ab 1964 war König Geschäftsführer der BVG und von 1965-75 Senator für Wirtschaft in Berlin.



Abb. 171

Greta Kuckhoff

*1902 †1981



Abb. 172

Adam Kuckhoff

*1887 †1943

Die Wohnung des Ehepaars Kuckhoff in der Wilhelmshöher Strasse 18/19 war eine der Funkstationen der «Roten Kapelle». Der Schriftsteller und Regisseur Kuckhoff, einer der Initiatoren der «Roten Kapelle» in Berlin, wurde 1942 zum Tode verurteilt und am 5.8.1943 in Plötzensee hingerichtet. Die spätere Präsidentin der DDR-Notenbank, Greta Kuckhoff, war seit den zwanziger Jahren mit Arvid und Mildred Harnack befreundet. Nach der Geburt ihres Kindes Ule setzte sie ihre Widerstandsarbeit als Kurier fort. Sie überlebte als einzige des engeren Kreises, weil ihr Todesurteil zur Haftstrafe gemildert wurde, (siehe: «Rote Kapelle» in diesem Kapitel)

Julius Leber

*1891 †1945

An den früheren Reichstagsabgeordneten erinnert eine Gedenktafel an der Julius-Leber-Brücke. Nach jähriger KZ-Haft übernahm Leber eine Kohlenhandlung in der Torgauer Strasse, die zu einem Treffpunkt des «20. Juli» wurde. Neben Wilhelm Leuschner war er der führende Sozialdemokrat in diesem Widerstandskreis und seit 1940 eng mit Stauffenberg be-



Abb. 173

freundet. Anfang Juli 1944 wurde er verraten, verhaftet und nach unmenschlichen Folterungen, die ihn aber nicht zum Reden brachten, am 5.1.1945 in Plötzensee hingerichtet. (siehe: Julius Leber in diesem Kapitel)

Paul Lobe

*1875 †1967

An den sozialdemokratischen Reichstags-Präsidenten erinnert seit 1975 eine Gedenktafel in der Rubensstrasse 118, wo Lobe von 1936 bis 1939 wohnte. Paul Lobe wurde 1933 als «Schutzhäftling» ins KZ Dürngoy bei Breslau gebracht und 1944 im Rahmen einer den «20. Juli» betreffenden sog. «Gitteraktion» ins KZ Gross-Rosen verschleppt. Nach dem Krieg war Paul Lobe der Alterspräsident des Deutschen Bundestages.



Abb 174

Herbert Meyer
*1916 †1942

Herbert Meyer war aufgrund seiner jüdischen Herkunft bei Marcus-Metall in der Monumentenstrasse 32 zwangsverpflichtet. Er war Mitglied der «Widerstandsgruppe Baum», die sich vorwiegend aus jungen Leuten jüdischer Herkunft zusammensetzte. Seit 1939 verfasste und verbreitete die Gruppe antifaschistische Flugblätter und versuchte mit Geld und gefälschten Pässen, Juden die Flucht aus Berlin zu ermöglichen. Ausserdem knüpfte die Gruppe Kontakte zu ausländischen Fremd- und Zwangsarbeitern an. 1942/43 wurden die Mitglieder der Widerstandsgruppe zum Tode verurteilt und

Herbert Meyer in der Haftanstalt Moabit ermordet.

Hedwig Neumann

*1890 †1944

Marian Foremski

*1924 †1943

Hedwig Neumanns Wohnung in der Martin-Luther-Strasse 24 war eine wichtige Kontaktstelle zwischen der polnischen Minderheit in Berlin und dem polnischen Widerstand (Londoner Exilregierung). 1942 wurde Hedwig Neumann verhaftet, 1943 zum Tode verurteilt und am 27.1.1944 in Plötzensee ermordet. Mit ihrer Gruppe wurde neben anderen auch ihr ebenfalls in der Martin-Luther-Strasse 24 wohnender Neffe Foremski verhaftet. Der Neunzehnjährige wurde am 24.9.1943 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

(Siehe: «Hedwig Neumann und die polnische Minderheit» in diesem Kapitel)



Abb. 175

den Widerstand in einer geheimen Betriebsgruppe und wurde daraufhin 1936 wieder entlassen. Zusammen mit Walter Uhlmann, Otto Oehring und fünf weiteren KPO-Angehörigen wurde er im Februar 1937 verhaftet und im November zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Todkrank wurde Ernst Paul am 15.10.1939 aus dem Gefängnislazarett Moabit entlassen und starb zwei Wochen später einen schmerzhaften Tod. Eine rechtzeitige Operation war in der Haft bewusst verhindert worden.



Erich Wendland

*1888 †1950

Der sozialdemokratische Politiker und spätere Bürgermeister von Schöneberg (1945-1950) wohnte in der Kufsteiner Strasse 57.

1933 wurde er von der SA verhaftet und schwer misshandelt, bei Kriegsausbruch dienstverpflichtet ins Salzbergwerk Behndorf bei Helmstedt, wo Antifaschisten und ausländische Arbeiter besonders schlecht behandelt wurden.

Nach Erich Wendland wurde die Wendlandzeile im Süden Schönebergs benannt.

Georg Wendt

*1889 †?

Der langjährige Kreisvorsitzende der SPD Schönebergs wohnte zunächst in der Gotenstrasse 13, ab 1927 in der Eisackstrasse 37. 1933 wurde Georg Wendt verhaftet und sieben Monate lang festgehalten.

Nach dem Krieg war Georg Wendt wieder in der Bezirksverwaltung tätig.

Alexander Schwab

*1887 †1943

Alexander Schwab, Theoretiker der «Freideutschen Jugend» und Gründungsmitglied der KAPD, einer rätekommunistisch orientierten Gruppe, wohnte in der Lutherstrasse 47, der heutigen Keithstrasse 8.1933 wurde er wegen des «Verdachts feindlicher Umtriebe» in «Schutzhaft» genommen. Weil er seine Arbeit in der sozialistischen Widerstandsgruppe «Rote Kämpfer» fortsetzte, wurde er 1936 erneut verhaftet und die Organisation zerschlagen. Zusammen mit anderen Mitgliedern der «Roten Kämpfer» wurde Schwab zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt und starb nach schweren Misshandlungen am 12.11.1943 im Zuchthaus Zwickau.

(Siehe: Diethart Kerbs: Spuren des Prinzips Hoffnung, in: Tageszeitung (taz) 11.8.1987)

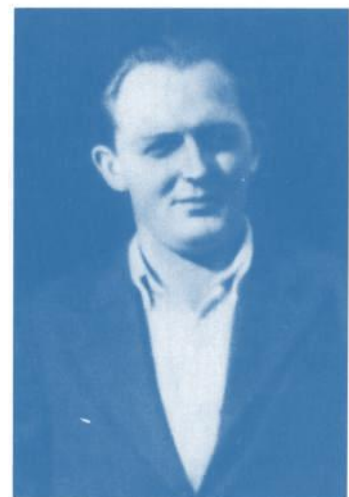


Abb. 176

Ernst Paul

*1902 †1939

Der Metallarbeiter und Kommunist Ernst Paul wohnte in der Hohenfriedbergstrasse 2. Nach dem Besuch der Lenin-Schule in Moskau schloss er sich 1928 in Opposition zur Sozialfaschismusthese der KPD der KPO (Gruppe Brandler-Thalheimer) an. 1933 nahm er die illegale Parteiarbeit im Widerstand auf. 1934 wurde Ernst Paul Mitglied im illegalen Komitee der Metallarbeiter. Nach langer Arbeitslosigkeit wurde er bei Lorenz-AG eingestellt, organisierte dort



Abb. 178

Robert Uhrig
*1903 †1944

- Gedenktafel vorhanden
- Gedenktafel beantragt oder beschlossen

Vgl. die Ausklappkarte mit den Gedenktafeln für Verfolgte des Nationalsozialismus und Stätten des Widerstands, Kap. 3

Übrigens...**ein Tip an die junge Generation, die im Begriff ist, in den Spuren des Widerstands der «kleinen Leute» zu forschen:**

Ihr könnt vorwärts stürmen und mit Energie, jetzt, überall und sofort, in jedem Bezirk, «Widerstand» entdecken, wenn Ihr nur wollt. Die Leute werden sich freuen, Euch so viel wie möglich von ihrem «Widerstand» zu berichten. Wenigstens jetzt werden sie die Möglichkeit haben, sich zum Nicht-Nazi umzufunktionieren und womöglich noch Eindruck zu machen. So ist es bisher geschehen und damit der Eindruck einer gewaltigen Widerstandsbewegung aus dem Volke heraus entstanden.

Aber: Die Wirklichkeit sah ganz anders aus.

Ich weiss, dass es heute nicht ins Bild passt, dass es mindestens ebenso viele Denunzianten wie Widerständler gab. Auch ist das Wort «*Widerstandskampf*» inzwischen zum verbalen Schlagwort geworden. Es gab aber damals so viele Formen des Widerstands, auf die das Wort Kampf nur sehr schlecht passte, da sie keinerlei kämpferischen Ausdruck trugen wie etwa die Strassenkämpfe vor 1933 oder die Plakat- und Flugblattaktionen der Widerstandsgruppen der Arbeiter. Diese trugen einen deutlichen Kampfcharakter nach aussen, waren aber mitunter so angelegt, dass sie nur einen Teil der Bevölkerung – nämlich die kommunistische – ansprachen und daher keine Massenbasis erreichten. Der Widerstandskampf dieser Art wird immer wieder und wieder dargestellt, die Druckpressen gezeigt usw. Nur ist es nicht etwas zu wenig, wenn man dadurch die ganz leisen, völlig unauffälligen Formen des Widerstands vergisst?

Es gab nicht nur den Bürokratismus in der Nazizeit; es gab auch eine schleichende Verschleppung von Nazi-Anordnungen durch kleine Behördenangestellte. Es gab die stille Hilfe der Lebensmittel- und Quartierbeschaffung und nur ein einziger Satz im richtigen Moment konnte ein ganzes Warnsystem ersetzen. Jeden einzelnen Fall dieser Art aber kann man in einem Gespräch ergründen. Ihr werdet dann staunen, dass es gerade bescheidene Leute sind, bei denen Ihr fündig werdet, denn auch diese Form des Widerstands war selten und damit um so kostbarer.

Wichtig ist auch, etwas über das Verhalten Eures Gesprächspartners vor der beginnenden Niederlage zu ergründen. Jetzt kann man deutliche Fragen stellen. Ein Nazi hat in Bezug auf die Judenverfolgung «*nichts gewusst*». Ein «*Gegner*» dagegen sehr wohl! Er war ja nicht blind und taub. Die Verfolgungen traten ja klar zutage, durch Gesetze, «*Kristallnacht*», Presse, Rundfunk, Litfasssäulen, ja sogar durch Kinderbücher! Und die Menschen selbst brauchte man ja auch nur zu fragen, bevor sie langsam, keineswegs überraschend, verschwanden, aus dem Haus, aus der Strasse...über den Rest informierte zu einem späteren Zeitpunkt sogar der Londoner Rundfunk, wenn man ihn hören wollte, den «*Feindsender*». Ein zumindest interessierter Gegner besass keineswegs nur den 50RM-Volksempfänger! – Das Argument «*gefährlich*» sticht da in keiner Weise, eher schon der sehr schwere Empfang, der schon einige Ausdauer erforderte. Ein Gegner also hatte «*davon gewusst*». Wer aber will ihm heute vorwerfen, dass er kein Held war und nicht seinen Kopf riskierte...

Aber gerade für einen Gegner gab es auch zumutbare Formen des Widerstandes und die sollte man in einem Gespräch erfragen, denn sie wurden praktiziert, wie stille Hilfe, Sabotage usw.. Und mitunter waren die Menschen auch nur erschüttert und zeigten das nach dem Kriege: «*Mein Gott, das arme Ehepaar Hirsch bei uns im ersten Stock, die dann abgeholt wurden; es war ja so schrecklich...*» (sprechen so Nazis?). Auch sie haben «*gewusst*». Das würden sie schon um der Aufklärung willen niemals bestreiten. Vielleicht haben sie sogar, so gut wie es ging geholfen... sich mit dem Ehepaar beschäftigt, wer weiss es? Eine «*unbesungene Heldin*», eine ganz bescheidene alte Frau: «*Aber ich musste doch einfach helfen...*» Sie verstand es überhaupt nicht, weswegen sie nun geehrt werden sollte.

Ein Wort an die Jugendlichen, die in einer Identitätskrise stecken, wenn ihr nach Frankreich, Holland oder in andere ehemals besetzte Gebiete fahrt. Ihr seid nicht schuld und habt nicht die geringste Ursache, Euch zu verteidigen. Sagt das den fremden Jugendlichen offen, aber versucht gleichzeitig klarzumachen: «*Wir kehren unsere Geschichte nicht unter den Teppich. Wir bedauern es, wenn Eure Eltern unter der deutschen Besatzung gelitten haben.*» – Denkt dabei daran, dass ja gerade der übertriebene Nationalstolz der Deutschen, ihr Überlegenheitsgefühl gegenüber allen anderen, zu Krieg, Eroberung und Vernichtungswillen gegenüber einem Teil der Bevölkerung geführt hat. Dem könnt Ihr den Kosmopolitismus entgegensetzen. Die beste Möglichkeit, mit Vorwürfen umzugehen: Beschäftigt Euch mit der deutschen Besetzungszeit. Verblüfft Euer Gegenüber durch gute Kenntnisse. Lasst sie aussprechen, wenn sie von wirklichem Leid erzählen. Nur durch sachliche Diskussion ist die Beschäftigung mit der Vergangenheit, ohne persönliche Angriffe und Vorurteile, möglich. Ihr habt keine Identitätskrise nötig. Warum ich das alles schreibe? Weil ich weiss, was die Nazizeit für die Verfolgten bedeutet hat und mein Wissen an Euch weitergeben will. Gleichzeitig aber auch, um Euch anzuregen, mutig auch zu dem Teil unserer Geschichte zu stehen, der unbequem ist.

VEPA BREITWIESER

Der Prozess gegen den «20. Juli» in der Elssholzstrasse

DETLEV KEHR

«*Es ist nicht vom Gesetz auszugehen, sondern vom Entschluss, der Mann muss weg*» Reichspropagandaminister Goebbels im Jahre 1942 in einer Ansprache vor den Richtern des Volksgerichtshofes.

7. August 1944: Die schweren Kämpfe an den Fronten hatten ihren Höhepunkt erreicht. Tag und Nacht warfen alliierte Bomberverbände ihre todbringenden Lasten über Deutschland ab. «*Im Plenarsaal des preussischen Kammergerichts in Berlin in der Elssholzstrasse herrschte bereits in den frühen Morgenstunden geschäftiges Treiben. Der Volksgerichtshof sollte um 9 Uhr mit den Verhandlungen gegen die ersten Angeklagten beginnen, die wegen Teilnahme an der Verschwörung gegen den Führer verhaftet worden waren. Kameramänner bauten ihre Apparate auf. Berichterstatter liessen sich, nachdem ihre Ausweise geprüft worden waren, auf den ihnen angewiesenen Bänken nieder. Bald drängten sich im Zuschauerraum Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Partei und der Wehrmacht. Der kahle, hohe Saal war an seiner Stirnseite mit der Hakenkreuzfahne geschmückt. Eine überlebensgrosse Büste Adolf Hitlers ersetzte die Justitia, deren Augenbinde bekanntlich die Unabhängigkeit des Richterstandes und seine Verpflichtung zu unteilbarer Gerechtigkeit versinnbildlicht. Pünktlich um 8 Uhr 30 wurden die acht Angeklagten, alles ehemalige Offiziere, von Polizeibeamten durch eine Seitentür in den Saal geführt, wo sie in Doppelreihen an der Längsseite Platz nahmen. Sie trugen keine Uniformen mehr. Ihre bleichen Gesichter waren gekennzeichnet von der ungeheuren Schwere der Stunde. Wenige Minuten später betrat der Präsident des Volksgerichtshofes, Dr. Roland Freisler, den Raum. Rechts und links neben dem Präsidenten nahmen die Richter des 1. Senats ihre Plätze ein. Die roten Roben leuchteten im hellen Licht des Sommertages wie Blut. Daneben wirkte die feldgraue Uniform des Beisitzers General Reinecke fast schlicht, unaufdringlich. Stühle wurden gerückt, Aktenblätter raschelten, ein paar Worte wurden gewechselt. Die acht Pflichtverteidiger, die vor den Angeklagten sasssen, zeigten teils gespannte, teils gleichgültige Mienen. Da erhob sich – nach einem Blick auf die Armbanduhr – der Präsident und eröffnete die Sitzung. Die Verhandlung konnte beginnen...*»

(Nach dem Bericht eines Augenzeugen, Verfasser unbekannt, in: Gert Buchheit, 1968, S.11)

Der 20. Juli 1944 gilt bei uns als das Datum, das für den Widerstand gegen die menschenverachtende und -vernichtende Diktatur Hitlers steht. Die Widerstandskämpfer wurden zumeist vom Volksgerichtshof, in einigen Fällen (z.B. von Stauffenberg) von Standgerichten in summarischen Verfahren, wegen «*Hoch- und Landesverrats*» verurteilt. Der Volksgerichtshof hatte seinen Sitz in der

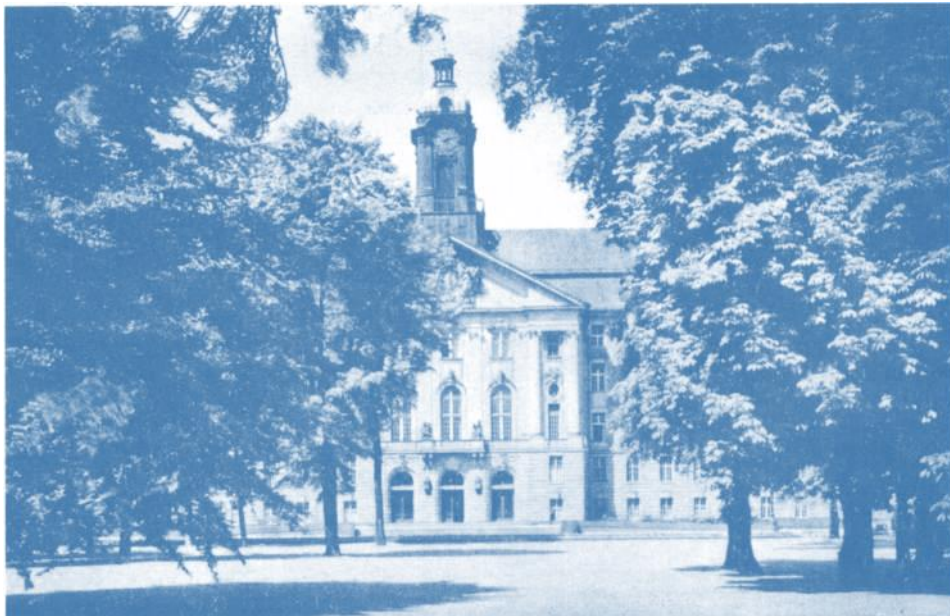


Abb. 179 Preussisches Kammergericht vom Kleistpark aus gesehen, 1930

Das Kammergericht war das zuständige Oberlandesgericht für Preussen und hatte seit 1913 seinen Sitz in der Elssholzstrasse. 1933 gehörte der damalige Präsident des Kammergerichts zu den wenigen Richtern in Berlin, die sich den Nationalsozialisten nicht widerstandslos beugten.

Er verbat sich die SA-Aktionen gegen jüdische Richter und Rechtsanwälte in seinem Hause und protestierte dagegen – ohne Erfolg – bei der neuen Justizverwaltung. 1934 wurde er in den Ruhestand versetzt.



Abb. 180 Seine finstersten Stunden erlebte das Kammergericht im August 1944, als der Volksgerichtshof unter seinem gefürchteten Präsidenten Roland Freisler in einem Schauprozess vor geladenen Zuhörern einige Angeklagte des «20. Juli» zum Tode verurteilte. Die Montage mit Foto aus einer Verhandlung mit dem Volksgerichtshofvorsitzenden Freisler (Mitte) ist dem Plakat der Open-air-Ausstellung im Kleistpark 1987 entnommen.

Bellevuestrasse; für solch einen grossen Schauprozess, wie er gegen die Verschwörung vom 20. Juli geplant war, hatte das Gebäude des Volksgerichtshofes allerdings zu kleine Räume. Man wählte daher den Plenarsaal des Kammergerichts zum Ort des Schauprozesses. Soweit es sich bei den Verschwörern um Zivilisten handelte, war es Aufgabe des Volksgerichtshofes, die Strafverfahren durchzuführen. Für die Verfahren gegen Wehrmachtangehörige wäre dagegen die Militärjustiz zuständig gewesen. Da Hitler den Kriegsgerichten misstraute, befahl er, dass auch die Militärs vor dem Volksgerichtshof angeklagt werden sollten. Nur ein Verfahren unter dem Vorsitz von Roland Freisler, dem Präsidenten des Volksgerichtshofes, schien ihm eine hinreichende Gewähr für einen «kurzen Prozess».

Über Freisler und Oberstaatsanwalt Görisch, den Anklagevertreter, weiss ein Augenzeuge zu berichten: «Freisler liess alle seine bekannten Register vom Pathos zu schneidender Ironie spielen. Er brachte seine umfassende allgemeine Bildung ebenso zur Geltung wie seine Erlebnisse in Russland... Er gab den Beschuldigten weitgehend Gelegenheit sich zu äussern, hatte aber die Führung

der Verhandlung völlig eindeutig in der Hand. Die Urteile waren der überzeugende Schlusspunkt. – Oberstaatsanwalt Görisch, der die Anklage vertrat, suchte offensichtlich Freisler zu kopieren, er wirkte zwar überzeugend – aber –?

Er gab sich Mühe, so scharf wie der Richter zu sein. 1945 nahm er sich mit seiner ganzen Familie das Leben.» (Aus: Irmgard von der Lübe, 1966)

Die Angeklagten durften im Prozess nicht gross zu Wort kommen. Der 1. Senat wurde diesen Anforderungen gerecht, wie die Filme belegen, die für Hitler von den Verhandlungen gedreht wurden. Der Prozess wurde vor allem mit dem Ziel geführt, die Gegner des Regimes intellektuell und moralisch zu disqualifizieren und ihre Persönlichkeiten über den physischen Tod hinaus auszulöschen. (Vgl. Gerhard Fieberg, Justiz im nationalsozialistischen Deutschland, 1984, S. 11 ff.).

Über 200 Widerstandskämpfern, sie kamen zu meist aus der militärischen und bürgerlichen konservativen Elite Deutschlands, wurde der Prozess gemacht. Die zum Tode Verurteilten wurden 55 Minuten nach Abschluss des Prozesses am 8. August 1944 in nur dreiminütigem Abstand in Plötz-

ensee durch Erhängen hingerichtet.

Auf dem alten Kirchhof der St.-Matthäus Gemeinde in Schöneberg finden wir seit einigen Jahren einen Gedenkstein, der an den Widerstand vom 20. Juli erinnert. Schon in der Nacht nach dem Attentat, vom 20. auf den 21. Juli, waren vier massgeblich Beteiligte: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Friedrich Olbricht, Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, Werner von Haeften standrechtlich erschossen worden. Ludwig Beck hatte sich am 20.7.1944 das Leben genommen. Man begrub sie zunächst auf dem St.-Matthäus-Kirchhof. Einen Tag später wurden sie von der SS exhumiert und im Krematorium Wedding eingäschert. Ihre Asche wurde auf den Rieselfeldern im Osten Berlins verstreut.

Rechtsbeugung – ein Richterprivileg?

«Nach der Entscheidung des BGH (Bundesgerichtshof, d. Verf.) vom 7.12.1956 soll ein Richter wegen Mordes nur bestraft werden können, wenn ihm zugleich eine Rechtsbeugung mit unbedingtem Vorsatz nachgewiesen werden kann, d.h.

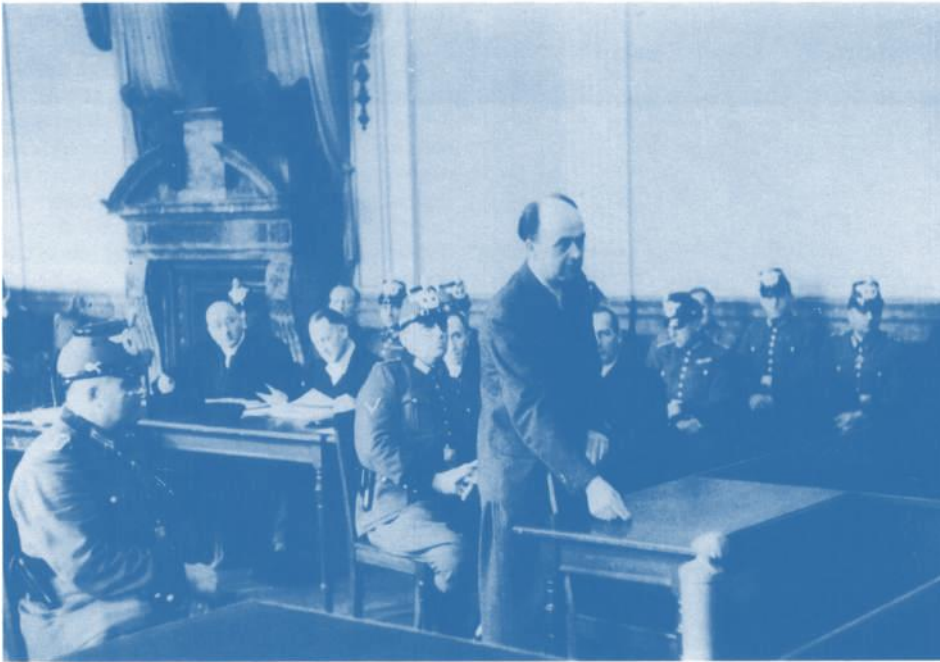


Abb. 181 Der Schauprozess gegen die Verschwörer des «20. Juli» fand im Plenarsaal des Kammergerichts statt. Im Bild der Angeklagte Gustav Dahrendorf, ehemaliger Reichstagsabgeordneter der SPD, ein enger Mitarbeiter von Leber und Leuschner. Er gehörte 1945 zu den Gründungsmitgliedern der Nachkriegs-SPD in Berlin

ein Richter kann nur dann wegen Mordes bestraft werden, wenn er davon überzeugt war, dass die Anwendung einer bestimmten Rechtsnorm rechtswidrig war. Aufgrund der hierdurch aufgestellten hohen Anforderungen an die subjektive Tatseite sahen die Strafverfolgungsbehörden fast keine Möglichkeit, einem Richter seine Schuld nachzuweisen, auch wenn er wegen nichtigster Anlässe (z.B. wegen eines politischen Witzes) die Todesstrafe verhängt hätte. Sinn der geforderten Auslegung des §336 StGB durch den Bundesgerichtshof war eigentlich die Sicherung der richterlichen Unabhängigkeit.

Dass von dieser fast vollkommenen Freistellung von jeder Verantwortlichkeit gerade jene politisch verblendeten und fanatischen Richter profitierten, bei denen von Unabhängigkeit gerade keine Rede sein konnte, hat den BGH nicht beschäftigt. Hier wird offenbar von einem reinen Rechtspositivismus ausgegangen, der die Rechtsprechung im Dritten Reich nur daran misst, ob den bestehenden Gesetzen gemäss gehandelt wurde. Dass Gesetzgeber, Verbrecher und Gesetze verbrecherisch sein können und dass die Anwendung solcher Gesetze verbrecherisch sein kann und geahndet werden muss, schien unbekannt zu sein. Es ist auch nicht berücksichtigt worden, dass bei dieser Auslegung Rechtsblindheit zwar den Richter, nicht jedoch den juristischen Laien entschuldigt. Dies

hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass KZ-Wärter, die im Glauben an die Verbindlichkeit von Hitler-Befehlen, Juden getötet haben, wegen Mordes bestraft wurden, während Richter, die wegen eines politischen Witzes die Todesstrafe verhängten, straffrei blieben. Heisst das, dass ein Richter welches Gesetz unter welcher Staats- und Herrschaftsform auch immer er anwendet, nie für die Folgen seines Handelns zur Verantwortung gezogen werden kann, wenn er nur subjektiv davon überzeugt war, es handele sich um eine gültige Rechtsnorm?»

(Gerhard Meyer, ehemaliger Senator für Justiz in Berlin; in: Heinz Hillermeier, «Im Namen des Deutschen Volkes», 1980)

Sozialdemokraten im Widerstand: Kurt und Elsbeth Koch, Herbert Scheel, Paul Lobe und Julius Leber

OTTO EDEL

Am 22. Juni 1933 verbot Hitler die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Für viele ihrer Mitglieder, die sich nicht dem neuen System anpassen, nicht den Nazi-Terror schicksalhaft erdulden wollten, bedeutete das: Arbeit in der Illegalität, ein Leben in ständiger Gefahr. Wer wegen seiner politischen Arbeit verhaftet wurde, konnte, wie zum Beispiel die Hirschberg-Gruppe 1936 (siehe Michael Hirschberg, «Politische Gegner» in diesem Kapitel), zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt werden. In der Anklageschrift, die dem Volksgerichtshof am

21.12.1936 als Grundlage zur Verurteilung der Hirschberg-Gruppe diente, hiess es dann: «Die SPD verfolgt seit ihrer Auflösung das Ziel, die bestehende Verfassung zu ändern und an ihrer Stelle eine parlamentarische-demokratische

Staatsform zu setzen. Es ist allgemein bekannt, dass für die SPD keine Möglichkeit besteht, dieses Ziel auf gesetzlichem Wege zu erreichen, und dass sie es daher durch Gewalt zu verwirklichen trachtet. Das haben auch die Angeschuldigten gewusst. Soweit sie sich gleichwohl durch ihre Tätigkeit in den Dienst der illegalen SPD gestellt haben, haben sie die auf den gewaltsamen Umsturz gerichteten Bestrebungen der SPD mit Täterwillen unterstützt und sich somit eines hochverräterischen Unternehmens schuldig gemacht.»

Heute sind wir Schöneberger Sozialdemokraten bemüht, die Spuren derjenigen Genossinnen und Genossen zu sichern, die vor und während dieser Zeit in unserem Bezirk lebten und arbeiteten. Auch die Stätten, an denen SPD-Mitglieder tätig waren, wollen wir aufzeichnen. Selbstkritisch müssen wir eingestehen, damit viel zu spät begonnen zu haben. Viele Zeitzeugen leben nicht mehr. Trotzdem werden wir weiter suchen, und wir sind allen dankbar, die uns dabei helfen.



Abb. 182 Kurt Koch, vor 1933.

Elsbeth und Kurt Koch, heute noch aktive Sozialdemokraten auf der Insel, berichteten über ihre Arbeit in der SAJ, der Sozialistischen Arbeiter-Jugend:

Das Verbot der SPD im Jahre 1933 bedeutet auch das Ende für die SAJ: «Da gabs keine Zusammenkünfte mehr, da gabs keine Beschlüsse mehr.» Elsbeth zieht sich aus der politischen Arbeit zurück. «Das geschah unserer Mutter zuliebe. Sie war schwer krank und machte sich Sorgen über unsere Betätigung. Sie hatte Angst, nicht zuletzt wegen des Familiennamens Rosenzweig.»

Kurt ist sich mit SAJ-Genossen einig: «Wir machen weiter, wir stellen uns um auf illegale Arbeit und versuchen, soweit wie möglich auf die Dinge Einfluss zu nehmen.» «Von dem Risiko, das Kurt und seine Gruppe eingehen, haben sie noch keine Vorstellung: «Dessen wurden wir uns erst bewusst, als die ersten Leute verhaftet wurden.» Bei

der ersten Zusammenkunft in der «Illegalität» kommt Kurt in ein *«hochherrschaftliches Haus in der Bozener Strasse. Das Dienstmädchen war Genossin. Und wenn die Herrschaften weg waren, haben wir dort unsere Treffen abgehalten.»*

Ein Bestandteil der Untergrundarbeit ist es, Kontakte zu ehemaligen SPD-Mitgliedern zu halten. *«Wir hatten einen Zeitungsvertrieb auf regulärer Geschäftsbasis organisiert. Da waren alle Zeitungen zu haben. Soweit wir die Möglichkeit und das Material hatten, haben wir auf diese Weise auch ab und zu den illegalen 'Vorwärts' verteilt.»* Phantasie ist nötig, um immer neue Informationsträger zu finden. *«Ich hatte Beziehungen zu einer Schokoladenfabrik. Zu Ostern verkaufte ich einige Tausend Osterhasen und Ostereier mit und ohne 'Füllung'...».*



Abb. 183 Elsbeth Koch (rechts), vor 1933, in der Kleidung der SAJ.

Wichtigste Aufgabe der Widerstandsgruppe ist es, Produktionsberichte aus Metallbetrieben zu sammeln. *«Ich bin in Verbindung getreten mit Leuten, die uns als Vertrauenspersonen bekannt waren und die ausreichend Ein- und Überblick über die Produktionsabläufe hatten.»* Das Zusammentragen von Zahlenmaterial aus Metallbetrieben geschieht nicht in spektakulären Aktionen. *«Wir waren von der Zweckmäßigkeit unserer Arbeit überzeugt. Man hat uns soweit informiert, dass es über das ganze Reichsgebiet gemacht wird und das Material rübergeht nach England.»* Die von Kurt und seiner Gruppe erkundeten Daten und Fakten werden Bestandteile der Deutschlandberichte der Exil-SPD (SoPaDe), mit denen der Weltöffentlichkeit dokumentiert wird, was jenseits der Grenzen zu viele nicht wahrhaben wollen: Hitler rüstet zum Krieg!

Herbert Scheel, Jahrgang 1904, gelernter Kaufmann, Studium der Politischen Wissenschaften,

Ministerialrat und ehemaliger Vizepräsident eines Landesverwaltungsgerichtshofes war ebenfalls «Insel»-Bewohner. Über die SAJ und den Sozialistischen Studentenbund kam er zur SPD und zur Gewerkschaft. Im *«Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold»* war er Schutzformationsführer. Nach 1933 baute er zwei Widerstandsgruppen in Berlin und Stettin auf. Zweimal wurde er verhaftet, musste jedoch wegen mangelnder Beweise wieder freigelassen werden. Nach dem Kriege war Herbert Scheel wieder politisch aktiv.

Paul Lobe

Eine für den alltäglichen Widerstand bezeichnende Anekdote wird von dem ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Lobe überliefert, der nach seiner Entlassung aus dem KZ ab 1936 in der Rubensstrasse 118 (Vgl. «Politische Gegner», in diesem Kapitel) in Friedenau wohnte. Aufgeschrieben wurde sie von Alfred Faust, Redakteur der «Bremer Volkszeitung», der nach seiner Entlassung aus dem KZ in der Peter-Vischer-Strasse bei Lobe um die Ecke wohnte.

«Olympiade 1936 in Berlin. Übereifrig und heuchlerisch deckten die Nazis ihre Schande und ihren Terror unter Fahnen und Blumen zu und ersetzten in den Schaukästen den «Stürmer» durch die «Deutsche Allgemeine»!

Die Wohnung von Paul Lobe in der Rubensstrasse war ebenso wenig beflaggt wie die meine in der Peter-Vischer-Strasse um die Ecke. Am Abend besuchte mich Paul-wie fast täglich – und erzählte: 'Heute mittag klingelte es wütend an meiner Tür. Der feste Daumendruck auf die Klingel liess mich nichts Gutes ahnen. Ich öffne. Ein Pg in Uniform schreit mich an: «Herr Lobe, Ihre Wohnung ist die einzige in der Rubensstrasse, die keine Hakenkreuzfahne zeigt. Wenn sie nicht sofort die Hakenkreuzflagge aushängen, zeige ich Sie bei der Partei an. Sie werden dann erleben, was mit Ihnen passiert!» – Löbe:»Gehen Sie ruhig zu Ihren Herren und melden Sie Ihnen, dass der

Reichstagspräsident a.D. Paul Lobe nicht geflaggt hat.»

Nach zwei Stunden klingelte es wieder, doch ganz sachte...Der gleiche Parteileiter steht wieder vor der Tür: «Herr Lobe, die Parteileitung lässt sie bitten, wenn nicht die Hakenkreuzfahne, so doch wenigstens die Olympiaflagge herauszuhängen. Denn sicher werden Freunde aus dem Ausland Sie aufsuchen: dann wäre es doch schön, wenn diese Besucher feststellen könnten, dass auch Sie mit unserem Staat sympathisieren.»

Lobe wieder darauf: «Kommen Sie bitte näher, in die Stube. Gerade um zu vermeiden, dass meine auswärtigen Freunde zu einer solchen Feststellung gelangen, habe ich nicht geflaggt und werde auch nicht die Olympiafahne aus dem Fenster hängen. Meine Freunde würden es gar nicht verstehen und sehr enttäuscht sein, wenn sie feststellten, dass Paul Lobe in irgendeiner Form mit dem Dritten Reich eine Gemeinsamkeit bekundete.»'

Der Mann kehrte zu seiner Parteidienststelle zurück – und kam nicht wieder. Ein einziges Mal während der ganzen Nazizeit hatte Paul Lobe geflaggt: am Todestag von Hindenburg – der ihn zu Weihnachten 1933 aus dem Breslauer Konzentrationslager befreit hatte. Eine grosse preussische Fahne, die ersieh hatte besorgen können, hing aus Pauls Fenster in der Schmargendorfer Wohnung – die einzige in Berlin! Das freimächtig auf; aber keiner wagte es, gegen den charakterfesten Paul Lobe darob auch nur den geringsten Vorwurf zu erheben.»

(Alfred Faust, 1955, S. 44 ff.)

Julius Leber

Julius Leber kam als Dreissigjähriger nach Lübeck, wo er als Chefredakteur des sozialdemokratischen «Volksboten» der Lübecker Arbeiterschaft nahestand. 1921 wurde er in die Lübecker Bürgerschaft gewählt, 1924 in den Reichstag, dem er bis zur Auflösung des Weimarer Staates angehörte. Er rechnete sich eher dem rechten Flügel der Sozialdemokratie zu, scheute sich aber nicht, die eigene Partei 1933 einer schonungslosen Selbstkritik zu unterziehen.

In der Nacht der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, vom 30. zum 31. Januar 1933, wurde Leber in Lübeck von Nationalsozialisten überfallen. Bei dem Zusammenstoss, bei dem Leber ein paar Reichsbannermänner zu Hilfe eilten, kam einer der Angreifer ums Leben. Leber wurde daraufhin verhaftet, musste aber bald wegen erwiesener Notwehr freigesprochen werden. Die Lübecker Arbeiterschaft setzte sich spontan in einem Proteststreik für seine Freilassung ein. Im März 1933 erneut in den Reichstag gewählt, wurde er auf dessen erster Sitzung am 23. März 1933 von Polizei und SA verhaftet und wegen der gleichen Sache erneut vor Gericht gestellt. Die inzwischen gleichgeschaltete Justiz verurteilte Leber zu zwanzig Monaten Gefängnis. Nach Ablauf dieser Zeit kam er in «Schutzhaft» und lebte in verschiedenen KZs, zuletzt in Oranienburg. 1937 wurde er entlassen. Nach Berlin zurückgekehrt, nahm er erneut Kontakt mit den alten Freunden auf. Um sich der



Abb. 184 Paul Lobe.



Abb. 185 Julius und Annedore Leber, Juni 1944.

Aus seiner eigenen Offizierszeit und seiner Arbeit im Parlamentsausschuss für Militärfragen hatte Leber Kontakt zu Offizierskreisen. Seit 1938 stand er mit militärischen Widerstandskreisen in Verbindung. Seine Aufgabe im 20.JulKKreis bestand in der Organisierung einer breiten politischen Bündnisfront und in der Vorbereitung einer neuen Regierung. Er nahm zu diesem Zweck mit zuverlässigen Kräften aus der alten Sozialdemokratie, aber auch mit Leuten aus anderen politischen Lagern Kontakt auf. Nach dem Oktober 1943 wurde das Trio Leber-Goerdeler-Stauffenberg zur treibenden Kraft der Verschwörung. Am 5. Juli 1944 wurde Leber verhaftet. Diese Verhaftung brachte die Widerstandsgruppe in erheblichen Zugzwang, da zu befürchten war, dass ihr die Gestapo schon auf der Spur war. Die Gestapo versuchte durch Folterungen Aussagen von Leber über die Vorbereitungen des 20. Juli zu erzwingen. Um seinen Widerstand zu brechen, wurden Frau und Kinder verhaftet. Am 24. Oktober 1944 wurde Leber vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung erfolgte am 5. Januar 1945 in Plötzensee.

Zur Erinnerung an Julius Leber wurde auf der Schöneberger «Insel» eine Strasse und eine Brücke benannt. (Siehe: «Politische Gegner» am Anfang dieses Kapitels).



ständigen Überwachung durch die Gestapo zu entziehen, aber auch um seine materielle Existenz zu sichern, beteiligte er sich an der Kohlenfirma Bruno Meyer Nachf. in Berlin-Schöneberg in der Torgauer Str. 25.

Die Kohlenhandlung war ein unauffälliger Treffpunkt für oppositionelle Kreise. Unter dem Deckmantel des Geschäftsverkehrs wurden Kontakte angeknüpft, Besprechungen durchgeführt, Informationen ausgetauscht.

Theodor Heuss, dem die Schöneberger Insel seit seiner Zusammenarbeit mit Friedrich Naumann vor 1914 vertraut war, erinnert sich: *«Dann kam der Mann zurück, nach ein paar Jahren, unzerbrochen, kriegte die Vertretung einer Kohlenfirma, und wir, seine Freunde, wurden fast alle so etwas wie freiwillige Unteragenten, um ihm Kunden zuzuführen. Die zwei kleinen Zimmer in dem fragwürdigen Häuschen, nahe bei dem Bahnhof Schöneberg, zwischen den Kohlenbergen der Firma Bruno Meyer Nachf, waren eine rechte Verschwörerbude. Manchmal klingelte es an der äusseren Tür und Leber musste dann wohl in den vorderen Baum, um einen Kunden zu vertrösten. Aber in der Hinterstube, auf verhockten Sesseln, hatte die politische Leidenschaft ihre Herberge, verachtender Hass und brennende Liebe. Im November 1943, als ich von meinem Heidelberger Asyl zum letzten Male bei ihm war, fieberte er vor Ungeduld – ich müsse sehen, meinte er, alle vier, sechs Wochen einmal in Berlin zu sein... Bis dann Mitte Juli in einem familiären Telefonanruf aus Berlin der kleine Satz dazwischen geschoben war: Der Kohlenhändler ist nicht mehr da. Das wurde für uns das Signal der tragischen Peripetie, die ein, zwei Tage später den 20. Juli brachte.»*

(Aus: Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe von J. Leber)

Kommunistischer Widerstand in Schöneberg

GISELA WENZEL

Aus den Gestapo-Akten

1933 fanden allein in Berlin über 100 Prozesse gegen Kommunisten statt (Ger van Roon, 1979, S.54). Mehr als die Hälfte der Spitzenfunktionäre der KPD wurden verhaftet oder ermordet. Zu ihnen gehörten John Scheer (siehe Gedicht von Erich Weinert in diesem Kapitel) und der Schöneberger Erich Steinfurt, die im Februar 1934 am Kilometerberg am Wannensee «auf der Flucht erschossen» wurden.

Da die meisten in der illegalen Arbeit unerfahren waren und bei ihrer «extensiven», an die Bevölkerung gerichteten Propaganda allzu unvorsichtig vorgehen, wurden aber auch viele mittlere und kleine Funktionäre von der Verhaftungswelle erfasst.

Um sich besser gegen den nationalsozialistischen Bespitzelungs- und Repressionsapparat zu schützen, wurde 1934 die zentralisierte Parteiorganisation aufgelöst. In den örtlichen Abteilungen und vor allem in den Betrieben wurden stattdessen kleine, als Zellen bezeichnete Widerstandsgruppen gebildet.

In einem zum Teil unveröffentlichten Gestapobereich vom Frühjahr 1937 aus dem Bundesarchiv Koblenz (Monatsberichte des Sicherheitsdienstes der NSDAP über Linksbewegungen, Jan.-März 1937) wird der Unterbezirk Schöneberg als eine der grössten Widerstandsgruppen der KPD in Berlin bezeichnet. Zu ihm gehörten vier Stadtteilgruppen, drei Betriebszellen, eine als Wander- und Samaritergruppe getarnte Nachfolgeorganisation des Arbeiter-Sportvereins «Fichte» und ei-

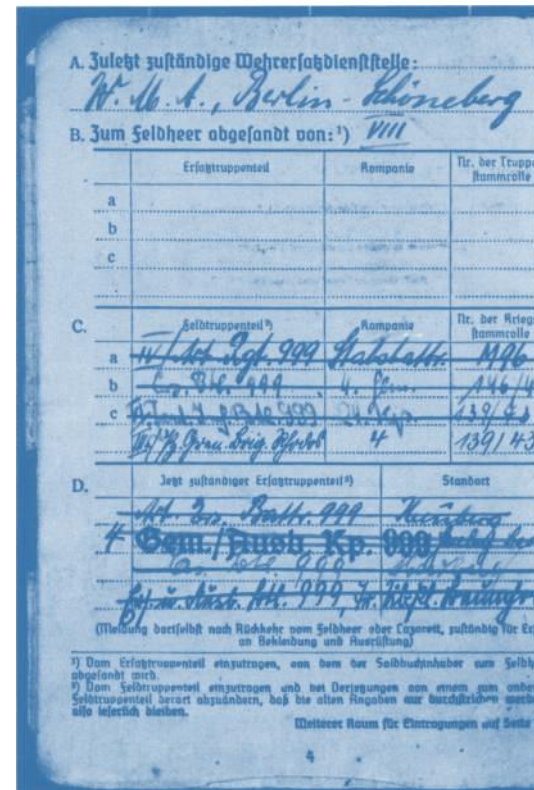


Abb. 182 Nach der Haftentlassung ging für Alfred Maass die Verfolgung durch den NS-Staat weiter: Er wurde ins berüchtigte Strafbataillon 999 einberufen und als «Kanonenfutter» in den Krieg geschickt. Alfred Maass hatte Glück und überlebte.

Im Bild ein Soldbuch des Gefreiten Alfred Maass mit Eintragungen aus seiner Zeit beim Strafbataillon 999.

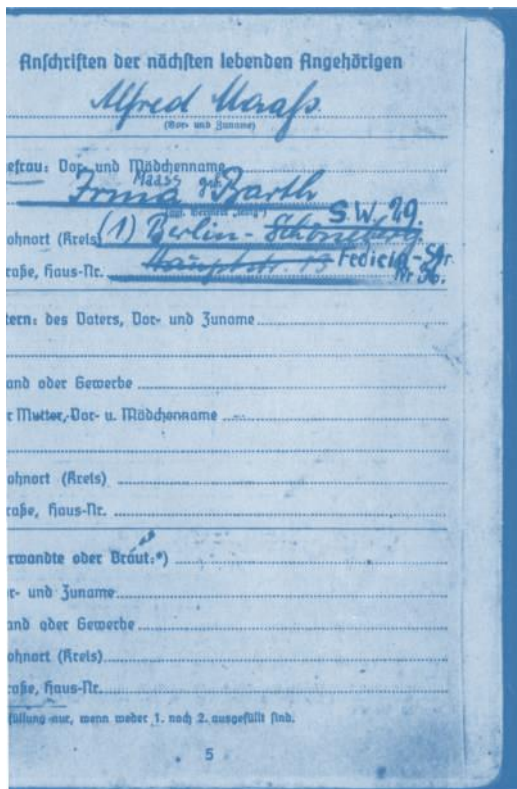
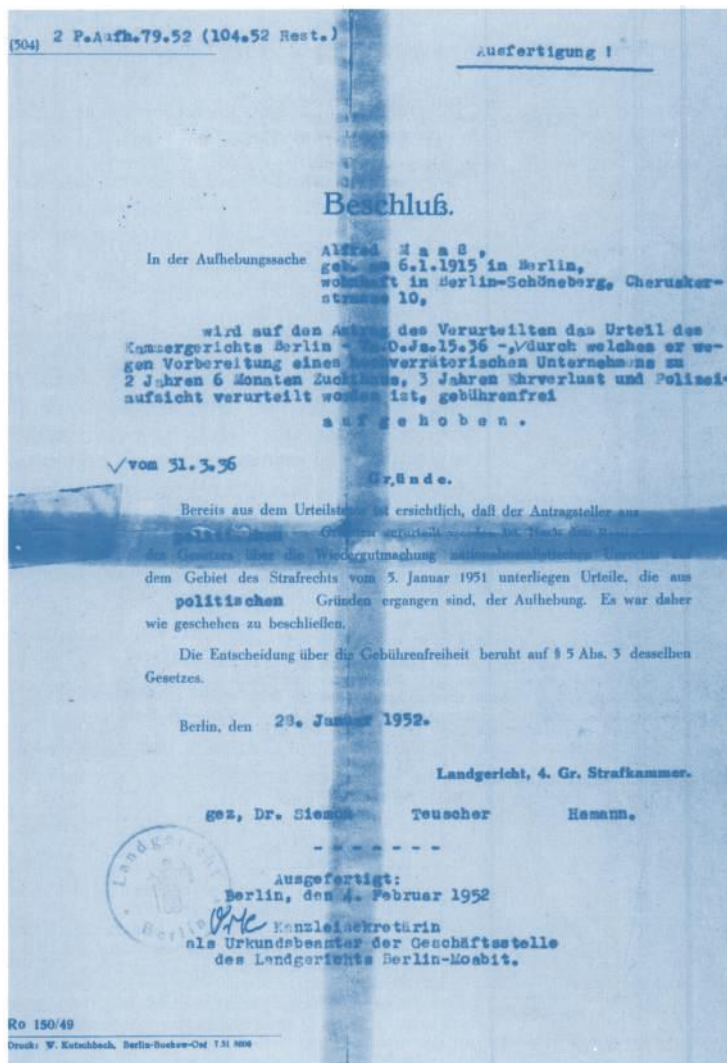
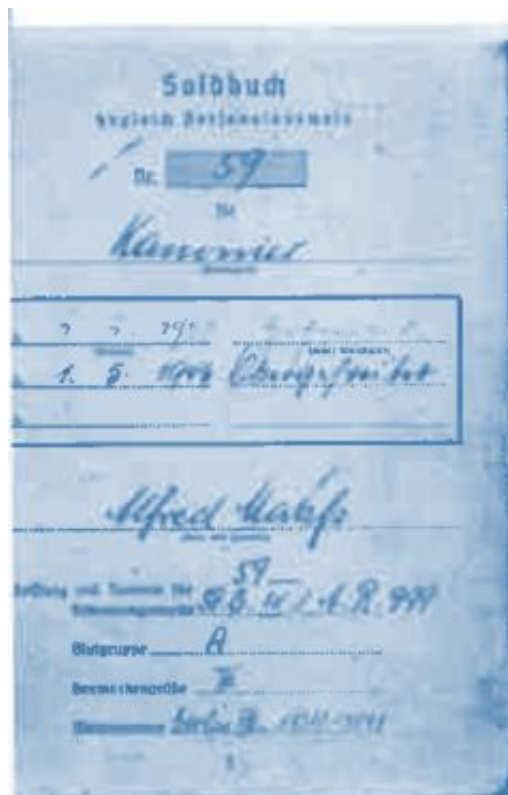


Abb. 187 Obwohl das Landgericht Berlin das Urteil des NS-Justiz gegen Maass 1952 aufgehoben hatte, musste er sich seinen Anspruch auf Entschädigung erst gerichtlich erkämpfen. Die Anerkennung als politisch Verfolgter wurde ihm gemäss § 6, Ziffer 3 des Gesetzes für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (PrVG) verweigert. Begründung: als Mitglied der SED/SEW hänge er «trotz der bösen Erfahrungen, die (er) durch ein totalitäres System an sich selbst gemacht (hat), nun einem totalitären System, nämlich dem SED/SEW (SEDistischen, Anm. d. Verf.) System an... das... gegen politisch anders Denkende meist noch ungleich schärfer vorgeht als der Nationalsozialismus» (aus der Urteilsbegründung des Landgerichtes Berlin, 1959).

länden wohnen heute die Eheleute Irma und Alfred Maass, beide in Schöneberg geboren und aufgewachsen und seit ihrer Jugend in der sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegung aktiv.

In den 30er Jahren beteiligten sie sich an der illegalen Arbeit der KPD. In Vierergruppen organisiert, versuchte man trotz massiver Bedrohung durch Polizei und Gestapo gegen das NS-Regime zu agitieren. Da wurden Flugblätter in Fahrradlenker gesteckt und dann während der Fahrt herausgezogen; oder Holzzippen auf Dachböden gebaut, auf der einen Seite ein Wassereimer mit einem Loch, aus dem allmählich das Wasser heraustropfte und auf der anderen Seite ein Päckchen Flugblätter, der irgendwann Übergewicht bekam und herabrutschte – die Akteure waren inzwischen längst verschwunden; oder es wurden bei Autos Löcher in den Boden geschnitten, durch die man dann während der Fahrt mit Farbstempeln Parolen auf den Asphalt druckte. Trotz aller Vorsichtsmassnahmen gelang es vor allem den Zivilisten der Gestapo immer häufiger, aktive Widerstandskämpfer zu verhaften. Im Dezember 1935 wurde auch Alfred Maass aufgrund einer Denunziation verhaftet und im März 1936 zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, 3 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht wegen «Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens» verurteilt.

ne eigene Jugendorganisation. Bei der Aufdeckung dieses illegalen Widerstandsnetzes wurden Anfang des Jahres 1937 nach Angaben der Gestapo 130 Personen verhaftet. Weitere 41 im Februarbericht genannte Verhaftungen waren gegen die illegale Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit gerichtet. Leider haben wir von dieser spektakulären Verhaftungsaktion, die uns einen punktuellen Einblick in die Struktur des Widerstands in Schöneberg geben könnte, bislang nur Kenntnis aus den Gestapo-Akten. Es wäre interessant, mehr darüber

von Zeitzeugen zu erfahren. Vielleicht findet sich auch in der Sammlung eines Hobby-Historikers ein Exemplar der illegalen Zellenzeitung «Die Fackel», die laut Gestapobericht im Abstand von zwei bis vier Wochen in einer Auflagenhöhe von 600-800 Stück angefertigt und heimlich in den Schöneberger Stadtteilen verteilt wurde.

Irma und Alfred Maass

ANDREAS SANDER
Im Riemenschneider Weg am Rande des Südge-

Es war nicht leicht, die Menschen zu finden, die aus eigenem Erleben über ihre Widerstandstätigkeit in Schöneberg berichten konnten und bisweilen – wie im Fall Alfred Davidsohns – führte uns die Spurensuche bis ins Ausland. Noch schwieriger aber war es, diesen Widerstand zu illustrieren, d.h. die Erzählungen mit Fotos und interessantem Bildmaterial zu veranschaulichen.

Dies hat zwei Ursachen:

- einerseits finden sich aus der Zeit nach 1933 wegen des Medienmonopols der Nazis kaum noch Bilder, die einen Aussagewert hinsichtlich des Widerstands in der Bevölkerung haben könnten;
- andererseits war es für die im Widerstand aktiven Menschen aber auch oberstes Gebot, in ihrem Privatleben keinerlei Spuren ihrer politischen Arbeit zu hinterlassen. Je härter die Verfolgungsmassnahmen der staatlichen Sicherheitsbehörden wurden, desto sorgfältiger war man darauf bedacht, der Polizei keinerlei Indizien für die verbotene Tätigkeit zu liefern. Jedes noch so harmlose Gruppenbild konnte, wenn es in falsche Hände fiel, von der Gestapo als Beweisstück für geleugnete Kontakte und Verbindungslinien herangezogen werden.

Aus diesen Gründen ist das Bildmaterial dieses letzten Abschnitts auch etwas dünn. Es ist dem «glücklichen» Umstand zu verdanken, dass Alfred Davidsohn schon 1935 Deutschland verlassen hat und damals noch einige illegale Materialien in seinem Gepäck über die Grenzen schmuggeln konnte, die er bis heute aufbewahrt hat, so dass wir hier erstmalig einige authentische Dokumente der illegalen KPO abdrucken können. Trotz ihres unscheinbaren Äusseren sind diese vielleicht einmaligen Stücke für unsere Forschung wichtiger, als die tausendfach reproduzierten Propagandafotos der Nationalsozialisten.

GISELA WENZEL

Alfred Davidsohn – Leben «gegen den Strom»

GISELA WENZEL INSA ESCHEBACH

Kriegskindheit

Das Elternhaus von Alfred Davidsohn (geb. 1912) stand in der Bahnstrasse 27 (heute Grellestrasse). Von den Fenstern aus hatte man einen weiten Blick auf die Bahnanlagen der Potsdamer- und Wanneseebahn – von hier aus konnte der junge Alfred im 1. Weltkrieg die Lazarettzüge mit den an der Front verwundeten Soldaten beobachten. Ein Bild aber hat sich dem späteren Pazifisten besonders eingepägt: «Ich war damals ein siebenjähriges Kind, als die Soldaten am Ende des 1. Weltkrieges durch die benachbarte Hauptstrasse zogen. Unter den Menschen am Strassenrand waren auch Frauen, die ihre Männer im Krieg verloren hatten. Die warfen die Hände vors Gesicht, drehten sich um und weinten. Das hat auf mich als Kind grossen Eindruck gemacht.»

Politisierung

Mit seiner politischen Arbeit begann Alfred Davidsohn schon als Schüler des liberalen Werner-von-

Siemens-Realgymnasium in der Hohenstaufenstrasse: Zunächst engagierte ersieh im kommunistisch orientierten «Sozialistischen Schülerbund» (SSB), später wurde er in der «Internationalen Arbeiterhilfe» (IAH) aktiv.

Die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Panzerkreuzerbau 1928 machte dem pazifistisch eingestellten Alfred Davidsohn den Anschluss an die SPD unmöglich. Aber auch die KPD mit ihrem rigiden Selbstverständnis von Parteidisziplin und ihrem, mit der These «vom Sozialfaschismus»* begründeten radikalen Konfrontationskurs gegen die SPD stiess ihn ab. Er schloss sich der Kommunistischen Partei Opposition (KPO) an, die sich für ein Bündnis der beiden grossen Arbeiterparteien («Einheitsfront von oben und unten») gegen die immer stärker werdende faschistische Bedrohung einsetzte, aufgrund ihrer geringen Einflussmöglichkeiten aber letztendlich erfolglos blieb. Sein «Mentor» wurde Ernst Paul (siehe «Portraits», Kap. 6), ein Metallarbeiter, der seine Schulung als kommunistischer Funktionär an der Moskauer Parteischule erhalten hatte. Alfred Davidsohn hat ihn auch heute noch als eine in seiner Menschlichkeit und seinem politischen Weitblick vorbildliche Persönlichkeit im Gedächtnis.

Anmerkung

*Nach 1933 wurde die «Sozialfaschismusthese» auch von der KPD selbstkritisch als verhängnisvoller Fehler bezeichnet und durch die Politik der «Volksfront» praktisch revidiert. Der Begriff des «Sozialfaschismus» beinhaltet schlagwortartig die These, dass die in der Regierungsverantwortung stehende SPD mit ähnlich repressiven Mitteln wie der Faschismus gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung vorgehe und daher als Hauptgegner zu gelten habe. Scheinbare Bestätigung fand dieser von der III. Internationale beschlossene Kurs durch die Vorgänge des 1. Mai 1929 in Berlin: Aus Furcht vor gewaltsamen Zusammenstössen hatte der sozialdemokratische Polizeipräsident hier die traditionsreiche Kundgebung zum 1. Mai auf der Strasse verboten und bewaffnete Polizei gegen die trotz Verbots demonstrierenden Arbeiterinnen und Arbeiter im Wedding und Neukölln eingesetzt. Es gab 31 Tote und zahlreiche Verwundete – die KPD sprach vom «Blutmai».

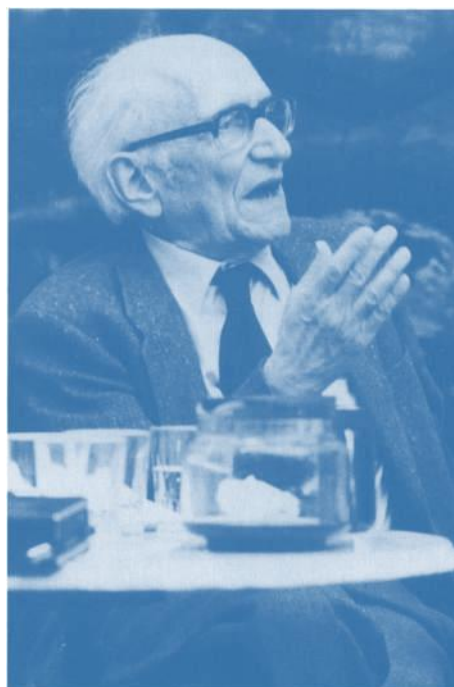


Abb. 188 Alfred Davidsohn 1987, bei einer Diskussionsveranstaltung im «HAUS am KLEISTPARK».

Illegalität

Die KPO machte sich, im Gegensatz zu Positionen, die innerhalb der SPD und KPD weit verbreitet waren, keine Illusionen hinsichtlich der Dauer und Folgeschwere einer Diktatur der Nationalsozialisten. Sie hatte sich frühzeitig auf die Illegalität vorbereitet. Auch dem jungen Alfred Davidsohn erschien es nach dem Januar 1933 selbstverständlich, den antifaschistischen Widerstand in der Illegalität fortzusetzen. Im Jahre 1933, Alfred Davidsohn war gerade 21 Jahre alt, musste er die Universität verlassen, als man ihm den Ariernachweis abverlangte. Von nun an arbeitete er in dem chemischen Labor seines Vaters, das noch eine ganze Weile weiterbestand.

«Diese Zeit habe ich genutzt und habe an der illegalen Arbeit in der KPO teilgenommen. Wir haben dann eine Sache gemacht, von der ich glücklicherweise noch Dokumente habe. Das System ist ungefähr ab 1934 von der Zentrale entwickelt worden: Man hat mit der Schreibmaschine getippte Seiten aufgehängt und abfotografiert. Von den Negativen wurden Fotoabzüge vervielfältigt – und belichtet, aber noch nicht entwickelt, in schwarzem Papier an die Bezirke verteilt. Wären sie in fremde Hände gefallen und ausgepackt worden, dann wären sie im Tageslicht schwarz geworden. Da ich die Möglichkeit hatte, unbeobachtet im Laboratorium meines Vaters zu arbeiten, habe ich diese Abzüge dort entwickelt und weitergeleitet. Mein Vater wusste damals nichts davon, der hat alles erst später in Palästina erfahren. Es war aber nur ein ganz enger Kreis von Eingeweihten und auch ich hatte kein Interesse daran, viel zu wissen, da man nicht wissen konnte, wieviel ein Mensch unter Folter und physischen Qualen aushält.»

Auf einer Abzugsmaschine stellten Alfred Davidsohn und seine Genossen von der KPO auch Flugblätter her, die man mit Hilfe von selbstklebenden Rollen an Häuserwänden und Türen anbringen konnte.

«An Strassenunterführungen, wie z.B. in der Yorckstrasse, haben wir im Dunkeln vom Motorrad aus die Strassenbahn beklebt, indem wir langsam neben ihr herfuhren. Wir haben dann auch unsere Parolen auf Hartpapier gedruckt – immer mit dieser Maschine. Die haben wir nachts, wenn das Abteil leer war, in der S-Bahn oder der Ringbahn unter die Reklameglasscheiben geschoben, wo sie noch lange zu sehen waren.»

Hatten diese Propagandaaktionen in der Bevölkerung eine Wirkung? Hierauf ist schwer zu antworten. Davidsohn erinnert sich an die Angst und die Verunsicherungen, die sich schnell breitmachten: «Mit den Hausbewohnern konnte man in der ersten Zeit 1932 noch ziemlich offen reden. Ich erinnere mich noch an einen Hausbewohner, der war in der KPD gewesen und erschien eines Tages in der SA-Uniform. Als wir uns begegneten, sagte er zu mir: 'Du, nimm mir das nicht übel. Ich bin arbeitslos. Ich hab 'ne Familie. Ich kann nicht anders, aber ich bin immer noch derselben Auffassung.' Ich wusste nicht, wie ich mich verhalten sollte. Ich hab' so getan, als ob ich ihm glauben

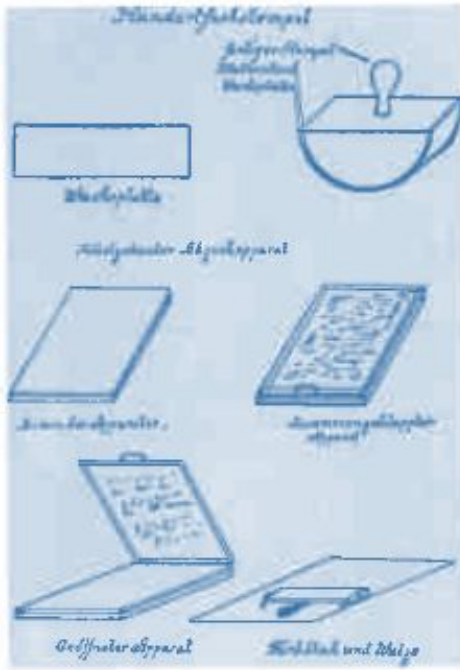


Abb. 189 Anleitung zur Selbstfertigung von Vervielfältigungsgeräten; aus einer illegalen Druckschrift von 1933.

würde, aber ich hab' ihm keine illegalen Flugblätter mehr gegeben.»

Antisemitismus und Widerstand

Antisemitismus und nationalsozialistische Rassenpolitik, die ja z.B. schon beim Boykott jüdischer Geschäfte im April 1933 offen zutage trat, war kein Thema für die Widerstandsaktionen: «Ich wollte nicht hineingezogen werden in diesen Konflikt, deshalb hab'ich mich auch nicht viel auf den Strassen bewegt zur Zeit, als dieser Boykott war. Ich betrachtete das damals mehr als einen Seitensprung und nicht als eine zentrale Frage. Auch die Bücherverbrennung habe ich nur in der Wochenschau gesehen. Von heute aus gesehen war das eine Traumwelt – in gewissem Sinne eine Art politischer Elfenbeinturm. Rückblickend war das vielleicht ein Fehler. Aber mir erschien damals die Arbeit in der KPO als sehr wichtig.»

Auswanderung

1935 wurde die Familie Davidsohn ausgebürgert und ging nach Palästina. Diese Massnahme traf alle Juden, die erst nach 1918 die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten. Eine absurde Bestimmung, denn der Vater lebte seit der Jahrhundertwende in Berlin und der Sohn war dort geboren. «De facto ist diese Ausbürgerung unser Glück gewesen. Aber ich wollte damals nicht weggehen, auch nicht als Jude. Ich hatte immer noch die Illusion, das wird irgendwann auf hören. ...Ich erinnere mich noch genau an die Diskussion mit Ernst Paul, der sagte: 'Selbstverständlich geht ihr weg! Es beginnt eine Zeit, wo Juden in der illegalen Bewegung eine zusätzliche Belastung sind. Er war ein rationaler und gut geschulter kommunistischer Genosse, der etwas von illegaler Arbeit verstand.»

Ab 1940/41 war er dann als Zwangsarbeiter bei einer Firma im Strassenbau, dann in der Strassenreinigung und zuletzt in der Müllabfuhr zu

In Palästina, das damals noch unter englischer Mandats Herrschaft stand, arbeitete Alfred Davidsohn in einer grossen Fabrik als Chemiker und schloss sich einer Gruppe um Martin Buber an, die sich für die jüdisch-arabische Verständigung einsetzte.

Der andere Zweig der Familie, die in Deutschland blieb, wurde von den Nazis ermordet. Im August 1987 schrieb der inzwischen in der Schweiz lebende Alfred Davidsohn: «Es tut weh, heute nach so langer Zeit über diese Dinge wieder nachzudenken ... Umso schockierender wirken heute die akademischen Vergangenheitsbewältiger, die Auschwitz, Hitlers Völkermord und Mord an Antinazis jeder Schattierung mit Hitlers Angst vor dem «bol-schewistisch-asiatischen Terror» erklären.»

Dieser kurze Abriss entstand auf der Grundlage zweier langer Tonbandinterviews, die Gisela Wenzel im Frühjahr 1984 und Herbst 1985 mit Alfred Davidsohn führte. Alfred Davidsohn und seine Frau Ruth, die heute in Locarno leben, besuchten uns im Mai 1987 in Berlin anlässlich der Eröffnung der Ausstellung «Schöneberg auf dem Weg nach Berlin». Alfred Davidsohns Widerstandsaktivitäten waren darin in einem eigenen Teil dokumentiert worden.



Abb. 190 Im chemischen Labor seines Vaters entwickelte und vervielfältigte Alfred Davidsohn diese illegalen Schriften der KPO. Sie waren so klein, dass sie in einer Zigaretenschachtel Platz fanden.

Wolfgang Lax – Überleben im Untergrund

GISELA WENZEL

Die jüdische bürgerliche Familie Lax lebte in den zwanziger Jahren in Schöneberg in der Hohenstaufenstrasse Nr. 52. Wolfgang trat als kaufmännischer Lehrling der Gewerkschaft bei, war kurz in der sozialistischen Arbeiterjugend und dann mit Davidsohn und den Gebrüdern Paul in der kommunistischen-Partei-Opportunisten (KPO) (vgl. Beitrag Davidsohn). Wolfgang Lax ist einer der wenigen Juden in Schöneberg, die als «U-Boot» im Berliner Untergrund die Nazizeit überlebt haben. Von 1933 bis 1935 war er noch in einer Dreiergruppe der illegalen KPO im Widerstand aktiv. Trotz Verhaftungen in seiner Umgebung «ging er nicht hoch», er hatte Glück.

Illegalität

«Dann kam 1933. Für die Rote Hilfe hab ich noch illegales Material verteilt. Das harn wa von einem Vertrauensmann gekriegt und mit dem ging man zu den früheren Mitgliedern hin. Entweder steckte man's durch oder man unterhielt sich mit den Leuten, was sie denken und machen, nich. Das war leichtsinnig, aber ich jedenfalls hatte Glück, bin nie hochgegangen. Das ging noch 'ne ganze Weile so, aber dann kriegten es die meisten nur zahlenden Mitglieder mit der Angst zu tun. Es sprach sich herum, dass es Oranienburg gibt und die Prinz-Albrecht-Strasse wurde berühmt-berüchtigt. Die Genossen, die von da zurückkamen, die hatten die Nase endgültig voll, die wollten nichts mehr hören, nichts mehr sehen. Auf der Strasse grüssten sie uns nicht mehr und sprachen uns nicht mehr an. Aber unsere Namen hatten sie gekannt, die haben dicht gehalten, bis auf eine Ausnahme, durch die noch zwei Genossen hochgegangen sind. So sind wir in Schöneberg immer noch ganz gut weggekommen.

Wir wurden immer weniger, und dann waren wir nur noch 3-4 Mann. Wir hatten 'nen kleinen Kinderdruckkasten, mit dem ham wa kleine Handzettel gemacht. Und dann sind wa abends losgefahren, zum Stettiner Bahnhof – nicht bei uns im Bezirk – und harn die Dinger in' Hausflur gelegt und den Autos hinter die Windschutzscheibe geklemmt...»

Zu dieser Dreiergruppe gehörten Heinz Kipper und Alfred Davidsohn bis zu seiner Auswanderung nach Palästina, 1935. Als dann die Kontakte zur Zentrale abbrachen, gab auch Wolfgang Lax die illegale Arbeit auf.

Zwangsarbeit

Er hätte 1934/35 das Hitlerreich verlassen können, aber er wollte seine Mutter, die dann später doch in Auschwitz umgebracht wurde, nicht allein lassen. Als er als einziger Jude in einer von einem Treuhänder geleiteten arisierten Firma entlassen wurde, konnte er sich zunächst noch dem Zugriff des Eichmann unterstellten jüdischen Arbeitsamtes entziehen, indem er sich selbst eine neue Stellung beschaffte.

niederen Arbeiten verpflichtet. Er arbeitete mit SA-Leuten zusammen, die früher in der KPD gewesen waren und sich ihm gegenüber als Juden sehr solidarisch verhielten, ihn auch warnten, als sie erfuhren, dass er wie andere verhaftet werden sollte. Fast alle älteren Müllkutscher waren in ihrer Einstellung noch immer Sozialdemokraten und Kommunisten. Am Müllabladepplatz im Süden von Schöneberg, an der Goerzallee, arbeitete er auch mit KZ-Häftlingen zusammen. Am 27. Februar 1943, bei der sog. «Fabrikaktion», wurden fast alle in Berliner Betrieben als Zwangsarbeiter beschäftigten Juden von der Arbeitsstelle weg verhaftet und deportiert.

Nach der «Fabrikaktion» untergetaucht «Wir waren damals 40 Juden auf dem Hof. Im Laufe derzeit wurden wir immer weniger, am Ende waren wir nur noch 4. Wir wussten genau, dass unsere Tage gezählt waren. Wir hatten schon die Koffer gepackt, aber das hat uns auch nichts mehr genützt. So Mitte Februar 1943 – es ist aus irgendwelchen Gründen spät geworden an diesem Tag – fahren wir so gegen 16 Uhr auf'n Hof. Kommt der Inspektor Kock auf mich zu, guckt mich so an – komisch, denke, was will der denn – und sagt: 'Lax, die Gestapo war hier. Hat alle Juden abgeholt. Die wollten auch Sie mitnehmen.' Na, da hab ich mich für den Hinweis bedankt und bin nach Hause gegangen, Lietzenburger Str. 52. Da hat mich die Portiersfrau gewarnt: 'Die Gestapo ist oben. Den Kriedet ham'se schon abgeholt: Da bin ich die Hintertreppe hoch, habe an der Küchentür gelauscht und fremde Stimmen gehört. Es waren die der Gestapoleute, die meinen Bruder und mich abholen sollten.»

Von der Kreuzung Lietzenburger-Joachimsthaler Strasse aus konnte Wolfgang Lax noch beobachten, wie es seinem Bruder gelang, sich durch Flucht dem Zugriff der Gestapo zu entziehen. Die beiden zum Leben im Untergrund entschlossenen Brüder trafen sich an dem vorher für diesen Fall vereinbarten Ort, der Wohnung der Familie eines Schulfreundes in der Landshuter Strasse. Wolfgang Lax und seinem Bruder gelang es – dank der Hilfe eines ihm nur zufällig bekannten Spediteurs – einer Familie Nörenberg aus Lichterfelde – als «U-Boot» die Verfolgung während der NS-Zeit zu überleben. «Das Wichtigste war die Unterkunft, Verpflegung bekam man immer. ...

Gewohnt harn wa in einer ausbetonierten Dungsgrube. Da standen zwei Feldbetten, drüber stand ein Möbelwagen. Und wenn's stark geregnet hat, und reingeregnet hat, harn wa Regenschirme aufgespannt. Aber Rheuma konnte man sich dabei schon holen. Decken zum Zudecken hatten wir ja zur Genüge in so 'nem Transportunternehmen und geschlafen haben wir in Trainingsanzügen. Und dann waren wir heil froh, wenn wir am Tage arbeiten konnten.»

Die Umzugsfirma war 1944/45 viel mit Möbeltransporten von Bombengeschädigten und mit der



Abb. 191 Wolfgang Lax (l.v.11.) als Zeitzeuge bei einer Veranstaltung der Berliner Geschichtswerkstatt im Rahmen der Ausstellung «Schöneberg auf dem Weg nach Berlin» (Mai 1987). Wie er, sind auch die anderen Zeitzeugen an diesem Tisch wegen ihrer jüdischen Herkunft verfolgt worden.

(Von li. nach re.: Siegfried Heimann, Moderator, Alfred Davidsohn, Ilse Rewald, Theo Pinkus, Vera Breitwieser)

Evakuierung von Zivilhaushalten beschäftigt. Da konnte Wolfgang Lax, ohne grosses Aufsehen zu erregen, als Träger beschäftigt werden. Mit Nahrungsmitteln wurde er von der Familie Nörenberg versorgt, ausserdem gab es in vielen Lokalen Stammessen, das markenfrei war.

«Wir sind in zwei, drei verschiedene Lokale gegangen, da gab's Stammessen für 50Pfennig, ohne Marken. Das war 'ne Wassersuppe mit Gemüse. Im Febr./März 1945 hab ich fast nur von rohen Mohrrüben gelebt.... Die Leute haben mich schon gefragt, als wir da die Möbel abgeholt haben, warum ich nicht Soldat bin. Ich hab mich als Deutsch-Däne ausgegeben, und nannte mich Thomas Lausen, hatte auch dessen Arbeitspapiere. Dieser Thomas Lausen existierte auch, lufe. Er hatte bei Nörenberg gearbeitet und war eines schönen Tages mit samt dem Auto auf einer Fahrt nach Köln verschwunden. Von Lausen und von dem Auto wurde nie wieder etwas gehört, kein Mensch wusste, wo die geblieben sind. Jedenfalls hatte ich das Arbeitsbuch von Thomas Lausen und das hat mir das Leben gerettet.»

1944 wurde das Haus der Nörenbergs in der Dürerstrasse durch einen Bombentreffer zum Teil zerstört. Nach dem Wiederaufbau konnte Wolfgang Lax einen Kellerraum beziehen, der als Möbellager diente. Da wohnte er mit seinem Bruder und einer anderen untergetauchten Jüdin, einer Frau Lesser. Später kamen zwei desertierte Soldaten dazu, insgesamt 4 Personen hielten sich hier versteckt.

'Was das Ehepaar gemacht hat und die Tochter,

das ist unglaublich. Später wurden sie – d.h. die Tochter-dafür mit einer Medaille vom israelischen Botschafter in Bonn geehrt. Sie taten dies aus rein christlichen Motiven, aus rein religiösen Gründen. Politik spielte da keine Rolle.»

Befreiung

«Am 8. Mai 1945 kamen die ersten Russen zu uns in den Keller in die Berliner Strasse. Der eine gab mir gleich ein Stück Brot, so verhungert sah ich aus. Und dann harn sie uns noch den Weg gesagt, den wir durch den Mauerdurchbruch nehmen sollen, rechts wurde noch gekämpft, wir sollen nach links rausgehen. Nach Kriegsende habe ich noch drei Wochen bei den Russen gearbeitet. Geld gab's nicht, aber Lebensmittel. Immer 'ne Aktentasche voll mit Haferflocken und Mehl, das war ja damals viel mehr wert als Geld.»

Quellengrundlage dieser aus Platzgründen stark gekürzten Lebensbeschreibung ist ein Tonbandinterview, das die Autorin im Frühjahr 1987 mit Wolfgang Lax durchführte.

Die Arbeit der Berliner «Roten Kapelle» im Bezirk Schöneberg

GERT ROSIEJKA

Rote Kapelle ist der Name für eine grosse Anzahl von Widerstandsgruppen in Berlin (und Hamburg), die sich zu Beginn des 2. Weltkrieges zu einer relativ festgefügten Widerstandsorganisation zusammenschlossen hatten und die über verschiedene Funkstationen, auch im Ausland (Belgien, Niederlande, Frankreich und Schweiz) mit der Sowjetunion in Kontakt standen.

Die Bezeichnung stammt von den Verfolgungsbehörden der Nazis, die die angepeilten Funkstationen als «Kapellen» bezeichneten, sie wurde nach dem Krieg aber auch von der Gruppe selbst übernommen.

Lange Zeit galt die *Rote Kapelle* in einer buntschillernden Kolportageliteratur als das Synonym für sowjetische Spionage schlechthin.

Seit der Phase des «kalten Krieges» haftete der *Roten Kapelle* wieder der Makel des Landesverrats und der Spionage für die Sowjetunion an.

Die volle Anerkennung der *Roten Kapelle* als Widerstandsgruppe ist in der Bundesrepublik und in Berlin (West) erst jüngeren Datums. So wurden zum Beispiel die Berliner Gruppen sowohl in der Widerstandsausstellung der Stauffenberg-Gedenkstätte als auch in der Ausstellung «*Topografie des Terrors*» gewürdigt.

Die *Rote Kapelle* hat damals konsequent nach der (heute als richtig anerkannten) Einsicht gehandelt, dass die Hitlerdiktatur nur durch eine militärische Niederlage gestürzt werden könne und dass eine Unterstützung des feindlichen Auslandes mit kriegswichtigen Informationen entscheidend dazu beitragen könne, die Barbarei der NS-Herrschaft in Europa zu verkürzen. Dass sie dabei hauptsächlich mit der Sowjetunion in Kontakt stand, lag nicht nur in der ideologischen Gemeinsamkeit begründet. Die Sowjetunion hat besonders stark unter deutscher Besetzung gelitten und die Rote Armee erschien als der stärkste militärische Bündnispartner für einen Sieg gegen Hitler.

Funkstationen in Friedenau

Einer der erst spät von den Nazis entdeckten Funkstandorte lag im Bezirk Schöneberg im Obergeschoss des funktechnisch günstig gelegenen – es wurde mit in Koffern eingebauten transportablen Kurzwellensendern gearbeitet – Haus Wilhelmshöher Strasse 17/18. Es war die Wohnung von Erika von Brockdorff. Von hier aus funkten die beiden Metallarbeiter Hans Coppi und Karl Böhme, die ihre Erfahrungen im Senden erst in der Illegalität unter grossen technischen und organisatorischen Schwierigkeiten erlernt hatten. Ausgebildete Funker mit leistungsfähigen Sendegeräten kamen erst im Sommer 1942 als Fallschirmspringer nach Berlin. Unter ihnen war der Spanienkämpfer Albert Hössler, der eine Zeitlang illegal in der Laube des antifaschistischen Künstlerehe-

paars Kurt und Elisabeth Schumacher in der Kolonie Hansa-korso (am Ringbahnhof Papestrasse) lebte.

Freundeskreise, Auslandskontakte, Kontakte zur illegalen Betriebsarbeit

Die Funktätigkeit der Berliner Gruppen war, wenn auch der spektakulärste, nur ein Teil ihrer Widerstandsarbeit. Ein anderer war die Informations- und Aufklärungsarbeit im eigenen Bekanntenkreis, in den Betrieben und Stadtteilen, unter den in Berlin lebenden Zwangsarbeitern und im Ausland. Die einzelnen Gruppen hatten sich bereits Mitte der 30er Jahre aus Freundeskreisen und lockeren Treffen Gleichgesinnter gebildet. Dabei ging es vor allem darum, sich gegenseitig Mut zu machen und in politischen Diskussionen eine gemeinsame Perspektive von Widerstandsarbeit zu entwickeln. Eine vorrangige Aufgabe im faschistischen Staat war es zunächst, das Monopol öffent-

licher Information zu durchbrechen und durch ständige Erweiterung des Kreises um alte und neue Bekanntschaften die eigenen Informationskontakte auszubauen.

Einige Gruppenmitglieder waren erst nach 1933 von Auslandsaufenthalten nach Berlin zurückgekehrt, da sie politisch unvorbelastet waren und davon ausgingen, dem Widerstand im Lande helfen zu können. Zu ihnen gehörte der Schriftsteller Günter Weisenborn, der nach seiner Rückkehr aus Amerika am Wittenbergplatz lebte (vergl. «Portrait» Kap. 3).

Der Kreis um das Ehepaar Adam und Greta Kuckhoff, die zufälligerweise im gleichen Haus wie die Brockdorffs in Friedenau wohnten, sich ihre Widerstandsarbeit in der gleichen Organisation aber erst im Gefängnis offenbarten, nahm eine zentrale Rolle ein. Durch ihre Vermittlung lernten sich Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack kennen, die massgeblichen Organisatoren der Widerstandsgruppe. Schulze-Boysen war Offizier im Reichsluftfahrtministerium und Arvid Harnack Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium. Dank ihrer hohen Positionen kamen sie an wichtige Informationen und beide verstanden es, sowohl Künstler und Wissenschaftler, z.B. Günter Weisenborn, als auch hohe Wehrmachtsoffiziere für den Widerstand zu gewinnen. Ausserdem unterhielten sie über diplomatische Kreise vielfältige Auslandsverbindungen: Über die Tochter des US-Botschafters Dodd und den sowjetischen Diplomaten Alexander Erdberg standen sie in Berlin mit der amerikanischen und der sowjetischen Botschaft in Verbindung.

Zum Führungskern der *Roten Kapelle* gehörten auch Wilhelm Guddorf und John Sieg, ehemalige Redakteure der KPD-Zeitung «Die Rote Fahne»; beide waren in der Leitung der illegalen KPD, so dass durch diese personelle Verflechtung eine intensive Koordination beider Organisationen gewährleistet war. Über die KPD lief auch die Verbindung zur illegalen Betriebsarbeit, durch die die *Rote Kapelle* mit wichtigen Informationen versorgt wurde. Aufgrund der grossen Verhaftungsaktio-



Die Sende- und Empfangsanlage vom Typ «Jack 2» fand in einem Koffer Platz.

Abb. 192 Wilhelmshöher Str. 17/18. Das Haus, in dem die befreundeten Familien Kuckhoff und Brockdorff wohnten, war ab 1935 ein Treffpunkt antifaschistischer Kreise und wurde Ende 1941 zur heute bekanntesten Funkstation der Berliner Roten Kapelle.



nen 1936/37 hatte sich die KPD in Berlin in kleine, illegale Betriebs- und Stadtteilorganisationen aufgelöst. Bereits vor Beginn des Krieges war unter Leitung des Schöneberger Robert Uhrig (siehe: «Politische Gegner» am Anfang des Kapitels) aus diesen Gruppen wieder eine umfassende Bezirksleitung in Berlin aufgebaut worden. Über die betrieblichen Stützpunkte der KPD bestanden Verbindungen zwischen der *Flöten Kapelle* und einer Reihe von Schöneberger Industriebetrieben wie Marcus-Metall, die Beton- und Monierbau-AG, die Xaver Kirchhoff GmbH, die Askania-Werke und der Firma Mix & Genest am Sachsendamm.

An der Widerstandsarbeit der *Flöten Kapelle* wirkte auch ein Kreis von Schülern und Studenten eines privaten Abendgymnasiums mit, zu dem auch Liane Berkowitz gehörte (siehe Kap.1). Sie waren aus einer jüngeren Generation, die die Zeit vor 1933 noch nicht bewusst erlebt hatte.

Publizistischer Widerstand

Durch die Vielzahl von Nachrichtenquellen in dem so geschaffenen Informationsnetz war es möglich, einen gutinformierten Nachrichtendienst aufzubauen.

Neben Flugblättern erschienen regelmässig zwei hektografierte Zeitschriften: «*Der Informationsdienst*» bis 1942 und «*Die innere Front*». Die gut recherchierten Nachrichten und theoretischen Analysen dienten zur Orientierung der eigenen Anhänger. «*Die innere Front*» sollte aber auch die ausländischen Zwangsarbeiter in Berlin und das Ausland informieren und erschien deshalb bis zum Juli 1944 mit Beilagen in mehreren Sprachen.

Angesichts der akuten Kriegsgefahr wurde 1939 eine straffer organisierte Widerstandsorganisation mit funktionalen Teilgruppen gebildet. Als organisatorische Verbindungsstelle spielte die Ärz-

tin Elfriede Paul eine wichtige Rolle. In ihrer Patientenkartei verbarg sich die Liste der wichtigsten Mitglieder, ihr Sprechzimmer in der Sächsischen Strasse wurde zu einem unauffälligen Treffpunkt. Zu der Gruppe um Elfriede Paul (Schumacher-Kreis) gehörte auch die Bibliothekarin Lotte Schleif, die ebenfalls in Friedenau am Friedrich-Wilhelm-Platz wohnte.

Information des Auslands

Die Bemühungen der *Roten Kapelle*, das Ausland vor den faschistischen Kriegsplanungen zu warnen und mit genauen Informationen über den Stand der Vorbereitungen zu versehen, wurden dort jedoch nicht genügend ernst genommen. Selbst als Harnack und Schulze-Boysen im Frühjahr 1941 detaillierte Berichte über die Vorbereitungen zum Bruch des Nichtangriffspaktes an die Sowjetunion lieferte, wurden diese Informationen ignoriert. Erst wenige Tage vor dem von Schulze-Boysen genannten Angriffstermin erhielt Greta Kuckhoff von einem Angestellten der Sowjetischen Botschaft ein kleines leistungsschwaches Funkgerät und einen Funkplan für den «Ernstfall» ausgehändigt.

Die unter diesen Umständen aufgebaute Funk-Infrastruktur war entsprechend mangelhaft; zudem konnte aus Berlin wegen der ständigen Überwachung nur immer sehr kurz von einer Funkstation aus gesendet werden. Mit Hilfe des Sowjetischen Nachrichtendienstes wurde ein regelmässiger Kurierdienst zwischen Brüssel bzw. Amsterdam und Berlin aufgebaut. Viele Nachrichten wurden deshalb von Brüssel aus nach Moskau übermittelt.

Abb. 193 Symbolische Platzbenennung in Friedenau an der Ecke Wilhelmshöher Strasse/ Südwestkorso anlässlich des 100. Geburtstages von Adam Kuckhoff am 31.8.1987. Am 21.10.1987 wurde ein entsprechender Antrag der SPD mehrheitlich von der BW Schöneberg angenommen.

Das Ende

Im November 1941 wurde in Brüssel die Funkstation, an die von Moskau aus die Adressen der Kuckhoffs, Harnacks und Schulze-Boysens gesendet worden waren, von einem Sonderkommando der Gestapo und der Funkabwehr der Wehrmacht ausgehoben. Die komplizierte Chiffrierung der von diesem Sender empfangenen Texte führte dazu, dass das Sonderkommando mehr als ein dreiviertel Jahr benötigte, um den Funkspruch mit den Berliner Adressen zu entziffern.

Mit Hilfe dieser Adressen gelang es dann der Gestapo Ende August, einen Grossteil des Berliner Widerstandsnetzes aufzudecken. Im September und Oktober 1942 wurden etwa 500 Personen verhaftet, darunter fast alle aktiven Mitglieder des nachrichtendienstlichen Widerstandes.

In 10 Prozessen wurden von dem Reichskriegsgericht in der Charlottenburger Witzlebenstrasse mehr als 50 Todesurteile erlassen. 43 dieser Todesurteile wurden im Zuchthaus Plötzensee vollstreckt. Auf persönlichen Befehl Hitlers wurden die Hauptangeklagten der *Roten Kapelle* durch ein besonders grausames Verfahren ermordet. Im Hinrichtungsschuppen in Plötzensee wurde ein Träger mit 8 Strangulationshaken aufgebaut.

Von den Schönebergern wurden hingerichtet: Erika von Brockdorff am 13.5., Liane Berkowitz und Adam Kuckhoff am 5.8.1943. Greta Kuckhoff, Günter Weisenborn und Lotte Schleif erhielten Haftstrafen und erlebten 1945 ihre Befreiung vom Faschismus.

Die polnische Minderheit in Berlin – der Freundeskreis Hedwig Neumanns

GISELA WENZEL im Gespräch mit JOHANNES BACZEWSKI

G.W.: Herr B., wir sind durch Sie auf eine Gruppe gestossen, die – obwohl besonders hart von der Innen- und Aussenpolitik der Nationalsozialisten betroffen – selbst in der Forschung weitgehend unbeachtet geblieben ist: die polnische Minderheit in Deutschland. Durch Ihren Vater, der die Interessen dieser Gruppe von 1922-1928 im preussischen Landtag vertrat und eine führende Rolle im Polenbund spielte, war das Schicksal Ihrer Familie eng mit dieser Gruppe verbunden. Welche Haltung nahmen die Nationalsozialisten 1933 bzw. 1939 gegenüber dieser Volksgruppe ein?

J.B.: Bei der polnischen Minderheit handelt es sich um deutsche Staatsbürger, die aus polnisch sprechenden ehemals preussischen Gebieten stammten und ihre Sprache und ihr Brauchtum auch in der «Emigration» weiterpflegen wollten. Zentren waren vor allem Berlin, das Ruhrgebiet und Schlesien, besonders Oberschlesien, aber auch Ermland und Masuren. Obwohl nach dem 1. Weltkrieg viele in den neugeschaffenen polnischen Staat zurückgekehrt waren, gab es 1925





noch ca. 215.000 deutsche Staatsangehörige, die Polnisch als Muttersprache und 500.000, die Deutsch und Polnisch als gleichwertige Muttersprache angaben. Sie hatten ihre eigenen Berufs-, Kultur- und Sportverbände, die sie sogar über 1933 bis zum Vorabend des 2. Weltkrieges erhalten konnten. Die 1922 gegründete Dachorganisation, der «Bund der Polen in Deutschland», der eine strikt loyalistische Haltung gegenüber der deutschen Regierung einnahm, hatte seinen Sitz in der Potsdamer Strasse. In der Lutherstrasse 17 gab es ein polnisches Studentenheim (Bursa). Noch am 6. März 1938 fand in Berlin im Theater des Volkes in der Friedrichstrasse ein grosser Kongress der Polen in Deutschland statt, der von den Nationalsozialisten propagandistisch als Demonstration ihrer Toleranz vor der Weltöffentlichkeit genutzt wurde. Tatsächlich verschaffte er jedoch der Gestapo die Listen, nach denen in einer gross angelegten Polizeiaktion bei Kriegsbeginn im ganzen Reich die aktiven und führenden Mitglieder der Minderheit verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen wurden. Zu ihnen gehörte auch mein Vater, der im KZ Sachsenhausen gesessen hat. Seine Freilassung verdankte er Männern in der Wehrmacht, die der Minderheit grosses Verständnis entgegenbrachten und sich später als oppositionelle Kräfte gegen Hitler betätigten. Von dieser Seite hat meine Familie viel Hilfe und Zuspruch erfahren.

Meinem Vater warf die NSDAP in Rangsdorf, wo wir damals wohnten, «Verunglimpfung des Deutschtums» vor. Sie hatte seinen Einsatz für die Interessen und Rechte der Minderheiten im preussischen Landtag nicht vergessen. Aber auch wir Jungs – ich war damals siebzehneinhalb und mein Bruder sechzehn Jahre alt – wurden von der Gestapo abgeholt und nach einem vorübergehenden Aufenthalt im Potsdamer Polizeigefängnis nach Berlin abgeschoben. Wir durften nicht zu unserer Mutter nach Rangsdorf zurückgehen, da wir angeblich ein Ärgernis für die dortige Bevölkerung darstellten. Als wir durch die Strassen von Rangsdorf abgeführt wurden, gab es Leute, sogar Akademiker, wie den Apotheker, die rausgerannt sind und sich nicht geschämt haben, uns anzusprechen.

Abb. 194 Zu der Widerstandsgruppe der polnischen Minderheit in Berlin gehörten ausser (von links nach rechts) Hedwig Neumann (1890-1944), ihrem Neffen Marian Foremski (1924-1943) und Maria Gaszczak (1914-1943) auch Helene Mackowiak (1913-1943) und Stefanie Przybyl. Maria Gaszczak und Stefanie Przybyl arbeiteten an der Auslandsprüfstelle des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW). Im Februar 1942 verhaftet, wurden Hedwig Neumann und ihre Freundinnen der Kriegsspiionage angeklagt, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und, mit Ausnahme von Stefanie Przybyl, Ende 1943/Anfang 1944 hingerichtet.

Die Prozessakten im «Document Center» konnten zwar eingesehen werden, die Genehmigung zur Veröffentlichung der Urteile wurde jedoch mit Hinweis auf das Personenschutzrecht der Betroffenen (!) nicht erteilt.

Aber es gab auch Leute, die das Verhalten der Gestapo im Gespräch mit meiner Mutter verurteilt haben. Das gab's auch, aber sehr verhalten... Die uns geholfen haben, das waren meist Menschen, unter anderem auch jüdische Mitbürger, die selbst in schrecklicher Not waren.

G.W.: Sie selbst wurden damals von Frau Hedwig Neumann unterstützt, die Sie in ihrer Wohnung in der Martin-Luther-Strasse aufnahm. Wie kam es dazu?

J.B.: Ich lernte Frau Neumann durch einen Schulfreund, ihren Neffen Marian Foremski kennen. Er wohnte bei seiner Tante, die in der Martin-Luther-Strasse eine komfortable 8-Zimmer-Wohnung besass. Sie nahm mich, meinen Bruder und noch fünf weitere Mitschüler aus dem geschlossenen Minderheitengymnasium in Beuthen bei sich auf. Wir waren ein richtiges kleines Internat. Für uns war Frau Neumann die einzige Person, die uns in dieser Situation, wo die Väter nicht da waren, wo wir keine Mittel zum Leben hatten und für Pfennige arbeiten mussten, eine Wohnung gegeben und uns wie eine Mutter versorgt hat.

G.W.: Hat Frau Neumann noch weitere Personen bei sich aufgenommen?

J.B.: Ja, Ihre ganze Tätigkeit, das war eben Hilfe

für die, die in Not gerieten. Zu unserer Zeit wohnte dort noch eine polnische Jüdin, Frau Wolf, und eine russische Emigrantin, eine sehr hübsche Frau. Es gab da einen Kreis von Kaufleuten und Handwerkern aus der polnischen Minderheit, die sie bei ihren Hilfsaktionen materiell und finanziell unterstützten, heimlich natürlich. Zu ihnen gehörte auch ein reicher Kunstmaler vom Bayerischen Platz namens Rozynek. Als Frau Wolf dann der Abtransport ins KZ drohte – und was dies bedeutete, war ja dem Kreis um Frau Neumann bekannt – tauchte sie bei einer polnischen Familie, einem Frisör in der Barbarossastrasse, unter. Sie wurde dort noch durch meinen Bruder Thadeus mit Lebensmitteln versorgt. Später haben sie sie wohl auch dort abgeholt...

G.W.: Sie wurden ja dann 1940 als Soldat einberufen, und ihr Kontakt zu Frau Neumann hat sich in der Folgezeit gelockert. Wahrscheinlich hat Ihnen das das Leben gerettet, denn Frau Neumann und ihr Neffe wurden zusammen mit anderen Freunden aus der polnischen Kolonie im Herbst 1942 verhaftet und 1943 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet. Worauf gründet sich ihrer Meinung nach die Anklage des Landesverrats?

J.B.: Es kann schwerlich davon ausgegangen werden, dass eine umfassende und alle Aspekte berücksichtigende Rechtsfindung durch dieses schändlichste aller deutschen Gerichte stattgefunden hat. Im konkreten Fall handelt es sich um «Gerichtsverfahren», die innerhalb von zehn Minuten abgewickelt wurden und – bis auf eine Ausnahme – mit dem Todesurteil endeten. Sicherlich ist richtig, dass Frau Neumann über Mitarbeiter der polnischen Botschaft mit einer polnischen Widerstandsgruppe in Kontakt getreten war, die für die polnische Emigrantenregierung in London arbeitete und mit dem englischen Geheimdienst in Verbindung stand. Ihr Auftrag bestand darin, militärisch und wirtschaftlich wichtige Nachrichten zu sammeln und in ihrem polnischen Freundeskreis weitere Mitarbeiter/innen zu werben. Zu ihnen gehörte die ebenfalls hingerichtete Schneidermeisterin Helene Mackowiak und deren Schwester Stefanie Przybyl, die in der Auslandsbrief-Prüf-

Abb. 195 Blick von der Grunewaldstrasse in der Martin-Luther-Strasse, 1928. In dem Eckhaus links (im Krieg zerstört) wohnte Hedwig Neumann von 1928 bis zu ihrer Verhaftung im Herbst 1942. Heute befindet sich hier eine kleine Grünanlage, die sehr geeignet wäre für die Aufstellung einer Gedenktafel.



stelle der Wehrmacht beschäftigt war. Im Herbst 1942 wurde die Gruppe verhaftet und es stellte sich heraus, dass die Gestapo, wahrscheinlich durch einen Spitzel, über die Aktivitäten der Gruppe gut informiert war.

G.W.: Was waren die Motive des Handelns von Frau Neumann?

J.B.: Frau Neumann war eine Patriotin, eine polnische Patriotin. Sie war als deutsche Staatsbürgerin so lange loyal, wie man ihre tiefen menschlichen Gefühle nicht verletzte. Polen ist 1939 überfallen worden. Das war ein Verbrechen, und viele Menschen, die sie in Berlin kannte, sind dadurch ins Unglück gestossen worden. Sie wurden verhaftet und ins KZ eingeliefert. Sie hat erlebt, wie ihre jüdischen Mitmenschen mit dem Davidstern abgestempelt, als Menschen 5. und 6. Kategorie behandelt und schliesslich in die Vernichtungslager abtransportiert wurden. Und sie wusste, was die Deutschen in Polen, dem Land ihrer Herkunft, anrichteten. Frau Neumann hat – im Gegensatz zu den vielen Opfern der propagandistischen Versprechen Hitlers – die Lüge und das Verbrechen der Hitlerregierung erkannt und sich mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Wegen dagegen aufgelehnt. Sie hat alles, was das Ende des Krieges und die Niederlage Hitlers beschleunigte, begrüsst, auch die Bombenangriffe auf Berlin.

G.W.: Wir mussten die Erfahrung machen, dass selbst heute – 40 Jahre nach der Hinrichtung – diese Opfer des nationalsozialistischen Terrors weder in unseren Behörden, noch in der öffentlichen Meinung als Widerstandskämpfer anerkannt werden, dass ihnen noch immer der Makel des Landesverrats anhaftet. Wie stehen Sie dazu?

J.B.: Wir müssen endlich dazu kommen, auch die Handlungen von Menschen, die sich als deutsche Staatsbürger in Deutschland für die Freiheit eines anderen Volkes eingesetzt haben, als Widerstand anzuerkennen. Jede Handlung, die darauf abzielte, das verbrecherische System Hitlers zu beseitigen, musste zwangsläufig mit der damaligen Gesetzgebung in Konflikt kommen. Ich glaube kaum, dass es heute jemand unter uns gibt, der das Recht hat, darüber zu urteilen, ob das Widerstand ist oder nicht.

Dieser Schwebezustand in der Beurteilung des Widerstands führt ja dazu, dass die geistige Bewältigung der Vergangenheit bis auf den heutigen Tag erschwert wird. Fast könnte man sagen, dass viele Probleme, die wir heute haben, aus der mangelnden geistigen Bewältigung der Vergangenheit dieser Zeit resultieren.



Abb. 196 Der Hauptvorstand des Polenbundes in Deutschland vor 1933. In der 1. Reihe Dritter von rechts: Jan Baczewski, der Vater des Interviewten.

Man muss da endlich Klarheit schaffen in dieser ganzen Sache. Die Verniedlichung, Nichtbeachtung und Nichtbewältigung dieser ganzen Vergangenheit ist ja auch der Grund, weshalb wir heute so grosse Schwierigkeiten mit der nachwachsenden Generation haben. Wir haben aus dieser Sackgasse nicht herausgefunden. Und heute ist es endlich an der Zeit, dieser Generation zu erklären, offen und ehrlich zu erklären, wie es war und wie es dazu kommen konnte.

Ist Landesverrat Widerstand? Eine Nachbemerkung 1987

GISELA WENZEL

Als wir uns 1983 an das Berliner 'Document Center' wandten mit der Bitte um Veröffentlichung der Prozessakten von Hedwig Neumann, wurde unser Gesuch abgelehnt. Der für diese Fragen zu-

ständige Abteilungsleiter des Berliner Innensenats schrieb an das Bezirksamt Schöneberg:

«Die Tätigkeit der genannten Personen entspricht auch nicht dem Widerstandsbegriff in dem Sinne, dass sie sich gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime aufgelehnt hätten, vielmehr geht aus den Unterlagen hervor, dass sie ausschliesslich für den polnischen Geheimdienst gearbeitet und militärisch und wehrwirtschaftlich wichtige Nachrichten gesammelt haben.»... «Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass das Verhalten der o.a. Personen während des Krieges, insbesondere von Angehörigen der älteren Generation, von Kriegsteilnehmern und von Angehörigen von Gefallenen und Verehrten unterschiedlich bewertet wird.»

Teilt der Berliner Innensenat damit nicht den Tenor des Urteilspruchs von damals? Vertritt der Senat damit nicht die von der historischen Forschung längst überholte Ansicht, dass die Arbeit von Regimegegnern für einen ausländischen Ge-

heimdienst nicht als Widerstand und Auflehnung gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime zu bewerten sei?

Vergegenwärtigen wir uns die Argumentation damaliger Volksgerichtsurteile:

«Wer der feindlichen Spionage hilft, fällt dem deutschen Volk bei seinem Schicksalskampf in den Rücken... und schliesst sich selbst aus der Volksgemeinschaft aus.» (Aus dem Volksgerichtsurteil gegen Stefanie Przybyl.)

Datenschutz für wen?

Nur unter der Voraussetzung der Anonymisierung aller personenbezogenen Daten, so wurde uns schliesslich nach der persönlichen Intervention des Stadtrats eingeräumt, könnten die Prozessakten zur Einsicht freigegeben werden. Diese Anonymisierung sei wegen der möglicherweise noch lebenden Angehörigen der Verurteilten (um deren Rehabilitation es uns ja gerade ging!) notwendig. Wo aber in dieser Weise Namen gestrichen werden, sind Zusammenhänge nicht mehr rekonstruierbar – das jeweilige Geschichtsbild einzelner Beamter entscheidet also darüber, wie Dokumente zu bewerten sind.

Polnischer Widerstand kein Thema für deutsche Widerstandsforschung?

Angesichts 6 Millionen polnischer Bürger (d.h. jeder 5. polnische Bürger), die unter deutscher Herrschaft Opfer des 2. Weltkrieges bzw. der zahlreichen Deportationen und Arbeitseinsätze im Reich geworden sind, angesichts der circa 700.000 polnischen Zwangs- und Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen und der Ermordung fast der gesamten jüdischen polnischen Bevölkerung ist es mehr als zynisch, dass Widerstandskämpferinnen wie Hedwig Neumann heute bei uns einem staatlich verordneten Vergessen preisgegeben werden sollen. Nur die polnische Widerstandsforschung hat ihr und der Gruppe bisher Aufmerksamkeit geschenkt.

Unseres Wissens haben die bisherigen Veröffentlichungen über Widerstand in der NS-Zeit und die Gedenkstätten in Berlin und der Bundesrepublik dem Widerstand nationaler Minderheiten wie hier der polnischen bisher auch keine besondere Beachtung geschenkt.

Der CdU («Club der Unheimlichen») – eine «wilde Clique» in Schöneberg

KATHARINA KAISER

So wenig wir über den alltäglichen Widerstand am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft und in Freundschaftsgruppen wissen, weil dieser Widerstand anders als der organisierte keine Spuren in Form von dokumentierbaren Objekten, z.B. Fotos, Briefe, Flugblätter, hinterlassen hat, und die Personen ihn heute eher als selbstverständlich oder sogar als jugendlichen Leichtsinn abtun, sowenig wissen wir über Widerstandsformen von Jugendlichen, wenn diese nicht in Gruppen (wie z.B. Liane Berkowitz – siehe Bericht in Kapitell) orga-

nisiert waren. Am Beispiel der «Edelweisspiraten» aus dem Kölner Raum ist das Existieren solcher als «wilde Cliques» bezeichneten Jugendprotestform erst 1980 bekannt geworden. (Arno Klönne, 1981; Detlev Peukert, 1980; Lessing/Liebel, 1981; Kurt Schilde, 1983). Lange waren auch in der Forschung solche Widerstandsformen als kriegsbedingte Jugendverwahrlosung interpretiert worden.

Wir haben bisher niemanden gefunden, der uns über solche Aktivitäten auch in Schöneberg hätte berichten können. Erst jetzt, kurz vor Drucklegung dieses Bandes, sind wir auf ein Dokument gestossen, das eine Schöneberger Clique aus der Sicht der Staatspolizei beschreibt: Der «Club der Unheimlichen» (CdU), wie er sich selbst nannte, wird hier scheinbar sachlich beschrieben, aber Begriffe wie «Bande», «Rädelsführer», «Überfälle» und der Hinweis auf Bewaffnung lassen diese Jugendlichen beim Leser sofort im Licht von «Kriminellen» erscheinen. Was den 5 Jungen, die dem Jugendrichter zugeführt wurden, widerfahren ist, wissen wir nicht, aber es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass sie als «Kriminelle» oder «Staatsfeinde» verurteilt wurden, vergleichbare Prozesse dieser Art lassen dieses vermuten.

Der NS-Staat reagierte mit einer breiten Skala von «Sonderbehandlungen» auf das Phänomen des spontanen Jugendwiderstands, der offensichtlich weit verbreitet war. Sie reichte von der «staatspolizeilichen Verwarnung» über die Fürsorgeerziehung und Einweisung in spezielle Arbeitslager (es gab eigens für aufsässige Jugendliche eingerichtete KZ's) bis hin zur gerichtlichen Verurteilung, die in einigen Fällen mit dem Todesurteil endete. Wir wissen z.B., dass der 16jährige sogenannte «Rädelsführer» der Kölner Edelweisspiraten, Barthel Schink, im November 1944 öffentlich erhängt wurde (Peukert, 1982, S.191).

Da es sich jedoch um deutsche Jugendliche handelte, war die Gestapo, schon von ihrer eigenen Rassenideologie her, noch zu einer differenzierteren Behandlung gezwungen. Bei renitentem Verhalten von «Juden» und «Ostarbeitern» wurde damals im Regelfall die Todesstrafe verhängt.

«In Berlin-Schöneberg wurde im März 1943 eine Razzia gegen Jugendliche durchgeführt, die sich nach Einbruch der Dunkelheit ohne Begleitung der Erziehungsberechtigten auf den Strassen herumtrieben, Passanten belästigten und Unfug trieben. Hierbei sind 153 Jugendliche aufgegriffen und nach Feststellung der Personalien zunächst wieder entlassen worden. Von ihnen wurden 49 Jungen und 14 Mädchen auf einem städtischen Gutshofe an einem Sonntage unter Aufsicht besonders geeigneter HJ-Führer mit landwirtschaftlichen Arbeiten, Leibesübungen und Gesangsunterricht beschäftigt. Auch wurden sie weltanschaulich geschult und über die Polizei-Verordnung zum Schutze der Jugend belehrt. Als Reaktion auf die Razzia trat eine Bande unter dem Namen «CdU» (Club der Unheimlichen) aktiv in Er-

scheinung mit dem Ziele, die Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit durch Überfälle auf uniformierte HJ-Angehörige zu vergelten. Ein festgenommener Anführer dieser Bande machte umfassende Angaben über den Kreis der Mitglieder, Verabredungen von Überfällen auf HJ-Angehörige und die Ausrüstung einzelner Mitglieder mit Hieb-, Stich- und teilweise sogar Schusswaffen. Im weiteren Verlauf wurden 18 Jugendliche, darunter 4 Mädchen, die sich als Anführer oder sonst aktiv betätigt hatten, festgenommen und der Jugendhilfsstelle Herberge bzw. einem Mädchenheim der Landesjugendanstalt zugeführt. Der Haupträdelsführer, der 17-jährige Klempnerlehrling EG. erklärte, aus Verärgerung und Rachegefühl gegenüber dem HJ-Streifendienst den Club gegründet und geführt zu haben. Nach Abschluss der Ermittlungen wurden die 4 Mädchen und 9 männliche Jugendliche nach staatspolizeilicher Warnung entlassen. Die restlichen werden dem Jugendrichter vorgeführt.»

(Aus: Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse, Nr. 5,30.4.1943, S. 12/13, herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt)

- Giordano, Ralph**, Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein, 1987
- Götz, Aly**, (Hrsg.), Aktion T 4 (1939-1945) Die «Euthanasie»-Zentrale in der Tiergartenstrasse 4, Berlin 1987
- Herbert, Ulrich**, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880-1980; Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Bonn 1986
- Hoffmann-Axthelm, Dieter**, Das abreibbare Klassenbewusstsein, Giessen 1975
- Klee, Ernst**, «Euthanasie im NS-Staat: Die Vernichtung lebensunwerten Lebens», Frankfurt/M. 1983
- Kraushaar, Luise**, Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus 1936 bis 1942, Robert Uhrig und Genossen, Berlin (Ost) 1981
- Küster, Ingeborg**, Politik – haben Sie das denn nötig? Autobiographie einer Pazifistin, Hamburg 1983
- Leber, Annedore**, Das Gewissen entscheidet, 5. Auflage, Berlin, Frankfurt 1962
- dies.**: Das Gewissen steht auf, 10. Auflage, Berlin, Frankfurt 1963
- Roth, Kari-Heinz**, Erfassung zur Vernichtung: Von der Sozialhygiene zum «Gesetz über Sterbehilfe», Berlin 1984
- Szepansky, Gerda**, Frauen leisten Widerstand: 1933-1945, Frankfurt/M. 1983
- dies.**, «Blitzmädel», «Heldenmutter», «Kriegerwitwe» – Frauenleben im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt / M. 1986
- Topographie des Terrors**. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem Prinz-Albrecht-Gelände. Eine Dokumentation. Hrsg. Reinhard Rürup, Berlin 1987
- Von Berlin nach Germania**, Ausstellungskatalog des Landesarchivs Berlin, Berlin 1985
- Vossen, Rüdiger**, (Hrsg.), Zigeuner: Katalog zur Ausstellung «Zigeuner zwischen Romantisierung und Verfolgung – Roma, Sinti, Manusch, Calé in Europa» des hamburgischen Museums für Völkerkunde, Frankfurt / M. 1983
- Weisenborn, Günther**, Die Illegalen, 1946
- ders.**, Der lautlose Aufstand, Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, Frankfurt/M. 1974
- Weiss, Peter**, Die Ästhetik des Widerstands, Frankfurt 1985
- Zülich, Tilman**, Sinti und Roma in Deutschland: Geschichte einer verfolgten Minderheit, in: Politik und Zeitgeschichte; Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament», (30.10.1982)
- ders.** (Hrsg.), In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt: Zur Situation der Roma (Zigeuner) in Deutschland und Europa, Reinbek bei Hamburg 1979
- NSBO** – Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
- NSDAP** – Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
- NSKK** - Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
- OKW** - Oberkommando der Wehrmacht
- RFB** - Roter Frontkämpferbund
- RGÖ** - Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
- SA** - Sturmabteilung
- SAJ** - Sozialistische Arbeiterjugend
- SAP** - Sozialistische Arbeiterpartei
- SOPADE** - «Deutschland-Bericht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands»
- SPD** - Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- SS** - Sturm-(oder Schutz-) staffeln
- USPD** - Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- UB** - Unterbezirk
- VDA** - Verein für das Deutschtum im Ausland
- Z** – Zentrum (Partei)
- Davidsohn, Alfred**: Abb. 17,190
- E. Carola**: Abb. 15, 20
- Engel, Michael**: Abb. 31
- Erbe, Jost**: Abb. 157,158
- F. Else**: Abb. 18,19
- Fischer-Defoy, Christine**: Abb. 64, 65
- Pfarrer E. Franz**: Abb. 117,118
- Hansen, Frauke**: Abb. 71
- Kaiser, Wolfgang**: Abb. 152
- Kerbs, D.**: Abb. 175 (Foto: Hugo Erfurth)
- Koch**: Abb. 182,183
- Link, Christiane**: Abb. 83, 84
- Loppach, Gertrud**: Abb. 21
- Maass**: Abb. 186,187
- Misterfeld, J.**: Abb. 7
- Neumann, Charlotte**: Abb. 176
- Pfarrer O. Pereis**: Abb. 109,110,112
- Pinkus, Theo**: Abb. 127
- Pisarek, Abraham**: Abb. 32, 33
- Rosiejka, G.**: Abb. 171
- Schönknecht, Eberhard**: Abb. 86, 87
- Wilke, Ruth**: Abb. 98, 99
- Zwaka, Petra**: Abb. 16
- Davidsohn, Alfred**: Abb. 17,190
- E. Carola**: Abb. 15, 20
- Engel, Michael**: Abb. 31
- Erbe, Jost**: Abb. 157,158
- F. Else**: Abb. 18,19
- Fischer-Defoy, Christine**: Abb. 64, 65
- Pfarrer E. Franz**: Abb. 117,118
- Hansen, Frauke**: Abb. 71
- Kaiser, Wolfgang**: Abb. 152
- Kerbs, D.**: Abb. 175 (Foto: Hugo Erfurth)
- Koch**: Abb. 182,183
- Link, Christiane**: Abb. 83, 84
- Loppach, Gertrud**: Abb. 21
- Maass**: Abb. 186,187
- Misterfeld, J.**: Abb. 7
- Neumann, Charlotte**: Abb. 176
- Pfarrer O. Pereis**: Abb. 109,110,112
- Pinkus, Theo**: Abb. 127
- Pisarek, Abraham**: Abb. 32, 33
- Rosiejka, G.**: Abb. 171
- Schönknecht, Eberhard**: Abb. 86, 87
- Wilke, Ruth**: Abb. 98, 99
- Zwaka, Petra**: Abb. 16
- Fotografen / innen**
- Christine Albert**: Abb. 1,4 191,128,188,192
- Ute und Bernd Eickemeyer**: Abb. 159,163
- Regina Cohn**: Abb. 3
- Henschel**: Abb. 193
- Petra Zwaka**: Abb. 2,11,12,167
- bewegung in Berlin**, Katalog zur Ausstellung «Kein Ort nirgends?» hrsg. von der Berliner Frauenkulturinitiative, Berlin, 1987, Abb 40
- Die Gleichschaltung der Bilder – Zur Geschichte der Pressefotografie 1930-1936**, hrsg. von D. Kerbs und W. Uka, Berlin, 1938: Abb. 49, 50
- Goebbels, J. Kampf um Berlin, a.a.O.**: Abb. 142,143
- Lange, Annemarie**, Berlin in der Weimarer Republik, Berlin (Ost), 187: Abb. 130
- Leber, Annedore**, Das Gewissen steht auf, Frankfurt/M. 1962: Abb. 170
- «Machtergreifung» Berlin 1933**, hrsg. von H.N. Burkert u.a., Berlin 1982: Abb. 91,92
- v. Rabenau, Dr. E.F.**, Gemeinde im Werden, Berlin, 1954, Abb. 113
- Rinka, E»** Fotografie im Klassenkampf, Leipzig, 1981: Abb. 122,145
- Wietek, G., Georg Tappert – Ein Wegbereiter der Deutschen Moderne, 1880-1957**, München, 1980: Abb. 67, 68
- Soweit nicht gesondert aufgeführt**, stammen die Abbildungen und Karten aus dem Heimatmuseum /-archiv Schöneberg.
- «Kommunistische Jugend in Schöneberg 1927-1933»**, Erinnerungen von Theo Pinkus und Gerhard Birkholz, Produktion: Berliner Geschichtswerkstatt und medienoperative Berlin e.V. 1983, 48 Min. VHS
- «Spurensicherung»**
- Teil 1: «Jugend im Schöneberg der 20er Jahre, 48 Min. Teil 2: «Alltag im Schöneberg der 30er Jahre», 44 Min. Produktion: medienoperative Berlin e.V. und Kunstamt Schöneberg 1983
- «Rote Insel»**
- Zur Geschichte eines Berliner Stadtteils, Produktion: T.E.S.A.-Film 1983, 40 Min. VHS, Verleih: Geschichtswerkstatt
- «Die Wirklichkeit ins Theater»**
- Erwin Piscator am Nollendorferplatz. Eine Dia-Film-Produktion von Volker Domroes, Peter Gärtner, Gabriele Liebmann und Stefan Woll im Auftrag der Berliner Festspiele GmbH 1987, 18 Min. 3/4 U-Matic
- «Der Sportpalast»**
- Videoproduktion im Auftrag der Berliner Festspiele GmbH 1987,11 Min. 3/4 U-Matic
- ABZ-Archiv (Kerbs)**: Abb. 126 (Willy Römer)
- Amerika Gedenkbibliothek**: Abb. 30
- Archiv der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (FHSS)**: Abb. 24, 25, 26, 27, 28, 82
- Archiv Paul-Natorp-Schule**: Abb. 89, 90, 93, 94
- Archiv Sophie-Scholl-Schule**: Abb. 95, 96
- Archiv der sozialen Demokratie, Bonn**: Abb. 131
- Berliner Geschichtswerkstatt**: Abb. 129
- Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz**: Abb. 100, 102, 121,141,173,180,181,184
- Bundesarchiv Koblenz**: Abb. 47
- Jüdisches Museum Berlin (Abt. des Berlin Museums)**: Abb. 34 (Originalfoto: Eliezer Paldi)
- Landesarchiv Berlin (West)**: Abb. 51,52,146,149
- Landesbildstelle**: Abb. 53,114,115,116,132
- Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Zürich**: Abb. 150,153,155,189
- Ullstein Bilderdienst**: Abb. 41
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Schöneberg**: Abb. 29
- Privatbesitz / -Sammlungen**
- A. Inge**: Abb. 17
- Baczewski, Johannes**: Abb. 196
- Barthel, Eckhardt**: Abb. 133,134,136
- Biermann, Pieke / NDR**: Abb. 23
- Bininda, J.**: Abb. 108
- Pfarrer Boeckh**: Abb. 106,107
- Böpple, Gerlinde**: Abb. 164,165
- Breitwieser, Vera**: Abb. 42,43,44,45,46,60,61,62
- C. Vera**: Abb. 14
- Christiansen**: Abb. 185
- Die Collage zum Sportpalast** wurde zusammengestellt von Christine Albert unter Verwendung von Fotos folgender Quellen:
- Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
 - Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz
 - Landesbildstelle Berlin (West)
 - v. Engelbrechten, J.K., Eine braune Armee entsteht, München, 1937
 - Ullstein Bilderdienst
 - Goebbels, J.» Das erwachene Berlin, a.a.O.
 - ders., Kampf um Berlin, München, 1936
 - ders., Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München, 1934
 - Medium Fotografie, hrsg. von der Elefantenspress-Galerie, Berlin, 1981 (Foto: Richard Peter sen.)
 - Carl Weinrother (Sammlung Wenzel)
- Abbildungen aus Büchern**
- Ball-Kaduri, K.J.**, a.a.O.: Abb. 55
- Boenigk, J»** Wyroki. Ludowa Spoldzielnia Wydaw- nicza, 1970, liegt nur in polnischer Sprache vor: Boenigk, J» Urteile, Genossenschaftlicher Volksverlag, 1970: Abb. 194
- Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945**, Biografien und Briefe, Bd. 2, Berlin (DDR), 1970: Abb. 22,168,172,178
- Elsner, G» / Lerche, K.-G.**, Vom Pimpf zum Flieger, München, 1941: Abb. 103
- v. Engelbrechten, K.J.** a.a.O.: Abb. 125, 138, 139, 144,147,148,158
- Fundorte – 200 Jahre Frauenleben und Frauen-**

Autorinnen und Autoren

ASF (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen), Bärbel Hiller, Sabine Bartholomeyczik, Gabi Schmidt.

Albert, Christine, geb. 1946, Ausbildung zur Fotografin und Studium der Bildenden Kunst in Berlin. Freie Mitarbeiterin am Kunstamt Schöneberg.

Baron, Rüdiger, geb. 1943, unterrichtete bis 1985 zusammen mit **Rolf Landwehr** an der Fachhochschule für Sozialarbeit (FHSS). Einrichtung eines Archivs zur Geschichte der Schule.

Bininda, Johannes, geb. 1913 in Berlin. Kaufmännischer Angestellter und später im Gesundheitswesen tätig.

Boeckh, Jürgen, geb. 1922 in Berlin. Seit 1956 Pfarrer an der Kirchengemeinde Alt-Schöneberg.

Breitwieser, Vera, geb. 1933 in Berlin. Arbeitet seit 1966 an der Bibliothek des Otto-Suhr-Instituts (FU-Berlin). Mitglied des «Bundes der Verfolgten des Naziregimes» (BVN); gelegentliche Beiträge in der Zeitung des Bundes «Die Mahnung». Seit 1983 als Mitarbeiterin des Schöneberger Kulturarbeiterskreises an den Ausstellungen des Kunstamtes zur NS-Geschichte beteiligt.

Böpple, Gerlinde, geb. 1958, Studium der Kunstgeschichte und Religionswissenschaften. Mitarbeiterin der Berliner Geschichtswerkstatt.

Edel, Otto, geb. 1943, Vorsitzender der SPD-Schöneberg, 1979-85 Mitglied der BVV-Schöneberg, seit 1985 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Beschäftigt sich seit einigen Jahren als «Hobby-Heimatforscher» mit der Geschichte der SPD-Schöneberg.

Eschebach, Insa, geb. 1954, Religionswissenschaftlerin und Journalistin.

Fernkorn, Lisa, geb. 1955, Diplom-Pädagogin, arbeitete in der Erwachsenenbildung und in Frauenforschungsprojekten.

Fischer-Defoy, Christine, Dr. geb. 1951, Promotion über den Widerstand der Arbeiterbewegung in Kassel. Seit 1982 angestellt an der Hochschule der Künste Berlin für ein Forschungsprojekt über die Geschichte der Berliner Kunst- und Musikhochschulen in der NS-Zeit. Mitglied des «Aktiven Museums».

Förster, Bodo, geb. 1947, Lehrer für Geschichte und Erdkunde an der Sophie-Scholl-Oberschule in Schöneberg.

Franz, Egon, Dr., geb. 1915. Ab 1933 Mitglied der Bekennenden Kirche. 1964-82 Pfarrer an der Königin-Luise-Gedächtniskirche auf der Schöneberger Insel.

Hansen, Frauke, geb. 1943, Bibliothekarin, seit 1967 beschäftigt in der Stadtbücherei Kreuzberg. Mitarbeiterin der Berliner Geschichtswerkstatt.

Hartmann, Thomas, war bis zu seiner Übersiedlung nach Westdeutschland 1986 Lehrer an der Paul-Natorp-Schule in Friedenau.

Heimann, Siegfried, Dr., geb. 1939, Historiker. Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und Berliner Jugendorganisationen. Mitarbeiter der Berliner Geschichtswerkstatt.

Jäkl, Reingard, geb. 1939. Seit 1985 Mitarbeiterin des Kunstamtes Schöneberg: Ausstellung und Katalog zum «Vergnügungsgewerbe rund um den Bülowbogen» (1987).

Kaiser, Katharina, geb. 1947, studierte in Münster und Berlin Kunst und Diplompädagogik, 4 Jahre Tätigkeit als Kunstlehrerin, später Zusammenarbeit mit Künstlern in Kultur-Projekten in Schulen, Jugendzentren, Betrieben, Krankenhäusern usw.. Seit 1982 Leiterin des Kunstamtes Berlin-Schöneberg.

Kehr, Detlev, geb. 1947, Dipl.-Pol., Dozent an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, freier Mitarbeiter bei Ausstellungen zur NS-Geschichte in Schöneberg.

Langnickel, Arno, geb. 1956, Grafik-Designer, seit 1983 freier Mitarbeiter am Kunstamt Schöneberg.

Link, Christiane, geb. 1950. Sozialarbeiterin und Lehrerin. Durch die Arbeit an der Hauptschule motiviert, Geschichte des Nationalsozialismus mit Schülern aufzuarbeiten.

Liebau, Veronika, geb. 1952, Geschichtsstudium in Berlin. Seit Anfang 1986 Mitarbeit am Kunstamt Schöneberg: Ausstellung und Katalog «Handel und Gewerbe» (1987)

Löhken, Wilfried, geb. 1953, studierte Politologie, Geschichte und Germanistik; Mitarbeit im Heimatmuseum Schöneberg.

Mattenkloft, Gundel, Dr., geb. 1945, Literaturwissenschaftlerin; seit 1980 ist einer ihrer Arbeitsschwerpunkte die Berliner Literaturgeschichte, die sie in Stadtpaziergängen ihren Zuhörern/innen nahezubringen weiss.

Menzel, Birgit, geb. 1953, Wiss. Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut der FU-Berlin (Slawische Literatur). Erarbeitete 1983 – zusammen mit Walter Süss – einen Ausstellungsteil zur Geschichte des «Bayerischen Viertels».

Meyer, Ulrich, geb. 1953, Studium der Geschichte und Politik. Bis 1985 Mitarbeiter der Berliner Geschichtswerkstatt; lebt und arbeitet heute in einem Landwirtschaftsprojekt bei Hamburg.

Moser-Feesche, Dankwart, geb. 1948. Bis August 1986 Pfarrer an der Zwölf-Apostel – Kirche in Schöneberg. Lebt zur Zeit als Landpfarrer im Neckar- / Odenwaldkreis.

Pereis, Otto, geb. 1908, lebte seit 1933 als Pfarrer und Mitglied der Bekennenden Kirche in einem märkischen Dorf. 1946 kam er als Pfarrer der Nathanael-Gemeinde nach Friedenau.

Pinkus, Theo, geb. 1909 in Zürich. Zuletzt als Mitarbeiter Willi Münzenbergs für die Öffentlichkeitsarbeit der AIZ (Arbeiter-Illustrierten-Zeitung) tätig, lebte er bis zu seiner Ausweisung von 1927-1933 in Berlin. In der Schweiz organisierte der Züricher Buchhändler einen «Büchersuchdienst»

für die von den Nazis verfeimte Literatur und stand mit vielen Emigranten in Kontakt. Mit seiner umfangreichen Bibliothek (heute «Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung», Zürich) ist er auch in der Berliner Szene ein gefragter Leihgeber und Anreger.

Rafalski, Traute, Dr. geb. 1939, aufgewachsen in zwangloserem Umgang mit Geschichte Und Politik in Italien, kam ich 1963 – neugierig auf Deutschland – nach Berlin. Enttäuscht über die Verslossenheit der Menschen auf meine Fragen nach Vergangenen zog ich mich in ein Studium der Zeitgeschichte und Politologie zurück. Anfang der 80er Jahre – endlich – fand ich in Gesprächen mit Nachbarn und auch Fremden Öffnungen und neue Zugänge.

Rosiejka, Gert, geb. 1955, Schlosser und Historiker, arbeitet in der historisch-politischen Bildungsarbeit, Publikation und Stadtrundfahrten zur Geschichte der «Roten Kapelle».

Sander, Andreas, geb. 1952, Studium der Politikwissenschaft und Geographie an der FU Berlin, Mitarbeit an verschiedenen Projekten der Berliner Geschichtswerkstatt.

Schachtschneider, Lydia, geb. 1945, Juristin und Journalistin. Seit Ende 1986 Mitarbeiterin des Kunstamtes Schöneberg: Redaktionelle Betreuung der Publikationen des Bezirksamtes Schöneberg zur 750-Jahr-Feier Berlin.

Schönknecht, Eberhard, geb. 1930 in Schöneberg, heute als Oberamtsrat am Finanzamt tätig. Seit 1983 Mitarbeiter des Schöneberger Kulturarbeiterskreises. Autor der Publikation «Vom Dorfkrug zum Prälaten» (1987).

Süss, Walter, Dr. geb. 1947, Studium der Politik, Soziologie und Osteurop. Geschichte, heute wissenschaftl. Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung an der Freien Universität Berlin. Lebte längere Zeit im «Bayerischen Viertel» und war durch die Geschichte des eigenen Wohnhauses zur Erforschung der Geschichte dieses Stadtviertels angeregt.

Wenzel, Gisela, geb. 1943, Studium der Geschichte und Politologie, bis 1981 Lehrtätigkeit am Otto-Suhr-Institut der FU-Berlin. 1982 fand ich an der Berliner Geschichtswerkstatt und am Kunstamt Schöneberg ein neues Tätigkeitsfeld in der Erforschung und Vermittlung von Stadtgeschichte. Jährliche Ausstellungen und Publikationen haben seither dazu beigetragen, wichtige Aspekte der Schöneberger Lokalgeschichte wieder ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken.

Wilke, Ruth, geb. 1933, arbeitete von 1983-85 im Schöneberger Kulturarbeiterskreis mit.

Zwaka, Petra, geb. 1952, 1 Tochter, Betreuung des Heimatarchivs und Heimatmuseums Schöneberg, Autorin der Publikation «Schöneberg auf dem Weg nach Berlin» (1987) und «Ländliches und Städtisches Grün» (1985).

Danksagung

Wir danken folgenden Institutionen, Agenturen und privaten Leihgebern für die Beratung und Bereitstellung von Dokumenten und Fotos: Akademie der Künste; Archiv der sozialen Demokratie, Bonn; Archiv Zeitgeschichte, Gräfer; Amerika-Gedenkbibliothek (Berlin-Abteilung); Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz; Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN); Bundesarchiv Koblenz; Evangelisches Zentralarchiv, Berlin; Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (FHSS); Gedenk- und Bildungsstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstrasse; Diethart Kerbs; Kriminalgericht Moabit, Bibliothek; Landesarchiv Berlin; Landesbildstelle; Oberfinanzdirektion; Senatsbibliothek; Stadtbücherei Schöneberg; Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich; Ullstein – Bilderdienst; Vermessungsamt Schöneberg; Verwaltungsbücherei Schöneberg; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin (VVN)

Wir danken: Frau Hella Zech (f), Herrn Karl-Heinz Gebhard und Herrn Siegfried Haertel für ihre Information zu Paul Zech. Herrn Andreas Wilcke (SPD) und dem Hochbauamt Schöneberg für ihre Information zum Gedenktafelprogramm.

Insbesondere danken wir den Zeitzeugen, die sich dem Projekt bei der Anfertigung einer Ton-Dia-Schau, von Videofilmen, Tonbandaufnahmen, in Veranstaltungen und zahlreichen Gesprächen sowie als Leihgeber ihrer privaten Dokumente zur Verfügung gestellt haben:

Johannes Baczewski,
Gerhard Birkholz (Videofilm),
Else Bock (Dia-Schau),
Margot Czerwinski,
Alfred Davidsohn,
Rosa Dorka (Dia-Schau), Lily Flechtheim (Videofilm),
Gerhard Galke,
Helmut Gramatke (t) (Videofilm),
Ilse Grohnwald (Videofilm),
Herta Heine,
Ilse Kalinowski,
Dr. Knauth,
Elsbeth und Kurt Koch,
Erna Krug (Videofilm), Herr Labs (Videofilm),
Charlotte Langowski, Wolfgang Lax,
Carola Lieske (f) (Dia-Schau),
Gertrud Loppach,
Irma und Alfred Maass,
Charlotte Neumann,
Inge Oppel (Dia-Schau),
Ilse Peters, Karl Perske,
Theo Pinkus (Videofilm),
Hilde Radosch, Karl Rausch,
Ilse Rewald,
Herrn Dr. Salomon (Videofilm),
Vera Schoenig,
Traute Such,
Frau Tabbert,
Heinz Venzlow,
Frau von Willich (Dia-Schau).

Wir danken Frau Mampel für ihre Geduld als Hausmeisterin bei ausserordentlichen Arbeitszeiten.

Impressum

Herausgeber:
Bezirksamt Schöneberg von Berlin

Katalog zur Ausstellung 1983 (1. Auflage) «Leben in Schöneberg-Friedenau 1933-1945» im HAUS am KLEISTPARK vom 16.10.-16.12.1983.

2. erweiterte und überarbeitete Ausgabe 1987 zur Open-Air-Ausstellung im Kleistpark «Flanieren im Schatten der Vergangenheit» vom 23.8.-27.9.1987.

Verantwortlich:
Michael Barthel

Gesamtkonzeption und Projektleitung: Katharina Kaiser, Kunstamt und Heimatmuseum Schöneberg

Wissenschaftliche Koordination: Gisela Wenzel

Katalog

Konzeption, Koordination und Betreuung: Katharina Kaiser, Gisela Wenzel in Zusammenarbeit mit dem Schöneberger Kulturarbeitskreis

Redaktion: Lydia Schachtschneider Redaktionelle Mitarbeit: Insa Eschebach Bildredaktion: Gisela Wenzel, Veronika Liebau, Lydia Schachtschneider Textbearbeitung: Renate Tredup, Christa Sohnrey

Grafik-Design: Arno Langnickel

Fotoarbeiten: Christine Albert, Norbert Meise Gesamtherstellung: NBW Berlin /Gemco Abdrucksrechte, soweit nicht anders ausgewiesen: Heimatmuseum/-archiv Schöneberg

© Bezirksamt Schöneberg von Berlin

Alle Rechte vorbehalten

1987, Berlin

ISBN 3-926643-04-8

Ausstellungsideen und Realisation 1987

Recherche, Ausstellungstexte und -bilder: Gerlinde Böppe, Detlev Kehr, Gisela Wenzel Künstlerische Gestaltung: Ingolf Kirsch, Peter Schultzhagen

Design: Silke Fischer, Ernst Handl, Bettina von Hartmann, Johanna Muschelknauz Ausstellungsbau: Chong-Ha Cheong, Gerhard Frey, Oliver Lüttringhaus, Bernd Voss Stadtrundgänge: Gerlinde Böppe, Bodo Förster

Organisation und Finanzen: Christa Sohnrey

Umschlag: Arno Langnickel

Jubelnde Menschen vor dem Sportpalast in der Potsdamer Strasse während der Vorbeifahrt Adolf Hitlers (Fond); Foto aus dem Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz; Ruinenfoto aus der Umgebung des Sportpalastes, das dem Künstler Sigurd Wendland als Vorlage für ein Wandbild am Bunker in der Pallasstrasse diente (Montage); Foto aus dem Heimatmuseum / -archiv Schöneberg.

